

Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 10

Chronik von 2000 bis 2007



<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 2000	5-59
2001	59-133
2002	133-163
2003	163-205
2004	205-263
2005	263-304
2006	304-321
2007	321-333
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	334-335

Danksagung und Widmung

Wer seine Augen nicht braucht um zu sehen, der wird sie brauchen um zu weinen.

Jean Paul, eigentlich J. P. Richter (1763-1825, deutscher Dichter)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Ernst-Ludwig von Aster, José Ayala Lasso, Ulrich Baron, Sonja van Biezen, Erhardt Bödeker, Wilfried Böhm, Wibke Bruhns, Stéphane Courtois, Karl van den Driesch, Norman G. Finkelstein, Reinhard Franzke, Jörg Friedrich, Lothar Gassmann, Jörg-Dieter Gauger, Rüdiger Goldmann, Wilhelm von Gottberg, Lothar Groppe, Alfred Häussler, Daniel Hecker, Hans-Olaf Henkel, Hermann Hitthaler, Klaus Hornung, Leif Guldmann Ipsen, Oliver Janich, Volker Koop, Hans-Joachim von Leesen, Konrad Löw, Hans-Jürgen Mahlitz, Helmut Matthies, Alfred Mechtersheimer, Horst Möller, Heinz Nawratil, Elisabeth Nussbaumer, Enoch Powell, Johannes Rogalla von Bieberstein, Klaus Rainer Röhl, Alfred Schickel, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Hiltrud Schröter, Anja Schrum, Sigurd Schulien, Gabor Steingart, Wolfgang Thüne, Eberhard Troeger, Hans-Peter Uhl, Franz Uhle-Wettler, Udo Ulfkotte, Karlheinz Weißmann Rudolf Willeke Alfred Maurice de Zayas.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Kein größerer Schaden kann einer Nation zugefügt werden, als wenn man sie des Nationalcharakters, der Eigenheit ihres Geistes und ihrer Sprache beraubt.

Johann Gottfried von Herder (1744–1803, deutscher Philosoph und Dichter)

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "ausgewählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung

aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

Es sind nicht immer die schlechtesten Menschen, die störrisch sind.

Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 2000 bis 2007

2000

Alles hat Grenzen, nur die Dummheit ist unendlich.

Spottvers der 68er Bewegung

08.01.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 8. Januar 2000 (x887/...):

>>**Der Sumpf wird immer tiefer**

Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?

Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.

Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. Leute, die man sich politisch warmhalten mußte, kamen so ebenfalls in den Genuß von "Bimbos" (pfälzisch für "Geld"). Das Problem: einen Rechtsgrund für solche Zahlungen gab es natürlich in der Regel nicht, sie konnten also auch in den offiziellen Abrechnungen nicht aufscheinen, ohne daß dies unbequeme Rückfragen ausgelöst hätte.

Kohls Vertrauter Hans Terlinden, zuständiger Hauptabteilungsleiter Verwaltung im Konrad-Adenauer-Haus, dem Hauptquartier der CDU, sammelte die Spendengelder. Er ist inzwischen vom Dienst fristlos suspendiert. Terlinden übergab die Summen an CDU-Spendenanwalt Horst Weyrauch, der als Kohls Treuhänder fungierte.

In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat.

Merkwürdig: Bereits kurz nach dem Leuna-Vertragsabschluß kassierte Staatssekretärin Agnes Hürland (CDU) 500.000 Mark "Beraterhonorar" von der am Leuna-Projekt beteiligten Thyssen-Tochter TRT. Bis jetzt schweigt Frau Hürland. Inzwischen ist klar: Sie wurde von einem bestechlichen Thyssen-Mitarbeiter engagiert, der seinerseits wiederum die Hälfte des ausbezahlten Honorars als Provision zurückerhielt.

Ungetreue Firmenmitarbeiter auch bei der französischen Elf-Aquitaine: Insgesamt vier Milliarden Francs (über eine Milliarde Mark) soll Ex-Elf-Chef Loik Le Floch-Prigent durch Veruntreuung und Schmiergeldzahlungen beiseite geschafft haben, vielleicht noch mehr. Die Zahlungen wegen Leuna sind davon nur ein kleiner Teil. Der Ex-Auslandschef von Elf, Alfred Sirven, ist untergetaucht. Auch der frühere französische Außenminister Roland Dumas soll an den Geschäften beteiligt gewesen sein. Zu den Begünstigten gehörten französische Politiker von links bis rechts, ein Sohn des Ex-Präsidenten Mitterrand ebenso wie die linksradikale Organisation SOS-Racisme, der Mitterrands Frau Danielle nahestand.

Ausbezahlt wurden die Gelder über das Genfer Konto der Ölfirma. Von diesem Konto flossen auch 256 Millionen Francs (etwa 75 Mio. Mark) an deutsche Konten im Rahmen der Leuna-Transaktion, unter anderem an zwei nichtgenannte, Helmut Kohl nahestehende Staatssekretäre, wie die linke französische Tageszeitung "Libération" berichtet. Der eine ist Holger-Ludwig Pfahls, er wird seit August 1999 per internationalem Haftbefehl gesucht. Die andere soll laut

"Berliner Zeitung" Agnes Hürland sein.

Noch merkwürdiger: über denselben Genfer Konteninhaber, Dieter Holzer, liefen auch andere Zahlungen, die etwa im Zusammenhang mit der Schmiergeldaffäre um die Spürpanzer-Lieferungen an Saudi-Arabien stehen. Drahtzieher hier: Ex-Staatssekretär Pfahls.

Beobachter blicken inzwischen kaum noch durch, doch das, was sie zu sehen bekommen, läßt sie schwindlig werden. Die Frage, die Helmut Kohl wird beantworten müssen, ist: Sind Gelder aus der Affäre um Elf-Aquitaine und aus der Panzer-Affäre an CDU-Kassen geflossen oder nicht? Alles andere ist zweitrangig.<<

15.01.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 15. Januar 2000 (x887/...):

>>**Streit und Hader um Gott**

Abgeordnete wollen den religiösen Bezug aus der Präambel streichen

Die kürzlich vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gemachte Äußerung, in Deutschland lebende Ausländer müßten die abendländische Kultur als "Leitkultur" akzeptieren, ist eine zwar von tiefer christlicher Verbundenheit zeugende, aber dennoch leicht mißverständliche Aussage. Aber immerhin war es der Versuch, sich auf eine eigene kulturell-religiöse Wertewelt zu beziehen.

Und dies in einer Zeit, in der Bundestagsabgeordnete, vor allem aus der Ecke der SPD und der Bündnisgrünen, fordern, den Anfang der Präambel des Grundgesetzes "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ..." zu streichen. "Der Gottesbezug sollte nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde", meint der SPD-Abgeordnete Eckardt Bartel. Auch der grüne Bundestagsabgeordnete und von türkischen Eltern abstammende Cem Özdemir ist der Ansicht, daß eine "Konstitutionalisierung des Christengottes" zu Abgrenzung und Intoleranz führe.

Möge Özdemir und anderen die Weisheit zufallen, daß Gott omnipotent und allen, auch den Islamisten, zugänglich ist. Jesus als einzelne Person zu betrachten, ist - ob im Abendland oder Morgenland - keine vollständige Sicht, denn das Golgathamysterium war und ist - ob man will oder nicht - die Essenz eines reinen Geistwesens, dessen schlichte Formel "Reine Liebe" lautet. Gott aber darf sich auch eine deutsche Verfassung nicht entziehen.

Er ist die uralte und ebenso lange mißverstandene Crux vom Morgen- und Abendland, die in jüngster Zeit immer deutlicher wieder zutage tritt. Ohne das Morgenland - ein Begriff, der noch aus der Zeit stammt, als man die Erde als eine Scheibe anzusehen pflegte - kann der in gleicher Weise entstandene Begriff Abendland nicht verstanden werden. Erst als das Christentum sich in Rom etablierte und Kaiser Konstantin an die Stelle des "Sol invictus" Christus setzte, war die eigentliche Geburtsstunde des Abendlandes gekommen, dessen wirklicher Motor immer das Papsttum war. Der weitere Gang der Geschichte ist bekannt, jedoch haben weder Mohammed noch Christus in Wirklichkeit etwas von Flammen und Schwertern gesagt.

"Der Mensch ist nicht ein Sklave, er ist auch keine Nichtigkeit - der Mensch ist Teilhaber am göttlichen Werk", sagte der große russische Dichter Nicolai Berdjajew vor knapp einhundert Jahren. Was für ein Abgrund zwischen diesen Worten und der im vollen Gange befindlichen Globalisierung, die zwar das Feigenblatt des ökumenischen Weltkirchenrates kennt, in Wahrheit aber nur die Maxime eines neuen Materialismus und damit die Zerstörung gewachsener Kulturen verschiedenster Arten von Menschen im Schilde führt! Die Erwähnung Gottes vor allem im Schwadronieren von US-amerikanischen Politikern ist dabei zumeist nur pure Heuchelei.

Deutschland steht angesichts der Überflutung vor allem türkischer, arabischer und anderer mehr oder weniger Asyl suchenden Völkerschaft vor einem immer größer werdenden und schier unlösbaren Problem. Die Kriminalität steigt, unseliger islamischer Fundamentalismus, der nicht mit allem Arabischen zu verwechseln ist, nimmt kontinuierlich zu. Und dennoch sind

alle, wenn auch teuflisch fehlgeleitet, "Teilhaber am göttlichen Werk", wie Berdjajew es zum Ausdruck brachte.

Den Todesstoß für das, was Berdjajew meinte, wollte der Kommunismus vor allem in der Sowjetunion vollbringen. Doch Jahrzehnte des Terrors, der Gulags und der psychiatrischen Anstalten brachten letztendlich keinen Erfolg. Ebenso schlug die prahlerische Formulierung fehl, ein Atheist zu sein. Sie war ohnehin Nonsens, denn wer sich gegen etwas definiert, gibt damit automatisch zu, daß es - in diesem Falle Gott - existiert.

Nach dem fehlgeschlagenen Experiment in der Sowjetunion kann man hierzulande nur hoffen, daß die deutschen Parlamentarier nicht der Sogkraft des atheistischen Zeitgeistes verfallen und den Gottesbezug aus dem Grundgesetz entfernen.<<

26.01.2000

Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Januar 2000: >>Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht

Selbst Francois Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:

Kein Kommentar.

Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".

Tatsächlich zogen Kohl und Mitterand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...

Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft - in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein.

Nicht ausgeschlossen sei es, erklärte ein Justizsprecher, daß sich deutsche und französische Ermittler eines Tages in Sachen Elf zusammensetzten und ihre Informationen austauschten. Er verwies dabei auf den Geschäftsmann und Elf-Vermittler Andre Guelfi, gegen den in Frankreich ermittelt werde und dessen Namen auch im deutschen Elf-Leuna-Dossier immer wieder auftauche.

Während der frühere Pariser Kulturminister Jack Lang am Montag für Helmut Kohl in die Bresche sprang und an dessen Verdienste für Europa erinnerte, spekulierten die französischen Zeitungen längst über das politische Ende des CDU-Politikers.<<

29.01.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 29. Januar 2000 (x887/...): >>Wenn die "Leitkultur" Schwäche zeigt ...

Politiker beschwören in der Ausländerfrage ohne geistige Rückversicherung unverantwortliche Visionen

Mehr und mehr droht der Spendensumpf, in dem die Union und andere staatstragende Parteien zu versinken drohen, Fragen zu überlagern, die von schicksalhafter Bedeutung für die Zu-

kunft unseres Volkes sind. Zu diesen Fragen gehört mit Sicherheit die Neufassung des Ausländergesetzes und des Staatsbürgerschaftsrechtes, die seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft sind. Rund 3,7 Millionen der ca. 7,3 Millionen offiziell in Deutschland erfaßten Ausländer können aufgrund dieser Gesetzesänderung deutsche Staatsbürger werden.

Einen Einbürgerungsanspruch haben diejenigen Ausländer, die seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland leben. Darüber hinaus erhalten in Zukunft in Deutschland geborene Kinder von Ausländern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sollten diese Kinder noch eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, müssen sie sich mit 23 Jahren für einen Paß entscheiden.

Mit diesen Gesetzen sind Regelungen in Kraft getreten, die die konservativen Kräfte in Deutschland unter allen Umständen verhindern wollten. Um in diesem Zusammenhang nur den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zu nennen: Dieser erklärte Anfang des letzten Jahres, daß die Verhinderung der doppelten Staatsbürgerschaft das zweitwichtigste Ziel seiner Partei sei. Stoiber forderte, daß sich die in Deutschland lebenden Ausländer an der abendländischen Kultur als "Leitkultur" ausrichten müßten. Was Stoiber genau unter dieser "abendländischen Kultur" versteht, hat er nicht weiter konkretisiert.

Seine eigentliche geschichtliche Kontur hat der Begriff "Abendland" ("Okzident") als Gegenbegriff zum "Morgenland" ("Orient") gewonnen. "Orient" und "Okzident" bezeichneten zunächst nicht mehr als Verwaltungseinheiten des Römischen Reiches. Im Zuge der allmählichen theologischen Auseinanderentwicklung des griechischen Ostens und des lateinischen Westens entstand im 8. Jahrhundert der Kirchenstaat, der für die Geschichte des Abendlandes von entscheidender Bedeutung werden sollte.

Spätestens mit dem Untergang des Byzantinischen Reiches Ende des 15. Jahrhunderts trat schließlich der Islam als Herausforderung des christlichen Abendlandes immer deutlicher in Erscheinung. "Abendland" galt von nun als "christlich" geprägter geographischer Raum, dem das "Morgenland" als "islamisch" geprägter Raum gegenübersteht. Nur nebenbei sei an dieser Stelle vermerkt, daß die Idee des "Abendlandes" nach dem Ende des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" im Jahre 1806 zu einem primär deutschen Anliegen wurde.

Hier und da wurde die "Idee des Abendlandes" auf die Formel "Das Abendland ist christlich, oder es ist nicht" gebracht. Dazu mag man stehen, wie man will. Eines aber steht außer Zweifel: das Christentum ist konstitutiv für die "Idee des Abendlandes".

Heute hat die Bindekraft des Christentums allerdings in einem Maße abgenommen, daß die Forderungen Stoibers seltsam realitätsfern wirken. Es stellen sich aber noch andere Fragen: Wie kann von einem Ausländer die Ausrichtung an der abendländischen Kultur erwartet werden, wenn der Gottesbezug im Grundgesetz von rot-grünen Politikern offen in Frage gestellt wird? Politiker von SPD und Bündnisgrünen forderten bereits im Zuge der Wiedergewinnung der deutschen Einheit, den Begriff Gott aus dem Grundgesetz zu streichen.

Ihrer Auffassung nach sollte der Gottesbezug nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde. Konsequenterweise betrachten bündnisgrüne Politiker auch die staatliche Garantie des Religionsunterrichtes als "Relikt aus vordemokratischen Zeiten".

Wo der springende Punkt für die Bündnisgrünen und viele SPD-Politiker liegt, hat der grüne Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir ausgeführt: Ein Wertekonsens in Deutschland könne nur gemeinsam mit Nichtchristen geschaffen werden. Eine "Konstitutionalisierung des christlichen Gottes" führe zu Ausgrenzung und Intoleranz. Es spricht für sich, daß sich viele angeblich "fortschrittliche" deutsche Politiker genau diese Sichtweise zu eigen gemacht haben.

Vor diesem Hintergrund geht die Forderung Stoibers ins Leere. Wenn sich nicht einmal alle deutschen Politiker auf die "abendländische Kultur" verpflichten lassen wollen, dann kann dies auch nicht von einbürgerungswilligen Ausländern erwartet werden. Abzuwarten bleibt, ob diese Form geistiger Orientierungslosigkeit, wie sie bei Politikern aller Couleur zu beo-

bachten ist, nicht genau zu dem führt, was der große Kulturkritiker Oswald Spengler in den 20er Jahren meinte prognostizieren zu müssen: zum Untergang des Abendlandes.<<

Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. Januar 2000: >>"**Elf-Konzern schmierte deutsche Politiker**"

Mehr als 105 Personen, darunter mindestens 2 hochrangige deutsche Politiker, sind 1992 nach einem Bericht der französischen Zeitung "Le Monde" aus schwarzen Kassen des französischen Ölkonzerns Elf Aquitaine finanziert worden. Unter den Begünstigten sollen der Zeitung zufolge auch der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister Hans Friedrichs und die frühere Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, Agnes Hürland-Büning, gewesen sein. Die Zahlungen seien alle im Zusammenhang mit den Verkaufsverhandlungen zwischen Elf Aquitaine und der ostdeutschen Leuna-Raffinerie erfolgt.<<

11.02.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Februar 2000: >>**Keine Anrechnung bei Zwangsarbeitern**

Bei der Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter ist die umstrittene Anrechnung bereits erbrachter Leistungen endgültig vom Tisch. Darauf hat sich eine rot-grüne Koalitionsrunde verständigt. Der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, zeigte sich befriedigt über diese Lösung. Auch der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz sagte, die Vereinbarung sei jetzt zu respektieren. Der Entwurf des Bundesfinanzministeriums für ein Stiftungsgesetz hatte ursprünglich vorgesehen, daß bei der Entschädigung bisher schon erbrachte Zahlungen zum Beispiel für ehemalige KZ-Häftlinge angemessen berücksichtigt werden.<<

13.03.2000

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/2000) berichtet am 13. März 2000 über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges:

>>**Elegant verschleiert**

Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.

Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg?

Otto Graf Lambsdorff, der deutsche Beauftragte, bemerkte in der Drohgebärde seines amerikanischen Verhandlungspartners höflich einen "weitgehenden Dissens", Regierungskreise sprachen von einer "bösen Überraschung".

Seit drei Monaten verhandeln Eizenstat und Lambsdorff über die Aufteilung von zehn Milliarden Mark. Nun mußte eine Einigung für die NS-Opfer - jeden Monat stirbt ein Prozent von ihnen - wieder verschoben werden. Die deutschen Unternehmen wollen im Vertrag den Schlußstrich haben, den sie "Rechtssicherheit" nennen, die "legal closure" nach US-Recht: Keine weitere Klage wegen Ansprüchen aus Nazi-Zeit und Krieg sollte mehr möglich sein.

Doch vorige Woche legte Vizefinanzminister Eizenstat ein Neun-Punkte-Memorandum vor: Nur Zwangsarbeit, medizinische Experimente und "Arisierung" von Vermögen dürften fortan als abgegolten gelten. Das "Thema der Reparationen", so hieß es im ersten Punkt, bleibe vom Vertrag unberührt. Von Rechtssicherheit war keine Rede und ein neues Faß mit Milliarden-Forderungen hatten die Amerikaner damit auch noch aufgemacht.

Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und

beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.

Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt.

Die Alliierten hatten gelernt, daß die deutsche Reparationslast von 132 Milliarden Goldmark aus dem Versailler Friedensvertrag nach Weltkrieg I die erste deutsche Republik ruiniert und auch die Empfängerstaaten in die Weltwirtschaftskrise getrieben hatte. Die Bundesregierung zahlt ohnehin noch immer an Reparationsschulden von 1919 fast zehn Millionen Mark im Jahr ab - bis 2020.

Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.

Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (Vertragstitel) von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?

Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.

Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können.

Dann könnten auch hunderttausende noch lebende sowjetische Kriegsgefangene denselben Anspruch erheben, was allerdings dem Völkerrecht zuwiderläuft: Nirgendwo gibt es für gefangene Soldaten eine Entschädigung.

Lambsdorff zeigte sich vorigen Donnerstag verstört, daß nach einem halben Jahrhundert ein wichtiger Verbündeter das Problem wieder anschneide - sonst mache das nur Griechenland, das über 50 Milliarden Mark von Deutschland haben möchte.

Er erreichte bei Eizenstat immerhin eine Neuformulierung von dessen erstem Punkt: Reparation von Immobilien und Sachvermögen sei kein Thema mehr. Im Gegenzug muß die Bundesregierung aber akzeptieren, daß im geplanten Gesetz über die "Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Entschädigung der Zwangsarbeiter auch Vermögensansprüche nicht rassisch Verfolgter berücksichtigt werden. Das würde schätzungsweise nur 50 Millionen bis 100 Millionen Mark kosten, wäre aber ein Fall von Reparationen. Nun suchen die Verhandler nach einer Formulierung im Stiftungsgesetz, die das elegant verschleiern soll.

Offen bleiben Ansprüche von Kriegsgefangenen und auch Schmerzensgeld, wie es ein griechisches Gericht den Hinterbliebenen der 228 Opfer eines SS-Massakers zusprach: 60 Millionen Mark. Dabei überwies schon Kanzler Konrad Adenauer 1960 für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" 115 Millionen Mark nach Athen.<<

14.03.2000

Vietnam: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. März 2000: >>Eine Entschuldigung bringt Cohen nicht mit

Erstmals seit dem Ende des Vietnam-Krieges vor 25 Jahren ist am Montag mit William Cohen ein US-Verteidigungsminister zu einem Besuch in dem asiatischen Land eingetroffen. Nach US-Angaben sprach Cohen in Hanoi mit seinem Kollegen General Pham Van Tra unter anderem über das Schicksal der noch etwa 2.000 in Vietnam vermißten US-Soldaten. Er kam später auch mit Ministerpräsident Phan Van Kai zusammen.

Cohen hat erklärt, die USA würden sich nicht für den Vietnam-Krieg entschuldigen. In dem 1975 beendeten Konflikt starben etwa 58.000 amerikanische Soldaten und schätzungsweise drei Millionen Vietnamesen. ...

Die USA und Vietnam hatten 1995 wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. 20 Jahre zuvor hatte die hochgerüstete US-Armee den Rückzug aus Vietnam angetreten, wo sie gegen die Guerilla-Kämpfer Ho Chi Minhs unterlegen war. Der Krieg, in dem die USA die Führung Südvietnams gegen den kommunistischen Norden unterstützten, war sowohl in den USA als auch im Ausland auf scharfe Proteste gestoßen. Cohen hatte dennoch bereits vor seiner Ankunft angekündigt, er werde keine Entschuldigung seines Landes für den Vietnamkrieg vorbringen. ...<<

18.03.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 18. März 2000 (x887/...):

>>Gedanken zur Zeit: Kampf der Kontinente / Konflikte als Chance

Von Alfred Mechttersheimer

Was sich wie ein politisch unkorrekter Witz anhört, ist traurige Realität. Deutschland zahlt auch heute noch Schulden aus dem Versailler Diktat und wird dies noch bis ins Jahr 2020 tun. Wie lange Deutschland für den Zweiten Weltkrieg zahlen wird, ist nicht abzusehen. Die Annahme jedenfalls, mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 sei das Problem weiterer Reparationen vom Tisch, hat sich in diesen Tagen als Trugschluß erwiesen. Der Verzicht auf einen Friedensvertrag schützt keineswegs vor Zahlungsforderungen.

Weshalb hat Washington das Tabu der deutschen Reparationen gebrochen? Offensichtlich hat die Bereitschaft der deutschen Industrie und Regierung zu Entschädigungsleistungen für NS-Zwangsarbeiter Begehrlichkeiten geweckt. In Umkehrung der Zeitgesetze rückt das Ende des Zweiten Weltkriegs nicht weiter weg - wir kommen ihm immer näher. Bislang galt das vor allem für die deutsche Schuld, nun aber soll es auch für deutsche Schulden gelten.

Um Geld geht es den USA nur in zweiter Linie. Hauptmotiv ist der Kampf gegen den Wiederaufstieg des wiedervereinten Deutschland. Die Ablösung Europas als stärkstes Machtzentrum der Welt durch die USA verläuft keineswegs so glatt, wie dies zunächst aussah. Japan konnte durch währungspolitische Maßnahmen zurückgedrängt werden, aber der alte Kontinent zeigt eine überraschende Dynamik und hält auf den globalisierten Märkten gut mit. Selbst auf dem US-Markt dringt die europäische Konkurrenz weiter vor. An der Ostküste sieht man sich um die Früchte des Sieges nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Kalten Krieg betrogen.

Die Symbole der europäischen Renaissance sind Airbus, Ariane, Deutsche Bank, Daimler-Chrysler oder SAP. In Schröder sieht man den ersten deutschen Kanzler, der die Kluft zwischen ökonomischer Stärke und außenpolitischer Zweitklassigkeit abbauen will, und das auf recht undiplomatische Weise. Dies ist eine Provokation, die von den USA immer öfter mit dem Griff in die deutsche Vergangenheit beantwortet wird. Die Instrumentalisierung deutscher Schuld erfolgte bislang subtil, jetzt wird sie offen betrieben.

Die sich jetzt abzeichnende neue Phase der deutsch-amerikanischen Beziehungen stellt auch das Verhältnis Deutschlands zu seinen europäischen Partnern auf die Probe. Frankreich, Großbritannien, Italien verfolgen mit klammheimlicher Freude die neue Deutschlandpolitik der USA. Aber ihre wirtschaftlichen Interessen sind so eng mit der europäischen Zentralmacht verflochten, daß sie sich im Konflikt zwischen Washington und Berlin für den europäischen Nachbarn entscheiden müssen. Schließlich ist die Wiedergeburt Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine gemeinsame europäische Leistung, zu der neben Deutschland vor allem Frankreich einen Großteil beigetragen hat und in jüngster Zeit verstärkt beiträgt.

Deshalb liegt es im gemeinsamen europäischen Interesse, wenn deutsche Außenpolitik künftig auf gleicher Augenhöhe mit den USA gemacht wird. Amerikanische Außenpolitik folgt den Regeln der Macht, sie ist berechenbar. Dazu gehört auch, daß Gefolgschaft nicht belohnt,

sondern ausgenutzt wird. Respektiert wird nur, wer seine Interessen konsequent vertritt. Diese Regeln hatte die Bonner Außenpolitik permanent mißachtet. Eine durchdachte Berliner Außenpolitik gibt es nicht. Außenminister Fischer ist dafür von Haus aus ungeeignet, weil ihm die zentrale Kategorie der internationalen Politik, nämlich nationales Interesse, fremd ist. Im Kanzleramt sind zwar richtige Reflexe, aber noch keine Konzepte zu erkennen.

Neue Berliner Außenpolitik muß im Bewußtsein der historisch einmaligen Leistungen Deutschlands nach 1945 betrieben werden. Das außenpolitische Fundament sind privilegierte Beziehungen mit Frankreich im Westen und Rußland im Osten. Wenn die Versuche der US-Regierung, die Gegensätze innerhalb Europas zu verschärfen und zu nutzen, mit Geschlossenheit nach außen beantwortet werden, dann sind die transatlantischen Spannungen Europas Chance.

Ein Europa, das sich in absurden Integrationsbemühungen verschleißt, wird diese Geschlossenheit nach außen nicht aufbringen. Es gilt Kurt Schumachers Wort: "Nur wer sein Vaterland bejaht, ist zu internationaler Zusammenarbeit bereit." Dieser Satz gilt für die deutsche Politik gegenüber den USA und Europa gleichermaßen, für ein Europa jenseits von Versailles - und dessen Folgen.<<

24.03.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. März 2000: >>Wiedergutmachung mit bösen Folgen

In Berlin löst die Frage möglicher deutscher Reparationen einige Unruhe aus

Offiziell ist die Sache nie auf dem Tisch gewesen, aber an Anmerkungen hat es nicht gefehlt, daß die USA die Frage der deutschen Reparationen in Folge des Zweiten Weltkrieges noch für offen hielten. Dieser längst abgehakt geglaubte Punkt war im Verlauf der Verhandlungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern ins Spiel gebracht worden. Es ging dabei von amerikanischer Seite um die Klärung von sogenannten nicht rassistisch bedingten Vermögensschäden. Dies schließt Kriegsschäden ein. Die mögliche Zahlung von Reparationen, so die Amerikaner, werden von einer Einigung für die Zwangsarbeiter nicht berührt.

Dahinter steht die Frage, wie der 1990 abgeschlossene Zwei-plus-Vier-Vertrag über die "abschließende" Regelung der Deutschlandfrage zu bewerten ist. War es ein Friedensvertrag oder nicht? Zwar hatten die alliierten Kriegsgewinner 1945 in Potsdam beschlossen, sich materiell an Deutschland gütlich zu tun, konnten sich über den Umfang der Leistungen aber nicht einigen. Was die endgültige Festsetzung von Reparationen betraf, wurde im Londoner Schuldenabkommen von 1953 mit den Westmächten beschlossen, diese bis zum Abschluß eines Friedensvertrages aufzuschieben.

Bei dem Zwei-plus-Vier-Vertrag hat sich die Bundesregierung deshalb auch alle Mühe gegeben, ihn nicht als Friedensvertrag erscheinen zu lassen. ... Kanzler Helmut Kohl hat sich jedoch bei den Verhandlungen über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einmal aufs Glatteis begeben: Wenn Deutschland sich bereit erklären sollte, müsse Polen auf Reparationsforderungen verzichten. Indirekt sagte er damit, daß es hier eine offene Frage gebe. Wie gefährlich solches Tun sei, ist ihm offenbar bedeutet worden. Und auch, daß Polen zusammen mit der Sowjetunion bereits 1953 auf Reparationen verzichtet habe.

Es bleiben noch mehr als 50 Staaten, mit denen das Deutsche Reich am Schluß im Krieg lag und die nicht verzichtet haben. Würden nun nur von einer Reihe von ihnen Reparationsforderungen erhoben, käme man schnell auf astronomische Summen. ...

Allerdings hat Stuart Eizenstat, der für die Amerikaner in Sachen Zwangsarbeiter verhandelt, seinem deutschen Partner Otto Graf Lambsdorff geschrieben, daß Reparationen wegen des Zweiten Weltkrieges kein Streitpunkt seien - "so weit es Vermögen betrifft". ... Und für Lambsdorff bleibt es "ein diskussionswürdiger Punkt, daß 50 Jahre nach Kriegsende unser größter Verbündeter noch meint, die Reparationsfrage sei offen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 24. März 2000: >>>Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung - am Volk vorbei

Die politische Klasse als Souverän

Karl van den Driesch

Willy Brandts Appell "Mehr Demokratie wagen" könnte Richtschnur gewesen sein für Hans Herbert von Arnim, Jahrgang 1939, Professor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaft Speyer, unermüdlicher Streiter für eine bessere Demokratie in unserem Land. Soeben hat er sein neues Buch "Vom schönen Schein der Demokratie" vorgelegt.

Wer von dem ansehnlichen Oeuvre zum Thema weiß, wundert sich eigentlich nicht, sein Credo von der Notwendigkeit direktdemokratischer Verfahren wie Volksbegehren/Volksentscheid auf Bundes- und Landesebene und Bürgerbegehren/Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene variiert wiederzufinden, verfeinert, erweitert, mit Argumenten, die im Diskurs der Jahre gewonnen haben. Die allgemeinen Macht- und Motivationsverschiebungen werden noch einmal fokussiert, um dann spezielle Probleme unseres Föderalismus und einer direkten Demokratie zur Ergänzung unserer repräsentativen Staatsform in den Blick zu nehmen.

Dreh- und Angelpunkt ist die Bestimmung im Grundgesetz "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", die den Parteien lediglich eine Mitwirkung zugesteht. Dieser Entwurf ist inzwischen verkommen zu einer Parteienherrschaft, die den Bürger auf Distanz hält und ihm Partizipation weitgehend verwehrt. Das Sagen hat eine "politische Klasse" (hauptberufliche Politiker, die von der Politik leben und ihren Status einer Partei verdanken) mit einer "politischen Elite" (in deren Händen sich Macht konzentriert).

Im Gegensatz zur Gemeinwohl-Orientierung des Grundgesetzes lassen sich Berufspolitiker heute vorwiegend vom Eigeninteresse des Machterhalts und damit einer Sicherung ihrer Pfründe leiten, wofür extrem das Beispiel des Altbundeskanzlers Kohl steht, der sich sogar über die Verfassung hinwegsetzte.

Der Bürger darf dagegen nur sehr begrenzt befinden, in der Regel bei Wahlgängen. Seine Entmündigung zeigt sich besonders auf Bundesebene, wo die wichtigsten Entscheidungen fallen. Schon an der Entwicklung des Grundgesetzes wurde er nicht beteiligt. Er kann nicht einmal über die Kandidaten entscheiden, die für Bundestag und Landtage zur Wahl stehen, da diese von den Parteien nach Gutdünken ausgewählt werden und durch ein starres Verhältniswahlrecht mit "sicheren" Listenplätzen sogar eines eigenen Profils entsagen dürfen.

Der Bürger entscheidet allein noch über die Größe der Parlamentsfraktionen und damit über die Herrschaftsanteile der Parteien. Schon ein öffentliches Nachdenken über eine reine Mehrheitswahl, die die Parlamente vor Luschen bewahren könnte, ist verpönt.

Auch die große Richtung der Politik läßt sich kaum beeinflussen. Unwägbarkeiten ergeben sich aus Regierungskoalitionen mit dann ausgehandelten Verträgen und aus Mehrheiten der Opposition im Bundesrat. Und die Strukturen geben manches Demokratische nicht her, etwa einen Volksentscheid zur Einführung des Euro wie in anderen Ländern.

Mit einer parteiübergreifenden Gemeinsamkeit der Interessen verfügt die politische Klasse heute über die Spielregeln des Erwerbs von Macht, Posten und Geld. Sie ist quasi souverän geworden, die Souveränität des Volkes sei, so von Arnim, übergegangen auf die politische Klasse. Selbst verfassungsrechtliche Grenzen werden durch Grundgesetzänderung überschritten, wenn sich Regierung und Opposition darin einig sind, eigene Unrechtshandlungen zu kaschieren, assistiert von einem Bundesverfassungsgericht, in dem nur Richter sitzen, die von den Parteien ausgewählt wurden.

Aus den Fehlentwicklungen zieht von Arnim den Schluß, daß Heilung nur von einer Rückbindung der Politik an die Bürger über Elemente einer direkten Demokratie zu erwarten ist.

Bei den Bundesländern zeigt der Autor verwandte Probleme, Verwerfungen der föderativen

Landschaft zu Lasten von Effizienz und Partizipation. Durch Initiativen der Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Länder als Kunstprodukte früher entstanden als Grundgesetz und Republik. Verständlich, daß die Ministerpräsidenten, die von den Alliierten noch vor den ersten Landtagswahlen eingesetzt worden waren, bei der Arbeit am Grundgesetz ihre Interessen pfl egten.

So verhinderten sie die Ausgestaltung der Länderkammer als Senat mit direkt gewählten Mitgliedern nach US-Vorbild und setzen gegen Adenauer, Schumacher und Heuss den heutigen Bundesrat durch, der - bei den zweiten Kammern in der Welt einzigartig - aus den Regierungen der Gliedstaaten besteht, was ihnen ein Mehr an Macht und Einfluß sichert. Sie vereitelten auch den von den Alliierten gewünschten Volksentscheid über das Grundgesetz.

Zur Rückbindung der politischen Klasse an die Bürger mahnt von Arnim grundlegende Verfassungsreformen an:

Volkswahl der Ministerpräsidenten nach dem Vorbild der Direktwahl von Oberbürgermeistern in Großstädten; statt Ministerien bescheidene Landesämter mit politischen Beamten an der Spitze, ernannt vom Ministerpräsidenten und versetzt in den einstweiligen Ruhestand bei Vertrauensverlust; Reform des Verhältniswahlrechts über Kumulieren (Häufeln mehrerer Stimmen) und Panaschieren (Kandidaten verschiedener Parteien wählen können, auch Kandidaten dazuschreiben); Schaffung eines Teilzeitparlaments, Entschädigung statt Vollalimentation und Überversorgung; Volksbegehren/Volksentscheid mit niedrigen Zugangshürden.

Schließlich stellt von Arnim die Frage nach der Berechtigung der Bundesländer unter den obwaltenden Umständen heute und in der EU morgen.

Spätestens hier fragt auch der Leser nach der Durchsetzbarkeit solcher Reformideen. Von Arnim ist sich dieser Problematik bewußt. Er setzt auf Bürgerinitiativen, in einzelnen Bundesländern, deren Arbeit eine Sogwirkung auslösen müßte. Hinweisen auf das Grundgesetz begegnet er mit Artikel 146 Grundgesetz, der das deutsche Volk ermächtigt, sich in freier Entscheidung eine neue Verfassung zu geben. Das würde selbst ein Ersetzen des Bundesrates durch einen volksgewählten Senat ermöglichen.

Die politische Klasse hat erkannt, daß sich mit direkter Demokratie in Ergänzung der repräsentativen ein neues System etablierte, das ihre Freiräume einengt und die Machtverteilung hin zum Staatsvolk verschiebt. So etwas wird erfahrungsgemäß nicht ohne Widerstand hingenommen. Und Machttträger sind nicht zimperlich bei der Wahl ihrer Mittel, wenn es um die Verteidigung von Privilegien geht. Die politischen Gegenmaßnahmen haben sich niedergeschlagen in Hürden, die man heute den Volks- und Bürgerbegehren in den Weg stellt in Form von Sachbeschränkungen, Zulässigkeitsüberprüfungen, Quoren und Fristen.

Der Wunsch, direktdemokratische Möglichkeiten auf Bundesebene zu schaffen, ist im Land populär und von zwei Spitzengremien schon positiv beurteilt worden. Die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat nach der Wiedervereinigung war mehrheitlich für derartige Vorschläge eingetreten, scheiterte jedoch an der Zweidrittelmehrheit, die für Kommissionsbeschlüsse festgelegt worden war.

Nach der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung sind direktdemokratische Elemente auf Bundesebene durch Änderung des Grundgesetzes geplant. Doch auch hier dürfte die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat nicht zustande kommen; denn CDU und CSU haben sich bislang gegen solche Projekte ausgesprochen.

Wenig überzeugend sind die direktdemokratischen Visionen des Autors in Richtung Brüssel; er dürfte sie selbst bei einer hohen Lebenserwartung nicht einmal in Ansätzen erleben. Der geringe Fortschritt mit der direkten Demokratie in der Bundesrepublik verdankte sich besonderen Konstellationen, weitere Fortschritte dürften mit immensen Schwierigkeiten verbunden sein - trotz der Hoffnung, daß vielleicht einmal nicht zu verstehen sein wird, warum das Durchsetzen direkter Demokratie so schwer war.

Der informativen Zusammenschau ist zu wünschen, daß sie den angestrebten Überzeugungseffekt in einem breiten Maße erreicht.

Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung - am Volk vorbei. Droemer Verlag, München 2000 ...

Karl van den Driesch, Oberst a.D. der Bundeswehr, arbeitet als freier Journalist.<<

01.04.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 1. April 2000 (x887/...): >>"Marxismus für feine Leute"

Die 68er "Kulturrevolution", die Frankfurter Schule und die Kritische Theorie ...

Von RUDOLF WILLEKE

Der bekannte Rechtsphilosoph und sozialdemokratische Justizminister der Weimarer Republik, Gustav Radbruch, hat den Satz formuliert: "Jede Idee, die der menschliche Geist erzeugt hat und den Kopf verläßt, also zur 'Sprache kommt', strebt danach, verwirklicht zu werden. Auf dem Wege der Verwirklichung verändert sie das Bewußtsein und die Gesellschaft."

Dieser Satz erscheint zunächst banal, denn jedermann weiß, welche gesellschaftlichen und bewußtseinsmäßigen Folgen die Ideen etwa von Jesus Christus, von Martin Luther und Immanuel Kant oder von Friedrich Nietzsche, Karl Marx und Wladimir I. Lenin hatten.

Der Satz ist gleichwohl beachtenswert, wenn man bedenkt, daß die Ideen, ja das gesamte Ideengebäude der "Frankfurter Schule" bisher kaum zur Kenntnis genommen wurden, so daß sich die Kulturrevolution 1968 bis 1998 hinter dem Rücken des kollektiven Bewußtseins vollziehen konnte und die Folgen nicht der eigentlichen (letzten) Ursache zugerechnet wurden, sondern dem namenlosen "Zeitgeist", dem "Fortschritt", der "Modernisierung".

Die kulturrevolutionären Veränderungen infolge der "Kritischen Theorie" der Frankfurter Schule liegen weit überwiegend im Bereich der gesellschaftlichen Institutionen, der "Umwertung der Werte", der "Umbegreifung der Begriffe" und des praktischen Verhaltens der Menschen in der Gesellschaft.

Wenngleich die Kritische Theorie längst kein allgemein anerkanntes Weltinterpretationssystem mehr ist, ist ihr Einfluß auf die Wissenschaften, auf Gesellschaft und Politik nachhaltig ("FAZ" vom 18. Juni 1999), sie ist richtungweisend für die sozialdemokratisch-ökologische Politik und letztentscheidend für die "political correctness" in den Kommunikationsmedien der Gesellschaft und der Kirchen.

Eine philosophische Schule wie die Frankfurter Schule besteht aus der Gemeinschaft der Lehrer- und Schülergeneration, die durch gemeinsame Grundanschauungen, durch gemeinsame Forschungsmethoden und Ziele miteinander verbunden sind und die sich mit einer Idee oder mit einem Programm identifizieren.

Die Namen "Frankfurter Schule" und "Kritische Theorie" hat Max Horkheimer in den frühen 30er Jahren erfunden und genutzt, um seine Position vom dogmatischen Marxismus abzugrenzen und um zu dokumentieren, daß die "Frankfurter" einen revisionistischen Marxismus (Neomarxismus) vertreten. Dogmatisch-orthodoxer Marxismus wurde in den 30er Jahren mit KPD und Stalinismus gleichgesetzt.

Zugleich wollte Horkheimer seiner Theorie eine ganz besondere Aura, ein unverwechselbares Merkmal der qualitativen Unterscheidung von anderen Theorien, etwa der Philosophie des Deutschen Idealismus, verleihen.

Die Kritische Theorie der Frankfurter Lehrer und Schüler beinhaltet ein Denken, das in einer offenen Form der marxistischen Tradition steht und das der Abschaffung von Herrschaft (jeder Art, d. Verf.) verpflichtet ist. Für den bekannten Historiker Golo Mann, der in der amerikanischen Emigration sozusagen Hausnachbar von Horkheimer war, ist die Kritische Theorie nichts anderes als "Marxismus für feine Leute", also Intellektuelle.

Die Kritische Theorie unterscheidet sich grundlegend von traditionellen Theorien und Wis-

senschaften, die vom Interesse an Objektivität und Wahrheit geleitet sind. Sie ist demgegenüber vom Interesse an der Veränderung der bestehenden Gesellschaft inspiriert und aus diesem Grunde an der Hervorbringung eines bestimmten Verhaltens, d.h. "kritischen Verhaltens" interessiert.

Letzteres zeige sich in dem bewußten Widerspruch gegen das gesellschaftliche Ganze. Die "Kritik" ist prinzipielle Kritik, d.h. eine Grundhaltung der Verneinung aller Wirklichkeit und zugleich Kampf gegen das Bestehende, also gegen die bürgerliche Gesellschaft im weitesten Sinne.

Kritische Theorie will die Wirklichkeit nicht beschreiben, sie will sie verändern, sie steht damit im polemischen Widerspruch zu allen traditionellen Wissenschaften, insbesondere zur Philosophie des Deutschen Idealismus.

Damit ist schon angedeutet, daß die Gründerväter der Frankfurter Schule - Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas, aber auch deren frühe Mitarbeiter, etwa der Sexualtheoretiker und Sexualpolitiker Wilhelm Reich, der evangelische Religionsphilosoph und Theologe Paul Tillich, die Psychoanalytiker Erich Fromm und Alexander Mitscherlich und der marxistische Nationalökonom und KP-Funktionär Friedrich Pollock und viele andere - keine neuen Ideen hervorbrachten oder verwirklichten.

Die Väter standen vielmehr auf den Schultern der geistigen Großväter, vor allem auf Karl Marx und Sigmund Freud, bzw. der geistigen Urgroßväter Jean-Jacques Rousseau und anderer Vorkämpfer der Französischen Revolution von 1792 (nicht 1789).

Marx und Freud, beide prominente Vertreter des philosophischen Materialismus, nahmen die These Rousseaus auf, daß die "Zivilisation" das Glück des Menschen, das ihm im Naturzustand zuteil wurde, zerstört und die Sitten verdorben habe". Von Natur aus sei der Mensch gut, erst mit dem Privatbesitz, der eigentlichen Ursünde des Kapitalismus, seien Herrschaft und Unterdrückung und damit Unglück und Bosheit in die Welt gekommen.

Allein durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln könne die Herrschaft von Menschen über Menschen endgültig beendet und eine menschenwürdige Gesellschaft - das Paradies auf Erden - errichtet werden.

Die Parole "Zurück zur Natur" findet heute noch ihren Widerhall in der Technikfeindlichkeit und ökologischen Besessenheit der Grün-Alternativen.

Der marxistische Appell "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" lautet in der neomarxistischen Version "Intellektuelle aller Institutionen, emanzipiert euch!".

Während der Marxismus/Sozialismus an die ökonomisch-sozial verelendeten Proletarier appellierte und eine Arbeiterbewegung in Gang setzte, die die Basis (Produktionsverhältnisse) ändern, vielleicht sogar mit Gewalt umstürzen (revolutionieren) sollte, wendet sich der Neomarxismus der "Frankfurter" an die intellektuell und psychosozial verelendeten Subjekte im Bildungssystem, d.h. im kulturellen Überbau. Er bewirkte 1968 eine Studentenbewegung, die den kulturellen Überbau revolutionieren, d.h., eine Kulturrevolution durchführen sollte, deren Folgen Thema dieser Artikelserie sind.

Die gesamte Programmatik der Frankfurter Schule und der neu-linken Bewegung läßt sich als Kulturrevolution, als Umbau des Menschen, seiner Psyche, seines Denkens und Strebens und seines Lebens, als Umbau der Institutionen, die das menschliche Bewußtsein und Verhalten prägen, sowie als Umwälzung der gesamten Kultur und Zivilisation beschreiben.

Die Studentenrevolte von 1968 war kein Randphänomen der Gesellschaft, sondern eine wirkliche Revolution.

Da es unmöglich ist und auch nicht der Anschein erweckt werden soll, das Ideen- und Lehrgebäude der "Frankfurter", das aus mehr als 40 Büchern, 50 Aufsätzen und Tausenden von Brief- und Manuskriptseiten besteht, adäquat darstellen zu wollen, werden nur einige zentrale Thesen der Kritischen Theorie herausgegriffen. (Wenn im folgenden undifferenziert von der

Frankfurter Schule gesprochen wird, ist immer einer der vier Gründer gemeint.)

Die Kritische Theorie ist nach Auffassung der "Frankfurter" eine alles umfassende, alles erklärende Theorie. Sie will sowohl Religions- als auch Gesellschaftsphilosophie, ebenso Theorie der Menschwerdung (Ontogenese) wie Moralphilosophie, Geschichts-, Kultur-, Musik- und Kommunikationstheorie sein. Sie stellt den Anspruch, eine Theorie der Wahrheit zu sein und damit die gesamte vorausgehende Philosophie von Thomas von Aquin bis Kant und Hegel zu überbieten und abzulösen.

Für Horkheimer wie für Habermas steht fest, daß Gott durch die tatsächliche Geschichte, durch die modernen Naturwissenschaften (Evolutionismus/Darwinismus) sowie durch den (dogmatischen) Marxismus widerlegt ist.

Das Christentum ist für Horkheimer eine Lüge, die Wiederbelebung der heidnischen Mythologie in Deutschland während des Dritten Reiches nichts anderes als Polytheismus. Nicht Gott, sondern der Mensch sei das höchste Wesen (Feuerbach), und der Nächste sei das Volk, die Gesellschaft, die Menschengattung. Horkheimer und Adorno teilen die Auffassung, daß die entscheidenden Fragen der Metaphysik nur negativ, d.h. nur verneinend, aufhebend, beantwortet werden können, dementsprechend gebe es nur negative (bestreitende, verneinende) Theologie.

Adorno, der getaufter Jude war, ist, wie Habermas betont, völlig standhaft und unerschütterlich Atheist geblieben.

Für Habermas, vom Elternhaus her evangelischer Christ, ist Gott eine falsche Hypothese - geschichtlich überholt, wissenschaftlich widerlegt. Gott ist vielmehr, wie Ludwig Feuerbach vor ihm schon behauptete, eine Projektion des leidenden Menschen an den Himmel, also Phantasieprodukt des Menschen. Der Mensch hat sich seinen Gott geschaffen, weil er ein Bedürfnis nach ihm hatte. Nach Habermas ist das Zeitalter der Hochreligionen und die Epoche des metaphysischen Denkens vorbei.

Das Christentum sei kein anerkanntes Weltinterpretationssystem mehr, die neue "wissenschaftliche Weltanschauung" - der Darwinismus/Evolutionismus - habe dem Christentum den Rang streitig gemacht, wissenschaftliche Aufklärung habe das (unaufgeklärt-mythische) Bewußtsein aufgelöst, die religiöse Welt insgesamt "entzaubert" und jede religiös begründete Ethik wie Lehmbröckchen zwischen den Fingerspitzen zerrieben. Das moderne, nach-metaphysische Denken bestreite keine bestimmten Behauptungen der Theologen oder Metaphysiker, es behaupte vielmehr deren Sinnlosigkeit.

Sinnlos ist das Nachdenken über Gott deshalb, weil Gott in der Kritischen Theorie nicht real existiert, sondern nur ein Phantasieprodukt leidender Menschen ist. Theologie als Nachdenken und Reden über Gott ist dann eben nur Reden über nichts oder über menschliche Einbildungen.

Die "Moderne" oder das nach-metaphysische Zeitalter sei die Epoche des Massenatheismus: die katholische Kirche sei in mehrere Konfessionen und in eine Unzahl von Denominationen zersplittert, und alle moderne Theologie erscheint als Schrumpfungsprozess, der zur Auflösung führe, weil diese "moderne" Theologie die Unterschiede zwischen Heils- und Weltgeschichte, zwischen Diesseits und Jenseits, zwischen Kirche und Welt, zwischen Theologie und Soziologie, zwischen Seelsorge und Psychologie, zwischen Christen und Nichtchristen, also den überlieferten Dualismus, einebene.

Mit dieser Zustandsbeschreibung von 1974 hat Habermas sogar recht behalten. Habermas hält es schließlich für gerechtfertigt (und notwendig), daß überall dort, wo in der idealistischen Philosophie "Gott" gedacht oder geschrieben wurde, "Mensch" oder "menschliche Gattung" einzusetzen sei. Damit wird Gott entthront, der Mensch bzw. die Gesellschaft dagegen werden vergöttlicht.

Wenn ein dogmatischer Marxist gefragt wird, wie ein "Sozialist" die Frage nach Gott beant-

worten würde, würde er mit Karl Marx antworten, der "sozialistische Mensch" sei so, daß er diese Frage nicht mehr stelle. ...<<

07.04.2000

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 2000: >>Polen drängt in die EU

Die polnische Regierung hat ihre Forderung nach rascher Aufnahme in die EU unterstrichen. Ministerpräsident Jerzy Buzek forderte EU-Kommissionspräsident Romano Prodi am Donnerstag in Brüssel auf, ein Zieldatum zu nennen. Damit würden die Vorbereitungen seines Landes einen Schub erhalten. Buzek hat sich einen Beitritt im Jahr 2003 zum Ziel gesetzt. ...<<

11.04.2000

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. April 2000: >>Deutsche kaufen Land in Polen

Deutsche liegen beim Grundstückskauf in Polen 1999 vorn. Mehr als ein Drittel der 916 ausländischen Firmen, denen das polnische Innenministerium den Kauf von 2.342 Hektar Land gestattete, stammte aus der Bundesrepublik. Außerdem durften 299 deutsche Antragsteller als Privatleute insgesamt 138 Hektar Land kaufen.<<

13.04.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. April 2000: >>Aussiedler können kein Deutsch mehr

Die nach Deutschland kommenden Aussiedler aus den Ländern der früheren Sowjetunion haben immer schlechtere Deutschkenntnisse. Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt (SPD), beklagte am Mittwoch in Nürnberg: "Insbesondere bei Jugendlichen gehen sie gegen Null." Welt sieht die Zuwanderung aber als Chance. Die Aussiedler könnten sowohl zur Finanzierung der Sozialsysteme in Deutschland beitragen als auch zur Erschließung neuer Märkte in Osteuropa.<<

14.04.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. April 2000: >>Per Losentscheid zur Bundeswehr?

Armee soll drastisch schrumpfen

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

15.04.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. April 2000: >>Zu wenig Geld für Zwangsarbeiterstiftung ...

Fast 55 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat der Bundestag eine Stiftung zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter auf den Weg gebracht. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Redner aller Fraktionen bekannten sich zu dem Ziel, noch in diesem Jahr mit Zahlungen an die Opfer zu beginnen. Die Parteien appellierten an alle deutschen Unternehmen, sich an der Stiftung zu beteiligen und die von der Wirtschaft versprochene Summe von 5 Milliarden Mark aufzubringen. Bisher haben 1.208 Firmen insgesamt 2,4 Milliarden zugesagt. ...

Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung der Bundesrepublik, Otto Graf Lambsdorff, erinnerte an die historische und wirtschaftliche Dimension der Einigung, die deutsche Unternehmen vor teuren Sammelklagen in den USA schützen soll. ... Lambsdorff warnte vor Illusionen: "Eine hundertprozentige Rechtssicherheit wird es nicht geben." ...

Während der Bundestag über die Stiftung debattierte, sorgte in Wien eine neue Sammelklage von früheren Zwangsarbeitern gegen Österreich und 80 österreichische Firmen für Empörung. Ein US-Anwalt fordert für seine Mandanten eine Entschädigung von umgerechnet 36,9 Milliarden Mark.

Unterdessen hat das Oberste Gericht Griechenlands Deutschland zur Zahlung von Kriegsschädigungen in Höhe von 55 Millionen Mark verurteilt. Das Gericht teilte gestern in Athen mit, die Summe stehe den Angehörigen von 218 Dorfbewohnern zu, die 1944 von deutschen Truppen ermordet worden waren. Nach deutscher Auffassung sind alle Forderungen seit 1960 durch ein Abkommen mit Griechenland abgegolten.<<

28.04.2000

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. April 2000: >>Polen wünscht sich mehr deutsche Investitionen

Schröder und Buzek beraten in Gnesen ...

Der polnische Ministerpräsident Jerzy Buzek hat die deutsche Wirtschaft zu Investitionen in Polen aufgefordert. ... Schröder sagte, der Beitritt Polens liege im nationalen Interesse, weil durch eine Ausweitung des Handels Arbeitsplätze bewahrt würden. Als "nicht glücklich" bezeichnete der Kanzler eine Studie des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) über Defizite bei den Beitrittsvorbereitungen osteuropäischer Länder. Sein Eindruck sei, daß Polen sich alle Mühe gebe, sein selbst gestecktes Ziel zu erreichen.

Beide Regierungschefs räumten ein, daß es anfangs Übergangsfristen etwa beim Zugang von polnischen Arbeitskräften nach Deutschland oder beim Ankauf von polnischen Liegenschaften durch Deutsche geben werde. Buzek meinte, daß diese zu den "heiklen Punkten" zählten. Die Atmosphäre sei aber freundschaftlich gewesen. Dazu habe die Grundsatzentscheidung zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern beigetragen. ... <<

02.05.2000

Vietnam: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Mai 2000: >>"Der Höhepunkt des Heldentums"

Mit Militärparaden und Folklore feiert Vietnam das Ende des Krieges vor 25 Jahren

... Der Bürgermeister von Ho-Chi-Minh-Stadt ... nannte den Krieg zwischen dem Vietcong und der nordvietnamesischen Armee auf der einen Seite gegen die USA und Südvietnam auf der anderen Seite "ohne Beispiel in Ausmaß und Brutalität". ...

Vietnams Regierungschef Khai hatte am Sonnabend in Hanoi an die früheren Kriegsgegner appelliert, ihre Verantwortung für die Folgen des Krieges zu übernehmen. Besonders die USA sollten sich engagieren. Mehr als zwei Millionen Vietnamesen und 58.000 amerikanische Soldaten sind im Krieg getötet worden. ...<<

08.05.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Mai 2000: >>Säumige Firmen an den Pranger

Deutsche Firmen, die nicht in den Entschädigungsfonds für ehemalige NS-Zwangsarbeiter zahlen, aber einst von ihrem Leiden profitierten, sollten weltweit an den Pranger: Der Sprecher der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Wolfgang Gibowski, drohte damit am Sonntag ebenso wie der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michael Friedman. Der Leiter der Jewish Claims Conference in Deutschland, Karl Brozik, dachte sogar erstmals über Zwangsmaßnahmen nach.

... Ebenso wie Gibowski und Friedman sprach sich Brozik dafür aus, die Anonymität aufzuheben und die säumigen Firmen öffentlich bloßzustellen. ...<<

11.05.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Mai 2000: >>**Ein Freund besucht die Deutschen**

... Der tschechische Präsident Vaclav Havel traf bei seinem Staatsbesuch am Mittwoch erst Bundespräsident Johannes Rau und anschließend Gerhard Schröder. Der bekräftigte die Unterstützung für den Beitritt Tschechiens zur EU und lehnte Forderungen der Sudetendeutschen nach deutschen Bedingungen für den Beitritt ab. Schröder bezeichnete Havel als "wirklichen Freund Deutschlands".<<

12.05.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Mai 2000: >>**"Vorabend einer europäischen Katastrophe?"**

Wenn er an Europa denkt, verdunkelt sich sein Gesicht. Die Europäische Union (EU) befindet sich nach Ansicht von Josef Homeyer (Bischof der Diözese Hildesheim) "in einer der größten Krisen seit ihrem Beginn". Sie steht - so fügt er mit prophetischer Sorge hinzu - hoffentlich nicht am Vorabend einer europäischen Katastrophe". ...

Die europäischen Institutionen seien einst auf die ursprünglich sechs Mitglieder zugeschnitten worden. Nach dem Beschluß, die Zahl der Mitgliedstaaten auf das vierfache zu erhöhen, müßten die Apparate endlich modernisiert werden. ...

Das entscheidende Defizit sieht der 70-jährige Geistliche darin, daß es auf der europäischen Bühne ein Führungsvakuum gebe. Gemeint ist dieses Mal nicht die EU-Kommission, sondern "das ehemals führende Tandem Frankreich-Deutschland". "Der Motor läuft gegenwärtig auf Hochtouren", zitiert Homeyer einen prominenten Europa-Politiker, "doch befindet er sich leider nur im Leerlauf." ...

Papst Johannes Paul II. habe vor kurzem mit dem "längst fälligen" Schuldbekenntnis endlich ein wichtiges Signal gegeben. Die Seele Europas entstamme nicht nur einer westlichen, sondern auch der östlichen Kultur. Wenn die EU heute die Aufnahme östlicher Staaten aus einer Mischung von politischer Kraftlosigkeit und mangelndem Geschichtsbewußtsein hinauszögere, füge sie den Völkern im Osten neue Verletzungen zu - mit unabsehbaren Folgen.<<

13.05.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Mai 2000: >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...

Fischer hatte sich in einer als "persönliche Überlegungen" bezeichneten Rede an der Humboldt-Universität für eine zentrale Europaregierung, ein europäisches Parlament sowie eine europäische Verfassung ausgesprochen. Europa müsse "konstitutionell neu gegründet werden". Dies könne durch den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer europäischen Föderation gewährleistet werden. In einem Verfassungsvertrag sollten die Länder nur die "Kernsouveränitäten und das unbedingt notwendig europäisch zu Regelnde der Föderation übertragen". Zunächst sollte die Zusammenarbeit zwischen den Staaten, die in bestimmten Bereichen enger als andere kooperieren wollten, verstärkt werden.

Fischer bekannte sich zur EU-Osterweiterung, die in den nächsten 10 Jahren großenteils zu Wege gebracht werden müsse. Mit einer Erweiterung von 15 auf 30 Mitglieder müßten die Strukturen aber verändert werden, damit die Gemeinschaft handlungsfähig bleibe. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 13. Mai 2000 (x887/...): >>Vertreibung ist ein unverjährbares Verbrechen

Resolution des BdV-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Eingedenk der im Jahre 1950 verabschiedeten "Charta der Heimat" wiederholen wir als Heimatvertriebene das Gelöbnis, daß die Respektierung und Wahrung der Würde des Menschen mitsamt seinen Rechten unser höchstes Gebot sind. Auch das Recht auf die angestammte Heimat ist uns als von Gott gegeben heilig und unantastbar.

Wir Heimatvertriebenen fordern alle Staaten und Völker guten Willens dieser Welt auf, das Recht auf die angestammte Heimat als Grundrecht von Menschen und Volksgruppen zu wahren und Verstöße dagegen rigoros zu ahnden. Dabei darf es keinen Unterschied zwischen Siegern und Besiegten geben, zumal wir aus tiefster christlicher Überzeugung jegliche Kollektivschuld oder Kollektivhaftung strikt ablehnen. Nach verbindlicher Rechtsauffassung der vereinten Nationen ist jede Vertreibung ein unverjährbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit und erfüllt den Tatbestand des Völkermordes. Dieser ist als Delikt grundsätzlich zu ahnden und hat keinen Anspruch auf Nachsicht oder "Toleranz".

Wir Heimatvertriebenen fordern insbesondere die Europäische Union auf, es nicht bei der plakativen Deklaration zu belassen, Hüterin der Menschenrechte wie des Völkerrechts zu sein, sondern aktiv dafür Sorge zu tragen, daß jeder Mitgliedstaat ohne Ausnahme zur strikten Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte "gezwungen" wird. Für alle Heimatvertriebenen in Europa und alle aus rassistischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen Verfolgten und ihres Eigentums beraubten Menschen ist es unerträglich, seit Jahrzehnten erfahren zu müssen, wie ihre elementaren Grund- oder Menschenrechte auf dem Altar politischer Opportunität geopfert werden. Auch das Ignorieren und Nichtverfolgen von Menschenrechtsverletzungen durch einen Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland ist eine Verletzung der Menschenrechte, insbesondere der Würde der betroffenen Menschen.

Wir fordern aus Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen wie der Universalität der Menschenrechte wie des Völkerrechts die Europäische Union auf, bei den Verhandlungen über den Beitritt weiterer Staaten dafür Sorge zu tragen, daß alle Staaten vor Aufnahme in die EU als "Rechts- und Wertegemeinschaft" ihre begangenen Verletzungen der Menschenrechte wie des Völkerrechts juristisch wie moralisch heilen. Insbesondere die Republiken Litauen, Polen und Tschechien sind unmißverständlich aufzufordern, alle menschenrechtswidrigen Ausweisungs- und Enteignungsdekrete durch ihre Parlamente aufzuheben und für null und nichtig zu erklären. Dies bedeutet eine Restitution des willkürlich konfiszierten Eigentums wie eine adäquate Entschädigung.

Aber nicht nur materielle Entschädigung in bezug auf Eigentumsdelikte ist zu leisten. Viel gravierender sind die bisher völlig unberücksichtigten Schäden an Leib und Seele. Die Okkupation der deutschen Ostprovinzen wie der deutschen Siedlungsgebiete außerhalb der völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches ging mit einer unvorstellbar unmenschlichen Brutalität vor sich. Durch Mord, Vergewaltigung, Verschleppung und Zwangsarbeit verloren nahezu drei Millionen Menschen ihr Leben. Ein Großteil dieser Delikte geschah nach der Kapitulation der Wehrmacht am 7. und 8. Mai 1945 und vollzog sich bis in das Jahr 1949 hinein. Auch hier fordert das Recht Sühne, Bestrafung der Täter und Verantwortlichen sowie Wiedergutmachung.

Wir Heimatvertriebenen lehnen aus tiefster christlich-abendländischer Überzeugung jeglichen Gedanken an "Kollektivschuld" und "Kollektivhaftung" ab. Kein unschuldiges Kind darf ermordet, kein Mädchen vergewaltigt werden aus puren Rachegehrungen wegen anderweitig erlittenen Unrechts. Keine Volksgruppe darf, auch nicht von Siegern, willkürlich aus ihrer Heimat vertrieben sowie ihres Hab und Guts beraubt werden. Wären diese Gebote beachtet worden, viele Kriege nach 1945 wären ihres eigentlichen Motivs beraubt gewesen und hätten vermie-

den werden können.

Wir Heimatvertriebenen waren stets für "Europa", aber unser erhofftes "Europa" war stets ein Europa der Völker, des Selbstbestimmungsrechts, des Friedens und des Rechts. Wahrer Frieden kann aber nur eintreten, wenn sich alle Völker zum Prinzip von Wahrheit und Wahrhaftigkeit bekennen, die historische Wahrheit nicht manipuliert und unterdrückt wird, das Recht herrscht. Wir sind überzeugt von der alten Weisheit "justitia fiat pax", d.h., nur "Gerechtigkeit schafft Frieden".

Wir Heimatvertriebenen und Entrechteten fordern alle Menschen guten Willens auf, unseren Friedenswillen aktiv zu unterstützen und sich nicht auf "Verträge" zu verlassen, die elementare Menschenrechte einfach "ausklammern" und politbürokratisch "ad acta" legen. Nur wer die Menschenrechte reklamiert, fördert den Frieden unter den Völkern in Europa wie der Welt. Sie allein sind der Baustein für eine freiheitliche nachhaltige Entwicklung! ...<<

22.05.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Mai 2000: >>... Der Deutschland-Direktor der Jewish Claims Conference, Karl Brozik, forderte am Wochenende, die Namen der Firmen zu veröffentlichen, die bisher noch nicht in den Entschädigungsfonds eingezahlt haben. Die Bundesregierung solle Druck auf die Wirtschaft ausüben, damit diese endlich die verabredeten 5 Milliarden zusammenbringe. Auch der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, verlangte den Druck "auf die noch abseits stehenden Unternehmen" zu erhöhen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 22. Mai 2000: >>**Vertriebene fordern eine Entschädigung**

Die Forderung von Vertriebenen nach Entschädigung für "sudetendeutsche Opfer tschechischer Gewalt" droht das deutsch-tschechische Verhältnis zu belasten. ...

Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat in Berlin zur Diskussion über die Entschädigung von deutschen Vertriebenen aufgefordert. Polen, Tschechien und Slowenien müssen sich "den materiellen Folgen der völkerrechtswidrigen Vertreibung und Enteignung" von Millionen Deutschen nach 1945 stellen, verlangte BdV-Präsidentin Erika Steinbach auf der Bundesversammlung. Unterdessen forderte die Sudetendeutsche Landsmannschaft von dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds eine Entschädigung für erlittenes Unrecht. ...

Edmund Stoiber sagte ...: "Ich halte das Anliegen für gerechtfertigt." Die "barsche Haltung" Außenminister Joschka Fischers sei ihm völlig unverständlich. Fischer hatte gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" gesagt, der Vorstoß der Sudetendeutschen verletze "massiv" deutsche Interessen und sei "kontraproduktiv".

Der Referatsleiter im tschechischen Außenministerium, Jiri Sitler, sagte: "Tschechien überschätzt den Vorstoß nicht." Er wisse aber nicht, "ob es gerade jetzt klug ist, aus Deutschland Forderungen zu stellen, die mit dem Zweiten Weltkrieg zu tun haben".<<

27.05.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 27. Mai 2000 (x887/...): >>"Gebt uns die Mark wieder!"

Der Euro ist Globalisierer-Spielball und Instrument zur Umverteilung

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht in der Bundesrepublik, wo man sich offenbar längst schon an den Morgenthau-Plan gewöhnt hat. Jawohl, an den Morgenthau-Plan, denn gemeint ist natürlich nicht jenes vergleichsweise primitive Abmontieren der Industrie und Rückverwandeln in ein Agrarland, wie das einst ausgeheckt war. Sondern es geht um das weitaus raffiniertere Konzept der ewigen Schuldknechtschaft in ihren vielfältigen und gut getarnten Ausprägungen! Eine davon ist etwa das "Kyoto-Protokoll", bei dem der deutschen (und österreichischen) Wirtschaft unverhältnismäßig hohe CO₂-Reduktionen - sprich: Wettbewerbsnachteile - aufgebremmt wurden. Eine andere ist eben der Opfertod der D-Mark.

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht einmal in Österreich, wo man jahrzehntlang einen festen Wechselkurs zwischen D-Mark und Schilling pflegte, indem man die Entscheidungen der Deutschen Bundesbank "autonom nachvollzog", - statt lieber gleich die D-Mark einzuführen und sich auf diese Weise unzählige Milliarden für den Betrieb der "Österreichischen Nationalbank" zu ersparen. (Erstaunlich übrigens, daß die Sozialisten, denen doch sonst immer alles viel zu "national" ist, ausgerechnet am Namen der österreichischen Notenbank keinen Anstoß nehmen!)

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt vielmehr in jenen postkommunistischen Ländern Südosteuropas, wo die D-Mark mittlerweile zur gängigen Währung geworden ist und die gleichen Funktionen erfüllt wie der Dollar in anderen Weltgegenden. Der Ruf ertönt, weil der dramatische Kursverfall des Euro in gleichem Ausmaß die D-Mark entwertet und somit alle schädigt, die an die D-Mark geglaubt hatten.

Und man muß sich vor Augen halten, was das sonst noch bedeutet: Wer am Balkan seine Ersparnisse in D-Mark unverzinst unter der Matratze liegen hat, zieht damit unbeabsichtigt an den gleichen Strängen wie die hiesigen Währungshüter mit ihren Maßnahmen zur "Kaufkraftabschöpfung"! Und wenn dann - dank freundlicher Nachbarn oder hilfsbereiter Bomberpiloten - das Haus abbrennt und mit dem Haus die Matratze und mit der Matratze die Ersparnisse, dann wird zugleich der Notenumlauf der Bundesbank verringert, es wird also eine Verbindlichkeit getilgt, ohne daß man das als "außerordentlichen Ertrag" auszuweisen und womöglich noch zu versteuern hätte!

Gewiß, es macht in Summe nicht viel aus, ist aber wieder eines von zahlreichen Beispielen dafür, wie heute unter dem Deckmäntelchen "Globalisierung" die Umverteilung funktioniert, eine Umverteilung von unten nach oben - von denen, die arbeiten und sparen, hin zu den Finanzhais und den von ihnen abhängigen Politikern.

Als der Euro in seinen ersten Daseinstagen (bescheidene) Kursgewinne gegenüber dem Dollar verzeichnen konnte, ließ man das Volk mit Triumph-Gemurmel beschallen: "Seht Ihr, wir haben's ja immer schon gewußt!" Und heute? Da lassen die Beschwichtigungshofräte verlauten, daß der Kursverfall ohnehin nur scheinbar" sei und eigentlich gar keine Rolle spiele, weil ja im Euro-Land der größte Teil der Wirtschaft bloße Binnenwirtschaft sei.

Nun, da ist etwas Wahres dran, doch muß man sich das im Detail ansehen: Denn Importe von Rohstoffen, insbesondere von Erdöl, werden weiterhin in Dollars fakturiert, heizen also die Inflation an, und von der Inflation am stärksten betroffen sind bekanntlich stets die Schwächsten - hierzulande wie auch am Balkan. Daß andererseits die Exportwirtschaft durch Abwertung angeblich profitiert, ist eine weitere Halbwahrheit: Denn eine mengenmäßige Ausweitung (wenn überhaupt!) bedeutet noch lange keine entsprechende ertragsmäßige Ausweitung, um die Volkswirtschaft für die teureren Importe zu entschädigen!

Auch betriebswirtschaftlich ist der (unverdiente) Konkurrenzvorteil durch Abwertung eher gefährlich, verleitet er doch dazu, Unwirtschaftlichkeit unter den Teppich zu kehren, was dann bei einer Kursentwicklung in die andere Richtung katastrophale Folgen haben kann. ...

Besonders hervorzuheben ist natürlich, daß der Sinkflug des Euro sich nicht auf alle Euro-Länder gleichermaßen auswirkt! Wer zahlt denn vor allem für das teurere Erdöl? Aha! Und wer profitiert von dieser Teuerung? Ebenfalls aha! Es ist kein Zufall, daß England und Norwegen dank Nordsee-Öl auf den Euro verzichten dürfen. Und es ist ebenso kein Zufall, daß Morgenthau grüne Erfüllungsgehilfen so heftig für die Schließung deutscher Kernkraftwerke und gegen die Errichtung österreichischer Wasserkraftwerke kämpfen!

Da ist aber noch ein weiterer, ganz entscheidender Aspekt: Für Dollars kann man heute um ein Viertel billiger einkaufen - Liegenschaften, Betriebe, Finanzbeteiligungen etc. Und da geht es eben nicht um die vielgerühmten "Investitionen", mit denen die Wirtschaftskraft erhöht und Arbeitsplätze geschaffen werden. Es sind vielmehr reine Finanztransaktionen, deren Gewinne

wieder verflüssigt werden, sobald sich das lohnt, also wenn das Pendel wieder in die andere Richtung geht. Und weil man eben mächtig genug ist, das Pendel einmal hierhin und einmal dorthin ausschlagen zu lassen, ist man auch beim Billig-Einkaufen und Teuer-Verkaufen jeweils um die sprichwörtliche Nasenlänge voraus!

Die Abwehr solcher Plünder-Aktionen ist nur einer autonomen Volkswirtschaft möglich, die Europäer aber haben ihre eigenen Volkswirtschaften dem Moloch Globalisierung zum Fraße vorgeworfen, und eine gemeinsame europäische Volkswirtschaft gibt es nicht. Wird es auch nicht geben, solange die Hegemonial-Interessen einzelner Mächte das Geschehen in Brüssel diktieren! Der Euro muß also - selbst wenn er aus den angeführten Gründen durchaus wieder einmal steigen wird - ein Spielball der Globalisierer bleiben, ein Instrument zur Umverteilung.<<

03.06.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 3. Juni 2000 über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>Die Karriere des Görlitzer Abkommens **über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"**

... Bereits vor dem Fall der Mauer verkündete Außenminister Genscher am 27. September 1989 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, das polnische Volk solle wissen, "daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird". Eine entsprechende Bundestagserklärung folgte bald darauf.

In seiner Regierungserklärung vom 21. Juni 1990 kündigte Bundeskanzler Kohl an, daß das wiedervereinigte Deutschland die "Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft" völkerrechtlich anerkennen werde: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Juni 2000: >>**Reichlich Kritik für Scharpings Bundeswehr-Pläne**

Der Union sind 277.000 Soldaten zu wenig, den Grünen zu viel – und auch Offiziere murren / Volle Öffnung für Frauen

... Das Konzept, das spätestens am Mittwoch nach Pfingsten vom Kabinett abgesehnet werden soll, löste ein geteiltes Echo bei Regierungs- und Oppositionsparteien aus. Kernpunkte sind die unbeschränkte Öffnung für Frauen, die Reduzierung der Truppenstärke und die Verkürzung des Wehrdienstes.

Frauen dürfen alles: Die Bundeswehr wird im Januar die ersten Frauen auf freiwilliger Basis für alle Laufbahnen und Verwendungen einstellen. Bisher ist die Tätigkeit von Frauen auf Sanitäts- und Musikdienst beschränkt. Künftig können sie auch Kampfpilotinnen und Kampfschwimmerinnen werden.

Formel "255.000": Scharpings Konzept sieht die Reduzierung von 320.000 auf 277.000 Soldaten vor. Danach werden aber nur 255.000 tatsächlich zur Verfügung stehen, weil sich jeweils 22.000 in Qualifizierungs- und Berufsförderungsmaßnahmen befinden. ...

Neun Monate Wehrdienst: Der Wehrdienst wird von zehn auf neun Monate verkürzt, die in einem sechsmonatigen Block und spätere Wehrübungen aufgeteilt werden können. ...

CDU/CSU-Wehrexperte Paul Breuer meinte dagegen, die Bundeswehr würde schon durch Scharpings Reform für ihre Hauptaufgabe Landes- und Bündnisverteidigung "zu klein dimensioniert".

Bei vielen Offizieren im Verteidigungsministerium stößt die Aufteilung der Wehrdienstzeit auf Skepsis. Daran, daß sich die restlichen drei Monate des gekürzten neunmonatigen Wehrdienstes in Wehrübungen nachholen lassen, glaubt kaum einer.<<

13.06.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Juni 2000: >>**CSU kritisiert Kanzler bei Vertriebenentreffen**

Die CSU hat Bundeskanzler Gerhard Schröder beim traditionellen Pfingsttreffen der Vertriebenen scharf kritisiert. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber warf dem Kanzler beim 51. Sudetendeutschen Tag am Sonntag in Nürnberg eine Mißachtung der Vertriebenen-Anliegen vor. Die von Schröder vertretene Auffassung von einer "historisch abgeschlossenen Epoche" sei ein "Schlag in das Gesicht von Millionen von Menschen", sagte Stoiber.

Zu dem Treffen, das in diesem Jahr unter dem Motto "Vertreibung weltweit ächten" stand, waren am Wochenende rund 100.000 Menschen gekommen. Erstmals in der Geschichte des Vertriebenen-Treffens hatte die Bundesregierung eine finanzielle Unterstützung der Veranstaltung abgelehnt.<<

14.06.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Juni 2000: >>**Allseits Lob für den Zwangsarbeiter-Kompromiß**

... Wirtschaft und Politik haben am Dienstag den Durchbruch bei den Verhandlungen über die Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter grundsätzlich begrüßt. Bei der Washingtoner Verhandlungsrunde zur Zwangsarbeiter-Entschädigung wurde eine Vereinbarung erreicht, die deutschen Firmen weitestgehende Rechtssicherheit vor künftigen Klagen garantiert. 100-prozentig ist diese Sicherheit allerdings nicht, wie der Münchener Opferanwalt Michael Wittl betont. Der Rechtsvertreter stellte bereits weitere Prozesse in Aussicht. ...<<

15.06.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Juni 2000: >>**Kabinetts segnet Scharpings Bundeswehrreform ab**

Die Weichen für die bisher größte Reform der Bundeswehr sind gestellt: Am Mittwoch hat das Bundeskabinetts die Eckpfeiler für die Reform beschlossen, die Verteidigungsminister Scharping (SPD) vorgelegt hatte. Sie sieht unter anderem vor, die Gesamtstärke der Bundeswehr schrittweise um 61.000 auf 277.000 Soldaten zu verringern. Die Wehrpflicht soll bleiben, von 2002 an aber von zehn auf neun Monate sinken. ...

Ziel der Reform sei es, die Bundeswehr leistungsfähiger und wieder voll bündnisfähig zu machen, sagte (Verteidigungsminister) Scharping. Die Bedrohung von außen sei noch nie in der deutschen Geschichte so gering gewesen wie derzeit. ... Gestärkt werden sollen die Kräfte, die sich an internationalen Einsätzen beteiligen können. In Zukunft seien daher Luftsätze und High-Tech-Geräte wichtiger als schwere Panzer. ...<<

17.06.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Juni 2000: >>**Beutekunst ist auf dem Rückweg**

Rußland hat die Rückgabe weiterer im Zweiten Weltkrieg erbeuteter Kunstwerke an Deutschland in Aussicht gestellt. ... Schätzungen zufolge brachten die Sowjets nach dem Zweiten Weltkrieg eine Million Bücher, 55.000 Gemälde, Skulpturen und andere Kunstwerke sowie 175.000 Münzen und Orden nach Rußland. Das russische Verfassungsgericht hatte erst vor einem Jahr bestätigt, nach dem die erbeutete Kunst Eigentum Rußlands ist. ...<<

Niederlande: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Juni 2000: >>**Holländische Banken zahlen Entschädigung**

Niederländische Banken und die Börse von Amsterdam wollen als Ausgleich für Enteignungen von Juden im Zweiten Weltkrieg gemeinsam 314 Millionen Gulden (276 Millionen DM) zahlen. ...

In verschiedenen Zeitungen werden die betroffenen Finanzinstitute ihr Bedauern über das den Juden angetane Leid ausdrücken. Außerdem werden sie eine Publikation über das Verhalten

der Börse und der Banken gegenüber den Juden auch nach dem Krieg finanzieren.<<

21.06.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juni 2000: >>Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen

Außenminister Joschka Fischer (Grüne) sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre.

Fischer betonte, in der friedlichen Revolution von 1989 "hat sich unsere Geschichte endlich aufgelöst". Es gebe "keine offene deutsche Frage mehr, weder im Innern noch im Äußern". Die Debatte über ein gebrochenes Verhältnis der Deutschen zum Nationalstaat könne daher beendet werden. Fischer betonte, diese "Normalität" heiße nicht, "Schlußstrich unter unsere Vergangenheit". Aber europäische Normalität bedeute "angekommen sein in festen Grenzen. Im eigenen Nationalstaat mit all den Brüchen, aber auch der Verantwortung, die sich aus den Brüchen der Nationalgeschichte ergibt."

Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. Chevènement betonte seine Ablehnung der Föderationsidee. Er hatte Deutschland mit Blick auf Fischers EU-Vorstellungen altes Hegemonialstreben vorgeworfen.<<

08.07.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 8. Juli 2000 (x887/...): >>Linksextreme Vertriebenen-Gegner unterwandern bürgerliche Medien

Gedenken ist eine schwierige Sache. Gedenken hat mit Gedächtnis zu tun. Es ist das gemeinsame Gedächtnis einer Gruppe oder eines Volkes. Es ist das Lebendighalten eines Ereignisses, das ein Volk stark geprägt hat und das es deshalb über das Gedächtnis eines einzelnen sterblichen Individuums hinaus erhalten wissen will. Dieses Bedürfnis kann sich in Denkmälern äußern, in Feier- und Gedenktagen, in Straßennamen oder in Gedenkstätten. Wessen wir gedenken, sagt also etwas darüber aus, was wir als Grundstock für die Geschichtstraditionen der kommenden Generationen für aufbewahrenswert halten.

Berlin soll als Gedenkstätte ein "Zentrum gegen Vertreibungen" als "zentrale Informations-, Dokumentations-, Archiv- und Begegnungsstätte" erhalten. Die Vertreibung um 1945 ist ein tiefer Einschnitt in der Geschichte des deutschen Volkes. 2,4 Millionen Menschen verloren ihr Leben, etwa 12,5 Millionen wurden für immer aus ihrer Heimat vertrieben. Das Völkerrecht bezeichnet dies sowie den damit verbundenen Raub des Eigentums und des Landes ohne Wenn und Aber als Völkermord.

Daß die Vertriebenen nicht in allen politischen Spektren gleichermaßen beliebt sind, wissen diese seit Jahrzehnten und haben dies oft schmerzlich erfahren müssen. Doch hat man bisher unabhängig davon stets Mitgefühl und Respekt vor dem ungeheuren Leiden der Menschen dieser Generation zum Ausdruck gebracht.

Inzwischen jedoch schaffen es immer mehr Mitglieder eines linksextremen Narrensaums, in als bürgerlich und ehrbar bekannte Publikationen einzudringen und von dort aus ihr Treiben wirksamer fortzusetzen als es ihnen jemals mittels ihrer abseitigen Gazetten möglich wäre.

Jüngstes Beispiel dafür ist ein kürzlich in der vierzehntäglich erscheinenden "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" (AJW) erschienener Artikel von Samuel Salzborn über eben jenes geplante Zentrum gegen die Vertreibungen (nicht wie Salzborn bezeichnenderweise schreibt: "Zentrum für Vertreibung") in Berlin.

Dort erregt sich der Autor über die Vorsitzende des BdV, Erika Steinbach. Sie habe in einem Ende Mai der "Leipziger Volkszeitung" gegebenen Interview unerwähnt gelassen, daß die Vertreibung, Salzborn nennt sie "Umsiedlung der deutschen Bevölkerung", "völkerrechtlich verbindlich im Potsdamer Abkommen festgelegt wurde und daß in dieser Hinsicht keineswegs von 'Rassenwahn' gesprochen werden kann. Denn die Umsiedlung erfolgte nicht aus rassistischen Gründen", so Salzborn weiter, "sondern aus antifaschistischen Gründen. Sie sollte das künftige Konfliktpotential in Osteuropa verringern.

Der Hintergrund: Die sogenannten deutschen Minderheiten hatten bereits während des Nationalsozialismus soziale und politische Konflikte im Ausland geschürt. Dies war die Basis für die Zerstörung der osteuropäischen Nationalstaaten und letztlich ein zentraler Aspekt bei der Vorbereitung und Umsetzung der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik."

Es lohnt kaum, auf dieses krude Gemisch von politischer Willkür und historischer Ignoranz und Rechtfertigung von objektivem Völkermord näher einzugehen. Nur soviel: Die eigentliche Redaktion und die Herausgeberschaft der "Wochenzeitung" scheinen offensichtlich immer noch nicht bemerkt zu haben, welches Kuckucksei sie sich da ins Nest geholt hat.

Autor Salzborn schreibt ebenfalls für linksextreme Postillen wie "Konkret", "Antifaschistische Nachrichten" oder "Jungle World". Dort wird er noch deutlicher: "Vertriebene: Ein Mahnmal für die Nazis?" Sämtliche Publikationen, die dem linksextremistischen Narrensaum angehören. Oder er arbeitet für Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, wie den früher DDR-finanzierten Antifa-Verein VVN oder die "Jungdemokraten".

Nicht anders die AJW-Autoren Jürgen Elsässer oder Otto Köhler, den selbst die linksliberale "Zeit" vor vielen Jahren vor die Tür setzen mußte. All diese Autoren sind Träger dessen, was sie selbst "antideutsch" nennen. Das Wort "Volk" ist für sie gleich völkisch, das Wort "Nation" gleichbedeutend mit Nationalismus. Jürgen Elsässer hat einmal gesagt: als Linker sei man entweder antinational oder man sei nicht links. Folge: Da sie Volk und Nation nicht akzeptieren, akzeptieren sie natürlich auch nicht das völkerrechtlich anerkannte Recht auf Heimat.

Inzwischen scheint sich bei der AJW, offenbar ohne daß der Herausgeber der Zeitung, der Zentralrat der Juden, es bemerkt zu haben scheint, ein Netzwerk verfassungsfeindlicher Autoren etabliert zu haben, das scharf von der sonst eher bürgerlichen Ausrichtung der Zeitung absticht. Andere deutschsprachige jüdische Publikationen wie der New Yorker "Aufbau", die Basler "Jüdische Rundschau" und die bisweilen national-deutschen "Israel-Nachrichten" kennen solche Probleme nicht.

Es wäre dem Zentralrat und der "Wochenzeitung" sehr zu wünschen, daß er sich einmal genauer mit diesen Dingen beschäftigte und seine angesehene Zeitung nicht zu einer Vertriebenschelte einer kleinen Gruppe, die ihre eigenen Interessen verfolgt, mißbrauchen ließe.<<

Österreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 2000: >>**Wien richtet NS-Fonds ein**

Das österreichische Parlament hat am Freitag einstimmig der Einrichtung eines "Versöhnungsfonds" zugestimmt, der den 150.000 noch lebenden Opfern des NS-Regimes zugute kommen soll. In den Fonds mit einem Umfang von etwa 6 Milliarden Schilling (853 Millionen Mark) sollen ähnlich wie in Deutschland der Staat und Unternehmen einzahlen, die von Zwangsarbeitern profitiert haben. Das vom österreichischen Nationalrat verabschiedete Gesetz sieht vor, daß Sklavenarbeiter in NS-Lagern einen Betrag von 14.000 Mark erhalten.<<

13.07.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Juli 2000: >>"Europa – da kann ich richtig wild werden"

Homeyer (Vorsitzender der Kommission der Bischofskonferenzen des EU-Raumes) diskutiert mit Santer (bis 1999 Präsident der EU-Kommission in Brüssel) über den Alten Kontinent. ...

Homeyer: "In dieser Zeit der Globalisierung müssen wir unser typisch europäisches Gesellschaftsmodell durchsetzen – die sozial temperierte, gemäßigte Marktwirtschaft. USA, Asien, Japan haben sie nicht. Wir haben sie mühsam erkämpft. Das ist die Zukunft der Menschen – in Europa und in der Welt." ...

Santer: "Wir müssen dem Osten helfen. Das kostet was, aber das ist es wert. Wir müssen zurückstecken. Leider leuchtet das unserer Jugend noch nicht ein."

Homeyer: ... "Hätte ich als Bischof was zu sagen, würde ich unseren Pfarrern untersagen, im Urlaub nach Mallorca zu fahren - in den Osten sollen sie." ...

Beide loben Außenminister Joschka Fischer für seine Initiative, Deutschland und Frankreich eine Führungsrolle im europäischen Einigungsprozeß zuzuweisen.

Santer: "Fischer hat den Motor wieder anspringen lassen."

Homeyer: ... Ich bin Fischer sehr dankbar, daß er sich endlich gemeldet hat mit einer Vision. Chirac hat sich dahinter gestellt. Ich wünsche mir, daß dies zum Funken für die Politik wird."

...

Santer: "Chirac und Fischer denken grundsätzlich verschieden. Fischer will Gemeinschaft aller. Chirac will ein deutsch-französisches Sekretariat außerhalb der EU. Davor warne ich!"

Die Nationalstaaten müssen einbezogen werden. Ein Bundesstaat nach dem Vorbild der USA sei unerreichbar. Ein Staatenbund sei zu wenig. "Wir brauchen eine Föderation der Nationalstaaten." ... <<

18.07.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juli 2000: >>>"Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter ist besiegelt"

... Nach eineinhalbjährigen Verhandlungen unterzeichneten Vertreter der USA und Deutschlands sowie der Opferverbände am Montag in Berlin ein deutsch-amerikanisches Regierungsabkommen. Kernstück ist eine von Bundesregierung und Wirtschaft mit 10 Milliarden Mark ausgestattete Entschädigungsstiftung. Im Gegenzug schützt die US-Regierung deutsche Unternehmen vor Entschädigungsklagen.

Außenminister Joschka Fischer sprach von einem "historischen Tag". Fischer bedauerte, daß die Entschädigung der Zwangsarbeiter erst 55 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur zu Stande gekommen sei. Für viele Opfer komme sie zu spät. "Aber mit dem in letzter Minute erreichten Ergebnis ist ein tragfähiger, für alle akzeptabler Kompromiß gefunden", sagte Fischer. ...<<

22.07.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Juli 2000: >>>"Deutsche als Zwangsarbeiter"

Der Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz (CDU), hat die Bundesregierung aufgerufen, die deutschen Zwangsarbeiter bei den Entschädigungen nicht zu vergessen. Auch sie erwarteten zu Recht ein sichtbares Zeichen, erklärte Merz in der Bremerhavener "Nordsee-Zeitung". Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehrere hunderttausend Deutsche in der Sowjetunion, in Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei als Zwangsarbeiter eingesetzt.<<

29.07.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 29. Juli 2000 (x887/...):

>>Deutsch gilt viel in Rußland

Die politische überaus korrekte Tageszeitung "Die Welt" meldete auf ihrer ersten Seite an, daß "der Siegeszug der deutschen Sprache nicht mehr aufzuhalten ist". Diese Sensation verkündete sie gleich zweimal, am Anfang und am Ende ihrer 60-Zeilen-Meldung, und das mit ironischem Unterton und einer Mischung aus Fassungs- und Sprachlosigkeit. Das Blatt, das bekanntermaßen mit jeder Menge Anglizismen um sich wirft, berichtete: "... mitten im fernen Peking brechen sich deutsche Urlaute immer öfter die Bahn."

Was war geschehen? Chinas Staatspräsident Jiang Zemin und Rußlands Staatschef Wladimir Putin hatten bei ihrer ersten Unterredung in der Pekinger Großen Halle des Volkes in deutscher Sprache miteinander geplaudert. Um deutsche Poesie lesen zu können, hatte der Chinese in seiner Jugend Deutsch gelernt, und hin und wieder rezitiert er noch heute Goethes "Erlkönig". Er wisse, so Jiang Zemin, wie gut Putin Deutsch spreche, der jedoch bescheiden antwortete: "Ich spreche aber nur ein bisserl."

Richtig stellte "Die Welt" fest: "Zwei der mächtigsten Männer der Erde verständigen sich auf Deutsch." In der Tat: die beiden Staatsmänner taten etwas sehr Vernünftiges: Da keiner von beiden die Sprache des anderen beherrscht, benutzten sie zur Verständigung eine Fremdsprache.

Anders jedoch "Die Welt". Sie setzte in derselben Ausgabe, in der sie von der Plauderei in Peking berichtete, ihren Lesern folgende drei Überschriften vor: den Zweispalter "Her Majesty was amused" und die beiden Vierspalter "The Great Game" sowie "Step up and do it!"

Da den Redakteuren bekannt sein dürfte, daß ihr Blatt eine deutsche Zeitung für deutsche Leser sein soll (selbst die Lizenzgeber gingen einst davon aus), stellen sie sich damit in die Reihe derer, für die sprachliche Unterwürfigkeit unter das Englische nicht nur eine alberne Modeerscheinung, sondern bewußte Politik ist. Eindrucksvoll hat der Münchner Professor Franz W. Seidler unlängst darauf hingewiesen, daß angloamerikanische Marktstrategen die Bedeutung der Sprache für wirtschaftliche und politische Zwecke genau kennen und dem Leitsatz huldigen: "Zwingen den Partner, deine Sprache zu lernen, das kostet ihn Zeit und Energie und Du wirst ihm überlegen sein, weil Du Deine Sprache immer besser sprechen wirst als er."

Mehr und mehr werden in Deutschland Waren und Dienstleistungen nicht nur von ausländischen Unternehmen, sondern auch von deutschen in englischer Sprache oder in einer Art Pidgindeutsch angeboten, das einer Kolonialsprache entspricht. So werden die Kunden gezwungen, die fremdsprachlichen Ausdrücke zu übernehmen und sich von ihrer Muttersprache zu entfremden. Wenn zudem Gebrauchsanweisungen und Beipackzettel in Englisch gehalten sind, hat dieser Umstand über die kulturelle Unterwürfigkeit hinaus wirtschaftliche und soziale Folgen, die in der Benachteiligung derjenigen liegen, die keine oder nur sehr geringe Englischkenntnisse haben, insbesondere in der ehemaligen DDR.

Es entsteht eine unsoziale Wissensklüft, die mit immer früherem Englischunterricht bis hin zum Kindergarten geschlossen werden soll. Das wiederum führt dazu, daß Volksschulkinder und Grundschüler eine fremde Sprache lernen sollen, noch bevor sie ihre deutsche Muttersprache schreiben und lesen können.

Im Gegensatz zu diesen hektischen Bemühungen zur sprachlichen Anglisierung gibt es heutzutage Abiturienten, die in ihrer Schulzeit anders als der chinesische Staatspräsident in seiner Jugend nie ein Werk von Goethe oder Schiller gelesen haben. Statt klassischer Literatur wird ein Roman mit dem Titel "Der Nazi und der Frisör" als Hauptlektüre der Kollegstufe eines Gymnasiums behandelt.

Deutsch ist das Kommunikationsmittel der größten Sprachgemeinschaft mit 90 Millionen

Menschen in Europa. Im Zentrum Europas hat es die größte Verbreitung und grenzt an 14 andere Sprachgebiete, was Sprachkontakte menschlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art mit sich bringt. Deutsch hat somit eine große europäische Aufgabe wahrzunehmen. In vielen Staaten des östlichen Europas ist Deutsch die "Sprache der Freiheit", auch wenn das viele Deutsche nicht wahrhaben wollen.

Die Verantwortlichen in Staat, Politik, Wirtschaft und Medien Deutschlands haben einen riesengroßen Nachholbedarf, wenn sie die deutsche Sprache so entschlossen verteidigen wollen wie es Franzosen, Polen und Russen mit ihren Sprachen tun. Europas Stärke ist seine kulturelle Vielfalt. Diese wird gefährdet, wenn Deutsch zu einer Art "Trümmersprache" verkommt. Bisher sieht es nicht danach aus, daß die Verantwortlichen in unserem Land diese Aufgabe wahrnehmen.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 29. Juli 2000 (x887/...): >>**Ein Lehrstück über den Umgang der Politik mit deutscher Kultur**

Experten schätzen, daß in Deutschland an die vier Millionen Analphabeten leben. Diese beklagenswerte, im Wachsen begriffene Minderheit darf sich dieser Tage glücklich schätzen: Sie bleibt unbehelligt von einer Farce, die den Schreibkundigen das Lachen gefrieren läßt.

Die vor erst zwei Jahren von einem Häufchen Bürokraten und Politikern selbstherrlich erlassene "Rechtschreibreform" ist gescheitert. Jetzt schickt sich die verantwortliche Kommission an, wesentliche, besonders lächerliche Teile des Machwerks höchst offiziell zurückzunehmen. Ohne die Ratschlüsse dieses restlos kompromittierten Gremiums abzuwarten, erscheint der neue Duden am 25. August bereits mit einer Reihe hausgemachter Rücknahmen der Reform.

Ohnedies haben Nachrichtenagenturen, Verlage und Zeitungen von Anfang an eigene Versionen der neuen Schreibe entwickelt. Eine unüberschaubare Zahl von Hausschreibordnungen wird dem deutschen Leser seitdem serviert.

Das Ostpreußenblatt hat, gemeinsam mit einer kleinen Schar von standhaften Medien, die "Reform" von Beginn an ignoriert. Alle großen Tageszeitungsredaktionen sind indes weitgehend mitgezogen und wissen in diesem Moment wahrscheinlich noch nicht, in welcher Orthographie ihr Blatt im September erscheinen wird.

Millionen neu angeschaffter Wörterbücher, Rechnerprogramme, Schulfibeln etc. landen jetzt im Müll, teure Nachschulkurse waren umsonst. Das schlimmste aber ist: Nach diesem absurden Theater ist die Autorität einer zentralen, einheitlichen Rechtschreibung dahin. Ganz gleich, was irgendeine Kommission jetzt noch ausheckt, von nun an spätestens schreibt jeder wie er will. Damit ist der deutsche Sprachraum ins Mittelalter zurückgefallen. Die bedauernden Schüler, denen man wohlfeil erklärt, sie lernten nicht für die Schule sondern fürs Leben, werden bis auf weiteres mit einer Orthographie versorgt, die außerhalb der Lehranstalten nur noch Schmunzeln hervorruft.

Das Ausland klopft sich auf die Schenkel. In Frankreich etwa, wo die eigene Sprache als hohes Kulturgut besonders geachtet und gepflegt wird, mag man kaum glauben, wie die Deutschen das Idiom Schillers und Goethes zerstückeln.

Schuld an dem Fiasko haben die Politiker, die sechzehn Kultusminister nebst Ministerpräsidenten der Länder, parteiübergreifend und allesamt. In Schleswig-Holstein ging Heide Simonis gar soweit, einen Volksentscheid gegen die Reform glattweg zu übergehen: Direkte Demokratie und "Bürgerbeteiligung" ja, aber nur solange die Richtung stimmt, lautete die Kieler Marschrichtung.

Zufall oder Methode: Die Rechtschreibtragödie fiel just in eine Zeit, da Goethe-Institute reihenweise geschlossen wurden. Während andere Länder mit Eifer die Wahrung und Verbreitung ihrer Sprache weltweit vorantreiben, hat es fast den Anschein, als hätten sich in der Bundesrepublik einflußreiche politische Kreise darauf geeinigt, dem Deutschen den Garau zu machen. In jedem Falle fehlt der sogenannten politischen Elite offenkundig einiges an Respekt

vor der Kultur unseres Landes.

Jetzt werden sich "Experten" abermals den Kopf zerbrechen, wie denn nun die Reform der Reform auszusehen hat. Dabei steht der - einzige - Ausweg längst fest: Ohne Wenn und Aber zurück zur alten, bewährten Orthographie. 90 Prozent der Deutschen, so wollen Schätzungen wissen, haben sie ohnehin nie aufgegeben. Doch diese Blamage werden sich die "Fachleute" und Kultusminister in jedem Falle ersparen wollen. Auf Kosten der hundert Millionen Deutschsprachigen werden sie eine weitere Version ausbrüten, die dann im Durcheinander der diversen "Hausorthographien" verpuffen darf.

Rückblickend bleibt die Frage: Wie konnte es eigentlich geschehen, daß ein so wertvolles Gut wie die Schriftsprache ausgerechnet den Kultusministerien anheimgegeben wurde? Haben nicht gerade jene Institutionen in vierzig Jahren Schul- und Universitätsreformerei bewiesen, zu was sie fähig sind? Deutschland, das einst Wissenschaftler und Techniker in alle Welt exportierte, bittelt in Indien um Computerspezialisten. Noch ein paar "Rechtschreibreformen" und wir dürfen den Tag erwarten, da ein Bundeskanzler "Green Cards" an asiatische Deutschlehrer verteilt.<<

12.08.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 12. August 2000 (x887/...):
>>"Holocaust-Industrie" am Pranger

US-Politologe wirft Anwälten und jüdischen Organisationen "Ausbeutung" der NS-Opfer vor
Anfang 2000 erschien in der "Berliner Zeitung" ein langes Interview mit dem New Yorker Politologen Norman G. Finkelstein, das die Gemüter besonders intensiv aufrührte, denn es brach mit geltenden Tabus.

Die Verhandlungen für die Errichtung der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" waren in vollem Gange, die Summe von zehn Milliarden Mark, die die deutsche Wirtschaft und die Bundesrepublik in die Stiftung einbringen werden, war schon ausgehandelt.

Jetzt ging es um die Aufteilung der Mittel und um das Prinzip der zukünftigen Rechtssicherheit deutscher Unternehmen in den Vereinigten Staaten. Die Zweiteilung der Opfer in "Sklavenarbeiter" und "Zwangsarbeiter" war längst vereinbart, und durch diese Sprachregelung wurde den "Sklavenarbeitern" das Dreifache dessen zugesprochen, was die schlichten "Zwangsarbeiter" bekommen werden - im Klartext: 15.000 Mark gegenüber 5.000 Mark.

Die "Conference on Jewish Claims against Germany" - gemeinhin als Claims Conference bekannt - hatte die Zahl der noch lebenden Sklavenarbeiter mit 135.000 angegeben, da platzte das Interview Finkelsteins mitten in die Debatte mit der Behauptung, diese Zahl sei schierer Betrug. Dessen Zweck sei es lediglich, die Summe, die der Claims Conference bzw. den jüdischen "Sklavenarbeitern" zustehe, um das Vielfache zu erhöhen, indem die Anzahl der real dieser Kategorie zugerechneten Personen grotesk übertrieben werde.

Schon anlässlich dieses Interviews wurde das Buch Finkelsteins, "The Holocaust Industry/Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering" ("Die Holocaust Industrie/Reflexionen über die Ausbeutung jüdischen Leidens") erwähnt.

Nun liegt der Band tatsächlich vor - leider zu spät, denn inzwischen ist der von Finkelstein angeprangerte Betrug in einen festen Betrag umformuliert worden - 1,8 Milliarden Mark -, der wiederum endgültig in ein Gesetz eingemeißelt ist, das vom deutschen Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.

Diese Operation konnte laut Finkelstein nur gelingen, weil seit Ende der 60er Jahre das amerikanische Judentum um den Holocaust eine regelrechte Industrie aufgebaut habe, die nur noch wenige Berührungspunkte mit der historischen Realität des Nazi-Holocaust habe.

Finkelsteins Eltern waren beide Überlebende des Warschauer Ghettos und der KZs, er ist das genaue Gegenteil eines Holocaust-Abstreiter. Nur, so eine seiner einführenden Thesen, "manchmal denke ich, daß die 'Entdeckung' des Nazi-Holocaust schlimmer war, als wenn er in

Vergessenheit geraten wäre. Es ist wahr: meine Eltern grübelten im Privaten, die Leiden, die sie ertragen haben, waren nicht öffentlich bestätigt. Aber war das nicht besser als die gegenwärtige krasse Ausbeutung des jüdischen Martyriums?"

Finkelstein benutzt als theoretische Grundlage seiner Argumentation das im vergangenen Jahr erschienene grundlegende Werk des Chicagoer Historikers Peter Novick, "The Holocaust in American Life" und versucht, dessen Ideen und Feststellungen weiter zu entwickeln. Tatsache ist, daß bis Ende der 60er Jahre sich weder das amerikanische Judentum noch die amerikanische Öffentlichkeit schlechthin viel um den Holocaust kümmerte. Erst nach dem spektakulären Sieg Israels im Sechs-Tage-Krieg entdeckte Amerika plötzlich den wertvollen strategischen Verbündeten im Nahen Osten, und das amerikanische Judentum entdeckte sein eigenes Märtyrertum.

Parallel zum Übergleiten des amerikanischen Judentums aus der Position einer ethnischen Minderheit oder Randgruppe in den Hauptstrom der amerikanischen Gesellschaft entwickelte sich, was Finkelstein als "Der Holocaust" bezeichnet und ausdrücklich unterscheidet vom Nazi-Holocaust. Die amerikanische Judenheit habe "Den Holocaust" zum Kult erhoben, nicht weil sie noch immer eine unterdrückte Minderheit sei wie etwa Schwarze, Hispanier, Asiaten oder Homosexuelle, sondern im Gegenteil, weil sie ihn in ihrer überaus erfolgreichen Rolle in der amerikanischen Gesellschaft erstens zur eigenen Identitätsbestätigung nötig habe und zweitens, weil sie mit Hilfe dieses Kults ihren Einfluß habe steigern können.

Von dem Erfolg dieser einst an den Rand gedrängten Gruppe zeugten Tatsachen wie etwa, daß das Pro-Kopf-Einkommen eines durchschnittlichen amerikanischen Juden nahezu doppelt so hoch liege wie das eines Nichtjuden, daß 16 der 40 reichsten Amerikaner Juden seien, daß 40 Prozent der amerikanischen Nobelpreisträger in Wissenschaft und Wirtschaft Juden seien, gleichermaßen wie 20 Prozent der Professoren an den wichtigsten amerikanischen Universitäten und 40 Prozent der Partner in den wichtigsten Anwaltskanzleien in New York und Washington.

Scharf geht Finkelstein ins Gericht mit den zwei zentralen Dogmen der von ihm sogenannten "Holocaust-Theologie" - nämlich, daß der Holocaust ein beispielloses, einmaliges Ereignis in der gesamten Weltgeschichte sei, und zweitens, daß der Holocaust den Gipfelpunkt des irrationalen, ewigen Judenhasses der Nichtjuden darstelle. Er führt die Behauptung ad absurdum, indem er Elie Wiesel zitiert, der aus der Einmaligkeit des Holocaust die Erkenntnis ableitet, "alles mit uns ist anders". Juden seien "ontologisch", also gewissermaßen in der innersten Bestimmung ihres Seins, einmalig. Der Holocaust markierte demnach nicht nur ein einmaliges Leiden der Juden, sondern bewies gleichzeitig die "Einmaligkeit" der Juden.

Elie Wiesel, der "Hohepriester des Holocaust", hat es Finkelstein besonders angetan, zumal dieser für jeden seiner unzähligen Holocaust-Vorträge 25.000 US-Dollar (54.000 Mark) in Rechnung stelle ...

Die Einkommen der "Berufsholocauster" und der jüdischen Organisation sind Finkelstein ein Dorn im Auge. Er führt den Fall des Vorsitzenden der Internationalen Kommission für Versicherungsforderungen aus der Holocaust-Ära, Lawrence Eagleburger, auf, der über ein Jahreseinkommen von 300.000 Dollar (rund 648.000 Mark) verfüge, und zitiert den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, der im Januar dieses Jahres in Stockholm erklärt habe, der WJC habe ein Vermögen von sieben Milliarden Dollar aus Restitutionsleistungen angesammelt.

Nachdem er darstellt, wie die Claims Conference aus frühen deutschen Wiedergutmachungsleistungen lediglich etwa 20 Prozent an die ehemals Leidenden weitergeleitet habe, geht Finkelstein auf die Einzelheiten der Auseinandersetzung mit den Schweizer Banken ein, um schließlich zurückzukommen auf das Thema, das ihn hierzulande so bekannt gemacht hat - nämlich der Vorwurf falscher Behauptungen der Claims Conference hinsichtlich der Zahl der

noch lebenden "Sklavenarbeiter".

Finkelstein bezieht sich auf die namhaftesten Holocaust-Historiker wie Raul Hilberg und Henry Friedländer, um zu demonstrieren, daß die Zahl von noch 135.000 überlebenden "Sklavenarbeitern" glatter Betrug sei. Er zitiert sogar US-Staatssekretär Stuart Eizenstat - neben Otto Graf Lambsdorf einer der Autoren der Vereinbarung zur Gründung der Stiftung -, der noch im Mai 1999, im Verlauf einer kurzen Lagebeschreibung im State Department (dem US-Außenministerium), die Gesamtzahl der noch lebenden ehemaligen "Sklavenarbeiter", also Juden und Nichtjuden zusammengerechnet, auf 70.000 bis 90.000 schätzte.

Angenommen, daß der Anteil der jüdischen "Sklavenarbeiter" 20 Prozent betrug (Historiker behaupten, daß acht bis zehn Prozent aller Zwangsarbeiter Juden gewesen seien), dann müßten zum betreffenden Zeitpunkt 14.000 bis 18.000 noch am Leben gewesen sein, und bis zur Stunde hätte diese Zahl um mindestens 10 Prozent weiter schrumpfen müssen, zumal nach Behauptungen der jüdischen Quelle monatlich einer von hundert der ehemaligen Lagerinsassen sterbe.

Allein dieses Zitat, das eigentlich Eizenstat in ein ziemlich schiefes Licht stellt - denn er hat ja mitgeholfen, schließlich die gefälschte Zahl von 135.000 durchzusetzen -, dokumentiert, daß der lautstarke, oft äußerst polemische Protest, der gegen Finkelstein erhoben wurde, (ein "unbedeutender Nestbeschmutzer" gehört noch zu den gnädigsten Ausdrücken) reine Defensive ist.

Die von Finkelstein zitierten Zahlen lassen erkennen: Die von der Claims Conference angegebene Zahl von 135.000 noch lebenden "Sklavenarbeitern" verträgt sich nicht mit jener der sechs Millionen jüdischer Opfer des Holocaust. Offenbar habe man, so Finkelstein, einerseits auf die schon zur Tradition gewordenen Zurückhaltung der (deutschen) Umwelt gegenüber den Berechnungen der Claims Conference gesetzt oder auf die Unwissenheit betreffend die realen historischen Berechnungen oder auch auf Dummheit, um der Geldgier freien Lauf zu lassen.

Das Tragische dabei ist, laut Finkelstein, daß es hierbei um eine doppelte Ausplünderung (shake-down) geht, - zu Schaden kommen nicht nur Europäer, wie die Schweizer und die Deutschen, sondern auch die Opfer selbst.

Norman Finkelstein: The Holocaust Industry - Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering, ... London 2000 ...<<

14.08.2000

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. August 2000: >>**Übernahme in den USA gescheitert**

Übernahmepläne der Münchener Rückversicherung für die US-Versicherung United National sind nach Einwänden des US-Staates Pennsylvania gescheitert. Gegen die Kaufpläne erhoben die Behörden von Pennsylvania Einspruch mit der Begründung, die Victoria-Versicherung habe Ansprüche von Holocaust-Opfern nicht ausbezahlt. ... Die Münchener Rück hält 62 Prozent der Anteile an Victoria.

Als Bedingung für eine Zustimmung zu dem Kauf forderte Pennsylvania die Münchener Rück auf, sich einer internationalen Entschädigungskommission für Holocaust-Opfer anzuschließen. ...<<

19.08.2000

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. August 2000: >>Das Simon-Wiesenthal-Zentrum hat gegen Pläne protestiert, in der Nähe des früheren Konzentrationslagers Auschwitz eine Diskothek zu eröffnen. Die Diskothek dürfe nicht in dem dafür vorgesehenen Gebäudekomplex untergebracht werden, da dort Nazis während des Zweiten Weltkrieges Gepäck der Auschwitz-Häftlinge kontrolliert und gelagert hätten.

Der Bürgermeister der Stadt Ostwiecim, Adam Bilski, sagte, es gebe keine rechtlichen Wider-

stände gegen die Eröffnung der Disko.<<

USA: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 19. August 2000 (x887/...):
>>**Moral oder Mißbrauch?**

Jüdische Verbände reagieren heftig auf den Vorwurf, sie instrumentalisierten NS-Opfer Wohl kaum ein Buch hat in den USA bzw. England bereits im Vorfeld seiner Veröffentlichung einen derartigen Wirbel ausgelöst wie das soeben publizierte Werk "Die Holocaust-Industrie: Reflexionen über die Ausbeutung des jüdischen Leidens" des US-Politologen Norman Finkelstein.

"Norman Finkelstein, Sohn von Konzentrationslager-Überlebenden", stellte die englische Zeitung "The Observer" in einer Besprechung fest, habe ein "persönliches Pogrom gegen die Holocaust-Industrie initiiert. Er greift jedes Dogma an, daß die Forschung über den Völkermord der Nationalsozialisten hervorgebracht hat". Daß Finkelstein deshalb, wie der "Observer" herausstreicht, von "vielen Leuten gehaßt" werde, kann nicht weiter verwundern.

Es überrascht deshalb auch nicht, daß Finkelstein von einigen Kommentatoren inzwischen als "Extremist" oder "Verschwörungstheoretiker" eingestuft worden ist. Andere haben ihn dafür verdammt, daß er sich zum Stichwortgeber für Antisemiten gemacht und angeblich Fakten manipuliert habe. Wieder andere wie Greville Janner, Vorsitzender der Stiftung Holocausterziehung, meinten: "Seine Vorgehensweise ist vollkommen destruktiv."

Elan Steinberg, geschäftsführender Direktor des World Jewish Congress (WJC), den Finkelstein in seinem Buch besonders heftig angreift, wird mit der Aussage "Ich glaube, er ist armseelig. Ich akzeptiere ihn einfach nicht als Wissenschaftler" zitiert. Die Sprache, die Finkelstein benutze, sei, so Steinberg, "antisemitisch". Seine "Fakten" seien "falsch", seine Sprache "unbeherrscht".

In Deutschland gibt man sich (noch) zurückhaltend. So fragt Rafael Seligmann in einer Besprechung für die "Welt am Sonntag": "Darf man solches schreiben? Als Jude zumal?" Seligmann bleibt unentschlossen, wenn er gegen Ende seiner Ausführungen feststellt: "Finkelstein ist Agent provocateur, Gaukler und Aufklärer zugleich. Sein Buch ist verletzend." Aber: "Es wäre falsch, seine Kritik als destruktive Polemik abzutun."

Finkelsteins Thesen sind nicht das erste Mal Stein des Anstoßes. Einem größeren Kreis in Deutschland wurde der heute 47jährige Politikwissenschaftler an der Universität von New York und ausgewiesene Spezialist für Israelfragen bekannt durch seine Antwort auf die wissenschaftlich unhaltbaren, dennoch aber in Deutschland heiß diskutierten Thesen des US-Historikers Daniel Jonah Goldhagen. Finkelsteins Antwort, die von der kanadischen Historikerin Ruth Bettina Birn flankiert wurde, fiel so überzeugend aus, daß der deutsche Historiker Hans Mommsen in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe ("Eine Nation auf dem Prüfstand", 1998) eingestehen mußte, "daß von einem vollständigen Bankrott von Goldhagens monokausalem Erklärungsmodell gesprochen werden muß".

Goldhagens These lautete, daß die Deutschen von einem "dämonisierenden Antisemitismus" erfüllt gewesen seien, "der in Deutschland eine böartige rassistische Form angenommen und die kognitiven Modelle der Täter sowie der deutschen Gesellschaft insgesamt bestimmt hat. Die deutschen Täter ... waren Männer und Frauen, die ihren kulturell verwurzelten, eliminativ-antisemitischen Überzeugungen getreu handelten und den Massenmord für gerecht hielten". Dementsprechend hätten, so Goldhagen, 80 bis 90 Prozent der Deutschen gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden. Große Teile der Medienlandschaft in den USA und sogar in Deutschland überboten sich in Lobpreisungen für Goldhagens Opus.

Finkelstein war und blieb einer der wenigen Wissenschaftler, die den abstrusen "Beweisführungen" Goldhagens entschieden widersprachen. Sein Widerstand fiel so vehement aus, daß Hans Mommsen in seinem angesprochenen Vorwort zu "Eine Nation auf dem Prüfstand" meinte feststellen zu müssen, daß Finkelstein dazu neige, "die deutsche Bevölkerung zu ex-

kulpieren".

Zu den interessantesten Argumenten, die Finkelstein gegen Goldhagen ins Feld führt, ist die Einzeichnung der Goldhagenschen Thesen in die zionistische Ideologie zu zählen. "Der zionistischen Ideologie zufolge", so Finkelstein, "ist Antisemitismus der Ausdruck der natürlichen und unversöhnlichen Feindseligkeit der Nichtjuden gegen die Juden." Gemäß dieser Deutung stelle der "Völkermord der Nationalsozialisten den unvermeidlichen Höhepunkt des antisemitischen Hasses dar".

Dieser Völkermord dient nach Finkelstein den Zionisten einmal dazu, die "Notwendigkeit des Staates Israel zu rechtfertigen". Zum anderen werde er auch "zur Erklärung aller Feindseligkeiten, die gegen diesen gerichtet sind", herangezogen. Goldhagens Holocaust-Auslegung entspricht laut Finkelstein der zionistischen Auslegung des Holocausts, so wie sie sich nach dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 im amerikanischen Judentum herauskristallisiert habe.

Dieses Argument steht auch im Zentrum des neuen Finkelstein-Buches. Finkelstein behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß das Interesse am Holocaust keineswegs dem Umstand geschuldet sei, den Opfern eine Stimme zu geben. Die jüdische Lobby in den USA habe vielmehr erkannt, daß der Holocaust dem israelischen Staat, der sich krimineller Übergriffe auf die Palästinenser schuldig gemacht habe, eine hilfreiche Opferrolle eröffnen könne, die den Staat Israel gegen Kritik bzw. Sanktionen immunisieren könne. Genau deshalb werde bei jeder Gelegenheit die "Einzigartigkeit" des Völkermordes der Nationalsozialisten herausgestrichen. Dies geschehe keineswegs aus moralischen Gründen, sondern um die Macht des "Symbols Holocaust" zu schützen.

Finkelstein setzt sich hier deutlich von den Thesen des Chicagoer Universitätsprofessors Peter Novick ab, der in seinem Buch "Der Holocaust im gesellschaftlichen Leben der USA" (1999) die Furcht des amerikanischen Judentums vor einem "zweiten Holocaust" im Juni 1967 für die einsetzende Erinnerung an den Völkermord der Nazis verantwortlich gemacht hat. Diese Furcht sei durch die weitgehende internationale Isolation Israels im Oktober 1973 weiter verschärft worden.

Die Heftigkeit, mit der Novick auf die jüngsten Thesen Finkelsteins reagiert hat (Novick spricht von "Unrat", "hanebüchenen Fehldeutungen" und "absurden Behauptungen"), hat Finkelstein zu einer Erwiderung veranlaßt: Falls es zutreffend sein sollte, was Novick behauptete, warum hätten sich die jüdischen Interessenverbände des Holocausts nicht bereits 1948 erinnert, als sich Israel viel größeren Bedrohungen ausgesetzt gesehen habe? Oder 1956, als Israel diplomatisch wesentlich stärker isoliert gewesen sei? So Finkelsteins provozierende Fragen, auf die Novick bisher die Antwort schuldig geblieben ist.

Doch Norman Finkelstein geht in seiner Argumentation noch weiter: Ein Effekt des nach 1967 einsetzenden Interesses der amerikanischen Juden am Holocaust sei die Unterordnung Israels unter die USA und die zunehmende Entfremdung Israels von den arabischen Nachbarstaaten gewesen. Dieser Effekt sei aus Sicht der jüdischen Fürsprecher Israels in den USA gewünscht, auch wenn diese eine derartige Auslegung als "Häresie" zurückweisen würden. Ein Israel, das im Ausgleich mit seinen arabischen Nachbarn lebte und die Unabhängigkeit von den USA suchte, käme aus Sicht der US-Juden einer Katastrophe gleich. Nur ein Israel, daß der USA verpflichtet sei, garantiere, so Finkelstein, daß die Führer der jüdischen Interessenverbände der USA weiter wie Sprecher der hegemonialen Ambitionen der USA auftreten könnten.

Ähnlich argumentiert der von Finkelstein zitierte Linguist Noam Chomsky, wenn dieser feststellt: "Das jüdische Establishment in den USA benötigt Israel nur als Opfer unbarmherziger arabischer Angriffe. Für ein derartiges Israel können Unterstützungen, Geschenke und Geld erreicht werden ..." Jeder wisse von den Aufrufen, Spenden für Israel zu erbringen, die von den jüdischen Interessenverbänden eingesammelt würden. Die Hälfte der Spenden erreiche

nicht Israel, sondern bleibe bei den jüdischen Verbänden hängen. "Gibt es", so Chomsky, "einen größeren Zynismus?"

Aus der Sicht Finkelsteins ist die Ausbeutung der bedürftigen Holocaustopfer durch die "Holocaust-Industrie" nur die letzte und häßlichste Manifestation dieses "Zynismus". Diese Darstellung leitet in den wohl umstrittensten Teil des Buches über, in dem sich Finkelstein mit den jüngsten Entschädigungsforderungen der jüdischen Interessenverbände beschäftigt.

Finkelsteins Sprache läßt hier an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig. So stellt er fest, daß sich die "Holocaust-Industrie" zu einem "ausgesprochenen Erpressungs-Instrument" entwickelt habe. Unter dem Vorwand, die Interessen des weltweiten (lebenden und verstorbenen) Judentums zu verkörpern, würden quer durch Europa Forderungen nach Kompensationen erhoben.

Besonders ins Zwielficht gerät in dem Buch "Die Holocaust-Industrie" der Jüdische Weltkongreß, dessen Präsident Edgar Bronfman sich laut Finkelstein im Januar auf der Londoner Holocaust-Konferenz damit hervorgetan haben soll, ein Vermögen von umgerechnet zirka sieben Milliarden Dollar in Geld und Vermögenswerten aus Entschädigungsleistungen gehortet zu haben. Tom Bower, ein Autor, der sich intensiv mit den Entschädigungsverhandlungen mit den Schweizer Banken beschäftigt hat, widersprach Finkelstein in dieser Hinsicht inzwischen: "Die sieben Milliarden Dollar sind ein Mythos", behauptet Bower im eingangs erwähnten "Observer".

Umstritten ist auch die Zahl von nur 100.000 jüdischen Überlebenden des Holocausts, die es laut Finkelstein noch gibt. Er folgert, daß von den jüdischen Interessenverbänden im Zusammenhang mit den Entschädigungszahlungen die Zahlen bewußt zu hoch angesetzt worden seien, um höhere Entschädigungsleistungen erzwingen zu können. Finkelsteins Gegner verweisen darauf, daß unter den Begriff "Überlebende des Holocaust" nicht nur diejenigen Juden fielen, die die KZs überlebt hätten, sondern auch jene, die gezwungen worden seien, ihre Heimat bzw. ihre Häuser zu verlassen oder auch jene, die als Nachkommen der Opfer psychisch traumatisiert worden seien oder finanzielle Nachteile erlitten hätten.

Auf den Vorwurf Finkelsteins, die jüdischen Interessenverbände hätten die 1,25 Milliarden Dollar, welche die Schweizer Banken zugesagt hätten, bisher nicht an die Opfer weitergeleitet, konterten dessen Gegner, daß trotz der erzielten Vereinbarung das Geld noch in der Schweiz sei, weil die US-Gerichte noch nicht über die Verteilung entschieden hätten. Damit würde auch der Vorwurf Finkelsteins, das Geld würde die Opfer niemals erreichen, (zunächst) gegenstandslos.

Wie über Finkelsteins Vorwürfe im einzelnen auch entschieden wird: sein Buch hat die jüdischen Interessenverbände, allen voran den scheinbar allmächtigen World Jewish Congress (WJC) und die Jewish Claims Conference, in Rechtfertigungszwang gebracht. Angemerkt werden muß in diesem Zusammenhang, daß der WJC keineswegs, wie der deutsche Diplomat Wolf Calebow in seinem lesenswerten Buch "Auf dem Weg zur Normalisierung. 15 Jahre Dialog mit amerikanischen Juden" (Berlin Verlag 1999, siehe ausführliche OB-Rezension in Folge 3/2000) feststellte, die Juden insgesamt repräsentiert, sondern einen jüdischen Interessenverband unter vielen anderen darstellt. Es gibt nach wie vor keine jüdische Organisation, die für sich in Anspruch nehmen könnte, für das "gesamte Judentum" zu sprechen - auch wenn insbesondere die deutsche Übersetzung "Jüdischer Weltkongreß" dies im Hinblick auf den WJC nahelegt.

Norman Finkelstein: The Holocaust Industry. Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering, ... London/New York 2000 ...<<

25.08.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. August 2000: >>**600.000 Spätaussiedler**

Rund 600.000 Spätaussiedler wollen derzeit nach Deutschland. Davon haben 150.000 bereits eine Einreisegenehmigung, wie der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt, gestern in Berlin mitteilte. Die Integration der Spätaussiedler werde immer schwerer. Die Bundesregierung erwäge, die Sprachprüfungen für Einreisende zu erweitern und mehr Sprachkurse anzubieten.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 25. August 2000: >>**Ein Provokateur, um den es einsam wird: Norman Finkelstein**

Finkelstein ist heute der einsamste jüdische Kritiker des jüdischen Gedenkens an den Genozid. Man weiß nicht viel von dem New Yorker Politologen Norman G. Finkelstein, der mit einem in jeder Hinsicht leichtgewichtigen Bändchen voller Polemik und Wüten gegen "Die Holocaust-Industrie" Zeithistoriker umtreibt wie seit der Goldhagen-Debatte nicht mehr.

Bekannt ist immerhin, daß der Hochschullehrer an der New York University vor drei Jahren Daniel Goldhagens Bestseller "Hitlers willige Vollstrecker" dekonstruierte und den Autor mit wenig mehr stehen ließ als seinen Tantiemen. Und man ahnt, daß Finkelstein heute der einsamste jüdische Kritiker des jüdischen Gedenkens an den Genozid ist.

Sein Vorwurf in "The Holocaust Industry", die Eliten des Judentums in Amerika erpreßten mit einem verkitschten Holocaust-Mythos Wohlverhalten in Washington, Geld in Deutschland und der Schweiz und veruntreuten es, ist so ungeheuerlich, wie sein Verdikt alt ist, Zionisten in Israel immunisierten sich mit dem Völkermord.

Vor Monaten sagte Norman Finkelstein, der von Princeton mit einer Arbeit über die Zionismustheorie promoviert wurde, gegenüber dieser Zeitung, er werde sich nach Erscheinen seines Buchs nicht mehr auf die Straße trauen können. Und es klang schon damals, als der pro-palästinensische Nahost-Fachmann aus der Schule um Noam Chomsky ein justiziables Pamphlet gegen die Jewish Claims Conference andiente - und uns zu "feige" fand -, als werde er seinen Kamikazegang so mutwillig genießen, wie er ihn begann.

Daniel Goldhagen ist er in inniger Feindschaft verbunden und sonderbar verwandt in seinem Hang zur Quellenvergiftung, seit er 1997 in dem Essay "Eine Nation vor Gericht" dessen These von einem deutschen Muttermilch-Antisemitismus für "verrückt" erklärte - um den Lohn, selbst bei manchem Gutwilligen als Goldhagens "Doppelgänger" in Verruf zu geraten, ein Jäger so fahrlässig und paranoid wie der Gejagte. Goldhagen verhöhnnte den "Verschwörungstheoretiker".

Nun erinnert man sich wieder des Bruderkriegs, der nur Finkelsteins neuen Angriff vorbereitete auf ein Phänomen, das unleugbar hinter dem US-Spottwort "There's no business like Shoah-business" steht. Norman Finkelstein hat sich früh ausgezeichnet, als er Joan Peters' Buch "From Time Immemorial" (1985), das den Palästinensern jedes historische Heimatrecht absprach, Punkt für Punkt widerlegte. Und auch 1997 galt Norman Finkelstein in der Linken als Held, weil er mit seinem Text dem offenen Druck der Anti-Defamation League auf den US-Verleger nach Cambridge auswich.

Was treibt Norman Finkelstein an? Vergeltung für das doppelte Leiden seiner Eltern, lautet eine Vermutung. Der Sohn, geboren in Brooklyn 1953, widmete Maryla Husyt und Zacharias Finkelstein, die das Warschauer Getto, Maidanek und Auschwitz überlebten, eines seiner Bücher: "Möge ich niemals vergeben oder vergessen, was man ihnen angetan hat."

Alle anderen Verwandten wurden ermordet. Seine Mutter, die stets die Einzigartigkeit des Holocaust bestritt, wurde mit 3.500 Dollar Entschädigung abgespeist. Peter Novick, dessen Buch "The Holocaust in American Life" nach zehnjähriger Forschung Finkelsteins Thesen ungleich fundierter und sachlicher stützt, nennt die Polemik seines Nachahmers "Dreck",

übersät mit "falschen Anschuldigungen und falschen Behauptungen". Es stimme ihn traurig, sagte ein US-Historiker, und er meide sonst das infame Wort vom "jüdischen Selbsthaß". Aber bei Norman Finkelsteins "J'accuse" ("Anklage") spreche einiges dafür.

Auf seiner eigenen Web-Seite, auf der seine Brüder Richard und Henry die volle Solidarität der Familie bekennen, dokumentiert Norman Finkelstein nicht nur zwei Jahre alte Vortrags-terminen. Sondern auch, obgleich des Deutschen unkundig, die Diskussion zu "Holocaust-Industrie" in Deutschland.

Die US-Debatte hat noch kaum begonnen. Omer Bartov, der das Buch, "die Ansichten eines ideologischen Fanatiklers zu anderer Leute Opportunismus", als erster brillant und unzweideutig verriß, erwartet keinen Streit. Zu abstrus sei das Ganze. Raul Hilberg, einer der Autoritäten in der Holocaust-Forschung, findet einige grundsätzliche Wahrheiten in der "eher journalistischen Darstellung". Es sei richtig, daß in Amerika Israels Holocaust-Ausbeutung zensiert und Opferzahlen überschätzt würden. Und die Zahlungen der Schweizer Banken an Juden in Amerika "erscheinen mir obszön". Norman Finkelstein ist einsam, aber noch nicht allein.<<

02.09.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. September 2000: >>**Zwangsarbeiter müssen weiter warten**

Die Entschädigungszahlungen an NS-Zwangsarbeiter noch in diesem Jahr sind gefährdet, nachdem in den USA die Frage der Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen noch nicht garantiert ist. ...

Ohne Rechtssicherheit gebe es keine Freistellung des Geldes durch den Bundestag sagte (Botschafter) Kastrup. Die amerikanische Regierung sei sich jedoch ihrer Verantwortung bewußt. Nach der von US-Juristen geschilderten gegenwärtigen Sachlage liege der Schlüssel für Leistungen an die Opfer in den USA. ...<<

04.09.2000

Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. September 2000: >>**Verheugen verärgert EU-Spitze**

EU-Kommissar Günter Verheugen hat mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung Irritationen ausgelöst. Die EU-Kommission und Bundesregierung distanzieren sich von Verheugens Äußerungen. ...

Schwer verärgert reagierte Kommissionspräsident Romano Prodi am Rande eines informellen Außenministertreffens in Evian am Genfer See. In einem Telefongespräch bat er Verheugen, nicht zu einer "Angst-Spaltung der öffentlichen Meinung" beizutragen. ...

Auch Bundesaußenminister Joschka Fischer versicherte in Evian, daß die Vorstellungen Verheugens von der Bundesregierung nicht geteilt werden: "Das ist nicht unsere Position, sondern Verheugens private Meinung." Fischer wies auf die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Deutschland hin, die ohne eine Verfassungsänderung keine Volksbefragung zulassen.

In der "Süddeutschen Zeitung" hatte Verheugen auch scharfe Kritik am Verfahren der Euro-Einführung geübt: Ich war schon damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für den Euro zu werben." ...<<

09.09.2000

BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schreibt am 9. September 2000 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Gegen das Vergessen**

Sind Vertriebene Nazis? Für ein paar autonome Schreier, die jeden noch so friedlichen Vertriebenen-Kongreß mit Parolen und Störversuchen begleiten, ja.

Ostpreußen, Schlesier, Sudetendeutsche und Pommern, die gekommen sind, um einmal im Jahr die Erinnerung an ihre Heimat wachzuhalten, aus der sie einst - völkerrechtswidrig - vertrieben worden sind, sehen sich plötzlich Sprechchören "Faschisten raus!" ausgesetzt.

Das sind natürlich nur ein paar psychisch gestörte Krawallmacher, will man uns weismachen. Doch Vorsicht. Vieles, was in den Patientenkollektiven der armen (Halb-)Irren erdacht wird, landet ein paar Jahre später als Redesplitter bei der Bundestagspräsidentin, mindestens aber beim Altbundespräsidenten. Und neuerdings bei Rau. So zum Beispiel, daß alle Deutschen von Haus besonders gefährlich sind. Gerade wir als Deutsche. Sind aufgerufen. Müßten, sollten, dürfen nicht. Heimatrecht? Das ist ein heißes Eisen.

Nicht für Tibeter, Kurden, Bosnier, Kosovo-Albaner, Hutus und Tutsis. Besonders für Kosovo-Albaner nicht. Da ist unser Außenminister sehr streng. Der Verteidigungsminister auch. Besonders diese beiden konnten sich während des Kosovo-Krieges gar nicht mehr einkriegen vor lauter Empörung über die Vertreibung und die "ethnische Säuberung".

Vertreibungsverbrechen. Ethnische Säuberung. Buchstäblich alle fünf Minuten tönten diese Worte aus dem Mund der Politiker und Pressesprecher, in allen Fernseh- und Rundfunksendungen, in Talk- showrunden und Zeitungskommentaren: Ethnische Säuberung und Vertreibung. Die Worte kommen plötzlich 1999 so selbstverständlich daher wie das Wort Wolken und Sprühregen. Oder - Krieg. Gegen die Vertreibung.

Ethnische Säuberung heißt, einen Landstrich oder ein ganzes Land von Angehörigen eines bestimmten Volkes (einer Ethnie) zu "säubern" wie eine Wohnung von Kakerlaken oder einen Keller von Ratten. Alle Bewohner des Landes, die sich durch Sprache und ihre Kultur von den anderen unterscheiden, werden vertrieben, viele getötet. Das Ergebnis ist ein Landstrich oder ein Land, in dem nur noch Angehörige eines Volkes leben. Das Land ist jetzt ethnisch "sauber".

Vertreibungsverbrechen meint sowohl die Verbrechen, die während der Vertreibung der Bewohner des Landes begangen werden: Raub, Brandstiftung, Folter, Verstümmelung, massenhafte Vergewaltigung und Mord als auch das völkerrechtliche Verbrechen der Vertreibung selbst.

Vertreibung und ethnische Säuberung sind ein Bruch des Völkerrechts und ein schweres Verbrechen. So steht es in der Resolution der Uno-Menschenrechtskommission und auch im Bundestagsbeschluß vom 13. April 1994. Das gilt für alle Völker, jedenfalls für Kurden, Tibeter, Äthiopier, Hutus und Tutus, Serben, Bosnier und Albaner aus dem Kosovo.

Gilt es auch für Deutsche?

13 Millionen Deutsche wurden nach 1945 aus ihrer Heimat vertrieben, viele Hunderttausende deutscher Frauen vergewaltigt. 2,2 Millionen Deutsche in ganz Europa fanden bei den ethnischen Säuberungen den Tod. Die Zahlen werden inzwischen von niemandem mehr bestritten. Eigentum wurde zerstört oder enteignet, Milliardenwerte. Die Länder Polen und Tschechei sind seitdem, was die Deutschen anbetrifft, ethnisch sauber.

Doch die Millionen Toten, Vergewaltigten, aus ihrer Heimat Vertriebenen und Enteigneten wurden von grünen und sozialdemokratischen Politikern, auch von der Mehrheit der linksliberalen Medien bisher als eine Art Sühneopfer für die einmaligen Verbrechen Hitlers angesehen. Warum gerade sie? Ja - Pech gehabt.

Vertreibungsverbrechen sind zu verdammen. Gut so, Rudolf Scharping und Joschka Fischer. Aber wo ist die Empörung über die ethnische Säuberung von Pommern, Ostpreußen, Danzig, Schlesien und dem Sudetenland, der Vertreibung - und Ermordung von Millionen Landsleuten. Die Vergewaltigungen von rund zwei Millionen deutscher Frauen und Mädchen - zum Teil noch Kindern - war kein einmaliger spontaner Akt unmittelbar nach der Hitze des Gefechts, sie wurde von den Propagandisten wie dem Dichter Ilja Ehrenburg ausdrücklich gefordert, von den Militärbehörden geduldet. Über ein halbes Jahr lang wurden Hunderttausende Frauen Tag für Tag und Nacht für Nacht vergewaltigt!

Und dennoch reichten die deutschen Vertriebenen die Hand zur Versöhnung. Zuerst waren es kirchliche Gruppen, Katholiken aus meiner Heimatstadt Danzig.

Und dennoch haben die deutschen Vertriebenen, vertreten durch ihre Organisationen, fünf Jahre nach dem Krieg, am 5. August 1950, die Charta der Vertriebenen veröffentlicht.

Doch in den Augen der Ostblockstaaten, ebenso wie in den Augen der deutschen Linken und Liberalen, blieben die Vertriebenen Revanchisten und Kriegshetzer, wenn nicht Schlimmeres. Heute, mehr als 50 Jahre nach der Charta, fragen sich manche Vertriebene, haben wir damals etwas falsch gemacht, waren wir zu schüchtern, haben wir uns vielleicht nicht deutlich genug ausgedrückt?

War der "Verzicht auf Rache und Vergeltung" gleichbedeutend mit dem Verzicht auf das Gedächtnis?

Vergessen? Vergessen das Leid, die Todesopfer und die erlittenen Demütigungen, der Lebenszeit und der erlittenen materiellen Verluste?

Wird nicht nahezu an jedem Tag, unaufhörlich in allen Medien das deutsche Volk gemahnt, das maßlose Leid der unschuldigen Opfer des Hitler-Regimes nicht zu vergessen?

Sind die Millionen ostpreußischer, pommerscher, schlesischer und sudetendeutscher Frauen und Kinder weniger unschuldig, nur weil sie Deutsche waren?

Gibt es zweierlei Sorten von unschuldig Ermordeten und Zwangsarbeitern?

Wird es nicht Zeit, daß auch von seiten der Tschechen und Polen ein Wort des Bedauerns fällt, die Menschenwürde der Vertriebenen und ihr Recht auf Heimat anerkannt wird?

Gegen das Vergessen: Ist es nicht langsam Zeit, an die deutschen Vertriebenen zu denken, die Ermordeten, die Gequälten und Geschundenen, die oft in Lagern jahrelang Zwangsarbeit leisteten, von denen die meisten krank und gebrechlich geworden sind, viele schon gestorben sind und in den nächsten Jahren sterben werden, ohne daß auch nur ein Wort des Bedauerns fällt, auch nur eine Geste der Wiedergutmachung, geschweige denn eine Entschädigung überhaupt zur Diskussion gestellt wird? –

Oder sollen nur jene Opfer entschädigt werden, die von New Yorker Anwälten wie Ed Fagan vertreten werden?

Ist nicht allmählich auch für die deutschen Opfer der Gewalt das Ende der Bescheidenheit angesagt?

Die Forderungen der Vertriebenen, die sich der Ministerpräsident von Bayern und die prominente CDU-Politikerin Erika Steinbach zu eigen gemacht haben, lauten: Anerkennung ihres Rechts auf Heimat, einschließlich des Anspruchs auf Entschädigung für die erlittenen Enteignungen. Und - das ist der neueste, praktische Schritt der Sudetendeutschen Landsmannschaft in diesen Tagen des Mai, die Entschädigung der deutschen Zwangsarbeiter aus dem Zukunftsfonds, einem Gemeinschaftsfonds der deutschen und tschechischen Regierung.

Die Landsmannschaft hat 2.000 Härtefälle ermittelt, die mit je 4.000 Mark entschädigt werden sollen, eine symbolische Geste, nicht mehr, das fordern auch Frau Steinbach und der bayerische Ministerpräsident Stoiber.

Selbst die tschechische Zeitung "Mlada fronta" unterstützt die Forderung der Landsmannschaft, den deutschen Opfern tschechischer Gewalt eine symbolische Entschädigung zukommen zu lassen, aber die Linken und die Grünen befürchten eine schwere Verärgerung der Tschechen, und die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne) behauptet (frech), Ziel des Antrages sei das "Hervorrufen schwerer außenpolitischer Verstimmung zwischen Berlin und Prag". ("FAZ" 20. Mai 2000).

Vielleicht hätten die deutschen Heimatvertriebenen 1950 und in den vielen Jahren danach sich nicht immer nur entschuldigen sollen. Sondern auch um Entschuldigung der anderen Seite bitten. Die andere Seite, das waren damals Kommunisten, Anhänger eines Terrorregimes, Stalinisten.

Warum sollten sich die heute in der Tschechei und Polen herrschenden Demokraten nicht entschuldigen für die Verbrechen bei der Vertreibung? Für die 2,2 Millionen Toten. Wäre das nur

eine symbolische Geste ohne Bedeutung?

Warum denn war der Kniefall Willy Brandts vor den Opfern deutscher Gewalt von solcher herausragenden Bedeutung? Wäre nicht nach diesem vielbewunderten Kniefall auch ein kleiner, verschämter Knicks vor den Millionen ermordeter deutscher Zivilisten angebracht?

"Wer eine friedliche und auch freundschaftliche Nachbarschaft will, muß die Wunden säubern", sagt Frau Steinbach und fordert die Bundesregierung auf, darüber zu verhandeln.

Ein sehr realistischer Gedanke, mit großer Aussicht auf Erfolg, wenn die gewichtige Stimme Deutschlands in der Europäischen Union in die Waagschale geworfen wird. Denn der Wunsch der osteuropäischen Staaten, Mitglied im gelobten Euroland zu werden, ist außerordentlich, ihr Interesse daran, eines Tages am westeuropäischen Wirtschaftswunder und seiner neuen Währung (an die sie womöglich übertriebene Hoffnungen knüpfen!) teilzunehmen, schier unermesslich.

Ungarn hat auch bereits bescheidene Entschädigungsleistungen für die vertriebenen Ungarn-deutschen beschlossen und damit ein Signal gesetzt, übrigens auch Rumänien und vor allem die baltischen Staaten Lettland und Estland, die sogar die Ansiedlung der ehemals deutschen Bewohner nicht nur erlauben, sondern auch fördern.

Polen und die Tschechei aber mauern.

Frau Steinbach: "Die Osterweiterung der EU ist eine nicht wiederkehrende Möglichkeit, Vertreibungsunrecht zu heilen."

Doch bei manchen bundesdeutschen Politikern heißt es frisch-fröhlich und darwinistisch, das Problem löse sich bald von selber. Die Alten sterben ja weg. Ihre Kinder und Erben sollten, dank 68er Schulreformern, von Ostpreußen und Schlesien eigentlich gar nichts mehr wissen, und auch vom Sudetenland nichts.

Ewiggestrige, Opas, die langsam aussterben, werden die Vertriebenen gern von ihren politischen Gegnern genannt. Doch das biologische Argument schlägt längst zurück. Alle werden alt. Eigentlich machen die sudetendeutschen Opas und Omas und die Oldies aus Ostpreußen vom Jahrgang 1928/29 im Fernsehen immer einen ganz passablen Eindruck - im Vergleich zu den medizinisch stark vorgealterten 68ern, meist mit Stirnglatze und wenigen strähnig-grauen Haarresten, die hinten einen Zopf andeuten sollen. Trau keinem über dreißig! Erst mit dem Molotow-Cocktail in der Hand und dann mit dem Cocktailglas in der Regierung.

Noch kürzlich zeigte sich Ministerpräsident Schröder im Gespräch mit seinem tschechischen Ministerpräsidenten Zeman betont gelassen, wenn nicht unempfindlich gegenüber den Forderungen der Sudetendeutschen. Alles halb so wild, beruhigte er seine Gesprächspartner.

Doch niemand ist wild. Ihr sollt nicht gut sein, sondern nur vernünftig, liebe Rot-Grüne!

Vertreibungsverbrechen und ethnische Säuberung eines ganzen Landes durch die Soldaten und Söldner des serbischen Diktators Milosevic haben in unserem Land Erkenntnisse und Einsichten gefördert, für die früher dreißig Jahre benötigt wurden.

Vielleicht sehen unsere rot-grünen Regierenden, die in wenigen Tagen gelernt haben, was sie seit 1968 verdrängen wollten, nun, nachdem sie so unendlich viel Leid der Opfer einer ethnischen Säuberung mitangesehen haben, am Ende auch das Schicksal von 13 Millionen vertriebenen Deutschen mit anderen Augen: Greise, Frauen und Kinder, die nach 1945 Opfer einer ethnischen Säuberung, also Verbrechen unvorstellbaren Ausmaßes wurden. Vielleicht sollten diese Opfer auch durch ein Mahnmal geehrt werden, wie das Holocaust-Denkmal.

Da die Auslober des großen Berliner Denkmals alle nichtjüdischen Opfer des Nationalsozialismus von ihrem Mahnmal ausschlossen, fordern die anderen Opfer jetzt eigene Mahnmale.

Wenn möglich ebenfalls riesengroß und in der Nähe des Reichstages. Neben dem Mahnmal für Sinti und Roma (6.000 Quadratmeter im Tiergarten) hätten auch die Opfergruppen wie die Homosexuellen oder die Wehrmachtsdeserteure Anspruch auf eine eigene Gedenkstätte, sagte der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Volker Beck. Bald will er ein Stiftungs-

konzept vorlegen.

Sogar für den anarchistischen Reichstags-Brandstifter van der Lubbe soll ein Denkmal gebaut werden - am Reichstag! Weitere Mahnmale sind denkbar. Der Phantasie - und der großflächigen Bebauung sind keine Grenzen gesetzt.

Wo aber soll das Denkmal für die 2,2 Millionen, durch die Vertreibung ermordeten Ostpreußen, Danziger, Pommern, Schlesier und Sudetendeutschen stehen, Frauen, Kinder und Greise, unschuldig auch sie?

Werden deutsche Opfer beim Bundestag die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Vertriebenen beantragen? Die Gruppe um Lea Rosh wird es nicht tun. In einer Fernsehdiskussion des Bayerischen Rundfunks stellte ich Frau Rosh die Frage: "Würden Sie auch ein Mahnmal für die mehr als zwei Millionen toten Vertriebenen unterstützen?" Die Antwort kam kurz und wie aus der Pistole geschossen: Nein.

Glücklicherweise gibt es auch andere Stellungnahmen. Unter dem Eindruck, der massenhaften ethnischen Vertreibung der Kosovo-Albaner ist auch bei den Linken das Verständnis für das millionenfache Unrecht gewachsen, das die deutschen Vertriebenen erlitten haben. So erklärte Innenminister Otto Schily sich kürzlich bereit, den Plan Erika Steinbachs zu unterstützen, in Berlin ein "Haus der Vertreibung" zu errichten.

Nehmen wir ihn beim Wort. Ein Mahnmal für 2,2 Millionen ermordeter deutscher Flüchtlinge. Nicht noch eine gigantomanische Bebauung auf dem Reichstagsgelände. Keine Aufrechnung von Millionen Toten gegen andere Millionen. Eine würdige Stätte der Erinnerung, des Gedenkens - und der Forschung - als die bessere Alternative zu den zementenen und stählerenen Monstern, Mahnmalen und Brandmalen. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 9. September 2000 (x887/...):
>>"**Ende der Diskussion**"

Die Affäre Norman Finkelstein und die deutschen Medien

Seit Wochen macht in den deutschen Feuilletons ein Buch Schlagzeilen, das es in deutscher Sprache noch gar nicht gibt. Das ist ungewöhnlich, aber nicht ohne Beispiel. Bereits vor Jahren begann in den deutschen Medien die Schlacht um ein Buch eines gewissen Daniel Jonah Goldhagen, der hierzulande damals selbst Eingeweihten kein Begriff war. In jener Zeit war es das übliche, seit langem funktionierende Medienkartell von "Zeit", "Süddeutscher Zeitung", "Spiegel", "Stern" und "Frankfurter Rundschau", das dafür sorgte, daß die etwas kruden Ideen des jungen Unbekannten über "Hitlers willige Vollstrecker" bereits Wochen vor dem Erscheinen den Bekanntheitsgrad eines Bestsellers hatten.

Bei dem neuen Buch des New Yorker Politologen Norman Finkelstein "The Holocaust Industry" ist dagegen vieles anders verlaufen, was aufhorchen läßt. So ist der Autor in Deutschland zunächst bekannt geworden als Kritiker von Goldhagens Buch. Wieder einmal - wie schon bei Bogdan Musial, der die Anti-Wehrmachts-Ausstellung Reemtsmas scharf kritisierte - konnte Finkelstein nicht in die rechte Ecke gestellt werden. Beide sind überzeugte Linke. So veröffentlichte Finkelstein seine Goldhagen-Kritik zunächst im linken Londoner Theorie-Organ "New Left Review". Auch sein neuestes Buch erschien in dem kleinen, aber nicht unbedeutenden Londoner Verlag "Verso", dessen Veröffentlichungen traditionell linksaußen angesiedelt sind.

Die Kritik an Goldhagens unwissenschaftlichem Ansatz war damals jedoch so allgemein - nicht nur in Deutschland -, daß Finkelsteins Stimme im Chor der Kritiker nahezu unterging. Das ist bei seinem neuen Buch ganz anders, das sich dem Tabu-Thema der Ungerechtigkeiten bei den jüdischen Opfer-Entscheidungen widmet und dabei Organisationen wie die "Jewish Claims Conference" (JCC) massiv kritisiert.

In den USA fand eine offene Diskussion des Buches kaum statt. In Großbritannien dagegen begann schon bald eine breit angelegte Debatte, an der sich der linksliberale "Guardian" eben-

so beteiligte wie der "Observer" oder die "Sunday Times". Diese englische Diskussion veranlaßte offenbar die linksbürgerliche, aber geistig unabhängige "Berliner Zeitung", sich Ende Januar 2000 dieses brisanten Themas in einer zweiteiligen Serie erstmals in Deutschland anzunehmen. Die JCC ließ kurz darauf über die "Welt am Sonntag" die dort geäußerten Vorwürfe Finkelsteins kurz, aber heftig dementieren.

Daraufhin folgte eine einmonatige Funkstille zu diesem Thema. Am 5. März wurde ein Interview Finkelsteins mit der Zürcher "Sonntagszeitung" veröffentlicht. Zu jener Zeit tobte sowohl in den USA als auch in Israel eine lebhaft interne Debatte um die Verteilung der zehn Milliarden Mark für die Zwangsarbeiter, in deren Verlauf Finkelstein erneut die JCC scharf angriff; Angriffe, denen sich auch Abgeordnete des israelischen Parlaments, der Knesset, anschlossen. Große Resonanz fand dies in der deutschen Presse nicht. Über Finkelsteins Buch herrschte fast ein halbes Jahr eisiges Schweigen bei der deutschen Presse.

Erst Ende Juli, nachdem die Debatte in Großbritannien immer intensiver geworden war und auch einige kleinere nonkonforme Publikationen in Deutschland berichteten, ging die "Welt" mit Finkelstein ins Gericht. Tenor: "Obwohl sich Finkelstein als bissigster Kritiker der Holocaust-Industrie profiliert, profitiert er zugleich von ihr."

Das hätte eigentlich schon das Ende der Diskussion sein sollen. Aber überraschenderweise kam wenige Tage später die linksliberale "Woche" mit zwei durchaus wohlwollenden Folgen über das Anliegen Finkelsteins. Als kurz darauf auch noch Ulrich Wickert in seinen ARD-"Tagesthemen" verschiedene Meinungen zu dem Thema zuließ, war das Schweige-Verdikt der Links-Presse endgültig gebrochen.

Als das Buch nicht mehr totzuschweigen war, reagierte die Presse in der üblichen Weise: die einen sagten, es sei unwissenschaftlich, die anderen meinten: alles sei längst bekannt. Doch an einer Tatsache kann das genannte Pressekartell inzwischen nicht mehr vorbei: Nach den Diskussionen um Goldhagen, Walser und Sloterdijk, wo es immerhin gelungen war, bei einer Kampagne gegen Andersdenkende öffentlich gegenzuhalten und den linken Medien die alleinige intellektuelle Definitionshoheit zu entziehen, ist es nunmehr in der Finkelstein-Debatte erstmals seit langer Zeit geschehen, daß eine Übereinkunft des Schweigens fast aller traditioneller linker Medien gebrochen werden konnte.

Dies ist durchaus ein Erfolg. Es zeigt, daß sich auf Dauer die Absprachen zwischen den Medien im Zeitalter des Internet nicht mehr länger durchhalten lassen. Zu befürchten ist allerdings, daß der linksbürgerliche Konformismus sich schon bald etwas anderes einfallen läßt, um seinen Willen zur geistigen Vorherrschaft hierzulande unter Beweis zu stellen.<<

22.09.2000

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>Mündige Bürger als Risiko

Parteiherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes ein-

zuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. ...<<

29.09.2000

Dänemark: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. September 2000: >>**Mehrheit der Dänen sagt "Nej" zum Euro**

In Dänemark zeichnete sich am Donnerstagabend eine klare Mehrheit gegen die Einführung des Euros ab. ... Die Wahlbeteiligung betrug rund 80 %.

Die Befürworter, unter ihnen auch die sozialdemokratische Regierung, ... hatten sich von einem Ja zum Euro einen Wirtschaftsaufschwung, mehr Arbeitsplätze und einen größeren Einfluß auf finanzpolitische Entscheidungen der Europäischen Union erhofft. Die Gegner sahen dagegen soziale Errungenschaften und die dänische Souveränität gefährdet.

Die Abstimmung wurde vor allem in Schweden und Großbritannien genau verfolgt, da auch dort Referenden zum Euro anstehen. ...

In Berlin hatte Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) die Dänen aufgefordert, für den Euro zu stimmen. Eichel sagte auf die Frage, was eine Ablehnung der Dänen bedeuten würde: "Europa geht weiter." Die europäische Einigung sei ein unumkehrbarer politischer Prozeß.<<

30.09.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 2000: >>**Die DDR – so oder so gesehen**

... In dem Buch "Zwei deutsche Sichten. Dialog auf gleicher Augenhöhe" ... befassen sich Rainer Eppelmann (ehemaliger SED-Gegner und heutiger CDU-Bundestagsabgeordneter) und Dietmar Keller (ehemaliger SED-Funktionär und heutiger PDS-Abgeordneter) mit der DDR.

...

Eppelmans Bilanz 10 Jahre nach der Einigung fällt rundum positiv aus, vor allem wenn er sich vorstelle, wo die DDR heute stünde, würde sie noch existieren. "Ich bin ein bißchen traurig, daß wir die Dinge, die inzwischen selbstverständlich geworden sind, so wenig schätzen."

Keller betont, er traure der DDR nicht nach, aber er rühmt deren "soziale Errungenschaften". Unter die Räder gekommen seien "die Gleichstellung der Frau, ein stressfreies Brigadeleben, menschliche Wärme, Geborgenheit und Solidarität, durchgängige Versorgung von Klein- und Schulkindern".

Ein Unrechtsstaat sei die DDR nicht gewesen, freilich auch kein Rechtsstaat. Keller spricht von einem autoritären Staatssozialismus in Form einer Parteidiktatur". Er fügt hinzu: "Die Mitglieder des SED-Politbüros hielten sich für allwissend und zunehmend auch für unfehlbar, betrachteten sich als eigentlichen Souverän, waren Gesetzgeber und Justiz zugleich."

Ausschlaggebend für das Ende der DDR seien gewesen: ein falsches Menschenbild, eine falsche Haltung zum Eigentum und die Fremdbestimmung durch die Sowjetunion.

... Der Sozialismus, daran hält er denn doch fest, bleibe eine Hoffnung für die Menschheit.

... Vom alten Denken zeugt im Übrigen Kellers Bekenntnis zu seiner Solidarität mit Ho Chi Minh und Fidel Castro, zwei üblen Diktatoren. ...<<

02.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Oktober 2000: >>Günter Schabowski, zum Tag der Einheit begnadigtes früheres SED-Politbüromitglied, und der Bürgerrechtler Wolfgang Templin haben am Sonntag in Tutzing vor einem Schlußstrich unter die DDR-Vergangenheit gewarnt. ... Schabowski zeigte sich enttäuscht, daß die PDS manchen Politikern wieder hoffähig erscheine. ...

Schabowski sagte jetzt: "Ein erheblicher Teil der PDS hält an marxistisch-leninistischen Positionen fest." Die Anpassung vieler PDS-Politiker sei Taktik. Aber weil die PDS im Osten auf 20 % komme, erscheine sie manchen Politikern plötzlich koalitionsfähig, bedauerte der 71jährige. Als Mitschuldiger für die kommunistische Katastrophe warne er vor der Heilsbotschaft, die in Zeiten der Globalisierung mehr Menschen verführen könne.<<

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Oktober 2000 über ein Gespräch mit dem früheren sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse: >>"Wir hatten Angst, daß in Berlin geschossen wird"

... "Es hätte zu einem Dritten Weltkrieg kommen können."

Das Schwierigste sei damals gewesen, die sowjetische Führung davon zu überzeugen, ihre Zustimmung zur deutschen Einheit zu geben. Im Politbüro der KPdSU in Moskau habe es zahlreiche Gegner der Einheit Deutschlands gegeben. ...

"Wir hatten der DDR-Regierung (im Jahre 1989) klargemacht, daß sie auf keinen Fall Gewalt gegenüber ihren Bürgern anwenden darf", sagt Schewardnadse. Selbstverständlich habe man auch die eigenen Militärs in der DDR angewiesen, die Kasernen auf keinen Fall zu verlassen. ... Zum Glück seien auch die Amerikaner daran interessiert gewesen, den Prozeß der deutschen Einheit möglichst schnell durchzuziehen.

In einer heute noch in Deutschland heiß umstrittenen Frage tritt Schewardnadse einer Darstellung der Regierung Kohl entgegen: Es stimme nicht, sagt der frühere sowjetische Außenminister, daß der Kreml die Unumkehrbarkeit der Enteignungen zwischen 1945 und 1949 zur Bedingung der deutschen Einheit gemacht habe. ...<<

13.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Oktober 2000: >>Nikolai Bersarin, der erste sowjetische Stadtkommandant in Berlin wird nicht wieder Ehrenbürger der Stadt. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) lehnte für den Senat die Verleihung der Würde endgültig ab und setzte sich damit über den Mehrheitswillen des Abgeordnetenhauses hinweg. ... Bersarin war die Ehrenbürgerwürde posthum vom Ostberliner Magistrat verliehen worden. Nach der Wende wurde sie ihm 1992 vom Gesamtberliner Abgeordnetenhaus wieder aberkannt.<<

16.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Oktober 2000: >>**Rau macht Druck für Entschädigung**

Auf die Frage, ob das Zögern der Wirtschaft "eine Schande für die Demokratie" sei, erklärte Rau im Sender TV-Berlin: "Ich glaube, es ist ein großer Schaden." Was zugesagt wurde, solle auch gehalten werden. Er vertraue jedoch darauf, daß die Wirtschaft die versprochenen fünf Milliarden aufbringe, sagte der Bundespräsident.

... Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck verlangt eine Art schwarze Liste, auf der zahlungsunwillige Unternehmen namentlich aufgeführt werden. "Diese Betriebe müssen unter öffentlichen moralischen Druck gesetzt werden", sagte Struck der "Magdeburger Volksstimme". ...<<

21.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Oktober 2000: >>Continental eröffnet Reifenfabrik in Rumänien. ... Nach dem tschechischen Werk in Otrokovice, das eine Kapazität von 12 Millionen Reifen hat, ist Timisoara das zweitgrößte Reifenwerk der Conti in Europa. Insgesamt wird Continental dort 200 Millionen DM investieren. Das ist die bisher größte Investition in Rumänien. ...

Mit dem neuen Werk soll der Anteil von Niedriglohnländern an der Reifenproduktion bei Conti von derzeit 42 auf 50 Prozent steigen. 1999 hatte das Unternehmen ein Reifenwerk in Schottland geschlossen, vor vier Jahren eins in Irland. ...<<

24.10.2000

Slowakei: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Oktober 2000: >>**Lob für Kurs der Slowakei ...**

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat der slowakischen Republik bei ihren Bemühungen um den Beitritt zur Europäischen Union (EU) und zur NATO zugesagt. ... "Die Slowakei

kann sich auf unsere Unterstützung für einen zügigen Beitrittsprozeß verlassen." ... Der frühestmögliche Zeitpunkt für die EU-Erweiterung sei 2003, sagte der Kanzler. Die EU wolle bis 2002 aufnahmefähig für neue Mitglieder sein. ...

Kein Datum nannte der Kanzler für den gleichfalls von der Slowakei angestrebten Beitritt zur Nato. Schröder unterstrich aber, auch für die Nato gelte die Position, "die Tür bleibt offen für neue Mitglieder". Zu einer Nato-Erweiterung werde es zwar "nicht über Nacht" kommen, doch wenn es soweit sei, "kann sich die Slowakei auf die Unterstützung Deutschlands verlassen", sagte der deutsche Kanzler. ...<<

26.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Oktober 2000: >>"In fünf Jahren hat die EU zehn neue Mitglieder"

Bundesaußenminister Joschka Fischer hat erstmals öffentlich ein Datum und eine Größenordnung für die geplante Osterweiterung der EU genannt. Spätestens in fünf Jahren werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben. Dabei müsse Polen eines der ersten Länder sein, das in die erweiterte Europäische Union integriert wird, sagte Fischer am Mittwoch bei einer Halbzeitleistung über die Außenpolitik der rot-grünen Regierung. Derzeit sind 15 Länder in der Europäischen Union. ...

Neben der europäischen Integration, die er als wesentliche Aufgabe für die deutsche Außenpolitik der kommenden Jahre bezeichnete, rückte Fischer die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seiner Zukunftspläne. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die finanziellen Hilfen der internationalen Gemeinschaft für den EU-Beitritt Polens (x309/158-160):

>>Von der internationalen Gemeinschaft erhielt Polen für Investitionen und Wirtschaftsaufbau Milliardenkredite, die aber überwiegend für Konsumzwecke zweckentfremdet wurden. Ohne die ursprünglich erwartete gesteigerte Produktion war das Land zur Verzinsung und Rückzahlung der Kredite nicht fähig. Nach diversen Schuldenerlassen, Umschuldungen und Moratorien wurden Polen auf Deutsches Drängen Schulden von insgesamt 19,7 Milliarden US-Dollar erlassen. Als großer Gläubiger trug die Bundesrepublik die schwerste Last. Trotz dieses Entgegenkommens betrugen die polnischen Schulden um die Jahrtausendwende schon wieder weit über 40 Milliarden US-Dollar.

Bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen klagten die Brüsseler Verhandlungsführer, Bundeskanzler Schröder erschwere ihre Arbeit, indem er den Polen eine Vorzugsbehandlung in Aussicht stellte und sie so zu immer massiveren Forderungen ermunterte.

Durch die Osterweiterung stieg der deutsche EU-Nettobeitrag auf über acht Milliarden Euro pro Jahr mit Tendenz in Richtung zehn Milliarden. Warschau hingegen konnte einen Nettogewinn von 4,33 Milliarden Euro verbuchen, im Jahr 2010 dürfte er schon bei mindestens 6 Milliarden Euro liegen.

Dank erntet der deutsche Weihnachtsmann freilich nur selten. 2003 wollte Verteidigungsminister Struck 23 moderne Jagdflugzeuge vom Typ MiG 29 an Polen zum symbolischen Preis von einem Euro abgeben und erwartete, daß Warschau die Maschinen in Deutschland warten und reparieren läßt. Warschau kündigte an, daß es das Geschenk zwar annehmen, die Wartung aber nicht in Deutschland vergeben wolle. Der CDU-Haushaltsexperte Austermann und der Bundesrechnungshof legten Protest gegen das Geschäft ein. –

Auch auf höchster Ebene hörte man aus Warschau nicht immer deutschfreundliche Töne. So gar Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker meinte da, Deutschland dürfe sich von polnischen Angriffen nicht verunsichern lassen. Die Wahrheit sei, daß die Bundesrepublik schon jetzt "bis zur Selbstaufgabe" Rücksicht auf Polen nehme.

Aber da dürfte sich so schnell nichts ändern. Schon vor geraumer Zeit hat der geistreiche Timothy G. Ash angemerkt, die Bundesregierung erstrebe "freundschaftliche Beziehungen mit

dem Himmel, vertiefte Partnerschaft mit der Erde, aber auch fruchtbare Zusammenarbeit mit der Hölle".<<

28.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Oktober 2000: >>Holocaust-Denkmal kostet 50 Millionen Mark****

Das in Berlin geplante Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden wird nach jüngsten Berechnungen rund 50 Millionen Mark kosten. ...

Das Mahnmal, das an die 6 Millionen ermordeten Juden in Europa erinnert, wird zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz errichtet. Die Sprecherin des Denkmal-Fördervereins, Lea Rosh, berichtete, die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem wolle sich an der Gestaltung des Dokumentationszentrums beteiligen. Sämtliche Namen, Daten und Schicksale der während des Nazi-Regimes ermordeten Juden sollen in Berlin in einem "Raum der Namen" einsehbar sein.<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet am 28. Oktober 2000 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>Repressalien gegen die Zivilbevölkerung und das Völkerrecht im Zweiten Weltkrieg****

Die Tragödie von Kalavrita

Wenn mich etwas am heutigen Deutschland beunruhigt, dann ist es vor allem eines: Die Deutschen wollen offenbar begierig die größten Verbrecher der Geschichte sein - und zugleich die unschlagbar größten Büßer. Das halte ich für krankhaft." An diese Worte des amerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred de Zayas wurde man unwillkürlich erinnert, als Bundespräsident Rau bei seinem Staatsbesuch in Griechenland "tiefe Trauer und Scham" für die im deutschen Namen begangenen Verbrechen bekundete und hierfür um Vergebung bat.

Er hatte Kalavrita bewußt in das Programm seines Besuchs aufgenommen. Es handelte sich also um einen sorgfältig geplanten Reueakt im deutschen Namen - analog dem Kniefall Brandts in Warschau. Bei der deutschen Mentalität, die nicht nur mit dem Scheckbuch, sondern auch im Büßergewand durch die Lande zieht, wundert es niemanden, daß der Herr Bundespräsident offenbar über die zweifellos schrecklichen Vorgänge in dem griechischen Dorf nicht annähernd informiert war. Daß er - wie bei deutschen Politikern üblich - "vergaß", der bestialisch ermordeten deutschen Soldaten zu gedenken, paßt in das Bild der political correctness.

Was war geschehen? Eine deutsche Einheit der 117. Jägerdivision geriet in einen Hinterhalt der Partisanen, dem die Hälfte der Soldaten zum Opfer fiel. Später wurden - hier wird das Dilemma historischer Aufarbeitung deutlich - weitere 70 deutsche Soldaten verstümmelt und ermordet aufgefunden. Sogar die Zeitungen, die über den Besuch des Bundespräsidenten berichteten, sprachen von 80 ermordeten deutschen Soldaten. General v. Le Suire, der Divisionskommandeur, ließ nach einer Version 700 alte Leute, Frauen und Kinder erschießen, weil die Männer der umliegenden Dörfer ins Gebirge geflüchtet waren. Andere Berichte sprechen davon, daß zwar etliche Frauen, aber keine Kinder erschossen wurden.

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 14. Februar 1977 von 81 ermordeten deutschen Soldaten - ohne die zuvor in einem Hinterhalt getöteten Soldaten zu erwähnen. Nach ihr seien sämtliche männlichen Bewohner zwischen 14 und 80 Jahren getötet worden. Die Zahl der Opfer habe mehr als 1.200 betragen. Bemerkenswerterweise schreibt sie von einer "Massenhinrichtung", nicht einem "Massenmord". Sind beide Begriffe etwa deckungsgleich?

Sehen wir einmal davon ab, daß die Zahl der getöteten Griechen in Kalavrita offenbar nicht genau festzustellen ist - denn die Angaben nennen einmal 511 ("Spiegel" vom 29. Dezember 1997), in der Nr. 41/1969 heißt es bei ihm "etwa 800 Männer", während die "Süddeutsche Zeitung" vom 12. März 1982 von 674 Männern schreibt, die erschossen worden seien. Die Staatsanwaltschaft Bochum, die 1974 wegen Kalavrita ein Verfahren eingeleitet hatte, schlug

dieses nieder, weil "die Erschießungen der griechischen Männer in Kalavrita ihrem Charakter nach Repressalien darstellen." Für die Ermordung von 75 deutschen Soldaten sei die - hier heißt es auf einmal - "Ermordung von 674 Männern und die Zerstörung von 15 Ortschaften "angemessen".

Sind "Ermordung", "Repressalie" und "Hinrichtung" austauschbare Begriffe? Der Begriff "Repressalie" findet sich nach dem Militärhistoriker Franz Seidler "in keiner völkerrechtlichen Vereinbarung. Nirgendwo war festgelegt, von wem welche Repressalien für welchen Fall ergriffen werden durften. Das Instrument der Repressalie war lediglich gewohnheitsrechtlich anerkannt und wurde nach den allgemeinen Gepflogenheiten der Staatengemeinschaft gehandhabt. Es beruhte auf dem Prinzip der Kollektivverantwortung." (Man denke an die Entschädigung für Zwangsarbeiter.)

Vom Standpunkt der Menschlichkeit ist es nicht nur unverständlich, sondern auch unerträglich, daß unschuldige Geiseln für fremdes Verschulden leiden müssen. Es erhebt sich freilich die Frage, ob es nicht auch unschuldige Soldaten sind, die Kriegsverbrechen zum Opfer fallen. Man denke etwa an den heimtückischen Bombenanschlag in der Via Rasella.

Die Kriegsgeschichte fast aller Nationen kennt die Anwendung von Repressalien. So fielen den britischen Repressalien im Burenkrieg etwa 20.000 Zivilisten zum Opfer. Darüber hinaus wurden Tausende Bauernhöfe niedergebrannt. Im Prozeß gegen Obersturmbannführer Kappler erklärte das Tribunale Supremo Militare am 13. März 1950: "Die anglo-amerikanische wie auch die deutsche, französische und italienische Kriegsgeschichte geben Beispiele, aus denen hervorgeht, daß Repressalmaßnahmen als Rechtens angesehen werden."

Geiselnahme diente als Vorbeugungs- und Sicherungsmittel, um etwaige Angriffe der Bevölkerung auf die Besatzungsmacht zu unterbinden. Die Berechtigung zur Nahme - und unter strengen Voraussetzungen selbst die Tötung - von Geiseln war noch im Zweiten Weltkrieg stark umstritten.

1949 wurde durch Artikel 34 der Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen im Krieg Geiselnahme uneingeschränkt verboten. Aber noch im Prozeß des Ständigen Kriegsgerichts in Brüssel gegen General v. Falkenhausen wurden am 9. März 1951 bestimmte Geiseler-schießungen im eigenen Land (!) als "gerechtfertigt" angesehen, wenn sie zur elementaren Selbstbehauptung vorgenommen wurden.

Das Völkerrecht schwieg zur Frage der Geiseler-schießungen. Durch die Repressalie, d.h. die Vergeltung einer völkerrechtswidrigen Maßnahme mit einer ebensolchen, wurden meist völlig unschuldige Menschen getroffen. Während das Völkergewohnheitsrecht sich vielfach an die Auffassung hielt, die Repressalie sei ein zulässiger Gegenangriff gegen Völkerrechtsbrecher, und vereinzelt sogar die These vertreten wurde, der Humanität werde mit der energischsten Repressalie am besten gedient, nahm Papst Pius XII. hiergegen in seiner Ansprache an die Teilnehmer des 6. Internationalen Kongresses für Strafrecht am 3. Oktober 1953 Stellung:

"Auch in einem gerechten und notwendigen Krieg sind nicht alle Mittel für einen Menschen mit gesundem und vernünftigen Rechtsempfinden annehmbar. Die Massenerschießung Unschuldiger als Repressalie für den Fehler eines einzelnen ist kein Akt der Gerechtigkeit, sondern sanktionierte Ungerechtigkeit; unschuldige Geiseln zu erschießen wird nicht dadurch ein Recht, daß man es als Kriegsnotwendigkeit hinstellt."

Jedoch im Zweiten Weltkrieg herrschten andere Vorstellungen. Das britische "Manual of Military Law" von 1929 erklärt zum Problem der Geiselnahme: "Repressalien sind eine äußerste Maßnahme, weil sie in den meisten Fällen unschuldigen Personen Leiden auferlegt. Darin indessen besteht ihre zwingende Kraft, und sie sind als letztes Mittel unentbehrlich" (Paragraph 454).

Und Paragraph 458 bestimmt: "Wenn auch eine Kollektivbestrafung der Bevölkerung für die Handlung von Einzelpersonen, für die sie nicht gesamtverantwortlich angesehen werden kann,

verboten ist, so können Repressalien gegen eine Örtlichkeit oder eine Gemeinschaft für die Handlung ihrer Einwohner oder Mitglieder, die man nicht namhaft machen kann, notwendig sein."

Nach Auffassung der Völkerrechtler waren Repressalien keine Strafmaßnahme, sondern "Selbsthilfeakte zur Durchsetzung des Rechts" mit dem Ziel, den rechtsfeindlichen Willen der Bevölkerung zu brechen. Die einzige rechtlich festgelegte Bestimmung zu Repressalien erfolgte im "Genfer Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen" vom 29. Juli 1929. Artikel 2 verbietet ausdrücklich Vergeltungsmaßnahmen an Kriegsgefangenen.

In der Praxis stimmten die kriegführenden Parteien überein, daß sich Repressalien zur Erzwingung eines rechtmäßigen Verhaltens des Gegners im notwendigen Rahmen halten, d.h. nicht exzessiv gehandhabt werden dürfen.

Im Fall VII der Rechtsprechung des Nürnberger Militärtribunals heißt es: "Die Besatzungsmacht kann auf der ordnungsgemäßen Erfüllung der Vorschriften, die für die Sicherheit der Besatzungstruppen und für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung nötig sind, bestehen. Zur Erreichung dieses Zieles kann die Besatzungsmacht nur als letzten Ausweg zur Geiselnahme und -hinrichtung schreiten."

Kehren wir nach Kalavrita zurück. In dem im vergangenen Jahr erschienenen Buch von Droulia/Fleischer "Von Lidice nach Kalavrita" heißt es, in dem Bergdorf Kalavrita seien am 13. Dezember 1943 "fast 700 Menschen umgebracht worden". Vergleicht man die oben angeführten, stark voneinander abweichenden Zahlen miteinander, dann wird deutlich, daß sich die genaue Zahl der Opfer auf deutscher und griechischer Seite nicht mehr exakt ermitteln läßt. Es ist nicht sinnvoll, sie gegeneinander aufzurechnen.

Dagegen darf man nüchtern feststellen, daß die Repressalien der Deutschen weit hinter denen der Franzosen, Amerikaner und Russen zurückbleiben. Selbst bei Kriegsende, als keine größeren feindlichen Aktionen seitens Deutscher die Sicherheit der Alliierten ernstlich gefährden konnten, verhängten die Besatzungsmächte drakonische Strafen für Angriffe auf ihre Besatzung. So wurde im französisch besetzten Leutkirch angedroht: "Wenn ein Deutscher auf einen Franzosen schießt oder sonst das Geringste passiert (!), werden 5 Häuser angezündet und 200 Deutsche erschossen."

Nachdem der amerikanische General Maurice Rose durch sein mißverständliches Verhalten - es war eine reguläre Kampfhandlung, kein Partisanenangriff - in der Nähe von Paderborn erschossen wurde, ließen die Amerikaner 110 Deutsche erschießen bzw. erschlagen. Die Rote Armee drohte in Berlin die Erschießung von Geiseln im Verhältnis 1:50 an. Die Amerikaner übertrafen die Sowjets noch beträchtlich, als sie im Frühjahr 1945 im Harz öffentlich Sühneaktionen im Verhältnis 1:200 ankündigten.

Auch angesichts der sadistischen Brutalität der Partisanen auf dem Balkan - mehrfach wurden gefangenen deutschen Soldaten die Augen ausgestochen, Nasen, Ohren und die Geschlechtsteile abgeschnitten - bleibt das Entsetzen über die getöteten Zivilisten nicht geringer. Freilich sollte ein deutsches Staatsoberhaupt aus seiner "tiefen Scham und Trauer" nicht die unschuldigen deutschen Soldaten ausklammern, die bestialisch ermordet wurden.

Der estnische Staatspräsident Lennart Meri sagte am Tag der Heimat am 3. Oktober 1995: "Warum zeigen die Deutschen so wenig Respekt vor sich selbst. Deutschland ist eine Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue ... Man kann einem Volk nicht trauen, das rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung ausführt ..."

Bekanntlich pflegen unsere Politiker bei Auslandsbesuchen die Gedenkstätten des jeweiligen Landes aufzusuchen und dort einen Kranz niederzulegen. Für gewöhnlich werden hierbei die deutschen Opfer übergangen. Eine solche Haltung ist verächtlich und nicht nur eine Schmäherung der Soldaten, die in Pflichterfüllung für ihr Vaterland gefallen sind, und der Zivilbevölkerung, die vor allem nach dem Krieg aufgestautem Haß zum Opfer fiel, sondern auch eine

Beleidigung ihrer Angehörigen. Wenn man wirklich Versöhnung über den Gräbern will, sollte man auf ehemaligen Kriegsschauplätzen und in Konzentrationslagern für die Opfer aller Beteiligten eine gemeinsame Gedenkstätte errichten.

Wir haben hierfür ein hervorragendes Beispiel in unserem Nachbarland Österreich. In der Schlacht bei Dürnstein-Loiben in der Wachau am 11. November 1805 fielen etwa 4.000 Franzosen und etwa ebenso viele Soldaten der verbündeten Österreicher und Russen. In Loiben wie in Dürnstein wüteten in gleicher Weise "Freund" und Feind. Mehrere Einwohner dieser Orte wurden neben zahlreichen Soldaten grauenhaft ermordet. Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, das weitgehend nationalistischem Denken verhaftet war, wurde ein entscheidender Versuch zur Völkerverständigung unternommen.

Am 27. Juni 1905 wurde zwischen Loiben und Dürnstein ein weittragendes Ehrenmal für die gefallenen Österreicher, Franzosen und Russen durch die Regierungen dieser drei Länder errichtet. In einem mächtigen Steinsarkophag wurden die Gebeine der gefallenen Soldaten in friedlicher Todessgemeinschaft vereint. Dieses Ehrenmal sollte deutlich machen, daß alle Toten dieses furchtbaren Gemetzels Kinder des einen Vaters im Himmel sind. Es sollte eine Mahnung zum Frieden und zur Völkerverständigung sein und zur Versöhnung über den Gräbern führen. Ähnliche Gedenkstätten für Deutsche und andere Völker sollten die Gräben zwischen den Völkern zuschütten und daran erinnern, daß einseitige Schuldzuweisungen an die jeweils andere Seite auf Dauer nicht zur Verständigung, sondern zur Zwietracht und zum Haß führen.<<

11.11.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. November 2000: >>Viel Betrug in Europa

Betrug und Mißmanagement haben die EU im Jahr 1999 Hunderte Millionen Euro gekostet. Rund 6.000 Fälle von Unregelmäßigkeiten wurden der Sondereinheit für Betrugsbekämpfung gemeldet. 18 % aller Unregelmäßigkeiten hätten sich als Betrug entpuppt, sagte EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer. Allein die Betrugsfälle könnten den 85 Milliarden Euro umfassenden EU-Haushalt 1999 um mehr als 223 Millionen Euro geschädigt haben. Mehr als 500 Millionen Euro seien durch den Schmuggel verloren gegangen.<<

18.11.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 18. November 2000 (x887/...): >>Torheiten der Epoche

Über intellektuelle Sympathisanten

Die intellektuelle Grundtorheit vieler Zeitgenossen besteht darin, nicht erkennen zu wollen, daß der Totalitarismus des zu Ende gegangenen Jahrhunderts seine verheerenden Folgen in zweierlei Gestalt über die Menschheit brachte: als Kommunismus und als Nationalsozialismus. Beide totalitären Ideologien wollten in ihren jeweiligen Machtbereichen gleichermaßen die Menschen nicht nur ihrem politischen Diktat unterwerfen, sondern sie auch mit Gewalt und Verführung dazu bringen, dem roten oder braunen ideologischen Leitbild aus innerem Antrieb zu folgen, um die Welt im Sinne dieser Ideologie zu "erlösen".

Zugleich wurden Menschen, die gemäß der ideologischen Leitbilder zu "Feinden" erklärt wurden, brutal und rücksichtslos durch "Rassenkampf" und "Klassenkampf" vernichtet oder vertrieben.

Beide Ideologien standen sich als Feinde gegenüber, was sie nicht hinderte, dann zusammenzuarbeiten, wenn es ihnen für ihren eigenen Herrschaftsanspruch nützlich erschien. Beide Ideologien strebten nach der Ausdehnung ihrer Herrschaftsbereiche. Der Kommunismus kämpfte "für den Frieden", der erst "mit dem Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt" erreicht sein sollte. Allein die Verteidigungsbereitschaft "des Westens", zu der die Bundesrepublik Deutschland einen nicht unwesentlichen Teil beitrug, machte für die Kommunisten das

Risiko eines dritten Weltkrieges zu groß, um es einzugehen.

Stéphane Courtois hat im Schwarzbuch des Kommunismus den vielen Millionen Opfern der Gewaltausübung beider Ideologien ein Denkmal gesetzt, das erschauern läßt und die Behauptung von "humanen" Motiven in beiden totalitären Ideologien zur Opferlästerung macht. Gerade das aber tun manche Zeitgenossen mit Blick auf sogenannte "kommunistische Intellektuelle."

So zeigt sich Kurt Sontheimer bei seiner Besprechung des Buches von Gangolf Bübinger und Thomas Hertgelder "Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik" (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 2000) in der Frankfurter Allgemeinen (FAZ) "überrascht", daß es im Dienste des "Dritten Reiches" Intellektuelle gegeben haben soll, "wo doch der herrschende Totalitarismus die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit ausgelöscht und jede öffentliche Diskussion, die dem Regime schaden konnte, unterdrückt hatte".

Folgt man Sontheimer, daß ein "Rest an Humanität dem Intellektuellen innewohnen" muß, "wenn der Begriff nicht völlig entwertet werden soll", dann ist der von ihm im selben Beitrag verwendete Begriff "kommunistische Intellektuelle" ein Widerspruch in sich. Für Sontheimer ist es hingegen "unannehmbar, die geistigen Beweihräucherer des NS-Staates als Intellektuelle zu bezeichnen". So weit, so gut. Doch wie steht es dann mit den geistigen Wegbereitern, Apologeten und Beweihräucherern des kommunistischen DDR-Staates?

Der in der FAZ von Sontheimer als "Großintellektueller" (hoffentlich ein Druckfehler!) bezeichnete Maximilian Harden, der als radikaler Sozialist endete, schrieb über den "unersetzlichen" Sowjetrevolutionär Lenin: "... (Iljitsch war) Vater, Bruder, Freund, Wächter, Lehrer in einer Person, und unzähligen, bis in Asiens dunkelste Tiefe, das Leuchtfeuer ihres Hoffens. Blättert im Buch der Geschichte: wann, wo, wie oft war solches?"

Über Stalin erklärte der Schriftsteller Willi Bredel im Exil unter "großem Beifall": "Unter Stalins Führung gaben sich die Völker der großen Sowjetunion eine Verfassung, die wahrhaft freieste und beste, die die Welt bisher gekannt ... Unter Stalins Führung marschierten 170 Millionen, ein Bund freier Völker, als erste in der Geschichte der Menschheit einer sozialistischen, klassenlosen Gesellschaft entgegen ..."

Die dem Verdikt Sontheimers nicht unterworfenen "kommunistischen Intellektuellen" haben sich, wie Konrad Löw mit zahlreichen Zitaten feststellt ("Bis zum Verrat der Freiheit, München 1993), als "Lakaien des Despotismus" erwiesen, mit denen die Sowjetunion wie die DDR Staat machen konnten. In der Demokratie hingegen, so Löw, "treten sie als Hofnarren auf, die Liebesdiener Stalins als Scharfrichter des Rechtsstaats".

Sontheimer war offensichtlich vor zehn Jahren einsichtsvoller als heute. Fragte er doch damals im "Rheinischen Merkur" unter der Überschrift "Real war nur der schöne Schein" selbstkritisch, ob Wissenschaft und Medien bei uns den wirklichen Zustand der DDR verschleiern haben.

Sontheimer bekannte auch eine "vage Sympathie für alles Sozialistische", und hierin mag der Grund dafür liegen, den kommunistischen Totalitarismus freundlicher zu behandeln als den nationalsozialistischen und damit selbst jener intellektuellen Grundtorheit zu verfallen, die, getragen von einer selektiven Moral, zu einer Gefahr für Freiheit zu werden vermag.<<

21.11.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. November 2000: >>**Jeder fünfte EU-Soldat kommt aus Deutschland**

Europäische Union stellt Eingreiftruppe von 100.000 Mann zusammen

... Die Bundeswehr wird rund 20 Prozent dieser europäischen Eingreiftruppe stellen. ... Wir sind auf dem guten Weg, aber noch nicht am Ziel", sagte Scharping. ...

Weder stehen Lufttransportmittel zur Verfügung, noch hat die EU die notwendige Fähigkeit zur Aufklärung. Selbst die Kommunikation und die technische Zusammenarbeit zwischen den

Streitkräften läßt zu wünschen übrig. ... Die EU-Staaten seien jedoch dabei, die Lücken zu schließen, die bisher verhindern, daß die europäischen Streitkräfte allein Aufgaben der Krisenbewältigung übernehmen können.

Mit dem Bau eines Airbus-Militärtransporters und mit dem geplanten gemeinsamen Lufttransportkommando seien Deutschland, Frankreich und die Niederlande auf dem Weg, die Defizite zu beheben, sagte Scharping.<<

Belgien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. November 2000: >>**EU hilft mit Milliarden**

Die Europäische Union hat eine Milliardenhilfe für den Balkan beschlossen und will den seit dem Zerfall des alten Jugoslawiens weitgehend isolierten Ländern langfristig eine Perspektive für die Mitgliedschaft anbieten. Das beschlossen die EU-Außenminister auf einer Ratstagung in Brüssel. Der Aufbau in der Region soll bis 2006 mit 4,6 Millionen Euro unterstützt werden.

...<<

27.11.2000

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. November 2000: >>**Militär bleibt unangetastet**

Die Bevölkerung der Schweiz hat sich bei einer Volksabstimmung am Sonntag mit klarer Mehrheit gegen die drastische Senkung der Militärausgaben ausgesprochen. Knapp 2 Drittel lehnten den Vorstoß der Sozialdemokraten ab, das Armeebudget um umgerechnet 2,3 Milliarden Mark jährlich zu senken und das Geld in die Friedenssicherung und Entwicklungshilfe zu investieren. Die Schweiz hat gemessen an der Einwohnerzahl eine der größten und teuersten Armeen der Welt.<<

28.11.2000

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. November 2000: >>**Beamtenum abgeschafft**

Bei einer Volksabstimmung votierte eine Mehrheit von 67 % für ein neues Personalrecht, daß das alte Beamtengesetz ablöst. Damit werden für die 105.000 Beschäftigten der Bundesverwaltung, der Post und der Schweizerischen Bundesbahnen der Beamtenstatus abgeschafft und Elemente des Leistungslohns eingeführt. ...<<

November 2000

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 – 2000 berichtet im November/Dezember 2000 über das Buch "Third Way" des englischen Journalisten Michael Chapman (x853/...): >>**"Der Dritte Weg" - Sozialisten kontrollieren die EU**

"Keiner kann gleichzeitig ein aufrichtiger Katholik und ein wahrer Sozialist sein."

(Papst Pius XI.)

Die Europäische Union (EU) versucht, einen Überstaat zu schaffen, basierend auf einem "Dritten Weg", einer Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus. Dieser "Mittlere Weg", auch als Interventionismus bekannt, bedeutet, daß die Regierung die Wirtschaft und die Kultur durch exzessive Regulierungen und Steuern kontrolliert. Nennen wir es Sozialismus "leicht".

Viele der Regelungen des "Dritten Weges" in der EU und die Menschen, die sie machen, widersprechen jedoch der Lehre der katholischen Kirche. Sie sollten somit gut im Auge behalten werden; denn Europa, einst die Wiege der Christenheit, bringt eine mächtige Kultur des Todes hervor.

Die kürzlich vom Europäischen Parlament verabschiedete Resolution zugunsten homosexueller "Ehen" und andere todbringende Politik "werden die westeuropäischen Länder und deren Völker in die Selbstzerstörung treiben", sagte Pater Richard Welch, Präsident von Human Life International. "Da dies alles gegen Gott und seine Gebote ist, stirbt der Glaube. Dies ist der schreckliche Spielplan des Todes."

Der "Dritte Weg" ist selbstzerstörerisch - in Europa und überall, wo er beschränkt wird. Preis-

kontrollen bei der Gesundheitsvorsorge ... z.B. führen zu einer Rationierung des Gesundheitsdienstes. Oder betrachten wir es so: Für Teenager wird die Empfängnisverhütung als "Dritter Weg" verkauft zwischen denen, die Enthaltbarkeit befürworten und denen, die sexuelle "Freiheit" betreiben. Das wird als "Dritter Weg" zwischen Extremen angesehen.

Aber die Verhütung löst das Problem nicht; sie macht es schlimmer. Dann kommen die Befürworter des "Dritten Weges" mit weiteren Regelungen wie Abtreibung und Sterilisation (und weiteren Steuern), um dem Problem zu begegnen, das sie selbst verursacht haben. Und danach wird es noch schlimmer.

Es ist ein selbstzerstörerischer Teufelskreis, und es spielt keine Rolle, ob sich die Politik der Geburtenkontrolle, der "Rechte" der Homosexuellen, des Freihandels, der Gesundheit, Wohlfahrt oder Entwicklungshilfe annimmt. Der Interventionismus verzerrt die freiwillige Zusammenarbeit zwischen Menschen und Nationen, verschlimmert die Probleme und verschafft den "Dritte-Weg-Bereitern" ironischerweise eine Entschuldigung für noch mehr Regelungen, weitere Geldausgaben und den Ausbau der Bürokratie.

Das leitende Organ der EU, die Kommission, wird von Beamten der 15 Mitgliedstaaten gebildet und umfaßt derzeit 21 Kommissare.

Die Kommission überwacht mehr als 17.000 Bürokraten, gibt jährlich etwa 100 Milliarden Dollar aus und erläßt Tausende von Regelungen, welche die 376 Millionen Bürger betreffen. Das EU-Hauptquartier befindet sich in Brüssel, Belgien, in einem neuerbauten 1,2 Milliarden Dollar teuren Gebäude. Die EU-Währung, der Euro, entspricht in etwa dem Dollar. (Zum besseren Verständnis der enormen Größe der EU wird auf die Webseite verwiesen: www.europa.org.)

Sollte ein Mitgliedsstaat wie Deutschland seinen Anteil an "EU-Hilfe", d.h. Zuwendungen, einfordern, muß es sich nach der EU richten. Wer die Kapelle bezahlt, bestimmt die Musik. ...

Europa hat den sozialistischen Weg beschritten

Im vergangenen Jahr sagte die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher vor dem britischen Oberhaus: "Fast alle europäischen Staaten außer Spanien werden sozialistisch regiert. Die Sozialisten haben dies alles erreicht unter der Maske der Mäßigung. Dies kennzeichnet deren neuer Zugang als Dritten Weg. Doch leider führt dieser Dritte Weg nirgendwohin."

"Statt Verstaatlichung erreichen die neuen Utopisten den gleichen Sozialismus, indem sie zahllose Vorschriften einführen und alles, was sie können, kontrollieren. Die Kontrolle ist in der Europäischen Union allgegenwärtig, dafür gibt es eine Fülle von Vorschriften."

Diese verursachen zusätzliche Kosten, die auf Erzeuger und Verbraucher abgewälzt werden, was letztlich zu Arbeitslosigkeit führt, meint Thatcher. Die Arbeitslosenquote in den 15 Mitgliedsstaaten der EU beträgt im Durchschnitt 9 %. In Frankreich sind es mehr als 15 %. Im Vergleich dazu beträgt die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten 4 % und auf einigen Sektoren nur 2,3 %.

Die EU-Arbeitslosenquote sei der "wunde Punkt der industrialisierten Welt", sagte der Autor und Finanzanalytiker William Rees-Mogg.

Aber wenn der "Dritte Weg" der EU Arbeitslosigkeit verursacht, dann anscheinend auch Korruption - das Ergebnis eines politisch-ökonomischen Systems, das auf Zwang und Umverteilung der Einnahmen beruht. So sind im vergangenen Jahr alle 20 Mitglieder der Europäischen Kommission, dem zugleich gesetzgebenden (legislativen) und ausführenden (exekutiven) Organ der EU, zurückgetreten. Viele der Kommissare, die ernannt, nicht gewählt werden, haben Verschwendung und Betrug toleriert oder waren an Korruption und Mißmanagement, Vettern- und Günstlingswirtschaft und massiver Geldverschwendung bei EU-Hilfsprogrammen beteiligt.

... Eine der am meisten kritisierten Kommissare ist Edith Cresson, eine Sozialistin. Die 20

neuen Kommissare sind, mit wenigen Ausnahmen, Sozialisten. Die meisten von ihnen haben niemals wirklich in der freien Wirtschaft gearbeitet oder ein eigenes Geschäft geführt. Sie haben entweder an steuerfinanzierten Universitäten oder in Regierungen gearbeitet.

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Neil Kinnock ist auch Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, einer neomarxistischen Gruppierung, die Verhütung, Abtreibung, Homosexualität und eine Menge anderer lebensfeindlicher Praktiken unterstützt. Kinnock ist auch ein langjähriges Mitglied der linksgerichteten Labour Party. Nach dem Verlassen der Hochschule in den 60er Jahren hat er bei verschiedenen Dienststellen der britischen Regierung gearbeitet.

Der Präsident der Europäischen Kommission Romano Prodi ist nach der Hochschule in die Akademie eingetreten. Seine weitere Karriere bei der Regierung begann in den späten 70er Jahren. Prodis politische Richtung ist Mitte links. (Prodi ist praktizierender Katholik und Kommunist. Die Bezeichnung "Mitte Links" ist noch verharmlosend.)

Der Kommissar Erkki Liikanen aus Finnland kam 1972 direkt von der Hochschule zur Regierung, er ist Sozialdemokrat. (Treffender wäre die Bezeichnung Sozialist)

Der belgische Kommissar Philippe Busquin ist Philosoph, der auf dem Gebiet "ökologische Führung" spezialisiert ist. Er begann seine Laufbahn als Lehrer und gehörte der Regierung seit 1977 an. Er diente 1992 der Sozialistischen Partei als Präsident und von 1995-97 der Europäischen Sozialistischen Partei als Vizepräsident.

Der deutsche Kommissar Günter Verheugen hat 1969 mit der Regierungsarbeit begonnen. Er ist im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und war 1997 Vorsitzender des Sozialistischen Internationalen Rates für Frieden, Sicherheit und Abrüstung.

Der französische Kommissar Pascal Lamy ist Mitglied der Sozialistischen Partei und langjähriger Bürokrat in der Regierung.

Der Ökonomie-Wissenschaftler Thomas DiLorenzo vom Loyola-College sagt: "Die große Mehrheit der Politiker, die der EU und der NATO vorstehen, sind Sozialisten."

Wie im HLI Report vom letzten Monat dokumentiert, baut die EU eine Kultur des Todes auf und unterstützt antichristliche Gedanken und Praktiken. Dazu gehören:

Verhütung, Abtreibung, Euthanasie, Homosexualität und Sexualkunde, "Vielfalt" an Familienformen, Geburtenkontrolle und die International Planned Parenthood Federation (deren deutscher Zweig Pro Familia ist). John Klink, einer der UN-Spitzenunterhändler des Vatikans, bezeichnet die Tätigkeit der EU als "kulturellen Imperialismus", der auf die Zerstörung "der religiösen Überzeugungen aller andern" aus ist. Und der Ökonom und Autor Paul Craig Roberts betrachtet die EU als "Ergebnis von unbesonnenen Intellektuellen, die an ihrer Traumwelt bauen" und die, ob sie es wissen oder nicht, die Saat für künftige europäische Kriege säen".

Dies ist der selbstzerstörerische Pfad des "Dritten Wegs" – ein breiter Weg, dem die Vereinigten Staaten (und die Vereinten Nationen) in vieler Hinsicht folgen.<<

02.12.2000

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Dezember 2000:
>>**Schweiz verfolgte Sinti**

Sinti und Roma sind in der Schweiz systematische verfolgt, kriminalisiert und im Zweiten Weltkrieg an den Grenzen abgewiesen worden. Zu diesem Schluß kommt eine Historikerkommission um den Lausanner Professor Francois Bergier. ...

Die Schweiz habe als einer der ersten europäischen Staaten von 1906 an staatenlose und ausländische Zigeuner ab- und ausgewiesen. Sinti und Roma mit Schweizer Paß wurde teilweise die Wiedereinreise verweigert. Denen, die im Lande waren, wurden Kinder weggenommen, Jugendliche kamen in Erziehungsanstalten. Frauen wurden zwangssterilisiert. Die Schweizer Behörden hätten zwar gewußt, daß die Nazis Zigeuner verschleppten und Massenhinrichtun-

gen anordneten, doch hätten sie die Menschen an der Grenze weiter abgewiesen, stellte Berger fest.<<

06.12.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. Dezember 2000: >>"Gegen Privileg für Aussiedler"

Innenminister Heiner Bartling (SPD) lehnt ein Privileg für Spätaussiedler aus den Ländern der früheren Sowjetunion ab. Die Deutschen in Rußland und in den baltischen Ländern hätten in der Regel keine Benachteiligung wegen ihrer Volkszugehörigkeit mehr zu befürchten, hob Bartling hervor. Man müsse sie deshalb ebenso behandeln wie deutschstämmige aus Polen, Rumänien oder Ungarn, die schon seit 1993 ihre Benachteiligung im Einzelfall nachzuweisen haben. ...

Beobachtet werde nämlich seit einigen Jahren, daß die Zahl der Spätaussiedler sinkt, die der mitreisenden Angehörigen, die kein Wort deutsch sprechen können, jedoch stetig steigt.<<

07.12.2000

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 2000: >>Deutsche und Polen erinnern an Willy Brandt

Zum 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages hat die Stadt Warschau am Mittwoch einen Platz nach dem ehemaligen deutschen Bundeskanzler "Willy-Brandt-Platz" benannt. Bundeskanzler Gerhard Schröder enthüllte anschließend zusammen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Jerzy Buzek ein Denkmal auf dem Gelände des früheren jüdischen Gettos, daß den Kniefall Brandts vom 7. Dezember 1970 darstellt.

Schröder nannte Brandts Geste einen "Schritt, zu dem nur wirklich große Menschen in der Lage sind". Der Kniefall sei zum Symbol geworden, die Vergangenheit als Verpflichtung zur Versöhnung anzunehmen.<<

08.12.2000

Österreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Dezember 2000: >>Anti-EU-Volksbegehren

In Österreich ist ein Volksbegehren gegen die Europäische Union erfolgreich gewesen. ... Die EU-Gegner verlangen eine neue Abstimmung über die EU-Mitgliedschaft Österreichs. Da das Volksbegehren von mehr als 100.000 Wählern unterstützt wurde, muß sich der Nationalrat (Parlament) Anfang nächsten Jahres mit diesem Thema befassen.<<

13.12.2000

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 2000: >>Als der Gottkaiser den Frauen die Würde nahm

Ein Tribunal verurteilt Japan wegen Zwangsprostitution

Wan Aihua war 19 Jahre alt, als japanische Soldaten sie beim Wäschewaschen an einem Fluß in der chinesischen Shanxi-Provinz entdeckten. Die Soldaten der Kaiserlichen Armee Nippons, die das große Nachbarland vor dem Zweiten Weltkrieg okkupiert hatten, machten sich einen Spaß daraus, die junge Chinesin zu jagen, Dann fesselten sie das Mädchen und hängten es in einem Käfig an den Armen auf. 20 Tage lang wurde Wan Aihua in dem Käfig immer wieder vergewaltigt. Als sie zu fliehen versuchte, prügelten die Soldaten sie fast zu Tode und setzten sie wie ein Stück sterbendes Vieh aus. ...

Am Wochenende hat Wan Aihua ihre Geschichte vier Richtern eines symbolischen Kriegsverbrechertribunals in Tokio erzählt - stellvertretend für rund 200.000 asiatische Frauen, die vor und während des Zweiten Weltkrieges in den japanisch besetzten Ländern zur Prostitution gezwungen wurden. ...

(Richterin Gabrielle Kirk) McDonald (ehemalige Präsidentin des UN-Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag) forderte Japan auf, die Verbrechen umfassend aufzuklären und sich bei den überlebenden Frauen zu entschuldigen. Sie müßten auch Entschädigung-

gen erhalten. Die Vereinten Nationen und andere Staaten sollten darauf dringen, daß Japan diesen Verpflichtungen nachkomme.

Damit widersprach das Tribunal der in Japan gängigen Auffassung der Gerichte, daß die Verbrechen verjährt seien und Einzelpersonen keine Entschädigung einklagen könnten. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nicht, und Friedensverträge können keine Klagen von Individuen ausschließen", sagte McDonald.

... Jetzt verlangt das Tribunal, daß Tokio die ungesühnten Verbrechen mit aller Offenheit aufklärt, Schuldige beim Namen nennt und sicherstellt, daß sich solche Verbrechen im Namen Nippons nicht wiederholen können. Dazu gehöre auch eine sachlich richtige Darstellung der Geschehnisse in den Schulbüchern und die Errichtung eines Museums, in dem diese Greuel angemessen dokumentiert werden.

Drei Tage lang hatten Opfer aus 9 Staaten und internationale Experten ausgesagt. 78 ehemalige Zwangsprostituierte, die heute in hohem Alter sind, waren nach Tokio gereist. Materielle Entschädigung werden die Opfer wohl nicht bekommen. Wan Aihua erwartet das auch nicht. "Wir werden bald sterben. Aber wir möchten unsere Ehre und Würde wieder herstellen und zumindest soziale Gerechtigkeit bekommen."

Wie Wan haben sich die meisten geschändeten Frauen jahrzehntelang geschämt, ihre Erlebnisse zu erzählen und öffentlich zu machen. Dann brachen drei Koreanerinnen 1991 das Tabu und verlangten von der japanischen Regierung Schmerzensgeld für brutale Vergewaltigungen sowie für erzwungene Sexdienste in Bordellen der Kaiserlichen Armee. Darauf meldeten sich immer mehr Betroffene, riefen japanische und internationale Frauenbewegungen die zumeist schüchternen Frauen auf, ihre Schicksale anzuprangern und Gerechtigkeit zu fordern. ...<<

16.12.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 16. Dezember 2000 (x887/...):

>>**Schröder als Anwalt Polens**

Kanzler-Besuch in Warschau

Wo bleibt der Kniefall vor den deutschen Vertriebenen?

Am 7. Dezember 1970 kniete der damalige Bundeskanzler Willy Brandt in Warschau vor den jüdischen Toten des Warschauer Ghetto-Aufstandes nieder. Eine Geste, die angeblich wesentlich, so will es jedenfalls die offizielle Geschichtsschreibung, zur Rehabilitierung Deutschlands in der Welt beigetragen haben soll. Willy Brandt damals wörtlich:

"Die Last der jüngsten deutschen Geschichte ist enorm. Hiermit tue ich, was Menschen tun, wenn Worte versagen. So gedenke ich der Millionen Ermordeter."

Dieses denkwürdige Ereignis liegt inzwischen 30 Jahre zurück. Bundeskanzler Schröder nahm diesen Jahrestag zum Anlaß, nach Polen zu reisen, um zusammen mit dem derzeitigen polnischen Ministerpräsidenten Buzek ein Denkmal für den Kniefall des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers einzuweihen. Mit seinem Kniefall vor dem Warschauer Ghetto-Denkmal habe sich Brandt, so Schröder, zur Verantwortung für die von Deutschen begangenen Verbrechen bekannt. "Dieses Bild des knienden Willy Brandt ist zum Symbol geworden", betonte Schröder. "Zum Symbol dafür, die Vergangenheit anzunehmen und sie als Verpflichtung zur Versöhnung zu begreifen."

Der Bundeskanzler erinnerte in seiner Rede an das Leid der polnischen Bevölkerung unter der nationalsozialistischen Besatzung, aber auch an das Leid der Deutschen, die nach 1945 Opfer von Flucht und Vertreibung wurden. Mit Brandts Politik der Entspannung und der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als der Westgrenze Polens habe dieser, so Schröder weiter, den kommunistischen Diktatoren jeden Vorwand entrissen, mit dem Schreckensbild eines deutschen Revanchismus "die Unterdrückung ihrer eigenen Völker zu rechtfertigen".

Weiter sagte Schröder die deutsche Unterstützung der polnischen Interessen und die der anderen Beitrittskandidaten bei der EU-Osterweiterung zu. Deutschland werde, so Schröder wört-

lich, als "Anwalt der Beitrittskandidaten" auftreten. Der EU-Beitritt Polens sei ein "Gebot historischer Gerechtigkeit".

Die Bundesrepublik Deutschland trat also in Nizza als Sachwalter der Interessen eines Staates auf, dessen Repräsentanten sich bis heute weigern, sich klar und unmißverständlich für eines der größten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte zu entschuldigen: für die Austreibung und Ermordung von Millionen von Deutschen aus dem Osten Deutschlands. Auch dies gehörte zwingend zum "Gebot der historischen Gerechtigkeit," von dem Bundeskanzler Schröder gesprochen hat.

Diese "Gerechtigkeit" geböte es weiter, nicht nur die deutsche, sondern auch die polnische Verantwortung für begangene Verbrechen beim Namen zu nennen. Viele dieser Verbrechen, und dies verdient besondere Erwähnung, sind überdies nach Kriegsende begangen worden. So schrieb z.B. der britische Philosoph Bertrand Russell im Oktober 1945 in der Londoner Zeitung "Times":

"In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem ungeheuren Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen ... Das gilt nicht als Kriegsakt, sondern als Teil einer bewußten Friedenspolitik."

Es waren insbesondere polnische Milizen, die sich bei den Vertreibungsverbrechen gegen Deutsche ganz besonders "hervorgetan" haben. Eine von der Bundesregierung eingesetzte wissenschaftliche Kommission stellte zu diesen Milizen fest, daß diese den Deutschen mit "einem ausgeprägten Deutschenhaß" begegneten. Kennzeichen dieser Milizen war "ein wahrer Sadismus in der Erfindung von Grausamkeiten und sonstigen Erniedrigungen".

Beim Namen genannt werden muß auch der polnische staatliche Sicherheitsdienst, der Konzentrationslager für Deutsche errichtete. Von diesen erfuhr eine breitere deutsche Öffentlichkeit erst im Jahre 1995, als die deutsche Ausgabe des 1993 in den USA erschienenen Buches "One Eye for one Eye" des jüdischen Autors und ehemaligen Kriegskorrespondenten der CBS, John Sack, zur Debatte stand.

Bezeichnend ist, daß alle gedruckten Exemplare dieses Buches, das der Piper-Verlag in München veröffentlichen wollte, eine Woche vor Druckbeginn vernichtet wurden. Rund 1.250 Lager unterhielt nach Sack der staatliche polnische Sicherheitsdienst. Zwanzig bis fünfzig oder mehr Prozent der Insassen starben an Krankheit, Hunger oder unfaßbaren Greuelthaten. Ihr "Verbrechen": Sie waren Deutsche.

Verbrechen wie diese belegen, daß es sich bei der Austreibung der Deutschen nicht nur um eine "Vertreibung" handelte, sondern um einen Völkermord, der systematisch betrieben wurde. Bis heute ist von den damaligen polnischen Tätern niemand zur Rechenschaft gezogen worden. Trotzdem soll Polen ohne weitere Vorbehalte nach dem Willen der deutschen Bundesregierung Mitglied der Europäischen Union werden, die ihrem eigenen Verständnis nach eine "Wertegemeinschaft" darstellen soll.<<

28.12.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Dezember 2000: >>Rau fordert Beitrag zur Versöhnung

Bundespräsident Johannes Rau hat den Mittelstand aufgerufen, sich an der Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter zu beteiligen. Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung, Otto Graf Lambsdorff, befürwortete, den Druck auf zahlungsunwillige Firmen zu erhöhen.

... In dem Schreiben Raus heißt es: "Es geht um einen kleinen Beitrag zur Versöhnung mit Menschen, die in ganz besonderer Weise Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geworden sind, es geht aber auch um das Bild Deutschlands in der Welt, und es geht um den guten Namen der deutschen Unternehmen im Ausland."

Staat und Wirtschaft hätten sich endlich zu ihrer gemeinsamen historischen und moralischen

Verantwortung bekannt, schrieb Rau weiter. ...<<

29.12.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. Dezember 2000: >>**Brüssel will wegen BSE zwei Millionen Rinder töten**

Zwei Millionen Rinder sollen in den ersten 6 Monaten des kommenden Jahres in Europa getötet und in Abdeckereien entsorgt werden. Dies sieht ein sogenanntes Marktentlastungsprogramm vor, das die Europäische Union wegen der BSE-Krise verkündet hat, um die Talfahrt der Rindfleischpreise zu stoppen. In Deutschland müssen 400.000 Rinder sterben, davon 80.000 aus Niedersachsen.

Brüssel begründet die Aktion in einer Verordnung über "außerordentliche Stützungsmaßnahmen für den Rindfleischmarkt" mit dem Hinweis, neue BSE-Fälle hätten zu einem erheblichen Rückgang der Erzeugerpreise geführt. Jetzt müsse das Marktgleichgewicht wiederhergestellt werden. "Der beträchtliche Marktüberhang" solle durch eine "unschädliche Beseitigung der Tiere aus der Fleischerzeugung herausgenommen werden".

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Uwe Bartels (SPD) befürchtet, das Vorhaben der EU könne als "gigantisches BSE-Vertuschungsprogramm mißbraucht" werden. Er pocht deshalb darauf, daß sämtlicher Rinder, die in Niedersachsen getötet werden, vor der Entsorgung auf BSE getestet werden. ...<<

2000

BRD: Das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz wird im Jahre 2000 durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtet später über die Erneuerbare Energie und Kernenergie (x864/...): >>**Erneuerbare Energien gegen Kernenergie?**

Solarenergie und Windenergie fallen immer in geringer Konzentration und ungleichmäßig an. Der Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland muß allerdings stetig und zuverlässig gedeckt werden, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Das bedeutet, daß bei der Nutzung von erneuerbaren Energien ein leistungsfähiger Energiespeicher erforderlich ist, der die benötigte Energie liefert, wenn keine erneuerbaren Energien vorhanden sind.

Dieser Energiespeicher ist bekannt, nämlich Wasserstoff, der durch Zersetzung von Wasser in seine Grundbestandteile Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe von Strom aus Solarzellen oder Windrädern erzeugt werden kann. Denn die in Solarzellen oder mit Windrädern erzeugte elektrische Energie ist in der Lage, Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen. Konkret heißt das: mit ca. 4,5 kWh elektrischer Energie kann man mit Hilfe von Elektrolyseuren aus etwa einem Liter flüssigem Wasser ca. einen Kubikmeter gasförmigen Wasserstoff und 0,5 Kubikmeter Sauerstoff erzeugen.

Diese Gase kann man speichern und bei Energiebedarf wieder rekombinieren lassen (Knallgasreaktion). Dabei wird die bei der Wasserzersetzung aufgewandte Energie zum großen Teil wieder gewonnen als thermische oder auch als elektrische Energie (letzteres in Brennstoffzellen). Es macht also keinen Sinn, Windräder oder Solarzellen zu entwickeln, wenn man sich nicht auch um die dazu passende Speichertechnik kümmert. Dies hat man in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht in der notwendigen Weise getan, obwohl die Wissenschaft immer die Politiker darauf hingewiesen hat.

Das führt nun zu der absurden Tatsache, daß für 1.000 Megawatt installiert Windkraftleistung fast die gleiche konventionelle Kraftwerkleistung vorgehalten werden muß für den Fall eventueller Windflauten. Denn wenn die Windräder keine oder zu geringe Leistung abgeben, muß diese aus anderen zusätzlichen Kraftwerken kommen. Wenn diese nicht vorhanden sind, wer-

den die konventionellen Kraftwerke überlastet, die dann nach ca. 30 Minuten wegen Überhitzung der Generatoren abschalten. Die Stromlieferung ist somit zu Ende und nicht einfach wieder in Betrieb zu setzen.

Umgekehrt weiß man bei Starkwind in Schleswig-Holstein nicht, wohin mit der erzeugten elektrischen Leistung. Denn wenn man den Strom direkt ins Netz einspeist, steigt dessen Spannung. Das führt schließlich dazu, daß die angeschlossenen Glühlampen und Geräte den Geist aufgeben. Natürlich könnte man mit dem erzeugten Strom sofort Wasser zersetzen und Wasserstoff erzeugen, den man speichern oder dem Erdgas zumischen kann.

Aber man tut es nicht! Vielmehr tut man etwas ganz Absurdes: man reduziert bei Starkwind die Leistung der konventionellen Kraftwerke (Kohle, Kernkraftwerke), die billigen Strom erzeugen, damit die Windräder ihren teuren Strom nach dem EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) ins Netz speisen können.

Seit ca. 1960 wurden von Wissenschaft und Technik in Deutschland Vorschläge gemacht, die Wasserstofftechnik für die Energieversorgung zu entwickeln. Dies ist hartnäckig von den politischen Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis genommen worden. Neben der Solar- und Windenergietechnik hätte die Wasserstofftechnik zügig entwickelt werden müssen, um zu einem nachhaltigen und realistischen sowie wirtschaftlichen Energiesystem auf der Basis erneuerbarer Energien zu kommen. Wie schon erwähnt, ist dies nicht geschehen.

Die in Deutschland seit den 1980er Jahre laufenden experimentellen Wasserstoffprojekte zur Speicherung erneuerbarer Energien wurden seit den 1990er Jahren nicht mehr gefördert, obwohl sie erfolversprechende Ergebnisse geliefert hatten. Beispiele sind die eingestellten Projekte an der Universität Stuttgart (Hysolar), das Solar-Wasserstoff-Bayern-Projekt in Neuburg vorm Wald, das Projekt bei der Fraunhofer-Gesellschaft in Freiburg, an der Fachhochschule Wiesbaden, bei verschiedenen Firmen. Es ist kaum etwas übrig geblieben von diesen vielfältigen zukunftsweisenden Entwicklungsaktivitäten.

Der Vorschlag, die Wasserstofftechnik zur Methanoltechnik weiterzuentwickeln, wurde von der Politik erst gar nicht angenommen. Da die Speicherung von gasförmigem Wasserstoff aufwendig und teuer ist, wurde vorgeschlagen, den mit erneuerbaren Energien erzeugten Wasserstoff mit Kohlendioxid reagieren zu lassen. Dabei entsteht Methanol, ein flüssiger Energieträger und Chemierohstoff, der leicht speicherbar ist und für den auch schon eine Speicherinfrastruktur besteht (z.B. Tankstellen).

Die Entwicklung breitbandiger Solarzellen hohen Wirkungsgrades wurde nicht vorangebracht. Ein ingenieurmäßiger realistischer Entwurf großer Wasserstoffsysteme zur Energieversorgung abgelegener Regionen mit Hilfe von erneuerbaren Energien und Wasserstoff fand nicht statt. Die Entwicklung zur Serienreife dieser für die landesweite Anwendung der erneuerbaren Energien unabdingbaren Techniken dauert Jahrzehnte. Welches die Gründe sind für die Ablehnung der Wasserstofftechnik durch die Politik, ist nicht nachvollziehbar, denn die erneuerbaren Energien ohne Speicherung sind in einem Industrieland wie Deutschland Unfug.

Vermutlich steckt dahinter die Absicht unserer Freunde aus der Londoner City, die deutsche Industrie zu vernichten bzw. ins Ausland zu treiben. Wegen der in den letzten Jahren begangenen Fehler der Energiepolitik wird darum kein Weg an der Nutzung der Kernenergie in den nächsten 30-40 Jahren vorbei führen. Nur so kann der Zusammenbruch unseres Sozialsystems verhindert werden. Die erneuerbaren Energien können beim jetzigen Stand der Technik den Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland nicht decken. Wenn das Speicherproblem gelöst ist, können sie einen größeren Anteil der Energieversorgung Deutschlands gewährleisten, aber nie 100 %.<<

2001

Chancen multiplizieren sich, wenn man sie ergreift.

Sun Tse (544-496 vor Christus, chinesischer Militärstratege und Philosoph)

13.01.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 13. Januar 2001 (x887/...):

>>**Objekte kriegerischer Begierde**

Westalliierte verletzten auch Haager Landkriegsordnung

Erst nach dem Sieg über den Gegner wird deutlich, warum Krieg geführt wurde

Wenn in Deutschland von Kunstraub und Beutekunst die Rede ist, spät genug kam dieses Thema auf's Tapet, war es noch jahrzehntelang von der politischen Klasse mit einem Tabu belegt - Dann klingt das Signalglocklein: UdSSR; staatlich organisierter Kunstraub durch Trophäenbrigaden; Hunderte, ja Tausende von deutschen Gemälden, Zeichnungen, Kupferstichen, Museumsobjekten, Archivalien, Akten in russischen Kellern, meist unsachgemäß gelagert, dem Verfall preisgegeben, aber auch Nachlässe deutscher Dichter von Polen geraubt, historische Dokumente, deutsche Kunstwerke in Krakau.

Alles das hatten sich die damalige Sowjetunion und die Volksrepublik Polen völkerrechtswidrig angeeignet. Sie geben es bis heute nicht heraus, obgleich sie sich nach der Wende vertraglich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet hatten. ...

Bisher glaubte man, nur die Sowjetunion und Polen hätten systematisch und von Staats wegen deutsche Kulturgüter geraubt. Die US-Amerikaner, die Briten und die Franzosen hingegen haben sich zurückgehalten. Zwar haben, was allgemein bekannt ist, einzelne Soldaten und Offiziere, ja, sogar nicht wenige Generäle der amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Deutschland Kunstgegenstände und andere Preziosen gestohlen, doch galt und gilt solche Handlung als Diebstahl und wird auch geahndet, wenn man den Tätern auf die Spur kommt.

Sollte die Entlastung der westlichen Siegerstaaten ein Märchen gewesen sein? Sollten die Amerikaner und mit ihnen andere Staaten Europas in Wahrheit bis heute streng getarnte Raubzüge unternommen haben, um deutsche Kulturgüter als Reparationsleistungen zu konfiszieren, was nach internationalem Völkerrecht strikt verboten ist?

In Deutschland findet man darüber kaum Veröffentlichungen. Da weht der Zufall eine britische Fachzeitschrift ... mit der Nummer 2/1998 auf den Schreibtisch, und man findet darin einen ausführlich und wohldokumentierten Beitrag des Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, Dr. Klaus Goldmann, aus dessen Feder schon manches Buch und mancher Sachkundige Aufsatz über Kunstraub stammt ...

Darin meldet der renommierte Wissenschaftler begründete Zweifel an der Behauptung an, daß Tausende von hochrangigen Ausstellungsstücken der Berliner Museen und Hunderte von Kunstwerken Berliner Galerien tatsächlich den Kriegseignissen zum Opfer gefallen sind. Er meint, zahlreiche Indizien dafür zu haben, daß sie sich "in der westlichen Hemisphäre" befinden, wie er sich zurückhaltend ausdrückt. ...<<

20.01.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 20. Januar 2001 (x887/...):

>>**Über Amerikaner spricht man nicht**

Auch Westalliierte verletzten Haager Landkriegsordnung

Von den 3.500 archäologischen Fundstücken aus dem Museum für Vor- und Frühgeschichte, unersetzliche Dokumente der europäischen Geschichte, fanden die Sowjets in Kisten 1.500 im Flak-Turm, darunter der "Schatz von Troja", den Schliemann gefunden hatte und der heute in Rußland als "Beute" auf seine Rückkehr nach Deutschland wartet. Wo sind die übrigen 2.000

Objekte?

Die Skulpturen-Galerie vermittelte einen Überblick über die Bildhauerkunst vom 9. bis zum 19. Jahrhundert. Ein Teil davon ist tatsächlich, da nachweislich im Flak-Bunker, verbrannt, ein Teil wurde von der Sowjetunion an die DDR zurückgegeben. Die wichtigsten Skulpturen aber fehlen.

Die von Klaus Goldmann, Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, angeführten Verluste sind nur einige Beispiele aus der riesigen Anzahl von vermißten deutschen Kulturgütern. Die deutschen Museumsdirektoren haben sich bisher damit begnügt zu erklären, diese Objekte seien dem Krieg zum Opfer gefallen, wobei manche durchaus wissen dürften, daß das keineswegs für alle verschwundenen Stücke gilt.

Man weiß sehr wohl in Fachkreisen, in welchem Land man nach ihnen suchen müßte. Nur gilt es als politisch unkorrekt, gegenüber unseren Freunden in den USA solche Feststellungen öffentlich zu treffen. Die Reaktionen sind also ähnlich wie in der Zeit vor der Wende in der DDR, als es auch niemand wagen konnte, öffentlich zu erklären, welche immensen Kunstschätze von der UdSSR in Deutschland geraubt worden sind.

Während in der DDR tatsächlich ein Enthüller Leib und Leben, mindestens aber seine Existenz riskiert hätte, wäre ein altbundesrepublikanischer Museumsfachmann, der auf die USA als wahrscheinlichen Kunsträuber hinweist, zwar einem politischen Druck ausgesetzt, doch brauchte er nicht zu befürchten, seine berufliche Position zu verlieren oder Schlimmeres zu gewärtigen. Trotzdem hält man lieber den Mund. Und eine Arbeit wie die hier referierte des Dr. Goldmann muß im Ausland erscheinen! ...

In seiner Eröffnungsrede am 8. Februar 1946 vor dem internationalen Militärtribunal von Nürnberg sagte der sowjetische Hauptankläger, daß nach Artikel 56 der Haager Landkriegsordnung von 1907 "jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung ... von Werken der Kunst und Wissenschaft" verboten sei und "geahndet werden" solle. Allerdings beschuldigte er zusammen mit seinem alliierten Kollegen nur Deutschland der Verstöße gegen diese Vorschrift. Zur selben Zeit raubten, wie jetzt bekannt geworden ist, nicht nur Stalins Armeen systematisch deutsche "Werke der Kunst und Wissenschaft".

Als im Mai 1945 die deutschen Streitkräfte kapitulierten, begann eine lebhaft diskutierte Diskussion vor allem in den Vereinigten Staaten, ob man tatsächlich auf das Eigentum von Museen und von Privatleuten zum Zwecke der Reparationen zurückgreifen sollte.

Am 6.11.1945 traf in Verfolgung des Planes, Kunstwerke als Reparationsgüter zu beschlagnahmen, aus Washington beim Direktor der amerikanischen Sammelstelle für deutsche Kunstwerke und Wissenschaft in Wiesbaden, Capt. Walter Ings Farmer, der Befehl ein, unverzüglich 202 alte Meisterwerke aus dem Berliner Kaiser-Friedrich-Museum zusammenzupacken und in die USA zu schaffen, um sie "sicherzustellen".

Diese Gemälde gelangten tatsächlich in die USA, zunächst mit der klaren Zweckbestimmung, daß die USA sie sich aneignen wollten. Als das in der Öffentlichkeit bekannt wurde, behauptete man, es handele sich bei den Gemälden um "Nazi-Raubgut". Da aber wandten sich die meisten der in Europa eingesetzten amerikanischen Kunstschutzoffiziere in einem offenen Brief an die amerikanische Regierung, sich nicht des völkerrechtswidrigen Kunstraubes schuldig zu machen. Ihnen schlossen sich US-Politiker an, so daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den USA einige Jahre später alle Gemälde an Deutschland zurückgegeben wurden, nachdem sie in mehreren Städten in den Vereinigten Staaten ausgestellt worden waren.

Während des Krieges wie auch in den ersten Jahren nach Kriegsschluß beteiligten sich alle Siegermächte ernsthaft an den Verhandlungen über die Frage, ob man Kunstwerke und andere wertvolle Objekte der Kultur den Deutschen wegnehmen sollte als Kompensation für eigene

Kriegsverluste an Kulturgütern, wobei sich die Frage aufdrängt, für welche Verluste die USA sich "entschädigen" wollten. Das Thema blieb auf der Tagesordnung des Alliierten Kontrollrates in Deutschland. Allerdings kam es zu keiner Einigung der Alliierten über die Art und Weise, wie diese Politik durchgesetzt und umgesetzt werden sollte.

Goldmann schließt seinen umfangreichen, in englischer Sprache gehaltenen Beitrag in einer britischen Fachzeitschrift mit den Sätzen: "Alles in allem erscheint es dem Autor dieses Aufsatzes außerordentlich bemerkenswert, daß die meisten dieser 'kulturellen Ziele' - gemeint sind die Kunstwerke, die als geplante Beute der Sieger auf den Restitutionslisten standen, die schon vor Abschluß des Krieges von allen Seiten auf Listen erfaßt worden waren, sofort in verschiedenen Kanälen verschwanden. Diese verschiedenen Wiedergutmachungskanäle sind geheim geblieben bis heute. Das bemerkenswerte Verschwinden und das Schicksal dieser in den meisten Fällen ebenso einmaligen wie kostbaren Werke ist ein Mysterium. Wer aber hält den Schlüssel zu den Schatzkammern in der Hand, die am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg bis unter das Dach gefüllt worden sind?"

Goldmann läßt durchblicken, daß die von ihm gefundenen Dokumente, daß Zeitungsberichte und daß Zeugenaussagen den begründeten Schluß zulassen, daß sofort nach dem Kriege US-Sondereinheiten die im Deutschen Reich vorhanden gewesenen kompletten Verzeichnisse der ausgelagerten Kunstwerke manipuliert haben. Dabei konnten sie der Hilfe von Direktorialbeamten der Berliner Museen sicher sein; gemeinsam veränderte man Bestandslisten, um zu verhindern, daß mit Hilfe der Unterlagen die Sowjets sich der Kunstwerke usw. bemächtigten. Dabei dachten die Berliner Verantwortlichen, daß die Kunstwerke in amerikanischer Hand sicher wären. Als sie jedoch nach Übernahme durch die amerikanischen Truppen verschwanden, erklärten die amerikanischen Stellen, sie seien verbrannt oder zerstört.

Dazu Goldmann: "Damit aber waren die Objekte tot, und forthin suchte niemand mehr, auch nicht in amerikanischen Museumsmagazinen, wo sie erst nach hundert Jahren von 1945 an gerechnet gezeigt werden dürfen."

1985 brachte das Fernseh-Magazin "Report" einen Bericht über nach dem Krieg illegal in die USA verbrachten deutschen Kunstschatze. Reporter hatten einige der angeblich am Kriegsende vernichteten Kunstwerke in amerikanischen Museen ausfindig gemacht. Im Bundestag stellte daraufhin die SPD-Abgeordnete Konstanze Wegner die Frage an die damalige Bundesregierung, welche Bemühungen sie unternommen habe, um diese auf völkerrechtswidrige Weise in die USA gelangten Kunstwerke nach Deutschland zurückzuholen.

Der Staatsminister Hoyer antwortete ausweichend und behauptete, die Fernsehsendung sei "einseitig, verkürzt und lückenhaft" gewesen. Er vertrat die Ansicht, die US-Regierung habe zu keinem Zeitpunkt "völkerrechtswidrige Beutepolitik" in Deutschland verfolgt. Goldmann kommentiert: "Diese Feststellung scheint nach den hier dargestellten Zusammenhängen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten zu entsprechen."

Es dürfte an der Zeit sein, die Bundesregierung zu fragen, was sie zu unternehmen gedenkt, um die völkerrechtswidrig auch in die USA gelangten deutschen Kulturgüter zurückzubekommen.<<

27.01.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 27. Januar 2001 (x887/...):

>>**Die 68er und die klugen Köpfe**

Legendenbildung einer radikalen Minderheit

Ein kluger Kopf soll hinter der Frankfurter Allgemeinen (FAZ) stecken, heißt es. Auf die Leser mag das in ihrer Mehrheit zutreffen. Kluge Leute denken konservativ, liberal, sind freiheitlich-demokratischen Werten verpflichtet und bejahen das staatliche Gewaltmonopol. Darum sind sie auch bedächtig abwägend, nicht impulsiv und ganz gewiß nicht bereit, auf den Putz zu hauen, kurz: sie sind vernünftige Zeitgenossen.

Hingegen sind kluge Köpfe in der Redaktion des FAZ-Feuilletons seltener als bei der Leserschaft. Hat dieses Feuilleton doch unlängst seine Seiten mit einer engagierten Verteidigung des Joseph Fischer aufgemacht. Florian Illies hat sie verzapft und darin zugleich versucht, die Kritiker Fischers gnadenlos herunterzuputzen. Diese Kritiker, so Illies, hätten im Bundestag "mit gnadenlosem Anständigkeitspathos" den Außenminister "für den Rest seines Lebens unter Sittlichkeitsverdacht stellen wollen". Angesichts solcher Majestätsbeleidigung wurde dem Gutmenschen Illies "wirklich ganz sonderbar zumute."

Offenbar in diesem Zustand bemühte er Gottfried Benn, der gewußt habe, "daß es die Brüche sind, die Irrtümer, die Diskontinuitäten - und die Reflexion darüber - die einen Menschen und seinen Politiker ausmachen. Und seine Glaubwürdigkeit". Auf den konkreten Fall bezogen heißt das, daß der Steine werfende und randalierende Revoluzzer von 1968 "einen Menschen ausmacht", wenn er denn nur durch die Institutionen marschiert ist. Argwohn hingegen, so Illies, sei angebracht gegenüber den selbstgerechten Tugendwächtern, die aus "Langeweile und Mutlosigkeit eine moralische Legitimation ableiten" und über die sich der Herr Feuilletonist mokiert, weil sie ihre Karriere nicht in Straßenkämpfen, sondern in der Jugendorganisation einer demokratischen Partei begonnen haben.

Die konzertierte Aktion zur Legendenbildung durch eine Art Heiligsprechung der 68er läuft auf vollen Touren. Die Zielrichtung ist eindeutig. Fischer selbst hat sie im Bundestag angegeben, als er voller Selbstüberschätzung sagte: "1968 und das Folgende hat zu mehr Freiheit und nicht zu weniger Freiheit in diesem Lande geführt."

Derselbe Fischer hat nach eigenem Bekenntnis in den 70er Jahren die Schriften von Manès Sperber oder Solschenizyn, in denen die marxistische Realität entlarvt wurde, "sofort wieder weggelegt". Erst später will er sie dann "verschlungen" haben.

Die reale Gefahr für die deutsche und europäische Freiheit erwuchs aus der Ignoranz der 68er gegenüber dem vom hochgerüsteten Moskau gesteuerten real existierenden Sozialismus. In dem auf Atombomben gestützten "Kampf für den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt" waren die 68er hochwillkommen als "nützliche Idioten", ideologisch und materiell steuerbar, sowie verwendbar bei der Ablenkung von Freiheitsbestrebungen im kommunistischen Ostblock. So wurde die freie Universität in West-Berlin systematisch zum marxistischen Stützpunkt entwickelt, um Unruhe in die "Fronstadt" zu bringen, damit der Westen ihrer überdrüssig werde und die Kommunisten sie übernehmen könnten.

Im Kalten Krieg waren die 68er ein durchaus gefährliches trojanisches Pferd, angefüllt mit Klassenkämpfern, Halbgebildeten, die kluge Bücher "sofort wieder weglegten", Narren und solchen, die mit jugendlichem Übermut einfach nur auf den Putz hauen wollten. Zu mehr als zur Besetzung eines trojanischen Pferdes reichte es aber glücklicherweise schon von der Zahl her nicht.

Es gehört zur Legendenbildung um die 68er, wenn es heißt, es habe sich bei ihnen "um die damalige junge Generation" gehandelt. Es war "eine kleine radikale Minderheit" der Studenten und erst recht der gesamten jungen Menschen unseres Landes, die Mao-Bibeln schwenkend und mit Ho-Chi-Minh-Rufen im Sturmschritt über die Straßen hüpfen, die blutige kommunistische Diktatoren hochleben ließ und die Universitäten terrorisierten. Weit unter einem Prozent jener jungen Generation mochte dazu gehören, die jetzt von Fischer und Co. in Anspruch genommen wird.

Es war die "fehlende Massenbasis", die Deutschlands Freiheit rettete, nicht etwa die spätere bessere Einsicht einiger Revoluzzer. Insbesondere aber waren es die deutschen Erfahrungen mit allen Formen des real existierenden Sozialismus, des braunen rassistischen wie des roten marxistischen, die den Wahn der 68er stoppten.

Politisch überlebt hat ein Teil der Revoluzzer durch Annahme der Aufforderung Willy Brandts zum "Marsch durch die Institutionen" mit Hilfe der SPD, die strategisch geschickte

Usurpation des Umweltschutzes und das Eindringen von K-Gruppen in die Grüne Partei. Anfang der achtziger Jahre reichte es den Deutschen. Helmut Kohl versprach eine geistig-moralische Wende, was die Wähler als Auseinandersetzung mit den 68ern, ihren Mitläufern und ihren Helfershelfern verstanden. Doch diese Wende blieb aus. Im Gegenteil, mit Hilfe ihres Einflusses auf viele Medien haben sich die 68er (in freier Anlehnung an Bertolt Brecht) "einfach ein anderes Volk erzogen", das es mittlerweile gewohnt ist, die Ereignisse in den sechziger und siebziger Jahren durch die Brille der damaligen "kleinen radikalen Minderheit" zu sehen.

Je mehr Medien an dieser Umerziehung leichtfertig oder bewußt teilnehmen, um so weniger wissen die Deutschen, daß sie ihre Freiheit nicht dank, sondern trotz der 68er bewahrt und gefestigt haben. Diese aber haben gewiß viel Spaß dabei, wenn sie derweil singen:

"Bullenputzer war der Vater im Frankfurter Staatstheater, heute sitzt er mit Genossen in den schweren Staatskarossen".

Der deutsche SPD-Politiker Wolfgang Thierse (von 1998-2005 Bundestagspräsident) erklärt in einer Rede am 27. Januar 2001 (x354/94): >>... Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und die nie vergessen werden darf. Wenn diese Schuld auch nicht übertragbar ist - die Verantwortung, die daraus erwächst, ist sehr wohl übertragbar. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, daß die Vergangenheit stets als Mahnung präsent bleibt. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, daß sie es für immer bleiben.<<

29.01.2001

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (5/2001) berichtet am 29. Januar 2001 über die linksradikale Vergangenheit der "grünen" Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin in den sechziger und siebziger Jahren: >>**Die verlorene Ehre der Apo**

Die linksradikale Vergangenheit der grünen Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin hat die halb vergessenen sechziger und siebziger Jahre der Republik plötzlich zum Politikum gemacht. Doch rechte Räuberpistolen und linke Lebenslügen verstellen den Blick auf die wilde Epoche nach 1968.

Es gibt Argumente, die können verletzen wie ein Farbbeutel, dessen Aufprall einem das Trommelfell zerfetzt. Wenn jemand Joschka Fischers rabiate Straßenkampf-Aktionen in den Siebzigern "irgendwo zwischen Faschismus und Neonazis" einordnet, kriegt der einstige Linksradikale vor Schmerz und Wut "solch einen Hals".

Der böse Vergleich mit rechten Rabauken schallt dem zweitwichtigsten Politiker der drittmächtigsten Industrienation entgegen, seit jene Fotos aus dem Jahre 1973 aufgetaucht sind, auf denen der schwarz behelmte Streetfighter Fischer, damals knapp 25, auf einen zu Boden gerissenen Polizisten einprügelt (SPIEGEL 2/2001).

Seither wird in Parteiveranstaltungen und Parlamenten, in Talkshows und Kneipen erbittert darüber debattiert, ob ein Mann Minister bleiben darf, der in gar nicht mal allzu jungen Jahren unzweifelhaft Gewalt gepredigt und geübt hat - wengleich er später deutlich auf Distanz zur Militanz gegangen ist.

Die politischen und moralischen Dimensionen dieser Frage wurden deutlich, als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) den Außenminister mit dem Argument zu verteidigen versuchte, es sei schließlich ja auch "vorstellbar", daß einer der gewalttätigen Neonazis von heute "in 20 Jahren", nach politischer Läuterung, in Berlin als Minister vereidigt wird.

Aus Sorge, braune Ausländerfeinde könnten sich auf die Prügel-Vergangenheit des grünen Außenministers berufen, forderte als Erster der jüdische Bundeswehr-Historiker Michael Wolffsohn den Rücktritt Fischers.

Beifall wiederum zollten dem Minister falsche Freunde, die beflissen jene Straßenmilitanz rechtfertigten, die Fischer selbst seit langem ablehnt. Beistand kam allerdings auch von gänz-

lich anderer Seite: Der einstige CDU-Scharfmacher Heiner Geißler, 70, nahm den "vom Saulus zu Paulus" gewordenen Grünen in Schutz - womöglich weil er sich eigener Jugendsünden erinnerte: Als 22-jähriger Jesuiten-Zögling war Geißler nach eigenen Angaben "in der Logistik" der Südtiroler Nationalisten tätig; die "Bumser" wehrten sich mit Anschlägen gegen eine italienische Überfremdung ihrer Alpenheimat.

Während die FDP erwog, einen Untersuchungsausschuß zur Klärung von Fischers Vergangenheit zu beantragen, bescherte die Debatte dem grünen Star zunächst nur einen kleinen Knick in der Popularitätskurve - er sackte auf der Beliebtheitskala von Platz eins (vor Schröder) auf Platz zwei (hinter Schröder). Der Kanzler zeigte sich dennoch alarmiert. Denn die Berliner Koalition, so weiß Schröder, ist kaum denkbar ohne seinen grünen Vize - der nun täglich mit neuen Enthüllungen über Brandflaschen-Einsätze oder Terroristenkontakte rechnen muß.

Schröders Sorgen wuchsen, als Anfang vergangener Woche auch noch sein grüner Umweltminister Jürgen Trittin in die Schlagzeilen kam: Vorwürfe, der einstige Maoist habe sich nicht eindeutig genug von einem Pamphlet distanziert, in dem 1977 ein Göttinger Student (Pseudonym: "Mescalero") "klammheimliche Freude" über den RAF-Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback gestand, machten auch die linksradikale Phase im Leben Trittins zum Tagesthema.

Von den Schlagschatten ihrer Vergangenheit sehen sich die Grünen-Promis nun permanent verfolgt - so etwa, als Fischer im Prozeß gegen einen langjährigen Kampfkompanen, den wegen dreifachen Mordes angeklagten Opec-Attentäter Hans-Joachim Klein, 53, gehört wurde.

Als Fischer, beschützt von sechs Leibwächtern, das Gerichtsgebäude verließ, verteilten CDU-Junioren ein Flugblatt mit zwei ganz ähnlichen Fotos: jenem vom Sponti Fischer, der auf den Frankfurter Schupo Rainer Marx einprügelt, und einem, auf dem deutsche Hooligans während der Fußball-WM 1998 den französischen Polizisten David Nivel halb tot schlugen.

Sind solche Vergleiche nichts als Demagogie, gar Ausdruck eines "neuen McCarthyismus", den die "Süddeutsche Zeitung" bereits an die Wand malte - oder doch die im Meinungsstreit statthafte Überspitzung einer Frage, der sich auch ein Fischer stellen muß?

Immerhin: Der Minister selbst ("Ja, ich war militant") hat bereits 1977 über seine Sponti-Einstellung Auskunft gegeben, die sich von der stupiden Gewaltgeilheit der Glatzen von heute tatsächlich kaum abhob. Fischer damals selbstkritisch:

Ich lernte, in der Gewalt zu leben, mit ihr - erfolgreich! - umzugehen und mich psychisch total darauf auszurichten ... Daraus wurde dann leicht die Lust am Schlagen, ein tendenziell sadistisches Vergnügen.

Der mit vergilbten Zitaten geführte Streit über Staatsfeinde von einst, die sich heute als Staatsmänner präsentieren, hat den Deutschen plötzlich und unerwartet eine dritte große Debatte über die Bewältigung ihrer Vergangenheit beschert.

Diesmal geht es nicht um die Nazi- oder die Stasi-Zeit, sondern, delikaterweise, um die Vergangenheit jener, die sich vor einem Dritteljahrhundert selbst als Antifaschisten und teils als Kommunisten verstanden und die Generation ihrer Eltern pauschal mit einem "Nazi-Kontinuitätsverdacht" (Fischer) überzogen haben.

"Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, die wir von unseren Eltern gefordert haben, müssen wir nun selbst vollziehen", hat die niedersächsische Grünen-Landtagsabgeordnete Silke Stokar begriffen: "Für manche mag das schmerzhaft sein."

So stehen nun die späten sechziger und die siebziger Jahre auf der politischen Agenda - halb versunkene Zeiten, die auf viele Deutsche inzwischen "fremder wirken als selbst das Mittelalter", wie die "FAZ" staunte. Kein Wunder: Als der 25-jährige Joseph ("Joschka") Fischer in Frankfurt Putz machte, waren die heute 25-Jährigen noch nicht einmal gezeugt. Und die Älteren, gerade die Aktivsten von einst, leiden an Amnesie, wie der heute 52-jährige Fischer be-

klagte, als er im Klein-Prozeß nach Brandflaschenwürfen befragt wurde: "Nach 25, 26, 27 Jahren kommen Sie an die Grenzen dessen, was Gedächtnis leisten kann."

Weil zudem der Ausgang der neuen Geschichtsdebatte womöglich über Macht und Mehrheiten in Bund und Ländern mit entscheidet, ist die Gefahr der Geschichtsklitterung naturgemäß groß, wie schon der Auftakt der Kontroverse zeigt: Rechte Räuberpistolen und, mehr noch, linke Lebenslügen trüben manch einem den Blick auf die ohnehin seltsam nebulös wirkenden Rüpeljahre der Republik zwischen dem Anfang der Ära Kiesinger und dem Anbruch der Ära Kohl.

So zerfließt die Erinnerung an damals zu einer Collage aus disparaten Versatzstücken: weiche Müsli-Typen in lila Latzhosen, aber auch Brutalos in schwarzer Ledermontur; heulende Demonstranten im Knüppelhagel und im Tränengasnebel, aber auch von Molotow-Cocktails entflammte Polizeiuniformen; pazifistische Pfarrer im Talar mit Gandhi-Bildern bei Sitzblockaden, aber auch die Nackedeis in der Jux-"Kommune 1".

Die Unschärfe der kollektiven Erinnerung kommt den Darstellern auf der politischen Bühne zupass, die - je nach Couleur - den Außen- und den Umweltminister (und damit die rot-grüne Koalition) entlasten oder belasten, stabilisieren oder destabilisieren wollen.

Zu diesem Zweck werden in der Debatte, bisweilen nicht ohne Geschick, drei historische Teilabschnitte der Protestbewegung vermischt, die in Wahrheit nur wenig gemeinsam haben.

Da sind, erstens, die späten Sechziger, in denen die Revolte die Modelfarbe Rot bevorzugte - rot wie die Fahnen, die Studenten zum "Ho-Ho-Ho-Tschi-minh"-Stakkato schwenkten; rot wie der Plastikeinband der als Zeitgeist-Accessoire massenhaft verbreiteten "Mao-Bibel"; rot wie das allgegenwärtige Plakat mit Marx-Engels-Lenin und dem Bundesbahnlogan "Alle reden vom Wetter - wir nicht".

Da sind, zweitens, die Siebziger, in denen, nach dem Zusammenbruch der Hochschulrevolte, der Protest zunehmend Schwarz trug - schwarz wie die Fahnen der Anarchos und die "Haßkappen" der verummten Stahlkugelschleuderer an den Bauzäunen von Atomprojekten; schwarz wie die legendären "Baader-Meinhof-Wagen", jene BMW, mit denen die deutschen Todesschwadronen von Tatort zu Tatort karriolten; schwarz wie die Trauerkleidung beim Begräbnis von Toten aus der Terrorszene, an deren Gräbern die Kombattanten schworen: "Der Kampf geht weiter."

Und da sind schließlich, drittens, die Achtziger, in denen Grün zur Farbe der Wahl wurde - grün wie der damals sprießende Deutschland-Ableger von Greenpeace; grün wie die aufblühende Ökobewegung, die gegen Wasserverschmutzung und Luftverpestung antrat; grün wie die 1980 auf Bundesebene gegründete, bis dahin nur regional vertretene "Anti-Parteien-Partei" der Ex-Sozialdemokratin Petra Kelly.

Rechte Oppositionelle verfolgen nun erkennbar das Ziel, vor allem Jung-Joschkas machohaftes Militanz und seine zeitweise unklare Haltung zur RAF in den Siebzigern als symptomatisch für die gesamte Apo hinzustellen.

Diese Argumentation soll offenbar all jene Reformbewegten diskreditieren, die in den Sechzigern an den Hochschulen zwar oft verbalradikal, aber zunächst durchweg gewaltfrei demonstrierten und sich dann in den Siebzigern zu Hunderttausenden in Dritte-Welt-Projekten oder in der Frauenbewegung, in Bürgerinitiativen oder in demokratischen Parteien engagierten - vorzugsweise, wie Gerhard Schröder, in der SPD.

Die attackierten Grünen parieren die Vorwürfe gegen ihren Außenminister, indem sie die Krawalljahre der Frankfurter Spontis "einbetten" (Fischer) in den 68er Aufbruch - und damit die weithin positiv besetzten Motive der Studentenbewegung fälschlich auch für die rüden Schlägertrupps in Anspruch nehmen. Er sehe die Streetfighter-Jahre, brüstete Fischer sich im Klein-Prozeß, als Teil der "Freiheitsrevolte" von 1968, sich und seine einstigen Genossen als "Unterdrückte".

Ganz ähnlich argumentierte Fischers langjähriger Mitstreiter und Mitbewohner, der Pariser Revolutionspraktiker Daniel Cohn-Bendit. Die Union, so der Ex-Sponti in einem Rundfunkdisput, versuche, "die deutsche Geschichte umzudrehen", wenn sie Joschka als "Täter" hinstelle: "Wer ist ermordet worden auf den Straßen von Berlin? Benno Ohnesorg, bevor irgendein Student überhaupt was getan hat."

Der grüne Europaabgeordnete vernachlässigte, daß zwischen dem Tod des Studenten Ohnesorg am Rande der Berliner Anti-Schah-Demonstrationen 1967 und den Brandbombenwürfen der Frankfurter Spontis auf Polizisten im Jahre 1976 nahezu ein Jahrzehnt lag. Die Protestbewegung an den Hochschulen war zu diesem Zeitpunkt längst zusammengebrochen, Terrorgruppen, allen voran die RAF, aber hatten bereits serienweise Gewaltverbrechen verübt.

Eine politische Nebelkerze schleuderte auch Rezzo Schlauch, als er im Bundestag den Eindruck erweckte, Fischers Streetfighter hätten mit Mollies und Pflastersteinen gegen Restauration und Faschismus gekämpft. "Sie tun so, als ob wir schon damals ein weltoffenes Land gewesen seien", warf der Grünen-Fraktionschef der Opposition vor: "Das war mitnichten so."

Schlauch übergang, daß Fischer mit seiner "Putzgruppe" keineswegs in der Amtszeit des Ex-NSDAP-Parteigenossen Kurt Georg Kiesinger operierte, als in Deutschland tatsächlich noch der "Muff von 1.000 Jahren" (Studentenslogan) waberte. Die Benzinbomben gegen Polizeibeamte flogen mehr als sechs Jahre nach der Regierungsübernahme durch Willy Brandt.

Der Sozialdemokrat hatte bei seinem Amtsantritt 1969 "mehr Demokratie" versprochen und mit seiner "Politik der kleinen Schritte" den Abbau der Ost-West-Spannungen eingeleitet. Mit seinem historischen Kniefall am Warschauer Ghetto-Denkmal wollte der einstige Emigrant der Welt überdies signalisieren, daß die Ära der Tabuisierung nationalsozialistischer Schuld in Deutschland überwunden war.

Der Frankfurter Streetfighter Fischer, urteilte vergangene Woche der aus Hessen stammende FDP-Chef Wolfgang Gerhardt, habe folglich nicht gegen die Reaktion, sondern gegen Willy Brandt (und dessen Nachfolger Helmut Schmidt) gekämpft.

Auch die rot-grüne "taz" sieht in Fischer weder einen klassischen noch einen typischen Achtundsechziger: Er war, so das Blatt, "zur Zeit der Studentenrevolte dem Knabenalter gerade erst entwachsen", die meisten seiner jüngeren Mitstreiter "konnten Rudi Dutschke allenfalls in der "Tagesschau" sehen, und das auch nur, wenn die Eltern sie nicht schon vorher ins Bett geschickt hatten".

Politisch hatte der Schulabbrecher und Autodidakt Fischer nicht allzu viel gemeinsam mit der Masse der Jungakademiker, die Jahre zuvor für die Demokratisierung der Gesellschaft auf die Straße gegangen waren.

Während die Außerparlamentarische Opposition (Apo) der Sechziger gegen Notstandsgesetze und Pressemonopole demonstrierte, für Hochschulreformen stritt und die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit beklagte, hatten die "Bullenklatscher" um Fischer ("Ich war Revolutionär und kein Demokrat") für den bürgerlichen Rechtsstaat auch in den sozialdemokratischen Siebzigern nur Spott übrig. Typische Parole jener Jahre: "Legal, illegal, scheißegal".

Verstimmt über die Verzerrung des Vergangenen in der aktuellen Diskussion, meldete sich ein kundiger Zeitzeuge zu Wort. Der in England lebende Soziologe Lord Ralf Dahrendorf, der am Rande des Freiburger FDP-Parteitags 1968 durch ein öffentliches Streitgespräch mit Rudi Dutschke Aufsehen erregt hatte, sah Anlaß, "die 68er vor den 70ern in Schutz" zu nehmen.

Nach der "verständlichen Revolte in einer verfahrenen Situation", wie Dahrendorf die 68er Unruhen charakterisierte, seien Teile der Bewegung in den Siebzigern schlichtweg "der Gewalt als Gewalt verfallen". Daher sei es unzulässig, "mit den 68er-Argumenten" Fischers "Mitte-der-70er-Aktionen" zu verteidigen.

Das heiße im Übrigen nicht, stellte der Liberale klar, "daß Fischer nicht Außenminister sein

kann". Allerdings: "Wenn er Justizminister wäre oder Innenminister, wäre das etwas ganz anderes."

Die im Axel Springer Verlag erscheinende "Welt", die das Dahrendorf-Interview veröffentlichte, präsentierte den Text als "Ehrenrettung der 68er vor den Fischers dieser Welt" - was bei manchem Apo-Opa die Erinnerung an jene Zeit belebte, als die Blätter des Springer-Konzerns sich um die Ehre der 68er noch einen Dreck kümmerten.

Die haßerfüllte Berichterstattung über die Studenten (Leseprobe: "Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen") löste 1968 die bundesweiten Osterdemonstrationen gegen den Springer-Verlag aus. Dessen Hetztiraden gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) waren von vielen Studenten für die Schüsse des verwirrten Anstreichers Josef Bachmann auf den SDS-Sprecher Rudi Dutschke verantwortlich gemacht worden.

Der Mordversuch setzte lange angestaute Empörung über den erstarrten Staat jener Tage frei: Verdruß über die Hochschulen, die sich weigerten, die NS-Belastung von Professoren zu thematisieren; Zorn über die Pläne der Bonner Regierung, für den Fall des "inneren Notstands" Bürgerrechte abzuschaffen; Wut auf den Bündnispartner USA, der daheim die Farbigen diskriminierte und draußen in Vietnam einen dreckigen Napalmkrieg führte.

Vor allem aber trug eine maßlos dreinknüppelnde Polizei zur Radikalisierung bei. "Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, dann müssen wir in die Mitte hineinstecken, damit sie an den Enden auseinander platzt" - so hatte der Berliner Polizeipräsident Erich Duensing seine Einsatztaktik für den Schah-Besuch am 2. Juni 1967 beschrieben, bei dem überdies persische Geheimpolizisten mit langen Schlagstöcken auf die Studenten einprügelten.

Nach den Osterunruhen von 1968 schilderte der Mainzer SDS-Vorsitzende Klaus Ahlheim die Wechselwirkung von Gewalt und Gegengewalt, die durch die Knüppelinsätze ausgelöst wurde und die sich im darauf folgenden Jahrzehnt bis zum schieren Wahnwitz hochschaukeln sollte:

Keiner hatte die Absicht, Steine zu werfen. Aber als die Knüppel kamen und die Pferde, als man Leute ohnmächtig sah und Angstschreie hörte, haben junge Leute in blinder Wut Brocken aus dem Rasen gerissen und nach Steinen gesucht.

Als die ersten Apo-Splittergruppen in die Militanz abglitten und Tötungspläne ausbrüteten, trug die Springer-Presse dazu bei, daß frühe Warnungen nicht ernst genug genommen wurden. Zu oft hatten diese Blätter zuvor blinden Alarm ausgelöst - indem sie etwa einen geplanten Puddingwurf des Szene-Clowns Fritz Teufel auf den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey aufbauschen zum angeblich beabsichtigten "Bombenanschlag".

Als von Ende 1968 an immer wieder Bomben- und Sprengstofffunde bei linken Anarchos publik wurden, hielt ein Großteil der friedlich demonstrierenden Apo-Anhänger auch diese Darstellungen für Produkte aus den Fälscherwerkstätten von "Staatsschutzbullen" und "Schweinejournalisten".

Spätestens als ultralinke Splitter nicht länger nur "Gewalt gegen Sachen" rechtfertigten (wie die Frankfurter Kaufhaus-Brandstiftung 1968 durch Andreas Baader und Gudrun Ensslin), sondern offen "Gewalt gegen Personen" propagierten, beschleunigte sich der Differenzierungsprozeß innerhalb der Neuen Linken.

Doch selbst nachdem sich die ursprünglich pazifistisch eingestellte Journalistin Ulrike Meinhof nach der blutigen Befreiung des Brandstifters Baader 1970 aus der Haft ("Natürlich kann geschossen werden") in den Untergrund abgesetzt hatte, war die Einstellung zur Gewalt bei vielen noch immer ambivalent.

"Verstecke ich Ulrike Meinhof, wenn sie an meiner Tür klingelt?" - das war, wie sich der sozialdemokratische Ex-Staatssekretär Günter Gaus, 71, erinnert, "die wesentliche Frage, die meinesgleichen meines Alters sich damals stellte". Später teilten viele Liberale die schrille Kritik, die "Folterkomitees" an unmenschlichen Haftbedingungen für RAF-Täter übten.

In weiß gestrichenen Einzelzellen litten die Isolierten, wie in- und ausländische Gutachter bescheinigten, an "sensorischer Deprivation" (Entzug von Sinneseindrücken). Ulrike Meinhof beschrieb die Tortur am 231. Tag ihrer Haft in Köln-Ossendorf:

Zerreißwolf - Raumfahrtsimuliertrommel, wo den Typen durch die Beschleunigung die Haut plattgedrückt wird - Kafkas Strafkolonie - pausenloses Achterbahnfahren.

Die Sympathien der Salonlinken im bürgerlichen Milieu, dem auch die Meinhof entstammte, schwanden allerdings (nahezu) im selben Maße, in dem sich die "antikapitalistischen" Kapitalverbrechen häuften. Am Ende erschienen die Terrortaten der RAF auch dem um ein Höchstmaß an Verständnis bemühten Schriftsteller Heinrich Böll nur noch als aberwitziger Kampf der "6 gegen 60 Millionen".

Besonders lange hielt die Bewunderung für die Mörder mit dem MPI-Emblem in zwei politischen Lagern an, deren heute prominenteste Exponenten dem Kabinett Schröder angehören:

- Die sogenannten K-Gruppen, denen Jürgen Trittin entstammt, waren ein Konglomerat untereinander zerstrittener, latent gewaltbereiter kommunistischer Sekten, deren Binnenleben weitgehend von Dogmatismus und Psychoterror geprägt war - eine maoistische Spielart religiöser Jugendsekten.

- "Sponti"-Cliquen wie der "Revolutionäre Kampf", Heimat von Joschka Fischer und Vorläufer der späteren "Autonomen", trainierten in einer Art Wehrsportgruppe verkrachte Studenten und entsprungene Heimzöglinge für Straßenschlachten mit der Polizei - und dienten dem terroristischen Untergrund als Rekrutierungsfeld.

Beide Zweige, Spontis wie K-Gruppen, wurzelten in den Trümmern der alten Apo. Der SDS war bereits Ende '68 zerbrochen an dem "Dilemma, daß die antiautoritäre Revolte die eigene Organisation zerstört", wie Redner Bernd Rabehl auf einer der letzten Delegiertenkonferenzen ins Mikro sprach. Durch den Saal flatterten Flugblätter mit der blaßblauen Aufschrift "Ffffruuustrationnnnnnn ... Es ist fuern Arsch."

An den Hochschulen fiel die Revolte in sich zusammen, nachdem im November 1968 Demonstranten bei einer Steinschlacht am Tegeler Weg in Berlin 130 Polizisten verletzt hatten; Anlaß war ein Ehrengerichtsverfahren, das dem Anwalt Horst Mahler wegen seiner Demonstrations- und Prozeßauftritte drohte. Die Friedfertigen skandierten fortan "Kei-ne Stei-ne!" oder "Molotow ist doof" und wandten sich ab.

Zurück an der Front blieben Militanzprediger wie Daniel Cohn-Bendit ("Wir brauchen eine Offensive der Gewalt") und der spätere RAF-Täter Mahler. Der Jurist hatte 1968 an die Apo appelliert, im revolutionären Kampf auch Tote einzukalkulieren, so wie jeder Autofahrer damit rechnen müsse, "daß ein Reifen platzt". Heute - the times they are a-changin' - ist Mahler einer der Chefideologen der NPD. Jüngst hat die Strafverteidigervereinigung ihn daher ausgeschlossen.

"Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten", "Macht kaputt, was euch kaputt macht" - in diesem Meinungsklima formierten sich in den späten Sechzigern vor allem in den Großstädten geheim ("klandestin") operierende Grüppchen, für die Gewalt gegen Menschen nicht tabu war, ganz im Gegenteil.

"USA, SA, SS", "Schafft zwei, drei, viele Vietnam", "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" - nach der kruden Logik solcher Parolen war jeder Steinwurf auf einen Wachtmeister zugleich ein antifaschistischer Widerstandsakt, jeder brennende Streifenwagen zugleich ein Sieg im Volkskrieg, jeder Brandsatz in einem US-Konsulat zugleich ein Denkmittel für die bürgerlichen Täter-Väter - Venceremos!

Da half nicht mehr, daß sich geistige Väter der Revolte wie der Soziologe Jürgen Habermas vom "Linksfaschismus" der Brandflaschenfraktion absetzten. Andere Geistesgrößen sprangen den Stadtkriegern bei - bis schließlich sogar Jean-Paul Sartre 1974 den RAF-Häftlingen in Stammheim eine Visite abstattete.

Zunächst fast unmerkbar hatte die Gewaltspirale auch in Frankfurt zu rotieren begonnen. Anfangs versuchten die dortigen Spontis vergebens, die Arbeiterschaft in Großbetrieben wie Opel zu agitieren. Dann "befreiten" sie Jugendliche aus geschlossenen Erziehungsheimen wie im hessischen Staffelberg.

Die Schwererziehbaren ergriffen begeistert Besitz von den Stuck-Altbauten, die Linke im "Häuserkampf" gegen die Kahlschlagpläne der rechten Frankfurter SPD besetzt hatten, erfreuten sich der Zuwendung tabuloser Jungakademikerinnen und ließen sich von den obercoolen Schlauköpfen aus dem "Häuserrat" erklären, wie man Bambule macht, "damit der Staat endlich seine blutigen Krallen zeigt".

Fischer selbst reimte im Kampf gegen die Bauspekulation und die Abrißpläne der Frankfurter Beton-SPD: "Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen." Wer widersprach, wurde ausgepiffen und niedergemacht - wie der Jungsozialist Karsten Voigt (heute SPD-Außenpolitiker), der an einer der ersten Hausbesetzungen teilgenommen und polizeiliche "Überreaktionen" kritisiert hatte, jedoch Fischers "Spielerei mit Gewaltaktionen" strikt ablehnte. Die Militarisierung der Sanierungsgegner, warnte Voigt, "provoziert nur die Reaktion". Fischer putzte den Juso daraufhin vor versammelter Mannschaft runter:

Ich spreche hier für die Genossen, die in den letzten Tagen gewöhnlich als Politrocke bezeichnet wurden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir entscheiden uns für einen Reformismus, der letztendlich die Praxis des Kapitals darstellt, oder für das, was als Aktionen von Politrockern diffamiert wird.

Maoisten aus den eher akademisch geprägten K-Gruppen (das K stand für kommunistisch) umwarben unterdessen mit Propagandatexten für Massenmörder wie Stalin all jene, denen die von Ost-Berlin gelenkten und bezahlten poststalinistischen "DKPisser" zu angepaßt waren und die über friedliche "Latschdemos" und linke "Liberallalas" höhnten. Die verbiesterte Entschlossenheit, sich von niemandem irgendwo auf der Welt jemals links überholen zu lassen, führte bei den Partei-Chinesen zu immer neuen Zellteilungen und zu immer skurrileren Forderungen.

"Verlangten etwa die Gewerkschaften für eine werdende Mutter die Freistellung drei Monate vor der Niederkunft, dann forderte der KB vier Monate und der KBW sechs Monate - und die völlig lebensfremde KPD-ML neun Monate vor der Geburt", erinnert sich der Zeitzeuge Michael Schwelien in seiner brillanten Joschka-Fischer-Biographie.

Das absurde Ende des Marsches von Linksaußen nach Linksdraußen markierte 1978 eine Kambodscha-Reise, bei der Hans-Gerhart ("Joscha") Schmierer, seines Zeichens Sekretär des Zentralkomitees im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), den blutrünstigen Steinzeitkommunisten Pol Pot besuchte und bejubelte. "Der kurze Flirt mit den Roten Khmer", erinnert sich der ehemalige Schmierer-Mitstreiter Gerd Koenen, sei für den KBW "so etwas wie der Todeskuß" gewesen, "den wir vielleicht unbewußt herbeigesehnt hatten". (Joscha Schmierer sitzt heute im Planungsstab von Joschka Fischers Auswärtigem Amt.)

Gemeinsam war Spontis und K-Grüpplern die, gelinde gesagt, zwiespältige Haltung zur Gewalt. Viele der Maoisten, die auf Bauplätzen von Atomanlagen mit Steinen und Stahlkugeln die militärische Auseinandersetzung mit Polizei und Bundesgrenzschutz suchten, hielten die Mordstrategie der RAF höchstens für "untauglich, aber eben nur für untauglich, nicht für unerlaubt", wie einer von ihnen 1977 im SPIEGEL bekannte.

Der Kommunistische Bund (KB) in Göttingen, in dem Trittin als Ideologe aktiv war, begründete in seiner "Roten Tribüne" unter Hinweis auf Marx das parteiamtliche Nein zur RAF und das grundsätzliche Ja zur Gewalt mit den Worten:

Die Marxisten betonten stets, daß sie Anhänger der Gewalt seien und in ihr einen revolutionären Faktor sähen ... Die Marxisten sprachen sich für den Massenterror aus, aber sie sagten: Die Ermordung dieses oder jenes Ministers ändert an der Sache nichts.

Die Frankfurter um den "Spontifex maximus" Cohn-Bendit und dessen Bewunderer Fischer sahen in den RAF-Killern einerseits Konkurrenten, die immer mal wieder einen der Ihren abzuwerben versuchten, andererseits aber auch "Genossen", die Anspruch auf Solidarität und Unterstützung hatten.

Über die Haltung des Sponti-Duos Cohn-Bendit/Fischer zur Gewalt urteilt der Soziologieprofessor Oskar Negt, einst Kopf des "Sozialistischen Büros" in Offenbach, mit bitterböser Ironie: "Sie selbst haben wahrscheinlich nie erkennbar Steine geworfen, es aber doch bewundert, wenn andere den Mut aufbrachten, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen und (bedauerlicherweise, selbstverständlich) manchmal auch trafen."

Reden, die Fischer 1976 gehalten hat, erinnern an die Schwierigkeiten des kühlen K-Grüppers Trittin, sich frühzeitig und eindeutig vom kaltschnäuzigen Ton des "Mescalero"-Artikels zum "Abschuß" von Buback zu distanzieren - einem pietätlos formulierten Text, der jedoch mit einem Aufruf zur Abkehr von der RAF-Gewalt endete. Fischer schwankte unterdessen lange Zeit, so Negt, zwischen "vorsichtiger Distanzierung" und "Nicht-Distanzierung" von der Militanz.

Nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs im Mai 1976 - der die Ermittler die Mitverantwortung für 5 Morde und über 50 Mordversuche anlasteten - erklärte Fischer öffentlich, die RAF-Gründerin sei "von der Reaktion in den Tod getrieben, im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet" worden.

Vermummte Unbekannte setzten am Tag nach dem Meinhof-Tod bei einer Demonstration Molotow-Cocktails ein. Der Polizist Jürgen Weber, 23, wurde dabei so schwer verletzt, daß er einen Kollegen anflehte, er möge ihn erschießen; Weber schwebte tagelang in Lebensgefahr. Noch heute hält der Beamte den Sponti-Ideologen Fischer, die laut Eigeneinschätzung "zentrale" Figur der gewaltlüsternen Szene, für "moralisch" verantwortlich.

Zu jener Zeit schwante dem Ober-Sponti offenbar, daß die Strategie der Stadtguerilla letztlich zur Selbsterstörung führen werde. Im Juni 1976 erkannte er immerhin:

Je isolierter wir politisch wurden, desto militärischer wurde unser Widerstand, desto leichter wurden wir isolierbar, desto einfacher war es für die Bullen, uns von "Politrockern" zu "Terroristen" umzustempeln.

Dennoch war Fischer auch in dieser Rede noch immer nicht bereit, einen klaren Trennstrich zu ziehen - sei es aus taktischen Erwägungen, sei es aus Feigheit vor den Freunden aus dem Gewaltmilieu. Er forderte die RAF zwar auf, "Schluß zu machen mit diesem Todestrip", fand anschließend aber Formulierungen, die nach dem Urteil des Kongreßveranstalters Negt "alles in der Schwebe" hielten:

Wir können uns aber auch nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwenken.

Warum es Fischer ("Ich war nie ein Pazifist") so schwer fiel, von der Gewalt loszukommen, hat er selbst später wiederholt zu erklären versucht - mal zerknirscht, mal kokett. "Glück" und "Stolz (jawohl, Stolz)" hätten ihn erfüllt, wenn er es mal wieder den "Schweinen ... erfolgreich gezeigt" hatte.

In einem "Playboy"-Interview führte er die "Faszination der Gewalt" auf "diese Männlichkeitsrituale, Nutrituale" zurück: "Die Atmosphäre war schon toll, wenn man wußte, daß es gleich losgeht."

Sogar noch im finstersten "Deutschen Herbst" 1977, nach den Serienmorden an Buback, Ponto und Schleyer, war Fischer mit sich uneins: "Bei den drei hohen Herren mag mir keine rechte Trauer aufkommen, das sage ich ganz offen für mich." Dennoch schwand nun allmählich seine Zuneigung zu politischer Gewalt - zumal sich die Frauen in seinem Umfeld kritischer denn je über die Militanten äußerten, denen es mittlerweile gelungen war, die gesamte deut-

sche Linke zu diskreditieren.

Anfang der Siebziger hatten die Genossinnen über Gewalt noch ganz anders gedacht. Wenn es damals in der Szenekneipe über jemanden hieß: "Ei, der is doch in der Putzgrupp", dann war er, wie Fischer-Biograf Schwelien schreibt, "für den Abend der Größte und mußte bestimmt nicht allein nach Hause gehen".

Nach der Mordserie aber war der Terrorismus auch bei den Groupies der Revolution plötzlich out. "Die Frauen in der Szene", erinnert sich der Womanizer Fischer, hätten ihm vorgehalten: "Das ist Machismus (Männlichkeitswahn), Gewaltkult". Das habe ihn "nachhaltig beeindruckt".

Für Fischer persönlich begann 1978 eine bleierne Zeit - für ihn waren "die revolutionären Träume ausgeträumt", er lebte in einer Männer-WG, chauffierte als Taxifahrer Betrunkene durch Sachsenhausen und verkaufte in einem Antiquariat namens "Karl Marx" Bücher, die irgendwelche Jemande per "Einklaunen" (Schwelien) beschafft hatten. Ende 1978 jammerte Fischer im Alternativblatt "Pflasterstrand":

"Die Perspektivlosigkeit, das Rumhängen, das Nicht-wissen-was-Tun wird immer unerträglicher."

Die neue Umweltbewegung ließ ihn zunächst kalt - Unken über die Straße zu tragen war weniger "sexy" als sogenannte Bullen über die Straße zu jagen. "Seien wir doch mal ehrlich", beschrieb Fischer seine "Politik in der ersten Person", "wer von uns interessiert sich denn für die Wassernotstände im Vogelsberg, für Stadtautobahnen in Frankfurt, für Atomkraftwerke irgendwo, weil er sich persönlich betroffen fühlt?"

Das Desinteresse der Spontis an den grünen "Ökospießern" - die sich im Januar 1980 in Karlsruhe ohne Fischer als Bundespartei konstituierten - änderte sich schlagartig, nachdem die Frankfurter Grünen bei der Rathauswahl ein Jahr später auf Anhieb 6,4 Prozent erobert hatten: Die frustrierten Häuptlinge der bankrotten Sponti-Bewegung begriffen, daß der Weg zur Macht durchs Grüne führte; überdies winkten Diäten und Staatsknete aus der sogenannten Wahlkampfkostenerstattung.

Erst anderthalb Jahre nach der Parteigründung trat Fischer ein - dann aber mit Karacho, mit- samt seiner "Fischer-Gang", wie seine Sponti-Truppe bald von den Altgrünen um die Radikal-Ökologin Jutta Ditfurth genannt wurde. In ihrem jüngsten Buch beschreibt Ditfurth die "feindliche Übernahme" der Partei durch die Neulinge: "Eine erfahrene Schlägertruppe mit alternativem Gehabe und ohne Skrupel traf auf eine ziemlich naive, basisdemokratische Partei mit offenen Strukturen."

Über die Vorgehensweise der Fischer-Gang urteilte die Szene-Kennerin und frühere Cohn-Bendit-Freundin Barbara Köster: "Es entsteht etwas, sie müssen den Fuß reinkriegen, und dann müssen sie's übernehmen, und dann ist es kaputt, weil es keinen Inhalt mehr hat."

Es kam, wie es kommen mußte: Mit Masseneintritten und Geschäftsordnungstricks stellte die machtfixierte Fischer-Gang rasch die Gründungsgrünen um Ditfurth kalt, die sich als "Fundis" abgestempelt sahen, weil sie zunächst die Rolle der parlamentarischen Opposition ansteuern wollten. Fischers "Realo-Spontis" hingegen peilten - während Willy Brandt eine "neue Mehrheit diesseits der Union" ansteuerte - einen möglichst raschen Eintritt in die Wiesbadener Landesregierung an.

Mit Erfolg: Am 12. Dezember 1985 wurde Fischer Umweltminister im Kabinett des Sozialdemokraten Holger Börner, dem die FDP auf Grund ihrer Bonner Rechtswendung als möglicher Koalitionspartner abhanden gekommen war. Zum Amtseid trat Fischer in weißen Turnschuhen an, die er sich tags zuvor eigens für diesen Zweck gekauft hatte (und die heute im Ledermuseum in Offenbach ausgestellt sind).

Zu verdanken hatte Fischer seine Blitzkarriere - ebenso wie viele andere Erfolge auf seinem langen Weg ins Vizekanzleramt - nicht zuletzt kampfgeprobten Bündnispartnern: Aus ähnli-

chen Motiven wie die ehemaligen Hausbesetzer aus der Sponti-Szene hatten um 1980 herum die militanten Bauplatzbesetzer aus den K-Gruppen die neue grüne Partei besetzt.

Zu den K-Kadern, denen Fischer in der Umweltpartei begegnete, zählen, neben seinem Kabinettskollegen Trittin, viele andere Ex-Maoisten, die es mit Hilfe der Grünen weit gebracht haben - bis hinauf zur Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, 57, die früher der KPD/AO angehörte; statt "AO" (Aufbauorganisation) sagte die Konkurrenz penetrant "A-Null".

Zu Dutzenden sitzen einstige K-Grüppler für die Grünen noch immer in Landtagen und Kommunalparlamenten. Dort arbeiten sie Seite an Seite mit Abertausenden einstiger Apo-Mitstreiter, die sich in den Siebzigern auf der Direttissima den demokratischen Parteien zugewandt haben - ohne zuvor eine Irrfahrt durch die extreme Schläger- und Sektierszene zu absolvieren.

Radikaldemokratische Jungdemokraten etwa, beflügelt vom 68er-Geist und verschrien als "Rote Garde", enterten die damals noch nationalliberale FDP, attackierten den rechten Parteichef und Ritterkreuzträger Erich Mende und unterstützten - "Nach Mendes Ende jetzt die radikale Wende" - die ostpolitischen Reformvorstellungen seines Nachfolgers Walter Scheel.

Die Jungdemokraten halfen so, die FDP reif zu machen für den Eintritt in die sozialliberale Koalition von 1969. Zu den prominentesten zählten Gerhart Rudolf Baum (später Innenminister) und Günter Verheugen (heute, nach seinem Wechsel in die SPD, EU-Kommissar in Brüssel).

Die SPD erlebte unterdessen einen Rekordzuwachs an Mitgliedern - rund eine Viertelmillion allein zwischen 1968 und 1973. Von der 68er-Schwemme profitierten vor allem die Jungsozialisten (Jusos), die sich weniger als Jugend- denn als linke Richtungsorganisation verstanden und siegesbewußt von sich behaupteten: "Wir sind die SPD der achtziger Jahre."

Mit bisweilen ruppigen Methoden drängten die Jusos, darunter viele Junglehrer und Jungsemester, in den rund 9.000 SPD-Ortsvereinen die müde gewordenen Veteranen der Arbeiterbewegung an den Rand. Die Reformer, allesamt Linke rechts von der Gewalt, entwarfen eine "Doppelstrategie" zur Kooperation von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition - vor allem mit den vielen tausend neuen Bürgerinitiativen, die, auch eine Folge des Apo-Aufbruchs, überall gegen Kahlschlagsanierungen und Straßenbahn-Tariferhöhungen, für Kindergärten und selbstverwaltete Jugendzentren mobil machten.

Damalige Parteijunioren wie der heutige Finanzminister Hans Eichel, 59, oder Hannovers Dauer-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, 57, zählten zu den Autoren einer rebellischen Denkschrift ("Kommunalpolitik - für wen?"). Das ziemlich konkrete Utopie-Papier verlangte den Altgenossenklüngeln in den Rathäusern eine stadtpolitische Kehrtwendung und den Neumitgliedern das Bohren harter, alter Bretter in Kreistagen und Stadträten ab.

Die meisten Jusos verstanden sich zugleich als Teil der Apo. "Ich bin unter dem Wasserwerfer aufgewachsen", erinnert sich die Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul, 58, die 1974 Juso-Bundesvorsitzende wurde und sich den Beinamen "Rote Heidi" erwarb. Ihr heutiger Kabinettschef Gerhard Schröder, damals junger Anwalt in Hannover, eroberte 1978 den Vorsitz der Jusos - Sprungbrett für eine Karriere ohnegleichen.

Ebenso machtbewußt wie taktisch versiert, hatte sich der heutige "Genosse der Bosse" ("Weltwoche") damals mit Revoluzzervokabular den widerstreitenden Flügeln der SED-nahen "Stamokaps" und der gemäßigten "Reformer" als "antirevisionistischer" Kompromißkandidat verkauft. "Er hat erkannt", erinnert sich ein Weggefährte, der frühere niedersächsische Kultusminister und Professor Peter von Oertzen, "daß er bei den Jusos nur mit einer linksradikalen Position Macht gewinnen kann. Macht war für ihn immer ein zentraler Wert."

Als Anwalt vertrat der Ober-Juso Atomrebell vor Gericht - und hielt doch immer zugleich auch ein Stück weit Distanz zu den Radikalsten unter ihnen. "Schröder war leidenschaftlich gegen die Atompolitik, aber immer schon Pragmatiker", differenziert Oertzen: "Utopien?"

Nicht im Sinne eines ideellen Konzepts."

In Schröders Kabinett sitzt heute, als Glanzlicht, ein weiterer Anwalt, der lange im Feuer zwischen den Fronten stand: Innenminister Otto Schily, 68, verstand sich einst als "liberaler Kommunist" - mit dem vorsichtig dialektischen Hinweis, daß es so etwas ja eigentlich gar nicht gebe. Heute geriert sich Schily, ein unbeirrbarer Advokat des staatlichen Gewaltmonopols, der 1989 von den Grünen zur SPD wechselte, bisweilen eher als Neokonservativer. In den Siebzigern wurde der RAF-Verteidiger von der Rechtspresse als "Linksanwalt" geschmäht. Die Terroristen lasteten ihm hingegen an, daß er sich im Gegensatz zu manch anderem Kollegen nicht als Waffen- und Kassiberschmuggler mißbrauchen ließ.

Was die RAF von Schily hielt, geht aus Aussagen hervor, die der Terrorist Michael ("Bommi") Baumann 1973 Stasi-Vernehmern bei einem erzwungenen Zwischenstopp in Ost-Berlin zu Protokoll gab:

Otto Schily vertritt nur aus persönlichen Motiven RAF-Leute und ähnliche, Mahler, Ensslin und mich. Humanist, sehr vornehm, intelligent, auf Distanz bestehend.

Der Ex-Apo-Mann Schily sieht ebenso wie seine Kabinettskollegen mit K-Gruppen- oder Sponti-Vergangenheit bereits eine weitere große Debatte über die Berliner Republik hereinbrechen: den Streit darüber, ob die Jahre 1968 folgende für Deutschland eher ein Fluch oder ein Segen waren.

"Die Opposition versucht, einer ganzen politischen Generation den Prozeß zu machen", glaubt Rezzo Schlauch, 53 - Rache für all die Schmähungen und Demütigungen, die Christunionler erfuhren, als an Universitäten toleranzfreie Zonen entstanden, in denen die struppigen Pullovermänner die sauberen Schlips- und Scheitelträger vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten als Faschos hinstellten, verspotteten und mobbten.

Was hat "68 bewirkt? Otto Schily glaubt, mit ihrem politischen Ansinnen seien die damaligen Revolutionäre "politisch total gescheitert". Als "kulturelle Umwälzung" dagegen hätten die Apo-Jahre "positive Folgen" gehabt.

Weithin unumstritten ist: Die lockeren Zeiten ("Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment") haben dazu beigetragen, das ranzige Sexualstrafrecht mit seinen Kuppelei- und Homosexverboten zu liberalisieren und die Sexualmoral zu verändern. Die Institution Ehe hat dadurch kaum ernstlich Schaden genommen, im Gegenteil: Gerade die heute prominentesten Protestler von einst heiraten je öfter, je lieber - der Kanzler (vier Ehen) ebenso wie sein Vize (vier Ehen).

Billy-Regal statt Schrankwand, Jeans statt Anzug, du statt Sie - die Zahl derer, die solche 68er-Folgen für Errungenschaften halten, überwiegt. Das gilt womöglich auch für die damals eingeleitete neue Ostpolitik und viele kulturpolitische Reformen - von der Abschaffung des schulischen Frontalunterrichts bis zum Abschied von der Ordinarien-Universität.

Zwiespältig muten die Auswirkungen der schwarzen Siebziger an. Die Kriegserklärung der Roten Armee Fraktion an die Gesellschaft war zugleich die Geburtsstunde des Fahndungsstaates, der auf die paramilitärische Herausforderung durch die Ultras mit Polizeiaufrüstung und Sondergesetzen reagierte - die gerade liberalisierte Bundesrepublik war im Begriff, sich zu entliberalisieren.

Überwiegend positive Folgen hatten hingegen die Ökoproteste, die in den Siebzigern aufblühten und in den grünen Achtzigern weiter eskalierten: Wenngleich die Umweltbewegung Schaumkronen von Hysterie trug, wäre es ohne sie kaum gelungen, binnen kurzem das Waldsterben mit Abgas- und Katalysatorvorschriften zu bremsen, die Flußverschmutzung zu stoppen, das Energiesparen zu popularisieren und Deutschland zum Weltmeister in der Disziplin Umwelttechnologie zu machen.

Daß die 68er-Generation stets "gewisse Wahrnehmungseinschränkungen" hatte, wie Schily höflich formuliert, ist allerdings auch unverkennbar.

Manch ein Achtundsechziger war jahrzehntelang fest davon überzeugt, daß US-Raketen grundsätzlich friedensbedrohender seien als SU-Raketen, Atomkraftwerke im Westen gefährlicher als im Osten, der Krieg der Amerikaner in Vietnam empörender als die Intervention der Russen in der Tschechoslowakei oder in Afghanistan. Fleiß, Pünktlichkeit, Sauberkeit galten vielen als tendenziell faschismusverdächtige "Sekundärtugenden".

Wenngleich durch diesen Geist geprägte Lehrer und Juristen eine Zeit lang in die Schulkollegen und Gerichte geströmt sind, ist fraglich, ob für sämtliche Defizite im Erziehungssystem und im Gerichtswesen allein die 68er verantwortlich zu machen sind. Der CSU-Mann Peter Gauweiler hält sogar den Umstand, daß die Rechtschreibfähigkeit der Deutschen seit 1968 abgenommen hat ("doppelt so viele Fehler"), für eine "Langzeitwirkung der Apo".

Mittlerweile plädieren allerdings auch Linke für die Reform manch einer Reform, die sich dem Überschwang des 68er-Aufbruchs verdankt, vom Scheidungs- bis zum Jugendstrafrecht. Auf eine Justiz beispielsweise, die Straftäter nicht ungeschoren davonkommen läßt, setzt mittlerweile auch der geläuterte Steinewerfer Fischer.

Im Mai 1999, beim Kosovo-Sonderparteitag der Grünen, hatte ein Kriegsgegner aus der Autonomenszene dem Kriegsbefürworter Fischer einen blutroten Farbbeutel an den Kopf geschleudert. Der Bellizist (Kriegsbefürworter) erlitt einen Trommelfellriß.

Fischer erstattete Strafanzeige. In der Verhandlung, kurz vor Weihnachten, beantragte der Staatsanwalt sieben Monate Gefängnis auf Bewährung für den sonderbaren 37-jährigen Farbattentäter, der vor Gericht in Frauenkleidern erschien.

Der Richter zeigte sich gnädig und blieb hinter dem Strafantrag zurück: 3.600 Mark Geldstrafe für den Beutelwerfer - wegen "schwerer Körperverletzung in einem minder schweren Fall".

Minder schwer als was?<<

04.02.2001

BRD: Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" berichtet am 4. Februar 2001: >>"Die Holocaust Industrie": Das Buch produziert den Antisemitismus - Norman G. Finkelstein im Gespräch

Norman G. Finkelstein (47), streitbarer Autor nun des Piper Verlages München, lehrt Politikwissenschaften an der City University in New York. Im vergangenen Jahr hat sein Buch "The Holocaust Industry" in Deutschland heftige Reaktionen ausgelöst. Finkelstein wirft darin vor allem jüdischen Organisationen in Amerika wie der Jewish Claims Conference vor, den Holocaust zu instrumentalisieren, um mit dem Leid der Juden Geschäfte zu machen. Die deutsche Übersetzung erscheint dieser Tage im Münchener Piper Verlag. Finkelstein wird seine Thesen am Mittwochabend in der Berliner Urania vorstellen.

Mr. Finkelstein, was antworten Sie einem deutschen Neonazi, der Ihnen sagt, daß er ihr Buch toll findet?

Soweit ich weiß, lesen die meisten Nazis ohnehin keine Bücher. Nein, ernsthaft: Wer mein Buch unbefangen und sorgfältig liest, findet darin nicht einen einzigen antisemitischen, nazistischen oder revisionistischen Satz. Diejenigen, die nicht mögen, was ich schreibe, denunzieren mich als revisionistisch oder antisemitisch, aber mein Ziel ist das genaue Gegenteil. Ich will das Ende der Holocaust-Industrie, und diese Holocaust-Industrie ist in der heutigen Welt die Hauptursache des Antisemitismus.

Wer soll denn diese so genannte Holocaust-Industrie sein und wem gehört sie?

Die Holocaust-Industrie besteht aus all denjenigen Personen, Organisationen und Institutionen, die heute politisch oder finanziell von den Leiden des jüdischen Volkes profitieren oder dieses Leiden ausbeuten, um ihre Ziele leichter zu erreichen.

Geht es konkreter?

Ich habe Personen wie Elie Wiesel genannt, Organisationen wie die Jewish Claims Conference oder Einrichtungen wie das Holocaust-Museum in Washington.

Sie beschuldigen unter anderem die Claims Conference, deutsche Entschädigungsgelder in falsche, eigene Kanäle geleitet zu haben. Das ist ein schwerer Vorwurf. Sind Sie deshalb verklagt worden?

Nein, im Gegenteil. Ich habe diese Organisationen sogar gebeten, mich zu verklagen. Ich habe ihnen das Manuskript geschickt, mit den Worten: Wenn ihr nicht mögt, was ich geschrieben habe, dann verklagt mich bitte. Laßt uns vor Gericht offen darüber diskutieren, was wahr ist. Ich habe das Gleiche zu Israel Singer gesagt, dem Direktor des World Jewish Congress. Aber sie wissen erstens, daß ich Recht habe, und zweitens, daß bei mir die übliche Taktik nicht funktioniert - die Taktik, jemanden, der diese Themen anschneidet, als Holocaustleugner oder als Antisemiten hinzustellen.

Hat man das versucht?

Nein. Das wäre bei mir unglaubwürdig. Mein wissenschaftlicher Ruf ist exzellent, ich habe meinen Abschluß in Princeton gemacht, eine Menge Bücher geschrieben oder mitgeschrieben und bin dafür ziemlich oft gelobt worden. Meine, wenn ich es mal so nennen darf, Holocaust-Glaubwürdigkeit ist tadellos. Meine Eltern haben während des Krieges viel durchgemacht. Mich persönlich zu diskreditieren, ist unmöglich. Es bleiben nur die Fakten, aber sie wissen, daß meine Fakten stimmen. Eine andere beliebte Taktik ist es, die deutsche Karte zu spielen ... Die deutsche Karte?

Im britischen Fernsehen wurde ein Vertreter des Jewish Congress nach meinen Vorwürfen wegen der zweckentfremdeten Entschädigungsgelder gefragt. Er antwortete mit dem Gegenvorwurf, daß ich in meinem Buch aus einer deutschen Zeitung zitiert habe. Ich sei ein Schüler der Deutschen, weil ich deutsche Quellen benutze. Ich hatte einen Korrespondenten der "Frankfurter Allgemeinen" zitiert. Solche Taktiken werden benutzt.

Ein Kritiker hat geschrieben: Wenn Norman Finkelstein John Miller hieße, würde sich kaum jemand für sein Buch interessieren.

Ja, das stimmt.

Sie haben also Narrenfreiheit?

Ich genieße eine gewisse Immunität. Ich kann Dinge sagen, die andere nicht sagen können. Wenn andere es sagen würden, könnte man gegen sie die übliche Taktik anwenden. Was andere nur im privaten Kreis zu sagen wagen, daß nämlich der Holocaust von einigen zu ihrem Vorteil mißbraucht wird, kann ich öffentlich aussprechen, ohne deswegen völlig zerstört zu werden. Das ist der Vorteil meiner jüdischen Familiengeschichte. Und den nutze ich aus.

Ihre Mutter hat als Holocaust-Überlebende nur eine beschämend geringe Entschädigung erhalten, 3.500 Dollar. Ihre eigene akademische Laufbahn war bisher nicht sehr glanzvoll. Haben Sie das alles nicht nur aus persönlicher Verbitterung geschrieben?

Ja, sicher, ich hatte auch persönliche Motive. Aber wieso soll diese Tatsache meine Glaubwürdigkeit berühren? Die meisten Autoren haben persönliche Motive. Als Hannah Arendt "Eichmann in Jerusalem" schrieb, hatte sie ja auch persönliche Motive. Außerdem hat "The Holocaust Industry" meinem akademischen Ruf ganz sicher nicht genützt. "The Nation on Trial", mein vorheriges Buch, zu dem Hans Mommsen das Vorwort der deutschen Ausgabe geschrieben hat, wurde von der "New York Times" zu einem der "Bücher des Jahres" ernannt. Das war 1998. Das neue Buch dagegen hat die wahrscheinlich negativste Rezension in der ganzen Geschichte der "New York Times" bekommen. Ich habe mir einmal die Besprechung von "Mein Kampf" in der "Times" aus dem Jahr 1934 angeschaut - sogar Hitler ist freundlicher besprochen worden als ich.

Was bedeutet es, daß Ihr Buch jetzt in Deutschland herauskommt, im Land, aus dem die Täter kamen?

Ehrlich gesagt, für mich ist es eine moralische Herausforderung, mit Leuten in Kontakt zu kommen, von denen mich eine historische Kluft trennt. Und als amerikanischer Jude trennt

mich nun einmal einiges von Palästinensern und Deutschen.

Was glauben Sie, was Sie in Berlin erwartet?

Ich habe keine Erwartungen, nur eine Hoffnung: Daß mein Besuch dazu beiträgt, eine offenere Diskussion in Deutschland zu legitimieren. Denn es gibt in den USA heute einen grotesken, ausbeuterischen Mißbrauch des Holocaust. Deutschland wird mit Hilfe des Holocaust politisch auf Linie gehalten und finanziell gemolken.

Gemolken?

Der Holocaust ist eine politische Waffe. Deutsche haben legitime Gründe dafür, sich gegen diesen Mißbrauch zu wehren. Gleichzeitig beschäftigen sich viele Deutsche auf ehrliche, moralische und ernsthafte Weise mit den Schrecken der Nazizeit. Die Deutschen sind, was die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte angeht, den Amerikanern weit voraus. Sie zeigen viel guten Willen. Aber nichts, was die Deutschen tun, wird von diesen Organisationen, über die ich gesprochen habe, jemals honoriert werden.<<

06.02.2001

BRD: "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 6. Februar 2001: >>"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch

Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.

Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.

Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.

Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend (vor allem auf die historische Forschung) und moralisch diskreditierend (weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine), werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren.

Einhellige Ablehnung

In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. Überdies mußte er sich bald den Vorwurf gefallen lassen, daß er mit seinem Kampfbegriff der "Holocaust-Industrie" und seiner Attacke auf ein wie auch immer geartetes "jüdisch-amerikanisches Establishment" nicht nur einen weit verbreiteten Antiamerikanismus bediene, sondern mit dem Klischee einer internationalen jüdischen Verschwörung zugleich antisemitische Ressentiments schüre.

Nur wenige deutsche Kenner der NS-Geschichte sahen sich dazu in der Lage, das Buch zu-

mindest als eine nützliche Provokation zu bezeichnen, doch auch das gelang ihnen angesichts methodischer Schwächen nur mit Mühe. Wiederholt fand sich indes der Hinweis, daß Finkelsteins Kritik an der amerikanischen Situation nicht einfach auf die deutschen Verhältnisse übertragen werden sollte: Im Land der Täter sei schließlich die Erinnerung an die NS-Diktatur und ihre Verbrechen eine Überlebensfrage für die heutige Demokratie.

Massive Kritik erntete in den vergangenen Monaten der Münchener Piper Verlag, nachdem er erklärt hatte, er werde das Buch in deutscher Übersetzung veröffentlichen. Das Werk sei doch "Wasser auf die Mühlen der Antisemiten", erklärte Salomon Korn, Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Verlag - so erklärten andere Kritiker - scheue bei seinem Vorhaben nicht den Beifall von der falschen Seite. Um diese Gefahr wisse man sehr wohl, so verlautete es aus dem Münchener Verlagshaus, doch könne es nicht sinnvoll sein, diesen Text "ausgerechnet in Deutschland nicht verfügbar" zu machen.<<

07.02.2001

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Februar 2001: >>**Das Leid, der Kitsch und das Geld**

Norman G. Finkelsteins umstrittenes Buch "Die Holocaust-Industrie" liegt jetzt in deutscher Übersetzung vor.

In diesen Tagen kommt die deutsche Übersetzung des umstrittenen Buches "Die Holocaust-Industrie" von Norman G. Finkelstein in den Buchhandel. Die folgende Rezension des Buches wurde zuerst am 14.08.2000 im Feuilleton der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht:

Es ist schon einige Jahre her, daß ein Mann, der sich mit der Geschichte der deutschen Juden beschäftigte, von einer Galerie zu einem Arbeitsgespräch eingeladen wurde. Man plante die Installation einer britischen Künstlerin: In einem nur wenig erleuchteten Raum sollten Glasröhren aufgebaut werden, durch die der Sand rieseln würde.

Ob das Werk tatsächlich den Titel "Holocaust" tragen oder nur deutlich darauf anspielen sollte, ist nicht mehr festzustellen. Jedenfalls glaubte unser Mann nach der Projektbeschreibung erstmals sein Unbehagen an der Aufklärung über ein Thema bemerken zu können, der er bisher seine Teilnahme nie versagt hatte. Kurz darauf erreichte ihn ein Buch mit pädagogischen Anleitungen für den geplanten Holocaust-Unterricht in Kindergärten. Das Vorwort stammte von der Hamburger Bischöfin Maria Jepsen, einer ehrenwerten Frau.

Jeder, der den Kulturbetrieb kennt, hat in den letzten Jahren ähnliche Erfahrungen machen können: Die Entrechtung, Vertreibung, Versklavung und Ermordung der europäischen Juden wurde zur Grundlage einer pseudoreligiösen Rhetorik, ja für manche zum eigenen Erwerbszweig. Irgendwann kam in den Vereinigten Staaten der böse Satz auf: "There is no business like Shoa-business." Kein Geschäft ist so gut wie das mit dem moralischen Kapital des guten Gewissens.

Von einer "Holocaust-Industrie" und der Ausbeutung jüdischen Leidens spricht das Buch von Norman G. Finkelstein, das jetzt in der deutschen Übersetzung vorliegt. Es geht über den vagen Unmut, den man in Deutschland zuweilen verspüren mochte, weit hinaus. Wäre Finkelstein in der Galerie gewesen, er hätte vermutlich nach dem Preis des Holocaust-Kunstwerks gefragt. Sein Buch spricht eine klare Sprache, nennt Namen und hat die Wirkung der großen Polemik. "Beifall von der falschen Seite" - diese Vorhaltung, mit der man auch zur Zeit des Kommunismus jeden Einwand ruhigstellen wollte - schreckt ihn nicht. Finkelsteins Argumente sind nicht die der rechtsradikalen Leugner. Während seine Eltern die Vernichtungslager überlebten, kehrten große Teile der Familie nicht mehr zurück.

Finkelstein ist ein jüdischer Dissident, wie Hannah Arendt zu ihrer Zeit. Eine ideologische Darstellung der Naziverbrechen: Das ist, so Finkelstein, die Hauptsünde der Holocaust-Industrie. Er will zu den robusten politischen Kategorien zurück, die einst die Linke und die

Dissidenten auszeichneten: Er spricht von Geschichte, Macht und Interessen, nicht von Erinnerung. Und Ideologie bedeutet für ihn nicht nur eine ästhetisch mißglückte Darstellung - auch wenn ihm gerade hier, an den unsäglichen Sätzen des gefeierten Elie Wiesel über die "Majestät" des Holocaust, die überzeugendste Kritik gelingt -, sondern Ideologie heißt klipp und klar: Der Kitsch ist eine Waffe im politischen und wirtschaftlichen Kampf. Hier gewinnt das Buch seine eigentliche Brisanz.

Der erste Teil seiner Polemik untersucht die Entstehung des neueren Bildes, Finkelstein datiert sie auf den Sechs-Tage-Krieg von 1967. Vorher war die Botschaft des Holocaust universalistisch interpretiert worden. Aber als nun Shimon Peres immer noch von den "beiden Holocausts" des zwanzigsten Jahrhunderts sprach - Auschwitz und Hiroshima -, wurde diese Äußerung von Elie Wiesel zurückgewiesen. Eine neue Linie setzte sich durch: die These vom unvergleichlichen, historisch einmaligen Charakter der NS-Verbrechen.

Nun ist das schon logisch ein Problem, denn die Behauptung der Unvergleichbarkeit setzt voraus, daß man bereits verglichen hat. Der Gewinn aber war eine privilegierte Position im Kampf um die Anerkennung des Leids, der die amerikanische Gesellschaft durchzieht: Dem Armenier-Genozid durch die Türken wurde ein eigener Gedenktag versagt; das National Holocaust Memorial Museum in Washington zögerte, auch das Leiden der Zigeuner oder die Euthanasie-Aktionen zu erwähnen, deren Opfer Deutsche waren. In jedem Konflikt, in dem individuelle Juden oder jüdische Organisationen standen, konnte der Antisemitismus-Verdacht mobilisiert werden.

Der Sprengsatz steckt im dritten Teil, der sich nicht scheut, vom Geld zu reden und von den Kampagnen der vergangenen Jahre. Finkelstein wirft den amerikanischen Organisationen zwei Dinge vor: Sie legten ihren Forderungen zu hohe Zahlen der überlebenden Opfer zugrunde, und zweitens: Sie hätten große Teile der deutschen Wiedergutmachungszahlungen, die seit Beginn der fünfziger Jahre geleistet wurden, für andere Zwecke des jüdischen Aufbaus verwendet. Nur etwa fünfzehn Prozent der Gesamtleistungen seien jüdischen Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung zugute gekommen. Die Jewish Claims Conference steht nun, nicht zum ersten Mal übrigens, unter Druck. Der Streit, den etwa Gabriele Hammerstein mit der Organisation ausfechten mußte, um an das Erbe ihrer vertriebenen Eltern zu gelangen, machte schon vor mehr als zwei Jahren Schlagzeilen.

Zugegeben: Finkelstein vermennt Wichtiges mit Unwichtigem (welcher Anwalt hat welches Honorar erhalten), er ist, wie die "Neuen Historiker" in Israel, skeptisch gegenüber den zionistischen Gründungsmythen und sieht nicht immer die realpolitischen Zwänge, in denen jeder Staat, eben auch Israel, sich befindet. Aber Polemik entsteht nicht in der Ruhe der Gelehrsamkeit, sie muß die Dinge zuspitzen. Dafür ist es, als würde plötzlich ein Fenster geöffnet. ...<<

17.02.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 17. Februar 2001 (x887/...):

>>Der "Wandel" ist Schwindel

Korruption, Gewaltwelle, hemmungsloser Egoismus: Das Schwinden der ethischen Fundamente bedroht unser Gemeinwesen längst im innersten Kern

(Uwe Greve)

Ethik und Moral gehen dem Fortschritt nicht voran, sondern sie folgen ihm. Schon die zehn Gebote beweisen dies. Gebote wie "Du sollst nicht stehlen" oder "Du sollst nicht töten" sind ja nur deshalb notwendig geworden, weil Menschen bereits gestohlen und getötet hatten. Daß wir den Herrn, unseren Gott, "ehren und keine anderen Götter neben ihm haben" sollen, setzt die Erfahrung voraus, daß die Menschen viele Götter angebetet haben.

In anderen Regionen der Erde mit anderen religiösen Vorstellungen war dies nicht anders. "Gesandter Gottes, welches ist die größte Sünde? Wenn du ein Götzenbild neben Gott stellst, der dich erschaffen hat! Und was noch? ... Ehebruch zu begehen mit dem Weibe deines Nach-

barn." So steht es geschrieben in den Sammlungen von Bukhari, bedeutenden islamischen Glaubensschriften. Die Weisung, Armen und Kranken zu helfen, finden wir in allen Weltreligionen. "Durch mildtätige Werke und andere Tugenden kann ich die Buddhaschaft zum Heil der Welt erlangen", heißt es in den Glaubensschriften der tibetischen Variante des Buddhismus.

Das Vorhandensein solcher religiöser Forderungen zeigt uns, daß die Menschen egoistisch und selbstsüchtig waren, denn sonst hätten solche Ge- und Verbote nicht aufgestellt und niedergeschrieben werden müssen. Ethische und moralische Forderungen sind Beweis dafür, daß es ethische und moralische Rückstände immer gegeben hat.

In der technischen Industriegesellschaft von heute ist dies nicht anders. Der technische Fortschritt, die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die er bewirkt hat und ständig weiter bewirkt, sind mit der Moral und den ethischen Normen des vortechnischen Zeitalters nicht mehr ausreichend zu bewältigen. Ethik und Moral entstehen aus der Erfahrung, daß ohne sie das menschliche Zusammenleben nicht oder nur sehr unzulänglich funktioniert. Und neue Erfahrungen erzwingen neue ethische und moralische Normen oder die Verschärfung gewachsener Wertmaßstäbe.

Nehmen wir als Beispiel die strikteste Form der Ethik, das Recht. Als sich immer mehr Eisenbahnstränge durch das Land zogen und die Schienenfahrzeuge mit immer größerer Geschwindigkeit fuhren, wurde die Erfahrung gemacht, daß die neuen Verkehrswege der Eisenbahn Gefahrenquellen neuer Art für die Menschen darstellten. Gefahren, wie es sie im Zeitalter der Postkutschen und Pferdefuhrwerke nicht gegeben hatte. Deshalb wurde für die Eisenbahn die Gefährdungshaftung eingeführt. Das heißt: Die Eisenbahn mußte für Unfälle haften, die auf ihrem Verkehrsgelände geschehen waren. Die Aufstellung von Warnzeichen und Schranken wurde verfügt.

Und was wir heute mit dem Schlagwort "Umweltschutz" oder "Lebensschutz" umschreiben, bedeutet keinesfalls nur eine neue Art ökonomischen Verhaltens. Mit Umweltschutz verbinden wir eine große Zahl ethischer Normen, die unter dem Oberbegriff "Erhaltung der natürlichen Umwelt des Menschen" zusammengefaßt werden können.

Im einzelnen gehören dazu eine Reihe von Zielen, wie zum Beispiel: die Luft sauberzuhalten; die Flüsse und Meere nicht zu Kloaken zu degradieren; nicht immer mehr Naturlandschaften zu Industrie- und Wohnwüsten zuzubetonieren; die Lebensräume der Tierwelt nicht so einzuengen, daß Arten aussterben; die tropischen Regenwälder als Ökosystem und Sauerstoffquelle zu erhalten; mit den Rohstoffen dieser Erde sorglich und sparsam umzugehen, damit kommenden Generationen nicht die Lebensgrundlage entzogen wird; die Wiederverwendung von Rohstoffen zu fördern; die Zahl der Menschen auf diesem Erdball in einer Größenordnung zu halten, die menschliches Leben in Würde und Freiheit zuläßt. Dazu ist die Ausformung neuer beziehungsweise die Wiederentdeckung in vergangenen Generationen bereits gelebter Wertnormen notwendig.

Zum Werteverfall in der Gegenwart trägt seit langem bei, daß die moralische Kraft des Christentums immer weiter sinkt. Im christlichen Glauben spielt der Gedanke an Strafe und Belohnung eine bedeutende Rolle. Nun will zwar niemand die Religion als "Zuchtmittel" wiederbeleben. Doch das moralische Gewissen ist wertvolle Richtschnur für menschliches Verhalten und unverzichtbares Korrektiv für Entscheidungen.

Auch Handlungen, die der Mensch vor der Allgemeinheit verbergen kann und für die er keine Strafe zu befürchten hat, werden von dem "inneren Richter" auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft. Doch in einer Welt, die Gott für tot erklärt hat, ist dieser sittliche Wegweiser unwirksam geworden. Es ist alles erlaubt, weil keine Strafe zu befürchten ist.

Auch überpersönliche Verpflichtungen, wie sie zum Beispiel durch die Bindung an das eigene Vaterland entstehen können, werden kaum noch anerkannt. Sie bilden keine Hemmschwelle

gegen das Ausleben persönlicher Wünsche und Triebe. Je weniger es ein gemeinschaftliches Willensbild gibt, sein Vaterland zu stützen und zu fördern, um so mehr ist der einzelne sich selbst genug und sieht ausschließlich sein eigenes Befinden, seine persönlichen Interessen im Mittelpunkt des Lebens.

Weil ebensowenig Schulen, Medien und Eltern die Erziehungsaufgabe ausreichend erfüllen, bleibt die Frage unbeantwortet, in welche Richtung denn überhaupt das Gewissen des Nachwuchses entwickelt werden soll. Strafen sind jedenfalls keine Möglichkeit, gemeinschaftsfeindliche, egoistische Triebkräfte im Zaum zu halten.

Eine Staats- und Wirtschaftsordnung, die in einem harten politischen und wirtschaftlichen Wettkampf mit anderen Staaten und Ordnungsmodellen steht, bedarf zwar nicht von oben verordneter Kollektivität, aber auf jeden Fall eines Gemeinschaftswillens, der aus der inneren Überzeugung des einzelnen erwächst, daß Freiheit, Kultur und Wohlstand nur gemeinsam erhalten werden können.

Die Werterziehung in Deutschland ist an einem Tiefpunkt angelangt, der kaum noch unterboten werden kann. Von allen Krisenerscheinungen der Gegenwart ist der Werteverfall bei weitem das schlimmste Syndrom, weil er sämtliche Lebensbereiche umfaßt: die Wirtschaft, das Staatsgefüge, die zwischenmenschlichen Beziehungen. Ein Volk, in dem die unverzichtbaren Wertvorstellungen verkümmern, verurteilt sich selbst zum Untergang.

"Ohne Tugenden hat das Land keine Zukunft", stellte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede zum 40jährigen Bestehen des CDU-Wirtschaftsrates im Herbst 1993 fest. Allein, in die Bewunderung für diese ach so unzweideutigen Worte aus einem Politikermund mischt sich für einen halbwegs regen Verstand doch mit leichtem Befremden die Frage, warum denn die CDU, die die längste Zeit in Bonn und vielen Bundesländern regierte, auch in ihrer zweiten Regierungszeit den Werteverfall fortschreiten ließ. Diese Frage sei besonders an den ehemaligen Bundeskanzler, die Kabinettsmitglieder und die Parteivorstände der letzten Jahrzehnte gerichtet.

In vielen Bundesländern regierte die CDU jahrzehntelang und beugte sich in der Bildungspolitik gar zu oft dem Zeitgeist. Bleibend gültige Werte wurden bedenkenlos auch von CDU-Politikern den pseudomarxistischen Idealen der Professorgeneration der Achtundsechziger und ihrer Epigonen geopfert, wenn nur Funk, Fernsehen und Presse den Fehlweg als "fortschrittlich" priesen.

Gewiß hat hier auch eine menschliche Schwäche hineingespielt: Es lebt sich als Politiker soviel angenehmer, wenn man von den Medien, dieser vierten Macht im Staate, zitiert, gelobt und wohlwollend kommentiert, als wenn man totgeschwiegen oder verrissen wird. So braucht man wenigstens keine Courage, um eine unpopuläre Meinung zu vertreten. Außerdem enthebt es einen des lästigen kritischen Durchdenkens, ob das Neue denn nun wirklich besser als das Alte ist, wenn man jede Neuerung unbesehen als Entwicklung zum Besseren bewertet.

Immer wieder lesen wir in Zeitungen und Zeitschriften Überschriften wie "Wertewandel als Herausforderung", "Wenn Werte wechseln" oder "Werte wandeln sich immer schneller". Da klingt so, als läge etwas Schicksalhafteres, vom Menschen nicht Beeinflußbares über der Entwicklung des Wertesystems eines Volkes, eines Staates, einer Gesellschaft.

Werte werden jedoch allein durch Erziehung vermittelt - oder eben nicht, wie es heute leider allzuoft der Fall ist -, und sie entwickeln sich durch Vorbilder, an denen sich junge Menschen orientieren können. Fehlt dieser Bezugsrahmen, so wächst eine hilf- und ratlose, desorientierte Jugend heran. Das haben Ideologen viel früher erkannt und genutzt als bürgerliche Politiker, die auf Wertewandel reagieren, statt in der Werteerziehung zu agieren.

Nach über 30 Jahren Reformen stehen wir vor einem Schulwesen, in dem Lehrer, Schüler und Eltern gleichermaßen verunsichert sind. Hunderte von ideologisch bedingten Fehlern reihten sich zu einer Prozession schulischen Niedergangs aneinander. Pluralismus der Ideen und

Wettbewerb der Meinungen sind für eine Demokratie und für die soziale Marktwirtschaft unverzichtbar. Werte-Pluralismus aber, das heißt Unverbindlichkeit der Werte, zerstört das Ganze.

Wo die lebens- und gemeinschaftnotwendigen Tugenden zum freien Angebot verkümmern, läßt sich auf die Dauer weder Demokratie noch soziale Marktwirtschaft betreiben. Sie beruhen auf einem von allen anerkannten Gefüge von Werten und sittlichen Eigenschaften.

In der Bundesrepublik Deutschland muß deshalb

- die Familie mit allen denkbaren Mitteln gestützt werden;
- die Schule durch neue Lehrpläne zur ethisch-moralischen Werterziehung verpflichtet werden;
- das Prinzip der Selbstverwirklichung durch das Prinzip der Selbstverantwortlichkeit in der Gemeinschaft ersetzt werden;
- die Pflege des historischen Vorbilds in Wirtschaft und Staat wieder eingeführt werden;
- der Gewaltkult im Fernsehen gestoppt werden;
- endlich anerkannt werden, daß ein Höchstmaß persönlicher Bedürfnisbefriedigung, verbunden mit einem Mindestmaß moralischer Beschränkung, das Ende unserer Wirtschafts- und Staatsordnung darstellt.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 17. Februar 2001 (x887/...): >>**Marx und Engels - die Väter des Terrors**

Rotbuch des Kommunismus: Siegmund Faust über ein neue Arbeit des Marxismus-Forschers Prof. Dr. Konrad Löw

Das Schwarzbuch des Kommunismus, 1998 erschienen und weltweit verbreitet, endet mit dem von Stéphane Courtois verfaßten Kapitel "Pourquoi?". Und diese berechtigte Frage "Warum?" folgt auf den Nachweis, daß die kommunistische Weltbewegung annähernd einhundert Millionen Menschenleben vernichtet hat.

"Warum", fragt Courtois, "etablierte sich der 1917 erstmals auftretende moderne Kommunismus beinahe sofort als blutige Diktatur und dann als verbrecherisches Regime, konnten seine Ziele nur mittels extremer Gewaltanwendung erreicht werden? Wie ist es zu erklären, daß die kommunistischen Machthaber das Verbrechen jahrzehntelang als eine banale, normale, ordnungsgemäße Maßnahme aufgefaßt und praktiziert haben?"

Courtois befaßt sich anschließend mit dem Terror während der Französischen Revolution und kommt zu dem Ergebnis: Die "Herrschaft der Tugend" tötete Zehntausende. Dann fährt er fort: "Diese Urerfahrung des Terrors scheint die wichtigsten revolutionären Denker der 19. Jahrhunderts kaum inspiriert zu haben. Marx hat ihr wenig Aufmerksamkeit geschenkt."

Wirklich? Ganz zu Recht wird Marx vor allen anderen erwähnt, denn Marx ist der bekannteste revolutionäre Denker. Unbestritten hat sein Manifest der Kommunistischen Partei die mit Abstand weiteste Verbreitung aller politischen Publikationen gefunden. Der gemeinsame Nenner der Täter des Schwarzbuchs ist das Bekenntnis zu Marx, gefolgt von Lenin, der sich seinerseits als glühender Marxist ausgab. Diese Tatsachen drängen doch die Frage auf: War Marx der Anstifter, der Schreibtischtäter, der geistige Urheber der Verbrechen, vielleicht sogar der erstrangige?

Die herrschende Meinung spricht indes ohne nähere Begründung von einer Perversion des Marxismus durch den Stalinismus. Der Ausgangspunkt des Marxismus sei der Humanismus gewesen, das edle Streben, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern, die Klassenkämpfe zu überwinden, die Gewalt, letztlich alle Herrschaft von Menschen über Menschen, also auch die Staatsgewalt, abzuschaffen.

Selbst Courtois nimmt Marx vorsichtig aus dem Schußfeld: "Gewiß betonte und forderte er die 'Rolle der Gewalt in der Geschichte'. Aber er sah darin eine sehr allgemeine These, die nicht auf eine systematische, absichtliche Gewaltanwendung gegen Personen zielte. Schon

1872 hatte Marx die Hoffnung geäußert, die Revolution könne in den Vereinigten Staaten, in England und Holland friedliche Formen annehmen. Im Namen der Wahrheit ihrer Botschaft gingen die Bolschewiken von der symbolischen Gewalt zur tatsächlichen Gewaltanwendung über und errichteten eine absolute, willkürliche Herrschaft. Sie nannten sie 'Diktatur des Proletariats' und nahmen damit einen Ausdruck auf, den Marx zufällig in einem Briefwechsel gebraucht hatte."

Hat Courtois und haben jene, die ähnlich denken, ein zutreffendes Bild von Marx? Oder laufen sie einem wirklichkeitsfremden Mythos hinterher, der seit über hundert Jahren raffiniert kultiviert worden ist? Konrad Löw, der wie kein anderer die Werke der beiden Freunde Marx & Engels studiert und ausgewertet hat - man denke nur an sein Marxismus-Quellenlexikon -, gibt eine klare Antwort: Die Täter der im Schwarzbuch des Kommunismus aufgelisteten Verbrechen haben ihre Untaten prinzipiell im Geiste ihres Namenspatrons begangen und sich daher zu Recht als Marxisten ausgegeben. Diesem Resümee gehen rund eintausend Zitate voraus, die nicht ohne große Betroffenheit zur Kenntnis genommen werden können.

Es scheint schwer vorstellbar, daß jemand nach der Lektüre die vom Autor gezogene Schlußfolgerung anficht. Die authentischen Texte sprechen in ihrer Gesamtheit eine so deutliche Sprache, daß den unverbesserlichen Marxisten nur noch das Totschweigen als Ausweg übrigbleibt. Die Zitate liefern eine schier endlose Kette von Belegen der Verachtung, Krisensehnsucht, Revolutionserwartung, Gewaltbereitschaft und des Hasses und Vernichtungsdranges.

Diese Kette ist eng verschlungen mit einer anderen, deren Glieder die Namen Egoismus, Despotismus, Größenwahn und Selbstvergottung tragen. Die Texte der Freunde Marx und Engels gliederte Löw nach einzelnen Jahren; mehrere Jahre sind zu Kapiteln zusammengefaßt, wobei sich die Strukturierung an Lebensabschnitten der beiden orientiert.

Zwei Publikationen bilden insofern eine Ausnahme, nämlich "Das Manifest der Kommunistischen Partei" und "Das Kapital". Da es sich hier bekanntlich um deren wichtigste Veröffentlichungen handelt, werden die Zitate aus diesen Werken in eigenen Kapiteln erfaßt. Auch die schockierenden Kapitelüberschriften sind lediglich den Äußerungen der Freunde entnommen und lauten:

1. "Die Welt soll aus mir selbst entsteigen" (1835-1842),
2. "Rücksichtslose Kritik alles Bestehenden" (1843-1847),
3. "Gewaltsamer Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung - Das Manifest der Kommunistischen Partei" (1848),
4. "Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus" (1848-1849),
5. "Die schauerhafte Friedensperiode" (1850-1863),
6. "Le grand Chef de l'International" (1864-1872),
7. "Aus allen Poren blut- und schmutztriefend - Das Kapital" (1867),
8. "Diktatur des Proletariats" (1873-1883).

Wie oben schon erwähnt, behauptete der Herausgeber des Schwarzbuchs, Marx habe den Begriff "Diktatur des Proletariats" nur zufällig in einem Brief gebraucht. Doch wie verhält es sich tatsächlich? Löw widerspricht Courtois und legt die für viele peinlichen Fakten wie Trümpfe offen. Da dieses Beispiel für viele steht, soll es hier kurz veranschaulicht werden:

Bereits im Kommunistischen Manifest, Februar 1848, ist von "despotischen Eingriffen in das Eigentumsrecht" die Rede. Ferner wird die "Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat" gefordert. Als Herausgeber und Chefredakteur der "Neuen Rheinischen Zeitung" stellte Marx am 14. September 1848 fest: "Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur."

Im Jahre 1850 begegnet uns die "Diktatur der Arbeiterklasse". Ziemlich zeitgleich unterzeichnen Marx und Engels ein Dokument mit der Überschrift: "Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten", in dessen Art. 1 von der "Diktatur der Proletarier" die Rede ist: "Das Ziel der

Assoziation ist der Sturz aller privilegierten Klassen, ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Proletarier, in welcher die Revolution in Permanenz erhalten wird bis zur Verwirklichung des Kommunismus, der die letzte Organisationsform der menschlichen Familie sein wird."

Wenig später heißt es: "Die Klassendiktatur des Proletariats" sei ein "notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt".

In einem aufschlußreichen Brief schrieb Marx am 5. März 1852: "Was ich neu tat war 1. nachzuweisen ..., daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; ... 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."

Zwanzig Jahre lang wird dann der Ausdruck in schriftlichen Äußerungen offenbar nicht mehr aktiv verwendet. Nur gleichsam im Spiegelbild taucht er auf. Marx zitiert Karl Vogt: "Unter dem Namen der Schwefelbande ... war unter der Flüchtlingsschaft von 1849 eine Anzahl von Leuten bekannt, die ... sich allmählich in London sammelten und dort als ihr sichtbares Oberhaupt Herrn Marx verehrten. Politisches Prinzip dieser Gesellen war die Diktatur des Proletariats etc."

Wer, wie etwa Wolfgang Leonhard, glaubt, Marx und Engels hätten den Begriff während dieser Zeit nicht verwendet, läßt die mündlichen Äußerungen unberücksichtigt. "The World" druckte am 15. Oktober 1871 die Aufzeichnungen eines Korrespondenten über Marxens Rede anlässlich der Feiern zum 7. Jahrestag der Internationalen Arbeiterassoziation am 25. September 1871 in London. Darin heißt es: "Aber bevor eine solche Änderung vollzogen werden könne, sei eine Diktatur des Proletariats notwendig ..."

Auch eine Äußerung Engels' aus dem Jahre 1872 läßt auf den häufigen Gebrauch von "Diktatur des Proletariats" durch Marx schließen. Denn Engels behauptet: "Ebenso haben die sogenannten Blanquisten ... die Anschauung des deutschen wissenschaftlichen Sozialismus von der Notwendigkeit der politischen Aktion des Proletariats und seiner Diktatur als Übergang zur Abschaffung der Klassen und, mit ihnen, des Staates - wie solche bereits im kommunistischen Manifest und seitdem unzählige Male ausgesprochen worden", proklamiert.

In einem Brief vom 4. September 1872 schrieb Eugene Vermersch: "Im Abstand von einer halben Stunde gab er (Marx) dann auch die beiden folgenden charakteristischen Sätze von sich, von denen ich glauben möchte, daß sie für sein politisches Vorgehen bezeichnend sind: 'Die proletarische Diktatur ist ein notwendiges historisches Durchgangsstadium der Geschichte!' ..."

In der Broschüre "Zur Wohnungsfrage", verfaßt 1872/73 von Engels, stoßen wir mehrmals auf ein Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats. 1874 verteidigte Engels die Diktatur des Proletariats gegen Blanquis "Diktatur eines oder einiger weniger". 1875 war es Marx, der mit größter Selbstverständlichkeit den Gedanken erneut aussprach: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, in der der Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Im Vorfeld der Veröffentlichung des Rotbuches kam es anlässlich einer Tagung zu einem Streitgespräch zwischen Courtois und Löw über die geistige Hinterlassenschaft von Marx. Courtois, der aus der tiefsten linken Ecke kommt, war aufgeschlossen genug, die zwingenden Fakten zu akzeptieren und sein Marxbild grundlegend zu revidieren. Insofern ist er eine große Ausnahme.

Die Konsequenz seiner Konversion mündete in der Bereitschaft, das Vorwort zu diesem "Rotbuch" beizusteuern. Darin schreibt er: "Die Abstammung des Leninismus vom Marxismus wird also wieder zur wichtigen intellektuellen und politischen Frage, und das Buch von Konrad Löw gibt darauf eine erste Antwort."

"Abstammung des Leninismus vom Marxismus" - das wirft freilich die Frage auf: Ist der

"Marxismus" nun das, was man aus Marx gemacht hat, oder ist er gleichzusetzen mit dem originären Marx? Wenn Letzteres der Fall ist, muß man wiederum fragen, welcher Marx denn gemeint ist: der alte, der junge? Viele behaupten nämlich, es gebe einen Bruch zwischen dem humanistischen jungen und dem materialistischen alten Marx.

Löw weist jedoch nach, daß diese Unterscheidung keinen Sinn ergibt. Die Elemente beider Ketten, von denen oben die Rede war, finden wir bereits in den frühesten uns überlieferten Marx-Texten, sowohl im deutschen Abituraufsatz, in den Jugendgedichten als auch in der Dissertation. Das schier maßlose Selbstbewußtsein, die Selbstvergötzung, durchzieht wie ein roter Faden das ganze Leben, begegnet uns buchstäblich auf jeder Seite jedes Zeitabschnittes, aus dem uns Aufzeichnungen erhalten geblieben sind. Dabei waren Marx und Engels in der Schule nur guter Durchschnitt, als Student drückte sich Marx um jedes Examen, bis er dann unter ganz außergewöhnlich günstigen Umständen dort, wo die Promotion am "billigsten" zu haben war, in Jena, den Doktor phil. erwarb, ohne je in Jena gewesen zu sein.

Mit dieser krankhaften Egozentrik ging geradezu notwendig die Verachtung aller anderen einher, beschränkt eben nicht nur auf die Aristokraten und die Bourgeois, vielmehr mitumfassend auch die Demokraten, die konkurrierenden Sozialisten und Kommunisten, das eigene Volk und praktisch alle anderen Völker, Menschen aller Klassen, Rassen und Schichten.

Im Anhang können die frühesten Beurteilungen von Marx seitens ehemaliger Freunde und Kampfgenossen studiert werden. Sie lassen schon die blutigen Säuberungen erahnen, die dann unter Lenin, noch gewaltiger unter Stalin Wirklichkeit wurden. So klagte Wilhelm Weitling bereits 1846: "Ich bin ihr ärgster Feind und kriege zuerst den Kopf heruntergeschlagen, dann die andern, zuletzt ihre Freunde, und ganz zuletzt schneiden sie sich selbst den Hals ab. Die Kritik zerfrißt alles Bestehende." ...

Konrad Löw: "Das Rotbuch der kommunistischen Ideologie. Marx & Engels - die Väter des Terrors" (mit einem Vorwort von Stéphane Courtois, Herausgeber von "Das Schwarzbuch des Kommunismus") ... München 1999 ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 17. Februar 2001 (x887/...): >>**Finkelstein stürmt Buchmarkt**

Kritik an "Holocaust-Industrie" elektrisiert die Deutschen

Kein Zweifel: Der amerikanisch-jüdische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein hat die Deutschen elektrisiert. Sein Buch von der "Holocaust-Industrie" hat eine ans Hysterische grenzende Debatte ausgelöst. Nachdem der Band im vergangenen Juli in den USA erschienen war (das Ostpreußenblatt berichtete), versuchten aufgeschreckte Meinungswächter zunächst sogar, die Übersetzung ins Deutsche zu verhindern, so irritierend war ihnen sein Inhalt.

Nun, Finkelsteins Abrechnung mit der "Ausbeutung jüdischen Leids" durch mächtige jüdische Organisationen erschien dennoch auf deutsch und erstürmt furios den Buchmarkt. Beim führenden Internet-Buchversand "amazon.de" rangiert das Werk bereits auf Platz eins der Rangliste, wird also häufiger bestellt als jeder andere derzeit erhältliche Band.

Vergangene Woche stellte sich Norman Finkelstein in Berlin der Diskussion. Hier würdigte er ausführlich die Bemühungen der Deutschen, sich den Schatten der Vergangenheit zu stellen, und prangerte die Art an, in der es ihnen vergolten werde. Nicht der Völkermord an den Juden sei unvergleichlich, wohl aber die Haltung der Deutschen, die sich im Unterschied zu anderen Nationen der Opfer annähmen, seit Jahrzehnten gewaltige Entschädigungsleistungen erbrächten und das Andenken wahrten.

Statt dies zu respektieren, würde jedoch Kampagne auf Kampagne gegen die Deutschen gestartet - bis hin zu dem "absurden" Machwerk Daniel Goldhagens. Goldhagen hatte in seinem vor wenigen Jahren erschienenen Buch "Hitlers willige Vollstrecker" den Deutschen eine Art natürlicher Veranlagung zum Judenmord untergeschoben und verstieg sich so in die vulgären Erklärungsmuster klassischer Rassisten.

Finkelstein machte in Berlin kein Hehl aus seinem Unverständnis darüber, in welchem Ausmaß deutsche Meinungsführer einen Goldhagen gefeiert haben und ihn selbst nun derart scharf kritisierten.

Ein Unverständnis, das die Mehrheit der Deutschen teilt. Dies wurde nicht erst anhand der freundlichen Aufnahme des Finkelstein-Buchs sichtbar. Als im Herbst 1998 der Schriftsteller Martin Walser die "Instrumentalisierung des Holocaust" öffentlich anprangerte, löste er spontanen Beifall aus. Nachdem allerdings der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, Walser als "geistigen Brandstifter" beschimpft hatte, gingen Medien, Politiker und Wissenschaftler wieder auf vorsichtige Distanz zu dem Autor.

Finkelstein indes ist Jude, Walser nicht. So abwegig es im Zeitalter angeblich aufgeklärter Menschen erscheinen mag - das ist offenbar ein Unterschied, der darüber entscheidet, wer gewisse Wahrheiten aussprechen darf und wer nicht.

Jetzt wird darüber fabuliert, welche Wirkungen Finkelsteins Thesen zeitigen werden. Der Autor griff besonders die Selbstgerechtigkeit der US-Amerikaner auf. Nach Indianer-Völkermord und der Sklaven-Barbarei hätten sie kein Recht, über die Deutschen moralisch zu richten. Dieses Volk sei bei der Aufarbeitung seiner Vergangenheit den Amerikanern "um Lichtjahre voraus".

Das regt zu tieferem Nachdenken an - auch über deutsche Verantwortung für die Welt. Können wir unseren Weg der Vergangenheits-Vergegenwärtigung anderen Nationen wirklich guten Gewissens zu Nachahmung empfehlen? Unsere Nachbarn werden sich die deutsche Methode genau ansehen und nicht vor der frivolen Frage zurückschrecken, was es den Deutschen denn gebracht hat, so wie gehabt zu verfahren.

Der düstere Verdacht, daß jeder deutschen Geste tätiger Reue bloß immer neue, immer gewaltigere Forderungen und drastischere antideutsche Attacken nachfolgen, hat sich im Bewußtsein der breiten Masse hierzulande längst tief eingebrannt.

Und hier geht es längst nicht nur um Geld. Unwidersprochen hat sich der Begriff vom "Volk der Täter" in den Sprachgebrauch eingeschlichen. Das ist mehr als ein bloß hingesagtes Wort, es ist ein Attribut, welches ein Volk auf das tiefste stigmatisiert. Einst war in bezug auf unterschiedliche Nationen vom "Volk der Seefahrer", "der Pioniere", "der Dichter und Denker" die Rede. Und nun also vom "Volk der Täter" - in Stein gemeißelt, für die Ewigkeit, als fatales Urteil über alle vergangenen und kommenden Generationen.

In diese Logik eingeschlossen ist das Verbot, über deutsche Opfer, über Vertriebene zumal, zu sprechen. "Deutsche Täter sind keine Opfer" stand auf dem Transparent, welches Linksextreme zum Ende der Berliner Finkelstein-Diskussion entrollten.

Deutsch sein heißt also Täter sein - grundsätzlich, als angeborenes Merkmal sozusagen. Dies ist keine Mahnung zum kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte mehr. Es ist eine moralische Todesfalle.<<

24.02.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 24. Februar 2001 (x887/...):

>>**Stich ins Wespennest**

Das Echo auf Finkelstein: Die Deutschen sind erleichtert, ihre Medien sind entsetzt. Fast zwei Drittel der Deutschen stimmen einer Umfrage zufolge zumindest teilweise den Thesen des US-Politikwissenschaftlers Norman Finkelstein "zur "Holocaust-Industrie" zu: 15 Prozent der Befragten teilten seine Ansichten ohne Einschränkungen, weitere 50 Prozent mit Abstrichen, berichtete der "Spiegel".

Ganz anders die Meinungen unserer Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunksender. 90 Prozent lehnen Finkelstein - teilweise rabiāt - ab, diskriminieren ihn, machen sich über ihn lustig.

Seit Jahren läßt sich die Bundesregierung darauf ein, mit großen jüdischen Organisationen in den USA über eine Art "Wiedergutmachung", besser wohl: Reparationszahlung, vorgeblich an

Holocaust-Opfer zu verhandeln. Falls Deutschland nicht zahlt, drohen die Organisationen mit Repressionen gegen deutsche Firmen in den USA, und das, obgleich Wiedergutmachungen an KZ-Häftlinge längst gezahlt worden sind, teils direkt an die betroffenen Menschen, teils über eben diese Organisationen.

In Deutschland ist das Thema mit einem Tabu belegt. Die allermeisten Chefs in deutschen Zeitungen und Sendern sorgen dafür, daß ihre Redakteure brav der politischen Korrektheit folgen und kein Wort der Kritik am Vorgehen der "pressure groups" laut werden lassen. Seit verganginem Sommer tritt in den USA ein junger Politikwissenschaftler auf, der sich als Jude ein kritisches Wort erlauben darf. Zudem sind beide Elternteile in deutschen Lagern gewesen und haben glücklicherweise überlebt.

Während sein Vater bis zu seinem Tod als Wiedergutmachung direkt aus Deutschland eine Rente bekam, deren Erhalt sein Sohn durchaus würdigt, hoffte seine Mutter auf Wiedergutmachung über eine der großen jüdischen Organisationen, die von der Bundesrepublik gewaltige Summen zur Weitergabe an die Opfer bereits in den früheren Jahren erhalten hatten. Sie wartete vergebens. Die Organisationen verwandten die Wiedergutmachungsgelder aus Deutschland, so Finkelsteins Vorwurf, eher für eigene Zwecke überall in der Welt oder für die Stärkung jüdischer Gemeinden.

Das und seine übrigen Beobachtungen als Politologe ließen ihn zu einem heftigen Kritiker der einflußreichen Organisationen wie Jewish World Congress, Jewish Claims Conference usw. werden. Er beschuldigt sie, Deutschland zu erpressen, um sich zum einen selbst zu bereichern und zum anderen, um die Wiedergutmachungsgelder für politische Interessen einzusetzen. Dadurch würden sie nicht nur den Antisemitismus in der Welt stärken, sondern vor allem die Opfer der Juden mißbrauchen und entwürdigen.

Wie man hört, wurde sein zunächst in den USA erschienenes Buch "Die Holocaust-Industrie" dort zunächst totgeschwiegen. Wenn sich dann - etwa in der "New York Times" - jemand mit Finkelsteins Anklagen beschäftigte, dann im Stil des Zeitgeschichtlers Prof. Omer Bartov, einem Intimus von Jan Philipp Reemtsma (er sollte die USA-Version von Reemtsmas Anti-Wehrmachts-Schau betreuen), der Finkelsteins Buch verriß und den Autor "dumm", "pubertär" und "arrogant" nannte.

Wie die "Tagesschau" am 25. Januar meldete, beschimpfte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Iliam Steinberg, den Politologen Finkelstein, er sei "full of Shit" ("Voller Sch..."). In der "Washington Post" apostrophierte Stephen Zipperstein, der Direktor für jüdische Studien in Stanford, Finkelsteins Äußerungen als "altertümliche sektiererische Raserei". Ein Gabriel Schoenfeld erklärte in der amerikanischen Zeitschrift "Commentary", Finkelsteins Buch sei "wertlos". (Später änderte die Zeitschrift ihre Meinung und würdigte Finkelsteins Buch sehr sachlich.)

Dann kam das Buch nach Europa, zunächst nach England. Dort erregte es erhebliches Aufsehen, stieß aber auf genau die gleichen Beschimpfungen wie in den USA. Der einflußreiche "Guardian", eine Art britischer "Zeit", nannte am 4. Februar den amerikanischen Juden Norman Finkelstein einen "antisemitischen Akademiker".

Und am 6. Februar erschien die deutsche Fassung beim Piper-Verlag, München. Finkelstein war nach Deutschland gekommen, um in einer Pressekonferenz in Berlin sein Buch vorzustellen. Der Raum konnte die große Zahl von Journalisten kaum fassen.

Ruhig und konzentriert formulierte der Autor seine Thesen: Die jüdischen Großorganisationen in den USA bereicherten sich an den deutschen Wiedergutmachungszahlungen und leiteten sie nicht an die wirklichen Opfer des Holocaust weiter. Sie wollten mit den Geldern den zionistischen Einfluß in der Welt stärken. Sie mißbrauchten den Völkermord an den Juden, um dem vor allem in der westlichen Welt von Assimilation bedrohten Judentum, das seine religiösen Bindungen weitgehend verloren habe, eine neue Identität zu verleihen, Identität als "Holo-

caust-Überlebende". Durch ihr raffgeriges Verhalten förderten sie das Anwachsen des Antisemitismus in der Welt.

Bereits im Vorfeld hatte es Versuche gegeben, das Erscheinen des Buches in Deutschland zu verhindern. Salomon Korn von der Jüdischen Gemeinde Frankfurt forderte sogar ein Verbot der Übersetzung. Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, erklärte: "Selbstverständlich fände ich es besser, wenn das Buch in Deutschland nicht erscheint." Zu einer Verbotsforderung konnte er sich aber nicht durchringen. Als Privatmann, so Spiegel, hätte er das Buch nie gelesen, sei aber nun gezwungen, es von Amts wegen doch zu tun. Im übrigen nannte er Finkelsteins Buch eine "Perfidie".

Daß der Piper-Verlag standhaft blieb, führen Beobachter mancherorts darauf zurück, daß er einer schwedischen Verlagsgruppe gehört. Ein deutscher Verleger wäre längst in die Knie gegangen, hieß es hinter vorgehaltener Hand. Piper dürfte dies freilich energisch dementieren.

Und nun ist das Buch also da. Innerhalb von zehn Tagen wurden rund 50.000 Exemplare verkauft. Die Neuauflage ist in Arbeit.

Und das, obgleich fast die gesamte deutsche Presse über Finkelstein und sein Buch herfiel. Die "Deutsche Presseagentur" (dpa) verbreitete eine Meldung, die in Zeitungen unter der Überschrift erschien, "Verdreht Finkelstein die Geschichte?". Die "Süddeutsche Zeitung" (SZ) nennt sein Buch ein "Pamphlet". Seinen Auftritt in Berlin schildert das linke Blatt aus München so, als ob Finkelstein nicht alle Tassen im Schrank hätte. Er habe angeblich "starr ins Nichts" geguckt. Sein Buch sei, so die "SZ" vom 10./11. Februar, "verrückt". Finkelstein sei "haßerfüllt".

Die ebenso linke "Zeit" ist der Meinung, daß über Finkelsteins "Pamphlet" der Streit nicht lohne. Michael Brenner erklärt in einem Anti-Finkelstein-Buch mit dem Titel "Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie?", Finkelsteins Buch sei "eine grandiose pathologische Studie über ihren Autor", die "keine ernsthafte Auseinandersetzung lohne".

Der "Südwest-Rundfunk" (SWR) hatte eine englische Journalistin namens Mendelsohn beauftragt, einen Film über Finkelstein und seine Thesen zu drehen. Der Sender verbot dann kurzfristig die Ausstrahlung, u.a. mit der Begründung, der Film böte "mehr Informationen an, als ein durchschnittlich informierter Mensch aufnehmen und dem Thema gemäß verarbeiten kann". Als dann Proteste gegen die Zensur laut wurden, ließ der Fernsehchef Schmid blitzschnell den Film überarbeiten, um ihn unter dem Druck der öffentlichen Meinung doch zu senden, wenn auch verstümmelt. Was er herausgenommen hat, weiß niemand.

Da nun einmal das Erscheinen des Buches nicht zu verhindern war, wurde Finkelstein diskriminiert. Die "Welt" behauptete, Finkelstein habe seine Thesen "mit aller Kraft herausgebrüllt", als sei er nicht ganz bei Troste. In derselben Zeitung konnte man lesen von "Finkelsteins Rechthaberei", seinem "schrillen Ton", andererseits aber auch die Meldung, daß Nachrichtenmagazine fertig recherchierte Artikel zu Finkelstein und seinen Darlegungen kurzfristig wieder aus der Zeitung gekippt hätten.

Seltsam uneinheitlich war die Meinung der "Welt", die die in Deutschland losbrechende Diskussion als "Gespensterdebatte" abqualifizierte und das Buch selbst als "Nichtereignis" herabwürdigte. Ein Autor, Allan Posemer, verteidigte die "erpreßte" (Finkelstein) Summe von zehn Milliarden Mark weiterer deutscher Wiedergutmachung mit der bemerkenswerten Begründung: "Allein durch den Solidaritätsbeitrag für den Aufbau Ost wurden bisher 169,2 Milliarden DM kassiert."

Überhaupt fanden die Milliarden-Nachforderungen aus den USA viel Verständnis. Der Berliner Professor Peter Steinbach, der sich vor Jahren hervorgetan hatte, als er durchsetzte, daß auch bolschewistische Agenten aus dem Zweiten Weltkrieg in die ehrenvolle Galerie deutscher Widerstandskämpfer aufgenommen wurden, behauptete während der Finkelstein-Diskussion in Berlin, auch die ostdeutschen Vertriebenenorganisationen hätten sich in ähnli-

cher Weise an den Lastenausgleichszahlungen bereichert, ohne daß er es belegte.

Der krasse Widerspruch zwischen einem über weite Strecken feindseligen Medien-Echo auf Finkelstein und seiner offenherzigen Aufnahme durch die Mehrheit der Deutschen sticht ins Auge. Sie wollen offenkundig Verantwortung übernehmen - Kritik an der Entschädigung der wirklichen Opfer war nicht zu vernehmen. Nur möchte man sichergestellt sehen, daß das Geld die letzten überlebenden Opfer auch erreicht und nicht in den Kassen reicher Anwälte und konzernähnlicher Organisationen verschwindet.

Das könnte bedeuten, daß Holocaust-Opfer, die noch nicht entschädigt wurden, das Geld direkt aus Deutschland bekämen - ohne den Umweg über die Organisationen. So wie es in weiser Voraussicht die katholische Kirche für die von ihr beschäftigten Fremdarbeiter gemacht hat.<<

10.03.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 10. März 2001 (x887/...):

>>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**

Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil I)

Wolfgang Thüne

Die mehr feuilletonistisch-schaulustige denn politische Debatte um die beiden links-grünen Symbolfiguren, den Vizekanzler und Außenminister Joseph Martin "Joschka" Fischer wie den Umweltminister Jürgen Trittin, geht am eigentlich aufzuarbeitenden und zu bewältigenden Problem, den wahren politischen Umsturzabsichten, die sich hinter dem harmlosen Namen "Studentenrevolte" verbargen, ganz gezielt vorbei. Offensichtlich soll durch eine überaus geschickte Inszenierung der öffentlichen Debatte verhindert werden, daß die eigentlichen revolutionären Beweggründe, Triebkräfte und Umsturzziele ans Tageslicht kommen und die gesamte Bundesregierung ins Zwielflicht bringen.

Wer aufmerksam die Mediendebatte verfolgt und die Kommentare liest, merkt, daß hier etwas bewußt verharmlost werden soll. Man verschanzt sich hinter Allgemeinbegriffen, sucht den Schutz der "Masse", um darin unerkannt abzutauchen. Daher muß zuallererst energisch der Behauptung widersprochen werden, es habe sich um eine "Studentenrevolte" gehandelt. Nein! Es waren kleine radikale und straff organisierte Gruppen anarchistischer, marxistischer oder maoistischer Gesinnung, welche lautstark bis gewaltsam ihre revolutionären Parolen skandierten und den Lehrbetrieb störten, um die deutliche Mehrheit der Studenten zu majorisieren und zu tyrannisieren.

Sie nutzten brutal die Demonstrationsfreiheit aus, um die Freiheit der Diskussion zu unterbinden; sie nutzten die Toleranz, um so intoleranter gegen Andersdenkende vorzugehen. Eine der vielen sektiererischen Mini-Gruppierungen war der Kommunistische Bund (KB), dem Umweltminister Jürgen Trittin angehörte.

Eine andere Gruppierung war der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), eine maoistische Kleinstpartei unter "Joscha" Schmierer. Speziell zu deren Zielen schreibt der "Sponti" Michael Buselmeier in der "FAZ" vom 23. Januar 2001: "Für den KBW war das Grundgesetz ein Instrument der Kapitalisten; man propagierte den individuellen Klassenverrat, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Entwicklung der proletarischen Diktatur, den Ausschluß von Abweichlern und die Umerziehung von 'Parasiten' und kleinbürgerlichen Elementen in der vielzitierten 'Fischmehlfabrik'."

Was bitte hatte das mitsamt der Idolisierung von Mao, Pol Pot und anderen Massenmördern mit 'streitbarer Demokratie' zu tun? Wer heute solche unangenehmen Fragen aufwirft, handelt sich sogleich den Vorwurf ein, gegen das Gebot der "politischen Korrektheit" zu verstoßen.

Es muß daher tunlichst von den Beteiligten in der Öffentlichkeit der Eindruck unterdrückt werden, daß es winzige radikale Gruppierungen waren, die den Umsturz des Staates betrieben. Doch ist es schon total überzogen, von der "Studentenrevolte" als einer Erhebung der Mehr-

heit der Studenten zu sprechen, so ist es noch viel weniger berechtigt, pauschal von der "Achtundsechziger Generation" zu sprechen. Diese hat es nie gegeben, wurde doch bewußt die Mehrheit der nichtstudentischen Jugend allein durch zu hohe Sprachbarrieren von der Teilnahme an der Revolution ausgeschlossen.

Durch eine geschickte Begriffsdiagnostik versucht die revolutionäre "Intelligenzija" nachträglich, sich unter die schützende Käseglocke eines übergeordneten Kollektivs einer "Generation" zu flüchten, um der Bestrafung für begangene Gewalttaten und Verbrechen zu entgehen. Die Helden von damals, die den Anarchismus predigten und militant verfochten, tauchen plötzlich feige ab.

Der nach dem Idol Mao bestens organisierte "lange Marsch durch die Institutionen" hat die Revolutionäre an die Schalthebel der Macht gebracht, die sie nun nicht mehr loslassen wollen. Zu diesen Marschierern gehörte auch Außenminister Joseph Martin Fischer. Er schloß sich 1968 in Frankfurt am Main der kommunistischen Sekte "Revolutionärer Kampf" an und avancierte ob seiner Schlagfertigkeit und seines Draufgängertums rasch zum "Commandante" der berüchtigten "Putzgruppe". Konfrontiert mit seiner brutalen Vergangenheit, gibt er zwar zu, auch mal kräftig hingelangt und auf "Bullen" eingepregelt zu haben, aber Steine habe er nur so in die Luft geworfen.

Was sich in den sechziger, siebziger und auch achtziger Jahren abspielte, war keineswegs ein Kampf um mehr Demokratie, es war ein Kampf gegen die Demokratie, gegen das verhaßte etablierte politische Parteienregiment, gegen die Regierungen von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Es war der Versuch, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu zerstören und durch eine angebliche "Räterepublik" oder "Basisdemokratie" zu ersetzen.

Es ging schlicht um den Griff nach der Macht im Staate, die Entmachtung der Staatsgewalt. "Demokratie" als Herrschaft einer freiheitlich gewählten Mehrheit war nicht das Ziel der untereinander verfeindeten und verschiedenen revolutionären Idole wie Marx, Lenin, Stalin, Trotzki, Mao, Che Guevara, Pol Pot, Castro nacheifernden Gruppierungen. Einzig der Haß auf das System, der schnelle Sturz des "repressiven" Staates vereinte die diversen K-Gruppen.

Wer das verstehen will, der muß nach den geistigen Urhebern fragen, der kommt an der ideologischen Kaderschmiede, der "Frankfurter Schule", nicht vorbei, auch wenn tunlichst versucht wird, diese Frage zu tabuisieren. Die "Väter" der "Achtundsechziger" waren Adorno, Bloch, Habermas, Marcuse, die Schöpfer der "Kritischen Theorie".

Es war Theodor Adorno, der dazu aufrief, "den Stein aufzuheben, unter dem das Böse lauerte". Vom Aufheben des Steins bis zum Werfen des Steins war kein weiter Weg. Das Ziel markierte Jürgen Habermas. Er stellte der repressiven parlamentarischen Demokratie als Idealzustand die außerparlamentarische "Basisdemokratie" entgegen. Sodann war es Johannes Agnoli, der den "mündigen Bürger" als hilfloses Objekt einer von etablierten "Eliten" beherrschten Politik bezeichnete.

Schließlich war es Herbert Marcuse, der von Amerika aus zu dem allgemeinen Aufstand gegen die "liberale, bürgerliche Gesellschaft" aufrief. Er forderte im Jahre 1967 "Das Ende der Utopie", speziell die Abschaffung der westlichen "Scheindemokratien", die sich auf ein "Mehrheitsbewußtsein" stützten. Marcuse wendete das Prinzip der Toleranz in sein Gegenteil. Er berief sich auf die marxistische Unterscheidung zwischen progressiver und reaktionärer, staatlicher Gewalt und gestand den angeblich "unterdrückten Minderheiten" ein "Naturrecht auf Widerstand" zu.

Er berechtigte sie geradezu moralisch, "außergesetzliche Mittel" anzuwenden. Er fand an den Universitäten das "Proletariat", das seine "Sprache" verstand und dem Aufruf zum revolutionären Umsturz kritiklos Folge leistete. Von der propagierten Gewalt wurde gewalttätig und gewaltig Gebrauch gemacht, wie der Name "Putzgruppe" zu erkennen gibt.

Die gewalttätigen "Proteste" waren nicht auf die sechziger und siebziger Jahre beschränkt. Sie

reichten bis weit in die neunziger Jahre. Schon etabliert als Abgeordneter der "Grünen" im niedersächsischen Landtag, solidarisierte sich Jürgen Trittin mit der Göttinger "Antifa(M)" und unterzeichnete deren "Göttinger Resolution" vom 19. Juni 1996.

Neben Trittins Unterschrift finden sich auch diejenigen von Ulla Jelpke und Lothar Bisky von der PDS, der Nachfolgepartei der SED! In der Resolution wird die Arbeit der "Antifa(M)" gelobt und das Vorgehen des "Staates" wie folgt kritisiert: "Die Kriminalisierung der autonomen Antifa(M) ist ein Versuch der sicherheitspolitischen Hardliner in der BRD, diejenigen, die ihre Widersprüche zum bestehenden System öffentlich artikulieren, zum Schweigen zu bringen." Es ist das ewig gleiche Vorwurfsritual, durch das sich die Feinde des freiheitlichen Rechtsstaates zu rechtfertigen suchen.

Bereits ein 1968 vom Sozialistischen Studentenbund SDS in West-Berlin verteiltes Flugblatt trug den Titel "Organisieren wir den UNGEHORSAM gegen die Nazi-Generation". Es enthielt folgende Aufforderung: "Leisten wir Widerstand gegen ehemalige Nazi-Richter, Nazi-Staatsanwälte, Nazi-Gesetzgeber aller Couleur, Nazi-Polizisten, Nazi-Beamte, Nazi-Verfassungsschützer, Nazi-Lehrer, Nazi-Professoren, Nazi-Pfaffen, Nazi-Journalisten, Nazi-Propagandisten, Nazi-Bundeskanzler und nicht zuletzt gegen die Nazi-Kriegsgewinnler, Nazi-Fabrikanten, Nazi-Finanziers. Verweigern wir uns total den Nazis ...

Mobilisieren wir die permanente ANTI-NAZI-KAMPAGNE. Bereiten wir den Aufstand gegen die Nazi-Generation vor." Diese unbändige Lust, alles "Naziartige" mit Stumpf und Stil auszurotten, war ein Stück der Nazi-Endkampf-Mentalität. Es war der pubertäre Versuch, einen längst untergegangenen Totalitarismus durch einen neuen Totalitarismus zu ersetzen. Nazismus und Marxismus waren tot, es lebe der Neomarxismus!

Mit diesem fanatischen Rundumschlag gegen die "Vätergeneration", dieser pauschalen Kollektivdiffamierung versuchten die "Achtundsechziger", sich sowohl eine Legitimation wie eine Generalabsolution für ihre Gewalttaten zu verschaffen. Sie verkörpern das "Gute", das zu ewigem Kampf gegen das revanchistische "Böse" aufgerufen sei. Sie halten sich für die einzig legitimen Kämpfer für Freiheit, Fortschritt und Demokratie. Diese Einschätzung bestätigt Sieghart Ott in der "FAZ" vom 29. Januar 2001: "Die Bundesrepublik hätte ohne die Achtundsechziger nicht die weitgehend offene und liberale Gesellschaft, die sie heute prägt. Sie haben - auch wenn sie gelegentlich Steine und andere Gegenstände warfen - zur Freiheit und Demokratie entscheidend beigetragen."

Welch eine naive Fehleinschätzung! Exakt das Gegenteil ist richtig: Hätte der Staat unter den Regierungen Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl nicht Standfestigkeit gegenüber den Feinden der Demokratie bewiesen und sich nicht so massiv - auch unter Polizeieinsatz - gegen die neomarxistisch-anarchistischen "Heilsbringer" gewehrt, hätte sich der Staat nicht als Ordnungsmacht bewährt, wir hätten heute unter einer Gesinnungsdiktatur zu leiden, die ihresgleichen sucht. Hanns-Eberhard Schleyer, Sohn des 1977 ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, kreidet zu recht dem derzeitigen Außenminister "Joschka" Fischer die geradezu unerträgliche "Selbstgerechtigkeit" an, mit der er seine Gewalttaten zu bagatellisieren, zu glorifizieren und damit zu legitimieren versucht.

Kein gutes Zeugnis erteilt auch die ehemalige Grünen-Sprecherin Jutta von Dittfurth "Joschka" Fischer. In der "Welt" vom 18. Januar 2001 ist folgendes zu lesen: "Für Fischer und seine Leute war das Thema Ökologie eigentlich zu kleinbürgerlich. Aber er trat ein und gab sich linker als die Grünen", sagt Dittfurth.

Im September 1982 nach der Bundestagswahl wurde Fischer bei den Grünen aktiv, fünf Monate später saß er für die Partei im Deutschen Bundestag. Zuvor "putschte" er sich auf die hessische Landesliste: "Fischer paktierte mit rechten, rassistischen Grünen, ängstliche Gemüter wurden niedergeschrien", erinnert sich Dittfurth. "Die Spontis hatten die Angewohnheit, sich hinter die Redenden zu stellen und zu brüllen."

Fischer schaffte so zwar sofort den Sprung in den Bundestag, doch er mußte noch die Partei erobern. "Fischer und vor allem sein enger Freund Cohn-Bendit setzten dabei stalinistische Methoden ein", sagt Ditfurth.

Ausgangspunkt war Hessen: Dort standen im März 1985 Kommunalwahlen an. "Fischer wollte möglichst viele Realos auf die Listen bringen", so Ditfurth, die damals mit einer mehrheitlich aus Fundis bestehenden Fraktion im Frankfurter Römer saß. Ab Sommer 1984 organisierten die Spontis Masseneintritte. Sie verteilten Mitgliedsanträge in Kneipen. "Cohn-Bendit agitierte mit der Forderung: Schwemmt die Fundis aus den Grünen".

Die Rechnung ging auf. Ditfurth berichtet von einer Kreisversammlung in der Aula der Frankfurter Fachhochschule: "Während die Minderheit der Delegierten vorne im Saal diskutiert, wird hinten Bier gesoffen und Skat gedroschen. An der Saaltür steht Cohn-Bendit, um den Getreuen zu sagen, wann sie die Stimmkarten heben müssen. So wurden Mehrheiten gemacht, ohne daß wir etwas tun konnten."

Politische Inhalte seien Fischer stets gleichgültig gewesen, "der brauchte die Grünen als Trittleiter für seine Karriere". Das Ergebnis: Fischer wird 1985 in einer Koalition mit der SPD unter Ministerpräsident Holger Börner hessischer Umweltminister.

Angesichts dieser Vergangenheit verwundert es, daß nur wenige Weggefährten den Mut aufbringen, die Wahrheit über "Joschka" Fischer ans Tageslicht zu befördern. Ein äußerst geschickter Schachzug war es dann, daß Bundeskanzler Schröder sogleich in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 sein "68er Kabinett" präventiv aus der Schußlinie zu nehmen versuchte, indem er ihm und sich selbst den Heiligenschein der Unantastbarkeit umhängte. In der Pose eines "Sonnenkönigs" dozierte der frühere Juso-Vorsitzende:

"Für manche ist dieser Generationswechsel eine große Herausforderung. Schon ein Blick auf die Regierungsbank oder auch in dieses Parlament zeigt, was die große Mehrheit unter uns politisch geprägt hat. Es sind Biographien gelebter Demokratie. Diese Generation steht in der Tradition von Bürgertum und Zivilcourage. Sie ist aufgewachsen im Begehren gegen autoritäre Strukturen und im Ausprobieren neuer gesellschaftlicher und politischer Modelle."

Dies ist wahrhaft ein Meisterstück an Rhetorik und Dialektik, welches die marxistische Schulung verrät. Aus Kämpfern gegen das Bürgertum werden Kämpfer für das Bürgertum, basta! Dieser raffinierte Versuch, Gewalttaten in Heldentaten umzudeuten, um dann den "Helden" die Tapferkeitsmedaille als Vorkämpfer einer "gelebten Demokratie" umzuhängen, das ist entweder Ausdruck eines schlechten Gewissens oder eines a-moralischen Umgangs mit der Geschichte.

Die Biographien sprechen eine andere Sprache. Der Filmemacher Rosa von Praunheim offenbart, daß er "für ein unabhängiges anarchistisches Leben" gekämpft habe. Jochen Siemens bekennt: "Wir lebten im moralischen Imperativ, und es gefiel uns, unartig zu sein."

Doch wenn man dann die Bilder von damals Revue passieren läßt, dann wird der Versuch der nachträglichen Verharmlosung mehr als nur augenfällig. So kann man Gewalt nicht verniedlichen.

Nein und nochmals nein, so kann man die Wirklichkeit nicht auf den Kopf stellen. Sie war geprägt von brutaler Gewalt und hatte Gesichter, die häßlichen Fratzen gleichkamen. Als Augenzeuge, der von 1962 bis 1967 an der Freien Universität in Berlin studierte, sind mir diese Bilder präsent. Es herrschte ein unerträgliches Klima der Intoleranz!

In dem linken "Kursbuch 20" von 1970 sind die revolutionären Regieanweisungen nachzulesen. In einem Artikel "Die Abrichtung" schreibt Klaus Roehler:

"Der Prozeß der Abrichtung in Elternhaus und Schule verschärft den Objekt-Status des Kindes; in der Schule macht dieser Prozeß ... aus Schülern bloße Produktionsidioten. Er unterdrückt die Fähigkeit, kritisch zu denken; er desorientiert die Schüler in der Wirklichkeit."

Unter diesem Vorwand wurden "antiautoritäre Kindergärten" errichtet, wurde für ein "unab-

hängiges anarchistisches Leben" gekämpft, wurde zum totalen Ungehorsam aufgerufen. In einem Artikel "Rotfront Faraday. Über Elektronik und Klassenkampf" schreibt Eckhard Siepmann: "Nach wie vor bleibt die Vernichtung der kapitalistischen Produktionsweise eine historische Aufgabe; ... Basis der Vergesellschaftung der Produktivkräfte ist: die Sozialisierung der Sexualität; ... Durch LSD wird die Wahrnehmung angeknipst wie das Licht - die trughafte Perspektive explodiert ... Der Trip mag vergehen, die veränderte Wahrnehmung bleibt latent vorhanden."

Ist dies "gelebte Demokratie"? Den achtundsechziger Kulturrevolutionären wie Martin Jürgens ging es darum, durch eine nihilistische Totalkritik an der Gesellschaft restlos alle tradierten bürgerlichen Strukturen und Wertvorstellungen zu zerstören, den Staat als autoritäre Fehlkonstruktion, als brutalen Machtapparat zu diffamieren und zu vernichten. Hierzu war jedes Mittel recht. Er wurde von innen argumentativ zersetzt:

"Der Masochismus, den seine Anerkennungsrituale voraussetzen wie erzeugen, zeugt sich sadistisch fort; die Erniedrigung, die eine Beförderung vom Steuerinspektor zum -rat kostet, schlägt sich auf die Kinder nieder."

Ist das die bürgerliche Traditionslinie, von der Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung spricht? ...<<

17.03.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 17. März 2001 (x887/...):

>>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**

Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil II)

Wolfgang Thüne

In der Tradition seines anarchistischen Staatsverständnisses stehend kommentierte der Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit den Versuch von Justiz und Staatsanwaltschaft, die revolutionäre Vergangenheit seines engen Freundes und Kampfgefährten "Joschka" Fischer aufzuklären, mit den Worten: "Diese Republik ist schlicht wahnsinnig" ("FAZ" vom 20. Februar 2001).

Nun, eine "Republik" kann nicht "wahnsinnig" sein, sehr wohl aber einzelne Individuen, die geradezu hysterisch bis schizophren reagieren, wenn man sie nach ihrer sauberen Vergangenheit befragt. Welche "wahnsinnigen" Erfahrungen Daniel Cohn-Bendit als Leiter eines antiautoritären Kindergartens gemacht hat, das hat er freimütig in der "taz" geschildert. Es ist ein Akt bürgerlichen Anstandes, dies hier nicht zu wiederholen!

Die eigentlichen Wurzeln der gesellschaftlichen Fehlentwicklungen legt Eva D. Pickert in einem Leserbrief in der "FAZ" vom 9. Februar 2001 offen:

"Den 'Kult der Individualität' nahmen die großmäuligen Führer der Achtundsechziger nur für sich selbst in Anspruch; die Massen sollten im sozialistischen Kollektiv auf- und untergehen. Wie stand es aber mit pluralistischer Meinungsfreiheit in den kommunistischen Paradiesen der Achtundsechziger - China, Sowjetunion oder Kuba?"

Mit ihrer Glorifizierung der kommunistischen Diktaturen haben die Achtundsechziger gezeigt, daß ihnen die Leiden der Opfer jener Schreckensherrschaften ebenso gleichgültig waren wie elementare Menschenrechte. Daß die gewalttätigen Demonstrationen der Achtundsechziger bis hin zu den Morden der RAF die Bundesrepublik auf eine harte Bewährungsprobe stellten, die dennoch nicht zur Aufgabe demokratischer Freiheiten führte, kann nicht als Verdienst der Achtundsechziger hingestellt werden, sondern ist der Widerstandsfähigkeit der noch jungen deutschen Demokratie zu verdanken.

Einer Verdrehung der historischen Wahrheit kommt es gleich, die marxistisch inspirierte Revolte als einen Beitrag zu einer 'offenen Gesellschaft' zu deuten. Den politischen Umsturz haben die Achtundsechziger nicht erreicht; sie haben jedoch prägende Fehlentwicklungen herbeigeführt oder unterstützt, unter denen unser Staat bis heute leidet: Verharmlosung von Ge-

walt, Diskreditierung von Leistung und Bildung, Elitenfeindlichkeit, linksdominierte 'political correctness', Werteverfall, um nur einige zu nennen."

Diese Analyse der derzeitigen Situation bedarf keines Kommentars.

Gegen die damaligen Beweggründe der Achtundsechziger und ihr heutiges Bemühen, sich zu Helden im Kampf für eine "offene Gesellschaft" hochzustilisieren, wendet sich ebenfalls in einem Leserbrief Klaus Anders:

"Nicht Demokratie war die Kernfrage dieser Bewegung, sondern Macht. Die Machtfrage wurde als Frage nach der Staatsmacht gestellt. Später dann etwas bescheidener - und erfolgreicher - als die Frage nach der Teilhabe an der Staatsmacht. Demokratie spielte in den miteinander verfeindeten und von Intrigen zerfressenen Polit-Gruppierungen keine Rolle, höchstens als Instrument zur Mehrheitsbeschaffung.

Die Studentenbewegung hat Demokratie nicht verstanden: man sehe sich die Intoleranz, die atemberaubende Arroganz, die kleinkarierte Selbstgerechtigkeit der damaligen 'Radikaldemokraten' noch einmal genau an, und man wird trotzige Kinder finden, die sich weigerten, erwachsen zu werden.

Der Marxismus taugte den Rebellen zur Erklärung gesellschaftlicher Erscheinungen, weil er es erlaubt, hochkomplexe Verhältnisse und Beziehungen bis zur Primitivität zu simplifizieren, und das, indem man diesem theoretischen Flachsädel eine aufgedonnerte Frisur aus menschheitserlösender Rhetorik wachsen läßt. Er gibt auch die Rechtfertigung für Gewaltanwendung her."

Solche Lesermeinungen ("FAZ" vom 24. Januar 2001) treffen den Nagel meist präzise auf den Kopf; sie sprechen die Wahrheit aus, welche die Politik bewußt verschweigt.

Der auf geistige Distanz gegangene Achtundsechziger und "Sponti" Michael Buselmeier schildert die damaligen Motive in einer Ehrlichkeit und Offenheit, die einem "Offenbarungseid" gleichkommt und andere Schönredereien als unehrlich erscheinen läßt:

"Auch wir Spontis pflegten den Anti-Kapitalismus, die Gruppe 'Revolutionärer Kampf' hatte sogar einen orthodox proletarischen Ansatz. Aber wir orientierten uns nicht am Archipel Gulag, sondern am kurzen Sommer der Anarchie.

Wir verachteten die Kaderparteien, und es kam uns nicht in den Sinn, den Staat zu usurpieren, wir wollten ihn - kaum weniger realitätsblind - einfach abschaffen. Keine Macht für niemand! Freie Sexualität, Gegenöffentlichkeit, anders arbeiten (oder besser: gar nicht), anders leben - so ähnlich lauteten unsere Ziele, die wir bei Herbert Marcuse, Negt/Kluge, Peter Brückner oder im Sponti-Organ 'Wir wollen alles' zusammengeklaut haben."

Michael Buselmeier erklärt die Gewaltexzesse schlicht als einen Haßausbruch auf die "Väter". Doch wer hat diesen Haß gesät und Gewalt geerntet?

Buselmeier bestätigt auch, daß viele Achtundsechziger die Chancen der Öko-Bewegung gewittert, einfach ihre Couleur gewechselt und diese Bewegung schlicht unterwandert haben. Sie hofften, getarnt als "grüne" Umweltaktivisten, schneller an die Schalthebel der Macht zu kommen und so den "langen Marsch durch die Institutionen" gewaltig abkürzen zu können. Die Karrieren von Cohn-Bendit und Fischer sind Bestätigung dieser erfolgreichen Machtergreifung.

Buselmeier schreibt: "Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich die Leitwölfe und Funktionäre der radikalen Linken nach ihrem schwachen Abgang in unauffällige Berufe und Hausarbeit zurückgezogen hätten.

Statt dessen haben sie die grüne Partei, kaum daß sie vorhanden war, in den Griff genommen. Zwar waren sie an Ökologie, an Pflanzen und Tieren nicht interessiert. Dafür verfügten besonders die ehemaligen Maoisten über organisatorische Fähigkeiten, Sitzfleisch und die Fähigkeit, Seilschaften zu knüpfen. Ihr zweiter, diesmal legaler Versuch, an die Macht zu gelangen, erscheint weit aussichtsreicher als der erste. Sie haben auf Vorrat Kreide gefressen und

reden sehr moralisch in der gleichen vermurksten Sprache wie die übrigen Politiker. Dicht an den Staat geschmiegt, müssen sie vermutlich nicht einmal mehr lachen, wenn sie ihre Köpfe auf den Bildschirmen erkennen."

Joseph Martin "Joschka" Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Jürgen Trittin, "Joscha" Schmierer und viele andere emanzipierten sich nicht, um der "Hausarbeit" nachzugehen. Sie bemächtigten sich der Naturschutzbewegung, deren Hoffnungsträger und Symbolfigur der ehemalige CDU-Abgeordnete Herbert Gruhl war. Er hatte 1976 den Bestseller "Ein Planet wird geplündert" geschrieben. Es ist schon eine Ironie des Schicksals, daß dieser fanatische Antikommunist ausgerechnet von K-Aktivistinnen ausgebootet wurde.

Als Herbert Gruhl seine Naturschutzbewegung 1980 in eine offizielle Partei umwandelte, da war es um ihn geschehen. Das Zugpferd wurde ausgemustert, die Macht übernahmen die "Achtundsechziger". Herbert Gruhl mitsamt dem Ökobauern Baldur Springmann wandte sich enttäuscht ab und gründete die Ökologisch Demokratische Partei ÖDP, die jedoch eine Splitterpartei blieb. Derweil segelten die Achtundsechziger unter der Flagge "Grün" von Wahlerfolg zu Wahlerfolg und verdrängten gar die FDP in der Parteienhierarchie vom dritten Platz.

Seit Ende 1998 stehen die "Grünen" auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung und besetzen mit dem Außenminister und Vizekanzler Fischer, dem Umweltminister Trittin und jetzt der Verbraucherschutzministerin Künast drei wichtige und gesellschaftspolitisch hochbrisante Schlüsselressorts. Hier kann und hier wird ganz gezielt der "Umbau der modernen Industriegesellschaften" vorangetrieben, nach dem Motto "Wieviel ist genug?".

Der Sektor "Umweltschutz" eignet sich vorzüglich für revolutionäre Geister, denn noch keinem klugen Geist ist es bisher gelungen zu definieren, welche "Umwelt" denn zu schützen ist. "Umwelt" ist ein ganz subjektiver Begriff, und so werden wir mit immer neuen "Umweltgefahren" konfrontiert, von denen kein Sterblicher wirklich sagen kann, welche nun real oder fiktiv sind. Fiktive Gefahren eignen sich vorzüglich, unter dem Vorwand akuter Gefahrenabwehr die bürgerlichen Freiheitsrechte immer mehr einzuengen.

Als die größte umweltpolitische Herausforderung wird der "Treibhauseffekt" bezeichnet, der, verursacht durch die Kohlendioxidemissionen der "reichen" Industrienationen, zu einer globalen "Klimakatastrophe" führen soll. Diesen Effekt gibt es in der Natur zwar nicht, aber er ist Teil unserer "Einbildung" und damit, wenn schon nicht physisch, so doch psychisch real. Er hat seine eigene Wirkmächtigkeit und dient in der Hand der Mächtigen als wundersames Manipulationsinstrument.

Der "Treibhauseffekt" wurde als schlichte Vermutung in die Welt gesetzt, avancierte dann durch ständige Propaganda zu einer Meinung, die nunmehr den Status einer Überzeugung angenommen hat und damit weitgehend kritikresistent geworden ist. Der "Treibhauseffekt" eignet sich ideal für gesellschaftspolitische Veränderungspläne, kann man sich doch zum Schutzpatron des "kleinen Mannes" aufspielen, um ihm dann um so forscher in die Tasche zu greifen.

Die Argumentation ist einfach: Die "monokapitalistische Gesellschaft" ist verantwortlich für den "Konsumterror", dessen korrumpierenden Wirkungen das Individuum hilflos ausgesetzt ist. In dieser Situation bietet sich der Staat als Retter an, indem er dem "kleinen Mann" die Mittel entzieht, die ihn in Gefahr bringen könnten, sich weiter an der "Umwelt" zu versündigen.

Die Taktik dieser Vorgehensweise beschreibt Wolfgang Fritz in schwer verständlichem Politkauerwelsch im Kursbuch 20 von 1970: "Die korrumpierenden Wirkungen von geradezu anthropologischem Ausmaß, die ein bloßer Nebeneffekt der Dynamik kapitalistischen Profitstrebens sind, sind verheerend. Den Leuten ist das Bewußtsein abgekauft. Täglich werden sie trainiert im Genuß der Identifikation mit der Übermacht.

Selbst in realen Gebrauchswerten, die sie bekommen, wohnt oft eine unheimliche Macht der

Zerstörung. Das Privatauto - bei Vernachlässigung der öffentlichen Transportmittel - zerpflügt die Städte nicht weniger wirksam als der Bombenkrieg und schafft die Entfernungen erst, die ohne es nicht mehr zu überbrücken sind."

Der Kleinbürger sollte froh sein, daß sich in den "Grünen" eine geradezu seelsorgerische Kaste gefunden hat, die ihm die Mittel nimmt, mit denen er korrumpiert werden kann, um sich dann am "Klima" zu versündigen. So viel staatliche Vorsorge um das private Seelenheil sollte stutzig machen.

Das Instrument, mit dem sich der Bürger versündigt, ist das "Privatauto". Es stand schon 1970 auf der roten Abschlußliste der Achtundsechziger, um 1999 auf die grüne Verbotliste gesetzt zu werden. Die erste umweltpolitische Großtat der rot-grünen Bundesregierung war die Einführung der "Ökosteuer" zum 1. April 1999. Sie sieht vor, schrittweise in Sechs-Pfennig-Stufen bis 2003 die Mineralölsteuern zu erhöhen, um der "Spaßgesellschaft" den Spaß am "Privatauto" zu vermiesen und den Bürger zum Umsteigen auf die bequemen "öffentlichen Transportmittel" zu nötigen.

"Ehrlich" wie Gesellschaftsrevolutionäre sind, hat "Joschka" Fischer bereits im Frühjahr 1998 dieses Vorhaben in seinem Buch "Der neue Gesellschaftsvertrag" angekündigt. Er schreibt: "Eine ökologische Preisreform hat sowohl ein anderes ökonomisches Verhältnis zu Energie und Mobilität zur Voraussetzung als auch einen entsprechenden Einsatz des staatlichen Steuersystems zur Durchsetzung dieser Preisreform".

Verstanden? Macht nichts!

Fakt ist, daß die Revolutionäre, deren Ziel es war, den repressiven Staat seiner Macht zu berauben, um ein anarchistisches Leben zu führen, sich nun - kaum an der Macht - der Staatsmacht bedienen, um ihre "Reformideen" den Bürgern aufzuzwingen. Aus einer totalitären gewalttätigen Minderheit wurde eine ebenso totalitäre Mehrheit, die jetzt allerdings auf ihre demokratische Legitimation pochen kann.

Doch lassen wir wieder "Joschka" Fischer zu Wort kommen: "Die massenhafte Entfesselung der individuellen Mobilität durch die millionenfache Motorisierung war nicht nur eine gewaltige infrastrukturelle Herausforderung für den Staat, nicht nur ein enormes Geschäft für das investierte Kapital, nicht nur die Grundlage für steigende Massenbeschäftigung und Massenkaukraft, sondern die individuelle Massenmotorisierung setzte zugleich auch scheinbar grenzenlose Wunsch- und Traumkapazitäten frei.

Das Automobil wurde zum gesellschaftlichen und kulturellen Status-, ja Freiheitssymbol quer durch alle sozialen Schichten hindurch. Diese herrliche Zeit des westlichen Wohlfahrtsstaates - Wohlstand für alle! - war also zugleich das Zeitalter des Automobils und des billigen Öls. ... Die Energiepreise bestimmten und bestimmen den Lebensrhythmus der Industriegesellschaft, so wie dies die Kornpreise in den vorindustriellen Gesellschaften getan haben. Und was dort die Brotpreise für die Massen waren, ist in der automobilen Gesellschaft der Benzinpreis geworden."

Mit diesen Wunschträumereien ist es nun vorbei!

Leider haben die "Massen" Fischers Buch nicht gelesen, sonst hätten sie massenweise durch Stimmentzug dieser Schreckensvision eine Absage erteilt. Diese Chance ergibt sich erst wieder in zwei Jahren! Mit jeder staatlichen Erhöhung der Benzinsteuern weiß nun der Bürger, daß ihm sprichwörtlich der Brotkorb höher gehängt wird. Getroffen und gestraft werden immer zuerst die Ärmsten der Armen, die mit der geringsten Kaufkraft. Diese überproportionale Bestrafung des "kleinen Mannes" ist alles andere als sozial verträglich, geschweige denn sozial gerecht. Ist das die neomarxistische Variante einer neuen klassenlosen Gesellschaft?

Mobilitätsberaubung ist nichts anderes als Freiheitsberaubung. Mobilität heißt Beweglichkeit und die höchste Form der Beweglichkeit ist die Selbst- oder Automobilität, welche dem einzelnen die Freiheit gewährt, sich nach freiem Gutdünken in Raum und Zeit zu bewegen. Na-

türlich gehen vom Verkehr zu Lande, im Wasser und in der Luft Gefahren aus, natürlich werden Rohstoffe verbraucht, aber das rechtfertigt nicht die "Ökosteuer", denn diese wurde ausdrücklich mit der Notwendigkeit des "Klimaschutzes" begründet.

Dieses "grün-rote" Versprechen ist ein Nullversprechen, denn es gibt gar kein "Globalklima", das sich "erwärmen" könnte. Eine "Globaltemperatur" kann jeder Volksschüler berechnen, der das Addieren und Dividieren von Zahlen gelernt hat. Ein Klimawert setzt langjährige Wetterbeobachtung voraus und entsteht durch Kopfrechnen auf dem Papier! "Klima" ist immer und in jeder Dimension eine statistische Größe, die vom Wetter her bestimmt wird!

Man muß aber ein vom Machbarkeitswahn befallener "Klimaexperte" sein, um glauben zu machen, man könne der "Globaltemperatur" den "Odem des Lebens" einhauchen und fertig wäre ein neues Produkt, das der menschlichen Beeinflussung unterliegende "Globalklima". Dieses Unverhältnis wie Unverständnis der Natur gegenüber hatte bereits Karl Marx. Von ihm stammt die Vision, daß nur die anthropogen gestaltete Natur die wahre Natur sei.

Aber auch wenn von heute auf morgen alle Räder still stehen würden, das Wetter würde davon keinerlei Notiz nehmen. Das Vorhaben "Schutz des Globalklimas" ist pure Idiotie! ...<<

09.05.2001

Schweiz: Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 9. Mai 2001: >>**Dokumentationen der Kontroverse um Norman Finkelstein**

Die sogenannte "Holocaust-Industrie"

Die Redaktorin des Branchendienstes "EPD Medien" war verblüfft: In verschiedenen Talkshows des Fernsehens hörte sie vom Schrecklichen, das sich in der Berliner "Urania" zugetragen haben sollte, als dort im Februar Norman Finkelstein sein Buch "Die Holocaust-Industrie" einem deutschen Publikum vorstellte: Schlägereien, Niederbrüllen von Finkelstein-Kritikern, Ausschreitungen - ein rechter Hexenkessel, der alle Befürchtungen über die böse Wirkung des Buches zu bestätigen schien.

Nun hatte aber der Dokumentationskanal Phönix die Veranstaltung übertragen, und dabei sah die Medienbeobachterin etwas ganz anderes, als ihr die aufgeregten Diskutanten, von denen in Berlin kaum einer dabei gewesen war, einreden wollten: "Eine bis kurz vor Schluß gesittete Veranstaltung. Auf dem Podium saßen vier Personen, Finkelstein-Kritiker in der Überzahl, und redeten, meist ziemlich lang, das Publikum klatschte Beifall, bei diesem und bei jenem, bei diesem und bei jenem wurde hier und da auch mal gebuht und gepfiffen. Alles also ganz normal."

Imaginerter Skandal

Die Aufregung galt einem Phantomkrawall, dem Produkt einer alarmistischen Autosuggestion, die die Wirklichkeit nur noch als Beleg schlimmster Sorgen wahrzunehmen erlaubt. Der bloß imaginierte Skandal von Berlin kennzeichnet die öffentliche Debatte um Norman Finkelsteins Buch in Deutschland. Der amerikanische Publizist, selber Sohn von Holocaust-Überlebenden und linker Außenseiter im Universitätsbetrieb und in der jüdischen Gemeinde, provozierte mit seiner These von der politischen Instrumentalisierung des Holocaust, dessen Einzigartigkeit er zudem mit Blick auf andere Völkermorde bestreitet.

Vor allem erregte er im Kontext der gegenwärtigen Auseinandersetzung um deutsche Zahlungen an überlebende Zwangsarbeiter Widerspruch mit seiner Behauptung, jüdische Organisationen hätten frühere deutsche Entschädigungen verabredungswidrig verwendet und würden jetzt mit gefälschten Opferzahlen wiederum überhöhte Zuwendungen erpressen. Finkelstein hat viele seiner Argumente dem auch gerade auf Deutsch erschienenen Buch "Nach dem Holocaust" entlehnt, in dem der allseits respektierte Historiker Peter Novick die Genese der US-amerikanischen "Zivilreligion" um den Massenmord an den europäischen Juden differenziert rekonstruiert.

Während Novicks eher akademische Studie wohlwollend begrüßt, aber nicht weiter diskutiert

wurde, entfachte Finkelsteins aggressiv-polemisch vorgetragene Schrift einen Sturm der Entzündung in den Feuilletons. Gleich drei Sammelbände legen jetzt eine umfangreiche Auswahl der Debattenbeiträge vor. Die Hypererregung vieler Stellungnahmen, die ultimative Bedrohungsszenarien zeichneten, steht freilich in merkwürdigem Kontrast zur Tatsache, daß heute, ein paar Wochen nach Publikation des Buches, der Titel sich zwar auf den Bestsellerlisten gut behauptet, aber sonst keine Spuren mehr in der öffentlichen Erörterung hinterläßt.

Dabei sieht doch Rolf Surmann, der Herausgeber von "Das Finkelstein-Alibi", im Erscheinen einer deutschen Ausgabe von Finkelsteins Polemik gleich den "Ausdruck eines zeitgeschichtlichen Paradigmenwechsels", weil nun "die sogenannte Mitte der Berliner Republik durch ihre Affirmation der finkelsteinschen Ideologie Positionen einnimmt, die bisher der radikalen Rechten vorbehalten waren." Die Beiträger des Bandes mühen sich denn auch redlich, diese starke These zu beweisen.

Immerhin machen sie wenigstens den Versuch, im ersten Kapitel ("Entschädigungspolitik") sich mit dem Sachgehalt von Finkelsteins Streitschrift auseinanderzusetzen. Die ebenfalls dort abgedruckten Aufsätze zur Rolle der von Finkelstein angegriffenen Jewish Claims Conference (JCC) und zur (westdeutschen) Entschädigungspraxis leiden allerdings unter der apologetischen Rhetorik, mit der die Autoren jede Kritik an jüdischen Organisationen gleich mit der Antisemitismus-Keule niedermachen wollen.

Dieses grobschlächtige Argumentationsmuster durchzieht die ganze Sammlung und prägt vor allem den dritten Teil, "Deutsche Reaktionen als Paradigmenwechsel": Dem unbelehrbar antisemitischen Land liefere Finkelstein nur das begierig aufgenommene "Alibi-Angebot eines jüdischen Kronzeugen", der deshalb im Tunnelblick des Historikers Wolfgang Wippermann nur als "nützlicher Idiot für deutsche und andere Antisemiten" erscheint.

Man hat das unbehagliche Gefühl, daß "Das Finkelstein-Alibi" sich gar nicht auf seinen Gegenstand einlassen will. Die Kritik am Buch des US-Publizisten ist in diesem Debattenband nur das Vehikel für den Frontalangriff auf die "ideologisch-politische Verfaßtheit in diesem Land", der ein weiteres Mal den antifaschistischen Brummkreislauf vom gefährlichen Rechtsradikalismus, der aus der Mitte der Gesellschaft komme, in Gang setzt.

Von ähnlich starken Gesten der Abwehr ist auch die Sammlung bestimmt, die im Zürcher Pendo-Verlag erschienen ist: "Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie?", fragt der Titel. Die Formulierung ist irreführend, weil das Buch auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Finkelsteins Vorwürfen weitgehend verzichtet. Es liefert eine Revue von Rezensionen, Stellungnahmen zur Form der Debatte und einen Abriß des US-amerikanischen Kontextes, aus dem heraus Finkelstein schreibt. Wenn auch Gegner in der Mehrzahl sind, so kommen doch der angegriffene Autor und seine Verteidiger zu Wort. Abgedruckt ist auch ein - gekürztes - Interview, das Raul Hilberg, der allgemein respektierte Doyen der Holocaust-Forschung, gegeben hat und in dem er einige Thesen Finkelsteins explizit unterstützt.

Das Vorwort des Bandes ist allerdings läppisch. Hier versucht der Herausgeber den Eindruck zu erwecken, der Piper-Verlag habe das Erscheinen dieses Finkelstein-kritischen Buches massiv behindert, indem er den Autoren seines eigenen Debattenbandes nicht erlaubte, ihre Beiträge auch dem Pendo-Verlag zur Verfügung zu stellen. Nun findet sich aber nicht bloß das Hilberg-Interview in den Bänden beider Verlage. Auch Detlef Junkers Analyse der "Amerikanisierung des Holocaust" und Philipp Bloms kritische Würdigung von Finkelsteins Buch (zuerst in der NZZ vom 18.8.00) sind fast wortgleich an beiden Orten vertreten.

Diffamierungen, Differenzierungen

Derartige Anschuldigungen gehören heute wohl zum Marketing in solchen Debatten, wirken aber ebenso hilflos wie viele der kritischen Beiträge in "Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie?". Sie bevorzugen die persönliche Diffamierung: "Eine grandiose pathologische Studie - über den Autor" nennt der Münchner Historiker Michael Brenner das Buch des An-

stoßes. Omer Bartovs Verriß aus der "New York Times" macht Finkelstein zum "ideologischen Fanatiker".

Iring Fetscher, der Herausgeber Ernst Piper und ein junger Student, der eine reichlich entstellende Darstellung der Rezeptionsgeschichte von Finkelsteins Buch in den deutschen Medien gibt, strapazieren das dürftige Argument vom "Beifall von der falschen Seite" bis zum Exzeß: Wenn rechtsradikale Buchdienste oder Betreiber von Internetseiten "Die Holocaust-Industrie" anbieten, dann gilt das als Vorwurf an den Verfasser. Wer in dieser Kontaktschuld steht, über dessen Ansichten braucht man nach Auffassung der hier versammelten Kritiker offensichtlich nicht mehr zu diskutieren.

Differenziertere Urteil findet man in "Die Finkelstein-Debatte", dem Sammelband, in dem Petra Steinberger für Finkelsteins deutschen Verlag den Streit abzubilden versucht hat. Sieht man von dem unangenehm psychologisierenden Text des Schriftstellers Leon de Winter und einem eher peinlichen Betroffenheitsstück des Journalisten Jakob Augstein ab, so enthält diese Anthologie die intellektuell wohl haltbarsten Beiträge.

Die Historiker Reinhard Rürup und Peter Longerich sind mit ihrer diskussionswürdigen Sorge um die deutsche Erinnerungskultur vertreten, die sie für eine Errungenschaft der Nachkriegszeit halten. Stan Nadolny sieht dagegen viel "Scholastik" und bezweifelt, "daß man aus dem puren Immer-Wiederholen, Immer-Wiedersehen der Entsetzlichkeiten" viel lerne. "Da entsteht eher Abwehr", sagt er und ist seinem Kollegen Martin Walser plötzlich sehr nahe. Hier kann man auch Raul Hilbergs Interview in ganzer Länge lesen.

In "Die Finkelstein-Debatte" wird deutlich, worin die von den Verteidigern des Autors oft erwähnte "Anregung" seiner Provokation liegen könnte: Es geht in Deutschland weniger um die Frage nach den Geldern, die sich die JCC zu Recht oder zu Unrecht verschafft haben soll. Es geht um die Form, in der künftig der Mord an den europäischen Juden erinnert werden soll. In der Auseinandersetzung darüber helfen Denk- und Publikationsblockaden ebenso wenig weiter wie die Rhetorik des Verdachts.

Stan Nadolny plädiert sogar für "Abstand vom Holocaust", um Juden wieder als die Menschen zu sehen, die sie waren, bevor das große Verbrechen sie auf Opfer reduzierte.

Es gehört zum Psychogramm der deutsch-jüdischen Beziehungen, daß solche Veränderungen im kollektiven Gedächtnis nicht ohne berechtigte Angst und Sorge sich vollziehen.<<

19.05.2001

BRD: Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schreibt am 19. Mai 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>"Onkel Ho" und die alten Schat-
ten

Viele 68er meiden offenkundig die Selbstkritik

Die Frage nach dem "berühmten" Pseudonym eines "Kommunistischen Freiheitskämpfers" stellte unlängst eine wohlhabende, politisch korrekte deutsche Regionalzeitung den Lesern auf ihrer Rätselseite. Auf die europäische Studentenbewegung der 60er Jahre habe der Schöpfer der vietnamesischen "Freiheitsbewegung" eine "starke Faszination" ausgeübt. In der Frage der Zeitung hieß es weiter, das gesuchte Pseudonym sei zum "Schlachtruf" bei den Demonstrationen der sogenannten 68er geworden.

Nanu, einen "kommunistischen Freiheitskämpfer" - gibt es denn so etwas auch, fragt sich erstaunt der kundige Leser. Schließen sich doch "Freiheit" und "Kommunismus" bekanntlich für jeden aus, der das vorige Jahrhundert ohne rote Politbrille erlebt hat. So wie es eben auch keinen "gerösteten Schneeball" und keinen "schwarzen Schimmel" gibt.

Als "Schlachtruf" war in der Rätsellecke natürlich das mehr als törichte "Ho-Ho-Ho-Chi-Minh" der 68er Revoluzzer gemeint, die den Namen dieses Kommunisten skandierten, als sie auf den Straßen herumhüpften und die Universitäten terrorisierten. Ihr Idol, der angebliche "Freiheitskämpfer", führte brutal und unmenschlich den kommunistischen Klassenkampf und

war fest im "Weltfriedenslager" verankert. Das wiederum erstrebte mit aller Kraft den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt, weil nur der den "Frieden" bedeute.

Nach seinem Sieg in Vietnam ließ "Onkel Ho" wie das Kultobjekt liebevoll in den Kommunen der 68er genannt wurde, in blutigen Massakern mehr als hunderttausend Studenten, Intellektuelle und Mönche umbringen. Insgesamt wird die Zahl der Opfer Ho Chi Minhs auf eine Million geschätzt. Weitere Millionen flüchteten aus seinem kommunistischen Paradies. Zeugte doch die Tragödie der "Boatpeople" vom Terror des "Freiheitskämpfers" und von den Säuberungen und Umerziehungslagern als kommunistischen Herrschaftsinstrumenten, wo Gefangene verhungerten, erstickten oder unter der Folter starben.

1969, nach Ho Chi Minhs Tod, wurde diesem Idol der 68er von dem Sowjetmenschen Leonid Breschnew ein Mausoleum errichtet, in dem die Unterdrückten jahrzehntelang am einbalsamierten Leichnam des Helden der sozialistischen Revolution vorbeipilgern mußten.

Es ist schon ein Alptraum, wenn man sich vorstellt, daß diejenigen in Deutschland, die sich vor 30 Jahren für jedermann sichtbar an der Person und der Politik dieses Ho Chi Minh orientierten, nicht auf den entschlossenen Widerstand des demokratischen Staates gestoßen und in ihre Schranken verwiesen worden wären.

Wenn heute allerdings der kommunistische Ho als angeblicher "Freiheitskämpfer" in der Rätsecke einer Tageszeitung auftaucht, ist das keine Ausnahmerecheinung. Wer den Kommunismus als Teil einer "Freiheitsbewegung" ausgibt, und sei es auch "nur" aus mangelhafter politischer Bildung, verhöhnt nicht nur die Opfer des roten Totalitarismus, sondern verharmlost auch diejenigen, die sich aus Gründen politischer Tarnung zwar einen neuen Namen gegeben haben, aber sich selbst in die Tradition der Kommunisten stellen.

Er ermuntert überdies die reaktionären Funktionäre und Parteigänger des Kommunismus, die bis vor einem Jahrzehnt als "Schild und Schwert der Partei" dem "DDR-Staatssicherheitsminister" Erich Mielke von der SED zu Dienste waren. 62 von ihnen erklärten unlängst mit Namen und einstigem Dienstrang öffentlich in der linksextremen "Jungen Welt", "sie hätten nur ihre Pflicht getan", wenn sie Personen überwachten, "die im Verdacht standen, eine gegen die DDR gerichtete Tätigkeit vorzunehmen".

Gleichzeitig feiert die Zeitung "Neues Deutschland", das ehemalige Organ des Zentralkomitees der SED, fröhlich seinen 55. Geburtstag. Ernst Cramer meinte dazu in der "Welt" mit Recht, glücklicherweise könne niemand auf den Gedanken kommen, den 80. Geburtstag der NSDAP-Parteizeitung "Völkischer Beobachter" zu feiern, denn dieses Blatt dürfe seit 1945 nicht mehr erscheinen. Bei den Genossen des Ho Chi Minh ist das anders.

Auch in der "alten" Bundesrepublik gibt es viele, die es einst schick fanden, mit dem Honecker-System und dem "Weltfriedenslager" zu flirten oder die sich von ihm instrumentalisieren ließen, indem sie kommunistische Ikonen wie "Onkel Ho" mit sich umhertrugen.

Heute sitzen sie in Regierungen, Verwaltungen und Redaktionsstuben und meiden jede selbstkritische Auseinandersetzung mit ihrem damaligen Verhalten. Der hohe moralische Anspruch, mit dem gerade sie damals und heute auftraten und auftreten, ist ohne diese Vergangenheitsbewältigung jedoch nichts wert.<<

09.06.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 9. Juni 2001 (x887/...): >>"Nicht aufrechnen, aber erinnern!"

Hans-Peter Uhl (CSU-Politiker, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages) zur Zwangsarbeiter-Problematik

Der Weg für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter ist nun frei. Nachdem die Sammelklagen in den USA abgewiesen wurden und die Frage der Rechtssicherheit im Bundestag - mit der Feststellung ausreichender Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen am 30. Mai 2001 - geklärt wurde, kommt das Stiftungsgesetz in Gestalt von Auszahlungen zur Anwen-

dung.

Zu Recht trägt die Stiftung den Titel "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft", denn ohne Erinnerung und Übernahme der Verantwortung für das Geschehene kann es keine gedeihliche Zukunft geben, kein friedliches Miteinander unter Nachbarn. Wir beweisen durch sie erneut unsere Verantwortung vor der historischen Wahrheit. Der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft wollen mit dieser Stiftung die bereits geleisteten Wiedergutmachungszahlungen noch einmal ergänzen, um dadurch ein Zeichen der Versöhnung zu setzen.

Das Wachhalten der Erinnerung an das vergangene Leid darf aber auch nicht dazu führen, daß das Erinnern zur alleinigen Verpflichtung der Deutschen wird. Die richtige Erinnerung darf nicht bei unserer schonungslosen Aufdeckung von Verbrechen durch die Nazi-Herrschaft stehenbleiben:

- Der Verbrechen der Deutschen wird gedacht.

- Aber die Verbrechen an Deutschen werden ausgeblendet.

Ohne jede Aufrechnungsabsicht muß festgestellt werden: Das Unrecht des Naziregimes hat letztlich auch das Unrecht an vielen Deutschen ausgelöst. Aber ein Unrecht kann das andere Unrecht niemals rechtfertigen. Es kann kein Aufrechnen geben. Weder für uns noch für andere. Erinnern kann nicht teilbar sein!

Es darf zu keiner ewigen Stigmatisierung der Deutschen kommen. Sonst bedeutete das: Deutsche dürfen ihre Verbrechen nicht aufrechnen. Wohl aber dürfen Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, mit dem NS-Unrecht aufgewogen werden.

Der jüdische Deutsche Hans-Georg Adler, der während des Zweiten Weltkriegs in Theresienstadt inhaftiert war, schilderte die Verhältnisse im ehemaligen KZ im Jahre 1946, also nach Kriegsende, so: "Bestimmt gab es unter ihnen welche, die sich in den Besatzungsjahren manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren. Nur weil sie Deutsche waren? Der Satz klingt erschreckend bekannt; man hatte bloß das Wort Juden mit Deutsche vertauscht. Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war."

Wir müssen auch an das Folgende erinnern: In einem von 1.255 polnischen Arbeits- und Deportationslagern kamen beispielsweise von 8.064 Insassen 6.488 ums Leben. Darunter waren auch 628 Kinder, die wirklich nichts für Hitlers Herrschaft konnten. Viele der Zwangsarbeiter ließ man verhungern, prügelte man zu Tode oder erschöß sie. Wer nicht arbeiten konnte, wurde ermordet.

Wir müssen auch daran erinnern: In der Tschechoslowakei gab es 2.061 Arbeits-, Straf- und Internierungslager, in Jugoslawien 1.562. In Jugoslawien wurde zwischen Arbeitslagern und Lagern für Arbeitsunfähige unterschieden. In diesen letzteren Lagern wurden die Menschen systematisch vernichtet. Im größten jugoslawischen Vernichtungslager, Rudolfsgrad, sind von 33.000 deutschen Insassen 9.503 umgebracht worden, darunter 491 Kinder unter 14 Jahren.

Wir müssen auch erinnern an die 700.000 deutschen Zivilisten darunter viele Frauen und Kinder, die nach 1945 zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden. Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen mußten sich völkerrechtswidrig in Sibirien bis Mitte der 50er Jahre zu Tode schuften.

Weit über zwei Millionen Deutsche sind nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch Vertreibung, Internierung und Zwangsarbeit zu Tode gekommen.

Alles dies geschah übrigens in demselben Zeitraum, als in den Nürnberger Prozessen gegen Nazi-Größen Todesurteile wegen Deportation, Zwangsarbeit und Vernichtung ausgesprochen wurden.

Verantwortung beginnt mit der Wahrhaftigkeit, und sie endet mit ihr. Ob Christ, ob Jude oder Atheist, ob Pole, Russe oder Deutscher: Was man ihnen in den Arbeitslagern des Zweiten

Weltkriegs und danach antat, waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Der englische Berichtstatter Bashford schrieb bereits im Sommer 1945 an das englische Außenamt: "Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. ... In Swientochlowice (Oberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals im kalten Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen."

In einem Bericht an den amerikanischen Senat vom 28. August 1945 heißt es: "Man hätte erwarten dürfen, daß nach der Entdeckung der Scheußlichkeiten, die sich in den Konzentrationslagern der Nazis ereigneten, niemals wieder derartiges geschehen würde; das aber scheint leider nicht so zu sein."

Der Philosoph Bertrand Russell schrieb am 19. Oktober 1945 an die Londoner "Times": "In Osteuropa ... hat (man) ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen schmerzhaften Hungertod ausliefert."

So wie das Erinnern unteilbar und Leid nicht teilbar ist, so ist auch die Verantwortung für Verbrechen nicht teilbar. Willy Brandt kniete in Auschwitz. Roman Herzog bat im Warschauer Ghetto um Vergebung. Deutsche haben sich zu Recht für deutsche Untaten immer wieder entschuldigt und um Vergebung gebeten. Wir vermissen aber, daß auch die Gegner von einst sich ihrer Verantwortung stellen. Eine wahre Aussöhnung kann es aber nicht geben, wenn das Leid des einen anerkannt und das des anderen geleugnet wird.

Wer sich nicht erinnert und damit die eigene Verantwortung leugnet, der sät die Blumen des Bösen: Auf dieser Saat der Selbstgerechtigkeit blüht keine Zukunft und gedeiht keine gute Nachbarschaft in Europa.

In unserer Fraktionserklärung zur Abstimmung im Juli des vergangenen Jahres forderten wir diejenigen Staaten auf, "die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Deutsche verschleppt und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen haben, den noch lebenden deutschen Opfern eine der deutschen Regelung zur Zwangsarbeiterfrage entsprechende Entschädigung in Form einer humanitären Geste zu gewähren".

Wer dies verweigert, mit der Begründung, daß das deutsche Leid auf das Konto der Nazis gehe, vergißt zweierlei: Zum einen war der Zweite Weltkrieg zu Ende. Zum anderen wurden diese Verbrechen an zumeist unschuldigen Zivilisten begangen. Wir wollen nur, daß die Prinzipien der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit für alle Menschen, d.h. auch für Deutsche, gelten.

Die Geschichte kennt keinen Schlußstrich: Verantwortung für die Zukunft bedeutet deshalb, daß wir die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus fortführen werden. Wohl aber muß es für die Menschen in diesem Lande die Gewißheit geben, daß die materiellen Wiedergutmachungsleistungen irgendwann ein Ende nehmen. Denn über 70 Prozent aller heute lebenden Deutschen sind nach 1945 geboren.

Erinnerung, Verantwortung, Zukunft - dieser Titel der Stiftung ist Ausdruck des deutschen Bemühens um Versöhnung und materiellen Ausgleich für das von deutscher Seite verursachte Leid. Über ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs muß es aber auch für Deutsche eine historische Gerechtigkeit geben. Wir fordern nicht mehr und nicht weniger als diese Gerechtigkeit.

Wir Deutsche werden das Leid, das unsere Vorfäter anderen angetan haben, nicht vergessen. Nur mit Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit schaffen wir Vertrauen.

Nur mit Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit schaffen wir eine wahre Versöhnung zwischen den Völkern im zusammenwachsenden Europa!<<

23.06.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 23. Juni 2001 (x887/...):
>>"Niemanden gleichgültig gelassen ..."

Stéphane Courtois, der Autor des "Schwarzbuch des Kommunismus", zieht eine erste Bilanz. Stéphane Courtois' "Schwarzbuch des Kommunismus" bildete nur wenige Jahre nach dem Zusammenbruch des Bolschewismus in Frankreich, aber auch in Mittel- und Osteuropa den Auftakt für eine populäre Abrechnung mit den Verbrechen der kommunistischen Regime. Dabei war die Aufnahme seines Buches durchaus unterschiedlich.

Es gab linksorientierte Kritiker, die meinten, sie hätten sich nie mit dem Sowjetregime identifiziert, weshalb sie keine Abstriche von ihren Überzeugungen zu machen hätten. Andere, die die Folgen der neoliberalen Strukturen sehen, wie sie aus Übersee nach dem Krieg hier Fuß faßten, meinten, sie würden bei Zustimmung den Beifall der falschen Seite provozieren. Und endlich gab es Kritiker, die der Meinung waren, jede Aufdeckung bolschewistischer Verbrechen würde den Nationalsozialismus mit seinen Folgen relativieren und den Deutschen damit zugleich wieder außenpolitischen Bewegungsraum verschaffen. ...

Findet Ihr "Schwarzbuch" in Frankreich und in den übrigen Ländern weiterhin starke Beachtung?

Courtois: Es hat vierundzwanzig Ausgaben in der ganzen Welt gegeben. Am meisten wurde das Buch in Westeuropa verkauft, das heißt in Staaten, wo seit langem kommunistische Parteien bestanden. Die größte Auflage wurde 2000 in Italien mit 250.000 verkauften Exemplaren erreicht. Dabei ist es erstaunlich, daß in Frankreich der Verlag "Robert Laffont" insgesamt nur 200.000 Exemplare (Taschenbücher inbegriffen) verkaufen konnte. Immerhin wurde aber die deutsche Übersetzung mit über 250.000 Exemplaren auch ein großer Erfolg.

Hingegen fand die englischsprachige Ausgabe bisher nur 50.000 Käufer. In Rußland waren es schließlich gar nur 7.000 verkaufte Exemplare. Allerdings ist jetzt eine Taschenbuchausgabe mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren in Vorbereitung. Insgesamt gibt es nunmehr schon eine Million verkaufter Bücher, einen solchen Erfolg hatten wir keineswegs erwartet.

Der Anklang in der Presse war erwartungsgemäß unterschiedlich gewesen, aber wir haben niemanden gleichgültig gelassen. Die Ausgaben in den Reformländern sind zur Zeit vergriffen. Besonders berührt hat mich, daß der estnische Staatspräsident das Vorwort zur Ausgabe in seinem Lande geschrieben hat. Kurz gefaßt: Wir sind vom Erfolg unseres Buches völlig überrascht.

Sie bereiten eine neue Fassung des Schwarzbuches vor. Warum?

Courtois: Wir wollen der Öffentlichkeit eine Zusammenfassung der Vorwörter in den verschiedenen Sonderausgaben anbieten. Zudem möchte ich, als hauptverantwortlicher Redakteur dieses Werkes, meine persönlichen Eindrücke verarbeiten. Ich plane eine Einführung von mehr als hundert Seiten. Das Ganze wird völlig original sein. Das Buch soll wieder bei Robert Laffont erscheinen, ungefähr Anfang 2002.

Können Sie uns Einzelheiten über die von Ihnen geplante Bucheinführung nennen?

Courtois: Zunächst werde ich bestimmt über den Anklang, den das Schwarzbuch gefunden hat, schreiben. Zudem möchte ich besonders den Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus auswerten, sofern sich einer herstellen läßt, und das Thema "Totalitarismus" noch einmal behandeln. Ich möchte die Kritiken beantworten und versuchen, eine neue Synthese unter die Leserschaft zu bringen.

Die deutsche Übersetzung des "Schwarzbuches" behandelt auch das Thema "DDR". Könnten Sie näheres über dieses Kapitel sagen?

In der Originalausgabe unseres Buches, das heißt, in der französischen Ausgabe, war nichts über die DDR vorhanden. Wir hatten einfach die Repression und Unterdrückung in der SBZ unter dem Gesichtspunkt der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien angeschnitten.

Hier hat der deutsche Verlag etwas mehr gefordert.

Also ergänzte Ehrhardt Neubert den Text mit einem Beitrag über die Unterdrückung in der DDR aus der Sicht eines Historikers. Zudem gab uns Pfarrer Gauck einen Text über das Phänomen "Gedächtnis und Unterdrückung". Für ihn war es wichtig zu wissen, wie die Bewohner der DDR sich mit dem Regiment der SED arrangieren konnten. Für jemanden, der in einem totalitären Staat nicht gelebt hat, ist diese Frage sehr bedeutungsvoll. Ich bewundere Herrn Pfarrer Gauck sehr. Anzumerken ist hier auch, daß ihm und Linksstehenden von hier das Wort in Berlin verwehrt wurde. Wir wollten damals eine Pressekonferenz über dieses Buch geben.

Gibt es besondere Einzelheiten, sofern sie die russische Ausgabe betreffen?

Courtois: Das Buch wurde zunächst in der Duma vorgestellt. Das Vorwort schrieb Jakowlow, der vom russischen Verleger eigens dafür ausgewählt worden war. Jakowlow ist ein Intellektueller, der unter Gorbatschow Mitglied des Politbüros wurde, und gewissermaßen die "Perestroika" erfunden hat. Sein Vorwort behandelt das Thema "Bolschewismus". Wir haben viel Mühe gehabt, unser Buch in Rußland zu veröffentlichen. Ich bin der Ansicht, der frühere KGB besitzt immer noch großen Einfluß und hat sich dieser Absicht mit den bekannten Möglichkeiten widersetzt. Auf jeden Fall konnte Jakowlow als Mitglied der Duma vor diesem Plenum das Buch vorstellen.

Sie haben die Straftaten des Kommunismus gebrandmarkt. Hat Ihrer Meinung nach diese Ideologie noch eine Zukunft?

Courtois: Ich glaube, daß die historische kommunistische Bewegung, wie sie mit der Oktober-Revolution entstanden ist, tot ist. Jedoch gibt es noch zahlreiche Länder, wo die Kommunisten an der Macht geblieben sind. Im Osten Europas ist jene Ideologie für die, die sie erlebt haben, endgültig tot. Im Westen unseres Kontinents scheint der Kommunismus noch eine Zukunft zu haben, die von einem antikapitalistischen Umfeld unterhalten werden könnte. In Frankreich besteht noch in einem großen Teil der Intelligenzija eine Art von "französischer Ausnahme" ("exception française"). Würden Sie allerdings den Nationalsekretär der französischen KP fragen, was der Kommunismus ist, dann wäre er sicherlich außerstande Ihre Frage zu beantworten.

Was halten Sie von der Umwandlung der orthodoxen kommunistischen Parteien in "sozialdemokratische" Parteien?

Courtois: Ich beurteile diese Umwandlungen orthodoxer kommunistischer Parteien in sogenannte sozialdemokratische sehr skeptisch. Ich muß Ihnen sogar sagen, daß ich darüber ziemlich empört bin, daß die Sozialistische Internationale in ihrem eigenen Schoß ehemalige kommunistische Parteien aufgenommen hat und offensichtlich duldet. Sicherlich finanziert die Sozialistische Internationale jene Parteien, damit sie sich an die neuen Realitäten in Osteuropa anpassen. Trotzdem bin ich im Ganzen, wie gesagt, ziemlich empört.

Was die PDS anbetrifft, habe ich unlängst in der Zeitschrift "Communisme", die ich leite, Beiträge von einem Geschichtsforscher, Patrick Moreau, der im CNRS (Centre National de la Recherche Scientifique) amtiert und sachkundig im Urteil über die extremistische deutsche Linke ist, veröffentlicht. Ich glaube, daß die PDS eine Wählerschaft verwaltet, die von alten Apparatschiks und einer orientierungslosen Jugend gebildet wird. Die Entschuldigung der PDS gegenüber der SPD wegen der Zwangsvereinigung SED/SPD scheint mir dagegen sehr unseriös. Falls die PDS sich tatsächlich entschuldigen will, sollte sie ihre Archive öffnen, was sie aber gegenwärtig noch strikt vermeidet.

Um mit der französischen Polit-Szene zu enden, welche Zukunft kann man der französischen KP voraussagen?

Courtois: Schon in den Jahren 1986 bis 1988 habe ich Beiträge geschrieben, in welchen ich das Ende der französischen KP prophezeite. Die letzten Gemeindewahlen, bei welchen die KPF eine Schlappe erlitt, sehen so wie der Gegenschlag zu den Gemeindewahlen von 1935

aus, bei denen der Durchbruch der KPF in der Pariser Vorstadt konstatiert wurde. Dann kam die Volksfront von 1936 mit fünfzehn Prozent der abgegebenen Stimmen für die KPF. 1946 konnte diese Partei sogar 29 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen. 1981 kam sie auf fünfzehn Prozent zurück. Mit der Ära Mitterrand ist sie ständig gesunken, und Sie wissen, alle Beobachter schreiben es gegenwärtig, die Troztkisten sollen bei der Präsidentschaftswahl 2002 besser als die KPF abschneiden.

Man darf jedoch die Rolle der kommunistischen Gewerkschaft CGT ("Confédération Générale du Travail") nicht vergessen, die die Nutznießerin der Anwesenheit eines kommunistischen Transportministers in der Regierung ist und jede Privatisierung von öffentlichen Betrieben blockiert. Insgesamt wäre die Lage der KPF noch schlechter, würde sie nicht in der Regierung sitzen.<<

01.08.2001

BRD: Am 1. August 2001 tritt das sog. Lebenspartnerschaftsgesetz in Kraft. Erstmals in der deutschen Geschichte können gleichgeschlechtliche Paare eine rechtlich anerkannte Verbindung eingehen.

Dr. med. Alfred Häussler (1917-2010) berichtet später über die Folgen der 68er Kulturrevolution (x886/...): >>Der Angriff auf Ehe und Familie

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der vor allem von der neo-marxistischen Kulturrevolution des Jahres 1968 beeinflusste Zeitgeist die Gesellschaft fast ganz Europas verändert hat, so wurde dieser Beweis kürzlich durch das in der Bundesrepublik Deutschland beschlossene Gleichstellungsgesetz homosexueller Paare mit Ehepaaren, das sogenannte "Lebenspartnersgesetz" erbracht. Denn noch vor drei Jahrzehnten wäre es undenkbar gewesen, ein solches Gesetz überhaupt zu planen. Dazu bedurfte es erst des Eintrittes führender Mitglieder der grünalternativen Partei in die deutsche Bundesregierung. Dies ist auch ein Beweis dafür, daß führende Mitglieder dieser Partei die eigentlichen Initiatoren der Kulturrevolution des Jahres 1968 waren.

Die Kulturrevolution von 1968

Ziel dieser Kulturrevolution war es, die Gesellschaft total zu verändern. Die Emanzipation des Menschen von allen Geboten und Verboten, die Autonomie des Menschen, das Selbstbestimmungsrecht des Menschen und keinerlei Einschränkung dieser Selbstbestimmung durch Autoritäten jedweder Art waren das Ziel, welches die Anführer dieser Kulturrevolution verfolgten. Diese waren nicht selten Studenten aus oft gut situierten bürgerlichen Familien. In ihrer Unzufriedenheit mit allem Bestehenden sollte alles anders werden! Autonom sollte der Mensch sein!

Dazu - so verkündete man - bedarf es aber keiner die Freiheit des Einzelnen einschränkenden Gesetze und erst recht nicht der Gebote, die dem Menschen in der biblischen Offenbarung des Alten und Neuen Testaments auferlegt sind, und die die Kultur des Christentums und auch des Judentums durch Jahrhunderte hindurch geprägt hatten. Weg mit allem, was der Autonomie des Menschen im Wege steht! So hieß es damals im Jahre 1968!

Die Vorgeschichte der Kulturrevolution

Es ist schon verwunderlich, daß nach dem erbärmlichen Zusammenbruch der Ideologie der Rasse und nach dem wirtschaftlich unvermeidbaren Ende der Ideologie der Klasse 1989 wieder neue Ideologien wie diejenige der Kulturrevolution von 1968 mit ihren neo-marxistischen Ideen das Denken und das Verhalten der Menschen in Europa verändern konnten. Dafür mußten die Menschen erst einmal vorbereitet sein! Und sie waren vorbereitet! Denn schon mit der weltweiten Verbreitung der Ideologie des Feminismus vom Jahre 1952 an trug diese Ideologie mit ihrer Lehre vom Selbstbestimmungsrecht der Frau über das Lebensrecht ihres ungeborenen Kindes dazu bei, daß in fast allen Staaten Europas und Nordamerikas Gesetze verändert wurden, die zum Schutze des Lebens ungeborener Kinder erlassen worden waren.

Dabei war vorauszusehen, daß die gesetzliche Freigabe der Tötung ungeborener Kinder auf Verlangen der Frau und oft auch ihres persönlichen Umfeldes doch zu einer Demoralisierung weiter Teile der Bevölkerung in allen Staaten Europas, vor allem aber vieler Frauen führen mußte. Denn wenn schon das Leben eines ungeborenen Kindes nicht mehr als ein Höchstwert gilt, den zu erhalten und zu schützen geboten ist, dann braucht man sich über den allgemeinen Werteverlust in der modernen Gesellschaft nicht mehr zu wundern.

Und dann führte schließlich die Einführung der sog. Pille zur Empfängnisregelung 1960 in den USA und 1962 in Europa zu einem drastischen Einbruch in der bis dahin gültigen und weitgehend von den Menschen auch angenommenen sittlichen Ordnung im Zusammenleben der Geschlechter. Denn durch die Pille wurden der Promiskuität die Tore weit geöffnet mit der Folge der gewaltigen Zunahme der Ehescheidungen und der Etablierung der Single Haushalte auf 50 % der Großstadthaushalte.

Durch die Pille wurde die Sexualität, die früher dem Vollzug in der Ehe zugeordnet war, zu einem Konsumartikel degradiert, zu dessen freizügigem Gebrauch in allen Medien werbend aufgefordert wurde. In diesem Umfeld sittlichen Niedergangs der Gesellschaft in ganz Europa liegen die Wurzeln für das Wiedererstarken des Islams in der ganzen Welt und für die islamische Revolution in Persien, aber auch für die fortschreitende Säkularisierung der Menschen Europas und Nordamerikas.

Die öffentliche Aufwertung der Homosexualität

Der Glaubensverlust vieler Menschen hinsichtlich des christlichen Glaubens in ganz Europa und Nordamerika mit seiner Orientierungslosigkeit, besonders der heranwachsenden Jugend, schuf dann ein gesellschaftliches Umfeld, in dem eine Regierung es erstmals wagen konnte, Werte wie Ehe und Familie, die unter dem besonderen Schutz der Verfassung stehen, zu mindern, indem man homosexuelle Partnerschaften durch standesamtliche Eintragungen amtlich und damit gesetzlich aufwertet und diese dadurch der Ehe und Familie nahezu gleichstellt. Dieser Vorgang ist einmalig in der Rechtskultur und auch in der Kulturgeschichte Europas! Denn auch die Heiligkeit und Unantastbarkeit von Ehe und Familie haben Europa groß gemacht. Sie prägten die Kultur und das Leben der Völker Europas!

Und nun soll sich das deutsche Volk von der verfassungsrechtlich geschützten Sonderstellung von Ehe und Familie verabschieden, nur weil eine Minderheit von andersgearteten Menschen dies verlangt! Dies ist das erste Mal in einem demokratisch verfaßten Staat, daß eine Minderheit der Mehrheit von Menschen die Beschlußfassung in der Gesetzgebung entreißt und ihre Forderungen durchsetzt, eben weil die Minderheitspartei in der derzeitigen deutschen Regierung mit Unterstützung vieler Medien sich durchzusetzen vermochte.

Der verfassungsrechtlich bestimmte Schutz von Ehe und Familie

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht in Artikel 6, Absatz 1: "Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung." Sinn und Zweck des Artikels 6 des Grundgesetzes ist es, Ehe und Familie als die biologischen und sozialen Grundlagen von Staat und Gesellschaft zu sichern. Deshalb hat die verfassungsrechtliche Garantie von Ehe und Familie das Ziel, beide Institutionen gegen Angriffe auf ihren Bestand zu verteidigen und sie auch vor gesellschaftlichen Modeströmungen zu bewahren.

Aus diesem Grunde dürfen Ehe und Familie auch nicht dem immer wieder wechselnden Zeitgeist unterworfen sein. Denn sie sind die Existenzgrundlagen von Staat und Gesellschaft. Von homosexuellen Partnerschaften wird man wohl kaum behaupten können, daß sie die Existenz von Staat und Gesellschaft für die Zukunft garantieren. Gerade deswegen haben Ehe und Familie verfassungsrechtlich unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu stehen!

Die standesamtlichen Eintragungen von homosexuellen Partnerschaften dagegen sind auf alle Fälle verfassungswidrig. Denn sie verletzen durch den Vollzug der Schließung einer Lebenspartnerschaft vor einem Standesbeamten die privilegierte, grundgesetzlich garantierte Sonder-

stellung der Ehe. Damit verstößt der Staat gegen die Verfassung! Denn homosexuelle Partnerschaften sind Privatsache! Aus ihnen hat sich der Staat herauszuhalten!

Er kann diese zwar dulden im Privatleben zweier Menschen und sie auch vor Diskriminierung schützen. Er darf aber homosexuelle Partnerschaften niemals, auch nur dem Anschein nach, mit der Ehe gleichstellen oder gar fördern. Denn zu einer Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften mit der Ehe ist der Staat verfassungsrechtlich nicht befugt.

Die Mißachtung der Schöpfungsordnung

Alle monotheistischen Religionen wie das Christentum, das Judentum und der Islam sind sich darin einig, daß homosexuelle Handlungen nicht mit der Schöpfungsordnung im Einklang stehen. Denn der Mensch ist als Mann und Frau geschaffen. Beide sind einander zugeordnet. Sie ergänzen sich. Deshalb ist das Zusammenleben gleichgeschlechtlicher Personen zur Ausübung homosexueller Praktiken eine Verletzung der Schöpfungsordnung und der naturgemäßen Zuordnung von Mann und Frau zueinander.

Mann und Frau sind zwar gleich in ihrer Menschenwürde und auch gleichwertig. Sie sind aber genetisch und biologisch verschieden und in dieser Verschiedenheit einander zugeordnet. Deshalb ist das Zusammenleben homosexuell veranlagter Menschen in eheähnlichen Verhältnissen eine Entwürdigung des Menschen und eine Verletzung und Mißachtung der Schöpfungsordnung!

Der Widerspruch homosexueller Verhaltensweisen zur menschlichen Vernunft

Das Zusammenleben zweier gleichgeschlechtlicher Personen zum Vollzug homosexueller Praktiken steht auch im Widerspruch zur Ordnung der Vernunft. Vernunftgemäß ist aber nur, was der Wirklichkeit zugeordnet ist. Diese Wirklichkeit ist nun mal die geschaffene Zweigeschlechtlichkeit des Menschen, wie sie vom allerersten Beginn des Lebens von Menschen in seiner Natur angelegt ist. Zum Wesen des Menschen gehören aber nicht nur seine Triebe oder auch nur wie bei Tieren Instinkte. Das Wesen des Menschen wird bestimmt durch seinen Geist und seine Geistigkeit sowie durch seine Seele. Durch sie unterscheidet sich der Mensch von tierischen Lebewesen. Durch seine Geistigkeit ist der Mensch aber in der Lage, zu erkennen, daß Mann und Frau auch anatomisch einander zugeordnet sind.

Bei homosexuellen Praktiken ist doch erkennbar, daß sie nicht einmal der Anatomie des menschlichen Körpers und seiner Verschiedenheit in männlicher und weiblicher Ausprägung entsprechen. Und eine solche Naturwidrigkeit findet nun in der Rechtsordnung ihren Niederschlag! Der Erfahrungsschatz von Menschen mehrerer Jahrhunderte, der sich in den Gesetzbüchern aller Kulturstaaten wiederfindet, wehrt sich doch mit Recht gegen ein solches gesetzliches Vorhaben! Denn Homosexualität hat in der Rechtsordnung von Kulturstaaten keine Berücksichtigung zu erhalten. Sie sollte weiterhin, wie bisher auch, als Privatsache einzelner Personen gelten.

Die christliche Ausprägung der Kultur Europas

Die Kultur Europas wurde, nunmehr 2.000 Jahre alt, vor allem vom Christentum geprägt. Und im Christentum galten homosexuelle Handlungen immer als Unzucht. Warum soll dies jetzt nicht mehr gelten? Als Christ hat man homosexuell Veranlagte wie überhaupt jeden Menschen zu achten und zu lieben! Man kann diese Menschen auch bemitleiden. Homosexuelle Handlungen aber und eheähnliches Zusammenleben von Homosexuellen stehen **im Widerspruch zur christlichen Lehre!**

Daran hat sich bis heute nichts geändert. So heißt es in 1. Korinther 6, 13: "Der Leib ist aber nicht für die Unzucht da ..." und dann in Vers 18: "Hütet euch vor Unzucht! ... Wer Unzucht treibt, versündigt sich gegen den eigenen Leib."

Noch deutlicher wird die Unzucht homosexueller Handlungen im Römerbrief verurteilt (Römer 1, 26 f.), man beachte auch 1. Thessalonicher 4, 3,7.

Die Ursachen der Homosexualität

Die Veranlagung zur Homosexualität ist in der Regel lebensgeschichtlich bedingt und meist in der Adoleszenz entstanden durch zu starke Bindungen an den andersgeschlechtlichen Elternteil. Wie alle Neurosen ist auch die Homosexualität rückbildungsfähig. Denn eine erbliche Komponente besteht nicht. Und ein die Homosexualität bestimmendes Gen wurde bis heute nicht gefunden. Daher ist Homosexualität durchaus behandlungsfähig und auch heilbar. Homosexuell veranlagte Menschen gehören daher in psychotherapeutische Behandlung wie Alkoholiker, Suchtkranke und an einer Neurose Leidende.

Wie man aber einen Alkoholiker nicht in einem Weinkeller beschäftigen sollte, so sollte man einem Homosexuellen nicht die Möglichkeit geben, in einer standesamtlich registrierten Lebensgemeinschaft seine abartige Neigung weiter zu pflegen. Dadurch vermindert man nicht die Zahl der Homosexuellen, sondern trägt dazu bei, daß sich ihre Zahl weiter vermehrt. Und daran sollte der Staat, der unter Nachwuchsmangel an Menschen im globalen Wettbewerb leidet, doch kein Interesse haben!

Die demographische Katastrophe

Wenn unlängst der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Henkel, umfassende Einwanderungsregeln verlangte und sagte, daß bei dem gegenwärtigen Fachkräftemangel 450.000 Einwanderer pro Jahr gebraucht würden, so fragt man sich, warum niemand in der Bundesrepublik Deutschland auf die wirkliche Ursache des Fachkräftemangels hinweist. Dieser ist einzig und allein durch die demographische Entwicklung bedingt.

Sie war aber voraussehbar. Denn uns fehlen heute die seit über 30 Jahren verhüteten und abgetriebenen Kinder. Die deutsche Gesellschaft hat sich zu einer Spaß-, Verhütungs- und Abtreibungsgesellschaft entwickelt! Und niemand hat seit über drei Jahrzehnten auf die eigentlichen Ursachen der jetzt manifest gewordenen demographischen Katastrophe hingewiesen! Man hat geschwiegen! Man wollte modern sein und mit der Zeit gehen!

Von einer "Faktenresistenz" der deutschen Politik sprach der Chef des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, Johann Hahlen, als er am 19. Juli 2000 den Bericht über die neuesten demographischen Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik vorlegte. Danach kann nur der Schluß gezogen werden: "Die Deutschen sterben aus!" Hahlen nannte die Entwicklung dramatisch! Und er nannte die vorgetragenen Zahlen der demographischen Entwicklung "eine Herausforderung für die nachhaltige Politik".

Alle gesellschaftlichen Gruppen sind gefordert!

Wenn Oppositionsparteien die Aufgabe haben, die Regierung zu kontrollieren, so ist der Zeitpunkt für die Oppositionsparteien jetzt gekommen, weiterhin Widerstand zu leisten gegen Gesetzesvorhaben wie das "Lebenspartnergesetz". Denn von solchen Gesetzen ist nur eine weitere Verschlechterung der negativen demographischen Entwicklung zu erwarten. Doch ein solcher Widerstand allein genügt nicht. Die vom Bundesverfassungsgericht angemahnte Nachbesserungspflicht des am 25. August 1995 verkündeten Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes hätten die Oppositionsparteien längst einfordern müssen! Sie haben es nicht getan. So aber macht man keine Opposition, sondern überläßt der Regierung die totale Gestaltungsfreiheit.

Seit über drei Jahrzehnten geschieht in ganz Europa zu wenig zur Förderung der Familien, statt dessen aber alles zur Erleichterung der Berufstätigkeit von Frauen, so als wäre der Beruf der Frau als Mutter nicht als ein Idealfall der Stellung der Frau in der Gesellschaft anzusehen. Nur noch die sog. Karrierefrauen, die möglichst hohe Stellungen im Staat, in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben erreichen konnten, kommen zu gesellschaftlichem Ansehen! Die "Nur Hausfrau" wurde an den Rand der Gesellschaft gestellt.

So kam es, daß die Frau als Mutter zwar wertvolle Erziehungsarbeit leistete, dafür aber noch nicht einmal einen Rentenanspruch erhielt. Die berufstätigen Frauen mit einem Doppelver-

dienst zusammen mit dem Ehemann erhalten im Alter dann auch noch eine doppelte Rente! Auch gegen diese ungerechten Mißstände geschah bisher nichts von Seiten der Regierung. Und die Opposition schweigt!

Das Versagen der Kirchen

Daß die "Königsteiner Erklärung" der Deutschen Bischofskonferenz ein großer Fehler war, hat ihr Initiator Kardinal Julius Döpfner kurz vor seinem Tod öffentlich erklärt. So fragt man sich mit Recht, warum ihre Revision bis jetzt ausblieb? Denn auch den Kirchen fehlen jetzt Menschen. Die Gottesdienste werden immer leerer. In ihnen sind schulpflichtige Kinder kaum mehr zu sehen. Und dies schon drei Jahrzehnte lang von Jahr zu Jahr zunehmend.

Dabei sind doch die kinderreichen Zuwanderer aus den islamischen Ländern eine Herausforderung an die Kirchen, sich um ihre Zukunft in Europa Gedanken zu machen! Bei der seit 30 Jahren feststellbaren demographischen Entwicklungstendenz sterben nicht nur die Deutschen aus. Es sterben auch die Christen aus! Europa wird islamisch werden!

Die Mißachtung der Bewahrung der Schöpfung

Daß ausgerechnet die grün alternative Partei, die sich um das Leben jeder Kröte Sorgen macht, die jeden Baum und jeden Strauch geschützt haben will, sich um das Leben von Menschen, besonders von den ungeborenen Menschen so wenig kümmert, ist ein Skandal!

Und daß diese Partei, der die Bewahrung der Schöpfung ein so wichtiges Anliegen ist, ein solch naturwidriges Gesetzesvorhaben eingebracht hat wie das "Lebenspartnergesetz" muß doch die gesamte Gesellschaft alarmieren! Widerstand ist angezeigt! Wir brauchen wieder mehr Kinder und dazu eine bessere, vom Bundesverfassungsgericht schon angemahnte Familienpolitik! Diese blieb bis heute aus!<<

August 2001

BRD: Der deutsche Militärhistoriker Franz Uhle-Wettler (1927-2018) berichtet im August 2001 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 2001 (x853/...):

>>Die Ursachen des Rußlandfeldzuges 1941

Präventivkrieg oder unprovokierter Überfall?

Um übergroße Erwartungen zu dämpfen, sei einleitend begründet, warum die Frage nach den Ursachen des "Rußlandfeldzugs" wohl nahezu unbeantwortbar ist.

Der erste Grund wird deutlich, wenn wir, als Beispiel, nach den Ursachen des Zweiten Punischen Krieges suchen. Die Historiker sind sich noch nach 2.200 Jahren nicht einig, wer den Krieg gewollt hat: Hannibal, Karthago oder Rom. Fragen nach Kriegsursachen scheinen prinzipiell schwer beantwortbar zu sein.

Die zweite Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß die Frage nach den Kriegsursachen 1939 und 1941 hochgradig emotionalisiert, moralisiert und politisiert ist. Hierzu brauchen wir nur betrachten, wie die ersten Veröffentlichungen behandelt wurden, die eine alleinige Schuld Deutschlands am Rußlandfeldzug "kritisch hinterfragten", was in anderen Bereichen als fortschrittlich gilt. Diese Schriften erschienen vor oder um 1985. Doch sogleich antwortete DIE ZEIT mit ganzseitigen Artikeln unter der Überschrift "Verteidigungslügen - Warum die Mär vom Präventivkrieg wiederbelebt wird". Das ist exakt der Ton der stalinschen sowie der hitlerschen Inquisition.

Die Wahrheit steht fest und ist mithin offenbar. Wer das Offenbare anzweifelt, kann nicht irren, sondern muß verstockt oder böse sein. Ein Historiker braucht sich mit den a priori verfehlten Argumenten nicht auseinanderzusetzen. Er braucht nur aufzudecken, "warum" der Autor die "Mär" und die "Lügen" wiederbelebt. Und natürlich verfällt der Bösewicht dem Gericht - er war Ketzer, unter Stalin Trotzki, unter Hitler Volksschädling und heute Revisionist. Ketzer, Trotzkiisten und Volksschädlinge bedrohte der physische, Revisionisten bedroht heute der bürgerliche Tod.

Der dritte und wichtigste Grund, warum die Frage nach den Kriegsursachen 1941 nahezu un-

beantwortbar ist, ergibt sich aus dem Vergleich der Quellen für Urteile über die Ursachen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges.

Zum Ersten Weltkrieg: Schon wenige Jahre nach dem Krieg hatten fast alle Hauptbeteiligten beider Seiten ihre Sicht in Memoiren geschildert. Zudem hatten alle Nationen vielbändige Aktenpublikationen auf den Weg gebracht. Und schließlich gab es noch lange die Möglichkeit, die Hauptakteure zu befragen. Die Quellenlage war also vorzüglich. Dennoch besteht auch heute keine Einigkeit, wo die Hauptursachen des Krieges lagen und wie sie zwischen den beteiligten Staaten verteilt waren.

Anders die Aktenlage für den deutsch-russischen Krieg. Die deutschen Hauptakteure haben den Krieg nicht überlebt oder sie konnten sich nur im Angesicht des Nürnberger Galgens äußern - kein günstiger Ort für eine gelassene Darstellung. Es bleiben die deutschen Akten. Doch diese sind viele Jahre im Besitz der Sieger gewesen. Die damit verbundene Problematik wird nirgends angesprochen, also ist etwas Ausführlichkeit notwendig.

Nachweisbar ist, daß die Briten ihre eigenen Archive schon bei drittrangigen - dritrangigen! - Fragen gesäubert haben. So wurde nach dem Ersten Weltkrieg entfernt, was die beabsichtigte Hochbewertung des britischen Oberbefehlshabers in Frankreich, des Feldmarschalls Haig, behindert hätte.

Auch die Akten über die Tötung einer deutschen U-Bootbesatzung (Fall Baralong) und über die Erfindung deutscher Kriegsverbrechen in Belgien wurden gesäubert.

Die Aktenmanipulation wurde nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzt. Wiederum nur als Beispiel: Akten wurden vernichtet, die geklärt hätten, wie es zur Auslieferung der Wlassow-Kosaken, zusätzlich des deutschen Rahmenpersonals und sogar jener uralten Weißrussen gekommen ist, die nie Untertan der Sowjetunion gewesen waren und längst eine andere Staatsangehörigkeit besaßen. Schließlich wurden viele derjenigen Akten vernichtet, die gezeigt hätten, weshalb die englische Regierung die Kontaktversuche des deutschen Widerstandes zurückgewiesen oder unbeantwortet gelassen hat.

Wenn die Briten so bei drittrangigen Fragen mit ihren eigenen Akten umgingen, ist die Frage berechtigt, wie sie mit den erbeuteten deutschen Akten umgingen, insbesondere dort, wo diese Akten erstrangige Fragen betrafen. In der Tat: Akten über die Ermordung deutscher Schiffbrüchiger im Zweiten Weltkrieg sind sogar nach Aussage des britischen Außenministeriums vernichtet worden. Die deutschen Dokumente über Kontaktversuche zu den Alliierten im Winter 1939/40 ... gingen verloren, als sie nach dem Krieg in alliierter Hand waren. Allerdings "gingen" sie nicht verloren, weil sie keine Beine hatten. Jemand muß am Werk gewesen sein.

Noch wichtiger: Schon beim Nürnberger Prozeß soll die Anklage deutsche Dokumente vorgelegt haben, die nicht einmal die dortigen "Richter" als Beweisstück akzeptiert haben. Bei den Nürnberger Folgeprozessen wurde Generalarzt Professor Dr. Rose aufgrund gefälschter Dokumente verurteilt.

Weiterhin haben die Sieger bei Kriegsverbrecherprozessen deutsche Dokumente in höchst bemerkenswerter Weise selektiv verwendet und später nur selektiv zurückgegeben. Sogar das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr - oft wegen politischer Korrektheit kritisiert - wirft dem Münchener Institut für Zeitgeschichte vor, eine von den Alliierten gefälschte Ansprache des Chefs des Generalstabes, Generaloberst Halder, als echt zu deklarieren.

Das berühmt-berüchtigte "Hoßbach-Protokoll" ist als das "most famous" und zugleich umstrittenste Dokument der NS-Zeit bezeichnet worden, weil Überlieferung und Zustand rätselhaft sind; Manipulation ist mindestens möglich.

Schließlich ist anzumerken, daß möglicherweise auch die französischen und die belgischen Archive gesäubert worden sind.

Bei allen diesen Aktionen ist wohl anzunehmen, daß nicht Sekretärinnen oder Amtsboten, sondern gewichtigere Kräfte mit gewichtigen Motiven am Werk gewesen sind - und niemand

weiß, was sie sonst noch manipuliert haben.

Nebenbei: Wenn in einem Zivilprozeß die Akten der einen Partei jahrzehntelang im Besitz der Gegenpartei gewesen sind, wird vermutlich jeder Amtsrichter urteilen, es sei notwendig, den Zustand der Akten der benachteiligten Partei zu klären. Doch eine systematische Untersuchung des Schicksals der deutschen Akten auf Vollständigkeit und mögliche "Ergänzungen" ist im Klima der Bundesrepublik nahezu unvorstellbar. Für den Suchenden gibt es nur Zufallsfunde, die vermutlich das Ganze nicht aufdecken.

Zur sowjetischen Aktenlage: Es gibt einige Memoiren, meist von Generalen: Aber die Verfasser mußten im Sowjetregime wohl vorsichtig sein. Folglich beurteilen auch unverdächtige Autoren die Behandlung politisch sensibler Fragen sehr ungünstig. Die Archive waren bis 1991 geschlossen. Sie sind auch seitdem nur teilweise und nur zeitweise geöffnet worden; wichtige Archive wie das Präsidialarchiv Stalins sind überhaupt nie zugänglich gewesen.

Gewichtig tritt hinzu: Sogar Valentin Falin, engagierter Verfechter der These eines grundlosen deutschen Überfalls gibt zu, daß die sowjetischen Archive gelegentlich umfassend gesäubert worden sind. Mithin wird sogar in der deutschen Presse von "systematischer Spurenverwischung" gesprochen.

Der Schluß ist unvermeidbar: Die Aktenlage für die Ursachen des Krieges 1941 ist bei beiden Parteien entscheidend schlechter als wohl für jeden Krieg der europäischen Neuzeit. Normalerweise gäbe es für Historiker nur den Schluß: Es ist unmöglich, mehr als Wahrscheinlichkeiten aufzuzeigen.

Im Folgenden wird aufgezeigt, was dem Verfasser dieser Studie wahrscheinlich dünkt. Dabei wird die sowjetische Seite ausführlicher als die deutsche behandelt. Das ist methodisch anfechtbar. Der Verfasser rechtfertigt es mit zwei Gründen:

- Begrenzung von Raum sowie Zeit

- und damit, daß die These eines grundlosen deutschen Überfalls Medien und Schulbücher füllt, also weitgehend bekannt ist.

Betrachtet man die Entwicklung der Roten Armee, so fällt ins Auge, daß Sowjetrußland schon in seiner Geburtsstunde bedroht war - erst von deutschen, dann massiv von Polen und von Truppen der Alliierten. Polen und die Alliierten drangen tief in den Kaukasus, in Nordrußland, Westrußland und in Sibirien ein.

Am Ende des Bürgerkrieges hatte das Land buchstäblich von Murmansk bis Wladiwostok nur noch blutende Grenzen: Finnland - die drei baltischen Staaten - Polen - vor Rumänien war Bessarabien verlorengegangen - jenseits des Schwarzen Meeres hatte sich Georgien lösen wollen, und jenseits des Kaspischen Meeres waren die südsibirischen Fürstentümer, Tannu Tuwa, die Mongolei und die Grenze zu China umkämpft gewesen. Der Aufbau einer starken Verteidigungsarmee mußte also notwendig erscheinen, zumal die Ideologie einen Endkampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager vorhersagte.

Der Umschwung von einer Verteidigungs- zu einer Angriffsarmee beginnt 1930 mit der Aufstellung der ersten Panzerbrigade. 1932 werden die Leningrader 11. und die Kiewer 45. Infanteriedivision zu Mechanisierten Armeekorps von je 500 Panzern und 250 weiteren gepanzerten Fahrzeugen umgegliedert. Damals gab es auf der gesamten Welt noch keine gepanzerten Brigaden, Divisionen oder gar Armeekorps.

Zur gleichen Zeit werden die Konstruktionsbedingungen für das rollende Eisenbahnmaterial geändert. Zukünftig dürfen nur noch Waggons gebaut oder beschafft werden, die rasch von der russischen Breit- auf die mitteleuropäische Spur umgebaut werden können. Die Bahnmeistereien erhalten Anweisungen, wie hoch und wie breit sie russische Waggons beladen dürfen, die auf mitteleuropäischen Strecken fahren sollen. Das konnte nur einen Zweck haben: Stalin wollte seine Armee bis ins Herz Europas hinein versorgen können.

Man muß im Auge behalten, daß die russische Industrie 1914 nur wenig entwickelt gewesen

war. Dann hatten Krieg und Bürgerkrieg weite Landesteile verwüstet. Viele Angehörige der technischen Intelligenz waren geflohen oder umgekommen.

Mithin wurden noch Ende der zwanziger Jahre jährlich weniger als 1.000 PKW und LKW gebaut. Doch ausgerechnet in diesem bettelarmen Land verwendet Stalin riesige Mittel, um nicht etwa eine Verteidigungs-, sondern um eine gewaltige Offensivarmee aufzubauen. Im Folgenden werden nur Zahlen für Panzer genannt, doch Zahlen für Divisionen, Geschütze oder Flugzeuge würden ein ähnliches Bild zeigen. Vor allem aber:

Der Panzer war schon damals für die Verteidigung wünschenswert, vielleicht erforderlich. Aber für weiträumige Offensiven war er schon unverzichtbar. Panzerlastigkeit ist also ein starkes Indiz für die Planung einer offensiven Strategie.

Deshalb noch eine Vorbemerkung: Manch ein Autor versucht, den Aufbau einer Offensivarmee mit einem Hinweis auf die sowjetische Militärdoktrin zu rechtfertigen. Die Strategie sei defensiv gewesen. Aber wenn Rußland überfallen wird, sollte der Krieg ins Land des Gegners getragen werden.

Doch dem ist entgegenzuhalten, daß wohl noch nie eine Strategie darauf beharrt hat, den Krieg im eigenen Land zu führen. Im übrigen hat Stalin wahrlich nicht auf einen Überfall des Gegners gewartet, als er 1939/40 erst Polen, dann Finnland angriff, in die drei baltischen Staaten sowie in Bessarabien einmarschierte und 1945 Japan angriff.

Den 1932 aufgestellten zwei Mechanisierten Armeekorps folgen bis 1939 mindestens zwei, nach anderen Autoren fünf weitere.

Dann schließen Stalin und seine Berater aus dem spanischen Bürgerkrieg, daß große Panzerverbände nicht zu handhaben sind. Also lösen sie die vier (oder sieben?) panzerstarken Armeekorps 1939 auf - an ihre Stelle treten 15 Panzerdivisionen.

Doch der deutsche Polen- und Frankreichfeldzug zeigen den Fehler. Schon im Juli 1940 befiehlt Stalin die Neuformierung von 9 Mechanisierten Korps, deren jedes mit nun über 1.000 Panzern unerhört panzerschwer war. Die Aufstellung weiterer Korps (11? 21?) wird 1941 befohlen, konnte aber bis zum deutschen Rußlandfeldzug wegen Mangels an Panzern und Fachpersonal nicht abgeschlossen werden. Schon die Panzer in den genannten Armeekorps ergeben gigantische Zahlen.

Zudem verwendete die Rote Armee zahlreiche Panzer in selbständigen Truppenteilen, 1940 (zusätzlich zu den damals vorhandenen 15 Panzerdivisionen von je 275 Panzern) Panzer-Brigaden zu je 258 und 4 Panzer-Brigaden zu 156 Panzern sowie 20 Panzer-Regimentern bei Kavallerie- und 98 Panzer-Bataillonen bei Infanteriedivisionen.

Bevor die Zahlen genannt werden, eine Vorbemerkung. Die Literatur nennt meist "Panzer", was so hieß. Doch die Wehrmacht - und praktisch nur diese - nannte Panzer auch, was nur eine 20 mm-Kanone (Pz II) oder sogar nur Maschinengewehre (Pz I) trug. Diese MG-Träger waren für den Kampf gegen Feindpanzer nicht zu verwenden. Also werden sie bei den folgenden Zahlen gesondert aufgeführt. Um einen Maßstab für die nun zu nennenden sowjetischen Panzerzahlen zu geben: Die Wehrmacht ist mit 2.650 Panzern und 1.000 MG-Trägern in Rußland einmarschiert.

Den Panzerbestand der Roten Armee 1932 gibt Marschall Shukow mit 5.000 an. 1936 läßt Stalin bei einer einzigen Parade bereits 1.000 Panzer vorbeimarschieren. 1939 kommt es dann zu einem skurrilen Ereignis: England, Rußland und Frankreich verhandeln in Moskau über einen Militärpakt gegen Deutschland. Stalin bietet für den Bündnisfall 10.000 Panzer und zudem 120 Infanterie- und 16 Kavalleriedivisionen sowie 5.000 Flugzeuge an. Dann fragt Marschall Woroschilow, was England zu bieten habe. Doch die Briten weichen aus, bieten Worte statt Zahlen. Der Russe bleibt unerbittlich.

Die Briten müssen schließlich bekennen: sie haben sechs Divisionen zu bieten. Kein Wunder, daß die Verhandlungen scheitern. Doch wie es zum Hitler-Stalin-Pakt gekommen ist, gehört

nicht in diese Studie.

Anfang 1940 hat die Sowjetunion dann um 18.000 Panzer, dabei etwa 3.000 veraltete. Für den Juni 1941 schwanken die sowjetischen Angaben zwischen 21.000 und 24.000 Panzern.

Die Wehrmacht hatte insgesamt 3.700, zusätzlich knapp 2.000 MG-Träger. Sie hat Rußland mit 2.650 Panzern und etwa 1.000 MG-Trägern "überfallen". Wer Qualitätsunterschiede einrechnen will: Die deutschen Panzer hatten eine bessere Funkausstattung, wichtig für das Zusammenwirken auf dem Gefechtsfeld. Hingegen befanden sich unter den mehr als 20.000 sowjetischen Panzer schon 1.850 T34 und KWI. Diese waren für alle deutschen Panzer fast unverwundbar, konnten aber jeden deutschen Panzer auf 800 Metern abschießen.

Insgesamt hatte Rußland 1941 mindestens doppelt, wenn nicht dreimal mehr Panzer als die gesamte übrige Welt zusammen. Nur mit Dreistigkeit kann man hierbei von einer Verteidigungsarmee sprechen. Diese Bewertung wird durch weitere Maßnahmen bestätigt.

1940 läßt Stalin Luftlande-Armeekorps aufstellen - wiederum die ersten der Welt. Und zwar gleich fünf. Im Sommer 1941 weitere fünf. Und schließlich läßt Stalin im Frühjahr 1941 in der Ukraine vier Infanterie- in Gebirgsdivisionen umgliedern und verlegt die kaukasische 192. Gebirgsdivision in die Ukraine. Doch in der Ukraine gibt es keine Gebirge, wohl aber, mit den Karpathen, in Ungarn und Rumänien.

Hier ist wiederum eine Zwischenbemerkung notwendig. Viele Historiker legen heute dar, daß Hitler 1941 einen unbedingt friedenswilligen Stalin grundlos überfallen hat. Doch diese These wird durch die ungeheure, durch Panzermassen und Luftlandetruppen auf weitreichende Offensiven programmierte Rote Armee gestört. Zudem muß Stalin für den Aufbau einer solchen Armee ein Motiv gehabt haben - welches wohl? Und schließlich war unwahrscheinlich, daß Stalin seine unter großen Opfern aufgebaute Armee untätig in den Kasernen lassen würde, wenn er eine Gefahr wahrnahm.

Oder wenn er eine Gelegenheit zum Beutemachen sah - so wie 1939 in Polen und Finnland, 1940 in den drei baltischen Staaten und 1945 in Fernost. Also drängen jene Historiker den Aufbau und den Umfang dieser Armee weit in den Hintergrund oder verschweigen das sowjetische Militärpotential sogar ganz und bezeichnen die Rote Armee einfach als "schlecht ausgerüstet". Das ermöglicht darzulegen, Stalin habe 1940/41 "verzweifelt" versucht, Hitler zu besänftigen, weil er wußte, daß seine Armee zu schwach sei.

Damit zu der Frage, was Stalin 1940/41 beabsichtigte. Allerdings wird die Frage nach den Kriegsursachen heute meist als Frage nach der "Kriegs-Schuld" gestellt. Dafür gibt es Gründe. Aber damit fällt ein mit moralischen Kategorien kaum faßbarer Faktor aus der Betrachtung heraus. Konkret: Seit 1939 mußte jeder Herrscher Rußlands, ob Zar oder Stalin sich fragen, wie seine Lage beim Ende des deutsch-britischen Krieges sein werde.

Die Antwort war leicht - und zugleich unheilrohnd. Schon nach einem Remisfrieden im Westen würde Hitler die gesamte Macht seines Imperiums gegen Rußland werfen können. Stalin mußte befürchten, daß Hitler das auch tun werde. Aus ideologischen Gründen.

Und um Lebensraum zu gewinnen. Stalin mag nicht gewußt haben, daß im Ersten Weltkrieg, also kaum mehr als 20 Jahre zuvor, 763.000 Deutsche an Unterernährung gestorben oder schlicht verhungert waren. Aber die hieraus abgeleitete Lebensraumtheorie dürften ihm seine Berater vorgetragen haben.

Weiteres kam hinzu. Die Deutschen publizierten 1940 erbeutete französische Akten. Diese zeigten, daß der deutsche "Überfall" auf Norwegen dem alliierten Überfall nur um Haaresbreite zuvorgekommen war. Weiterhin belegten sie, daß nur der deutsche Sieg 1940 Engländer und Franzosen gehindert hatte, die russischen Ölfelder im Kaukasus und die Öltanker im Schwarzen Meer anzugreifen, um Öllieferungen an Hitler zu erschweren.

Stalin wußte also, wie die Alliierten Neutralität und Völkerrecht werteten, wenn sie ihnen im Wege standen. Er mußte zudem annehmen, daß die Westmächte ihm nicht helfen würden,

sollte er nach einem deutsch-britischen Ausgleich mit Hitler handgemein werden.

Und schließlich drohte Rußland auch aus Fernost Gefahr. Noch im Herbst 1939 hatten sich Russen und Japaner an den Grenzen der Mongolei erbitterte Gefechte geliefert. Hitlers Imperium und vielleicht zudem Japan allein gegenüberzustehen, war keine verlockende Aussicht. Stalin konnte also glauben, er müsse Deutschland in den Rücken fallen, solange es noch teilweise gegen England und die USA gebunden war. Das hat mit der moralischen Kategorie der Schuld wenig zu tun, um so mehr aber mit dem Überlebenswillen Rußlands.

Die Folgerungen, die Stalin zog, lassen sich aus seinen Handlungen ablesen. Im September 1939 nimmt er den Polen die "ostpolnischen", in Wahrheit vorwiegend weißrussischen und ukrainischen, 1920 von Polen eroberten Gebiete wieder ab. Aber die eingesetzten 21 Divisionen bleiben in dem gewonnenen Räumen und aus Innerrußland rücken Truppen in die nun freien westrussischen Räume nach.

Im Sommer 1940 stehen in Westrußland 100 russische Divisionen, die sich von den wenig kampfkraftigen ungarischen und rumänischen Truppen wohl kaum beeindrucken lassen. Hingegen stehen im Osten des Reiches ganze sechs, anderen Autoren zufolge nur vier Divisionen, denn die Wehrmacht ist durch den Frankreichfeldzug gebunden.

Stalin nutzt die Gelegenheit sofort. Er marschiert in den drei baltischen Staaten ein. Die Finnen bedrängt er trotz des eben gerade, nach dem "Winterkrieg", geschlossenen Friedens mit neuen, ultimativ vorgetragenen und Finnlands Existenz bedrohenden Forderungen." Rumänien zwingt er bald zur Abtretung Bessarabiens. Nach dem deutschen Sieg in Frankreich tritt wieder Ruhe ein. Doch das ist eine fragwürdige Ruhe, denn niemand weiß, was Stalins hundert Divisionen getan hätten, wenn der Frankreichfeldzug sich festgefahren hätte.

Im Frühjahr 1941 läßt Stalin dann eine Reihe von bemerkenswerten Maßnahmen durchführen - "Die Sowjetunion veränderte die Haltung gegenüber Deutschland auf taktischer Ebene ... durch einen Konfrontationskurs, der jedoch kein Kriegsrisiko einschloß."

Konkret: Die Sowjetunion nimmt erstmals diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien auf, schließt demonstrativ im April 1941 einen Freundschaftspakt mit Jugoslawien, stachelt die Bulgaren auf, die 1913 verlorene Dobrudscha von Rumänien sowie das an Griechenland verlorene Ost-Thrazien zurückzufordern und setzt die Türkei sowie Rumänien weiter unter Druck. Der ganze Balkan gerät in Unruhe - und niemand weiß, wohin die Entwicklung führen wird, zumal Hitler, besorgt um das rumänische Öl, Stalin entgegentritt und auch England kräftig mitmisch.

Bereits 1939 war die dreijährige Wehrpflicht eingeführt und die Rüstung durch Arbeitspflicht, Drei-Schichtenbetrieb und Siebentagewoche noch weiter hochgetrieben worden.

Nun werden die Streitkräfte durch eine Teilmobilmachung - Einberufung von 800.000 Reservisten - weiter verstärkt.

- Stalin sichert das Operationsgebiet, indem er die gesamte Führungsschicht der Esten, Letten, Litauer und Ostpolen deportiert oder gleich ermorden läßt.

- In den vier westlichen Militärbezirken versammelt Stalin insgesamt 170, nach anderen Darstellungen 191 Divisionen. Zum Vergleich: Deutschland hat Rußland mit etwas über 150 Divisionen angegriffen.

- Hinter den genannten wenigstens 170 Divisionen marschiert im Juni eine zweite strategische Staffel von 50, nach anderen Darstellungen 66 Divisionen auf, die aus dem Transbaikal und aus dem Kaukasus herangeführt werden

- Hinter der zweiten strategischen Staffel werden vier Reservearmeen aufgestellt; mithin spricht sogar Gorodetsky von insgesamt 240 Divisionen, die die Westfront Rußlands "absichern" sollen.

Wer das alles als Verteidigungsvorbereitungen deutet, muß übersehen, daß der Aufmarsch der russischen ersten strategischen Staffel früher durchgeführt wurde und bis in den März 1941

erdrückend mehr Kräfte umfaßte als der Aufmarsch für "Barbarossa":

- Im Osten des Reiches stehen während des Frankreichfeldzugs vier oder sechs zweitklassige, erst 1939 mobilgemachte Divisionen 100 russischen Divisionen gegenüber.
- Im Juli 1940 wird die 18. Armee - 26 Divisionen - in den Osten verlegt.
- Im Oktober 1940 folgt die 12. Armee. Sie wird zusammen mit der 18. Armee der Heeresgruppe B unterstellt, die nun über 33 Divisionen verfügt.
- Im März 1941 stehen dann 47 Divisionen im Osten des Reiches - und erst dann beginnt der Truppenaufmarsch für Barbarossa.
- Erst im Juni wird das deutsche Ostheer mit der Zuführung von 12 Panzer- und 12 Motorisierten Infanteriedivisionen angriffsfähig.

Insgesamt: Der deutsche Aufmarsch war bis in den März/April 1941 Reaktion, nicht Aktion. Die Deutung des russischen Aufmarsches als Offensivaufmarsch wird durch weitere Aktionen bekräftigt:

- Viele der Truppen mußten in die Wälder gelegt werden. Dort aber konnte man sie nicht unbeschränkt liegen lassen, ohne einen scharfen Abfall der Kampffähigkeit und Ausbildung zu riskieren.
- Ein bezeichnendes Detail: Die Dnjepr-Flottille (eine Abteilung Schnellboote, eine Gruppe Kanonenboote, eine Abt. Panzerkutter, eine Abt. Monitore, eine Abt. Minensucher, zudem Minenleger und Wachschiffe, Kommandeur ein Admiral) wurde durch schmale Kanäle in die ostpolnischen Pripjet-Sümpfe verlegt. Für eine Verteidigung war sie dort sinnlos. Aber sie hätte durch weitere Kanäle zur Weichsel, Oder und Ostsee fahren können - wie 1945 geschehen.
- Die stärksten Massierungen und die meisten Panzerverbände finden sich ausgerechnet in den weit in deutsches Gebiet vorspringenden Balkonen von Lemberg und Bialystok. Sie liegen dort für eine Verteidigung falsch, aber für eine Offensive günstig.
- Nachweislich liegen viele der Depots für Ersatzteile, Munition und Betriebsstoff näher an der Grenze als die Truppenteile, die sich hieraus versorgen sollen. Allein in der Grenzstadt Brest-Litowsk lagern 10 Millionen Liter Betriebsstoff.
- Sogar Flugplätze liegen 25 oder nur 15 Kilometer von der Grenze entfernt.
- Sowjetrussische Offiziere berichten in ihren Kriegserinnerungen, wie sie in der Stunde des deutschen Angriffs die versiegelten Umschläge mit den Kriegsbefehlen öffnen, aber keine Verteidigungsbefehle finden.

Das wird durch die Ereignisse bestätigt. Es gab zwar Feldbefestigungen, sogar Bunker, vor allem unmittelbar an der Grenze. Aber es gab keine tiefgestaffelten Feldbefestigungen, kaum Minensperren, keine Baumsperren und viele Brücken waren nicht zur Sprengung vorbereitet. Nur so ist erklärlich, daß die angreifenden deutschen Divisionen innerhalb von zwei Tagen bis zu 130 Kilometer weit vordringen konnten (3. Panzerdivision).

Dabei ist sicher: Hätten die russischen Divisionen, die seit vielen Monaten aufmarschiert waren, eine Verteidigung so vorbereitet wie die Rote Armee 1943 bei Kursk, so wäre der deutsche Angriff vielleicht sogar gescheitert.

Wie eilig Stalin es hatte, läßt sich wiederum aus seinen Maßnahmen ablesen. Im Frühjahr 1941 läßt er aus seinen Konzentrationslagern Hunderte, wenn nicht Tausende von Generalen und jüngeren Offizieren (insgesamt 4.000?) herausholen. Sie werden sofort wieder in ihre alten Funktionen gebracht. Stalin opferte also trotz der damit verbundenen Risiken seinen militärischen Plänen den innenpolitischen Terror.

Zur Frage des von Stalin geplanten Angriffstermins gibt es viele Indizien, doch fast alle werfen Probleme auf. Als ein typisches Beispiel: Der spätere Marschall Bagramian berichtet in seinen Memoiren, daß die Divisionen der 2. Staffel des Westlichen Besonderen und des Kiewer Militärbezirks Mitte Juni (also etwa eine Woche vor dem deutschen Angriff) Befehl er-

hielten, in grenznahe Räume aufzuschließen.

Man kann das als Zeichen dafür deuten, daß Stalins Überfall unmittelbar bevorstand. Man kann aber ebenso argumentieren, Stalin habe den bevorstehenden deutschen Überfall, insbesondere die Heranführung der Panzerdivisionen erkannt und habe deshalb seine strategischen Reserven näher herangeführt.

Da Unterlagen fehlen, ist nicht zu entscheiden, was Stalin zu seinem Entschluß bewogen hat. Ähnliches gilt für viele andere Indizien aus den letzten Friedenswochen.

Damit zum Schluß der Betrachtung der Sowjetunion. Zusammenfassend darf man sagen:

- Stalin hatte in einem verarmten Land eine riesige Militärmacht aufgebaut.
- Stalins Armee war so konstruiert, daß sie weiträumige Operationen bis ins Herz Europas führen konnte.
- Diese Armee war schon 1940 und noch mehr 1941 mit Kräften aufmarschiert, die den deutschen weit überlegen waren.
- Es war ein Offensivaufmarsch.
- Der Aufmarsch war weitgehend abgeschlossen; Stalin konnte in wenigen Tagen, vielleicht Wochen angreifen - falls er es wollte.

Für diese Bewertungen lassen sich Belege, sogar Beweise vortragen. Aber sogar ein Verfechter der These eines grundlosen deutschen Überfalls gesteht noch im Jahr 2000 zu, "daß die Frage der tatsächlichen Absichten Stalins noch immer nicht geklärt ist und daß in dieser Hinsicht ein gravierender Mangel an Quellen besteht."

Folglich lassen sich wichtige Fragen kaum klären:

- Wir wissen nicht, ob Stalin im Juni 1941 den russischen Aufmarsch als abgeschlossen ansah.
- Mithin wissen wir nicht, ob Stalin die Rote Armee als angriffsbereit beurteilte.
- Insbesondere wissen wir nicht, ob Stalin die Reorganisation der Panzer-Großverbände als ausreichend fortgeschritten ansah.
- Wir wissen nicht, ob Stalin den deutschen Aufmarsch als abgeschlossen, mithin den Angriff als bevorstehend ansah.
- Noch wichtiger: Wir wissen nicht, ob Stalin die politische Lage als angriffsgünstig ansah oder ob er noch weiter warten wollte. Allerdings: Der Truppenaufmarsch setzte auch einen Diktator unter Zeitdruck. Stalin würde seine Truppen ruinieren, wenn er sie unbeschränkt, schließlich mit dem Winter vor der Tür, in den Wäldern ließ. So spricht vieles für die - freilich unbeweisbare - Annahme, daß Stalin binnen weniger Wochen zum Schwert gegriffen hätte.

Dem steht ein häufig zu findendes Argument entgegen. Es gründet sich darauf, daß Stalin 1937/38 bei den großen Säuberungen, also Massenmorden, zahlreiche hohe Generale beseitigt hatte, dabei drei der fünf Marschälle, 13 der 15 Armee-Oberbefehlshaber, 57 der 85 Kommandierenden Generale von Armeekorps und 110 der 195 Divisions- sowie die Hälfte der 406 Brigadekommandeure. Stalin habe gewußt, daß nach diesem Aderlaß die Rote Armee für Jahre nicht einsatzbereit war.

Doch dieser Deutung steht Stalins grundlegende Weisung für den Kriegsfall vom 18. September 1940 deutlich entgegen. Sie sah, ebenso wie die späteren Operationspläne und -vorschläge, nach einer möglichst kurzen Verteidigung als erste Phase eine Offensive bis in den Raum um Breslau mit Alternativen zum Abschneiden Deutschlands vom Balkan oder zur Wegnahme von Ostpreußen vor. Stalin war also nachweislich schon im September 1940 überzeugt, daß die Rote Armee gewaltige Operationen durchführen konnte.

Damit hinüber zur deutschen Seite. Sogar wenn nachweisbar wäre, daß Stalin im Sommer 1941 angreifen wollte, so bleibt die Möglichkeit, daß zwei Angriffe aufeinandergetroffen sind, wie 1940 in Norwegen.

Die Literatur über die Entstehung des deutsch-sowjetischen Krieges ist randvoll gefüllt mit

Zitaten Hitlers über die Erweiterung des deutschen Lebensraumes. Doch das beweist ebenso viel und ebenso wenig wie Zitate aus der kommunistischen Ideologie. Die Zitate belegen höchstens eine generelle Kriegsbereitschaft. Aber sie zeigen nicht, warum Hitler 1941 statt 1942 oder 1945 angriff. Den Juni 1941 müssen zusätzliche Gründe bestimmt haben, nach denen wir suchen müssen.

Weiterhin: Der eingangs erwähnte Artikel aus "DIE ZEIT" war reichlich illustriert mit Bildern von Exekutionen russischer Partisanen oder Zivilisten. Doch auch Bilder von Dresden, Nagasaki oder von der Vertreibung der Ostdeutschen tragen nichts zur Klärung der Frage bei, wie es zu den Kriegen 1939 und 1941 gekommen ist.

Noch eine Vorbemerkung: Diese Studie verzichtet auf eine Darstellung sowie Bewertung der russischen Operationsentwürfe und Kriegsspiele, wie etwa dem sowjetischen Aufmarschplan vom 15. Mai 1941, über deren Deutung längst ein heftiger Federstreit voller oft hitziger Debatten um Überlieferung, Glaubwürdigkeit und Bedeutung entstanden ist.

Sie verzichtet auch auf Zitate aus Reden und ähnlichem, wie etwa der vieldiskutierten Ansprache Stalins am 5. Mai 1941 vor Absolventen der Militärschulen. Nicht nur, weil hier der Raum fehlt, sondern auch, weil schon Talleyrand darauf verwiesen hat, daß für einen Politiker Worte nur ein Mittel sind, seine Gedanken zu verbergen.

Bei jeder Äußerung von Stalin, Hitler und anderen Politikern müßte also untersucht werden, wie glaubwürdig die Überlieferung ist, was die Politiker mit ihrer Äußerung bezweckten und ob diese Äußerung ihre inneren Gedanken spiegelte. Immerhin läßt sich sogar mit unstrittigen, aber zielgerichtet ausgesuchten Zitaten alles "beweisen".

Als Beispiel: Die Verfechter der These eines grundlosen Überfalls Hitlers zitieren meist ausführlich Hitlers Lebensraum- und Rassetheorien. Aber Hitler hat schon in "Mein Kampf" mit gleicher Eindringlichkeit vor einem Zweifrontenkrieg gewarnt - doch das wird selten zitiert.

Man wird also gut tun, die Äußerungen Stalins und Hitlers streng nach ihren Taten zu beurteilen. Nur Taten zeigen, was die beiden wirklich wollten.

Die ersten "Taten" Hitlers für einen Angriff auf die Sowjetunion stammen aus dem Hochsommer 1940. Hitler wies die Wehrmacht an, "das Problem Rußland in Angriff zu nehmen". Am 31. Juli verkündete er vor den Spitzen der Wehrmacht sogar: "Entschluß: ... Rußland muß erledigt werden. Frühjahr 1941. Je schneller wir Rußland zerschlagen, um so besser ... Bestimmter Entschluß: Rußland zu erledigen."

Aber dann folgte nichts mehr. Bis zum November 1940 hat Hitler nicht einmal gefragt, zu welchen Ergebnissen die Operationsstudien der Wehrmacht gekommen wären. Das widerspricht einem unabänderlichen Entschluß und sogar einem starken Interesse. Immerhin hatte sich Hitler schon in die Planung des Frankreichfeldzuges von Anfang an eingemischt," und seitdem war sein Glaube an seine militärischen Fähigkeiten weiter gestiegen.

Zudem verbot Hitler sogar jede Spionage gegen Rußland, obwohl die russische Spionage auf hohen Touren weiterlief." Wer unbedingt will, kann das als Tarnung finsterner Absichten deuten. Aber nicht einmal das wertvolle rumänische Material durfte angekauft werden.

Zudem hat Hitler nachweislich bis in den November 1940 hinein gehofft, Rußland für einen Kontinentalblock aus Deutschland, Italien und Japan gegen die angelsächsischen Mächte gewinnen zu können. Am 26. September schlug der Oberbefehlshaber der Marine Hitler vor, den Schwerpunkt der deutschen Kriegführung gegen England über den Suezkanal in den Nahen Osten zu verlegen und setzte hinzu: "Rußlandproblem erhält dann anderes Aussehen ... Fraglich, ob dann noch Vorgehen gegen Rußland ... nötig sein wird." Hitler stimmte zu und ergänzte: "Rußland werde er zu veranlassen suchen, energisch gegen Süden - Persien, Indien - vorzugehen."

Am 1. November 1940 notiert der Chef des Generalstabes (Halder): "Führer hofft, Rußland in die Front gegen England einbauen zu können."

Der Umschwung tritt mit dem Besuch des russischen Außenministers Molotow im November 1940 in Berlin ein.

Hitler versuchte, Rußland in einen deutsch-italienisch-japanischen Kontinentalblock zu ziehen - ein weiteres Zeichen dafür, daß er zu einem Krieg gegen Rußland noch nicht endgültig entschlossen war. Molotow hat hingegen Forderungen gestellt: Vorherrschaft über die türkischen Meerengen, Vorherrschaft über den Balkan sowie Vorherrschaft über Finnland und hat deutlich sein Interesse an den dänischen Ostseezugängen bekundet.

Das hätte das rumänische Öl und das finnische Nickel in sowjetische Hand gebracht, vielleicht auch das schwedische Erz. Alle Kraftquellen der deutschen Kriegführung wären dann in sowjetischer Hand gewesen. Was Stalin forderte, war praktisch Unterwerfung. Und zur Untertermalung dieser Forderungen standen schon einhundert sowjetische Divisionen an den Westgrenzen Rußlands, ihnen gegenüber (außer den Ungarn und Rumänen) nur 33 deutsche.

Was Stalin glaubte, Hitler zumuten zu können, macht eine Facette deutlich. Eine gute Woche nach dem Molotow-Besuch, am 25.11.40, fixierte Molotow seine Forderungen noch einmal schriftlich. Erneut forderte er dabei eine Basis für sowjetrussische Truppen am Bosphorus und den Dardanellen.

Falls (wie doch anzunehmen), die Türken sich weigerten, müßten "Deutschland, Italien und die Sowjetunion übereinkommen, die erforderlichen militärischen und diplomatischen Maßnahmen auszuarbeiten und durchzuführen."

"Mit anderen Worten: Deutsche Truppen sollten notfalls gemeinsam mit den Russen in der Türkei Stützpunkte für die Sowjetunion erobern. Stalins Zumutungen lassen nur zwei Deutungen zu: Er glaubte, Hitler, zwischen Sowjetarmee und England/USA eingeklemmt, sähe sich gezwungen, sich der Sowjetunion auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen. Oder Stalin wollte Hitler bewußt zum Angriff provozieren. Welche der Möglichkeiten zutrifft, läßt sich aus Quellenmangel nicht entscheiden.

Mithin ist kein Zufall, daß zwar manch einer in der deutschen Führung sowjetische Angriffsabsichten verneinte, der Chef des Generalstabes und der "Spionagechef" jedoch anders urteilten - Fachleute also, die wahrlich nicht zu den "Nazis" gehörten. Halder notierte, man müsse zugeben, "daß die russische (Militär)Gliederung sehr wohl einen Übergang zum Angriff ermöglicht". Canaris, der als Hitler-Gegner die Grenze zum Hochverrat längst nicht mehr fürchtete, sie vielleicht schon überschritten hatte, unterstützte dennoch die Vorbereitungen für den Rußlandfeldzug. Er war von "echter" Furcht "vor der sowjetischen Gefahr" erfüllt und wußte nicht mehr, "ob Hitler oder Stalin zuerst losschlagen werde" (H. Höhne).

Nicht umsonst ergingen Befehle an das deutsche Ostheer für den Fall eines russischen Überfalls. Noch sechs Tage vor Barbarossa 1941 erließ die Panzergruppe 1 eine Weisung für den Fall eines sowjetischen Überraschungsangriffs mit der einleitenden Bemerkung: "Der russische Aufmarsch uns gegenüber läßt auch eine Angriffslösung gegen uns zu."

Schließlich hat Hitler wohl auch erkannt, daß Stalin einen deutschen Sieg kaum zulassen, also sich zum Handeln gezwungen sehen konnte. Hitler äußerte, er sei sich "völlig" klar darüber, daß nach einem vollen Sieg Deutschlands die Lage Rußlands "sehr schwierig" werden würde. Das mußte zu der Überlegung führen, Rußland zu beseitigen, "ehe es sich mit England zusammentun könne" (Hitler)."

Aus Sicht der Reichsführung war demnach bei Abreise Molotows die weltweite Lage etwa wie folgt:

- England war entschlossen, den Krieg bis zu einem Sieg, und das bedeutete: bis zu einem Super-Versailles durchzukämpfen, beflügelt von der Hoffnung auf ein Eingreifen der USA - und Rußlands.

- Die USA waren nur noch theoretisch neutral; auf dem Atlantik führten sie praktisch schon Krieg; Hitler rechnete mit einem offenen Kriegseintritt 1942.

- In Fernost hatten Japan und Rußland eben noch einen unerklärten Krieg geführt. Deshalb konnte Japan keine amerikanischen Kräfte binden. Das gab den USA freie Hand gegen Deutschland.

- Schließlich Rußland. Solange Sowjetrußland ungeschlagen blieb, konnte England auf sein Eingreifen hoffen, war Japan gebunden und konnte die USA nicht zurückhalten.

- Zudem hatte Rußland innerhalb eines Jahres buchstäblich sämtliche Grenzpfähle zwischen dem Nordmeer und dem Schwarzen Meer gewaltsam nach Westen verschoben. Dieses Rußland verlangte nun von Deutschland, sich in eine totale wirtschaftliche Abhängigkeit von Stalin zu fügen. Was Stalin anschließend fordern würde, war unbekannt.

- Ganz düster wurde es, wenn man den Blick in die Zukunft richtete. Schon 1942 würden die USA und England voll im Kriege stehen. Dann war Rußland praktisch Schiedsrichter in einem globalen Konflikt. Nach Verwirklichung von Molotows Forderungen konnte Rußland nach Belieben Deutschland kämpfen lassen, weiter erpressen oder wirtschaftlich erdrosseln. Oder es konnte als lachender Dritter in die Schlußphase des Konflikts bewaffnet eingreifen.

Angesichts dieser Lage haben die Militärs Hitler versichert, ein Sieg binnen weniger Monate wäre möglich; sie haben damit eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

Für Hitler konnte es damit kein Halten mehr geben. Mit Lebensraum, Rasse und Aggression hat das nur wenig zu tun; auch Gorodetsky, Israeli und wahrlich ein Verfechter der Überfallthese, sieht "ernste" Zweifel, daß bei Hitlers Entschluß "ideologische Überlegungen eine Rolle spielten".

Um so mehr hat es mit Deutschlands geographischer Lage zu tun, deren Konsequenzen sich gut mit einem Parallelbeispiel zeigen lassen. Während des deutsch-französischen Kriege 1870 spielte Österreich sehr ernsthaft mit dem Gedanken, Preußen-Deutschland in den Rücken zu fallen. Doch ein drohendes Knurren des Zaren zwang den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Beust, seine Pläne aufzugeben."

Das Beispiel zeigt: Deutschland, mitten in Europa liegend, konnte einen Krieg nach der einen Seite nur führen, wenn die Großmacht auf der anderen Seite freundlich gesonnen war. Als Hitler nach Westen Krieg führte und im Osten Stalins Wohlwollen in Zweifel geriet, stand Deutschland sofort zwischen zwei Feuern. Es konnte nur noch versuchen, sich der tödlichen Gefahr durch einen Befreiungsschlag gegen Rußland zu entziehen, denn England war nicht faßbar.

Vor dem Schluß dieser Darlegungen ist noch einmal ein Hinweis auf die einleitenden Bemerkungen notwendig. Die Aktenlage für die Erforschung der Kriegsursachen 1941 ist dürftiger als wohl für alle Kriege der Neuzeit, und was vorhanden ist, ist alles andere als zweifelsfrei. Wer also behauptet, er kenne die Kriegsursachen 1941 und könne sie unwiderleglich und abschließend darlegen, muß sich Fragen nach seiner Seriosität gefallen lassen.

Vermutlich können wir drei Thesen ausschließen: - Als erstes die These, 1941 wäre ein unbedingt friedlicher Stalin angegriffen worden, also jene politisch korrekte These, die Medien und Schulbücher beherrscht.

- Ein weiterer Schluß ergibt sich aus der Tatsache, daß der Aufmarsch von 150 deutschen Divisionen sowie der Luftwaffe nicht unbemerkt bleiben konnte, zumal Stalin nachweislich zusätzlich zahlreiche Warnungen erhielt. Demnach ist unmöglich, daß Stalin vom deutschen Angriff überrascht wurde. Auch ist wenig glaubwürdig, Stalin habe trotz des deutschen Aufmarsches noch Mitte Juni 1941 geglaubt, den Frieden längerfristig oder gar langfristig wahren zu können.

Bestenfalls möglich und zudem sogar wahrscheinlich ist, daß Stalin taktisch, also vom Zeitpunkt des Angriffs, überrascht wurde.

- Auszuschließen ist wohl auch die These, der deutsche Angriff wäre ein Präventivkrieg in dem Sinne gewesen, daß ein unbedingt und langfristig friedlicher Hitler den sowjetischen

Aufmarsch bemerkt und ihm schweren Herzens zuvorgekommen wäre.

Für die geopolitische Lage, für die ideologischen Kräfte, für die Handlungen Stalins sowie Hitlers scheint das folgende Modell die beste Erklärung zu geben:

- Stalin wäre schon nach einem hitlerschen Remis gegen England in eine böse Abhängigkeit von Großdeutschland geraten. Das konnte kein Herrscher Rußlands leichten Herzens zulassen. Ideologische Gründe mögen den resultierenden Entschluß zum Aufmarsch und zu einer ausgesprochen aggressiv-provokatorischen Westpolitik bestärkt haben.

- Die Zwangslage Stalins war für Hitler erkennbar. Hitler konnte den Krieg gegen England, praktisch also auch gegen die USA, nur führen, wenn er seinen Rücken sicher wußte.

"Barbarossa" wäre nur zu vermeiden gewesen, wenn Stalin ein friedlich grasendes Lämmchen auf einer blumigen Wiese gewesen wäre.

Abschließend könnte man fragen, wo bei dieser Schilderung die deutschen Untaten blieben? Zweifellos hat Hitler den Krieg, nachdem er einmal beschlossen war, für große Untaten genutzt. Doch die Nutzung des Krieges für Taten, die im 18. und 19. Jahrhundert nur für Verbrecher denkbar gewesen sind, läßt sich für alle beteiligten Staaten nachweisen - bis hin zu Jalta, Potsdam und Nagasaki. Doch die Rebarbarisierung des Krieges im 20. Jahrhundert darzulegen und ihre Gründe aufzuzeigen, war nicht das Thema dieser Studie."

Es bleibt noch, zu einigen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, die sich aus der Vorgeschichte des Rußlandfeldzuges ergeben.

Wie dargelegt, war die Rote Armee im Juni 1941 der deutschen Wehrmacht an allem, was sich zählen, wiegen und messen läßt, turmhoch überlegen. Dem scheint zu widersprechen, daß die Wehrmacht schon im November 1941 an die Tore von Moskau pochte und mit Artillerie auf den Kreml schoß. Doch der Schein trügt. Schon im Frankreichfeldzug war die Wehrmacht an allem, was sich zählen, wiegen und messen läßt, den Alliierten weit unterlegen, und zudem konnten sich die Alliierten auf gigantische Befestigungen stützen.

Dennoch hat die Wehrmacht den Feldzug buchstäblich in vier oder fünf Tagen entschieden, in zehn Tagen gewonnen und in wenigen Wochen beendet. Ein ähnliches Bild zeigt schon der Erste Weltkrieg (Tannenberg) und, in verkleinertem Maßstab, die Schlacht um Kreta 1941:

Scheinbar hoffnungslose deutsche Unterlegenheit an Zahl und Material - dennoch Sieg in wenigen Tagen. Der Grund liegt auch hier, ebenso wie bei den Siegen der Wehrmacht 1941, in der qualitativen Überlegenheit - vom Gruppenführer bis zum hohen General. Hierüber gibt es eine umfangreiche ausländische Literatur - die allerdings in der Bundesrepublik fast unbeachtet blieb.

Die qualitative Überlegenheit der Führung und des Kampfwillens der Truppe haben lange die numerische Unterlegenheit ausgleichen können. Beim Rußlandfeldzug traten weitere Faktoren verstärkend hinzu: Der deutsche Angriff traf auf einen Gegner, der zur Offensive aufmarschierte, dessen Aufmarsch aber noch nicht ganz abgeschlossen war und der taktisch überrascht wurde.

Die Frage, ob im Zweiten Weltkrieg ein Sieg oder wenigstens ein Remis unter Hitler einem Jalta und Potsdam vorzuziehen war, ist nicht Gegenstand dieses Vortrags. Mithin bleibt die Frage berechtigt, warum der Feldzug gescheitert ist.

Der erste Grund liegt in der fast grotesken Unterschätzung der Widerstands- sowie Regenerationskraft Sowjetrußlands. Sie wird deutlich in dem Urteil des Chefs des Generalstabes Halder, der am 12. Tag des Rußlandfeldzuges in seinem Tagebuch notierte, der Feldzug sei gewonnen, er müsse nur noch beendet werden.

Die Unterschätzung hat zu einem zweiten Grund des Scheiterns wesentlich beigetragen: Das Reich hat sein Potential viel zu spät mobilisiert. So wurden zum Beispiel 1941 nur 3.500 Panzer produziert - und das waren meist leichte Panzer.

Folglich mußten immer wieder Besatzungen ausgefallener Panzer als Infanterie eingesetzt

werden, weil Ersatzpanzer nicht vorhanden waren. 1944 wurden sechsmal mehr, wurden 20.000 Panzer produziert, nur schwere Panzer, und das trotz der Luftangriffe. Viele Schlachten wären wohl anders verlaufen, wenn die Truppe 1941 die Waffen von 1944 gehabt hätte. Das gleiche Bild zeigt die Mobilisierung der Arbeitskräfte. Es ist bezeichnend, daß die Zahl der arbeitenden Frauen von 1939 (14,6 Millionen) bis 1941 sank (14,1 Millionen) und erst 1943 die Zahl von 1939 wieder erreichte und leicht überschritt (14,8 Millionen). Gleichzeitig wurden Millionen von männlichen Arbeitskräften einberufen.

Mithin sank, während die Rüstungsindustrie nach Arbeitskräften und die Front nach Waffen schrie, die Zahl der deutschen Arbeitskräfte von 1939 bis 1941 um sechs Millionen. Diese Lücke konnten auch drei Millionen Kriegsgefangene und Ausländer nicht schließen.

Was möglich und zu tun war, hat nicht nur die Sowjetunion, sondern haben auch die USA gezeigt. In den USA stieg die Zahl der arbeitenden Frauen von 1940 (14 Prozent), identisch mit Deutschland, auf 20 Prozent.

Ins Allgemeine gehoben: Das Reich hat, ähnlich wie schon im Ersten Weltkrieg, sein Potential viel zu spät mobilisiert. Es begnügte sich mit einer "friedensähnlichen Kriegswirtschaft". Die Gründe zu erörtern, ist hier nicht der Ort.

Der dritte Grund für das Scheitern des Rußlandfeldzugs liegt in einer Operationsführung, die von Anfang an widersprüchlich war. Hitler wollte die Schwerpunkte an den Hügeln setzen: Der linke Flügel sollte Leningrad nehmen, der rechte Flügel sollte die Industriegebiete der Ukraine und dann das Öl des Kaukasus nehmen oder bei Stalingrad abschneiden.

Erst nachdem die Rote Armee ihrer wirtschaftlichen und industriellen Kraftquellen beraubt worden war, sollte sich die Wehrmacht gegen die so geschwächten Hauptkräfte des Gegners wenden. Der Generalstab des Heeres hingegen lehnte die Einbeziehung wehrwirtschaftlicher Gesichtspunkte in die militärische Operationsplanung ab."

Er wollte nach den Grenzschlachten geradewegs auf Moskau vorgehen, also den Stier frontal bei den Hörnern packen, denn im Zentrum des sowjetischen Imperiums werde sich die Rote Armee zur Entscheidungsschlacht stellen müssen.

Vermutlich spricht vieles für die Flankenlösung. Sicher ist jedoch, daß Schwanken den Fehlschlag heraufbeschwören mußte - und so ist es gekommen. Leningrad konnte abgeschnitten, nicht aber genommen werden, der Vorstoß auf Moskau blieb stecken und der Vorstoß in die Ukraine kam so langsam voran, daß Stalin 1.523 Fabriken abbauen und im Ural wiederaufbauen konnte. Mithin produzierte die Sowjetunion schon 1943 wieder doppelt so viele Panzer wie die Wehrmacht.

Doch auch das war nur ein Nebengrund für das Scheitern des Rußlandfeldzugs. Auch dieser Feldzug gehört zu jenen, die militärisch ausgefochten, aber politisch gewonnen oder verloren werden.

Sicherlich gibt es Kriege, bei denen die Politik sich darauf beschränken kann, eine übermächtige Koalition zu schmieden. Die Soldaten zerschmettern dann den Gegner - so wie die Alliierten zuletzt im Golfkrieg 1991. Aber Deutschland war 1914 und 1939 in einer anderen Lage. Um den Gegner mit militärischen Mitteln zu zerschmettern, hätte das Reich Paris, London, Wladiwostok und wohl auch Washington sowie Los Angeles erobern müssen.

Folglich war der Rußlandfeldzug nur politisch, wenn auch natürlich mit militärischer Unterstützung, zu einem tragbaren Ende zu bringen. Es ging darum, den Russen eine Alternative zu bieten, die besser als das Leben unter Stalin war. Die Voraussetzungen hierfür waren vortrefflich. Mehr als eine Million Russen haben im Zweiten Weltkrieg unter deutschen Fahnen gedient, meist wohl nicht, um das Hakenkreuz zu stützen, sondern um Hammer und Sichel zu stürzen. Das war einzigartig in der Geschichte der Kriege.

Um noch mehr Kräfte zu mobilisieren und den Rußlandfeldzug zu gewinnen, hätte das Dritte Reich den Menschen Rußlands mehr bieten müssen als eine von Hitler und Himmler be-

herrschte Zukunft. Doch dazu hätte eben Hitler nicht Hitler und Himmler nicht Himmler sein dürfen.

Allerdings kann man das Argument weiterführen. Viele der in Stalingrad gefangengenommenen deutschen Offiziere haben sich dem sowjetgesteuerten Nationalkomitee Freies Deutschland oder dem Bund Deutscher Offiziere angeschlossen - meist wohl nicht, um Hammer und Sichel zu stützen, sondern um das Hakenkreuz zu stürzen.

Das war einzigartig in der Geschichte der Kriege. Um noch mehr Kräfte zu mobilisieren und den Krieg rascher sowie mit weniger Opfern zu gewinnen, hätten die Alliierten den Deutschen nur mehr bieten müssen als eine von Jalta und Potsdam, also von einem Super-Versailles beherrschte Zukunft. Doch dazu hätte eben Stalin nicht Stalin, Roosevelt nicht Roosevelt und Churchill nicht Churchill sein dürfen.<<

06.10.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 6. Oktober 2001 (x887/...):

>>"**Marx und Marxismus**"

Konrad Löw konfrontiert die Marxisten mit Karl Marx' eigenen Zitaten

Wir sind Zeugen, wie sich zwei feindliche Brüder, die SPD und die SED - unter ihrem Etikett PDS -, in mehreren deutschen Ländern erneut zu verbrüdern beginnen und vertrauensvolle Kooperationen eingehen. Als sie untereinander noch spinnefeind waren, warfen sie sich gegenseitig vor, ihren Stammvater Karl Marx verraten zu haben. Noch heute wird gerätselt, ob Marx für Totalitarismus und Terror oder für eine freiheitlich demokratische Ordnung steht. Oder ist er so vieldeutig, daß sich jeder und am Ende keiner auf ihn berufen darf? Alle Verantwortlichen der im "Schwarzbuch des Kommunismus" aufgelisteten 85 bis 100 Millionen Verbrechensopfer verstanden sich als Marxisten. Zu Recht oder zu Unrecht?

In den meisten Publikationen wird noch immer versucht, Marx in Schutz zu nehmen, ihn als Humanisten darzustellen. Der als Jurist angetretene und mittlerweile als Politikwissenschaftler emeritierte Professor Konrad Löw erhebt gegenüber diesen Marx-Adoranten den Vorwurf, systematisch alles Belastende auszublenden.

Wer Marxens Schriften wirklich studiert, muß rote Balken im Auge haben, um die schwarzen Abgründe nicht zu entdecken. Löw hat sich der angeblichen Philosophie des Karl Marx genähert und es mittlerweile zu einem der bedeutendsten Kenner dieser Materie gebracht. Oft hat man ihn schon als "Marx-Töter" belächelt, wütend beschimpft oder im kommunistischen Prag einst sogar verhaftet.

Doch langsam trägt seine Arbeit Früchte. Einige namhafte Marx-Verehrer konnte er schon nachdenklich machen, andere weichen seinen Aufdeckungen noch immer hilflos, zuweilen sogar arrogant aus, doch einige konnte er bereits umstimmen, so zum Beispiel Günter Schabowski, ehemaliges Politbüro-Mitglied und früherer Chefredakteur des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland".

Er bekennt heute: "Jedenfalls bin ich bei meinem eigenen mühevollen Bemühen, die Wurzeln des realsozialistischen Desasters - also auch meines eigenen - zu finden und zu erfassen, an Löw wie ein blindes Infusorium vorbei- oder um ihn herumgeirrt. Gesucht wurde vor allem in der Ecke der linken 'Kritiker'. Vielleicht war das auch ganz gut so. Vielleicht hätte mich die Radikalität von Löw in einer früheren Phase dieser Suche abgeschreckt und entmutigt. Es war eine notwendige Stufe der Enttäuschung. Einmal in Gang gekommen, führt sie allerdings unaufhaltsam zu der Konsequenz, die mich heute sagen läßt, nicht erst mit Stalin, sondern mit dem Freundespaar aus Trier und Wuppertal begannen Misere und Höllensturz der 'wissenschaftlichen' Weltverbesserung."

In Bremen stellte sich der linke Historiker Imanuel Geiss einem Streitgespräch mit Löw, das jedoch als solches nicht zustande kam, weil Geiss in der Vorbereitung darauf in Löws Schriften gelesen hatte und sogleich einräumte, daß er sein Marx-Bild grundlegend revidieren muß-

te, also Löw nur noch zustimmen könne.

Wodurch überzeugt Löw? Es sind gewissermaßen die nackten Fakten, denn er läßt die beiden Freunde Marx und Engels ausführlich zu Wort kommen - Zitat um Zitat lediglich unter einzelne Stichworte zusammengefaßt:

"Amerika, Amerikaner", "Arbeit", "Arbeiterbewegung", "Arbeitsteilung", "Arbeitszeit", "Ausbeutung" - und so geht das durchs ganze Alphabet bis "Zwangsarbeit". Kein wichtiges Stichwort fehlt, weder "Demokratie" oder "Ehe", "Eigentum und Familie" noch "Gewalt", "Humanismus", "Judentum", "Menschenrechte" oder "Religion".

Vorab bietet er einen Überblick über Leben und Lehre der Freunde, wobei Marx im Vordergrund steht. Einleitend zitiert er namhafte Persönlichkeiten, Richard von Weizsäcker, Marion Gräfin Dönhoff und Michail Gorbatschow, die auf bezeichnende Weise dem Marxkult Vorschub leisten, so die Herausgeberin in der "Zeit" mit den Worten: "Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg gab es ein gemeinsames europäisches Bewußtsein: Montesquieu, Rousseau, Voltaire, Goethe und Diderot, Hegel und Marx hatten es geschaffen. Jeder kannte des anderen Werke. Jeder las jeden."

"Respekt, Respekt!" ist man versucht zu sagen. Wahrheit ist jedoch: Keiner las Marx. Als Marx mit dem Schreiben begann, waren alle anderen schon tot. Auch andere Marx-Verehrer argumentieren leider auf ähnlichem Niveau. Wer das erkannt hat, ist aufgeschlossen für eine andere Betrachtungsweise.

Im Anschluß prüft der Autor die Stichhaltigkeit jener Verdienstzuweisungen, die Engels am offenen Grab seines Freundes vernahm. Zwei Großtaten verdanke die Menschheit Marx, nämlich das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte und das der heutigen Produktionsweise. Es gelingt Löw nachzuweisen, daß "das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte" nichts als ein Hirngespinnst ist, das nur die heißersehnte Revolution beflügeln sollte. Nirgendwo ist es zu der von Marx immer wieder vorhergesagten proletarischen Revolution gekommen, weder in Rußland noch sonstwo. Das zweite "Gesetz" hat dieselbe Funktion wie das erste, nämlich die Revolution als unvermeidlich vor Augen zu stellen.

Marx war, und darin stimmen Engels und Löw überein, vor allem ein Revolutionär. Schon als junger Mann schwärmte er ziellos und auffallend häufig vom Vernichten, bis er dann ein konkretes Ziel ins Auge faßte, den "Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung". So wörtlich im Kommunistischen Manifest und sinngemäß an zahlreichen anderen Stellen, die der Autor unter dem Stichwort "Vernichtungsdrang" zusammenstellte.

Denen, die da behaupten, humanitäre Gefühle hätten den Lebensweg Marxens bestimmt, hält Löw entgegen, daß sich solche Annahme auf einen einzigen, dazu aus dem Zusammenhang gerissenen Satzteil stützt. Immer wieder werde der "kategorische Imperativ" zitiert, während alle kontradiktorischen Aussagen ausgeblendet blieben. Wer sich vergegenwärtigt, daß Marx mit Blick auf eine größere Anzahl völlig unbescholtener Menschen mehrmals von "Menschenkehrich", "Menschenmaterial", "Gesindel", "Halbmenschen" spricht, wird an diesem Menschenfreund zu zweifeln beginnen.

Auch seine Rücksichtslosigkeit den Eltern, den Geschwistern, der Gattin, den eigenen Kindern und den Freunden gegenüber schließt jeden Gedanken an Nächstenliebe als Handlungsmaxime aus. Löw spricht von einem Egoisten, der in Verfolgung eigener Interessen über Leichen geht.

Damit ist die Frage angeschnitten, ob es zwischen Marx und dem Stalinismus eine Verbindung gibt. In dem kürzlich erschienenen Buch "Karl Marx" des englischen Autors Francis Wheen heißt es einleitend: "Nur ein Narr kann Marx für den Gulag verantwortlich machen, aber leider gibt es solche Narren mehr als genug."

Keines der Zitate, die den "Narren" als Beweise dienen und die Löw unter "Diktatur des Proletariats", "Gewalt", "Moral", "Rache", "Revolution", "Terror" zusammenfaßt, wird von Wheen

aufgegriffen und auf seine Gefährlichkeit hin untersucht.

Weiterhin drängt sich die Frage auf, wie sich der Welterfolg von Marx erklären läßt. Löws Antwort, auf zehn Seiten näher begründet, lautet stichwortartig aufgezählt: "Dialektik", "rücksichtslose Kritik", "wunderbare Verheißung", "Religionsersatz", "Arbeitswerttheorie", "Engels", "das liebe Geld".

Was meint zum Beispiel "Arbeitswerttheorie"?

Nach Marx ist der Proletarier der einzige wertschaffende Faktor, so daß alles ihm gehören müßte. Also hat er das Recht, sich alles anzueignen. Sind das nicht Schalmeienklänge in den Ohren arbeitender Massen?

Auch das Geld hat einen nicht geringen Anteil an Marxens Reputation, da der kinderlose, verwitwete Unternehmersohn Engels durch Zuwendungen an die SPD und an einzelne ihrer Führer Einfluß erkaufen konnte.

"Ist Marx für immer tot?" lautet die Überschrift des vorletzten Kapitels. Löw nennt eine Reihe von Gründen, die sowohl dafür als auch die dagegen sprechen. Resümee: Zumindest in den nächsten Jahrzehnten ist nicht damit zu rechnen, daß Marx aus den Schlagzeilen verschwindet. Abschließend geht es um die Kernfrage: Wie ist es möglich, daß die freiheitlich organisierte Bundesrepublik Deutschland Monumente kultiviert, die sowohl von der KPdSU als auch der SED beschlossen und von Erich Honecker eingeweiht worden sind? Konrad Löw im Original:

"Es kann doch nicht sein, daß Freiheit und Knechtschaft dieselben Denker und Agitatoren ihr eigen nennen. Ist es nicht höchste Zeit, zu den Quellen zu gehen, um zu klären, wer sich mit besserem Recht auf das Freundespaar Marx/Engels sowie ihresgleichen berufen kann, die Täter oder die Opfer des Kommunismus?"

Solange Marx und Engels nicht nur im Herzen Berlins, sondern zusätzlich auf sieben weiteren Denkmälern in der Bundeshauptstadt thronen und insgesamt zu Hunderten allein in Straßennamen deutscher Städte verehrt werden, muß das Thema "Marx und Marxismus" wohl noch immer aktuell sein.<<

Konrad Löw: "Marx und Marxismus. Eine deutsche Schizophrenie. Thesen, Texte, Quellen", ... München 2001 ...<<

07.10.2001

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Oktober 2001 über die Umerziehung der Deutschen (x354/34): >>Bayern bezahlt Amerika

... In vielen Städten wurden Amerikahäuser errichtet oder eingerichtet, zu deren Zwecken die 'reeducation' des deutschen Volkes gehörte. Sie verlief so sanft, daß die meisten Leute sie nicht bemerkten und heutzutage der bayerische Innenminister Beckstein die 'Umerziehung' für eine Erfindung von Rechtsradikalen hält.<<

22.12.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 22. Dezember 2001 (x887/...): >>Mehr als ein Staat - eine Idee

Zum 300. Jahrestag der Gründung des Königreichs Preußen

Preußen, das stellt für im gegenwärtigen Zeitgeist verhaftete Deutsche ein Reizwort dar, verbunden mit Attributen wie Militarismus, Kadavergehorsam oder auch Autoritätshörigkeit. Für andere hingegen ist Preußen gleichbedeutend mit Tugenden wie Pflichtbewußtsein, Toleranz und Sparsamkeit.

Dreihundert Jahre nach der Gründung des Königreiches Preußen und mehr als ein halbes Jahrhundert nach der offiziellen Auflösung des zu jenem Zeitpunkt schon gar nicht mehr existierenden Staates scheiden sich noch immer die Geister an diesem geschichtlichen Phänomen, wird weiter darum gestritten, wie jenes Gebilde, das nach den Worten Hermann Rauschnings, des Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, nicht nur ein Staat, sondern

eine Idee war, historisch einzuordnen ist.

Am 25. Februar 1947 erließ der Alliierte Kontrollrat, der sich damals aus den Generalen Lucius Clay (USA), Sir Brian Robertson (Großbritannien) und Joseph Pierre Koenig (Frankreich) sowie dem Marschall Wassili Sokolowski (Sowjetunion) zusammensetzte und der die oberste Regierungsgewalt auf dem Territorium des besetzten Deutschland ausübte, das Gesetz Nr. 46, in dem es hieß:

"Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

Artikel I

Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst."

In der Realität war der frühere Bundesstaat Preußen zu diesem Zeitpunkt längst "tot". Seine Landesteile im Osten (Pommern, Ostpreußen, Schlesien) waren von Polen und Russen annektiert, die dort lebende deutsche Bevölkerung zum Teil geflohen, zum Teil vertrieben worden, während sich die übrigen Landesteile nach und nach zu neuen politischen Gebilden ("Ländern") formiert hatten, im Westen etwa Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, in Mitteldeutschland (bis 1952) Brandenburg und Sachsen-Anhalt.

Und weil durch die Errichtung dieser Nachfolgeländer aus den ehemaligen preußischen Provinzen in allen vier Besatzungszonen "nicht mehr rückgängig zu machende Tatsachen geschaffen" worden waren, stellte das Dekret eigentlich nur "ein nachgezogenes Stück Potsdam" dar, "einen späten juristischen Akt, der der geschichtlichen Entwicklung hinterherzuhinken schien" und eigentlich keiner Notwendigkeit bedurft hätte. Gleichwohl geschah dies "Nicht mehr im Affekt des ersten Siegetraumes, sondern in planmäßigem Vollzug Stalinscher Forderungen" - auf Antrag Großbritanniens!

Dabei war eine einheitliche Besatzungspolitik der Alliierten 1947 kaum noch erkennbar, und so wollte man durch die Einigung über die offizielle Auflösung Preußens "wenigstens" ein Stück Gemeinsamkeit demonstrieren, bewies damit allerdings nur einmal mehr, "daß Übereinstimmungen lediglich für destruktive Maßnahmen zu erreichen waren."

Das Ende Preußens, das 1947 von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs nur noch formaljuristisch besiegelt wurde, hatte sich bereits vorher in Etappen vollzogen. Die meisten Historiker nennen in diesem Zusammenhang den 20. Juli 1932, als die sozialdemokratische Regierung Preußens unter Ministerpräsident Braun durch einen Staatsstreich des Reichskanzlers von Papen gestürzt wurde, der sich dann selbst zum Reichskommissar für Preußen ernennen ließ. Braun stellte damals fest, daß damit die "Mission des neuen Preußens, die Demokratie in Deutschland zu sichern und zu vertiefen", zu Ende gegangen sei, und Preußen-Forscher Hans-Joachim Schoeps bezeichnet jenen Tag als das Datum, "an dem Preußen de facto zu bestehen aufgehört hat ...

Pikanterweise war es dann erneut ein 20. Juli, der des Jahres 1944, "an dem das alte Preußen zum letzten Male sichtbar wurde": Die Liste der Männer nämlich, die nach dem Attentat auf Hitler hingerichtet wurden, "liest sich wie ein Auszug aus dem preußisch-deutschen Adelsregister".

Andere Geschichtswissenschaftler sehen das Ende Preußens, jenes Staates, der mit der Krönung des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. zum "König in Preußen" am 18. Januar 1701 im Schloß zu Königsberg geboren wurde, schon früher, nämlich entweder 1871, als es in dem neu gegründeten Zweiten Deutschen Kaiserreich aufging, oder aber 1918, als die Herrschaft der Hohenzollern, die untrennbar mit Preußen verbunden war, ihr Ende fand; denn

Preußentum und Monarchie bedingen einander.

Schließlich wird in Historikerkreisen sogar die Ansicht vertreten, daß der Zerfall Preußens eigentlich schon 1806 einsetzte, als es in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt gegen die Truppen Napoleons die wohl bitterste militärische Niederlage seiner Geschichte hinnehmen mußte.

Wie dem auch sei - von Preußen ging für Freund und Feind stets eine eigenartige Faszination aus. "Was es seinen Nachbarn lange Zeit unheimlich und manchmal gefährlich machte", so urteilte ein anderer Preußen-Forscher, Sebastian Haffner, "war viel weniger sein Militarismus als die Qualität seiner Staatlichkeit: seine unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, seine religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung."

Preußen war immer ein Rechtsstaat, und der Wahlspruch "suum cuique" ("Jedem das Seine") stellte das "Bekenntnis zu einer gerechten sozialen Staatsordnung" dar, denn "Recht war Recht, und Unrecht war Unrecht, und dazwischen lag nichts als das sittliche Gesetz im Menschen und das Gesetz des Staates über dem Menschen".

Für den britischen Historiker Feuchtwanger schien deshalb Preußen "einzigartig in seiner Fähigkeit, ein Gefühl gegenseitigen Vertrauens zwischen Bürgern und Staat zu schaffen", und Oswald Spengler sinnierte ergänzend: "Demokratie bedeutet in England die Möglichkeit für jedermann reich zu werden, in Preußen die Möglichkeit, jeden vorhandenen Rang zu erreichen."

In der Tat waren es die klassischen preußischen Tugenden, die den Staat im 18. Jahrhundert zum modernsten Europas werden ließen: neben der Rechtsstaatlichkeit die Sparsamkeit, religiöse und weltanschauliche Toleranz, Pflichterfüllung und Dienst am Gemeinwesen.

Preußen nahm die Hugenotten und die Salzburger Protestanten auf, ja es war überhaupt das erste Land der Erde, das absolute Religionsfreiheit gewährte.

Als erstes Land der Erde führte es auch die Schulpflicht ein, schaffte die Pressezensur ab und schuf durch sein "Allgemeines Landrecht" die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz.

Als eines der ersten Länder dieser Welt gab es auch den Juden volle Bürgerrechte, nicht zuletzt entstand die moderne, der übrigen Welt später als Vorbild dienende Sozialgesetzgebung Bismarcks unter der Führung Preußens.

Für den preußischen Staat und seine Verwaltung waren alle Einwohner "zunächst einmal preußische Untertanen. Und alsdann auch noch evangelische und katholische Christen oder Juden, und zuletzt waren sie auch noch Deutsche oder Polen." Preußen war man, wie zahlreiche bedeutende Persönlichkeiten aus seiner Geschichte zeigen - Freiherr vom Stein, Scharnhorst, Gneisenau, Fichte, Hegel und andere -, "nicht von Geblüt, sondern man wurde es durch Bekenntnis", oder, um noch einmal Oswald Spengler zu zitieren:

"Preußentum ist ein Lebensgefühl, ein Instinkt, ein Nichtanderskönnen ... Das Offizierskorps, das Beamtentum, die Arbeiterschaft Bebels, endlich 'das' Volk von 1813, 1870, 1914 fühlen, wollen, handeln als überpersönliche Einheit. Das ist nicht Herdengefühl; es ist etwas unendlich Starkes, Freies darin, das kein Nichtdazugehöriger versteht. Das Preußentum ist exklusiv."

Preußisch zu sein und zu handeln, das war im Laufe der letzten drei Jahrhunderte immer gleichbedeutend mit sauber, unbestechlich, anständig, gerecht, sparsam und pflichttreu. Preußentum galt als "Maßstab eines Wertes, nämlich des Wertes einer Lebensordnung ... in der ganzen Welt seit dem Tage, da dieser Begriff wissentlich geprägt wurde. Wollte man in der Vergangenheit einem Volke das höchste Prädikat für eine Lebensordnung geben, so fand man nichts höheres als das Adjektiv 'preußisch'."

So wurden etwa die Japaner als Preußen Ostasiens, die Bulgaren als die Preußen des Balkans und die Chilenen als Preußen Südamerikas bezeichnet, "wobei vermerkt werden muß, daß diese Wertestufungen weder von Preußen noch überhaupt von deutschen Menschen vorge-

nommen wurden, sondern daß fremde Völker ihren Nachbarn, Freunden oder Feinden dieses anerkennende Zeugnis ausstellten."

Manche Historiker sind in den letzten Jahren nicht müde geworden, den Nationalsozialismus als die Fortsetzung des Preußentums darzustellen. Sie bedienten sich dabei - hoffentlich unbewußt - der NS-Propaganda, denn Hitler kündigte in seinen Reden häufig die "Wiederherstellung deutscher Größe in der Tradition Friedrichs des Großen und Bismarcks" an, und Reichsminister Dr. Goebbels beschwor seinen "Führer" als "die letzte Verkörperung einer langen preußischen Tradition". In Wirklichkeit aber waren es, wie schon erwähnt, gerade die Nationalsozialisten, die Preußen den Todesstoß versetzten.

Der nicht mehr existente Staat Preußen befindet sich dreihundert Jahre nach seiner Errichtung in einer ähnlichen Lage wie Polen zwischen 1795 und 1918, das letztlich wiedererstand, "weil seine Staatsidee über ein Jahrhundert hin am Leben blieb ...

Es könnte sein", so Preußen-Verehrer Schoeps, "daß Europa an Preußen ähnliches erleben wird, da sich eine historische Wirklichkeit nicht verbieten und nicht auflösen läßt. Das Fehlen Preußens bedeutet, daß ... dieser Staat seine europäische Funktion nicht mehr erfüllen kann, die in der Klammer- und Brückenbildung zwischen Ost und West bestanden hat."

Denn Preußen war "immer gleichzeitig Schutzwehr gegen den Osten und Brücke zwischen Ost und West". Und die "Zeit"-Herausgeberin Gräfin Dönhoff fügt ergänzend hinzu: "... ohne die staatsbildende Kraft Preußens und seiner Menschen kann ich mir auch die Bundesrepublik auf Dauer nicht gut vorstellen.

In Bayern mag es eine ältere Tradition, im Rheinland weit früher Kultur gegeben haben; aber einen Staat zu bauen, verschiedene Gebiete und Stämme zu integrieren, das hat nur Preußen zuwege gebracht."

De jure wurde Preußen 1947 von der Landkarte getilgt, aber die Werte und Tugenden, die sich im Preußentum manifestieren, werden fortbestehen, denn "solange es ... Menschen geben wird, die der Verantwortlichkeit das persönliche Wohlergehen freudig opfern, solange wird es Preußen geben"! Anlässlich des 30. Jahrestages der Auflösung Preußens 1977 schrieb Helmut Damerau, der Herausgeber des Deutschen Soldatenjahrbuches:

"Preußen kann in Licht und Schatten vor Geschichte und Nachwelt in Ehren bestehen! Sein großes geistig-ethisches und historisches Erbe aber gehört der ganzen deutschen Nation."

Diesen Worten ist an Deutlichkeit kaum etwas hinzuzufügen.

Wohl am treffendsten aber kommen Preußentum und preußische Geisteshaltung zum Ausdruck in einem Gedicht, das der zum Tode verurteilte, später zu lebenslanger Haft begnadigte und dann vorzeitig entlassene Generaloberst Eberhard von Mackensen, Sohn des legendären Feldmarschalls, am 13. März 1947 in seiner Gefängniszelle in Italien verfaßte, nachdem er vom offiziellen Ende Preußens erfahren hatte:

"Mögt ihr den preußischen Staat zerschlagen, Preußen wird hoch aus den Trümmern ragen. Einer schon wollte uns Preußen stehlen, doch Preußen lebt zu tief in den Seelen. Preußen ist weder Volkstum noch Rasse, Preußen ist Haltung und niemals Masse. Preußen ist Pflicht nach Immanuel Kant. Preußen ist Treue zu Volk und Land, dienen der Sache bis in den Tod und: Griff zu den Waffen erst in der Not." <<

2001

BRD: Prof. Dr. Reinhard Franzke berichtet im Jahre 2001 in dem Buch "ESOTERIK ALS LEBENSHILFE? Die Wahrheit über Astrologie, Spiritismus, Magie und Zauberei" über die weltweite Harry-Potter-Besessenheit (x885/...): >>Die Harry-Potter-Manie

Harmlose Phantasie oder gefährliche Magie?

Die weltweit organisierte Harry-Potter-Manie hat längst auch Deutschland erfaßt. Millionen Kinder lesen "Harry Potter". Sie feiern "Harry-Potter-Parties", tragen Zauberumhänge, kaufen Zauberstäbe und andere Zauberutensilien. Eine ehemals arbeitslose Lehrerin revolutioniert die

zivilisierte westliche Welt mit Romanen um einen Internatsschüler namens Harry Potter und einer weltweiten Auflage von etlichen Millionen Exemplaren. Das Besondere: Das Internat ist eine Zauberschule und Harry ist ein Zauberlehrling, der in die magischen und dunklen Künste eingeweiht wird.

Wie die Kinder sind auch die Medien "begeistert": Die Harry-Potter-Romane seien wunderschöne Märchen, sie würden die Phantasie wecken, sie seien (angeblich) spannend und lehrreich, sie würden zum Lesen animieren und das Selbstbewußtsein der Kinder fördern, die Kinder würden lernen, auf die eigenen Kräfte zu vertrauen und sich trotz widriger Umstände zu behaupten. Wissenschaftler und Pädagogen empfehlen die Harry-Potter-Lektüre, und die Autorin - inzwischen Mehrfachmillionärin - erhielt den Ehrendoktor für Literaturwissenschaften.

Nach einer Pressemitteilung hat der saarländische Kultusminister (CDU) angeordnet, daß die Harry-Potter-Romane im Englisch-Unterricht gelesen werden sollen. Das heißt, nun sollen unsere Kinder auch im Unterricht öffentlicher Pflichtschulen in die Welt des Harry Potter eingeführt werden. Was aber ist die Welt des Harry Potter, in die unsere Kinder eingeführt werden sollen? Welche Phantasien und Gedanken sollen unsere Kinder beherrschen?

Die Welt des Harry Potter

a) Die Welt der Magie und der übernatürlichen Phänomene

Die Welt des Harry Potter ist die Welt der Magie, Hexerei und Zauberei. Es gibt magische Gestalten, magische Gegenstände und Hilfsmittel, magische Rituale und magische Schulfächer. Die Welt des Harry Potter ist die Welt der magischen und über-natürlichen Phänomene: Dinge werden unsichtbar, Gegenstände und Personen können schweben, Personen verwandeln sich in andere Menschen oder Tiere und umgekehrt, Gegenstände können sprechen, Wände und Türen öffnen sich, Menschen sprechen mit Tieren bzw. Schlangen.

In der Welt des Harry Potter gibt es den Schweben-, den Gedächtnis-, den Verwandlungs-, Entwaffnungs-, Erstarrungs- und den Heilungszauber. Zu den Zauberkünsten gehören das Aufblasen von Menschen (!), das Bannen und Verfluchen, die Einleitung der Trance, das Löschen von Erinnerungen (!), das Unsichtbarmachen, die körperliche Verwandlung, die Wahrsagerei, das Anfertigen von Zaubertränken, das Töten mit Hilfe nichtnachweisbarer Gifte, die "schwarze Magie", die "Verteidigung gegen die dunklen Künste" und schließlich "die Entfesselung des Schreckens" (2. Band/158).

b) Die Welt der Ekeltiere und Horrorwesen

Gottes Schöpfung umfaßt schöne und niedliche Tiere sowie Ekeltiere, sinnlich wahrnehmbare und unsichtbare Wesen. Die Welt des Harry Potter, in die unsere Kinder eingeführt werden sollen, ist die Welt der Ekeltiere und Horrorwesen: Zu den natürlichen Ekeltieren gehören Schlangen, Ratten, Fledermäuse, Blutegel, Kröten, Schnecken, Flubberwürmer usw. Zu den Horrorwesen gehören

- Feen, Elfen, Gnome, Trolle, Kobolde, Zwerge, Wichtel

- Vampire und Werwölfe

- Geister, durchscheinende Geister, Wassergeister, Poltergeister

- Drachen und Riesen-Monster

- einbeinige Hinkepanke, Kappas, schuppige Affen, dreiköpfige Hunde, Riesenspinnen und Riesenschlangen

- "monströse Geschöpfe" (2/258), "kleine Biester" (2/106), "häßliche Scheusale" (3. Band/125), "schreckliche Dementoren", die die Seelen aussaugen und Menschen in Zombies verwandeln (3/91,193,196), "übelgrüne Kreaturen" (3/161), "widerwärtige Geschöpfe" (2/82), "Horrorgestalten" (3/212).

Die Welt des Harry Potter ist eine Welt der permanenten Angst vor Angriffen von Zauberern und Horrorwesen, und das Leben ist ein ständiger Abwehrkampf.

c) Die Welt des Schreckens, des Horrors, des Ekels und der Angst

Die Welt des Harry Potter ist die Welt des Horrors, des Schreckens, des Grauens und der Angst. In dieser Welt gibt es u.a. folgende Erlebnisse und "Vergnügungen":

- Schnecken werden erbrochen
- Froschgehirne werden verspritzt
- Ekel erregender Gestank
- Innereien mit Maden
- Katzen, die am Schwanz angenagelt sind
- Eingeweide, die außen sind
- das Zerstampfen von Blutegeln
- Augen groß wie Teller
- Nasen groß wie Melonen
- Hexen mit vielen Armen, die aus dem Kopf wachsen
- Zaubertränke mit Schlamm, Rattenschwänzen, Haaren, Spinnen
- getrocknete Kakerlaken usw.

d) Die Welt der Geisteskrankheit und des Wahnsinns

Die Welt des Harry Potter ist die Welt der Geisteskrankheit und des Wahnsinns. Die Erlebnisse des Harry Potter gleichen den Schilderungen von Psychiatriepatienten, die von Psychiatern als bloße "Halluzinationen" abgetan werden. Aus schamanischer (und biblischer) Sicht gibt es diese Welt der Horrorwesen tatsächlich. Schamanische Reisen in die Unterwelt sind fast immer Begegnungen mit Horrorwesen (vgl. Harner, Montal, Oertli, Castaneda, Eliade, Franzke). Wie die Schamanen und viele Psychiatriepatienten hört Harry Potter Stimmen von unsichtbaren Wesen, die ihn ängstigen und nachdrücklich zum Töten (vgl. 2/126, 143, 150, 152, 218, 356) auffordern. Genau dies hört man immer wieder von Amokläufern, Triebtätern und Geisteskranken.

Wesen und Gefahren der Harry-Potter-Pädagogik

1. Die verordnete Harry-Potter-Pädagogik ist eine erste Einführung in die real existierenden religiösen Wahnvorstellungen der Magie und des Satanismus, in deren Grundideen und Grundbegriffe, in deren Lehren und Praktiken. Sie will wissenschaftlich-rationales Denken durch magisches Denken ersetzen und den Kindern erste magische Fähigkeiten und Techniken vermitteln. Die Literatur der Hexen, Magier und Satanisten sowie die Berichte von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen machen deutlich:

Magie und Hexerei sind nicht bloße Phantasie; Magie und Hexerei sind ein real existierendes religiöses Wahnsystem, das funktioniert und unendlich viel Leid verursachen kann, vor allem deshalb, weil immer auch Blut- oder gar Menschenopfer dargebracht werden müssen und weil Magie und Hexerei äußerst gefährlich, unter Umständen sogar lebensgefährlich sind und früher oder später körperlich und geistig schwer krank machen können (vgl. u.a. Butler; Ulrich; Parker/Parker; Budapest; Malanowsky/Köhle; Das Hexenbuch; Graichen).

In weiten Teilen Schwarzafrikas haben deshalb Millionen von Menschen panische Angst, daß sich Familienangehörige in Magie und Hexerei verstricken, weil sie aus leidvoller Erfahrung wissen, daß Hexen, Medizinmänner sowie deren Patienten Blut- oder gar Menschenopfer als Gegenleistung für Heilungs- oder Schadenszauber bringen müssen. Außerdem wird (mir) immer wieder berichtet, daß in Schwarzafrika die meisten Familien Angehörige durch Zauberei und Hexerei verloren haben. Vor allem schöne Frauen sind dort ein gern gesehenes Opfer der Hexenzirkel.

Das Horror- und Ekeltraining der Harry-Potter-Pädagogik ist fester Bestandteil des Satanismus, zu dem auch der rituelle Mißbrauch und der rituelle Mord von Kindern und Frauen gehört (vgl. u.a. Grandt/Grandt; Warnke; Hauskeller). Es ist zu befürchten, daß in weiteren Folgebänden unseren Kindern auch die Bedeutung des Blutopfers nahegebracht wird.

2. Die Harry-Potter-Pädagogik hat antichristlichen und okkulten Charakter. Sie verstößt gegen den christlichen Glauben und das Wort Gottes. Die Harry-Potter-Pädagogik soll das innere oder geistige Auge öffnen, so z.B. durch Konfrontation mit den Bildern und Phantasien von Horrorwesen sowie mit Hilfe von Entspannung und der Abschaltung des Denkens (3/110, 309 f.). Aus biblischer Sicht öffnet sich die Tür zum Reich der Finsternis.

Aus biblischer Sicht operieren und kooperieren Hexen und Magier mit den unsichtbaren Mächten der Finsternis, mit den bösen Geistern und Dämonen, die jede mögliche Gestalt annehmen und sich selbst als "Engel des Lichts" tarnen können. Das Wort Gottes verbietet Magie:

Im Alten Testament heißt es: "... Niemand soll wahrsagen, zaubern, Geister beschwören oder Magie treiben. Keiner darf mit Beschwörungen Unheil abwenden, Totengeister befragen, die Zukunft vorhersagen oder mit Verstorbenen Verbindung suchen. Wer so etwas tut, ist dem Herrn zuwider." (5. Mose 18, 9 ff.).

Und im Neuen Testament steht geschrieben: "Furchtbar aber wird es denen ergehen, die ... okkulte Praktiken ausüben. ... Sie alle werden in den See aus Feuer und Schwefel geworfen. Das ist der zweite Tod, der für immer von Gott trennt" (Offenbarung 21,8; 22,15).

3. Die Harry-Potter-Pädagogik ist eine verwerfliche Form religiöser Indoktrination. Die Harry-Potter-Pädagogik verherrlicht die religiösen Lehren und Praktiken der Magie, die Magier und die Welt der Magie (vgl. 3/15). Gleichzeitig diskriminiert sie die Nicht-Magiegläubigen, die sog. Muggel: Ablehnung der Magie und Hexerei wird als "mittelalterliche Auffassung" diskreditiert (vgl. 3/5 f), was den Weg für eine Verfolgung der ablehnenden Christenheit bereiten kann.

Die Welt des Harry Potter ist die Welt der Magie und der Magier; die Welt der Nichtmagier ist die fremde, unbekante Welt. Die Nichtmagiegläubigen sind - vertreten durch Onkel und Tante - "abgrundtief böse Menschen" (vgl. 2/7 ff.). Die große Vision der Harry-Potter-Pädagogik ist die "Harmonie" zwischen Magiern und Nichtmagiern (2/105), d.h. die weltweite Verbreitung und Akzeptanz der Magie und Hexerei, die Umkehrung der mittelalterlichen Verhältnisse.

Die Harry-Potter-Pädagogik soll Deutschland in vorchristliche Zeiten bzw. zurück ins Mittelalter führen, in der Hexerei und Zauberei eine bedeutende Rolle gespielt haben - jedoch mit gravierenden Unterschieden: Im Mittelalter wurden Magie und Hexerei verurteilt; im "Neuen Zeitalter" (New Age) sollen Magie, Hexerei und Zauberei (auch bei den christlichen Kirchen) gesellschaftlich anerkannt sein.

Im Mittelalter sowie in anderen Kulturen haben sich immer nur einige wenige geächtete Außenseiter der Gesellschaft mit Magie und Hexerei befaßt, in Deutschland sollen nunmehr alle Kinder und Jugendlichen in die Geheimnisse der Magie und der Hexerei eingeführt werden. Zu dieser neuen Pädagogik gehören auch das beliebte Hexen-, Grusel- und Ekeltraining, die sog. Stilleübungen und Phantasiereisen sowie viele andere esoterische und okkulte Praktiken in den Grundschulen.

Schlimmer noch: Das angebrochene Zeitalter ist das Zeitalter der Magie. Im Zeitalter der Magie müssen alle Menschen in die Lehren und Praktiken der Magie eingeführt und eingeweiht werden, niemand darf sich der neuen Pädagogik entziehen. Da verstehen Lehrer und Behörden keinen Spaß, da endet jede Toleranz. Kinder, die die Lektüre von Harry Potter oder von "Krabat" von O. Preußler (ebenfalls eine Einführung in Magie und satanistische Praktiken) aus Glaubens- und Gewissensgründen verweigern, werden von den "modernen Lehrern" für seelisch krank und therapiebedürftig erklärt - und damit übel diskriminiert.

Kinder, die aus Ländern und Kulturen kommen, die die Magie konsequent ablehnen und in den letzten Jahrzehnten gerade erst durch das Wirken vieler Hundert christlicher Missionare und Evangelisten von der Magie zum Christentum bekehrt wurden, werden nunmehr im Un-

terricht deutscher Pflichtschulen gezwungen, sich mit den Lehren und Praktiken der Magie und Hexerei zu befassen. In den meisten Ländern Schwarzafrikas würden Lehrer, die den Kindern Magie beibringen, von den Eltern aus den Schulen gejagt und/oder von den Behörden umgehend entlassen. In Deutschland werden dagegen die Kritiker dieser unheilvollen Entwicklung angegriffen und unter Druck gesetzt.

4. Die Harry-Potter-Pädagogik ist verfassungswidrig. Sie verstößt gegen die Pflicht des Staates zur weltanschaulich-religiösen Neutralität. Wenn schon der bloße Anblick des Kruzifixes und/oder des Kopftuches (einer Muslimin) gegen das Grundgesetz verstößt, dann erst Recht das intensive Studium magischer Lektüre im Unterricht staatlicher Pflichtschulen.

5. Die Harry-Potter-Pädagogik ist eine Einführung in die Psychologie des Bösen. Die Psychologie des Schreckens, des Grauens, des Ekels und der Angst ist die Psychologie des Teufels und der Teufelsanbeter. Das Ekeltraining sowie Schrecken und Grauen sind fester Bestandteil diverser magischer und okkultur Systeme, so z.B. des Satanismus (vgl. u.a. Grandt/Grandt; Warnke; Hauskeller; Lukas), des Nationalsozialismus und Neonazismus, des Kommunismus, Stalinismus und Maoismus, des tibetischen Tantrismus (vgl. Trimondi/Trimondi) sowie vieler anderer magischer und geheimer Kulte.

Gott hatte dem Menschen ein Paradies geschaffen, eine Welt ohne Leid, Krankheit, Alter, Not und Tod, eine Welt ohne Angst und Schrecken. Gottes Widersacher will das gerade Gegenteil: Er kommt nur, um zu stehlen, zu zerstören und zu töten (Johannes 10,10) - den (inneren) Frieden, die Gesundheit, die Freude, die Liebe usw. Die Welt des göttlichen Widersachers ist die Welt des Horrors und der Horrorwesen, deren bloßer Anblick fürchterliche Ängste und Qualen bereitet.

Die Konfrontation mit Ekeltieren, Horrorwesen und Horrorszenen ist eine brutale Mißhandlung kindlicher Seelen. Die zahlreichen Horrorszenen verletzen und vergewaltigen die Seelen unserer Kinder; die Bilder des Schreckens, des Grauens und des Ekels quälen und ängstigen die normale menschliche Seele. Sie werden sensible Kinder seelisch krank machen und geistig verwirren, sie werden Depressionen und Alpträume verursachen und die Lern- und Leistungsfähigkeit unserer Schüler beeinträchtigen, und sie werden dazu beitragen, menschliche Reaktionen wie Mitleid und Mitgefühl und das menschliche Gewissen abzutöten und die Bereitschaft zu sadistischen Gewalttaten zu fördern.

Während die Politik Haß und Gewalt gegen Ausländer und Dunkelhäutige durch demonstrative Massenaufmärsche entgegentreten möchte, bewirkt die Harry-Potter-Lektüre das gerade Gegenteil: Sie ist geeignet, die kindliche Seele an das Böse, Ekelhafte und Grauenhafte zu gewöhnen und die Gewaltbereitschaft und den Haß zu fördern.

Die normale menschliche Reaktion auf Schrecken, Grauen und Ekel ist Ablehnung oder Flucht. Die Tatsache, daß Millionen von Kindern nach den Harry-Potter-Romanen geradezu süchtig sind, zeigt, wie weit verbreitet der Geist der Magie und Hexerei ist. Wenn die Medien, die Meinungsführer, die Wissenschaftler und die Pädagogen von "hübschen Märchen", "herrlichen Phantasien", "Hokuspokus" und harmlosen "Lachnummern" sprechen und die Kinder von der Lektüre "begeistert" sind, dann zeigt sich, wie kalt und wie abgestumpft die Seelen unserer Mitmenschen und Kinder bereits sind. Ich selbst mußte mich bei der Lektüre mehrmals heftig erbrechen. Deshalb weigere ich mich, weitere Bände zu lesen, weitere Details zur Kenntnis zu nehmen oder wiederzugeben!

Von Bedeutung ist ohnehin nur noch die Frage, wieweit die Einführung in satanistische Praktiken getrieben wird und wie die "deutsche Kultur" und Pädagogik auf die Verbreitung und Verherrlichung der Magie und des Satanismus reagiert.

Die Harry-Potter-Romane werden in der Tat die Phantasie der Kinder anregen; sie werden den Kindern die Grundvorstellungen magischen Denkens sowie erste magische Fähigkeiten und Praktiken vermitteln. Die Harry-Potter-Manie wird Deutschland grundlegend verändern: Sie

wird dazu beitragen, die letzten Reste und Werte des christlich geprägten Abendlandes - die Ablehnung der Magie - zu beseitigen und - in Verbindung mit vielen anderen Entwicklungen (so z.B. der Ausbreitung der Esoterik und des New Age) - das Zeitalter der Magie einzuleiten. In diesem Zeitalter wird es keine Toleranz für "Muggel" geben: "Muggel", die die Magie ablehnen, sind "böse" und die Feinde der (herrschenden) Hexen und Magier.

Die Folgen für Deutschland werden verheerend sein: Christen, die die Magie ablehnen und vor ihrer Ausbreitung warnen, werden diskriminiert und verfolgt werden. Immer mehr Menschen werden seelisch krank und geistig verwirrt, die Zahl der Einweisungen in die Psychiatrie explodiert, die Beiträge zu den Krankenversicherungen werden weiter drastisch steigen müssen, die Zahl der "unerklärlichen" Morde, Selbstmorde und Amokläufe wird zunehmen. Die Liebe in den Herzen wird erkalten, und der Haß und die Gewaltbereitschaft werden wachsen.

Die Abwendung vom biblisch bezeugten Gott und die gleichzeitige Hinwendung zur Magie und zur Hexerei wird auf Deutschland einen göttlichen Fluch legen und Deutschland (und die Länder, die das Gleiche tun) gerichtsreif machen; die Verbreitung magischer Praktiken wird den Wohlstand und das soziale Zusammenleben ruinieren (vgl. u.a. 5. Mose 28 ff.).

Echte Christen müssen die Lektüre der Harry-Potter-Romane sowie aller vergleichbaren Bücher (wie z.B. die Romane eines O. Preußler) aus Glaubens- und Gewissensgründen entschieden ablehnen. Die verpflichtende Lektüre im Unterricht öffentlicher Schulen ist eine verwerfliche und grundgesetzwidrige Form der religiösen Indoktrination in die Lehren und Praktiken der Magie und der Hexerei.

Magie und Hexerei sind nicht bloß Phantasie im Sinne von Einbildung, sondern ein real existierendes religiöses System (vgl. hierzu die einschlägige Hexenliteratur des deutschen und des englischen Sprachraumes). Magie und Hexerei verstoßen nicht nur gegen den christlichen Glauben und das Wort Gottes; sie sind auch äußerst schädlich für das körperliche, seelische und geistige Wohlbefinden. Im schlimmsten Fall kann die Verstrickung in Magie und Hexerei besessen machen und in den vorzeitigen Tod führen.

6. Die Medien (leider zum Teil auch "christliche" Medien) sind (wie immer) "begeistert" - über den Genre-Mix der Harry-Potter-Romane, ohne sich zu fragen wo, wann und wie die Autorin diese Fähigkeiten erworben hat. Ebenso wenig fragen sie danach, wie man in so kurzer Zeit so viele umfangreiche Romane schreiben und veröffentlichen kann. Unbeachtet bleibt auch der Hinweis, daß die Grundidee zu Harry Potter auf eine blitzartige Vision der Autorin während einer Bahnfahrt zurückgeht (vgl. Reader's Digest, Oktober 2000).

In der Esoterik finden sich Hunderte von Büchern, die Lesern zeigen, wie sie im Wege der Intuition bildhafte Visionen und gedankliche Inspirationen von Geistwesen und Geistführern empfangen können. Verschwiegen wird auch, daß es sich bei den Harry-Potter-Romanen um äußerst schlechte und langweilige Literatur handelt, die ihren Erfolg einzig und allein dem weit verbreiteten "Geist der Magie" verdankt.

7. Die Ausbreitung von Magie, Hexerei und Zauberei ist kein Grund, Hexen, Magier und Zauberer zu verfolgen oder gar zu töten, wie dies im Mittelalter geschah. Zudem ist die Kirche des Mittelalters weit über das Ziel hinausgeschossen, indem Hunderttausende unschuldiger Frauen leichtfertig der Hexerei bezichtigt und auf Scheiterhaufen verbrannt wurden. Das alttestamentarische Tötungsgebot von Hexen (2. Mose 22, 17) gilt nicht für die Zeit des Neuen Testaments (vgl. Bergpredigt). Die Verfolgung, Folterung und Verbrennung von (bekennenden) Hexen verstößt eindeutig gegen den christlichen Glauben und das Wort Gottes. Auf der anderen Seite verstößt aber auch das Einüben okkulten und magischer Praktiken eindeutig gegen den Willen Gottes (5. Mose 18, 9 ff.; Offenbarung 21, 8; 22, 15).

Im Übrigen haben echte Gläubige, die wahren Kinder Gottes, magische Angriffe von dritter Seite nicht zu fürchten, weil sie unter dem Schutz Gottes stehen, während Ungläubige, die

Zielscheibe magischer Angriffe sind, immer häufiger damit rechnen müssen, daß ihnen schlimmer Schaden zugefügt wird. Ihnen drohen "unerklärliche" Unglücke, Unfälle, Schicksalsschläge, Krankheiten und Todesfälle - das lehrt nicht nur die Harry-Potter-Lektüre! Ebenso schlimm ist der durch die Harry-Potter-Pädagogik geschürte Haß gegen Nichtmagier und die zu erwartende Diskriminierung und Verfolgung der gläubigen Christen.

8. Die Autorin, die in Interviews gewisse Sympathien für Magie und Satanismus andeutet, warnt davor, ihre Bücher Erst- oder Zweitklässlern zu geben, weil sie die dunklen Seiten der Zauberwelt noch nicht verkraften könnten. Deutsche Mütter sind dagegen weniger um ihre Kinder besorgt. Sie kaufen ihren Kindern die teuren Harry-Potter-Bücher und lesen sie ihnen auch noch vor, anstatt vor dieser Lektüre eindringlich zu warnen - aus christlich-biblischer Sicht ein krasser Verstoß gegen die Gebote Gottes, und zwar sowohl gegen das Gebot der Gottesliebe als auch gegen das Gebot der Nächstenliebe. Mütter, die ihre Kinder "liebervoll" in die Welt der Magie einführen, tun ihren Kindern nichts Gutes, sie fügen ihnen einen unkalkulierbaren Schaden zu. Christen aber sind aufgefordert, ihre Kinder zu lieben und vor Schaden zu bewahren!

Überflüssig zu erwähnen, daß Harry Potter und andere vergleichbare Bücher in keinen christlichen Haushalt und in keine christliche Buchhandlung gehören.

Gottes Wort warnt uns: "Seid nüchtern und wachsam; denn euer Gegenspieler, der Teufel, geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht, wen er verschlingen kann. Dem widersteht, indem ihr fest im Glauben an Jesus Christus gegründet seid!" (nach 1. Petrus 5,8). ...<<

2002

Das Leben gibt's gratis, der Rest ist käuflich. <i>Spottvers der 68er Bewegung</i>
--

01.01.2002

Belgien: Das Euro-Bargeld wird am 1. Januar 2002 in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

05.01.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 5. Januar 2002 (x887/...):

>>**Was ist ein Defekt am "Interface"?**

Vom löblichen Versuch, die deutsche Sprache zu erhalten und sie unserem Zeitalter anzupassen

Die Mark ist weg, der EURO ist da. Er kam auf Englisch, im "Starter-Kit", und wurde in deutschsprachigen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern als "our new money" begrüßt. Geht es der deutschen Sprache bald genauso wie der Mark, ist sie auch bald Vergangenheit? Dies zu verhindern war erklärter Zweck der Verleihung des Jacob-Grimm-Preises an den Schriftsteller Rolf Hochhuth ... Wilfried Böhm, Autor des Beitrags "Von Grimm bis Hochhuth", trägt nachfolgend wesentliche Passagen aus den Reden bei der Preisverleihung zusammen:

... "Rolf Hochhuth (ist) in Rede und Schrift nicht müde geworden, kompromißlos für die deutsche Sprache zu streiten", sagte der Tübinger Literaturwissenschaftler und Publizist Gert Ueding in seiner Laudatio für Hochhuth. Um ihren Bestand sei diesem "am meisten angst", wie der Dramatiker selbst einmal bekannt habe. "Im Sprachimperialismus des Englischen sieht Hochhuth ... denn auch weit mehr als eine bloße Erleichterung des wirtschaftlichen Verkehrs". Sprache sei Politik, habe Hochhuth unmißverständlich festgehalten.

Ueding zitierte dessen Credo: "Gegen die weltweit marschierende Globalisierung gibt es keine eindringlichere Warnung als die babylonische Sprachvielfalt: Wir Menschen sollten nicht zur Vereinigung aller kommen wollen, zum Einheitsstaat, zur Universalsprache. Es geht um diese Ein-Reich-ein-Slang-Schwärmerei, die unserer Epoche ... das Hirn lähmt."

Ueding beklagt: "Noch nie haben Journalisten so schludrig geschrieben, haben Politiker seichter und ungeschliffener geredet, ist unsere Sprache an deutschen Schulen mehr vernachlässigt

worden als heute."

Hochhuths Wirken hingegen sei von dialogischer und rednerischer Prägung. "Der entschlossene Griff in die Zeit, die aktuelle Stellungnahme, der kämpferische Ton sind (Hochhuths) Dramen und Essays und vielen seiner Erzählungen und Gedichte eigen, machen sie zu erratischen Stolpersteinen unseres glattfrisierten kulturellen Lebens. Mit seinem unerschrockenen, konsequenten Engagement zeigt sich ein kämpferischer Aufklärer von großem Format."

Walter Krämer (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Vereins Deutsche Sprache): "Wer keine Sätze bauen kann, kann bald keine Autos mehr bauen."

Der Institutionenpreis Deutsche Sprache sei ausgelobt "für Einrichtungen und Firmen, die sich im Alltag von Wirtschaft, Politik oder Verwaltung um ein klares und verständliches Deutsch bemühen und gezeigt haben, daß man deutsche Sprache auch dort flexibel, klar und ohne Verrenkungen verwenden kann", erklärte der Vorsitzende des Vereins Deutsche Sprache e.V. Walter Krämer in seiner Laudatio auf die Fachzeitschrift "Computer Bild", erste Trägerin dieses Preises.

Einen Satz wie "In der Pipeline ist das upgrade eines Kalibrationskits für proofscreen Monitore und als highlight eine digitizer für CAD-application", wie in anderen Computer-Fachzeitschriften, finde man in Computer-Bild nicht. Man empfinde es beim Blick auf das Angebot in diesem Bereich fast schon eine Erlösung, auf eine Zeitschrift zu stoßen, wo der Drucker kein Printer sei, wo es Schnittstellen und keine Interfaces gebe und Spiele Spiele heißen und nicht games, wo headsets zu Kopfhörern und Pixel zu Bildpunkten werden."

"Computer Bild" verzichte auf das lächerliche Imponiergehabe seiner Konkurrenz, das vor allem dazu diene, sich selbst auf ein hohes Roß zu setzen und die Leser einzuschüchtern.

Krämer zitierte Professor Joseph Weizenbaum von der Harvard-Universität, einen der weltweit angesehensten EDV-Experten, der heute wieder in Berlin lebt, von wo er in den dreißiger Jahren nach Amerika geflohen war. Weizenbaum beklagte die Vermischung des Deutschen mit dem Englischen, die gefährlich sei, weil darin einer der Gründe für den relativen Rückstand der deutschen gegenüber der US-Computerwirtschaft liege. Weizenbaum: "Jeder Mensch denkt in seiner eigenen Sprache mit den ihr eigenen Nuancen. Die Sucht vieler Deutscher nach englischen Brocken erzeugt dagegen Spracharmut, Sprachgulasch. Ideen können so nicht entstehen."

Krämer stellte fest: "Sprache ist ein Produktionsfaktor, und diesen Faktor optimal zu nutzen, gelingt den meisten Menschen nur in ihrer Muttersprache." Wer keine Sätze bauen kann, der könne auch bald keine Autos mehr bauen. "50 Milliarden Mark habe die Daimler-Chrysler seit der Einführung von Englisch als Konzernsprache "in den Sand gesetzt". Krämer warnte vor der Sprache BSE (Bad Simple English). Sein Zeuge: Wendelin Wiedeking, der Vorstandsvorsitzende der Porsche AG: "Wenn Englisch oder Französisch die Konzernsprache ist, benachteiligt man automatisch alle, für die dies nicht die Muttersprache ist." Deshalb redeten die Ingenieure bei Porsche weiter Deutsch ...

Krämer schloß, "Computer Bild" werde geehrt, weil sie sich um die deutsche Sprache und um unser Sozialprodukt verdient gemacht habe.

Harald Kuppek (Chefredakteur der Zeitschrift "Computer Bild"): "Verantwortungsvoller Umgang mit Fremdwörtern"

"Wir sehen es als unsere Aufgabe an, englische Fachausdrücke einzudeutschen, aber nur, wenn es wirklich Sinn macht." Mit diesen Worten beschrieb Chefredakteur Harald Kuppek in seiner Dankesrede die Aufgabe, die sich "Computer Bild" gestellt habe. Durch allzu viele englische Fachausdrücke würden sowohl sehr junge als auch ältere Leser ausgegrenzt, aber auch viele Bundesbürger aus den neuen Ländern, die in ihrer Schulzeit keinen Englischunterricht hatten.

Deutsch-englische Wortphrasenadditionen führten unweigerlich zu einem Kauderwelsch. Wer

es gebrauche und sich obendrein geschäftig gebe, versuche mit sprachlichen Verrenkungen "kompetent und wichtig" zu erscheinen. Wenn seine Zeitschrift Fremdwörter gebrauche, würden sie sofort erklärt. "Geht es um E-Mails, bezeichnen wir diese im folgenden Nebensatz als "Elektronische Post" und das Internet erhält den Zusatz "Weltweites Datennetz". Für englische Fremdwörter, an denen man nicht vorbeikomme, würde die korrekte phonetische Aussprache mitgeliefert. Die Leser sollten sich in der verwirrenden Computerwelt besser zurechtfinden. Denn das Wichtigste für uns ist, so zu schreiben, daß der Leser uns versteht."

Stolz berichtete Kuppek, daß dieses Bemühen um sprachliche Einfachheit ein wesentlicher Erfolgsfaktor sei. Seine Zeitung sei Europas größte Computerzeitschrift und verkaufe an deutschen Kiosken deutlich mehr Exemplare als Stern, Spiegel oder Focus. Der "Kulturpreis deutsche Sprache" mache die Redaktion stolz und "motiviert uns für unser tägliches Tun".<<

12.01.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 12. Januar 2002 (x887/...):

>>"**Es grenzt an eine Lüge**"

Interview: Auch der renommierte US-Historiker *Alfred de Zayas* übt harsche Kritik an der neuen Reemtsma-Ausstellung

(DLF-Magazin): Herr Professor de Zayas, wie erklären Sie sich die jahrelange Akzeptanz der Reemtsma-Ausstellung in den 90er Jahren, der doch zum Beispiel Altbundespräsident Richard von Weizsäcker frühzeitig vorwarf, ein Pauschalurteil gefällt zu haben, das historisch, moralisch und menschlich nicht aufrechtzuerhalten sei?

Zayas: Ich wundere mich auch, aber der Zeitgeist in Deutschland bringt halt merkwürdige Blüten hervor. Sie werden sich erinnern, nicht nur Richard von Weizsäcker, sondern auch Altbundeskanzler Helmut Schmidt war sehr kritisch, und eine ganze Reihe Wissenschaftler. Bemerkenswert ist ja, daß seriöse Historiker die fundamentalen methodologischen Fehler bereits im Jahre '96 identifiziert hatten. Ich brauche bloß auf die Bilder hinzuweisen, die vermeintliche Opfer der Wehrmacht zeigten und in Wirklichkeit NKWD-Opfer darstellten. Und darauf haben mehrere Historiker schon 1996 und 1997 hingewiesen. ... Erst als nach über vier Jahren der polnische Historiker Bogdan Musial und sein ungarischer Kollege Kristian Ungváry in wissenschaftlichen Beiträgen diverse Fehler und unrichtige Legendierungen dokumentierten, wurde diese unseriöse Tendenzschau endlich zurückgezogen.

(DLF-Magazin): Wenn wir jetzt uns von der alten Wehrmachtsausstellung Nr. eins einmal der ... neu eröffneten Wehrmachtsausstellung Nr. zwei zuwenden: Von welchem wissenschaftlichen Ethos und von welchem Erkenntnisinteresse müßte Ihrer Ansicht nach eine Ausstellung über das Verhalten der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion der Jahre '41 bis '45 ausgehen?

Zayas: Die Konzeption müßte allumfassend und, ich möchte sagen, interdisziplinär sein. Es geht - freilich nicht nur - um Militärgeschichte, um Gefechtsstrategien oder Taktiken oder Schlachtenforschung. Es geht vielmehr um den politischen Zusammenhang und vor allem um die juristische, völkerrechtliche Einordnung.

Man muß begreifen, daß viele Tötungen im Kriege grausam und ganz entsetzlich sind, aber sie ereignen sich nach den Regeln des Kriegsvölkerrechts. Und das ist ein Aspekt der damaligen Ausstellung, die besonders unvollständig und mangelhaft war. Nämlich die richtige Zuordnung: sind die gezeigten Greuel Kriegsverbrechen, oder sind sie - leider - legalisierte Barbarei, aber innerhalb des Kriegsrechts?

Darüber hinaus ist es notwendig, das Gesamtbild, den Kontext zu zeigen, vor allem für die Besucher, die den Kontext nicht kennen. Es ist beispielsweise absolut unerläßlich, daß der Besucher auch weiß, was die Kriegführung seitens der Jugoslawen, seitens der Tito-Partisanen, was die ukrainischen und sowjetischen Partisanen, also was die Rote Armee an Verhalten gegenüber der Haager Landkriegsordnung gezeigt hat, gegenüber der Genfer Kon-

vention, gegenüber dem Schutz der Kriegsgefangenen und so weiter.

(DLF-Magazin): Wie hat sie sich verhalten, Herr Professor?

Zayas: Wie Sie wissen, hat dies die Wehrmachtuntersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts in richterlichen Ermittlungen und eidesstattlichen Zeugnissen minutiös festgehalten. Darüber sind im Koblenzer Bundesarchiv und im Militärarchiv Freiburg laufende sieben Meter Akten erhalten. Und zwar auch über alliierte Kriegsverbrechen, wovon vielleicht drei Viertel auf den deutsch-sowjetischen Krieg entfallen. Da finden Sie Akten über Kriegsverbrechen aller Art, und zwar vom allerersten Tag des Angriffes auf die Sowjetunion an. Seit Juni 1941 gibt es Beweise für die Erschießung und leider auch für die Verstümmelung von deutschen Kriegsgefangenen in sehr, sehr hohen Zahlen.

(DLF-Magazin): Sie meinen also, daß dieser Aspekt der Kriegsverbrechen seitens des sowjetischen Konfliktpartners auch mit dokumentiert werden müßte in einer solchen Ausstellung?

Zayas: Das finde ich unerlässlich, das schuldet der Veranstalter einer Ausstellung seinen Besuchern. Die Besucher müssen diesen Kontext auch kennen, denn ansonsten kann man Ursache und Folge nicht verstehen. Die Barbarei dieses deutsch-sowjetischen Krieges ist nur dann wirklich vorstellbar, wenn man das Gesamtbild kennt. Aber es gab noch andere Mängel der ersten Wehrmachts-Ausstellung. Manche Kapitel sind z.B. total ausgespart, wie die Wehrmachtgerichtsbarkeit zum Schutze - und ich unterstreiche das - zum Schutze der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten. ...

Zum Verständnis der Wehrmacht muß man auch das Agieren der Rechtsabteilung der Wehrmacht einbeziehen. Man muß auch sehen, inwiefern in der deutschen Armee Disziplin gehalten worden ist oder nicht. D.h. konkret muß der Frage nachgegangen werden, inwiefern Ausschreitungen deutscher Soldaten, Wehrmachtsoldaten, sei es durch Vergewaltigung, sei es durch Plünderung, sei es durch Mißhandlung von Zivilisten, ... inwiefern also diese deutschen Soldaten bestraft worden sind. Des weiteren: wie scharf sind die Strafen gewesen? Das wäre eine ... ganz wichtige Aufgabe für deutsche Historiker, ... um zu einem einigermaßen realistischen Gesamtbild zu kommen.

(DLF-Magazin): Wie würden Sie zusammenfassend das Agieren der deutschen Militärgerichtsbarkeit charakterisieren?

Zayas: Auf sämtlichen Kriegsschauplätzen des Zweiten Weltkrieges sind Fälle von deutschen Soldaten, die geplündert und getötet haben, dokumentiert und ebenso die dazugehörigen Feldurteile - fast alles ist in den Akten erhalten. Man müßte nur hineinschauen und Quellenstudium betreiben.

(DLF-Magazin): Galt diese Kriegsgerichtsbarkeit auch bei Übergriffen gegen die jüdische Zivilbevölkerung in der Sowjetunion?

Zayas: Es gibt solche Beispiele. Interessant wäre es allerdings, sie zu quantifizieren. Aber es gibt eine Reihe Beispiele in den Akten der Wehrmachts-Rechtsabteilung, wo Feldurteile von ordentlichen Wehrmachtsgerichten gefällt worden sind, mit Todesurteil oder sehr hoher Zuchthausstrafe, die verhängt worden sind, weil Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung begangen worden sind. Sie werden das vielleicht als schizophren betrachten, ist aber so, und die Akten sind da, frei für jeden, sie auszuwerten, wenn man nur will!

(DLF-Magazin): Wenn Sie Ihren, offensichtlich breiter angelegten, wissenschaftlichen Ansatz realisieren, handeln Sie sich wahrscheinlich von Kritikern den Vorwurf ein, Sie relativierten die singulären NS-Verbrechen. Beeindruckt Sie das?

Zayas: Keinesfalls! Ich finde, es ist unsere Aufgabe als Historiker, das Gesamtbild darzulegen. Es geht in keiner Weise darum, irgendein Verbrechen zu banalisieren oder gar zu relativieren. Es geht vielmehr darum, Geschichte zu verstehen und ich finde, eine Geschichtsschreibung, die nur einen Teil des Geschehens beleuchtet, grenzt an eine Lüge.

(Alfred de Zayas ist amerikanischer Historiker und Völkerrechtler. Mit dem Harvard-

Absolventen sprach Bernd Kallina für die Deutschlandfunk-Sendung "DLF-Magazin". Wir bringen das Hörfunk-Interview leicht gekürzt).<<

28.02.2002

Belgien: Der Euro wird zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung ist damit erfolgreich abgeschlossen.

18.03.2002

Großbritannien: "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik**

Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. Aus der Agrar- und Fischereipolitik, aber auch aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte Großbritannien aussteigen. Die britische Handelspolitik sollte ihr Land nach Meinung Thatchers wieder selbst in die Hand nehmen.

Sie schlägt weiter vor, daß Großbritannien der Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) beitreten sollte. Das wiederum ließe sich nur schwer mit einer EU-Mitgliedschaft vereinen. Thatcher schreibt es nicht ausdrücklich, aber das würde vermutlich bedeuten, daß Großbritannien aus der EU austritt. "Es wird oft gesagt, es sei undenkbar, daß Großbritannien die Europäische Union verläßt", schreibt die Frau, die von 1979 bis 1990 ihr Land regierte. Doch man solle diesen Gedanken nicht ausweichen.

Probleme kommen vom Festland

Nach Thatchers Meinung nützt die EU Großbritannien nur bedingt: "Die unverblümete Wahrheit ist, daß der Rest der Europäischen Union uns mehr braucht, als wir sie brauchen." Deshalb sollte eine konservative Regierung die britische Rolle in Europa neu verhandeln. Gäbe es mehr britische Alleingänge, dann könne die Insel eine Weltmacht bleiben. Geht es nach Thatcher, dann sollte Großbritannien mit der EU kooperieren, aber auch die eigenen Interessen verteidigen und verfolgen.

Die größten weltpolitischen Probleme, die sie erlebt hat, seien vom europäischen Festland ausgegangen, schreibt Thatcher weiter in ihrem Buch. Ihre Beispiele: Marxismus und Nationalsozialismus. Die Lösung dieser Probleme hingegen sei nicht von dort gekommen.

Ob Thatchers Ideen im Falle eines Regierungswechsels in Großbritannien umgesetzt werden, ist unsicher. Die Tories sind zurzeit etwas europafreundlicher als früher und arbeiten an ihrer Modernisierung. Einigen Mitgliedern eines konservativen Schattenkabinetts wird allerdings nachgesagt, sie würden mit Thatchers Ideen übereinstimmen. Der konservative Spitzenmann Duncan Smith schrieb zu der Debatte, daß Großbritannien nur mit dem britischen Pfund seine Politik selbst kontrollieren könne: "Ich werde es niemals erlauben, daß die EU-Mitgliedschaft bedeutet, daß Großbritannien die Kontrolle über sein Schicksal verliert. Solange ich die Konservativen führe, werde ich immer für den Erhalt des Pfundes kämpfen."<<

23.03.2002

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 23. März 2002 über die "Die Stalin-Note" (x887/...): >>**Moskaus gescheiterter Störversuch**

Die Aufregung bei den Westmächten war groß und die Besorgnis im Bonner Kanzleramt spürbar, als am 10. März 1952 die Nachricht aus Moskau einging, daß die Sowjetregierung einen Friedensvertragsentwurf für Deutschland vorgelegt habe und eine Viererkonferenz dar-

über vorschlage.

Tatsächlich hatte an diesem Tag der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, den diplomatischen Vertretern Englands, Frankreichs und der USA eine Note und ein Memorandum übergeben. Darin regte die Regierung der Sowjetunion die Einberufung einer "Konferenz der vier Großmächte über die Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages" an und schrieb wörtlich:

"Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, legt die Sowjetunion ihrerseits den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor."

Zugleich erklärte sich Moskau bereit, "auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen".

Und was die Aufregung im Westen letztlich auslöste: "Die Regierung der UdSSR rechnet damit, in kürzester Frist eine Antwort auf den oben erwähnten Vorschlag zu erhalten".

Der Kreml suchte also, den Westen unter Zugzwang zu setzen und machte seinen Druck geschickt propagandistisch plausibel, als er im beigefügten "Grundriß zu einem Friedensvertrag mit Deutschland" feststellte:

"Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen. Jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag. Es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gemacht werden."

Worte, denen niemand widersprechen konnte und die in den Ohren der national bewußten Deutschen wie Musik klingen mußten, wie man auch diesseits und jenseits der Zonengrenze gern zur Kenntnis nahm, daß nach Meinung Moskaus "der Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden" müsse. Eine demütigende Aussperrung von den Verhandlungen, wie sie Deutschland 1919 in Versailles widerfuhr, sollte es nicht geben.

Diese wohlberechneten Schmeicheltöne sollten besonders national-konservative Kreise in Westdeutschland für den Vorschlag des Kremls einnehmen und Adenauers eingeleitete Westintegrationspolitik stören. Entsprechend beunruhigt war man im Bonner Kanzleramt über die möglichen psychologischen Auswirkungen der Moskauer Wiedervereinigungsinitiative auf die Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung. Starke politische Kräfte gaben damals immer noch dem Streben nach nationaler Einheit den Vorzug vor einer Westbindung. Die gerade in jenem Jahre 1952 stattfindenden Olympischen Winterspiele in Oslo und Sommerspiele in Helsinki dokumentierten durch die Teilnahme einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft noch zusätzlich diesen Einheitswillen und konnten in dieser Tendenz von Moskau für seine Zwecke eingesetzt werden. Alles dieses erfüllte Kanzler Adenauer mit Sorge.

Über die Beibehaltung einer gemeinsamen deutschen Olympiamannschaft hinaus bereitete ihm die augenscheinlich "konzertierte Aktion" zwischen den Ost-Berliner Kommunisten und dem Kreml ungleich größeres Kopfzerbrechen.

Der als "Stalin-Note" in die Geschichte eingegangenen Deutschland-Initiative Moskaus war nämlich ein Ersuchen der DDR-Regierung in Ost-Berlin an die vier Hauptsiegermächte vorausgegangen. Darin wurden die Regierungen in London, Moskau, Paris und Washington gebeten, "den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen", worauf die Sowjetführung mit der Versicherung geantwortet hatte, "alles, was möglich ist, zu tun, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates zu beschleunigen". Schon knapp drei Wochen später, am 10. März 1952, übergab dann Gromyko den drei westlichen Vertretern in Moskau die erwähnte Note mit dem beigefügten Memorandum.

Der vorgelegte Friedensvertragsentwurf enthielt neben diskutablen und annehmbaren Punkten wie die Wiederherstellung der deutschen Einheit, den Abzug der Besatzungstruppen und die Errichtung einer eigenen Wehrhoheit auch Auflagen wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze und die Neutralisierung Gesamtdeutschlands, Vorbedingungen, von denen der Kreml wissen mußte, daß sie vom Westen und von der Bonner Regierung schwerlich angenommen werden würden und deren Nennung die ganze sowjetische Deutschland-Initiative in den Verdacht brachte, nichts anderes zu bezwecken, als die sich gerade vollziehende Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern.

Adenauer war es bekanntlich gelungen, den drei westlichen Besatzungsmächten gegen die Zusage eines deutschen Wehrbeitrags große Zugeständnisse wie die Beendigung ihrer Oberherrschaft in Westdeutschland und die Mitgliedschaft in internationalen Einrichtungen und Organisationen zu erreichen. Dabei nahm die Teilnahme am westeuropäischen Einigungsprozeß absoluten Vorrang ein und innerhalb diesem wiederum die Verständigung mit Frankreich. Als Zeitzeuge der leidvollen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts wußte der deutsche Kanzler, daß am Anfang einer europäischen Einigung die endgültige Beendigung der sogenannten Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich stehen mußte.

Um dieses Ziel zu erreichen, nutzte er alle sich bietenden Möglichkeiten und Gelegenheiten und begriff selbst Nachteile als Chancen wie etwa die Teilung Deutschlands, mit der er den wiederholt von deutscher Stärke sich bedroht fühlenden Franzosen die Furcht vor einer gegenseitigen Annäherung nahm oder die weitgehend fehlende Souveränität der Bundesrepublik, die es ihm erleichterte, seine deutschen Landsleute für die Zustimmung zur Übertragung von Hoheitsrechten auf übernationale Institutionen wie die Hohe Behörde der Montan-Union zu gewinnen.

Westlichen Nachbarn wie eigenen Landsleuten wußte er, unpopuläre Entscheidungen wie das Ja zur Aufstellung einer westdeutschen Armee mit der sich augenscheinlich verstärkenden Bedrohung durch die Sowjetunion plausibel zu machen. Der Ausbruch des Koreakrieges gab Adenauers besorgter Beurteilung, daß "die Lage noch nie so ernst" gewesen sei, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit.

Scharfsichtig erkannte der deutsche Kanzler auch die große Bedeutung der handelnden Personen in der Politik und ihrer gegenseitigen Wertschätzung. So fand er für seine Verständigungspolitik gegenüber Frankreich im französischen Außenminister Robert Schumann einen gleichgesinnten Partner und konnte mit ihm die deutsch-französische Annäherung ein gutes Stück voranbringen; wie er im Übrigen auch im italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi einen ebenso überzeugten Mitspieler für ein vereinigtes Europa hatte.

Daß er sich mit dem einst reichsdeutschen Rechtsanwalt aus Elsaß-Lothringen und dem ehemals österreichischen Korporal aus Südtirol auf Deutsch unterhalten konnte, empfand der nicht allzu polyglotte frühere Kölner Oberbürgermeister als eine zusätzliche Ermunterung zu weiteren Gemeinsamkeiten.

All' das stand in den Augen des Kanzlers der Bundesrepublik Konrad Adenauer jedoch zur Disposition, wenn die Moskauer "Friedensvertrags-Initiative" ihre erhoffte Resonanz im Westen finden würde. Da kam es ihm zupaß, daß die deutschen Heimatvertriebenen entschieden gegen die in der Moskauer Note geforderte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze Stellung nahmen und vor einem "unbedachten Entgegenkommen des Westens" warnten.

Entsprechend geschlossen standen sie hinter Adenauers Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der am 12. März 1952 in einer Rundfunkansprache zum einschlägigen Punkt im sowjetischen Friedensvertrags-Entwurf erklärte: "... Nur eines muß gesagt werden: Deutschland kann auf unbestreitbar deutsche Gebiete nicht Verzicht leisten. Wir haben ja schließlich auch die klare Bestätigung der Westmächte, daß in Potsdam keine endgültigen

Beschlüsse über die künftigen Grenzen gefaßt wurden."

Dem widersprach erwartungsgemäß die DDR-Regierung in Ost-Berlin. In einer Regierungserklärung vor der Volkskammer führte dazu Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) am 14. März 1952 aus: "Die im Entwurf der Sowjetregierung vorgeschlagene Regelung der territorialen Fragen auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse stellt die einzige reale Lösung dieser Frage dar. Die Großmächte haben sich im Potsdamer Abkommen über die Grenzen Deutschlands geeinigt. In enger Zusammenarbeit mit der Regierung Polens ist die Oder-Neiße-Grenze zu einer wirklichen Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen geworden. Es wird keiner chauvinistischen Hetze mehr gelingen, das enge Freundschaftsbündnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk zu trüben."

Worte, die deutsche Heimatvertriebene aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen 45 Jahre später inhaltsgleich bekanntlich wieder hören sollten - nur diesmal von Vertretern einer gesamtdeutschen Regierung und nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks.

1952 sollte nach den Vorstellungen Moskaus eine gesamtdeutsche Regierung als Vorstufe zur Friedenskonferenz gebildet werden, um sie an den Verhandlungen der Siegermächte zu beteiligen und von ihr die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze bestätigt zu bekommen. Ein Ansinnen, das damals - nicht zuletzt auch auf Betreiben Kanzler Adenauers - abgelehnt wurde, zumal die Sowjetunion die von ihr vorgeschlagene gesamtdeutsche Regierung nicht aus freien Wahlen hervorgehen lassen wollte.

Noch weniger akzeptabel erschien den Westmächten die vom Kreml geforderte Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Sie sahen - im Verein mit dem deutschen Bundeskanzler - in einer solchen Festlegung nicht nur eine Bevormundung des deutschen Volkes sondern darüber hinaus auch den durchsichtigen Versuch Moskaus, die sich damals gerade formierende westeuropäische Einigung zu stören.

Die am 18. April 1951 begründete Montan-Union und die am 14. September des selben Jahres ausgesprochene "Billigung eines westdeutschen Wehrbeitrages" durch die drei Westmächte sollten durch die sowjetrussischen Vorschläge in Frage gestellt werden und die in jenen Wochen des März 1952 zur Unterzeichnung anstehenden Verträge "über die Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Westmächten" sowie die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Papierkorb landen. Adenauer betrachtete jedoch diese Verträge als ganz wesentliche Bestandteile seiner Außen- und Deutschland-Politik und wollte sie nicht durch die sowjetischen "Friedensvorschläge" gefährden lassen.

Dem vom Moskauer Kreml vorgetragenen Gedanken, Deutschland eigene nationale Land-, Luft- und Seestreitkräfte zu gestatten, parierte er am 16. März 1952 mit den Worten: "Die in der Sowjetnote vorgeschlagene nationale deutsche Aufrüstung ist in Anbetracht der fortschreitenden Waffentechnik nicht möglich. Seit 1945 sind in der militärischen Forschung so große Fortschritte gemacht worden, daß Deutschland aus finanziellen und materiellen Gründen allein auf sich gestellt eine nationale Rüstung nicht aufbauen kann", um dann das Grundkonzept seiner Politik mit dem Satz zu beschreiben: "Ziel der deutschen Politik ist nach wie vor, daß der Westen so stark wird, um mit der Sowjetunion zu einem vernünftigen Gespräch zu kommen".

Diese als "Politik der Stärke" in die Geschichte eingegangene außenpolitische Strategie wurde bekanntlich 30 Jahre später von US-Präsident Ronald Reagan gegenüber Michail Gorbatschow neu aufgenommen und von seinem Nachfolger George Bush schließlich zum Erfolg gebracht. Späte Erfüllung einer Vision des "Alten von Bonn", die ohne die Abwehr der Stalin-Note vom März 1952 schwerlich eingetreten wäre.

Die Stalin-Note verursachte einen diplomatischen Schlagabtausch, der bis zum Herbst 1952 dauerte. Er konzentrierte sich immer mehr um die Frage, auf welche Weise eine gesamtdeutsche Regierung zustande kommen sollte. Der Kreml wollte sie aus "Vertretern der Deutschen

Demokratischen Republik" und der "Deutschen Bundesrepublik" hervorgehen lassen. Der Westen vertrat dagegen die Meinung, daß sie durch freie gesamtdeutsche Wahlen legitimiert sein sollte und teilte dies der Sowjetregierung in einer gemeinsamen Note Großbritanniens, Frankreichs und der USA am 23. September 1952 mit: "Es kann vor Abhaltung von Wahlen weder eine gesamtdeutsche Regierung gebildet noch Deutschland vereinigt werden."

Und weiter: "Vor der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die in der Lage ist, frei zu verhandeln, ist es unmöglich, die Bestimmungen eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern. Ein Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland kann durch eine deutsche Vertretung weder verhandelt noch angenommen werden, die nicht die Regierung Gesamtdeutschlands ist, die ihn durchzuführen hätte."

Doch: "Eine solche Regierung kann nur aus freien Wahlen hervorgehen." Und über deren Definition gingen schließlich die Auffassungen zwischen West und Ost fundamental auseinander. Die Note der Westmächte vom 23. September 1952 machte dies unmißverständlich klar, indem sie darauf bestand, "daß wahrhaft freie Wahlen der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorausgehen und sie vorbereiten". Denn "die bittere Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Ausdruck 'freie Wahlen' in der üblichen Sprache einen und im amtlichen sowjetischen Sprachgebrauch einen anderen Sinn hat. Der Gegensatz zwischen der Vorstellung von freien Wahlen, wie sie in Westdeutschland und wie sie in der Sowjetzone herrscht, ist offensichtlich."

Nach diesen Klarstellungen verlor der Kreml sichtlich jedes weitere Interesse an der Fortsetzung des Notenwechsels, zumal sich der Westen geschlossen zur Weiterführung seiner bisherigen Deutschlandpolitik bekannte und die Bundesrepublik konsequent Schritt für Schritt zur politischen Selbständigkeit führte.

Konrad Adenauer wurde freilich die Sorge über eine mögliche Verständigung der Westmächte mit ihrem einstigen Kriegsverbündeten Rußland über den Kopf Deutschlands hinweg nicht ganz los. Dies dokumentiert ein Brief, den Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) in der Eisenhower-Forschungsstätte ('Dwight-D-Eisenhower-Library') in Abilene/Kansas gefunden haben und den der Kanzler am 29. Mai 1953 an den neu gewählten US-amerikanischen Präsidenten geschrieben hatte. Darin setzte er sich gleichermaßen kritisch wie freimütig mit der Haltung Großbritanniens beziehungsweise seines damaligen Premierministers Winston Churchill auseinander.

Ohne diplomatische Schnörkel schrieb Adenauer an den einstigen US-Oberbefehlshaber in Europa und nunmehrigen amerikanischen Staatschef: "Wir werden positive Ergebnisse in der Auseinandersetzung mit Sowjetrußland nur erzielen, wenn wir selbst klar und eindeutig wissen, was wir wollen, und dies auch vor dem Beginn einer Verhandlung mit Sowjetrußland deutlich zum Ausdruck bringen."

Hintergrund seiner Kritik war eine Rede Churchills vor dem britischen Unterhaus am 11. Mai 1953, in welcher der Londoner Premierminister für eine "Konferenz auf höchster Ebene zwischen den führenden Mächten" eingetreten war und dazu wörtlich gemeint hatte:

"Diese Konferenz sollte nicht durch eine gewichtige und rigorose Tagesordnung belastet sein oder zu einem Irrgarten oder Dschungel technischer Details führen, die zelotenhaft von Horden von Experten und Beamten verfochten werden, die in einer weiten und schwerfälligen Schlachtordnung aufgereiht sind. Die Konferenz sollte auf die kleinstmögliche Zahl von Mächten und Personen begrenzt werden. Sie sollte mit einem Maß von Informalität und einem noch größeren Maß von Geheimhaltung in Abgeschlossenheit abgehalten werden."

Dieser mit den Bündnispartnern nicht abgestimmte Vorschlag einer Gipfelkonferenz erinnerte den Kanzler an die überraschende Stalin-Note vom 10. März 1952 und ließ ihn fürchten, daß die Allianzen von Teheran und Jalta wiederauferstehen und Deutschland isolieren könnten. Von dieser Sorge konnten ihn auch die überaus schmeichelhaften Worte Churchills, er sei

"der weiseste Staatsmann seit den Tagen Bismarcks", nicht befreien; vielmehr betonte er in seinem Brief an Eisenhower, "daß die Alliierten keine Regelung der Deutschlandfrage mit den Sowjets treffen sollten, ohne daß die Bundesregierung gehört worden ist und ihre Zustimmung erklärt hat".

Damit nicht genug. Adenauer regte "angesichts der schicksalhaften Bedeutung einer Regelung der Deutschlandfrage für das deutsche Volk und für Europa" Eisenhower gegenüber noch zusätzlich an, vor einem etwaigen Treffen mit den Sowjets eine Konferenz der westlichen und deutschen Außenminister-Stellvertreter abzuhalten, "in welcher eine Übereinstimmung des für die Lösung der Deutschlandfrage auf einer Viererkonferenz einzuschlagenden Weges erzielt werden sollte".

In der begründeten Annahme, daß Präsident Eisenhowers amtierender Außenminister, John Foster Dulles, die Notwendigkeit einer solchen vorherigen gegenseitigen Abstimmung genau so sah, brachte Adenauer seine Überzeugung zum Ausdruck, "daß einer solchen Bitte die Berechtigung nicht versagt werden kann, wenn man an die Aufgaben denkt, die Deutschland innerhalb der westlichen Gemeinschaft gestellt" seien.

Der Kanzler trat also in seiner Intervention bei Präsident Eisenhower keineswegs nur als ergebener Bittsteller auf, sondern nahm auch auffallend selbstbewußt die deutschen Interessen wahr.

Dies um so mehr, als er seiner obigen Feststellung gleich eine zweite Erwartung folgen ließ, nämlich den Vorschlag, daß die Bundesrepublik "am Verhandlungsort einer Viererkonferenz durch eine Persönlichkeit vertreten" sein sollte, "die laufend und in vollem Umfang von den Delegationen der Westmächte über die Verhandlungen unterrichtet wird". Damit wäre in den Augen Adenauers "eine schnelle Abstimmung der Auffassungen gewährleistet".

Um gleich etwaigen Zugeständnissen der Westmächte zu Ungunsten Deutschlands vorzubeugen, fügte der Bundeskanzler seinem Schreiben "eine Skizze von Gedanken und Zielen" bei, "deren Beachtung" ihm "vom deutschen Standpunkt für die Lösung des Deutschlandproblems wesentlich" erschien.

Stalins Tod am 5. März 1953 und die nachfolgenden Turbulenzen in der Moskauer Führungsschicht ließen die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Viererkonferenz freilich schnell schwinden - und mit ihr auch Adenauers Sorgen um die Zukunft einer freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik. Schließlich sollte diese das Muster für das anzustrebende wiedervereinigte Deutschland bleiben.<<

27.04.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 27. April 2002 (x887/...):

>>Geburtstag: 50 Jahre Baden-Württemberg

Am 25. April 1952 wurde Deutschlands Südwesten zu einem Bundesland vereinigt

Wie bei so vielem in der Bundesrepublik Deutschland sind auch beim Bundesland Baden-Württemberg die Wurzeln in der Politik der Besatzungsmächte zu suchen. So wie die West-Ost-Teilung des Territoriums der heutigen Bundesrepublik in die Westzonen einerseits und die Sowjetische Besatzungszone auf der anderen Seite die traditionelle deutsche Nord-Süd-Teilung entlang des "Weißwurstäquators" in den (preußisch dominierten) Norden und den (österreichisch dominierten) Süden überlagerte, ließ auch die Aufteilung Südwestdeutschlands in den US-amerikanisch besetzten Norden und den französisch besetzten Süden die traditionelle West-Ost-Teilung dieses Raumes in das westliche Baden und das östliche Württemberg in den Hintergrund treten.

Ursprünglich hatten die US-Amerikaner den gesamten deutschen Südwesten sowohl besetzen als auch verwalten und in ihrer Besatzungspolitik die traditionelle Teilung in Baden und Württemberg berücksichtigen wollen. So war beispielsweise der US-Oberst William Dawson, der spätere Verwalter des US-amerikanisch besetzten Nordteils Südwestdeutschlands, in sei-

ner Heimat und in England ab dem Jahre 1942 systematisch auf die Verwaltung ausschließlich Badens vorbereitet worden. Frankreichs erfolgreiches Streben nach einer eigenen Besatzungszone machte jedoch einen Strich durch die Rechnung.

Wenn man nun schon der Grande Nation einen Teil der Beute abgeben mußte, sollte es wenigstens ein Teil sein, dessen Verlust nicht allzusehr schmerzte, und so erhielt Deutschlands Nachbar im Westen den jeweils schwächer industrialisierten Süden von Baden und von Württemberg. Der stärker industrialisierte Norden mit dem verkehrstechnisch wertvollen Autobahnstück zwischen Karlsruhe und Ulm fiel in US-amerikanische Hand. Da den Amerikanern an einer effektiven Nutzung ihrer Besatzungsgebiete gelegen war, schlossen sie die in ihrem Machtgebiet liegenden Nordteile von Baden und Württemberg zu einem Land namens "Württemberg-Baden" zusammen.

Die Franzosen dachten historischer. Entsprechend dem Motto "divide et impera" ("teile und herrsche") verfolgten sie ihre traditionelle Politik, die Kleinstaaterei jenseits ihrer Grenze zu Deutschland zu fördern. Die einzige Veränderung, die sie vornahmen, war, daß sie das durch die Auflösung Preußens herrenlos werdende Hohenzollern mit ihrem Teil Württembergs zum Land Württemberg-Hohenzollern verbanden. Der Name "Baden" wiederum, den der von den Franzosen verwaltete südliche Teil des ehemaligen Großherzogtums und Freistaates erhielt, zeugte von dem Ziel, das gesamte Land in ihre Verfügungsgewalt zu bringen und damit die gesamte deutsch-französische Grenzregion zu beherrschen.

Im Gegensatz zu den wohlhabenden Vereinigten Staaten beutete die Französische Republik ihre Besatzungszone in einer Weise aus, die stellenweise sowjetische Ausmaße annahm. Die französischen Besatzer lebten aus dem Land. Sie zwangen die Bauern zur Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, holzten ganze Wälder ab, demontierten in großem Umfang Industrieanlagen und entnahmen Güter aus der laufenden Produktion. Traditionell schon ärmer und dann auch noch durch die französische Besatzung zusätzlich geschlagen drängte sowohl der Süden Badens als auch jener Württembergs nach einer Vereinigung mit dem jeweils reicheren Nordteil.

Der Wunsch der Südbadener wurde von ihren Landsleuten im Norden jedoch nicht geteilt. Zu sehr schreckte die Vorstellung, bei einer Wiedervereinigung des Landes unter französische Besatzung zu geraten. Welche große Bedeutung dieses Argument hatte, zeigen die privaten Notizen des badischen Landesbezirkspräsidenten Heinrich Köhler. Im Sommer 1948 schrieb der einstmalige Verfechter einer badischen Wiedervereinigung unter der Überschrift "Mein Umfall": "Mir wie Schuppen von den Augen! Baden Figur in Rheinpolitik der Franzosen. Ganz Baden als französisches Protektorat und Grundlage für Marsch entlang den Rhein."

Wenige Monate später notierte der Christdemokrat: "Bestreben der Franzosen auf ganz Baden - an Württemberg kein Interesse - und darüber hinaus alte Rhein-Bund-Politik. Folgen, hingesehen auf Erfahrungen Südbaden, verheerend. Partei wäre in Nordbaden erledigt. Rettung nur durch Anschluß an größeren Verband, der widerstandsfähiger als kleinste und kleine Länder. - Ist das Verrat? Nein, Rettung des Volkes."

Wie Köhler bereits feststellte, hatte Frankreich an Württemberg kein Interesse, und so ließen sich die Nordschwaben im Gegensatz zu den Nordbadenern ganz von ihrem Gefühl der Verbundenheit mit ihren Landsleuten im Süden leiten. Es läßt sich also grob konstatieren, daß Südbaden die badische Wiedervereinigung wünschte, während Nordbaden die Verbindung mit Württemberg wollte, das seinerseits mit seinen beiden Teilen seine eigene Wiedervereinigung erstrebte und dem nordbadischen Wunsche nach einem gemeinsamen baden-württembergischen Staate wohlwollend gegenüberstand.

Angesichts der geschilderten Ausgangssituation schien der baden-württembergische Gesamtstaat nur eine Frage der Zeit zu sein. Am 24. August wurde in Karlsruhe ein Staatsvertrag zwischen den drei Ländern des deutschen Südwestens vereinbart. Der christdemokratische

Staatspräsident (Süd-)Badens, Leo Wohleb, verweigerte jedoch die für den Vertragsabschluß nötige Unterschrift. Die Frage, welche Rolle die französische Besatzungsmacht bei der Weigerung des (süd-)badischen Staatsoberhauptes spielte, ist leider bisher ungeklärt. Die Vierte Republik hatte natürlich kein Interesse an einem durch die Vereinigung mit Württemberg vor ihrem Zugriff geschützten Baden.

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Dort heißt es in Artikel 118: "Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete kann ... durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß."

Da der Versuch einer "Vereinbarung der beteiligten Länder" an der fehlenden Unterschrift des (süd-)badischen Staatsoberhauptes gescheitert war, wurde seitens der Befürworter des Südweststaates nun versucht, über die Bundesgesetzgebung die erwünschte Neugliederung zu erreichen. Zur Jahreswende von 1950 zu 1951 brachten die Bundestagsabgeordneten Kurt-Georg Kiesinger und Karl Gengler einen entsprechenden Gesetzentwurf ein.

Der Entwurf sah als Abstimmungsverfahren den sogenannten Vier-Bezirke-Modus vor. Das heißt, daß in den vier Bezirken Nordbaden, Nordwürttemberg, Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden einzeln abgestimmt und eine Mehrheit in mindestens drei der vier Abstimmungsbezirke als positives Gesamtstimmverhältnis gewertet werden sollte.

Diese Gesetzesvorlage fand bei der im April 1951 stattfindenden Abstimmung im Bundestag eine breite Mehrheit. Da ein solches Gesetz angesichts der geschilderten Konstellation in Nordbaden sowie Württemberg einen Südweststaat erwarten ließ, rief Wohleb das Bundesverfassungsgericht an. Dieses lehnte die badische Klage jedoch am 23. Oktober 1951 ab, und so kam es noch im selben Jahr, nämlich am 9. Dezember 1951, zu der im Gesetz vorgesehenen Abstimmung.

Von den Abstimmungsteilnehmern votierten für den Zusammenschluß 93,5 Prozent in Nordwürttemberg, 91,4 Prozent in Südwürttemberg-Hohenzollern und 57,1 Prozent in Nordbaden. Damit war trotz der 62,2 Prozent in Südbaden für die Wiederherstellung der alten Länder die Entscheidung für Baden-Württemberg gefallen.

Ein Vierteljahr später wurde seine Verfassunggebende Landesversammlung gewählt. Selbige wählte auf ihrer konstituierenden Sitzung vom 25. April 1952 den langjährigen Regierungschef Württemberg-Badens, Reinhold Maier, zum ersten Ministerpräsidenten Baden-Württembergs.

Frisch gewählt holte der Freidemokrat seine Taschenuhr aus der Westentasche und verkündete vom Rednerpult der Versammlung:

"Meine sehr verehrten Abgeordneten. Gemäß Paragraph 14, Absatz 2, Satz 2 wird hiermit der Zeitpunkt der Bildung der vorläufigen Regierung auf den gegenwärtigen Augenblick, nämlich auf Freitag, den 25. April 1952, zwölf Uhr 30 Minuten festgestellt.

Mit dieser Erklärung sind gemäß Paragraph 11 des zweiten Neugliederungsgesetzes die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem Bundesland vereinigt. Meine Frauen und Männer! Gott schütze das neue Bundesland."

Das Große Landeswappen: Im goldenen Schild lebt das Wappen des staufischen Herzogtums Schwaben fort. Es zeigt drei schreitende schwarze Löwen mit roten Zungen. Der goldene Schild wird von einem Hirsch und von dem Fabeltier Greif gestützt, die für Württemberg und Baden stehen.<<

17.05.2002

BRD: Der deutsche Konzernchef Arend Oetker, Ex-Vorstand der Atlantik Brücke, berichtet am 17. Mai 2002 in der Berliner Zeitung (x357/9): >>"Die USA wird von 200 Familien regiert, und zu denen wollen wir gute Kontakte haben."<<

08.06.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 8. Juni 2002 (x887/...): >>**Gedanken zur Zeit: Vertreibung aus dem Geschichtsbuch**

Rüdiger Goldmann über unübersehbare Mängel in der deutschen Schulbuchliteratur

Seit Jahrzehnten wird die unzureichende und zum Teil mangelhafte Darstellung des Flucht- und Vertreibungsgeschehens in deutschen Geschichtsbüchern beklagt, ohne daß die Kultusminister wirksame Abhilfe schaffen, ja sie können sich noch nicht einmal über die Darstellung Deutschlands einigen.

Nun könnte man annehmen, daß nach den großen Fernsehserien, vielen neuen Veröffentlichungen über dieses Thema (Knopp, Grass, Brandes, Lemberg, Stanek, Pustejowsky, de Zayas, Slapnicka, Grulich, Hoffmann, Harasko etc.) hier ein Wandel eingetreten sein könnte.

Mit Neugier greift man daher nach der neuesten Ausgabe von "Zeiten und Menschen", Band 4, aus dem Schöningh-Verlag in Paderborn. Für sie zeichnen mehrere Autoren verantwortlich, ohne daß die einzelnen Kapitel ihnen namentlich zugeordnet werden können.

Graphisch, von der Bebilderung und der Gliederung her ist das Buch übersichtlich und schülerfreundlich gestaltet. Das Begriffsverzeichnis jedoch ist recht mager geraten. Weder dort noch im Register taucht z.B. der Begriff der Menschenrechte auf, auch die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" von 1948 sucht man vergebens. So verwundert es nicht, daß zwar ein Auszug aus der tschechoslowakischen Charta 77, nicht aber die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" des Jahres 1950 zitiert wird.

Während nun überraschenderweise die Vorgeschichte des Münchner Abkommens bzw. die des Sudetenlandes (auch mit einer Karte) einigermaßen zutreffend - jedoch ohne Zahlenangaben und ohne Hinweis auf die verfehlte tschechoslowakische Politik - wiedergegeben wird, häufen sich danach für die Jahre 1945/46 die Ungenauigkeiten und Fehler.

Da wird auf Seite 139 eine Statistik der Toten des 2. Weltkrieges abgedruckt, die sehr zweifelhafte Angaben enthält. Die Verluste der deutschen Zivilbevölkerung werden aufgeteilt in Verluste der Bevölkerung des Deutschen Reiches und der "Volksdeutschen", wobei völlig unklar bleibt, was unter den letzteren zu verstehen ist. In einer Anmerkung wird darauf verwiesen, daß andere Schätzungen höher liegen, jedoch ohne daß diese Angaben gemacht werden. Kaum zu glauben ist die Angabe, daß in Italien 4,2 Millionen Menschen der Zivilbevölkerung ums Leben gekommen seien.

Problematisch ist auch die Beschriftung der Karte auf der gleichen Seite, wo von der "Befreiung Europas" die Rede ist. Dies kann ja im Hinblick auf die sowjetische Eroberungspolitik keinesfalls gesagt werden.

Auch die Karte auf Seite 205 ist unvollständig und zum Teil falsch, da die Nationalitätenverhältnisse in Ostmitteleuropa nicht genau angegeben werden und auch der Begleittext unklare und zum Teil falsche Angaben enthält.

Während der Gebietsumfang "Ostpolens" genau benannt wird, ist fälschlicherweise von "Millionen Polen" die Rede, die ihre Heimat verlassen mußten. Das dort verwendete Zitat "planvoll umgesiedelt" ist nicht belegt. Im Potsdamer Protokoll gibt es diese Aussage nicht. Und was soll man von dem Satz halten: "Insgesamt verloren über 12 Millionen Menschen in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn ihre Heimat/Seite 204?"

Nein, die Deutschen wurden aus den ostdeutschen Gebieten, dem Sudetenland und Südosteuropa vertrieben, nur zum geringeren Teil aus Polen und der Tschechoslowakei. Jugoslawien ist den Verfassern in diesem Zusammenhang auch nicht erwähnenswert.

Besonders zu kritisieren ist jedoch, daß hier die Verantwortlichen für die Vertreibung nicht benannt werden, weder die Schreibtischtäter noch die aktiv tätigen Vertreiber. Es fehlen die Namen von Josef Stalin, W. S. Churchill, E. Ochab, Eduard Benes, Josip Tito, E. D. Roosevelt etc. Es fehlen die staatsterroristischen Maßnahmen, die Flucht und Vertreibung auslösten

und begleiteten. Während bei den deutschen Verbrechen stets nach den Tätern, den Verantwortlichen, der Sicht der Opfer gefragt wird, wird dies bei Flucht und Vertreibung ausgeblendet.

Und danach verschwinden diese deutschen Gebiete völlig aus der weiteren Darstellung der Geschichte. Von der totalen Entrechtung und Enteignung der Vertriebenen und der zurückgehaltenen deutschen Bevölkerung ist nicht die Rede, man beschränkt sich auf die Geschichte der beiden deutschen Staaten.

Immerhin wird auf Seite 208 ein Vertreibungsbericht aus dem Memelland abgedruckt. Man nimmt dies zum Anlaß einer Zeitzeugenbefragung, ohne daß das Geschehen von Flucht und Vertreibung in allen seinen Dimensionen erörtert würde. Hier müßte ein ganzes Kapitel zu diesem Thema folgen, die Charta der Vertriebenen, ihr Anteil am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Aufbau des westlichen Deutschland, der Republik Österreich, ihr Anteil an der Aufrechterhaltung des Einheitsgedankens, ihr Anteil an der Abwehr der kommunistischen Ideologie und der sowjetkommunistischen Expansionspolitik.

Nichts dergleichen ist in diesem Buch zu finden. Die "westdeutsche" Nabelschau herrscht vor. Während dem "2. deutschen Staat" bis zu seinem Untergang und seinem Zusammenschluß mit dem westlichen Deutschland zahlreiche weitere Kapitel gewidmet werden, verschwinden die Ostgebiete und das Sudetenland ab 1945 im Orkus der Geschichte. Auch die Entscheidung zum Verzicht auf diese Territorien im 2+4-Vertrag und den Grenzanerkennungs- bzw. Nachbarschaftsvertrages ist kaum noch eine Zeile wert.

Das Schicksal von 17 Millionen Deutschen wird in "Zeiten und Menschen" unzureichend berücksichtigt. Die gegebene Darstellung ist zum Teil fehlerhaft und weist große Lücken auf.

Es ist die Frage, wer dafür verantwortlich ist und weiter, wie dies geändert werden kann.

Verantwortlich sind neben den Autoren und dem Verlag die Landesregierungen bzw. Kultusminister (in NRW Frau Behler, die mit der deutschen Nation stets auf Kriegsfuß stand), die die Schulbücher genehmigen. Aus den genehmigten Verlagsangeboten können sich die einzelnen Schulen die Bücher auswählen, für die einzelnen Fächer entscheiden dies die Fachkonferenzen.

Da die Arbeitsgemeinschaften für die "Ostkunde im Unterricht" heute kaum noch aktiv sind, müßten Schulbuchkommissionen eingesetzt werden, die diese Lücken aufarbeiten. Dies ist jedoch in Privatinitiative kaum zu leisten, und es ist im übrigen eine originäre Aufgabe der Ministerien für Kultur, Schule und Wissenschaft. Diese Aufgabe muß in Angriff genommen werden, wenn das deutsche Geschichtsbild, aber auch das Osteuropas und seiner Völker nicht in unverantwortlicher Weise verkürzt und entstellt werden soll.<<

22.06.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 22. Juni 2002 (x887/...):
>>**Samuel Salzborn - der neue Stichwortgeber der "antifaschistischen" Vertriebenenfeinde**

Guido Knopp behandelte in seiner neuesten Fernsehdokumentation nicht "Hitlers Kinder", "Hitlers Friseur" oder "Hitlers Kleingarten", sondern die Vertreibung. Günter Grass beschäftigt sich in seiner Novelle "Im Krebsgang" mit dem Untergang der "Wilhelm Gustloff", die Ufa kündigt gar die Verfilmung der Tragödie an, und mancher Zeitgenosse reibt sich verwundert und fragend die Augen: "Haben wir das Ende der historischen Einäugigkeit erreicht?" Ja, könnte es denn sein, daß sich die Öffentlichkeit des nur allzu gerne verdrängten Themas der deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs sensibler anzunehmen begänne?

Abwarten und Tee trinken. Schließlich würde es nicht mit rechten Dingen zugehen, wären jene Volkspädagogen, "Antideutschen" und Vertriebenenverächter, die jahrelang beständig ihren mahnenden Zeigefinger erhoben hatten, über Nacht wie durch Zauberspruch verschwunden. Nein, sie sind präsenter denn je und schicken sich an, durch immer radikalere

antideutsche Thesen die lange gepflegte eigene Maske moralischer Überlegenheit selber vom streitlüsternen Haupt zu ziehen. Ihr neuer Haupt-Stichwortgeber heißt übrigens Samuel Salzborn.

Samuel Salzborn, geboren 1977 in Hannover, fungiert als Redakteur des "aggressiv-antifaschistischen" Zweimonatsblattes Der rechte Rand. Ebenso trat er als Korrespondent der anti-deutsch ausgerichteten Wochenzeitung Jungle World und Autor der Antifaschistischen Nachrichten hervor, konnte aber auch Beiträge im linksgerichteten Monatsblatt Konkret, der Frankfurter Rundschau und der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung veröffentlichen. Nach den Angaben seiner Internet-Seite studierte der Diplom-Sozialwissenschaftler als Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung Politik, Soziologie, Psychologie und Rechtswissenschaft an der Universität Hannover.

Salzborns Tätigkeit fällt in eine Welle der Themen-Spezialisierung durch "antifaschistische" Jungautoren der neuen Generation. Weniger großangelegte Abhandlungen gegen "Rechtsextremismus" werden den linksgerichteten Buchmarkt der Zukunft beherrschen, als vielmehr spezifizierte Sonderabhandlungen über gezielt attackierte Einrichtungen, die Nähe zur politischen Rechten, zum Konservatismus oder explizit patriotischen Positionen aufweisen.

Verschiedene Autoren, vor allem aus dem "radikal-antifaschistischen" Spektrum, haben in der jüngsten Vergangenheit bereits inquisitorisch ihre Arbeitsmühe in ausgesuchte Spezialgebiete gesteckt. Das Spektrum der Esoterik beispielsweise bearbeitet seit längerem der Mitarbeiter der "Antifa"-Zeitschrift Der rechte Rand Andreas Speit, ein aus dem Braunschweiger "Linken Netzwerk" stammender Marxist.

Für den Bereich "Ökologie" bemühte sich Oliver Geden publizistisch um Öffentlichkeit. Im Bereich "Aussonderung 'reaktionärer' Tendenzen aus dem Pop- und Rockmusik-Bereich" traten Christian Dornbusch, Jan Raabe und Martin Büsser, alles Autoren der Zeitschrift Der rechte Rand, besonders in Erscheinung. Samuel Salzborn nun hat sich seit den späten 90er Jahren auf die beständige Anprangerung der Vertriebenenverbände spezialisiert.

Und an diesen läßt er, wie zu erwarten war, kein gutes Haar. Vertriebene zeigten seiner Auffassung nach schließlich Gebietsabzeichen von Regionen, "deren Namen Geschichte sind". Sie vollzogen "folkloristisches Trara", hielten "Reden mit gebietsrevisionistischem Getöse und völkerrechtlichen Anmaßungen".

In seiner kleinen Essaysammlung "Momentaufnahmen" präsentiert Salzborn "Ausschnitte aus einem Jahr journalistischer Arbeit gegen 'Vertriebenenverbände' und deutsch-völkische Außenpolitik". Artikel unter solch markigen Titeln wie "Den Ostlandrittern Paroli bieten!" werden dem Leser zum besten gegeben. Darin liest man Sätze wie folgenden aus Konkret 10/97 über eine Rede Wilhelm von Gottbergs: "Wenn er damit die Füße meinte, auf denen er stand, so waren sie zweifellos vorhanden. Oder meinte er die Socken?"

Dann hätte er nicht unrecht. Denn es war ohne Frage ein Verdienst der Wehrmacht, daß die 'Vertriebenen' sich seinerzeit auf die Socken machen mußten, um wenigstens ihr Dasein zu erhalten."

In seinem Buch "Grenzenlose Heimat" bezeichnete Salzborn die von den Vertriebenenverbänden ausgegebene Devise eines Beharrens auf dem "Recht auf Heimat" als "Volkstumskampf" um polnisches und tschechisches Staatsterritorium.

Über das "soziale Konstrukt" eines Vertriebenen-Status versuche der BdV, sein Revanche-Paradigma gegenüber den osteuropäischen Nachbarstaaten ohne Einklang mit den "historischen Tatsachen" zu untermauern. Ein Konstrukt? Aber sicher, schließlich tauche die Bezeichnung "Vertreibung" in den alliierten Dokumenten nach dem Zweiten Weltkrieg noch gar nicht auf, erfährt man von Salzborn, naiv argumentierend oder sich ahnungslos stellend, und er setzt noch einen drauf: "Im übrigen ist jemand, der tatsächlich seinen ehemaligen Wohnort verlassen hat oder verlassen mußte, nicht automatisch sein Leben lang ein 'Vertriebener'."

Solch weise Erklärung liest sich fast, als würde ein neunmalkluger NS-apologetischer Geschichtsumschreiber behaupten: "Im übrigen ist jemand, der tatsächlich einmal einige Zeit in einem NS-Konzentrationslager verbrachte oder verbringen mußte, nicht automatisch sein Leben lang ein 'Holocaust-Überlebender'."

Die Opferdarstellung der Vertriebenen jedenfalls sei nur ein "Mythos". Schließlich müsse man ihre Geschichte im Kontext einer aggressiven deutschen Ostpolitik seit den Ordensrittern verstehen. Stets sei aus Westen der barbarische Drang nach Christianisierung und später Germanisierung der friedliebenden slawischen Völker zu spüren gewesen. Das "Einrücken der Ordensritter in Ost- und Westpreußen" sei "von Beginn an eine brutale Greuelgeschichte" gewesen, weiß Salzborn zu berichten, und auch, daß die Deutschen sich anschickten, "einen Großteil der dort lebenden Menschen zu ermorden". Die Deutschen - schlimmer und mörderischer als der ganze Rest der Menschheit, und das schon im Mittelalter. Was sonst soll uns dieser lehrreiche historische Rückblick in die frühe Pruzzen-Zeit mitteilen?

Später weiß Salzborn noch zu berichten, daß Pommern erst infolge des Wiener Kongresses an Preußen gefallen sei und die Weimarer Revisionspolitik die Grundlage für die nationalsozialistische Volkstumspolitik hergestellt hätte. Die polnischen Repressionsmaßnahmen gegen die "sogenannte deutsche Minderheit" seien demnach "im wesentlichen eine innenpolitische Reaktion auf die von der Minderheitenpolitik des deutschen Reiches ausgehende Bedrohung der staatlichen Souveränität Polens" gewesen.

Schließlich hätten "die Deutschen" Massenaustreibungen und systematischen Massenmord an den Polen entwickelt, hätten als "fünfte Kolonne" Hitlers gedient, "Wühlarbeit an den Grenzen des Deutschen Reiches" geleistet und die "Germanisierung" realisiert.

Die Ostpreußen hätten sich radikaler als andere Deutsche zu ihrem Volkstum bekannt. Die "Sudetendeutschen" hätten einen "völkischen Kampf" gegen den "emanzipatorischen" tschechoslowakischen Staat geführt, obwohl dieser ihnen doch das allgemeine Wahlrecht und Individual- und Menschenrechte garantiert habe. Gesonderte Gruppenrechte habe nun mal keine ethnische Gruppe der Tschechoslowakei erhalten, weiß Salzborn zu erläutern, ohne daß ihm der Gedanke entfleucht, daß die Tschechen bei bevölkerungspolitischer Zweidrittelmehrheit in Böhmen und Mähren womöglich nicht nur aus liberalistischem Menschenbild zu dieser Entscheidung gelangt sein könnten.

Immer wieder verzettelt sich Salzborn in Versuchen einer politischen Rechtfertigung des Vertreibungsverbrechens. Wie weit die latente Menschenverachtung aus derartigen Thesen spricht, wird anhand von Salzborns dauerhaftem Bemühen sichtbar, die Vertreibung als eine notwendige, letztlich gar nicht so üble Angelegenheit darzustellen. Es sei schließlich "als konfliktpräventive, friedensstiftende Maßnahme" nur die "Ausweisung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten" möglich gewesen. Unter Berufung auf den Historiker Martin Broszat erklärt Salzborn, die "Umsiedlung" sei von den "betroffenen Deutschen fast als Erlösung empfunden" worden, ohne nach den Hintergründen zu fragen.

In Konkret 7/2000 rechtfertigte Salzborn die "Umsiedlung" der Deutschen, da diese "völkerrechtlich verbindlich im Potsdamer Abkommen" festgelegt worden sei. Der juristische Beschluß reicht nach dieser Definition aus, um moralische Unangreifbarkeit auszudrücken. Ein Schelm denke an das Schlagwort von den "schrecklichen Juristen" der NS-Herrschaft, die so manches heutigen Maßstäben nicht mehr genügende Urteil von sich gegeben haben.

Doch mit dem Rassenwahn der NS-Zeit könne die Austreibung der Deutschen aus den Ostgebieten nicht verglichen werden, so Salzborn weiter: "Denn die Umsiedlung erfolgte nicht aus rassistischen, sondern aus antifaschistischen Gründen. Sie sollte das künftige Konfliktpotential in Osteuropa verringern - schließlich hatten die sogenannten deutschen Minderheiten bereits während des Nationalsozialismus soziale und politische Konflikte im Ausland geschürt ..."

Diese Argumentation lohnt es, genauer betrachtet zu werden. Salzborn spricht von "Deutschen Minderheiten" und meint offenbar auch die Landstriche Pommern, Schlesien und Ostpreußen damit. Es fragt sich allerdings, wer seiner Auffassung nach dort die "Mehrheit" gestellt hat. Marsmännchen oder Sioux-Indianer womöglich?

Auch legitimiert er die Vertreibung von Millionen Menschen der angestammten Bevölkerung, um ein "Konfliktpotential" zu entschärfen. Besser hätten es Milosevic, Karadzic oder andere heutzutage als Kriegsverbrecher angeklagte serbische Größen der Gegenwart während des Balkankrieges auch nicht formulieren können. Vertreibung zwecks "Konfliktprävention", nachgeholfen mit etwas Gewalt, wenn's nicht anders geht. Und Vertreibung als "antifaschistischer" Akt?

Hier spätestens wird erkennbar, was vom ach so humanen "Antifaschismus" zu halten ist. Was wäre denn gewesen, wenn die Nationalsozialisten eine Handvoll Juden mit "Ehrenarier"-Auszeichnung von ihren rassistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgenommen hätten? Nach Salzbornscher Diktion dürfte dann kaum noch der Begriff "Rassismus" angesichts der diesbezüglichen NS-Verbrechen erhoben werden.

Auch sein Heranziehen einer allgemein gehaltenen feministischen Theorie, die Kriegsvergewaltigungen als Teil der männlichen Kriegsführung zu erklären versucht, wirft erst einmal Fragen auf. Viele Beispiele aus anderen Kriegen beweisen, daß keinesfalls Kriegsführung mit massenhaften Vergewaltigungen deckungsgleich ist. Beispielsweise haben sich die deutsche Wehrmacht und die Westalliierten in dieser Hinsicht viel weniger frauenfeindlich verhalten als die Sowjetarmee.

Was will uns Salzborn also mit seinen Exkursen sagen? Daß Vergewaltigen im Krieg "normal" sei? Nicht so schlimm? Daß die deutschen Frauen und Mädchen es verdient hätten, hätten "sie" doch Polen zwangsgermanisiert oder Juden vergast? Salzborn spielt hier massiv mit antideutschen, rassistischen Ressentiments, kokettiert gar mit der Rechtfertigung von Sexualverbrechen.

Salzborns gesamte Argumentation fußt auf zwei Absichten:

1. Das historische Faktum der Vertreibung herunterzuspielen, schönzureden und zu rechtfertigen.
2. Die kulturelle und politische Arbeit der Vertriebenenverbände als imperialistisch, friedensfeindlich, anrücklich und politisch schädlich darzustellen.

Auf diese Weise soll den Vertriebenen die Unterstützung in der Politik und den Medien entzogen werden, finanzielle Unterstützungen sollen abgeschafft, die kulturelle Arbeit der Vertriebenenverbände also letztlich behindert werden.

Salzborns politisches Ziel ist dabei, eine Aufweichung polnischer und tschechischer Staatshomogenität durch eine angeblich drohende ethnische Aufsplitterung seitens deutscher Kräfte zu verhindern. Über die persönlichen Motive des jungen Autors kann dabei nur spekuliert werden, will man nicht annehmen, es handle sich nur um einen durch familiäre Bindungen vorgeprägten westslawischen Nationalchauvinisten. Es dürfte weniger mit Slawenliebe denn mit Deutschenhaß zu tun haben, was Salzborn da von sich gibt.

Der antideutsche Rassismus, der in Argumentationslinien vieler "antifaschistischer" Autoren offen zu Tage tritt, ist auch in Salzborns Spiel mit den Begriffen latent erkennbar. Regelmäßig werden in Salzborns Schrift "Grenzenlose Zukunft" die Begriffe deutsch und Deutscher nur in Anführungsstrichen geschrieben (außer wenn er sie als Vollstrecker nationalsozialistischer Verbrechen beschreibt!), polnisch oder tschechisch dagegen nicht in Anführungsstrichen.

Dabei wird die altbekannte Kollektivschuldthese aufgewärmt. "Die" Deutschen hätten Konflikte geschürt, deshalb hätten auch alle Deutschen weg gemußt aus der schönen neuen Welt Polens und Tschechiens. Verbreiter derartiger argumentativer Geistesblitze hätten - 70 Jahre früher geboren - womöglich auch gut zu dogmatischen NS-Rasseideologen reifen können.

Damals störten die slawischen "Untermenschen", und mit Hilfe einiger juristisch einwandfreier Erlasse konnte man mittels etwas Phantasie jede kleine "Umsiedlung" rechtfertigen, um staatsnationalistische Grenzbereinigungen durchführen zu können.

Rührend wird es natürlich, wenn Antideutsche zu tapferen Staats-Nationalisten mutieren, um den Schutz der "Territorien souveräner osteuropäischer Staaten" vor ethnischer Partikularisierung durch deutsche Kreise zu sichern. Oder um die im Potsdamer Abkommen manifestierte Machtbalance und massiv bedrohte Ordnung Europas wieder zu festigen.

Auch diese Wendung zum Status-quo-Fetischisten ist mit dem verinnerlichten "antifaschistischen" Geschichtsbild zu erklären: Da der Nationalsozialismus 100prozentig böse war, sind auch "die Deutschen" böse, denn "die Deutschen" haben ja den Nationalsozialismus - abgesehen von einigen ganz wenigen kommunistischen Widerstandskämpfern - unterstützt und getragen.

Dann war jeder, der gegen den Nationalsozialismus kämpfte oder unter ihm zu leiden hatte, gut. Dann sind die Polen und Tschechen ohne Ansehen möglicher Verbrechen gut, dann sind die Ausländer, die Nicht-Deutschen überhaupt, gut. Dann sind Linke gut, Rechte aber nicht. Und dann ist die alliierte Nachkriegsordnung gut, denn sie legte ja den bösen Deutschen mächtige Fesseln an. Und so muß diese Ordnung geschützt werden, wo es nur geht, um sie vor einer neuerlichen Aggression der bösen Deutschen zu verteidigen. Trivialer geht's zwar nimmer, aber was soll man von jungen Menschen in Zeiten der Pisa-Studie anderes erwarten als die Aneinanderreihung von Platitüden.

Seine "Gnade der späten Geburt" kann man Salzborn zu dessen Verteidigung zugute halten. Er ist aufgewachsen in einer Gesellschaft, deren politisches Klima vielerorts von einseitigen Schuldzuweisungen an die deutsche Adresse, vom Ausgleich ohne Gegenleistung des Auslandes, von einer oft lebensmüden, unselbstbewußt wirkenden Nation geprägt war.

Salzborn ist somit nur das radikale, aber konsequente und logische Produkt seiner Prägung durch die Gesellschaft (und im speziellen des linksgerichteten Umfeldes, in das er schließlich geraten ist). Er ist ein Kind seiner Zeit, die glaubt, in Ent-Ethnisierung, in Antigermanismus, schwarz-weiß gestrickter Geschichtsideologie und einer gehörigen Portion Aggressivität im Vertreten des scheinbar Richtigen eine moralisch höhere Stufe menschlichen Seins erklommen zu haben. Die Zeit wird ihnen ihre Anmaßungen vertreiben. Doch bis dahin wird man sich mit derartig fragwürdigem Gedankengut intensiv beschäftigen müssen.

Kein Mensch mit gesundem Verstand kann Millionen vertriebenen Menschen ernsthaft den Vorwurf machen, sich kollektiv an NS-Verbrechen beteiligt und deshalb ihr Recht auf Heimat verwirkt zu haben. Die Vertriebenen sind auch nicht deshalb ein Anprangerungsobjekt Salzborns und seiner Unterstützer, weil sie einen dominierenden gesellschaftlichen Einfluß hätten. Sie stören vielmehr, weil sie einen Stachel im verinnerlichten "antifaschistischen" Geschichtsbild darstellen. Sie erzählen vom Leiden und Sterben deutscher Menschen im 20. Jahrhundert.

Sie gefährden dadurch das zähleibige Propagandabild vom alleinig bösen Deutschen. Deshalb sollen sie weg von der Bildfläche. Sie würden die eingebildeten Gewißheiten und das scheinmoralische Fundament "antifaschistischer" Geistesherrschaft in Deutschland beeinträchtigen. Ja, deshalb sollen sie weg.

Das Vorwort zu Salzborns jüngster Arbeit "Heimatrecht und Volkstumskampf" schrieb Wolfgang Kreutzberger, 1939 in einer Emigrantenfamilie geboren und seit 1973 Akademischer Direktor mit Professoren Aufgaben am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Kreutzberger, ein durchaus "antifaschistisch" tätiger Wissenschaftler, bemühte sich, eine anerkennungsvolle Einleitung abzugeben. Dennoch spürt der Leser an Zwischentönen, daß selbst er es scheinbar nicht ganz leicht damit hatte, sämtlichen der sehr extremen Thesen Salzborns vorbehaltlos zu folgen.

Immer wieder hört man von Salzborn den Vorwurf, die Vertriebenen versuchten sich heute als unschuldige Opfer darzustellen, wo es doch keinen historischen Vorgang gegeben habe, der es erlaube, den "Transfer der deutschen Bevölkerung" generalisierend als "Vertreibung" zu bezeichnen. Die Vertriebenen versuchten Hitlers außenpolitischen Zielsetzungen nachträglich wenigstens teilweise zum Erfolg zu verhelfen.

Unhistorisch setzt Salzborn die autochthone deutsche Bevölkerung der Ostgebiete mit ausländischen Neu-Zuwanderern in die Bundesrepublik gleich und mokiert sich darüber, daß diesen keine Doppel-Staatsbürgerschaften zugestanden werden sollen. Möglichenfalls wären ihm diese Menschen und ihr Schicksal auch gleichgültig, wenn sie sich nicht so wunderbar als Instrument gegen das gehaßte Deutschland einsetzen ließen.

Ist das alles jetzt nur ein irrationaler, pathologisch einzuordnender Deutschenhaß aus der Tiefe einer kranken Seele oder dient der zur Schau getragene Antigermanismus in heutiger Zeit vielleicht eher als gutbürgerlicher Zugang zu den Futtertrögen des bundesdeutschen Lehrbetriebs und der linksgerichteten Wissenschafts-Schickeria?

Man würde Salzborn gerne zurufen, daß es den Vertriebenen nicht um Haß und Gewalt gehe, daß sie nicht Hitlers Großraumpolitik verteidigten, daß sie sich seit jeher um Ausgleich mit den östlichen Nachbarn bemüht haben. Man möchte ihm von den Bildern der Vertreibung erzählen, von den toten Kindern, den schreienden Frauen, den zertrümmerten Höfen. Doch wozu? Salzborn sind die Quellen offen zugänglich, und er hat sich bewußt für die Position entschieden, denjenigen zu spielen, der angibt, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben.

Daß er mit dieser Ignoranz nicht nur eine peinliche Randerscheinung bleibt, liegt an einem breiten Unterstützerumfeld in Medien, im Gewerkschafts- und Universitätsbereich, das anscheinend ein politisches Interesse daran hat, Autoren wie Salzborn ein Forum für deren Thesen zu bieten, sie als "antifaschistisch" geschulte Nachwuchsideologen auch gegen das Spektrum der Vertriebenenverbände aufzubauen.

Und zweifellos, das muß man dem jungen Sozialwissenschaftler Salzborn zugute halten, versteht er wissenschaftlich zu arbeiten und sich in sein Thema zu vertiefen. Er besitzt Beharrlichkeit und den nötigen Fanatismus, im guten Sinne des Wortes, um bei einem Thema zu bleiben. Durchaus bemerkenswert für jemandem im Alter von Anfang/Mitte 20. Ein vergeudetes Talent möglichenfalls.

Betrachtet man Salzborns frühe journalistische Arbeiten in der Essaysammlung "Momentaufnahmen" von 1998, dann den Band "Grenzenlose Heimat", 2000 im eindeutig ... radikalen Linken ... "Espresso-Verlag" erschienen, und schließlich das Buch "Heimatrecht und Volkstumskampf" von 2001, so erkennt man eine Entwicklung hin zu sprachlicher Mäßigung. Die eigenen Thesen werden entemotionalisiert, theoretisiert und zunehmend wissenschaftlicher Ausdrucksform angepaßt.

Die Richtung liegt klar. Salzborn scheint erkannt zu haben, daß man als Universitätsprofessor mehr Euro verdient, denn als Journalist für einige Blättchen der radikalen Linken. Alles wird also schön: die Beamtenstelle, die öffentlichen Zuschüsse, die Seminare und Projektgruppenarbeiten gegen Vertriebenenverbände, der vanillefarbene Himmel über einem Land, in dem "Deutsche" eines Tages keine störende Stimme mehr erheben werden.

Im Wintersemester 2001/2002 arbeitete Salzborn bereits als Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen. Zudem forschte er als Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung am Seminar für Sozialwissenschaften (EWF) der Universität Köln an einer Doktorarbeit zum Thema "Volksgruppenrecht".

Der erste Schritt auf der bundesdeutschen Karriereleiter ist also gemacht. Und den zweiten wird die Hans-Böckler-Stiftung wohl sicher auch noch anschieben, oder? ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 22. Juni 2002 über Preußen (x887/...): >>Von der Provinz zur Großmacht / Preußens Wurzeln, Staatsidee, Ideale

und Geschichte

Wo liegen Preußens Wurzeln? Der Begriff "Preußen" kommt von den Prussen, die im heutigen Ostpreußen ihre Heimat hatten. Die Farben Preußens, Schwarz und Weiß, entsprechen den Wappenfarben des Deutschen Ordensstaates, dessen Kernterritorium ebenfalls Ostpreußen war. Auch in heraldischer Hinsicht hat Ostpreußen eine herausgehobene Stellung, ist es doch die einzige Provinz Preußens, deren Wappen jenes des Gesamtstaates ist.

Dem mag der eine oder andere entgegenhalten, daß die im preußischen Königreich herrschende Hohenzollernlinie nicht in Ostpreußen ihre Wurzeln hatte. Doch ist es wirklich diese Familie, die Preußen ausmacht und es groß gemacht hat?

Zweifellos hat sie bedeutende Könige hervorgebracht wie den "Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen, doch waren auch unbedeutende darunter wie Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Wilhelm II. hat versucht, für seinen Großvater den Namenszusatz "der Große" durchzusetzen, doch beschränkt sich Wilhelms I. Leistung letztlich darauf, nach anfänglichem Widerstreben schließlich erkannt und respektiert zu haben, daß sein nicht-hohenzollerischer Ministerpräsident und Kanzler Otto von Bismarck bedeutender war als er.

Wenn wir Friedrich II. als einzigen Hohenzollernfürsten den Namenszusatz "der Große" zubilligen, so sollten wir dieses nicht wegen seiner Abkunft, sondern wegen seines großartigen Lebens- und Herrschermottos tun: "Ich bin der erste Diener meines Staates." Diesem Dienstethos bis in die oberste Spitze verdankte Preußen primär seine Größe.

Wo findet man bereits vor der Neuzeit und damit vor dem Aufstieg der Preußen unter den Hohenzollern diese Bereitschaft, auf eine Selbstverwirklichung zugunsten des Dienstes an einem Höheren freiwillig zu verzichten? Man findet es bei den christlichen Rittern. Wie dem Preußen der Neuzeit sind auch dem miles christianus oder miles christi des Mittelalters die Tapferkeit, die Gerechtigkeit gegen jedermann, die Treue und Disziplin, das Maßhalten, die Verpflichtung zu Schutz und Fürsorge für Arme und Schwache (Bismarcksche Sozialgesetzgebung) sowie nicht zuletzt die Demut höchste Tugenden.

Dieser Gedanke führt uns zum Deutschen Ordensstaat als legitimen Vorläufer Preußens. Bezeichnenderweise besaß auch dieser Ordensstaat, was später Preußen gegenüber den anderen Territorien und Staaten auszeichnete, einen Staatsapparat, der in seiner Leistungsfähigkeit und seiner Leistungsbereitschaft Maßstäbe setzte. Und noch einen anderen Vorteil hatte der Ordensstaat mit Preußen gemein. Beide hatten - zumindest über einen langen Zeitraum ihrer Geschichte hinweg - ein außerordentlich großes Reservoir, aus dem sie ihre Funktionsträger rekrutieren konnten.

Die großen preußischen Reformer, die in Preußens schwärzesten Stunden während der napoleonischen Zeit die Saat zum Wiederaufstieg legten, waren überwiegend gebürtige Nichtpreußen. Karl Reichsfreiherr vom und zum Steins Wiege stand in Nassau, Karl August Fürst von Hardenbergs in Essensrode bei Gifhorn, Gerhard Johann David von Scharnhorsts in Bordenau nahe dem Steinhuder Meer und August Wilhelm Anton Graf Neidhardt von Gneisenaus in Torgau. Preußens Glück, Preußens Leistung und Preußens Verdienst bestanden in seiner Staatsidee, die auch außerhalb der Staatsgrenzen Geborene überzeugte und sie dazu bewegte, sich in den Dienst dieses Staates zu stellen.

Ähnliches Glück hatte der Deutsche Ordensstaat, stand ihm doch in seiner Blütezeit für die Rekrutierung der Funktionsträger die Ritterschaft des Deutschen Ordens zur Verfügung, dessen Verbreitungsgebiet weit über die Grenzen Ostpreußens hinausreichte.

Erst als im Zuge des Niederganges des Ordensstaates die ostpreußischen Stände eine stärkere Beteiligung an der Verwaltung durchsetzen konnten, relativierte sich dieser Vorteil bei der Personalrekrutierung.

Ebenfalls eine Folge des nach der Niederlage von Tannenberg beginnenden Abstiegs des Or-

denstaates ist die Sitte, deutsche Fürstensöhne an die Spitze des Staates, in das Hochmeisteramt zu wählen, in der Hoffnung, daß diese ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zur Hocharistokratie des Reiches in den Dienst des Staates stellen würden.

Zu Zeiten der Reformation ist das ein Hohenzoller und so wird in seiner Amtszeit der Deutsche Ordensstaat in ein weltliches Erbherzogtum mit ihm als Herzog umgewandelt. Die Zustimmung des polnischen Königs, dem die Hochmeister seit dem Zweiten Thorner Frieden den Treueid zu schwören und Heeresfolge zu leisten hatten, wurde mit der Anerkennung seiner Lehenshoheit über das nun Herzogtum Preußen heißende Territorium erkaufte.

1618 und damit in jenem Jahr, in dem der Dreißigjährige Krieg begann, erlosch die hier regierende Hohenzollernlinie im Mannesstamm und das Herzogtum fiel an die Kurfürsten in Brandenburg. Der größte von letzteren ist sicherlich der Große Kurfürst. Ihm gelingt es, im Schwedisch-polnischen Krieg die polnische Lehenshoheit abzuschütteln. Im Frieden von Oliwa erkennen der römisch-deutsche Kaiser sowie die Könige Polens und Schwedens die Souveränität des Herzogtums Preußen an. Mit dem souveränen Preußen hinterläßt Friedrich Wilhelm II. seinem Sohn Friedrich III. ein souveränes Herrschaftsgebiet, in dem dieser sich zum König krönen kann, was er 1701 auch tut.

Wenn König Friedrich I. wegen seiner Prunksucht auch nicht unumstritten ist, so hat er mit der preußischen Königswürde doch ein einigendes Band für das territorial auseinandergerissene Herrschaftsgebiet seiner Dynastie geschaffen, das nun unter dem Oberbegriff "Preußen" zusammenwächst. Ein mindestens ebenso wichtiges einigendes Band ist die Staatsidee, deren Entwicklung unter dem Großen Kurfürsten beginnt und unter Friedrich dem Großen ihre Vollendung findet. Zu dieser Idee gehört außer dem preußischen Dienstethos auch die preußische Toleranz, die Friedrich II. in Bezug auf Preußen formulieren ließ, "hier muß jeder nach seiner Fassung selig werden".

Friedrichs des Großen Regierungszeit hat sicherlich etwas Finales. Sie bildet sowohl den Höhe- als auch den Endpunkt einer Blüte Preußens. Sie ist aber auch ein Anfang, denn mit ihr beginnt Preußens Großmachtdasein und der preußisch-österreichische Dualismus in Deutschland.

Zu diesem Zeitpunkt bereits hinsichtlich Preußens von einer deutschen Sendung oder einem deutschen Kernstaat zu sprechen, ist jedoch zumindest gewagt. Zu desinteressiert zeigen sich hierfür Friedrichs II. Nachfolger Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. am Vordringen der Revolutions- und kaiserlichen Truppen Frankreichs in Deutschland. Erst nach seinem eigenen Zusammenbruch und dem Scheitern der nationalen Erhebung in Österreich wird Preußen zum Hoffnungsträger der deutschen Patrioten.

Mit der Unterstützung Rußlands gelingt schließlich unter preußischer Führung die Befreiung der Nation von der französischen Fremdherrschaft. Es entspricht der neuen Rolle Preußens, daß es auf die Rückgabe der in der napoleonischen Zeit verlorenen polnischen Gebiete keinen Wert legt und sich dafür mit deutschem Territorium entschädigen läßt. Es "wächst in Deutschland hinein" und übernimmt von der süddeutschen Großmacht Österreich die psychologisch wichtige "Wacht am Rhein". Mit dem Ruhrgebiet gewinnt Preußen zudem das schwerindustrielle Herz Deutschlands, dessen große gesamtökonomische und rüstungswirtschaftliche Bedeutung sich erst im Laufe des Jahrhunderts erweist.

Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit seiner Volkswirtschaft war Preußen im Gegensatz zur Österreich in der Lage, sich an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung auf zollpolitischem Gebiete zu stellen. Doch nicht nur aus ökonomischen Gründen tat sich die Donaumonarchie mit dem deutschen Einigungsstreben schwer.

Im Gegensatz zu Preußen war Österreich nämlich auf dem Wiener Kongreß aus Deutschland hinausgewachsen. Das Habsburgerreich konnte deshalb im Gegensatz zum Hohenzollernstaat nicht in einem deutschen Nationalstaat aufgehen und sah sich daher allein schon aus Gründen

der Staatsräson gezwungen, dem Streben der Deutschen nach ihm entgegenzuwirken. Preußen stand damit als zweite deutsche Großmacht in der Pflicht.

Daß dieses auch außerhalb Preußens so gesehen wurde, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß die Frankfurter Nationalversammlung nicht den österreichischen Kaiser, sondern den preußischen König zum Kaiser der Deutschen wählte. Mit einer Mehrheit von 290 gegen 248 Stimmen beschloß das deutsche Nationalparlament, Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserwürde anzutragen. Gelöst hat dieser Mehrheitsentscheid die deutsche Frage nicht.

"Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die Fragen der Zeit entschieden - das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Der bedauerlich hohe Wahrheitsgehalt dieser Feststellung Otto von Bismarcks kennzeichnet die weitere Entwicklung der deutschen Frage.

So sind es statt der Reden und Majoritätsbeschlüsse der Paulskirchenabgeordneten die Einigungskriege, die die deutsche Frage schließlich einer kleindeutschen Lösung zuführen. 1871 wird Preußen ein Bestandteil des Deutschen Reiches.

Wie die anderen 24 Bundesstaaten gibt auch der preußische Staat viele Kompetenzen an das neue Reich ab, weshalb manche in der Reichsgründung von 1871 das Ende Preußens sehen. Andere sehen in der Umwandlung Preußens von einer Erbmonarchie in eine Republik das Ende des Staates. Das Revolutionsjahr 1918 ist jedoch nicht nur wegen des Endes der Monarchie in Preußen von verfassungsrechtlich großer Bedeutung.

Vielmehr beginnt in jenem Jahr auch die Umwandlung des eher föderalistischen Kaiserreiches in eine vergleichsweise zentralistische Republik, die für Preußen nicht nur wie für alle Reichsländer die Abtretung weiterer Kompetenzen an das Reich bedeutet, sondern darüber hinaus auch den Verlust seiner Sonderstellung als Führungsmacht, die bis 1918 nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, daß das Staatsoberhaupt Preußens automatisch auch Oberhaupt des Deutschen Reiches war. Wie sehr die Macht von Preußen zum Reich gewechselt hatte, zeigt 1932 anschaulich der sogenannte Preußenschlag, an dem auch manche das Ende Preußens festmachen.

Andere sehen in den Nationalsozialisten Preußens Totengräber. Diese haben zwar eine Linie von Friedrich dem Großen über Otto von Bismarck und Paul von Hindenburg zu ihrem Führer Adolf Hitler gezogen, doch waren unter ihren Spitzenfunktionären die Preußen gemessen an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches deutlich unterrepräsentiert. Dafür waren die Männer und Frauen des 20. Juli (1944) zu großen Teilen Angehörige des preußischen Adels. Von daher machen manche auch am Scheitern ihres Umsturzversuches und den anschließenden Hinrichtungen vieler von ihnen das Ende Preußens fest. Offiziell aufgelöst wurde Preußen vom Alliierten Kontrollrat im Jahre 1947.

Wenn somit auch derzeit kein preußischer Staat besteht, so ist die Bundesrepublik Deutschland doch gut beraten, die preußische Staatsidee und die preußischen Ideale zu postulieren und zu leben, will sie nicht langfristig in die Zweit- oder Drittklassigkeit oder gar zur Bananenrepublik hinabsinken. ...<<

09.11.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 9. November 2002 (x887/...):

>>**Deutsche Flüchtlinge in Dänemark**

Mit *Leif Guldmann Ipsen* hat ein Däne über das Lager Oksbøl geschrieben

Dänemarks Einstellung zum Zweiten Weltkrieg, in den das Land nur am Rande verwickelt war, ist zwiespältig - jedenfalls für jene Dänen, die über historische Kenntnisse verfügen und sich bemühen, beiden Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Ist Dänemark, wie die offizielle Version noch immer lautet, 1940 von Deutschland heimtückisch überfallen worden, oder gab es für Deutschland damals gar keine Wahl, als das Land zu besetzen?

Gehörte das Königreich zu den siegreichen Alliierten, obgleich es zwischen Deutschland und Dänemark keinen Kriegszustand gab und eine vor allem aus England geführte Widerstandsbewegung erst spürbar aktiv wurde, als sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete?

Wie soll man die Tatsache deuten, daß mehr Dänen freiwillig auf deutscher Seite zusammen mit vielen europäischen Kameraden gegen den Bolschewismus kämpften, als in der Widerstandsbewegung tätig waren?

Und wer von ihnen stand zumindest aus historischer Sicht eher auf der "richtigen" Seite?

Der Zwiespalt, die Unsicherheit und die Doppeldeutigkeit des dänischen Selbstverständnisses schimmern durch fast jede dänische Darstellung aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Deutsche Leser haben nicht selten den Eindruck, daß dänische Autoren Klippen der jüngsten dänischen Geschichte sorgsam umschiffen, daß sie Ereignisse glätten und sich bemühen, alles in rosigem Licht erscheinen zu lassen - jedenfalls in dänischen Augen.

Ein dänischer Offizier, Leif Guldmann Ipsen, hat die Geschichte des größten Lagers für ostdeutsche Flüchtlinge in Dänemark, des Lagers Oksbøl, in der Zeit von 1945 bis 1949 geschrieben. Er nennt sein Buch "Menschen hinter Stacheldraht". Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß alles stimmt, was er beschreibt.

Er führt sorgsam aus, wie das Lager entstand, nämlich als Ausbildungslager der deutschen Wehrmacht auf einem Truppenübungsplatz der dänischen Armee, wie es von deutscher Seite vergrößert wurde, wie Baracken erbaut wurden, in denen dann 12.000 bis 15.000 Soldaten untergebracht werden konnten.

Anfang 1945 trafen die ersten Flüchtlingstransporte aus Ost- und Westpreußen in dänischen Häfen ein, weil anders die Menschen vor der Roten Armee nicht in Sicherheit gebracht werden konnten. Die Wehrmacht nahm sie in ihren Liegenschaften auf, so auch im Lager Oksbøl. Dann kam die Kapitulation der Wehrmacht. Dänen übernahmen das Lager und machten es zum größten Lager deutscher Flüchtlinge.

Der Autor zählt auf, welche gewaltigen Anstrengungen Dänemark machte, um jedenfalls ein Existenzminimum der Flüchtlinge zu sichern, und es kann nicht bestritten werden, daß im Vergleich etwa zu den Lagern, in die Deutsche in von den Polen besetzten Gebieten gepfercht wurden, die Verhältnisse im skandinavischen Land human waren. Hier wurde niemand zu Tode gequält, es wurden keine Frauen vergewaltigt, hier ließ man niemanden verhungern, wie es in polnischen oder tschechischen Lagern gang und gäbe war.

Natürlich war das Lagerleben nicht komfortabel. Das Lager war überfüllt, das Essen in der Anfangszeit außerordentlich knapp. Ungeziefer breitete sich in den überbelegten Baracken aus. Krankheiten grassierten. Die Menschen waren ohne Hoffnung, weil niemand ihnen sagen konnte, wann sie endlich nach Deutschland heimkehren durften. Die Siegermächte hatten die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in ihren Besatzungszonen zunächst verboten. Aber die Ostpreußen, Danziger, Westpreußen und Pommern hatten wenigstens ihr Leben gerettet.

Die Flüchtlinge hatte ihre eigene Selbstverwaltung mit Bürgermeister, Lagerpolizei, Schulen, einem kleinen Theater, einer von deutschen Emigranten gestalteten, der Umerziehung dienenden Zeitung. Es muß anerkannt werden, daß das Vier-Millionen-Volk der Dänen sich bemüht hat, nicht nur die 35.000 Flüchtlinge im Lager Oksbøl, sondern alle insgesamt 250.000 Flüchtlinge auf dänischem Boden so lange unter einigermaßen humanen Bedingungen über die Zeit zu bringen, bis sie in ihr Vaterland zurückkehren konnten. Und dennoch bleibt bei der Lektüre auch dieses Buches ein merkwürdiges Gefühl zurück.

Es bleibt der Eindruck, daß es von seiten der Dänen kein Verständnis gab für das Schicksal jener vor den Greueln der bolschewistischen Armee geflohenen Frauen, alten Männer und Kinder. Sie sahen in ihnen weniger die dem Tod oder der Verschleppung entkommenen leidenden Mitmenschen, sondern sie blieben in den Augen der Dänen Feinde.

Die Autor spricht an zwei Stellen von "unschuldig vertriebenen Menschen", und das ist viel

angesichts der offiziellen Ansicht der deutschen Bundesregierung, die kaum verdeckt die Meinung vertritt, die Vertriebenen hätten selbst schuld an ihrem Schicksal. Aber man ist traurig, wenn dann der Autor die Bemühungen der Dänen, den Flüchtlingen das Überleben zu sichern, als "undankbare Arbeit" bezeichnet. Wurde für diese Arbeit nicht vielfältig gedankt, trug sie nicht ihren Wert und ihren Dank in sich, wenn durch die dänischen Bemühungen 250.000 Zivilisten das Überleben ermöglicht wurde?

Warum geht der Verfasser nicht ein auf die Tatsache, die jedem Besucher des Flüchtlingsfriedhofes Oksbøl sofort ins Auge springt, daß die Anzahl der dort begrabenen Säuglinge und Kleinkinder unverhältnismäßig hoch ist?

An einer Stelle klingt es im Buch an, daß Ipsen sehr wohl weiß von der in den letzten Jahren aufgebrochenen Diskussion über das Verhalten amtlicher dänischer Stellen, die dänischen Ärzten und Krankenhäusern verboten hatten, deutschen Flüchtlingen medizinische Hilfe zu leisten, um so zu beweisen, daß Dänemark den Deutschen Widerstand geleistet hat? Den unmenschlichen Anordnungen fielen Tausende von kleinen Kindern zum Opfer, die ohne weiteres hätten gerettet werden können. Der Verfasser schweigt - auch eine Art der Vergangenheitsbewältigung.

Kann man, wie es der Autor tut, die Anlandung von Flüchtlingen, die er als "Überschwemmung" bezeichnet, als "Völkerrechtsbruch" bezeichnen?

Das Buch von Leif Guldmann Ipsen liefert alle sachlichen Informationen über das Lager Oksbøl. Es enthält viele Bilder. Ihm fehlt jedes Mitgefühl für die Lage jener Ostdeutschen, wie man es von einem humanistisch und christlich geprägten Menschen erwartet hätte. Trotz allem gebührt den Verantwortlichen Dank, die damals unseren Landsleuten in Dänemark das Überleben ermöglichten. ...

Leif Guldmann Ipsen: "Menschen hinter Stacheldraht - Flüchtlingslager in Oksbøl 1945-1949" ...<<

30.11.2002

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 30. November 2002 (x887/...): >>"Willkommen im Think Space von Speak Youth"

Die Sprache ist ein Spiegel der Nation, wenn wir in diesen Spiegel schauen, so kommt uns ein großes treffliches Bild von uns selbst entgegen", sagte Friedrich Schiller und sein kongenialer Dichterfreund Johann Wolfgang von Goethe zog den Schluß: "Die Sprache zugleich reinigen und bereichern ist das Geschäft der besten Köpfe".

250 Jahre später: Die deutsche Sprache wird verunstaltet, sie verarmt, wird durch Anglizismen zu einer Art Hilfssprache für das Englische degradiert, als Wegbereiter für einen mißverständenen American Way of Life eingespannt und kommerziellen Interessen dienstbar gemacht.

Tönt es uns doch ausgerechnet aus der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main entgegen: "Willkommen im Think Space von Speak Youth. In dieser Kommunikationsumgebung sammelt sich das Wissen der Jugend-Marketing-Initiative Speak Youth".

Wer dieser freundlichen Einladung im Internet folgt, wird schnell feststellen, daß sich nicht "die Jugend" spontan ihrem Lebensgefühl folgend dem anglizistischen "Denglisch" hingibt. Es ist vielmehr eine Allianz von Marketing- und Medien-Interessenten, Fashion- und Food-Designern, Publizisten, Soziologen, Medienkünstlern und sogenannten Zukunftsforschern, die, ihren eigenen ökonomischen Interessen dienend, die jungen Leute von heute systematisch ihrer deutschen Muttersprache entfremdet.

"Speak Youth" stellt sich als eine Jugend-Marketing-Initiative von Axel Springer Young Mediahouse und CCID Brand Reality Dept. dar, wobei CCID für das "Center for Media, Knowledge Cultures, Imagination and Development an der J. W. Goethe-Universität Frankfurt" steht, das sich als public-private-partnership auffaßt. Eine Art Wahlspruch des Ganzen lautet:

"We develop future".

Nach ihrem Selbstzeugnis sind Zentrum ihres Wirkens die wissenschaftlichen, künstlerischen und techno-kulturellen Fragen am Beginn des 21. Jahrhunderts, die massiven ökonomischen und institutionellen Veränderungen, die mit Ausdrücken wie "globale Ideenökonomie", "Wissenschaftskulturen" "global vernetzte Wissensräume" und "transkulturelle Kommunikation" verbunden sind.

Zu den Projekten in Entwicklung oder bereits in Umsetzung gehören unter anderem: Mental Tracker (ongoing), Think Space (ongoing), CCID Mediascope Award und Knowledge Monitoring. Die Abteilungen innerhalb des CCID an der Johann Wolfgang Goethe-Universität heißen: Cross Intelligence Dept., Media Cultures, Communication, Network, Media in Appliance and Reception, Knowledge Transfers und Transnational Relation, Media Esthetics.

Weil aber alles nichts wäre ohne Marketing, also Absatzpolitik, Konsum und Verkauf, wurde die Jugend-Marketing-Initiative "Speak Youth" ins Leben gerufen, denn: "In der sensiblen Jugend ist es heute eine größere Herausforderung denn je, Marken relevant zu kommunizieren. Die verdichtete Medienumgebung und ein komplexes Konsumentenverhalten fordern neues Denken. Die Vernetzung von Marke und Produkt zu relevantem Inhalt sowie die Kooperation zwischen image- und interessenkonformen Unternehmen sind Möglichkeiten, eine kommunikative Durchdringung in der Zielgruppe und dem Mindset Jugend zu erreichen".

Konsequenterweise ist "Get young minds connected" das Motto von "Speak Youth" mit dem Ziel, ein "erweitertes Verständnis bei Agenturen, Markenartiklern, Entertainment und Medien im Umgang mit der jungen Zielgruppe und dem Mindset Jugend zu entwickeln". Zielstrebig erfolgt die praktische Umsetzung der Marketing-Ideologie. Die Aktivitäten reichen von internationalen Konferenzen über den "Konspirativen Tisch" in Berlin am 23. Oktober 2002, an dem, wörtlich: "namhafte Exzellenzen aus den Bereichen Markenartikler, Agenturen, Medien und Entertainment zusammen kamen" bis hin zum Internet-Auftritt, wo die jungen Leute freundlich begrüßt und auch gleich Mitglied des "Speak Youth Networks" werden können.

Die Frage bleibt, ob sich Goethe die besten Köpfe, deren Geschäft die Reinigung und Bereicherung der Sprache sein soll, so vorgestellt hatte, wie die Professoren, Publizisten und Medizern, die heute so mit der "youth speaken". Der Feststellung jedenfalls, die sein Freund Schiller traf, nämlich, daß die Sprache ein Spiegel der Nation sei, entspricht die Universität, die Goethes Namen trägt, in diesem Fall auf geradezu makabre Weise.

Frage bleibt aber auch, wie lange in Deutschland die Mißachtung der eigenen Sprache hingenommen wird und sich die Menschen als Bürger, Steuerzahler und Kunden den gegenwärtigen Zustand gefallen lassen.<<

09.12.2002

Schweiz: Die Dipl. Psychologin Sonja van Biezen und Dr. phil. Elisabeth Nussbaumer berichten am 9. Dezember 2002 in der schweizerischen Wochenzeitung "Zeit-Fragen" über die negativen Folgen der sozialistischen, kollektiven Erziehung (x882/...): >>Die Folgen jahrzehntelanger Wertezersetzung für Familie und Bonum commune (Gemeinwohl)****

In allen Kulturen der Welt sind Ehe und Familie - oft auch Großfamilie - der Ort, an dem die nachwachsende Generation geschützt heranwachsen kann und in die Kultur eingeführt wird. In der Familie aufzuwachsen bedeutet aber viel mehr: Zusammen zu erleben, daß Schwierigkeiten gemeinsam zu meistern sind und dadurch tiefgreifende Erlebnisse im menschlichen Zusammenleben zu machen.

Die Familie ist die Keimzelle einer auf Freiheit, Gerechtigkeit, Verantwortung und gegenseitiger Mitmenschlichkeit beruhenden Gesellschaft. Sie bietet dem Säugling, Kleinkind und Heranwachsenden den Ort, an dem er sich in Geborgenheit, Sicherheit und unter fürsorgender Anleitung von Vater und Mutter, gemeinsam mit den Geschwistern, Mitmensch und innerlich gefestigte Persönlichkeit werden kann. Im Schoße der Familie entwickelt das Kind seine erste

Bindung zum anderen Menschen. Soziale Bindung an emotional präsente Erwachsene ist die Grundlage für eine gesunde seelische Entwicklung.

Diese erste Beziehung bedeutet für den weiteren Verlauf des Lebens die Bindung an die menschliche Gemeinschaft. Ist diese Bindung von einer grundsätzlich bejahenden Grundstimmung, von Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit geprägt, wird das Kind später als gefestigter, verlässlicher und mutiger Mitmensch im Leben stehen. Als Eltern haben Vater und Mutter die schöne und anspruchsvolle Aufgabe, ihre Kinder durch Vorbild und gleichwertige, liebevolle Gestaltung des ehelichen und familiären Zusammenlebens an ihre spätere Aufgabe als Frau und Mann und als verantwortungsbewußte Bürger heranzuführen.

Neben der Pflicht, die Familienmitglieder mit den notwendigsten Gütern zu versorgen, obliegt der Lebensgemeinschaft der Familie die vornehme Aufgabe, den Durst ihrer Mitglieder nach geistigem Austausch, nach Bildung, Geselligkeit und Gastfreundschaft, nach den vielfältigen Facetten menschlichen Zusammenlebens zu stillen.

Der Naturrechtsphilosoph Johannes Messner schreibt folgendes: "Familienkultur drückt sich äußerlich aus in den Formen des Umgangs der Familienmitglieder miteinander, in ihrer gegenseitigen Hilfsbereitschaft im täglichen Leben, in der Selbstlosigkeit ihrer Liebe zueinander, überhaupt in all dem, was man als "die Kinderstube" bezeichnet, die den Menschen unverlierbar durch das Leben begleitet."

Eine starke Stütze findet die Familienkultur in der Orientierung an den der menschlichen Natur innewohnenden ethischen Werten, die in Sitte und Brauchtum zum Ausdruck kommen. Eine gefestigte Familienkultur bildet den Kern für die Gestaltung des Zusammenlebens einer größeren Gemeinschaft, einer Gemeinde, eines Staates in Freiheit und Würde.

Als gesetzlich verankerter Grundpfeiler des gemeinschaftlichen Zusammenlebens genießen Familie und Ehe entsprechend ihrer Bedeutung besonderen Schutz. In der Familie werden die Errungenschaften unserer freien demokratischen Gesellschaft sowie ihre bewährten Traditionen an die neue Generation weitergegeben. Darüber hinaus hat der Halt in der Familie unzähligen Menschen über Jahrhunderte hinweg über schwere Schicksalsschläge sowie Entwurzelung durch Kriege und andere gesellschaftliche Mißstände hinweggeholfen.

Seit einigen Jahrzehnten sind nun die Familie und ihre Träger Angriffsziel für radikale gesellschaftliche Veränderungen geworden. Um das Ausmaß der Zersetzung der traditionellen Familie und die Auswirkung auf das Gefühlsleben von Frauen, Männern und Kindern zu verstehen, muß die Geschichte der letzten Jahrzehnte beleuchtet werden.

Krieg und seine Folgen

Durch die Zäsur der beiden Weltkriege wurden familiäre Bande für Generationen schwersten Zerreißproben ausgesetzt. Ein normales, gar ruhiges Familienleben war für unzählige Menschen während vieler Jahre unmöglich geworden. Kriegsdienst und Gefangenschaft der Männer sowie Vergewaltigung, Verschleppung oder Evakuierung von Frauen und Kindern und die Flucht vor dem Feind oder Sieger verstreute unzählige Familien über das ganze Land und über die Landesgrenzen hinaus. (Nebenbei sei bemerkt, daß diese Tatsache auch für die heute geführten Kriege gilt.)

Beim Zusammenbruch aller Orientierungsmöglichkeiten während des Krieges und nach Kriegsende blieb aber die Familie der rettende Anker und Kern der sozialen Beziehungen. Bei Kriegsende wirkte die Familie wie ein Magnet. Viele Menschen suchten nach ihren Familienangehörigen voller Erwartungen und Hoffnungen auf Geborgenheit, Liebe und ein Stück Normalität.

Es vergingen jedoch manchmal Jahre, bis die einzelnen Familienmitglieder von einander Nachricht erhielten. 1956 kamen die letzten deutschen Soldaten aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. "Der angegriffene Gesundheitszustand der Männer wurde zu einer Belastung für die ganze Familie. Bis sie überhaupt wieder zu körperlichen Kräften kamen, mußten

sie monatelang gepflegt werden." "Dauerte die Genesung sehr lange, hatten die Männer oft seelische Probleme. Die Erniedrigungen und Strapazen der Gefangenschaft, der Verlust des Selbstbewußtseins durch den verlorenen Krieg und die lange Krankheit, verbunden mit körperlicher Schwäche" hinterließen ihre seelischen Spuren.

Die Frauen hatten sich verändert. Sie waren selbständiger und aktiver geworden. Die Männer mußten erkennen, daß die Frauen einen großen Teil des Chaos der End- und Nachkriegszeit bewältigt hatten. Auch "die Kinder hatten während der Abwesenheit der Väter Verhaltensweisen erlernen müssen, die eher in Richtung Eigenständigkeit, Kooperation und Verantwortung gingen." Schöner und besser ist es immer, wenn sich das Kind am Vorbild und mit Unterstützung und Anleitung des Vaters zu einem selbstbewußten und eigenständig denkenden Mitbürger entwickeln kann.

Leider war der Familienalltag im Deutschland der Nachkriegszeit, wie ihn Sibylle Meyer und Eva Schulze in ihrem Buch "Von Liebe sprach damals keiner" schildern, sehr häufig von der Abwesenheit der Ehemänner und Väter geprägt. Alle Beteiligten litten und leiden Jahre unter den Kriegsfolgen und Trennungsproblemen.

Unser Anliegen ist es, aufzuzeigen, daß durch jeden Krieg seelische Verletzungen bei allen Beteiligten entstehen, die die Menschen über ein bis zwei Generationen hinweg in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen begleiten.

Abwertung von Männlichkeit und väterlicher Autorität

Noch vor Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde die Frage aufgeworfen, was mit den Deutschen geschehen sollte. In einem anthropologisch und psychologisch unhaltbaren Kurzschuß wurden die Kriegsverbrechen Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten allen deutschen Menschen angelastet. Die Deutschen seien eine Fehlentwicklung der Evolution, wurde behauptet. In gleicher rassistischer Verblendung, wie sie die Nazis gegenüber den Juden auslebten, wurde nun vertreten, alle Deutschen seien Herrenmenschen, Mörder aus Grausamkeit.

Es gab in den USA den von einem Amateurhistoriker 1940 verfaßten **Kaufmann-Plan**, der die Umerziehung, später dann die Sterilisierung des deutschen Volkes verlangte, und den **Morgenthau-Plan**, der die Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten und den Abbau der gesamten Großindustrie plante.

Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen wurde der Morgenthau-Plan fallengelassen. Da der Ost-West-Konflikt bereits seine Schatten vorauswarf, überlegten sich die Alliierten rechtzeitig, daß die deutsche Industrie noch gebraucht werden würde. Also wurde auf die Taktik der Umerziehung zurückgegriffen. Noch während des Krieges begannen amerikanische Offiziere der "Abteilung für psychologische Kriegsführung" mit den Vorbereitungen zur "Umerziehung der Köpfe".

Amerikanische Sozialwissenschaftler und Psychologen übernahmen die Arbeit. "Die ganze Operation (Umerziehung der Deutschen) sollte in der Anfangsphase von Kennern der deutschen Verhältnisse kontrolliert und überwacht werden. Darunter waren schon wegen ihrer guten Kenntnis der deutschen Sprache und der Verhältnisse des Landes viele ehemalige deutsche Emigranten. Ein prominentes Beispiel ist **Herbert Marcuse**, der einstige Mitbegründer des Frankfurter Instituts für Sozialforschung besser bekannt als Frankfurter Schule."

So bot sich für Marcuse und seine Genossen Gelegenheit, die Umerziehung der Deutschen in den Dienst der marxistischen Ideologie zu stellen: Wie die Geschichte seit Marx und Engels zeigt, wurden stets alle Gelegenheiten für den marxistischen Angriff auf Gesellschaft und Kultur genutzt. Mit der Rückkehr der Vertreter der Frankfurter Schule nach Deutschland konnte dann die "Charakterwäsche" unter der Fahne des Antifaschismus ungehindert und noch intensiver vollzogen werden. **Herbert Marcuse, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno** und ihre Schüler leisteten wirkungsvolle und nachhaltige Arbeit:

An Stelle jeglichen Zusammengehörigkeitsgefühls, jeder Selbstachtung der deutschen Menschen sollte kollektive Scham treten und Generationen überdauern. Reale Geschichte sollte nicht einfach im Sinne von Völkerrecht und Gerechtigkeit aufgearbeitet werden, sondern die kollektive Erinnerung wurde derart manipuliert, daß das deutsche Volk für sich selbst, seine Sprache, seine Kultur und Sitten nur noch Abscheu und Verachtung empfinden mußte.

Dabei gingen die "Umerzieher" von der These aus, die typisch deutsche Charakterstruktur sei autoritär und damit dem Faschismus gefährlich nahe. Der deutsche Vater herrsche autoritär. Neben seiner Frau müsse sich ihm auch das Kind bedingungslos unterwerfen. Daraus resultiere insgesamt die Aggressivität und Grausamkeit des deutschen Erwachsenen. Jedes Kind müsse die Grundwerte der deutschen Familie, nämlich Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Männlichkeit, verinnerlichen. Diese Sichtweise entspricht weder der Natur des Menschen noch dem deutschen Menschen. Sie ist Resultat der Gesinnung und Taktik ihrer Schöpfer Marcuse, Adorno und Horkheimer, die das Autoritäre überall suchten und auch fanden - nur nicht in ihrer eigenen totalitären freudo-marxistischen Theorie.

Die Zahl der von der Frankfurter Schule und ihren Schülern ausgebildeten oder beeinflussten Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten aller Medien, die Anzahl ihrer Veröffentlichungen und Vorträge war groß und ihr Einfluß so weitreichend, daß man, mit Gramscis Worten, von einer kulturellen Hegemonie sprechen muß. Ihre Auswirkung dauert bis heute an, denn nach dem Ende des kalten Krieges und dem Beginn der Entspannungspolitik begann mit der 1967 einsetzenden Studentenbewegung die weitere Verbreitung der Ideologie der Frankfurter Schule.

Diese beinhaltet eine zweite, noch nachhaltiger wirksame Welle der Umerziehung, getragen von dem "ethischen Rigorismus der 68er". Es wurde ein Gesinnungskartell geschaffen, jeder Widerstand als faschistisch oder antikommunistisch abgeurteilt. Gegen den Mann als Familienvater wurden Attacken geritten, die kulturell tradierten und bewährten Werte der Familie als Keimzelle eines demokratischen Staates der Lächerlichkeit preisgegeben und als faschistoid verunglimpft.

Auf diese Weise wurde die gesunde, normale Familie verleumdet, abgewertet, zersetzt. Indem dem Kind ein Heranwachsen in der Geborgenheit einer intakten und ihrer Bedeutung bewußten Familie genommen wurde, hat man es von seinen lebenswichtigen Bindungen und von seinen geschichtlichen Wurzeln abgeschnitten.

So wurde das Ziel der Umwertung aller Werte in weiten Bevölkerungskreisen erreicht. Die Familie, bestehend aus Mutter, Vater, Großeltern und Kindern war der Auflösung preisgegeben. Eine neue Form von Familie wurde geschaffen: Eine Art Kommune mit Kindern, in welcher jeder seiner Selbstverwirklichung nachgeht. Die Familie mit berufstätiger Mutter wurde zur weit verbreiteten Lebensform.

Der auf der marxistischen Theorie begründete Radikalfeminismus hatte den Frauen aller Gesellschaftsschichten und aus allen Teilen der Welt den Irrtum eingeflößt, als Ehefrau und Mutter dem Manne gegenüber benachteiligt zu sein. Dieser vermeintlichen Ausbeutung meinte die in solcher Weise irreführte Frau durch Selbstverwirklichung in einer beruflichen Karriere begegnen zu müssen.

Der radikalfeministische Kampf gegen den Mann

Wenn wir den Radikalfeminismus und seine Auswirkungen auf das Seelenleben von Frau und Mann diskutieren, meinen wir selbstverständlich nicht die bürgerliche Frauenbewegung und ihre berechtigten Ziele. Sie setzte sich zu Recht für frauenspezifische Anliegen wie echte Gleichwertigkeit von Frau und Mann, Ausbau des Arbeiterinnen- und Mutterschutzes, die Besserstellung der unehelichen Kinder, gleiche Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten, das kirchliche und politische Frauenstimmrecht usw. ein.

Die erwähnten Forderungen und die Anliegen der Frauenbewegung sind aus der geschichtli-

chen und gesellschaftlichen Situation Anfang des 20. Jahrhunderts heraus entstanden, waren berechtigt und erforderten eine Lösung. Zahlreiche Errungenschaften, die sich auf das Zusammenleben von Mann und Frau positiv ausgewirkt haben, sind dem Einsatz und dem Engagement vieler Frauen und Männer jener Zeit zu verdanken. Ziel war damals nicht der Kampf gegen den Mann.

Erst in den letzten Jahrzehnten floß eine neue, in ihrem Grundgehalt andere Auffassung der Frauenrolle ein: Die Frau soll im Machtkampf gegen den Mann die Oberhand gewinnen und behalten. Anstatt den Frauen in ihrem Anliegen zu helfen, sich gefühlsmäßig mit dem Mann gleichwertig zu fühlen und zu einem harmonischen Zusammenleben von Mann und Frau beizutragen, instrumentalisieren die Radikalfeministinnen die unterschiedlichsten Gefühle, die Frauen Männern gegenüber haben können, für ihren Kampf.

Den Frauen wurde eingeredet, daß die Gleichwertigkeit der Geschlechter nur zu erreichen sei, indem sich die Frau gegen den Mann stellt. Der Mann wurde zum Feind erklärt. So sieht man heute Frauen, die sich ausgesprochen stark vom traditionellen Frauenbild distanzieren und im Kampf gegen den Mann leben.

Eine andere Form der Abgrenzung vom männlichen Geschlecht zeigt sich in einer überbetonten Weiblichkeit, die oft mit einer bewußt gewählten Lebensform ohne Mann einhergeht. Das "Coming out" lesbischer Frauen wird propagiert, und Forderungen nach der Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe sind Ausdruck davon und kamen bereits in einigen Ländern der Welt zur Verwirklichung. Diese vermeintliche Befreiung der Frau ist die Hauptstoßrichtung für eine radikale Veränderung des Verhältnisses der Geschlechter geworden. Die Radikalfeministinnen gehen aber noch weiter. Dazu schreibt Maria Mies:

"Jede Person ist früher oder später gezwungen, Partei zu ergreifen. Und Partei ergreifen heißt, daß etwas in uns selbst zerrissen wird, daß das, was wir für unsere Identität hielten, sich zersetzt und neu geschaffen werden muß. Dies ist ein schmerzhafter Prozeß. Die meisten Männer und Frauen versuchen, ihn zu vermeiden, weil sie Angst haben, daß die letzte Insel des Friedens und der Harmonie in der kalten, brutalen Welt des Geldes, der Machtspiele und der Habgier zerstört wird."

Wie recht sie hatte mit ihrer menschenverachtenden Äußerung!

Wenn wir die psychischen und physischen Folgen des Zweiten Weltkriegs auf die Hinterbliebenen und deren Söhne und Töchter in Betracht ziehen, ist es offensichtlich, daß der Kampf der Radikalfeministinnen gegen den Mann eine weitere seelische Verunsicherung von Frauen und Männern zur Folge hat. Zum Verlust von Identität und Selbstwertgefühl kommt die eigenaktive Ablehnung der traditionellen Mutter- und Vaterrolle durch Frau und Mann hinzu. Um den ideologisch motivierten gesellschaftlichen Veränderungen zu entsprechen, konnten sie sich mit ihrer Aufgabe als Vater und Mutter nicht mehr identifizieren und sie auch nicht mehr ausfüllen.

Folgen für die Familie und das Gemeinwohl

Die ständige negative Bewertung der Frauen- und Mutterrolle bewirkt eine starke Verunsicherung vieler Frauen bezüglich des Stellenwerts von Partnerschaft und Kindererziehung. Die gefühlsmäßige Verunsicherung kann dazu führen, daß eine Mutter sich ihren Kindern nicht mehr wirklich zuwenden kann. Sie beginnt sich innerlich von ihrer Aufgabe zu distanzieren. Aus dieser inneren Abkehr von der Frauen- und Mutterrolle resultiert eine folgenschwere Störung des familiären Klimas. Dem Kind wird eine echte Sicherheit und das volle Engagement seiner Mutter fehlen.

Die marxistische Gleichsetzung von väterlicher Autorität und männlicher Verantwortung mit autoritärer Machtausübung über Frau und Kind hinterläßt tiefe Spuren der Verunsicherung und Desorientierung. Durch die zusätzlichen radikalfeministischen Attacken wird der Mann von der Wahrnehmung seiner Erziehungsaufgabe abgedrängt.

Solch jahrelange Verunglimpfung väterlicher Autorität und ein häufig erbarmungsloses Engespanntsein ins Berufsleben treibt viele Familienväter in die innere Emigration. Der Mann entzieht sich seiner Aufgabe als Ehemann und Vater. Sein Gefühlsleben und seine Energie werden einerseits vom harten Überlebenskampf in der globalisierten Wirtschaftswelt in Anspruch genommen, andererseits wird er aus ideologischen Gründen in der Entfaltung seines männlichen Wesens zurückgebunden.

Was fehlt, wenn der Mann seinen Platz als Familienoberhaupt und Vater nicht ausfüllt? Es ist nicht die sogenannte starke Hand, sondern die Erfahrung der männlichen Fähigkeit und das Bedürfnis des Mannes, andere zu beschützen, Sicherheit und Orientierung zu geben. Zweifellos spielt auch die größere physische Kraft für die Persönlichkeitsbildung des Knaben eine wichtige Rolle. Der Vater mit seiner Fähigkeit, körperlich anspruchsvollere Aufgaben zum Wohl der Familie und der Mitmenschen zu lösen, ist für den heranwachsenden Jungen wichtiges Vorbild.

"Das Fehlen des Vaters ist also durch den Ausfall einer Identifizierungsmöglichkeit oft schwerwiegend, weil dadurch ein wesentliches Stück Lebenswirklichkeit nicht gelernt wird, nämlich die Realität Mann. An dieser Realität orientiert sich normalerweise das Mädchen durch seine weibliche Unterschiedenheit, der Junge durch seine Gleichheit."

Zusammenfassung

Die traditionelle Familie mit den Vorzügen, wie sie eingangs beschrieben wurden, ist durch den freudo-marxistischen Angriff auf unsere bewährten kulturellen Werte einem gefährlichen Zersetzungsprozeß ausgesetzt. Glücklicherweise gibt es immer noch viele Familien, die sich ihre Familienkultur nicht nehmen lassen wollen. Allerdings haben es diese nicht so leicht, in einem vom Zeitgeist durchtränkten Umfeld standzuhalten und ihren Kindern eine gesunde Lebensorientierung auf den Weg mitzugeben.

Gerade in diesem von freudo-marxistischer und radikalfeministischer Ideologie durchtränkten Klima wachsen viele Kinder in einem emotionalen Vakuum auf. Die dadurch entstehende Leere wird von den Medien ausgefüllt. Die überlebenswichtige Bindung des Kindes an seine Bezugspersonen wird unterbunden. An Stelle menschlicher Bindung tritt Elektronik: Das Kind wird mittels Television und Video in eine künstliche, unwirkliche Welt eingeführt, zu der die Eltern nur schwer Zugang haben.

Gleichzeitig fühlen sich Frauen und Männer im Sog der Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung gezwungen, sich in den außerhäuslichen Arbeitsprozeß einbinden zu lassen. Als Folge davon kommen zu den neuen elektronischen "Erziehern" staatlich finanzierte Tagesstätten für Kinder hinzu.

Unter dem Deckmantel sogenannt staatlicher Familienförderungsprogramme wird das Kind dem Einfluß der Eltern noch weiter entzogen. Die Folgen einer solchen Kollektiverziehung sind zur Genüge aus den Erfahrungen der sozialistischen Länder bekannt. Es stellt sich die Frage, ob wir wider besseren Wissens unseren Nachkommen die schwerwiegenden negativen Folgen kollektivistischer Erziehung auch noch antun müssen.

Martin Massow schreibt in seinem lesenswerten Buch "Nach dem Feminismus": "Die Kollektiverziehung gleichaltriger Säuglinge und Kleinkinder führte aber auch in der DDR bald zu dem in der Kinderheilkunde seit hundert Jahren bekannten Ergebnis, daß Säuglinge und Kleinstkinder in der Massenpflege nur mit erheblichem Risiko aufgezogen werden können. Diese Fehlentwicklungen zeigen auch im 'goldenen Westen' vernachlässigte Kinder, die durch die Elternemanzipation aus dem Familienverband entlassen wurden.

Die wachsenden Zahlen von Halbweisen und Scheidungskindern, die sich selbst überlassen sind, kommen nicht von ungefähr, denn die Zerschlagung der Familienstrukturen ist feministisches Programm. ... Die Leidtragenden sind die entelerten Nachkommen.

Die Konsequenzen aus einer vernachlässigten Kindheit bekämen laut Prof. K. Hurrelmann,

Universität Bielefeld, nicht nur die Kinder, sondern die ganze Gesellschaft zu spüren. ... Da immer mehr Mütter berufstätig seien und es kaum Alternativen gäbe, sei oft das Recht der Kinder auf angemessene Betreuung nicht gewährleistet. Besorgniserregend sei die Zunahme psychosomatischer Leiden bei den Zwölf- bis Siebzehnjährigen."

Die Kinder werden heimatlos, bindungslos. Anstatt ihre menschlichen Fähigkeiten entfalten und für Familie und Gemeinwohl einsetzen zu können, werden sie indifferente Konsumenten oder schlimmer: instrumentalisierbare Manipuliermasse für die Machtinteressen der Wirtschaft oder willfährige Soldaten, die jeden Krieg mitmachen.

Wer diese Tatsachen kennt, wird alles daran setzen, unsere Nachkommen und ihre Familien vor der Zersetzung der Familie zu schützen, weil jeder Mensch die Erfahrung einer gesunden Familie für eine geglückte Entwicklung braucht. Es scheint nicht einfach zu sein, aus der Geschichte zu lernen. Versuchen wir es. Unsere Nachkommen werden es uns danken.<<

2003

Schlimmer als blind sein ist nicht sehen wollen.

Lenin, eigentlich Wladimir I. Uljanow (1870-1924, russischer Politiker)

06.01.2003

BRD: Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtet am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<

25.01.2003

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet am 25. Januar 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>"**Bedingungslose Kapitulation!**"

Vor 60 Jahren forderten die Angloamerikaner die militärische Selbstaufgabe des Gegners

Der Januar vor 60 Jahren brachte mit der deutschen Niederlage von Stalingrad nicht nur die offensichtliche militärische Kriegswende, sondern auch die entscheidende Weichenstellung für die deutsche Nachkriegsgeschichte.

Am 26. Januar 1943 kamen nämlich US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Briten-Premier Winston Churchill in Casablanca überein, den Krieg gegen die sogenannten "Achsenmächte" nur mit deren "bedingungsloser Kapitulation" zu beenden. Das bedeutete, daß Deutschland, Italien und Japan den Kampf nur um den Preis der militärischen Selbstaufgabe einstellen konnten und sich politisch dem Willen der Sieger zu ergeben hatten. Eine Zukunftsaussicht, die bei den betroffenen Völkern unterschiedliche Reaktionen auslösen mußte.

Während sich in Italien Kräfte regten, die durch einen Sturz Mussolinis und seines faschistischen Regimes einen milderen Kriegsschluß zu erreichen suchten, bewirkte die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation in Deutschland und in Japan eine Versteifung des Widerstandes und damit letztlich eine Verlängerung des Krieges. Denn Goebbels und die japanischen Propagandisten benutzten das unerhörte Übergabeverlangen als willkommenes Zeugnis alliierter Unterwerfungsabsichten und beschworen den Durchhaltewillen ihrer Völker.

Die Militär-Opposition gegen Hitler war über die "Casablanca-Forderung" unglücklich. Sie sah sich durch dieses von den Westmächten geforderte Kriegsende um wesentliche Erfolgsaussichten gebracht, weil sie nach einem gelungenen Sturz Hitlers ihrem Volk auch keinen weniger demütigenden Waffenstillstand versprechen konnte. Wie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) vorliegende Dokumente ausweisen, haben Vertrauensleute des deutschen Widerstands monatelang in der Schweiz mit US-amerikanischen Geheimdienstlern um einen akzeptableren Kriegsschluß gerungen, ohne das geringste Zugeständnis zu er-

reichen.

Diese Vergeblichkeit drohte manchen Regime-Gegner in Deutschland mutlos oder für die Durchhalte-Propaganda anfällig zu machen. Man konnte in der Berliner Bendlerstraße nicht ahnen, daß in Washington große Zweifel an der Ernsthaftigkeit eines Putsches gegen Hitler gehegt wurden beziehungsweise die Militär-Opposition bei den Westalliierten im Verdacht stand, sich mit einer Revolte nur geschickt aus der Verantwortung für die bevorstehende Niederlage herauswinden zu wollen.

Statt die angestellten Sondierungen als Hoffnungszeichen für ein baldiges Kriegsende zu deuten und sich wie im Falle Italiens kooperativ zu zeigen, interpretierte man in Washington und in London die deutschen Kontaktaufnahmen als langstrategische Kriegslist der Wehrmachtsgeneralität.

So hatte der britische Lord Vansittart bereits wenige Tage nach der ersten Fühlungnahme der deutschen Widerständler einen bissigen Fünfzeiler über die "Verschwörer-Generale" (the conspiring generals) verfaßt und darin ihren vermeintlichen Versuche, "den Nazis die Schuld für den Krieg zu geben" und selbst insgeheim schon "den nächsten Krieg vorzubereiten", mit den Worten angeprangert:

"Little Hans, in a tight corner, / Wondered what next he could try
So to look even littler / He bumped off his Hitler / And said 'What a good boy am I'."

Das heißt auf Deutsch soviel wie: "Klein Hans, in einem engen Eck, / überlegte, was er als Nächstes versuchen könnte, / so, um noch harmloser auszusehen, / brachte er seinen Hitler um / und sagte: 'Was für ein guter Knabe bin ich doch!'"

Als am Abend des 20. Juli 1944 offenkundig wurde, daß Hitler das Attentat in der "Wolfschanze" überlebt hatte und zum Gegenschlag ausholte, kommentierten die Angloamerikaner das Scheitern des Unternehmens fast mit einer gewissen Erleichterung. Das dokumentiert ein US-Geheimbericht vom 30. Juli 1944. Unter der Überschrift "Das beste Ergebnis des Hitler-Wunders" ("Best result of the Hitler-Miracle") überliefert er die freimütige Einschätzung der Lage Deutschlands und der Alliierten.

Danach sprachen "die Leute, welche Deutschland und die Deutschen am besten kennen, über das glückliche Entkommen Hitlers" ("The people who know Germany and Germans best were talking ... about Hitler's lucky escape") und kamen zu der Überzeugung, daß Hitlers Überleben ein Glücksfall für die Alliierten gewesen sei ("lucky for the Allies"). Und zwar deswegen, weil den "konspirierenden Generälen", die sich gegen Hitler erhoben hätten, danach keine Möglichkeit mehr geboten sei, den verlorenen Krieg allein Hitler anzulasten.

Diese gleichermaßen niederschmetternde wie verständliche Mißdeutung des Attentats vom 20. Juli 1944 fand auch in einer englischen Karikatur ihren Ausdruck. Auf ihr ist unter der Überschrift "Look out for the Phoenix" ein als Friedensengel verkleideter "Good German" zu sehen, der wie ein Phönix aus der Glut des verlorenen Krieges aufsteigt und neben der Palme in der rechten Hand den "Nucleus" für den nächsten Krieg ("Next War") in der Linken hält. Vor dem Hintergrund solcher Unterstellung glaubte Roosevelt die von den deutschen Regime-Gegnern ausgegangenen Signale bedenkenlos ignorieren zu können.

Dagegen mußte er bestimmte Gegenstimmen ernster nehmen. Zu ihnen gehörte als gewichtigster Bedenkenträger Papst Pius XII. Dieser wurde sogleich nach Bekanntwerden der "Unconditional-Surrender-Forderung" beim "Persönlichen Repräsentanten des Präsidenten der Vereinigten Staaten bei Seiner Heiligkeit", Botschafter Myron C. Taylor, vorstellig und drückte seine Besorgnis über die zu erwartenden Folgen eines solchen Ansinnens aus.

Er wies den Vertreter Roosevelts auf das Ungewöhnliche einer derartigen Unterwerfungsforderung hin und warnte vor ihrem kriegsverlängernden Effekt. Immerhin stünden an der Spitze der gegnerischen Armeen auch Männer mit Ehrgefühl, für die eine totale Unterwerfung unter den Sieger unannehmbar sei; außerdem würden bei der schier unausbleiblichen Verlängerung

des Krieges viele Tausende unschuldiger Menschen noch das Leben verlieren. "Und dies auch in der früher friedlichen Heimat, welche nunmehr gleichfalls in das blutige Kampfgeschehen einbezogen wird", wie er nach dem ersten alliierten Bombenangriff auf Rom im Juli 1943 mahnend hinzufügte.

Präsident Roosevelt fühlte sich durch diese Vorhaltungen in Erklärungszwang genommen und verlegte sich in der Rechtfertigung seiner Übergabe-Forderung auf eine Doppelstrategie. Er ließ dem Papst von Taylor versichern, daß die von den Alliierten verlangte "bedingungslose Kapitulation" der "Nazi-Armee" keineswegs gegen das deutsche Volk gerichtet sei oder eine "Entehrung Deutschlands" bezwecke, sondern einzig und allein der Absicht diene, "der Welt zu zeigen, daß die deutsche Wehrmacht nicht unbesiegbar" sei, wie dies viele glaubten.

Zugleich wollte er dem Pontifex durch die in Casablanca beschlossene "Unconditional-Surrender-Forderung" seine Entschlossenheit signalisieren, nicht "die Fehlannahme von 1918 zu wiederholen, nach welcher der deutsche Soldat im Felde unbesiegt geblieben" sei, woraus sich dann bekanntlich die "gefährliche Dolchstoßlegende" entwickelt habe.

Pius XII. zeigte sich über die Versicherung, das deutsche Volk nicht unterwerfen zu wollen, zwar erleichtert, vermochte jedoch die vorgebrachte Begründung für die "bedingungslose Kapitulation" mit dem angeblichen Verhindern einer neuen "Dolchstoßlegende" nicht vorbehaltlos anzunehmen. Sie erschien ihm wie eine "Schutzbehauptung", hinter welcher andere Absichten als die erklärte Vermeidung einer neuerlichen Geschichtsklitterung steckten.

Auch die bald nachgeschobene Beteuerung, man wolle mit Hilfe der "Unconditional-Surrender-Forderung" die "atheistische Seuche des Nazismus" austilgen, bedurfte in den Augen des Papstes noch der Einbeziehung des gleichermaßen atheistischen Bolschewismus, um glaubhaft zu werden.

Mit den weiteren Bombardierungen Roms und anderer italienischer Städte sowie der im Februar 1944 erfolgten Zerstörung der altherwürdigen Benediktinerabtei auf dem Monte Cassino durch alliierte Kampfflugzeuge geriet die Washingtoner Rechtfertigung der "Bedingungslosen Kapitulations-Forderung" in zunehmend größere moralische Unglaubwürdigkeit.

Wie Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt bei ihren jüngsten Archivstudien in den Vereinigten Staaten feststellen konnten, waren die von Pius XII. gehegten Zweifel an der Stimmigkeit der vorgebrachten Begründungen in der Tat berechtigt.

Denn Roosevelt lehnte es nicht nur ab, in einer öffentlichen Kundmachung dem deutschen Volk seine guten Absichten zu beteuern, sondern versicherte auch seinem alten Freund, General John Persing, im Ersten Weltkrieg US-amerikanischer Generalstabschef und erklärter Deutschenfeind, daß er den Zweiten Weltkrieg so beenden wollte, wie die USA den Ersten nach dem Willen Pershings hätten zu Ende führen sollen, nämlich "bis nach Berlin durchzumarschieren" und ganz Deutschland zu besetzen.

Ein "Endsieg"-Gedanke, den auch der Vater von Roosevelts Finanzminister Morgenthau, Henry Morgenthau der Ältere, in einem Interview mit der "New York Times" am 19. September 1919 vertreten hatte, als er davon sprach, daß man Deutschland 1918 hätte zwingen müssen, "to fight to a finish with the United States". Wie im übrigen auch einflußreiche US-Senatoren in jenen Jahren gemeint hatten.

Die ideologisch-missionarische Vorstellung vom Kampf der "im Lichte Stehenden" mit den "Mächten der Finsternis" hatte damals schon Einzug in die Außenpolitik der Vereinigten Staaten gehalten. US-Präsident Woodrow Wilson verkörperte im Ersten Weltkrieg die Lichtgestalt und hatte in dem "finsternen Autokraten" Wilhelm II. seinen zu überwindenden Antipoden.

Als Schlachtruf "Hang the Kaiser!" kam diese ideologisierte Kriegsführung bei den breiten Massen an und gipfelte bekanntlich im Artikel 2.227 des Versailler Friedensvertrags, welcher "Wilhelm II. von Hohenzollern wegen schwerster Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge" von einem "besonderen Gerichtshof" aburteilen lassen wollte. Die

Weigerung der holländischen Königin, den unter ihrem Asyl-Schutz stehenden deutschen Ex-Kaiser auszuliefern, ersparte der Welt diesen Schauprozeß.

In den Augen Roosevelts ein selbstverschuldeter Fehlschlag der Sieger des Ersten Weltkriegs, dessen Wiederholung er als Sieger des Zweiten Weltkriegs auf keinen Fall riskieren wollte. Daher mochte er sich mit einem herkömmlichen Waffenstillstand als Kriegsende nicht zufriedengeben, hätten ihm dann doch die verantwortlichen NS-Führer, mit Adolf Hitler an der Spitze, unter Umständen auch wieder entkommen können. Die sollten jedoch dieses Mal ihrer Strafe nicht entgehen. So kam für Roosevelt als Kriegsschluß nur die "bedingungslose Übergabe" in Frage.

Aber nicht nur als "Lehre aus der Geschichte der verpaßten Gelegenheiten" von 1918/19, sondern auch in Konsequenz vorangegangener Erklärungen Franklin Roosevelts; besonders der Jahre 1941 und 1942. So bezeichnete er am 14. August 1941 in der Atlantik-Erklärung ("Atlantik-Charta") die "vollständige Zerstörung der Nazi-Tyranei" als Ziel seiner Politik und trug den Mitgliedern des sogenannten "Washington-Paktes" vom 1. Januar 1942 auf, "im gemeinsamen Kampf gegen wilde und brutale Kräfte" den "vollständigen Sieg zu erringen" und "keinen gesonderten Waffenstillstand und keinen Sonderfrieden zu schließen".

Und noch wenige Tage vor seiner Zusammenkunft mit Winston Churchill in Casablanca hatte Präsident Roosevelt in seiner alljährlichen Budget-Botschaft an den amerikanischen Kongreß vom "totalen Krieg" ("total War") gesprochen, den man "hart" zu Ende zu führen gedenke. Sein Botschafter in Spanien, Carlton J. Hayes, wurde kurz darauf in einer "Adresse an führende offizielle Persönlichkeiten in Spanien" deutlicher, als er erklärte, daß "die Vereinigten Staaten entschlossen" seien, "weder einen Verhandlungsfrieden noch einen Kompromiß von den Achsenmächten zu akzeptieren, sondern bis zum völligen und endgültigen Sieg zu kämpfen". Da war der Schritt bis zur Verkündung der "Unconditional-Surrender-Forderung" von Casablanca nicht mehr allzu groß.

Um sie Wirklichkeit werden zu lassen, mußte folgerichtig die deutsche Wehrmacht völlig besiegt und das Reich vollständig unter Kontrolle genommen werden. Für eine eigene deutsche Zentralregierung war bei einem solchen Kriegsende naturgemäß kein Platz. Entsprechend wurde die Regierung Dönitz wenige Wochen nach der "bedingungslosen Kapitulation" von den alliierten Siegern abgesetzt und in Gefangenschaft geführt. Ein Vorgang, der gleichfalls in der europäischen Staatengeschichte seinesgleichen suchte - aus Washingtoner Sicht jedoch konsequent erschien.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 25. Januar 2003 (x887/...): >>**Preußens Wiedergeburt - eine realistische Vision?**

Der jüngste Vorstoß kommt vom stellvertretenden Vorsitzenden der Liberalen

Preußen lebt - als Idee, als Ideal und vielleicht auch irgendwann wieder als staatsrechtliche Realität. Jedenfalls dürfte das rigorose Verdikt der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die den Staat Preußen zum Symbol alles Übelen auf dieser Erde, insbesondere des Militarismus, hochstilisiert und folglich für tot erklärt hatten, nicht das letzte Wort der Geschichte gewesen sein.

Vor zwei Jahren, als wir den 300. Jahrestag der Krönung des ersten preußischen Königs - im ostpreußischen Königsberg - feierten, gab es die ersten, noch behutsamen Anzeichen einer Wiederbelebung Preußens. Ein sozialdemokratischer Landesminister dachte in Potsdam laut darüber nach, warum eigentlich ein aus Brandenburg und Berlin zusammengesetztes neues Bundesland nicht Preußen heißen sollte. In der offiziellen Feierstunde der Landsmannschaft Ostpreußen ging Festredner Prof. Wolfgang Stribny noch einen Schritt weiter und entwarf die Vision eines aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zusammengewachsenen Bundeslands Preußen.

Die Vision erregte viel Aufmerksamkeit, wurde - wie nicht anders zu erwarten - auch kriti-

siert, aber doch nicht im bislang gewohnten Stile total verdammt. In der Öffentlichkeit, auch jenseits der deutschen Grenzen, war der Begriff Preußen nicht mehr einseitig negativ besetzt. Nach Ablauf des Preußenjahres aber wurde es wieder still um Preußen. Diese Zeitung, die sich inzwischen den Zusatztitel Preußische Allgemeine Zeitung gegeben hatte, war so ziemlich die einzige, die noch regelmäßig über preußische Tugenden, preußische Geschichte und Preußens Zukunft schrieb.

Doch war die gute Idee auch in der politischen Klasse nicht vollends in Vergessenheit geraten. Den jüngsten Vorstoß machte der stellvertretende FDP-Vorsitzende Walter Döring: Er regte eine grundlegende Neuordnung der Länderstruktur an, mit nur noch neun Bundesländern, darunter einem aus Berlin und Brandenburg zu bildenden Preußen.

Die Idee verdient schon deshalb Beachtung, weil offensichtlich mehr als eine "Einzelmeinung" dahintersteckt. Es kann kein Zufall sein, daß hochrangige Repräsentanten der SPD, der Union, der Grünen und der FDP nahezu zeitgleich öffentlich über eine Neuordnung der Bundesländer nachdenken.

Christine Scheel von den Grünen will mit elf Ländern auskommen, dem Christdemokraten Wolfgang Schäuble würden sogar acht oder sieben Länder reichen. Und Sozialdemokrat Matthias Platzeck erinnert an die überfällige Selbstaflösung des von ihm regierten Landes Brandenburg zwecks Verschmelzung mit Berlin. Ob er damit liebäugelt, selber einmal preußischer Ministerpräsident zu werden, ließ er vorerst noch unerwähnt.

Immerhin: Die Reform der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland steht weiterhin auf der Tagesordnung - und da ist auch Platz für die Idee, eines der neuen Länder Preußen zu nennen. *Hans-Jürgen Mahlitz.*<<

01.03.2003

Belgien: Am 1. März 2003 findet in Brüssel die offizielle Eröffnungssitzung des Konvents für die Erstellung einer europäischen Verfassung statt.

19.03.2003

Irak: Nordamerikanische und britische Truppen greifen in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 den Irak an.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über die US-Begründung für den Irakkrieg im Jahre 2003 (x348/40-42): >>9/11 - Die Mutter aller Lügen

_von Oliver Janich

Mit den Terrorangriffen des 11. September 2001 begründete die Regierung von George W. Bush die Kriege der folgenden Jahre. Dabei springen die Widersprüche und Leerstellen der offiziellen Theorie sofort ins Auge. Wäre der 11. September Thema in der Fernsehserie Columbo, wäre die Folge nach zehn Minuten zu Ende. Jeden Tag bewundern wir im Fernsehen Kommissare, denen kleinste Widersprüche reichen, um den Täter zu überführen.

Weisen jedoch investigative Journalisten und Aktivisten auf Löcher in der offiziellen Theorie zum 11. September hin, werden sie nicht etwa wegen ihres kriminalistischen Spürsinns gelobt, sondern als Verschwörungstheoretiker verunglimpft. Dabei sind die Löcher so groß, daß eine ganze Galaxie hineinpassen würde. Würde ein Drehbuchautor so eine Story schreiben, würde er umgehend gefeuert.

Die Smoking Gun

Das ultimative Beweismittel, die "Smoking Gun", wie Amerikaner das nennen, sind natürlich die Bilder vom Einsturz von World Trade Center Nr. 7. Von keinem Flugzeug getroffen, sackt der Wolkenkratzer - wie von der Regierungsbehörde NIST nach sieben endlosen Jahren bestätigt - in freier Fallgeschwindigkeit in sein eigenes Fundament. Das ist physikalisch unmöglich. Nach den Newtonschen Gesetzen geht Masse den Weg des geringsten Widerstandes.

Das bedeutet, daß ein Gebäude immer auf die Seite kippt, auf der die Struktur nachgibt. Des-

halb sind bei kontrollierten Sprengungen Spezialfirmen nötig, die alle tragenden Teil gleichzeitig entfernen. Selbst das gelingt nicht immer, weil die Sprengladungen wirklich exakt zur selben Zeit hochgehen müssen. Anzunehmen, daß zufällig verteiltes und nach den Bildern kaum vorhandenes Bürofeuer dasselbe Resultat zustande bringen kann, ist absurd.

Dasselbe gilt natürlich auch für die Twin Towers, also World Trade Center Nummer eins und Nummer zwei, aber da dort Flugzeuge hineingeflogen sind, können die Behörden zumindest behaupten, daß dies der Grund für den symmetrischen Kollaps war. Das ist auch physikalischer Unsinn, aber zumindest leichter zu verkaufen.

Mittlerweile haben sich fast 2.000 Architekten, Statiker, Ingenieure und Physiker den Architects & Engineers for 911 Truth (*aefor911truth.org*) angeschlossen, die die oben beschriebene Ansicht vertreten. Und das sind nur diejenigen, die den Mut hatten, ihre Karriere aufs Spiel zu setzen. Schließlich haben sie millionenschwere Auftraggeber, denen das im Zweifel nicht recht ist, weil das Image der beauftragenden Firma darunter leiden könnte.

Luftabwehr? Fehlanzeige!

Aus kriminalistischer Sicht gibt es jedoch hunderte von weiteren Widersprüchen. Am auffälligsten ist zunächst, daß es den angeblichen Attentätern gelungen sein soll, die gesamte Luftwaffe der größten Militärmacht der Welt auszuschalten. Erklärt wird dies mit Inkompetenz. Doch das Abfangen von Flugzeugen, die auch nur leicht vom Kurs abkommen, ist reine Routine. Von September 2000 bis Juni 2001 wurden 67 Flugzeuge von der Flugabwehr NORAD abgefangen (AP, 12.8.2002). Im Jahr 2000 waren es insgesamt 129.

Die Flieger sind normalerweise auf einem 15-Minuten Alarm, was bedeutet, daß sie innerhalb von etwa acht Minuten in der Luft sein können (Calgary Herald vom 13.10.2001). Ab 8:13 Uhr betrachtete die Flugsicherung Flug 11 als entführt (AP 12.8.2002). Um 8:46 Uhr krachte Maschine 11 in den Nordturm. Um 9:38 Uhr soll Flug 77 ins Pentagon gestürzt sein. Insgesamt waren also fast eineinhalb Stunden Zeit, um etwas zu unternehmen. Das ist für die militärische Abwehr eine Ewigkeit.

Nun sind in den Jahren danach etliche sich widersprechende Erklärungen aufgekommen, wieso kein Flugzeug abgefangen wurde. Eine dieser Erklärungen ist, daß niemand damit gerechnet hätte, daß Terroristen Flugzeuge als Waffen benutzen könnten (Condoleezza Rice laut CBS am 16. Mai 2002). Das ist längst widerlegt, weil die Flugabwehr vor 9/11 etliche solcher Übungen abgehalten hat.

Alleine am 11. September fanden laut Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mindestens vier solcher Kriegsspiele statt (C-Span, 11.2.2005) Übungsszenario: Flugzeuge werden entführt und in das World Trade Center und andere Hochhäuser geflogen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Übungsszenario am selben Tag auch Wirklichkeit wird, geht gegen Null. Bei staatsterroristischen Anschlägen sind parallele Manöver hingegen häufig zu beobachten. Auf diese Weise können die Behörden unbehelligt operieren. Kommt aus Versehen eine nicht informierte Polizeibehörde den Geheimdiensten ins Gehege, erklärt man, es sei nur eine Übung.

Im Falle von 9/11 hatte diese Parallelität eine weitere Funktion. Durch die gleichzeitig stattfindenden Manöver konnten die Sicherheitskräfte nicht mehr zwischen echten und falschen Radarsignalen unterscheiden. Normalerweise werden Übungen natürlich streng von der realen Situation getrennt.

In diesem Fall geht aber eindeutig aus den Überwachungsbändern, die vom Magazin *Vanity Fair* auf seiner Website veröffentlicht wurden, hervor, daß die Lotsen nicht mehr wußten, welches gekidnappte Flugzeug echt war und welches nur zu einer Übung gehörte. Verantwortlich für diese Übungen war Colonel Robert Marr. Er hat als diensthabender Kommandant im Zentrum der nördlichen Flugabwehr (NEADS) dafür gesorgt, daß die Abfangjäger zu spät vor Ort waren. Begründet wird dies mit Mißverständnissen und Irrtümern. Alleine die Tatsache,

daß dieser Mann nicht auf jeder Titelseite ist und niemals vor irgendeinem Gericht erscheinen mußte, spricht Bände. ...

Rumsfelds Visionen

Doch aus solchen Erklärungsnotén könnten sich die Verantwortlichen notfalls noch herausreden. Aber daß das Loch im Pentagon viel zu klein für eine Boeing war und keinerlei eindeutig identifizierbare Wrackteile zu erkennen waren, kann nicht wegdiskutiert werden. Auch dafür werden die kuriosesten Begründungen geliefert, etwa, daß sich das Flugzeug aufgrund der Geschwindigkeit vaporisiert, also praktisch in Luft aufgelöst hätte. Es bleibt dann aber immer noch die Frage, warum es vom am besten überwachten Gebäude der Welt keine Videoaufnahmen gibt, die eine Boeing zeigen.

Die vom Spiegel am 8. Februar 2002 als Beweis gefeierten Bilder des Einschlags zeigen alles mögliche, nur keine Boeing. Bis heute hält das FBI 84 Videos unter Verschuß, die unmittelbar nach den Anschlägen rund um das Gebäude beschlagnahmt wurden. Eine Klage des Anwalts Scott Hodes - spezialisiert auf das Freiheitsinformationsgesetz (FOIA) - auf Freigabe der Bänder scheiterte. Beim angeblich in Shanksville abgestürzten Flug 93 sind ebenfalls keinerlei Wrackteile - wie sonst üblich - zu sehen.

Weisheiten

"Laßt uns niemals frevelhafte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit den Anschlägen des 11. September tolerieren, boshafte Lügen, die bezwecken, die Schuld von den Terroristen selbst abzulenken."

(G. W. Bush, 10. November 2001) ...

"Ich glaube nicht auch nur eine Minute daran, daß wir alles richtig verstanden haben."

(Lee Hamilton, stellvertretender Leiter der 9/11-Commission des US-Kongresses)

"Tatsächlich hält die offizielle Version einer genauen Überprüfung nicht stand."

(Roland Dumas, französischer Außenminister von 1984 bis 1986 sowie von 1988 bis 1993)

Hauptverdächtig sind diejenigen, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten.

Für jeden Kriminalkommissar würden diejenigen zum Kreis der Hauptverdächtigen gehören, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten. Als oberster Hellseher hat sich dabei ausgerechnet der diensthabende Verteidigungsminister Donald Rumsfeld entpuppt. Der *Fayetteville Observer* schreibt am 16. September 2001, daß Rumsfeld am Morgen des 11. September mit einigen Leuten über Raketenabwehr und Terroranschläge in der Vergangenheit sprach. Rumsfeld sagte zu den Anwesenden: "Lassen Sie mich Ihnen eines sagen.

... Es wird noch ein weiteres Ereignis geben." Dann schreibt die Zeitung: "Zwei Minuten später krachte ein Flugzeug ins World Trade Center und bewies, daß er richtig lag."

Rumsfelds erstaunliche hellseherische Fähigkeiten an diesem Tag sind damit nicht zu Ende. Der britische Telegraph schreibt am 16. Dezember 2001, daß Christopher Cox, der Vorsitzende des Verteidigungskomitees des Repräsentantenhauses, mit Rumsfeld im Ostflügel des Pentagon vor dem Fernseher saß und das Geschehen in New York betrachtete. Cox erinnerte sich daran, daß Rumsfeld zu ihm sagte: "Glauben Sie mir, es ist noch nicht vorbei. Es wird eine weitere Attacke geben, und es könnte uns treffen. "Momente später", schreibt der Telegraph, "schlug das Flugzeug (ins Pentagon) ein."

Schon tags zuvor bewies Rumsfeld ein erstaunliches Gefühl für Timing. Am 10. September erklärte er einem verdutzten Auditorium, daß 2,3 Billionen Dollar im Haushalt des Pentagon unauffindbar seien (CBS, 29.1.2002). Einen Tag später fragte niemand mehr nach dem Verbleib dieser unglaublichen Summe. Laut Pittsburgh Post Gazette vom 20. Dezember 2001 wurden 34 von 65 Angestellten des Resource Office der Armee im Pentagon an diesem Tag getötet. Die meisten der in diesem Büro Umgekommenen seien private Wirtschaftsprüfer, Buchhalter und Budget-Analysten gewesen.

Ebenso frappierend ist, daß sowohl der Krieg gegen Afghanistan als auch der gegen den Irak

bereits vor dem 11. September 2001 geplant waren, obwohl diese Kriege ohne diesen Anschlag niemals hätten gerechtfertigt werden können. Die BBC meldete am 18. September 2001, daß die Pläne für eine militärische Aktion in Afghanistan laut dem früheren pakistanischen Außenminister Niaz Naik bereits im Juli 2001 für Oktober vorlagen.

Am 10. September 2001 sollten George Bush die Pläne präsentiert werden (CBS News, 5.8.2002). Bereits am 7. November 2000 meldete die BBC, daß im Rahmen der Aktion "Swift Sword" - der größten Übersee-Übung in der englischen Militärgeschichte - im September 2001 insgesamt 20.000 Soldaten in den Oman verlegt werden würden. Die "Swift Sword-Truppen" wurden später für den Kampf in Afghanistan eingesetzt (Telegraph, 1.10.2001)

Am 18. Januar 2004 erzählt der von Bush zum Rücktritt gedrängte Finanzminister Paul O'Neill in der CBS-Sendung *60 Minutes*, daß die Invasion im Irak bereits Anfang 2001 geplant war, was ein Memo, das im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes ans Licht kam, bestätigt. In dem Schriftstück vom 31. Januar 2001 wird eine Sitzung für den 1. Februar 2001 anberaumt, die den politisch-militärischen Plan für die "Nach-Saddam-Irak-Krise" zum Inhalt hatte.

Während es für die Täterschaft von Osama bin Laden so wenige Beweise gibt, daß selbst das FBI ihn dafür nicht auf die Fahndungsliste setzte, schmelzen alle vermeintlichen Beweise für die offizielle Geschichte nach und nach dahin wie Eis in der Sahara nach 1.000 Jahren globaler Erwärmung.

Der einzige indirekte Zeuge dafür, daß auf den Flügen überhaupt Entführer mit Teppichmessern waren, ist mit Ted Olson ausgerechnet der Anwalt, der George W. Bush im Fall gegen Al Gore um die falsch ausgezählten Stimmen im 2000er Präsidentschaftswahlkampf vertreten hat und der von Juni 2001 bis Juli 2004 Generalstaatsanwalt unter Bush war. Ein Drehbuchautor, der den Anwalt von Bush als Zeugen präsentiert hätte, wäre damit noch nicht mal an der Sekretärin eines Produzenten vorbeigekommen.

Ted Olson will mit seiner Frau Barbara in einem der entführten Flugzeuge telefoniert haben. Unglücklicherweise für den Herrn Staatsanwalt kam im Prozeß United States gegen Zacarias Moussaoui - einem angeblichen 9/11-Mittäter, dem nur nachgewiesen werden konnte, daß er die anderen Beschuldigten kannte - heraus, daß es nur einen Anruf von Barbara Olsen gab. Der war "unconnected" (nicht verbunden) und dauerte exakt 0 Sekunden. Wie sagte Inspektor Columbo immer so schön? "Das muß ich unbedingt meiner Frau erzählen!" Die war in der Serie exakt so oft zu sehen, wie der Welt definitive Beweise für die offizielle 9/11-Story präsentiert wurden: Nie.<<

Hermann Hitthaler berichtete auf seiner Webseite "www.gottliebuns.com" über die "Neue Weltordnung" (x938/...): >>**Auf dem Weg zur Weltherrschaft**

Vereinte Nationen - UNO

Dunkle Mächte beherrschen die Welt.

Die neuen Organisationen, die die Round-Table-Groups weitgehend ersetzen, verfolgten einen doppelten Zweck. Sie dienten als Brains Trust oder Denk-Tanks, die dem Hauptzweck der Förderung des Eine-Welt-Ideals diene. Da sie direkte Verbindungen zu den obersten Befehlsebenen des Großgeschäfts, einschließlich Banken, mit Regierungen und politischen Parteien und Universitäten unterhielten, dienten diese Körperschaften auch als inoffizielle Arbeitsämter, deren Aufgabe darin bestand, angemessen indoktrinierte Rhodes-Schüler in Positionen zu schleusen, wo man von ihnen erwarten konnte, daß sie ihren ganzen Einfluß ausüben würden, um die gemeinsame Vision eines Eine-Welt-Himmels auf Erden verwirklichen zu helfen. ...

Wen dieser Bereich interessiert, kann hier viele Informationen finden und Hintergründe erfahren, ohne Gewähr: Round Table, CFR ...

Während des Zweiten Weltkrieges Planung der Aufrichtung der VEREINTEN

NATIONEN - UNO

1. Das CFR, mit der Ausarbeitung für Nachkriegspläne beauftragt, entwirft die Statuten der VEREINTEN NATIONEN

Dies ist die Gruppe, die die Vereinten Nationen ersann - der erste große, erfolgreiche Schritt auf dem Weg zu einem Welt-Superstaat. Mindestens 47 CFR-Mitglieder waren unter den amerikanischen Delegierten bei der Gründung der Vereinten Nationen in San Franzisko im Jahre 1945. Es waren neben anderen:

Harold Stassen, John J. McCloy, Owen Lattimore (der vom senatsinternen Sicherheitsausschuß ein "bewußtes Bindeglied der sowjetischen Verschwörung" genannt wurde), Alger Hiss (kommunistischer Spion), Philipp Jessup, Harry Dexter White (kommunistischer Agent), Nelson Rockefeller, John Foster Dulles, John Carter Vincent und Dean Acheson.



Um sicher zu sein, daß die kommunistischen Parteimitglieder die Wichtigkeit der Etablierung der UN verstanden, gab das offizielle theoretische Parteijournal Political Affairs in seiner April-Ausgabe 1945 folgende Anordnung:



"Allgemeine Unterstützung und großer Enthusiasmus sollten hervorgerufen werden, gut organisiert und leidenschaftlich artikuliert. Doch dies genügt nicht. Die Opposition muß so hilflos gemacht werden, daß sie unfähig ist, irgendeine bedeutende Unterstützung im Senat gegen die Charta der Vereinten Nationen und die nachfolgenden Verträge zu finden."

Es ist erstaunlich, daß sich die Parteien noch niemals die Frage stellten, weshalb sie eine Organisation unterstützen müssen, die von den ihnen verhaßten Per-

sönlichkeiten der Wall Street beherrscht wird. Die meinungsbildenden Vertreter der Massenmedien haben sich geradezu selbst übertroffen, indem sie die UN als Friedensorganisation anstatt als Fassade der internationalen Bankiers darstellen.

Die Mitglieder des CFR beherrschten nicht nur die Einrichtung der UN, sie standen auch dem amerikanischen Präsidenten bei den Konferenzen in Teheran, Potsdam und Jalta zur Seite, wo Millionen von Menschen den Händen Joseph Stalins ausgeliefert wurden - eine gewaltige Ausdehnung der kommunistischen Verschwörung. Verwaltungsassistent von F. D. Roosevelt war zu dieser Zeit ein Schlüsselmitglied des CFR namens Lauchlin Currie, der später von J. Edgar Hoover als Sowjetagent identifiziert wurde.

So vollendet hat das CFR das Außenministerium in den vergangenen 38 Jahren beherrscht, daß außer Cordell Hull, James Byrnes und William Rogers alle Staatssekretäre CFR-Mitglieder waren. Rogers war kein Mitglied, doch Mr. Nixons Hauptberater in auswärtigen Angelegenheiten, Prof. Henry Kissinger, wechselte aus dem Stab des CFR zu diesem Posten über. Auch die Untersekretäre des Außenministeriums sind fast durchweg Mitglieder.

2. Eindeutiges Ziel des CFR ist und bleibt Errichtung einer Weltregierung, einer "internationalen Ordnung"

Auch heute arbeitet das CFR aktiv auf sein Hauptziel hin, die Regierung über die ganze Welt -

einer Regierung, die von den Insidern und deren Verbündeten kontrolliert werden soll. Das Ziel des CFR ist also schlichtweg die Abschaffung der Vereinigten Staaten mit ihrer konstitutionell garantierten Freiheit. Und es wird noch nicht einmal versucht, dies zu verbergen: Study Nr. 7, vom CFR am 25. November 1959 veröffentlicht, rät offen zur "Bildung einer neuen internationalen Ordnung, (welche) dem Verlangen der Welt nach Frieden (und) nach sozialer und wirtschaftlicher Veränderung entsprechen muß. ... eine internationale Ordnung (das Codewort für Weltregierung) ... inklusiv der Staaten, die sich selbst als Sozialisten (Kommunisten) bezeichnen."

Diese Motivation wird für die verständlich, die die Mitgliederliste des CFR studiert haben. Internationale Bankorganisationen, die gegenwärtig Mitglieder des CFR stellen, sind u.a.: Kuhn-Loeb & Co.; Lazard Freres (direkt verbunden mit Rothschild); Dillon Read; Lehman Bros.; Goldman, Sachs; Chase Manhattan Bank; Morgan Guaranty Bank; Brown Bros. Harriman First National City Bank; Chemical Bank and Trust und Manufacturers Hanover Trust Bank.

Führende Männer von folgenden großen Gesellschaften sind Mitglieder des CFR: Standard Oil, IBM, Xerox, Eastman Kodak, Pan American, Firestone, US Steel, General Electric und American Telephone and Telegraph Company.

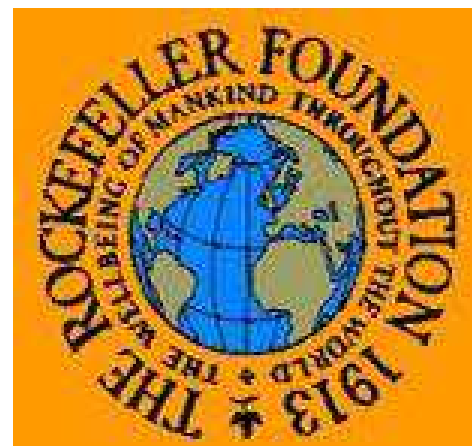
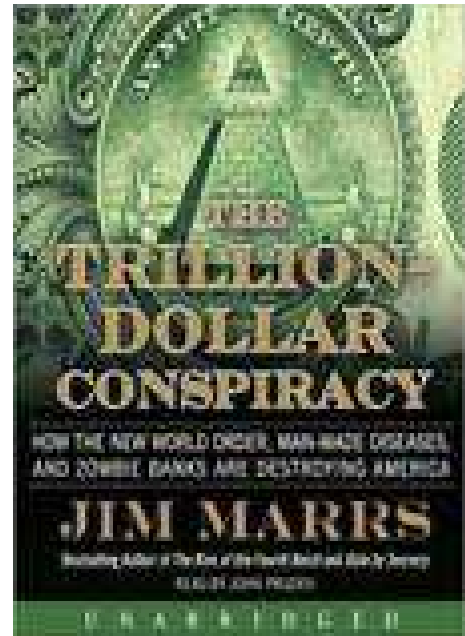
Ebenfalls Mitglieder der CFR sind Männer von so offensichtlich linksgerichteten Organisationen wie der Fabian Socialist Americans for Democratic Action (FS), die Socialist League for Industrial Democracy - früher Intercollegiate Socialist Society - und die United World Federalists, die offen zu einer Weltregierung mit den Kommunisten raten.

So ergebene sozialistische Arbeiterführer wie vormals Walter Reuther, David Dubinsky und Jay Lovestone waren ebenfalls Mitglieder des CFR. Man hält diese Männer und Organisationen doch für eingefleischte Gegner der oben aufgeführten Banken und Gesellschaften, dennoch gehören sie demselben Lager an. Es liegt auf der Hand, warum diese Tatsache nicht publik gemacht wird.

Das CFR ist völlig verknüpft mit den großen Stiftungen und den sogenannten "Denkfabriken". Mit eingeschlossen in diese Verknüpfung sind die Rockefeller-, Ford- und Carnegie-Stiftungen und die Rand-Corporation, Hudson Institut, Fund - for - the - Republic und Brookings Institute.

Unter den Kommunikationsgesellschaften, die im CFR vertreten sind, finden wir: National Broadcasting Corporation, Columbia Broadcasting Corporation, Time, Life, Fortune, Look, Newsweek, New York Times, Washington Post, Los Angeles Times, New York Post, Denver Post, Louisville Courier Journal, Minneapolis Tribune, die Knight-Zeitungen, McGraw-Hill, Simon & Schuster, Random House, Little Brown & Co., McMillan Co., Viking Press, Saturday Review, Business Week, Harper Bros, und den Club "Das Buch des Monats".

Wenn die Kontrolle einer Organisation über ein solches Aufgebot von Firmen unmöglich erscheint, so nur deshalb, weil die meisten Leute nicht wissen, daß die Gründer solcher Giganten wie der New



York Times und NBC (Nationale Rundfunkgesellschaft) von Morgan, Schiff und deren Verbündeten ausgewählt, finanziert und dirigiert wurden. David Ochs von der Times und David Sarnoff von der RCA (Radiogesellschaft von Amerika) sind Beispiele hierfür. Beide erhielten frühe finanzielle Hilfe durch Kuhn-Loeb & Co. und eine Morgan-Bürgschaft.

Alle diese Firmen und Gesellschaften haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit das CFR nicht entdeckt und seine Rolle bei der Erschaffung einer sozialistischen Welt-diktatur nicht ausfindig macht. ...

Stiglitz und der Herdentrieb

Der Nobelpreisträger und Informationsökonom Joseph E. Stiglitz läßt keinen Zweifel daran, daß eine kritische Presse dem Herdentrieb entgegenwirken könnte, der Spekulationsblasen entstehen läßt. Der Journalismus könnte für die nötigen "checks and balances" sorgen und "zur Gesundung von Märkten beitragen, die den Bezug zur Realität verloren" haben. Andererseits macht Stiglitz klar, weshalb solch ein Anspruch vielfach Wunschdenken bleibt: Journalisten "stehen nicht abseits vom Rest der Gesellschaft". Auch sie werden leicht von der Herdenmentalität erfaßt - es gebe starke Anreize, weshalb sie sich meist nicht "gegen den herrschenden Wind" stemmen könnten.

Auch Stiglitz sieht "in der symbiotischen Beziehung" zwischen Journalisten und ihren Quellen eine große Gefahr. Dieses enge Verhältnis füge der Gesellschaft oftmals Schaden zu. Zudem verleite "Hybris Journalisten zur Fehleinschätzung, sie könnten als Empfänger von Informationen verzerrte und fehlerhafte Darstellungen aussortieren, solange sie nur die Information selbst bekommen".

Allzu oft flüchteten Redaktionen obendrein in "He said, she said-Berichterstattung", ein "einfaches, wenig ausgewogenes Reportieren der verschiedenen Positionen, ohne jedwede Analyse" - als würde "ein farbenblinder Reporter über den Himmel berichten und denen, die ihn für orangefarben erklären, gleiches Gewicht geben wie denen, die ihn für blau halten".

Offenbar ist diese Angst den Job zu verlieren, wenn etwas über die Bilderberger-Gruppe oder das CFR und dessen enge Verbindung zur Federal-Reserve und der US-Regierung, bis hin zur UNO offengelegt werden müßte sehr groß! Von Verschwörung überhaupt keine Rede aber von der Notwendigkeit einer "neuen Weltordnung" bestimmt, um die Massen auf das Kom-mende einzustimmen. Da jene Weltbürger vom Funktionieren der Demokratie überzeugt sind aber wenig bis nichts über biblische Vorhersagen wissen, unterstützen sie die Idee, die "Frieden und Sicherheit" verkünden wird!

(1. Thessalonicher 5,1-5) *Was nun die Zeiten und die Zeitabschnitte betrifft, Brüder, braucht euch nichts geschrieben zu werden.*

Denn ihr selbst wißt sehr wohl, daß Jehovas Tag genauso kommt wie ein Dieb in der Nacht. Wann immer sie sagen: "Frieden und Sicherheit!", dann wird plötzliche Vernichtung sie überfallen wie die Geburtswehe eine Schwangere; und sie werden keinesfalls entrinnen.

Ihr aber, Brüder, ihr seid nicht in Finsternis, so daß jener Tag euch so überfalle, wie er Diebe (überfallen) würde, denn ihr alle seid Söhne des Lichts und Söhne des Tages. Wir gehören weder zur Nacht noch zur Finsternis.

Es ist an jedem von uns, die Zeichen die Jesus für das herannahende Ende vorgab zu erkennen und selbst sich vor Gott rein zu erhalten! Mit dem Friedensjahr der UNO 1986 und den Friedensgebeten der Religionsführer in Assisi, dann Ende August 2001 mit dem Friedentreffen der religiösen Führer in New York vor der UNO im WORLD PEACE SUMMIT wurden erste Ankündigungen kommenden "Friedens und Sicherheit" ausgerufen!

(Daniel 2, 41-43) *Und daß du die Füße und die Zehen teils aus geformtem Töpferton und teils aus Eisen bestehend sahst: Das Königreich selbst wird sich als geteilt erweisen, aber etwas von der Härte des Eisens wird offenbar in ihm sein, da du ja das Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast.*

Und was die Fußzehen betrifft, die teils aus Eisen und teils aus geformtem Ton waren: Das Königreich wird sich teils als stark erweisen und wird sich teils als zerbrechlich erweisen. Daß du Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast: Sie werden schließlich mit der Nachkommenschaft der Menschen vermischt sein; aber sie werden sicherlich nicht aneinanderhaften, dieses an jenem, so wie sich Eisen nicht mit geformtem Ton vermischt.

Anglo-Amerika, als die "Füße aus Eisen mit feuchtem Ton vermischt", wird trotz seiner scheinbaren Härte nicht zu bestehen vermögen. Die Demokratie erweist sich als schwach und die eisenharte Regierung wird das Aufbegehren der Völker nicht zu kontrollieren vermögen! Was aber schlußendlich den Zusammenbruch dieser Weltregierung bewirken wird ist das Einschreiten von Gottes eigenem Engelheer in Harmagedon.

Dort wird jede Autorität und jede Machtstruktur dieses Systems zum Ende kommen! Das "Königreich der Himmel", das danach über die Erde zu herrschen beginnt ist eine vollkommene Theokratie und wird wahren Frieden und wirkliche Sicherheit für das ganze Millennium sicherstellen!

4. Die Idee von Colonel House: Zwei politische Parteien aber nur eine Ideologie die auf oberster Ebene verschmelzen

Colonel House war - es wurde schon erwähnt - der Auffassung, daß es zwei politische Parteien, aber nur eine Ideologie geben sollte - den Weltsozialismus. Genauso verhält es sich heute in Amerika. Obwohl es philosophische Differenzen zwischen den bodenständigen Demokraten und Republikanern gibt, wird man bei Betrachtung der politischen Parteien feststellen, daß diese Differenzen sich nach oben hin immer mehr verlieren. Schließlich verschwinden die Unterschiede ganz hinter der vom Establishment gemanagten Pressezensur. An der Spitze steht die Kontrolle des CFR.

George Wallace hatte recht, als er im Jahre 1968 behauptete, es gäbe zwischen den beiden Parteien nicht den geringsten Unterschied.

Folgende Mitglieder der Demokratischen Partei waren oder sind CFR-Agenten: Dean Acheson, Alger Hiss, Adlai Stevenson, John Kennedy, Robert Kennedy, Edward Kennedy, Averell Harriman, George Ball, Henry Fowler, Dean Rusk, Adam Yarmolinsky, Hubert Humphrey und John Lindsa.

Von den internationalen Bankiers wurden viele, die in der L. B. Johnson-Verwaltung tätig waren, für ihre Dienstleistungen mit bequemen und lukrativen Posten belohnt.

Unterstaatssekretär George Ball kam zu Lehmann Brothers; Finanzsekretär Henry Fowler zu Goldman, Sachs & Co.; der Budget-Direktor Peter Lewis, Finanzuntersekretär Frederick Deming und der ehemalige Handelssekretär C. R. Smith wurden von Lazard Freres (Rothschild) aufgenommen. Fowler und Deming waren in hohem Maße für die Politik verantwortlich, die dazu führte, daß die Nationen Europas die Hälfte unseres Goldes beanspruchten und die US-Staatskasse all ihrer Silber-Reserven beraubt wurde, die sie während eines Jahrhunderts angelegt hatte. Wurden diese Männer aus Mitleid wegen ihrer Unfähigkeit oder zum Dank für ihre Verdienste belohnt?

Die Republikanische Partei wurde von folgenden Männern für das CFR kontrolliert: Dwight D. Eisenhower, John Foster Dulles, Thomas E. Dewey, Jacob Javits, Robert McNamara, Henry Cabot Lodge, Paul Hoffman, John Gardner, dem Rockefeller-Clan, Elliott Richardson, Arthur Burns, Henry Kissinger und Richard Nixon.

Es wurde zwar jede Verwaltung seit F. D. Roosevelt vom CFR beherrscht, die Nixon-Regierung hält jedoch durch die Berufung von 110 CFR-Mitgliedern in Schlüsselpositionen der Regierung den Rekord. Henry Kissinger repräsentiert das vollkommene Gegenteil von dem, wofür Richard Nixon in seiner Wahlkampagne einzutreten versprach. Liberale und Konservative sind sich einig, daß Kissinger bei weitem der bedeutendste Mann in der Nixon-Regierung ist. ...<<

22.03.2003

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 22. März 2003 (x887/...):
>>"**Neues deutsches Sprechen**"

Wir sind keine Kids, sondern Kinder", stellten die 139 Schülerinnen und Schüler im niedersächsischen Gifhorn am internationalen "Tag der Muttersprache" fest. Und: "Wir wollen klares Deutsch, klares Englisch. Kein Denglisch. Keine überflüssigen Anglizismen." Sie hatten sich zuvor an ihrer Christoph-Kolumbus-Schule intensiv mit der Sprachpanscherei, der Mischung von Deutsch und Englisch beschäftigt.

Auch Gifhorns Bürgermeister Manfred Birth lehnte die Sprachenmischung ab: "Die Muttersprache ist wichtiges Kulturgut eines Volkes. Sie ist nicht statisch, sondern verändert sich. Aber sie darf in dieser Veränderung nicht von anderen Sprachen überdeckt werden." Hannelore Pirlich vom Verein Deutsche Sprache fügte hinzu: "Ohne unsere Muttersprache wird unsere Kultur sprachlos."

Die Gifhorner Schülerinnen und Schüler, ihr Bürgermeister und der Verein Deutsche Sprache wissen, was in einer Zeit der systematischen Zerstörung der deutschen Sprache richtig und notwendig ist. Damit sind sie den Kultusministern der Länder der Bundesrepublik Deutschland weit voraus. Beteiligen sich doch diese berufenen Vertreter der deutschen Kulturpolitik mit Eifer an den Bemühungen, unser Land mit Anglizismen zu überziehen. Gemeinsam mit dem Bundesminister für Bildung und Forschung und dem Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veranstalten sie einen sogenannten "Girl's Day".

Am 8. Mai dieses Jahres - ansonsten im politischen Spektrum vom Gedenken an Kapitulation, Niederlage bis hin zu "Befreiung" besetzt - sollen bundesweit junge Mädchen mit ihren künftigen Berufschancen vertraut gemacht werden. Schon in den beiden vergangenen Jahren stand der Zukunftstag für Mädchen unter dieser albernen Bezeichnung. Inhaltlich handelt es sich dabei um eine gute Idee, mit der den Kindern und Eltern geholfen werden soll, erste praktische Einblicke und Kontakte in verschiedene Berufsfelder und Unternehmenszweige zu gewinnen, um zukunftsgerichtete Berufsentscheidungen treffen zu können.

So hatten denn auch in den beiden Vorjahren diese Mädchentage, dort, wo sie informations- und ereignisreich gestaltet wurden, ein positives Echo. Die unsinnige Bezeichnung "Girl's Day" für eine deutsche Unterrichtsveranstaltung hat offenbar niemand in den vielen Kultusministerien in Frage gestellt, auch nicht in den zahlreichen gesellschaftlichen Organisationen, die sich an der Vorbereitung und Gestaltung dieses Tages beteiligen.

Das sind der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die Bundesanstalt für Arbeit (BA), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH).

Tatsache ist: Diese allumfassende gesellschaftliche Repräsentanz des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens unserer Republik tritt unter dem Namen "Girl's Day" an, um den jungen Mädchen in Deutschland die Arbeitswelt zu zeigen.

Die ganz persönliche berufliche Zukunft soll "auf Englisch" beginnen. Die Unterhaltungsindustrie liefert den Spaß dazu mit "Halloween" und "Red Nose Day", während die öffentlich-rechtlichen und privaten Medien das Ganze mit englischsprachiger Musik berieseln. Daraus folgt: Die jungen Leute von heute werden systematisch ihrer deutschen Muttersprache entfremdet und damit geistig und kulturell unterworfen.

Auch die grüne Bundesverbraucherministerin Renate Künast leistet ihren Beitrag zu dieser Art Jugenderziehung. Gemeinsam mit der Deutschen Landjugend und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat sie das "biofood project" auf die Beine gestellt, das durch die Lande zieht. Dabei sollen Tausende Kinder und Jugendliche erfahren, "was sie essen" und woher die Nahrungsmittel kommen.

Dumm nur, daß "biofood project" nicht einmal Englisch ist, denn "Bionahrung", die Frau Kü-nast wohl meint, heißt im englischsprachigen Raum "organic (grown) food". Die Ministerin macht sich international bestenfalls lächerlich, denn die Bezeichnung ihres "biofood projects" ist "Denglisch", wie die Abkürzung für Deppenenglisch lautet.

Die Kinder von Gifhorn wehren sich. Sie wissen, daß ihre Muttersprache nicht nur die am meisten gesprochene Sprache in Europa ist, sondern wegen der Mittellage Deutschlands auch die meisten Sprachkontakte auf unserem Kontinent hat. Sie achten das Englisch als weltweit wichtigste Fremdsprache, die es zu lernen gilt, wenn man in der Muttersprache geistig und emotional "zu Hause ist". Die Kultusminister und mit ihnen Politik und Wirtschaft unseres Landes sollten in Gifhorn in die Schule gehen und dort lernen.<<

16.04.2003

Griechenland: In Athen unterzeichnen am 16. April 2003 die 15 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der zehn Beitrittsländer (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) die Beitrittsverträge.

26.04.2003

BRD: Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet am 26. April 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die Rolle von Juden im Bolschewismus**

Johannes Rogalla v. Bieberstein greift in seinem neuesten Buch ein brisantes Thema auf Die Behandlung des höchst brisanten Themas durch einen auch im Ausland anerkannten Fachmann dürfte zu einer objektiveren Sicht der jüngsten Geschichte beitragen. Professor Nolte schrieb hierzu ein gewichtiges Vorwort. Ein Rußlandexperte von Harvard stellte 1996 fest: "Die Unterstellung, daß das internationale Judentum den Kommunismus erfand, um die christliche oder 'arische' Zivilisation zu zerstören, habe die ideologische und psychologische Begründung der 'Endlösung' geschaffen."

Zwar lehnte die Mehrheit der Juden den bis dahin unvorstellbaren Terror der Bolschewisten ab, was aber nicht verhinderte, daß die christliche Welt auf die bolschewistische Bedrohung mit Antisemitismus reagierte. Der amerikanische Autokönig Henry Ford prangerte in seinem Weltbestseller "Der internationale Jude" die Juden generalisierend als "Revolutionsmacher", speziell in Deutschland und Ungarn, wo Bela Kun eine jüdische Räterepublik errichtet hatte, an. Sein Buch wurde in 16 Sprachen übersetzt und lieferte den Nationalsozialisten willkommene Munition für ihren Kampf gegen die Juden. Es war nur folgerichtig, daß Ford Hitler unterstützte.

Daß nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende Bücher über Antisemitismus und Nationalsozialismus erschienen, aber kein einziges über den "jüdischen Bolschewismus", glaubt der israelische Historiker Jacob L. Talmon darin begründet, daß es sich um ein explosives Thema handelt, nämlich um die historische Verantwortung und Schuld der Juden für den Bolschewismus.

Wenn Daniel Goldhagen in "Hitlers willige Vollstrecker" behauptet, der Antisemitismus habe mit dem Handeln der Juden nichts zu tun, ist im günstigsten Fall anzunehmen, daß er die Geschichte nicht kennt.

Wenn Elie Wiesel schreibt: "Die Mörder (der Juden) waren Christen", könnte man mit sehr viel mehr Recht darauf hinweisen, daß jüdische Bolschewisten den Tod von Millionen Menschen auf dem Gewissen haben.

In der Tscheka, der bolschewistischen Geheimpolizei, betrug der Anteil von jüdischen Spitzenfunktionären im Jahr 1934 39 Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil von lediglich zwei Prozent. Trotzki war der erste Vorsitzende der "Gesellschaft der Gottlosen".

Sein Stellvertreter, Emeljan Jaroslawski, ebenfalls Jude, erklärte: "Wir wollen alle Kirchen der ganzen Welt in ein riesiges Meer von Flammen stürzen." Von 54.000 russischen Kirchen 1914 waren 1940 noch ganze 500 übriggeblieben. Der "kriegerische Atheismus" wurde in der

Sowjetunion unter führender Beteiligung der jüdischen Revolutionäre Trotzki und Jaroslawski mörderisch verwirklicht.

Juden arrangierten sich vielfach mit den Bolschewisten als dem geringeren Übel. Im Bürgerkrieg befanden sie sich in einer Zwangslage: bei den Bolschewisten mißfiel ihnen vieles, aber bei den "Weißen" mußten sie wegen der Gleichsetzung von Jude und Bolschewik das Schlimmste befürchten. Die gewaltige Überrepräsentanz von jüdischen Bolschewiken war für die Antisemiten in Rußland und aller Welt ein "Sowjetjudäa". Es wurde aber unterschlagen, daß die jüdischen Kommunisten alles andere als Repräsentanten der Juden waren.

Ähnliches gilt von den Hauptverantwortlichen für den Holocaust: Himmler, Heydrich, Eichmann und Höß waren demonstrativ aus der Kirche ausgetreten. Im Kreis seiner Vertrauten ließ Hitler keinen Zweifel daran, das Christentum nach dem "Endsieg" auszurotten.

Trotz zahlreicher Juden in den Reihen der Bolschewiken ist die Rede vom "jüdischen Bolschewismus" eine böswillige Verallgemeinerung. Antibolschewistische Juden in Berlin verurteilten 1923 die Parteinahme von Juden für den Bolschewismus als schwere, verhängnisvolle Schuld. Jakob Mazeh, der Moskauer Oberrabbiner, hatte seinerzeit Trotzki beschworen: "Die Trotzki machen die Revolution, und die Bronsteins müssen dafür bezahlen."

Wie in der Tschecha war auch in der Komintern der Anteil jüdischer Kommunisten außerordentlich hoch. Erster Präsident der Komintern war der Jude Sinowjew, ihre reisenden Funktionäre waren ausnahmslos Juden. Dennoch bildeten jüdische Kommunisten in der Gesamtheit der Juden eine Minderheit. Die Juden Mittel- und Westeuropas waren überwiegend bürgerlich-liberal oder sozialdemokratisch orientiert. In der Weimarer Republik betrug der Anteil der Juden an der kommunistischen Reichstagsfraktion etwa zehn Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil von 0,7 Prozent.

In Österreich stammten linksradikale KPÖ-Mitglieder vielfach aus jüdischen Familien. Antisemitische Agitatoren arbeiteten mit der Gleichsetzungstheorie Jude gleich Revolutionär. Man sprach vom Revolutionsjuden ... So wuchs der Antisemitismus dramatisch an. Die in Ungarn vom Juden Bela Kun errichtete Räterepublik verfügte über überwiegend jüdisches Führungspersonal. Von 48 Volkskommissaren waren 30 Juden, von 202 Spitzenbeamten 161. Nach dem Zusammenbruch brandete eine Haßwelle durch das Land. Dem "weißen" Terror fielen rund 5.000 Menschen zum Opfer, unter ihnen etwa 3.000 Juden.

Auch in der Sowjetunion führte die Überrepräsentanz jüdischer Funktionäre zum unbändigen Haß gegen die Juden, der in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts zum "Holocaust an den sowjetischen Juden" führte. Die "Protokolle der Weisen" galten als Beweis für die Drahtziehertheorie. Nach ihr gab es eine geheime jüdische Weltregierung, die eine jüdische Weltherrschaft herbeiführen will. Stalin suchte sich durch skrupellosen Antisemitismus als russischer Patriot zu empfehlen.

Daß sein Vertrauter Kaganowitsch zweiter Mann in der Sowjetunion wurde, diente als Alibi, daß er nichts gegen die Juden habe. Kaganowitsch wie der ebenfalls jüdische Chef der Tschecha, Jagoda, trugen die Hauptverantwortung für den Tod von 14,5 Millionen Menschen während der Kollektivierung der Landwirtschaft, vor allem in der Ukraine. Dies steigerte den Antisemitismus und führte in der Ukraine und in Galizien zu blutigen Pogromen.

Der jüdische Soziologe Manès Sperber wandte sich wegen der "Säuberungen" vom Kommunismus ab. Er räumte ein, "daß Juden nicht immer nur die Opfer, sondern auch Täter waren". Nach dem Ersten Weltkrieg eskalierte die Judenfeindschaft in den USA, weil die eingewanderten Juden einen "Vortrupp des Bolschewismus" darstellten. Der britische Globe unterstellte am 5. April 1919, daß der Bolschewismus der "erste Angriff des Judentums auf das Christentum" sei.

In Berlin war die sowjetische Botschaft der Herd der bolschewistischen Agitation. In der KPD gab es viele jüdische Spitzenfunktionäre. Jedoch mehr noch als in Berlin traten in München

jüdische Revolutionäre in Erscheinung, was zu einem aggressiven Antisemitismus führte. Die jüdische Kommunistin Ruth Fischer vertrat die These, ohne den Bürgerkrieg in Bayern wäre München nie zur Geburtsstätte der Hitler-Bewegung geworden.

Bei der Tagung "Yiddish and the Left" 2001 in Oxford kritisierte Tony Michels das Widerstreben seiner Zeitgenossen, öffentlich die "disproportionale" Zahl der jüdischen Mitglieder der kommunistischen Parteien zu diskutieren. Jedoch Tatsachen verschwinden nicht durch Verschweigen. Es gilt, zunächst die Fakten zur Kenntnis zu nehmen und dann nach einer Erklärung für sie zu suchen. Der hohe Anteil von Juden an kommunistischen Parteien ist weitgehend darin begründet, daß sie jahrhundertlang unterdrückt wurden und sich durch den Anschluß an den Bolschewismus ihre Befreiung erhofften.

Es ist jedoch keine böswillige Unterstellung, sondern Tatsache, daß gerade jüdische Revolutionäre das Christentum zu vernichten suchten. Henryk M. Broder wies anlässlich der Eröffnung des jüdischen Museums in Berlin am 24. September 2001 im Spiegel darauf hin, daß das Museum nur "brave Juden" präsentiere, aber nicht "unerwünschte" wie Karl Marx und Rosa Luxemburg. Ohne die Existenz jüdischer Kommunisten wäre die Vorstellung vom jüdischen Kommunismus weder entstanden noch plausibel zu machen.

Die Kampfansage des Bolschewismus an die bürgerliche und christliche Welt hat den Antisemitismus noch verstärkt. Diesen Zusammenhang zu ignorieren und, wie Goldhagen, zu behaupten, Antisemitismus habe nichts mit dem Handeln der Juden zu tun, verfälscht die Geschichte. Die Identifizierung von Juden mit Bolschewisten diene den Nationalsozialisten als perfekter Vorwand für ihren Massenmord an den Juden.

Biebersteins Buch dürfte nicht allgemeinen Beifall finden, da es nicht der Political Correctness entspricht. Aber die These von durchgängig jüdischen Opfern ist ebenso unhaltbar wie die von "Hitlers willigen Vollstreckern. Die sorgfältigen Belege seiner Ausführungen vermögen Juden wie Nichtjuden vom hohen Roß der Selbstgefälligkeit" und des arroganten Pharisäismus herunterzuholen, sofern beide entschlossen sind, sich nicht von vorgefaßter Ideologie, sondern von Tatsachen leiten zu lassen und die Geschichte so zu sehen, "wie es eigentlich gewesen ist". ...

Johannes Rogalla v. Bieberstein, "Jüdischer Bolschewismus. Mythos und Realität", ... Dresden 2002 ...<<

24.05.2003

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 24. Mai 2003 (x887/...): >>Integration ist keine "Einbahnstraße"

Deutschland ist ein überaus gastfreundliches Land. Wir haben viele "Gäste", acht Millionen, neun Millionen, vielleicht auch noch mehr. Ganz genau wissen wir es nicht. Wie das eben so ist bei Gästen: Sie kommen, sie gehen - letzteres eher selten.

Unter all diesen "Gästen" sind allein über zwei Millionen Türken. Und unter diesen ist uns in den letzten Wochen ein "Gast" besonders aufgefallen: Tuncer Kilinc, Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats in Ankara. Nahezu unbemerkt von der veröffentlichten Meinung bereiste er kürzlich Deutschland und weitere türkisch besiedelte Länder Westeuropas, um - wie die Stuttgarter Nachrichten zutreffend formulierten - "die politischen Truppen der Türkei zu mustern".

Der General visitierte Kulturvereine und politische Gruppierungen, religiöse Organisationen und Sportvereine. Seine immer gleiche Botschaft: Haltet zusammen in der Fremde, zeigt nationale Identität, vertretet die nationalen Anliegen und Ziele eures - türkischen - Vaterlandes "wie eine einzige Faust"! Das Gegenteil also von Integration...

Zur Ehrenrettung des Generals soll aber auch erwähnt werden, daß er mit Vertretern der von Köln aus operierenden islamistischen Organisation "Milli Görüs" heftig aneinandergeriet: Sie seien "Frömmel und Fanatiker". Solche Leute sind den traditionell laizistisch orientierten

türkischen Militärs ebenso suspekt wie dem deutschen Verfassungsschutz.

Die Regierung in Ankara freilich sieht das ganz anders. Sie wies ihre Botschaften in Berlin und anderen europäischen Hauptstädten an, die Zusammenarbeit mit Milli Görüs enger zu gestalten, was man durchaus auch als "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" interpretieren kann.

Milli Görüs, im Verfassungsschutzbericht als "extremistisch" eingestuft, will nach eigenem Bekunden "den deutschen Staat mit neuem muslimischem Selbstbewußtsein von Grund auf umkrepeln" und bedient sich dabei aller möglichen örtlichen Organisationen, zum Beispiel der "Islamischen Föderation" in Berlin. Zumindest behauptet dies FAZ-Redakteur Udo Ulfkotte in seinem Buch "Der Krieg in unseren Städten". Prompt wurde der mutige Journalist mit Klagen überzogen, so daß eine zweite Auflage des inzwischen vergriffenen Buches vorerst nicht möglich ist.

Der "Islamischen Föderation" geht es um Macht, Einfluß und Geld. Sie ist als Religionsgemeinschaft anerkannt, ein Status, den sie sich laut taz mit "Lügen im Namen Gottes" vor dem Berliner Oberverwaltungsgericht erschlichen hat. Das bedeutet im Klartext: Sie darf an 20 Schulen etwa 3.500 Kindern islamischen Religionsunterricht erteilen, großzügig finanziert aus den ansonsten leeren Kassen des rot-roten Berliner Senats.

Während also diese Organisation, unterstützt von einem deutschen Gericht, Zensur durch die Hintertür praktiziert, während ein türkischer General seine hier lebenden Landsleute zu engstirnigem Nationalismus aufhetzt, debattiert unser Bundestag über Zuwanderung und Integration. Den Herren Volksvertretern sei in Erinnerung gerufen: Integration ist keine Einbahnstraße! Und wer als Gast in unser Land kommt, wer als solcher behandelt werden will, der soll sich auch wie ein Gast benehmen!<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 24. Mai 2003 (x887/...): >>**Debatte um den Bombenkrieg und Jörg Friedrichs Buch "Der Brand"**

Wieder andere waren in der Glut so zu Asche geworden, daß man die Überreste mehrköpfiger Familien in einem einzigen Waschkorb davontragen konnte". Das Grauen des Luftkrieges ist in Deutschland lange Zeit relativ marginal untersucht worden. Die ungeheuerere Dimension der Vernichtung wurde eher selten mit ganzer Schärfe dargestellt. Jörg Friedrich, einem Außen-seiter der Historikerkunft, blieb es vorbehalten, in "Der Brand" den "Totengesang auf die verlorene Vergangenheit" deutscher Städte anzustimmen.

Friedrichs monumentales Werk löste in Großbritannien und Deutschland nicht nur bei Wissenschaftlern heftige Streitigkeiten aus. Die Bild-Zeitung druckte Teile des Buches ab; massive Gegenangriffe des Daily Telegraph folgten. Ist Winston Churchill als Kriegsverbrecher zu beurteilen? War der gegen Deutschland geführte Luftkrieg ein Massenmord?

Lothar Kettenacker, der am Deutschen Historischen Institut in London arbeitet, hat ein interessantes Buch herausgegeben. Darin diskutieren und bewerten Deutsche und Engländer, Historiker und Publizisten Friedrichs provokante Thesen. Die meisten Texte erschienen bereits in Zeitungen; andere Beiträge sind eigens für diesen Band verfaßt worden.

Warum fristete die Erinnerung an das Bombenmassaker, dem etwa 600.000 deutsche Zivilisten, davon 15 Prozent Kinder, zum Opfer fielen, im Vergleich zur Holocaust-Debatte ein Schattendasein? Die Sorge vieler Ideologen, Schuld könne "aufgerechnet" werden, ein Vorwurf, der jetzt auch gegen Friedrich erhoben wird, ist sicher an erster Stelle zu nennen. Auch wollte man in der Zeit des Kalten Krieges, wie manche Autoren glauben, die Westmächte nicht in Verlegenheit bringen.

Im ersten Teil des Buches analysieren Militärhistoriker allgemeine Hintergründe des Luftkrieges, die Friedrich zu wenig berücksichtige.

Übten Briten und Amerikaner letztlich nur "Vergeltung"? Richard Overy und Horst Boog halten diese These für wissenschaftlich überholt. Schon 1917/18 und während der 20-er Jahre

erwogen britische und amerikanische Experten, in einem künftigen Krieg die Zivilbevölkerung des Gegners anzugreifen, um die Widerstandskraft der arbeitenden Bevölkerung zu untergraben. Die Idee des "moral bombing", der Glaube, daß man das feindliche Land dort treffen müsse, wo es am schwächsten sei, war lange vor 1939 geboren.

Seit Anfang 1942 unterschieden Briten und Amerikaner nicht mehr zwischen militärischen und zivilen Zielen und praktizierten flächendeckende Bombenangriffe gegen Deutschland. Sie hofften, den deutschen "Sozialkörper", besonders die Arbeiterschaft, zu brechen.

Luftmarschall Harris betonte 1943, daß England "die deutschen Städte und ihre Einwohner auslösche". Deutschland sollten, verkündeten britische Offizielle, "die Eingeweide herausgerissen" werden. Churchill und Roosevelt billigten vorbehaltlos diese Strategie. Der britische Premierminister redete von "Ausrottung" und gedachte, "menschenleere Räume" zu schaffen. In den letzten sechs Monaten des Krieges, als die Entscheidung längst gefallen war, hagelten ebenso viele Bomben auf Deutschland wie in der gesamten Kriegszeit vorher. Jetzt erst sanken Städte wie Dresden, Würzburg und Potsdam in Schutt und Asche.

Die meisten Autoren sind davon überzeugt, daß die alliierte Luftoffensive scheiterte. Es sei erwiesen, schreibt Hans Mommsen, daß die Bombenangriffe fatalerweise die Soldarisierung der Deutschen mit dem NS-Regime verstärkten. Auch gelang es nicht, das deutsche Wirtschaftssystem spürbar zu schwächen, sondern die Rüstungsindustrie steigerte ihre Produktion. Die zweite Hälfte des Buches beinhaltet die deutsche und britische "Opferdebatte", die Friedrich ausgelöst hat.

Der rein wissenschaftliche Ertrag von "Der Brand" mag eher dünn ausfallen. Doch wolle Friedrich vor allem, darin sind sich die meisten Autoren einig, die Tragödie des sinnlosen Massensterbens und eine gemordete Stadtkultur betrauern. Andere wiederum befürchten, daß Friedrich, obwohl er über den Holocaust geforscht hat, dem "Geschichtsrevisionismus" und der "Aufrechnung" Vorschub leiste.

Als extremes Beispiel hierfür darf der konservative britische Autor Correlli Barnett gelten. "Nun hat sich Jörg Friedrich diesem gefährlichen Pack von Revisionisten angeschlossen, die Großbritannien einen historischen Dolch in den Rücken stoßen".

Hans-Ulrich Wehler unterstellt Friedrich, dieser wolle das jahrelange Bombardement als "Unikat" des Massenmordens interpretieren, betrachte es isoliert vom übrigen Kriegsgeschehen und betreibe einen "modischen Opferkult", indem er Holocaust und Luftkrieg semantisch gleichsetze. So bezeichne Friedrich Bomberpiloten als "Einsatzgruppen" und Keller als "Krematorien".

Darf man derartige Vergleiche prinzipiell nicht anstellen? Die Vernichtung der Städte erfolgte in erster Linie durch "Feuerstürme", die Brandbomben verursacht hatten. Der Luftkrieg basierte auf der "Wissenschaft vom Feuer".

Klug und ausgewogen argumentiert die Schriftstellerin Cora Stephan. Friedrich relativiere nicht, sondern erzähle einfach nur Tatsachen, ohne sie explizit "verbrecherisch" zu nennen. Es sei absurd, eine Barbarei gegen die andere aufwiegen zu wollen. Aber Friedrich mache klar, daß die einstigen Sieger ihre Verstrickungen in schweres Unrecht ebenso zu bewältigen hätten. Diese Gedächtnislücke sei zu schließen, damit Europa ein "gemeinsames Fundament" erhalte.

Lothar Kettenacker (Hg.), "Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-45", ... Berlin 2003 ...<<

Mai/Juni 2003

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5/6 berichtet im Mai/Juni 2003 (x853/...): >>BUCHBESPRECHUNG

Johannes Rogalla von Bieberstein, "Jüdischer Bolschewismus, Mythos und Realität" ... 2002

...

Das Ende eines Mythos

Daß sich der wissenschaftliche Bibliothekar einer deutschen Universität an ein solch brisantes Thema wagt, verdient höchste Anerkennung. Es wäre zu begrüßen, wenn sich mehr Fachleute hierzu äußern würden. Daß der Autor bereits über die These von einer freimaurerisch-jüdischen Verschwörung in Belgien, Österreich, Israel, Polen und Frankreich referierte, beweist, daß er in internationalen Fachkreisen anerkannt ist. Hierfür spricht auch das Vorwort von Professor Nolte. Die zahlreichen Anmerkungen (1.561 auf 312 Seiten) erlauben etwaigen Skeptikern, die Ausführungen zu überprüfen.

Bieberstein war langjähriger Gesprächspartner des russisch-französischen Historikers Leon Poliakov, dessen "Geschichte des Antisemitismus" in mehrere Sprachen übersetzt wurde. Der Erinnerung an diese Gespräche widmete Bieberstein sein Buch.

Nach Poliakov ist der jüdische Bolschewismus "ein geschichtsmächtig gewordener politischer Mythos". Die Charakterisierung des Bolschewismus als "jüdisch" trug ganz wesentlich zum Antisemitismus der braunen Machthaber bei.

Nolte macht in seinem Vorwort darauf aufmerksam, "daß unter den Vorkämpfern der Komintern eine starke Minderheit, wenn nicht sogar die Mehrheit von Juden und Jüdinnen gebildet wurde." Wenn die Nazis deswegen die Juden gleichsam in Sippenhaft nahmen, ist das genauso unstatthaft, wie wenn Simon Wiesenthal in seinem Buch "Recht nicht Rache" behauptet, der Antisemitismus habe sicher eine katholische Wurzel (S. 403).

Der Rußlandexperte der Harvard-Universität, Richard Pipes, stellte 1996 fest, daß eine der "desaströsesten Konsequenzen" der russischen Revolution die "Identifikation von Juden mit dem Kommunismus" gewesen sei. Daher komme der Frage der "jüdischen Involvierung in den Bolschewismus" ein mehr als akademisches Interesse zu: "Die Unterstellung, daß das 'internationale Judentum' den Kommunismus erfand, um die christliche oder 'arische' Zivilisation zu zerstören, habe die ideologische und psychologische Begründung der Endlösung geschaffen" (S. 11 ff.).

Antibolschewistische Juden schrieben 1923: "Der grimmige Haß auf die Bolschewiki verwandelt sich in einen ebensolchen Haß gegen die Hebräer. Und nicht nur in Rußland."

Der amerikanische Filmproduzent Harry Warner warnte: "Vergiß nicht, daß du ein Jude bist. Jüdische Kommunisten werden den Zorn der Welt auf den Rest der Juden richten" (S. 13).

Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson bemerkte am 17. Mai 1919 während der Pariser Friedenskonferenz, daß der Bolschewismus "jüdisch geführt" sei (S. 16). Die Tatsache, daß unter den Bolschewiken viele Juden waren, führte zu den Greueln des Antisemitismus und der Judenpogrome in Rußland.

Nach dem israelischen Historiker Jacob L. Talmon loderten für die unter ihrer Zurücksetzung leidenden und auf Erlösung hoffenden osteuropäischen Juden nach dem Ersten Weltkrieg zwei "messianische Feuer": Einmal die "zionistische Erlösung" in einem eigenen Judenstaat und die "kommunistische Weltrevolution" (S. 6).

Zwar lehnte die große Mehrheit der Juden den politischen Terror des jüdischen Trotzki ab, jedoch die christliche Welt reagierte auf die bolschewistische Bedrohung "vielfach summarisch" antisemitisch. Der amerikanische Autokönig Henry Ford prangerte in seinem Weltbestseller "The International Jew" die Juden generalisierend als "Weltbolschewisten" an und brandmarkte sie in "hervorragendem Maße" als "Revolutionsmacher" an, speziell auch in Deutschland und Ungarn, wo Bela Kun eine Jüdische Bolschewistenherrschaft errichtet habe" (S. 17).

Fords Buch wurde in 16 Sprachen übersetzt und erzielte eine unglaubliche Wirkung. Nicht zuletzt lieferte er den Nazis willkommene Munition im Kampf gegen die Juden, die eine "Wesensgleichheit" von Juden und Kommunismus bzw. Bolschewismus behaupteten. Eine "Jews-equal-Bolsheviks-Agitation" ließ sich in vielen Ländern zwischen den beiden Weltkriegen

nachweisen und zeitigte vorübergehend auch in England starke Wirkung. Es ist wohl nicht allgemein bekannt, daß Ford Hitler unterstützte (S. 18).

Nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen Tausende von Büchern über Antisemitismus und Nationalsozialismus, jedoch kein einziges über den "jüdischen Bolschewismus".

Nach Talmon liegt der Grund hierfür darin, daß es sich um ein explosives Thema handele. Es verweise nämlich auf die "historische Verantwortung und Schuld von Juden". Es kontrastiere mit der herrschenden Vorstellung von jüdischer Unschuld und jüdischem Leiden. Dagegen meint der mehr als umstrittene Politologe Daniel Jonah Goldhagen, daß der "Antisemitismus nichts mit dem Handeln der Juden zu tun" habe (S. 22).

Der Pressesprecher der sozialdemokratischen Regierung Preußens, Hans Goslar, berichtete, daß die "russische Judenheit sofort die Gefahr erkannte, daß durch die 'Herrschaft' Trotzki eine ungeheure antisemitische Bewegung entfacht werde" (S. 25 ff.).

Goslar hatte ein gewisses Verständnis für die "russisch-jüdischen Freiheitsapostel", die den Weg nach Deutschland gefunden hatten, denn "ein Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Sollten da nicht die Juden sich mit elementarer Wucht auflehnen?" Allerdings stellt er auch fest: "Was der einzelne Jude Unliebsames verübt, wird stets als jüdische Tat, nicht als menschliche Verirrung festgenagelt." Ganz ähnlich werden ja auch Vergehen einzelner Geistlicher gern "den Kirchen" angelastet.

Wenn Elie Wiesel meint, "die Mörder waren Christen", könnte man mit wenigstens demselben "Recht" die grauenhaften Verbrechen und Massenmorde der Tscheka "den Juden" zuschreiben. Noch 1934 betrug der Anteil von jüdischen Spitzenfunktionären der Tscheka 39 %, bei einem Bevölkerungsanteil von 2 % (S. 74, 141).

Trotzki war der erste Vorsitzende der "Gesellschaft der Gottlosen". Sein Stellvertreter, Emeljan Jaroslawski, erklärte:

"Wir wollen alle Kirchen der ganzen Welt in ein riesiges Meer von Flammen stürzen." Während es 1914 in Rußland 54.000 Kirchen gab, waren es 1941 nur noch ganze 500 (S. 75).

Kirchenfeindliche Äußerungen wurden besonders von solchen Propagandisten des Kommunismus formuliert, die aus jüdischen Familien stammten. Der "kriegerische Atheismus", zu dem sich der als Karl Sobelsohn geborene Radek 1919 in der Kommunistischen Internationale bekannte, wurde in der Sowjetunion auf mörderische Weise verwirklicht. Dort kam es zur umfassendsten Religions- und Kirchenverfolgung der Geschichte. Davon ist in den Geschichtsbüchern für gewöhnlich nicht die Rede.

Die jüdischen Revolutionäre Trotzki und Jaroslawski waren hieran maßgebend beteiligt. Die Ermordung des Zaren durch den christlich getauften jüdischen Anführer des Exekutionskommandos, Jurowski, löste unter Christen weltweit Unruhe aus. Dieser Mord wird den Juden von russischen Nationalisten bis heute im Sinn einer Kollektivschuld angelastet (S. 81). Verbrechen von jüdischen Kommunisten wurden als jüdische "Taten des angeblich 'jüdischen Bolschewismus' gebrandmarkt. Hierbei wurde unterschlagen, daß auch Marxisten aus christlichen Familien religionsfeindlich eingestellt waren (S. 81 ff.).

Der jüngeren jüdischen Generation erschien der Sozialismus als "Arznei" um der Unterdrückung, der sie unter den Zaren ausgesetzt waren, abzuhelfen. Juden arrangierten sich mit den Bolschewisten als dem geringeren Übel. Daß die Sowjetmacht als "jüdisch" diffamiert wurde, führte zu Pogromen. Allein 1919 wurden in der Ukraine 100.000 Juden ermordet. Unter russischen Juden gab es aber auch entschiedene Gegner der Bolschewiken.

Fromme Juden empfanden den Kampf der Bolschewisten gegen die orthodoxe Kirche als Unrecht. Im Bürgerkrieg befanden sich die Juden in einer Zwangslage. Zwar mißfiel ihnen vieles an den Bolschewisten, aber bei den "Weißen" mußten sie wegen der Gleichsetzung von Jude = Bolschewik das Schlimmste befürchten.

Auf den Parteikongressen der Bolschewiken in den Jahren 1917-22 waren 15-20 % Juden bei

einem Bevölkerungsanteil von 2 %. Im siebenköpfigen Politbüro waren 1917 4 Juden. So war auch der erste sowjetische Staatschef, Jakob Swerdlow, Jude. Er gab den Befehl zur Ermordung der Zarenfamilie. Die Überrepräsentanz von jüdischen Bolschewiken war für die Antisemiten in Rußland und aller Welt eine jüdische Macht", bzw. ein "Sowjetjudäa".

Es wurde jedoch übersehen oder unterschlagen, daß die jüdischen Kommunisten alles andere als Repräsentanten der Juden waren. Wenn in unseren Tagen jüdische Funktionäre Christen für den Holocaust zumindest mitverantwortlich machen wollen, ist das nicht weniger verleumderisch als wenn behauptet würde, die Juden seien Bolschewiken und für die Massensterbe in der Sowjetunion verantwortlich. Es dürfte längst bekannt sein, daß die Hauptverantwortlichen am Holocaust wie Heinrich Himmler, Adolf Eichmann, Reinhard Heydrich und Rudolf Heß demonstrativ aus der Kirche ausgetreten waren. Hitler und Himmler verkündeten im Kreis ihrer Vertrauten, daß die Ausrottung des Christentums als jüdisches Produkt nach dem "Endsieg" auf ihrem Programm stand (S. 74).

Die "roten Assimilanten" oder "nichtjüdischen Juden" suchten mit dem Christentum auch das religiöse Judentum zu überwinden, um ein atheistisches Zukunftsreich zu begründen.

Maxim Gorki äußerte den Verdacht, der Einsatz von Juden in exponierten Stellungen könnte der Versuch gewesen sein, sie zu kompromittieren. Jaroslawski rief zum Kampf gegen das "Regiment von Jesus" aus, ließ Jesus und die Gottesmutter auf vulgäre Weise verhöhnen und Heilige auf Ikonen symbolisch erschießen (S. 135). 1930 forderte er eine internationale antireligiöse Zentralstelle, welche die wachsende Bewegung gegen die Religion steuern sollte.

1933 reagierte der katholische Theologe Konrad Altermann hierauf mit seinem Buch "Die Gottlosenbewegung der Gegenwart und ihre religiöse Überwindung". In ihm sprach er von der "Weltgefahr des Bolschewismus", dessen "Ziel die vollständige Ausrottung des Gottesglaubens" sei. Er bemerkte, daß beim Bolschewismus jüdische Kräfte in besonderem Maße mitwirkten und führte neben Jaroslawski "führende Bolschewisten" wie Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Litwinow und Swerdlow auf, die alle jüdischer Abstammung seien. Bei Altermann finden sich jedoch keinerlei judenfeindliche Äußerungen.

Nach seinen Angaben wurden zwischen 1918-1924 achttausend "geistliche Personen hingegerichtet". In Kiew wurde der Metropolit Wladimir zu Tode gequält (S. 135 ff.). In der ganzen christlichen Welt rief der beispiellose Kampf gegen die Kirchen tiefe Beunruhigung hervor. Der Moskauer Oberrabbiner Jakob Mazeh beschwor Trotzki: "Die Trotzki machen die Revolution, aber die Bronsteins müssen dafür bezahlen" (S. 136).

Wenn es auch viele Juden gab, die sich den Bolschewisten angeschlossen hatten, ist die Rede vom "jüdischen Bolschewismus" eine böswillige Verallgemeinerung. Antibolschewistische Juden haben 1923 in Berlin die Parteinahme für den Bolschewismus als schwere, verhängnisvolle Schuld verurteilt (S. 140).

Wie in der Tschecha war auch in den Komintern der Anteil jüdischer Kommunisten außerordentlich hoch. Erster Präsident der Komintern war der Jude Sinowjew. "Die reisenden Funktionäre der Komintern waren fast ausnahmslos Juden" (S. 145). Aber die jüdischen Kommunisten bildeten eine Minderheit in der Gesamtheit der Juden. So waren die Juden Mittel- und Westeuropas ganz überwiegend bürgerlich-liberal oder sozialdemokratisch ausgerichtet. Die große Mehrheit der demokratischen Juden war ebenso wie die jüdischen Frommen entschiedene Gegner des religions-, eigentums- und freiheitsfeindlichen Sowjetsystems (S. 156).

In der Weimarer Republik betrug der Anteil von Juden an der kommunistischen Reichstagsfraktion etwa 10 %, bei einem Bevölkerungsanteil von 0,7 %. Das erste Zentralkomitee der KPD umfaßte ein Drittel jüdischer Kommunisten. Der Anteil von Juden an der kommunistischen Bewegung in Deutschland war anfangs "erheblich" (S. 158).

Der "deutsche Oktober 1923" wurde zum großen Teil von jüdischen Weltrevolutionären angezettelt und von Antisemiten als Beweis für Verschwörertheorien gewertet (162).

In Bayern wurde nach dem Ersten Weltkrieg die Räterepublik errichtet. Trotz prominenter Juden in ihren Reihen empfanden auch bürgerliche Juden sie als Bedrohung, weil sie leicht als "Judenherrschaft" denunziert werden konnte. Etliche schlossen sich den Freikorps an, so auch Leutnant Willy Toller, ein Vetter von Ernst Toller, der am 7. April 1919 eine sozialistisch-kommunistische Räterepublik ausgerufen hatte (S. 170).

Die Münchner Räterepublik heizte den Antisemitismus mächtig an. Der von Lewien proklamierte "Kampf auf Leben und Tod der Bourgeoisie" vom 28. April 1919 hatte nach dem Scheitern der Revolution Konsequenzen nicht nur für jüdische Revolutionäre, sondern Juden schlechthin. Sie wurden als "Höllenhunde der jüdischen Weltrevolution" dämonisiert und haben auch Hitler inspiriert. Es war nicht nur die kommunistische Ruth Fischer, die äußerte, "daß ohne diese Vorgänge München nicht zum Geburtsort der Hitler-Bewegung geworden wäre" (S. 174).

In Österreich stammten linksradikale KPÖ-Mitglieder vielfach aus jüdischen Familien. Antisemitische Agitatoren arbeiteten mit der Gleichsetzungstheorie: Jude = Revolutionär.

Der Radikalismus revolutionärer Juden trug zu einem dramatischen Anwachsen des Antisemitismus bei. In Ungarn errichtete der Jude Bela Kun eine Räterepublik, deren Führungspersonal überwiegend jüdisch war. So kam es zum Namen einer "Judenrepublik". Von 48 Volkskommissaren in Ungarn waren 30 Juden, von 202 Spitzenbeamten 161. Die Londoner "Times" nannte das Regime von Bela Kun die jüdische Mafia" (S. 183).

Diese Gruppe hatte sich dem religiösen Judentum entfremdet und stand der christlichen Kultur feindselig gegenüber. Bela Kun hatte "seine Herrschaft mit einem wilden Krieg gegen die Kirche" begonnen. Nach dem Zusammenbruch der Rätediktatur kam es zu einer Rachewelle. Dem "weißen" Terror fielen rund 5.000 Menschen zum Opfer, davon etwa 3 000 Juden.

Die Überrepräsentanz jüdischer Funktionäre in der KPdSU führte zum Haß der Bevölkerung gegen alle Juden. In den 30er Jahren erfolgte die "Säuberung" mit so starken antisemitischen Untertönen, daß man von einem "Holocaust an den sowjetischen Juden" sprach (S. 193).

In der messianischen Phase des Bolschewismus spielten Kommunisten aus jüdischen Familien eine dominierende Rolle. Die "Protokolle der Weisen" galten als Beweis für eine Drahtziehertheorie. Derzufolge gab es eine geheime jüdische Weltregierung, die eine jüdische Weltherrschaft herbeiführen wolle. Stalin schaltete einen Großteil der Elite der weltrevolutionären Bolschewiki aus. Die heimliche Verwandtschaft zwischen Nazis und Bolschewiken wurde in vertrauten Nazikreisen ausdrücklich anerkannt. Thomas und Heinrich Mann bezeichneten das NS-Regime als SA-Bolschewismus.

Am 21. Mai 1933 stellte das Blatt der liberalen palästinensischen Juden "Haarez" fest: "Hitler und seine Fraktion ahmen Moskau in jeder Weise nach" (S. 195). Stalin suchte sich durch seinen Antisemitismus bei den Russen als Patriot zu empfehlen und zugleich die Juden als Sündenböcke für die Defizite der Sowjetunion darzustellen.

Daß sein jüdischer Vertrauter Lasar Kaganowitsch zweiter Mann der Sowjetunion wurde, diente als Alibi, daß er nichts gegen die Juden habe. Neben Kaganowitsch wurde der ebenfalls jüdische Chef der Tscheka zum Hauptverantwortlichen am Tod von etwa 14,5 Millionen Toten in der Ukraine. "In der Literatur über den Völkermord wird die 'Kulaken-Verfolgung' explizit mit anderen Genoziden verglichen" (S. 197 ff.).

Der jüdische Politologe Manes Sperber wandte sich wegen der "Säuberungen" vom Kommunismus ab. Er räumte ein, daß "Juden nicht immer nur die Opfer, sondern auch Täter" waren. Unter abtrünnigen Kommunisten und unter Kindern jüdischer Kommunisten wird schon länger ein Diskussion über die jüdische Mittäterschaft am Kommunismus bis hin zum Verbrechen" geführt (S. 204 ff.).

Die Nazis gaben sich als "Bollwerk des Westens gegen den Weltbolschewismus" aus, um so Unterstützung zu finden. Viele Soldaten der Wehrmacht nahmen diese Rechtfertigung des

antibolschewistischen Kreuzzugs für bare Münze. Hierdurch wurden sie durch das, was sie in der Sowjetunion gesehen und erfahren hatten, bestärkt.

Rudolf Kommos, der Leiter der Antikomintern-Pressestelle, strich in seinem 1939 erschienenen Buch "Juden hinter Stalin" die Kirchenfeindlichkeit der Kommunisten heraus, räumte aber ein: "Der Typus des bolschewistischen Juden ist keinesfalls der Rabbiner, sondern der Gottlose." Für viele zionistische Schüler war die Tatsache von Bedeutung, daß Karl Marx Jude war. Der Leiter der "Roten Kapelle", Leopold Trepper, bekannte: "Ich wurde Kommunist, weil ich Jude bin" (S. 208).

Als Reaktion auf das frühe Sowjetsystem erlangte der Antisemitismus eine neue Qualität. In der Ukraine und in Galizien kam es durch antisemitische Nationalisten zu blutigen Pogromen. Am 8. März 1919 berichtete die "Frankfurter Zeitung" über ein "systematisches Abschlachten zahlloser Frauen, Greise und Kinder durch die polnische Legion in Lemberg. Dabei hörte man die Parole: "Tötet die Juden, rettet Rußland!"

Am 10. Oktober bekannte sich der "American Hebrew" zur Oktoberrevolution: "Die bolschewistische Revolution in Rußland war das Werk jüdischen Denkens, jüdischer Unzufriedenheit und jüdischer Planung, um eine neue Weltordnung zu schaffen. Was dank dem jüdischen Geist so hervorragend in Rußland geschaffen worden ist, ... soll in der ganzen Welt Realität werden" (S. 225). Und am 19. Juni 1920 hatte die "Chicago Tribune" den Bolschewismus als "Instrument der jüdischen Kontrolle über die Welt" charakterisiert. Die Nazis konnten sich daher leicht auf ausländische Zeugnisse für ihren Kampf gegen die Juden stützen.

Nach dem Ersten Weltkrieg eskalierte die Judenfeindschaft in den USA, weil die eingewanderten Juden einen "Vortrupp des Bolschewismus" darstellten. Der Autokönig Henry Ford bezeichnete in seinem Buch "Der internationale Jude" "den" Juden als "Weltbolschewisten", der "in hervorragendem Maß Revolutionsmacher in Deutschland" gewesen sei (S. 227). Der britische "Globe" unterstellte am 5.4.1919, daß der Bolschewismus der "erste offene Angriff des Judentums auf das Christentum" sei (S. 228). Die kommunistische Partei Polens wurde in hohem Maß durch Juden geprägt.

Nach Schätzungen waren 1930 etwa 35 % ihrer Mitglieder Juden, in Warschau sogar 65 %. So erklärt sich der nationalpolnische Antisemitismus. Die Kluft zwischen Polen und den polnischen Juden wurde durch Pogrome bei der polnischen Staatsgründung und im polnisch-russischen Krieg von 1920 noch vertieft (S. 230 ff.).

In Berlin war die sowjetische Botschaft der Herd der bolschewistischen Agitation. Da es in der KPD viele jüdische Spitzenfunktionäre gab, setzten viele Juden und Kommunisten gleich. Mehr noch als in Berlin traten in München jüdische Revolutionäre in Erscheinung, was zu einem aggressiven Antisemitismus führte.

Auf der Tagung "Yiddish and the Left" 2001 in Oxford erklärte Tony Michels, der Sozialismus habe ein 'jüdisches Gesicht' gehabt. Zugleich konstatierte er das Widerstreben seiner Zeitgenossen, öffentlich die "disproportionale" Zahl der jüdischen Mitglieder der kommunistischen Parteien zu diskutieren.

Jedoch Tatsachen verschwinden nicht dadurch, daß man sie geflissentlich verschweigt. Zunächst gilt es, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen und dann nach einer Erklärung zu suchen. Sie ist weitgehend darin begründet, daß Juden jahrhundertlang unterdrückt wurden. Es ist aber keine böswillige Unterstellung, sondern unanfechtbare Tatsache, daß gerade jüdische Revolutionäre das Christentum zu vernichten suchten (S. 263).

Die Mehrheit der Christen war dennoch nicht antisemitisch eingestellt. Der jüdische Theologe und Historiker Pinchas E. Lapide stellte in seinem 1967 als "Anti-Hochhuth-Buch" konzipierten Werk "Rom und die Juden" fest, daß die katholische Kirche unter Papst Pius XII. weit mehr Juden gerettet hat, als sämtliche anderen Kirchen, Religionsgemeinschaften, das Internationale Rote Kreuz und die westlichen Alliierten zusammengenommen (S. 188).

Und der Schriftsteller Thomas Mann und der jüdische Sozialphilosoph Max Horkheimer, beide nicht gerade Freunde der katholischen Kirche, ließen nach 1945 untersuchen, welche Bevölkerungsschichten den Juden am meisten geholfen haben. Horkheimer nannte in einem "Spiegel-Interview" das Ergebnis seiner Studie, das ihn und Thomas Mann überraschte: "Gläubige Katholiken haben die größte Bereitschaft gezeigt, den Verfolgten zu helfen."

Im Revolutionsjahr 1848 kursierte in Wien ein Flugblatt mit folgendem Inhalt: "Die Christen, die keinen Christusglauben mehr haben, werden die wütendsten Feinde der Juden sein. Wenn das Christenvolk kein Christentum und kein Geld mehr hat, dann ihr Juden, laßt euch eiserne Schädel machen, mit den beinernen werdet ihr die Geschichte nicht überleben" (S. 264). Man erinnere sich an die unerbittlichsten Judenfeinde im Dritten Reich, die sämtlich aus der Kirche ausgetreten waren. Lediglich Hitler und Goebbels waren aus taktischen Gründen in der Kirche verblieben.

Während vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg der Begriff "Rasse" einen diskriminierenden Beigeschmack erhielt, war dies ursprünglich nicht der Fall, sondern wurde synonym für "Volk" verwendet. Auch Juden bezeichneten sich früher als Angehörige der jüdischen "Rasse", so etwa der jüdische Arzt Fritz Kahn in seinem seinerzeitigen Bestseller von 1920 "Die Juden als Rasse und Kulturvolk". Gewiß gab es wechselseitige Abgrenzung. Für fromme Juden kam eine Ehe mit einem Christen nicht in Frage, wie es im Musical "Anatevka" so drastisch geschildert wird. Ähnliches gab es übrigens - bis weit ins vergangene Jahrhundert hinein - zwischen Katholiken und Protestanten.

Die amerikanische Historikerin Sarah Gordon bemerkte 1984, es gebe eine Tendenz, die "signifikante Rolle", die jüdische Intellektuelle in SPD und KPD gespielt hätten, auszuklammern und zu ignorieren und so "genuine und objektive Gründe für den verstärkten Antisemitismus zu vernachlässigen" (S. 271). Und Henryk Broder wies im "Spiegel" vom 24.9.2001 anlässlich der Eröffnung des jüdischen Museums in Berlin darauf hin, daß dieses Museum nur "brave Juden" präsentiere, dagegen in ihm jüdische Ketzer wie Karl Marx und Rosa Luxemburg als "unerwünscht" überhaupt nicht vorkämen.

Ohne die Existenz vieler jüdischer Kommunisten wäre die Vorstellung von einem "jüdischen Kommunismus" nicht entstanden und auch nicht plausibel zu machen (S. 274). Nach Ezra Mendelsohn von der Hebräischen Universität in Jerusalem war die "Prominenz" von Juden in kommunistischen Regimen ein "Desaster für die gesamte jüdische Gemeinschaft" (S. 274). So wurden Pogrome in Litauen und Polen - denken wir etwa in Jedwabne - erklärlich, wenn auch nicht im mindesten zu rechtfertigen.

Die Kampfansage des Bolschewismus an die bürgerliche und christliche Welt, die durch extremistische und terroristische Juden wie Trotzki, Jagoda oder Bela Kun wesentlich mitgetragen wurde, hat den überlieferten Antisemitismus noch verstärkt. Diese Zusammenhänge zu ignorieren und, wie Goldhagen, zu behaupten, daß "Antisemitismus nichts mit dem Handeln der Juden zu tun hat, verfälscht die Geschichte. Die Identifikation von Juden und Bolschewisten diente den Nazis als "perfekter Vorwand" für Pogrome.

Der ehemalige Auschwitz-Häftling Carl Amery schrieb in seinen "Widersprüchen", daß das oft tabuisierte "Problem der Rache, richtiger der rächenden Gewalt", nicht ausgespart werden dürfe (S. 281).

Biebersteins Buch dürfte nicht bei allen ungeteilten Beifall finden, da es nicht im Einklang mit der political correctness steht. Eine These von Juden als durchgängig unschuldigen Opfern ist aber ebenso wenig haltbar wie die von "Hitlers willigen Vollstreckern". Die sorgfältigen Belege des Autors für seine Darstellung sind geeignet, Juden wie Nichtjuden vom hohen Roß der Selbstgefälligkeit und des arroganten Pharisäismus herunterzuholen, sofern die Leser bereit sind, sich nicht von vorgefaßter Ideologie, sondern der Wahrheit leiten zu lassen und die Geschichte so zur Kenntnis zu nehmen, "wie es eigentlich gewesen ist." Das ausgezeichnete

Buch verdient weiteste Verbreitung.

Lothar Groppe ... <<

10.07.2003

Belgien: Der Konvent und legt dem Europäischen Rat am 10. Juli 2003 einen Entwurf für eine europäische Verfassung vor.

15.07.2003

Polen: Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski schreibt am 15. Juli 2003 in der polnischen Zeitung "Rzeczpospolita" (x309/95): >>Auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 wurde über den Transfer der deutschen Bevölkerung aus jenen Gebieten entschieden, welche Polen zugeteilt wurden, und zwar nicht im Ergebnis einer freien Willensäußerung unserer Gesellschaft.

Und es war auch gewiß kein Grund zu ungetrübter Freude für die Polen, daß sie im Austausch gegen acht Wojewodschaften (Regierungsbezirke), in denen sie seit Jahrhunderten gelebt hatten und die nun der damaligen Sowjetunion zugeschlagen wurden, die Gebiete an der Oder und Neiße erhielten.<<

26.07.2003

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 26. Juli 2003 (x887/...): >>**Hintze: Duckt Euch!**

Kohls Ex-General fordert Kontinuität in der Mißachtung deutscher Interessen

Eigentlich wäre die Diskussion bei Sabine Christiansen am vorletzten Sonntag belanglos gewesen - war doch aus dem Hickhack, aus der Pöbelei des sozialdemokratischen Europa-Abgeordneten Martin Schulz gegen den italienischen Ministerpräsidenten und dessen ebenso witz- wie niveauloser Replik, die Luft raus - wäre da nicht eine Bemerkung des ehemaligen CDU-Generalsekretärs, des Pfarrers Peter Hintze, gewesen.

Der fand zwar auch Berlusconis Bemerkung unappetitlich, der Sozi solle sich in einem Film über KZs als Kapo-Darsteller bewerben, doch empörte es ihn noch viel mehr, daß Bundeskanzler Schröder daraufhin seinen Urlaub in Italien abgesagt hatte. Es habe bisher, so Hintze, allgemeine Übereinstimmung bei allen Bundesregierungen von Willy Brandt bis Helmut Kohl gegeben, im internationalen Verkehr nicht für Deutschland dessen Gewicht als größtes, volkreichstes und wirtschaftlich stärkstes Land Europas in die Wagschale zu werfen - "wegen unserer Vergangenheit".

Da geht der deutsche Wähler davon aus, daß seine Regierungen bei internationalen Verhandlungen die Interessen Deutschlands wahrnehmen, und nun müssen wir hören, daß tatsächlich alle Bundesregierungen stets alles geschluckt haben, was das Ausland von ihnen forderte. Denn nichts anderes bedeutet doch die Darstellung des Pfarrers Hintze, der auch niemand in der Christiansen-Runde widersprach - im Gegenteil nickten alle verständnisvoll mit dem Kopf.

Dann leuchtet es auch ein, warum die Bundesrepublik mit riesigem Abstand die höchsten Netto-Zahlungen an die Europäische Union zu leisten hat, nämlich in diesem Jahr beispielsweise 14,7 Milliarden Euro, das sind 22,7 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Davon versorgt sich zunächst einmal der EU-Verwaltungsapparat, um dann den Rest an andere Staaten zu verteilen, so zum Beispiel an Griechenland, an Portugal, an Spanien und an Irland (dem es inzwischen wirtschaftlich weitaus besser geht als Deutschland).

Dann wird auch verständlich, warum unser Land die dritthöchsten Beiträge an die Uno zu entrichten hat, warum Bundeswehrsoldaten nahezu in aller Welt die Köpfe bei internationalen Konflikten hinhalten müssen bei Einsätzen, deren Kosten inzwischen in die Milliarden gehen. Und so geht es beliebig weiter. Offenbar "wegen der deutschen Vergangenheit" schlossen wir mit allen möglichen Ländern Sozialabkommen, die zum Beispiel zur Folge haben, daß in Deutschland lebende Ausländer in der Krankenversicherung erhebliche Vorrechte gegenüber

deutschen Versicherten haben.

Wenn Ausländer in Deutschland krankenversichert sind, gleichgültig ob sie arbeiten, ob sie arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger sind, dann sind automatisch kostenlos auch ihre Familienangehörigen in den Heimatländern mitversichert, und der Begriff der Familie wird nach der jeweiligen ausländischen Rechtslage ausgelegt. In der Türkei gehören zur Familie auch die Eltern des in Deutschland Versicherten sowie dessen Geschwister. Deren Behandlung in der Türkei hat die deutsche Versicherung zu finanzieren!

"Die deutsche Vergangenheit" ist offenbar auch die Ursache für die unvergleichlich großzügige deutsche Asylregelung. In kein anderes Land sind, zumal wenn man es umrechnet auf die Bevölkerungsgröße, so viele Ausländer geströmt wie in die Bundesrepublik. Das hat dann zur Folge, daß etwa ein Viertel der Ausländer Sozialhilfe oder ähnliche staatliche Leistungen bezieht; das waren 2001 über 600.000. Und das bei einem Ausländeranteil, der nicht einmal neun Prozent ausmacht.

Wie Deutschland gemolken wird und mit welcher Großzügigkeit unsere Regierungen die Steuergelder "aufgrund unserer Vergangenheit" verschleudert, das mag etwa aus dem kürzlich zu Tage getretenen Wahnsinn hervorgehen, daß aus deutschen Steuergeldern alljährlich 25.000 Euro zur Finanzierung der Love Parade nach Mexiko-Stadt überwiesen werden.

Deutschland läßt sich permanent "mit unserer Vergangenheit" erpressen, und keine Regierung wagt Widerstand. Und wenn Kanzler Schröder das tut, was an seiner Stelle jeder andere Regierungschef auch getan hätte, nämlich seinen Urlaub absagt, nachdem sein Land massiv beleidigt worden war, dann deutet das Pfarrer Hintze als Bruch des Konsenses deutscher Katz-buckelei.

Der deutsche Wähler hat diesen Mechanismus noch nicht begriffen. Er mag sich zwar wundern, daß ein an sich wohlhabendes Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft pleite ist, doch führt er das auf undurchschaubare und nicht zu ändernde internationale Gesetzmäßigkeiten zurück. Nur in seltenen Fällen legt jemand den Finger in die Wunde wie am 18. dieses Monats in der FAZ der namhafte Volkswirtschaftler Prof. Dr. Franz-Ulrich Willeke.

Der Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Werke schreibt: "Die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit hängen bei allen sonstigen Problemen auch mit dem hohen Nettobeitrag zusammen" (den Deutschland an die EU zahlen muß). Und, so sei ergänzt, die exorbitanten Zahlungen wiederum werden begründet mit "der deutschen Vergangenheit."

Natürlich bekämpfen alle, die von der angeblichen Einmaligkeit der deutschen Verbrechen profitieren, jeden Versuch, die damaligen Ereignisse auf ihr wirkliches Ausmaß zurückzuführen, würde ihnen doch durch die Aufklärung die Waffe aus der Hand geschlagen, mit der sie uns erpressen. Das kann aber nicht hindern, die Bemühungen sachlich fortzusetzen.

Man stelle sich vor, daß etwa die Regierung der USA mit gebeugtem Haupt in internationale Verhandlungen ginge, weil das moderne Amerika nur entstehen konnte, nachdem man die Urbevölkerung ausgerottet hatte, oder daß die Briten von Reue über die Unmengen von Blut geschüttelt wären, die ihr gewaltiges Kolonialreich gekostet hat, oder daß Putin die Interessen Rußlands hintan stellt angesichts der 80 Millionen Toten, die sein Land zur Zeit der bolschewistischen Herrschaft verursacht hat. Niemand erwartet das von ihnen.

So mögen endlich auch die Deutschen wieder zur selbstbewußten Nation werden.<<

03.08.2003

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 3. August 2003 über ein Interview mit dem deutschen Modedesigner Wolfgang Joop (x354/110): >>... Das übertriebene schlechte Gewissen in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf.

Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich, nur gesprayed, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.<<

18.08.2003

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. August 2003 über Theodor W. Adorno: >>**Die vielen Hansjürgens und Utes**

Gegenüber seinen Eltern genoß Adorno die Rolle des Kindes, des "Bubs", wie ihn seine Mutter in der Korrespondenz ansprach. Einem Kind trägt man nichts nach, man weiß, daß sein Verantwortungsgefühl noch begrenzt ist und daß zu seiner, mit Freud gesprochen: polymorph-perversen Triebausstattung der Sadismus nun einmal dazugehört.

Zum brieflichen Beschnuppern der "Nilpferdstute" Maria Wiesengrund-Adorno, ihres Mannes Oscar Wiesengrund (im Briefwechsel meist "WK" genannt), des "Nilpferdkönigs Archibald", also Adornos, und der "Giraffe" - das ist Gretel Adorno - gehörten deshalb auch die regelmäßigen Ausfälle gegen die "Brut", das "Gesindel" der in Deutschland zurückgebliebenen Adorno-Verwandtschaft, besonders gegen den von Teddie mit grotesker Wut verfolgten Onkel Louis, genannt Louische, den er, wie er einmal schreibt, am liebsten seinem Hund als Braten vorgesetzt hätte.

Brieflicher Sadismus kann, wie man aus der Korrespondenz des britischen Romanciers Evelyn Waugh weiß, für den Leser im höchsten Maß erheiternd wirken: Die Entlastung von der inneren Zensur entlädt sich im befreiten Lachen.

Hier aber gibt es Stellen, bei denen es dem Leser nicht wohl wird. Daß die emigrierte Familie, deren Oberhaupt nach dem Novemberpogrom von 1938 schwer gelitten hatte, auf die Niederlage Hitlers hoffte, ist selbstverständlich.

Aber wenn Adorno am 26. September 1943 an die Eltern schreibt: "Fast muß man bitten, daß es nicht zu schnell geht: daß nicht ein politischer Zusammenbruch erfolgt, der den Deutschen die offene militärische Niederlage erspart und sie doch nicht so am eigenen Leibe fühlen läßt, was sie angerichtet haben" - dann mag auch den in der Wolle gefärbten Adorniten ein Schauder überlaufen.

Der Brief fährt fort: "Ich habe nichts gegen die Rache als solche, wenn man auch nicht deren Exekutor sein möchte - nur gegen deren Rationalisierung als Recht und Gesetz. Also: möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden."

In Adornos Brief vom 7. April 1945 artikuliert sich die Befriedigung über das bevorstehende Ende des Nationalsozialismus in einer Sprache der spaßigen Grausamkeit: "In Deutschland hat die große allgemeine Turnerei eingesetzt, die ich mit ungeteilter Freude verfolge." Besonders fällt der Kontrast auf, wenn der Verfasser im gleichen Brief die eigenen Leiden beklagt: Kopfschmerzen und einen "Entzündungsherd im Hals-Nasensystem". Schließlich, am 1. Mai 1945: "Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot."

Daß es zuweilen um mehr als um infantilen Sadismus ging, nämlich um geschichtsphilosophische Gewißheiten des Marxisten Adorno, die sich mit den antipathischen Affekten vermischten, behauptet in einer noch unveröffentlichten Arbeit der Frankfurter Germanist Hartmut Scheible. Sein Beleg ist ein Brief Adornos an seine Eltern, in dem dieser über den emigrierten Violinvirtuosen Fritz Kreisler meldete: "In bezug auf Kreisler bin ich völlig Eurer Meinung. Er ist schon lange auf den Hund gekommen und hat jeden Maßstab verloren.

Diese ganze Art des Musizierens gehört liquidiert, und man fragt sich manchmal, ob die deutsche Barbarei, die zu dieser Liquidation beiträgt, nicht hier wie in vielem anderen gegen den eigenen Willen einen sehr gerechten Urteilsspruch vollstreckt." Wem es hier nicht die Sprache verschlägt, der hat keine.

Ansonsten findet man eine angeregte und dichte Familienkonversation, in einem Stil, der,

auch mit dem sehr guten Klatsch, eher an die Hofmannsthalschen Gesellschaftskomödien erinnert als an die Prosa, die man von Adorno kennt. Nur gelegentlich blitzt sie auf, etwa wenn der Philosoph am 28. August 1944 den Eltern meldet, es gehe ihm nun viel besser, "besonders wenn ich mich der Sonne exponiere".

Lorenz Jäger

Theodor W. Adorno: "Briefe an die Eltern" 1939 bis 1951. Herausgegeben von Christoph Gödde und Henri Lonitz. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003 ...<<

23.08.2003

Polen: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 23. August 2003 (x887/...):
>>Skandalöser Artikel über Vertriebene in polnischem Magazin

von *Martin Schmidt*

Daß die Sudetendeutschen und der Bund der Vertriebenen in Tschechien häufig als antideutsche Schreckgespenster herhalten müssen und ihr Einfluß von der Presse grotesk übertrieben wird, ist manchen hiesigen Beobachtern wohl noch bewußt.

Anders sieht es beim Nachbarn Polen aus: Zwar gibt es jenseits von Oder und Neiße unter den heranwachsenden Generationen eine wachsende Bereitschaft, alte deutschfeindliche Geschichtsbilder schrittweise zu berichtigen, aber man findet immer wieder auch Belege für gegensätzliche Strömungen.

Ein alarmierender Fall aus jüngster Zeit ist ein Artikel in der Zeitschrift Wprost vom 3. August. Man könnte über diesen polemischen und nicht selten böswilligen Beitrag einer gewissen Krystyna Grzybowska über die bundesdeutsche Politik und die Vertriebenen hinweggehen, wäre er nicht im vielbeachteten Wochenmagazin Wprost (Direkt) erschienen - einer Art polnischem Spiegel mit Elementen von Focus und Bild.

Schon der Einstieg offenbart einen emotionalen Ansatz: "Die in Deutschland regierenden Linken haben mit ihrer Feinfühligkeit aufgehört. ... Es ist ein gewisses Verständnis in bezug auf die territorialen Ressentiments aufgetreten, und zwar sogar bei Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem deutschen Außenminister Joschka Fischer. Bisher wird dies durch den verstärkten Druck auf Tschechien zum Ausdruck gebracht, die Benesch-Dekrete zu annullieren."

Abgesehen davon, daß die Bezeichnung "territoriale Ressentiments" für das Bemühen um eine Aufarbeitung der Massenvertreibung von Deutschen aus dem Osten oder für völkerrechtlich gestützte Forderungen nach Heimatrecht und Eigentumsschutz eine Frechheit ist, fragt man sich erstaunt, wie die in Posen ansässige Zeitschrift zu ihrer Einschätzung der deutschen Regierungspolitik kommt.

Zwar gab es in jüngster Zeit zaghafte Zugeständnisse aus Prag - etwa die Erklärung vom 19. Juni zur EU-Volksabstimmung, in der die Vertreibung der böhmischen Deutschen als "aus heutiger Sicht unannehmbar" bezeichnet wird -, jedoch stellen diese zuallerletzt eine Antwort auf massiven "Druck" seitens der deutschen Zentralregierung dar.

Auch der Vorschlag des Bundesrates vom Juli, den 5. August zum "Nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung" zu erheben, geht bekanntlich nicht auf Rot-Grün, sondern auf die in der Länderkammer maßgeblichen Unionsparteien zurück.

Somit entbehrt schon die argumentative Ausgangsposition Frau Grzybowskas jeder Grundlage. Doch auch so sind die nachfolgenden Thesen haarsträubend. Zum Beispiel ihre Bewertung des BdV: "Je besser die Beziehungen (zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen; Anmerkung des Verfassers) waren, desto geringer war die Bedeutung des Vertriebenenverbandes. ... Um den Bund der Vertriebenen ist es jedoch heute besser bestellt als je zuvor."

Hier wird der Popanz eines aggressiven anti-polnischen Interessenverbandes aufgebaut, der mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. In Wahrheit waren es in der Nach-Wende-Zeit insbesondere vertriebene deutsche Schlesier, Pommern, West- oder Ostpreußen, die jenseits der Grenze ihre Heimat besuchten und vielfältige Beziehungen zu heute dort lebenden Polen

knüpften.

Zu einer Zeit, da die Masse der bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber den Nachbarn im Osten noch immer von tiefer Skepsis und noch mehr von völliger Unwissenheit und Desinteresse geprägt wird, kommt den Vertriebenen eine Vorreiterrolle zu, wenn es gilt, den Europa zerteilenden eisernen Vorhang in den Köpfen endgültig zu zersprengen.

Jenseits solcher Einsichten wird in der gemeinhin als konservativ, antikommunistisch und pro-amerikanisch eingestuften Zeitschrift Wprost publizistisches Gift verspritzt: "Jeder, der sich während der Nazizeit nur einen Moment außerhalb des Gebietes der heutigen Bundesrepublik Deutschland aufhielt und dann zurückkehrte, verfügt über den Status eines Vertriebenen. Joschka Fischer hat demnach den Status eines Vertriebenen aus Ungarn.

Nach der deutschen Interpretation können sogar sowohl der Sohn des Gouverneurs Hans Frank als auch die Kinder der Belegschaft von Auschwitz als Vertriebene anerkannt werden. Auf diese Weise wurde auch Erika Steinbach selbst als Vertriebene anerkannt, deren Vater einige Jahre im Gebiet der polnischen Region Pomorze (Pommern) diente."

Hier soll der Eindruck erweckt werden, als ob es sich bei den deutschen Vertriebenen mehrheitlich um Personen handelte, die sich infolge der NS-Herrschaft kurzzeitig aus dem Gebiet zwischen Rhein und Oder auf polnischem Boden niederließen und nach Kriegsende in den Westen "zurückkehrten".

Der Großteil der polnischen Leser dürfte tatsächlich nicht wissen, daß die Masse der rund 15 Millionen deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus Gebieten wie Schlesien, Pommern oder Ostpreußen stammten, die inzwischen zu weiten Teilen zum polnischen Staat gehören, aber bis zum Ende des Krieges zu über 90 Prozent von alteingesessenen Deutschen bewohnt waren.

Anders geartete Formen des Heimatverlustes wie die Umsiedlungen der Baltendeutschen, der Wolhynien-, Galizien-, Buchenland- und Bessarabiendeutschen oder der Deutschen aus der Gottschee sind demgegenüber mit einer Gesamtzahl von rund einer halben Million Betroffener quantitativ zu vernachlässigen.

Erst recht gilt das für jene Personen, die zum Zeitpunkt der Vertreibung beispielsweise aus beruflichen Gründen oder auf Weisung der Partei erst kurze Zeit im Osten des Reiches lebten und dann gezwungenermaßen wieder gen Westen gingen.

"Joschka" alias Joseph Fischer hielt sich nie in der ungarndeutschen Heimat seiner Eltern auf, doch deren Vertreibungsschicksal hat unbewußt zweifellos seinen Werdegang beeinflußt.

Seine Familie mußte wie mehr als 220.000 Ungarndeutsche das von den Vorfahren im 18. Jahrhundert nach großen Strapazen neuerworbene Zuhause aufgeben. Für die Fischers hieß das, im März 1946 mit nur 50 Kilo Gepäck aus Wudigeß (Budakeszi), einem Vorort Budapests, aufzubrechen, um im Schwäbischen neu anzufangen. Dort wurde 1948 auch Sohn Joschka geboren.

Während bei der Familie des Metzgermeisters Jakob Fischer nur die Urahnen einen direkten Bezug zu Binnendeutschland hatten, stammten Erika Steinbachs Eltern tatsächlich aus Westdeutschland. Genauer: aus Bremen bzw. Hanau. Kennengelernt haben sie sich aber in Westpreußen, wohin Steinbachs Vater als Offizier versetzt wurde und wo in Rahmel im Juli 1943 Tochter Erika zur Welt kam.

Die Vertreibung der eigenen Familie und der Masse alteingesessener westpreußischer Deutscher erlebte die heutige BdV-Vorsitzende somit nicht bewußt mit, doch auch sie erlitt ein nicht selbst verschuldetes Kriegsfolgenschicksal.

Zu dem von der Verfasserin wörtlich erhobenen Vorwurf, die deutsche Seite würde die Unterschiede zwischen Evakuierungen, zwangsweisen Umzügen, Flucht und Vertreibung "verwischen", sei mit dem amerikanischen Völkerrechtler und Historiker de Zayas darauf hingewiesen, daß praktisch alle Betroffenen nach dem Ende der Kämpfe heimkehren wollten. Daran

wurden sie dann von den polnischen, tschechischen oder sowjetischen Behörden gehindert und so zu Vertriebenen gemacht.

Besonders abwegig ist die folgende Passage: "Die Vertreibung" wurde "niemals rücksichtslos und konsequent umgesetzt. Wenn es so wäre, gäbe es heute keine deutsche Minderheit in Polen sowie deren Vertretung im Sejm. Weder die Flüchtlinge und Aussiedler noch die falschen Deutschen, die in der Zeit des Kommunismus in die Bundesrepublik Deutschland gelangten, ... sind Vertriebene."

In aller Kürze sei zu diesen Behauptungen, die einem schier die Sprache verschlagen, Folgendes angemerkt: Die Warschauer Kommunisten setzten die ethnischen Säuberungen nur dort nicht konsequent durch, wo sie Deutsche als Fachkräfte für die Wirtschaft brauchten (etwa bei Waldenburg) oder wo sie - wie in Oberschlesien und Masuren - in Anwendung der "Autochthonen"-Theorie auf eine rasche Polonisierung hofften.

Daß letzteres kaum Erfolg hatte und es immer mehr "falsche Deutsche", wie Grzybowska Teile der schlesischen oder masurischen Aussiedler nennt, wegzog, hat viele Gründe. Nicht zuletzt besteht ein Zusammenhang mit der Entdeutschung der Oder-Neiße-Gebiete durch die Massenvertreibungen. Denn diese entfremdeten auch die Verbliebenen von ihrer Heimat.

Gegen Ende des Wprost-Artikels schwadroniert die Verfasserin darüber, daß die angebliche neue deutsche Interpretation des Krieges und seiner Folgen einen "Verlust an Sensibilität" beweise, da die "Leiden des Verursachers und das Leiden des Opfers ... niemals moralisch gleichgestellt werden" könnten.

Damit redet die Wprost-Autorin einer Kollektivschuld-Mentalität und der Zweiteilung in gute und böse Opfer das Wort, deren ethische Fragwürdigkeit den Keim für neuen Völkerhaß legen.

Statt dessen sollte sie sich an Sätze aus einem Memorandum erinnern, das Robert Murphy, Berater der US-Militärregierung in Berlin, am 12. Oktober 1945 angesichts der zahllosen Vertriebenen verfaßte: "Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Dies ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ..."<<

27.09.2003

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 27. September 2003 (x887/...): >>**Gut gehütetes Kainsmal**

Hans-Joachim von Leesen über den Zwang vieler Politiker, die Kollektivschuldthese immer wieder neu zu beleben:

Vor drei Jahren unterbreiteten Erika Steinbach und Peter Glotz, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen die eine, prominenter SPD-Politiker und -Vordenker der andere, der Öffentlichkeit den Plan, in Berlin ein "Zentrum gegen Vertreibungen" zu schaffen. In dieser von einer Stiftung getragenen Institution sollen die Vertreibungen des 20. Jahrhunderts dokumentarisch-museal dargestellt werden.

Darüber hinaus will man in diesem zentralen Vertreibungsmuseum, in dessen Mittelpunkt natürlich die größte ethnische Säuberung der Weltgeschichte stehen muß, auch wissenschaftlich Gründe und Folgen von Vertreibungen aufarbeiten. Die Initiatoren unterließen es nicht, den Botschaften der Nationen, die - aktiv oder passiv - von dem Thema betroffen waren, von dem Plan Kenntnis zu geben und sie zur Mitarbeit einzuladen.

Fast drei Jahre lang nahm die Öffentlichkeit von dem Projekt kaum Notiz. Als dann aber das Thema "Vertreibung der Deutschen" in den Medien zur Überraschung mancher - vielleicht auch angeregt durch Günter Grass' Novelle über den Untergang der "Wilhelm Gustloff" - einen immer prominenteren Platz einnahm, da brach ein immer schriller werdender Chor vor allem polnischer und tschechischer Politiker und Intellektueller in Protestgeschrei aus.

Bald schloß sich ihnen die bekannte Polen- und Tschechen-Lobby von Joschka Fischer bis Rita Süßmuth an: Ein Zentrum in Berlin würde die "Geschichte umdeuten"; man müsse verhindern, daß durch ein solches Mahnmal die Deutschen nicht mehr als die ständigen Täter, sondern auch als Opfer in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Dadurch könnte die Kollektivschuld der Deutschen angezweifelt werden, die für manche offenbar zum Fundament geworden ist, auf dem die Deutschen zu stehen haben, und zwar nicht aufrecht, sondern stets reuevoll gebückt.

Soeben ist ein Buch erschienen, dessen Autor ohne jede Verschnörkelung und ohne sich "bedeckt" zu halten den Kult mit der Schuld frontal angeht, ihn entlarvt als Herrschaftsinstrument, kritisch nach seinen Ursprüngen fragt und seine Unsinnigkeit aufdeckt. Der sudeten-deutsche Jurist und Autor zahlreicher juristischer wie historischer Bücher, Heinz Nawratil, faßte auf 238 Seiten unter dem Titel "Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewußtsein" (... München 2002 ...) zusammen, wer verantwortlich ist für die These von der angeblichen deutschen Kollektivschuld, wer die Propaganda verbreitet, welchen Sinn sie hat und wie man ihr begegnen muß.

In einem Nachwort des Psychologen Prof. Herbert Speidel wird aus der Sicht des Wissenschaftlers untersucht, wie die permanenten Selbstbeschuldigungen der Deutschen aus dem Munde ihrer politischen Klasse vom wissenschaftlichen Standpunkt aus zu deuten sind und wohin die Bekenntnisse der angeblich "unvergleichlichen Schuld", die nichts anderes ist als eine seelische Erkrankung, führen.

Die alliierte psychologische Kriegführung propagierte während des Krieges, allein die Deutschen seien schuld an Krieg und Verbrechen, und zwar alle Deutschen. Alliierte Politiker von Churchill und Roosevelt bis zu Stalin verbreiteten diese These, teils sicherlich aus Überzeugung, teil aber auch, um dadurch die eigenen Völker zum Kampf gegen die Deutschen aufzustacheln.

Mit der deutschen Kollektivschuld wurde dann nach der Kapitulation der Wehrmacht die weitgehend völkerrechtswidrigen Maßnahmen gegen Deutschland und die Deutschen gerechtfertigt - von der Zwangsarbeit, zu der deutsche Zivilisten und Kriegsgefangene in Siegerländer geschickt wurden, über die Annektierung deutschen Bodens, die Vertreibungen, den Raub deutscher Patente, die Demontagen, den Raub von Kulturgütern, bis zu den gewollten Hungersnöten in Deutschland und den Lagern deutscher Kriegsgefangener. So wurde die angebliche deutsche Kollektivschuld die Basis für die alliierte Besatzungspolitik in den ersten Jahren nach der deutschen Niederlage.

Von deutscher Seite war zunächst das Echo darauf verhalten. Zwar wies der sozialdemokratische Politiker Kurt Schumacher ebenso wie der Kardinal Graf Galen die Behauptung der deutschen Kollektivschuld scharf zurück, doch schlich sich die alliierte Propagandabeauptung dennoch in die öffentliche Debatte ein, so etwa wenn der erste Bundespräsident Heuss zwar den Begriff der Kollektivschuld zurückwies, ihn aber ersetzte durch die Kollektivscham, die in der Praxis ebenso instrumentalisiert wurde wie die Kollektivschuld.

Unvergessen bleiben sollte auch das sogenannte "Stuttgarter Schuldbekenntnis", in dem - nicht ohne Mitwirkung des britischen Geheimdienstes - elf führende Persönlichkeiten der Bekenntenden Kirche ohne Legitimation die Alleinschuld des deutschen Volkes am Zweiten Weltkrieg aussprachen. (Der damalige Papst Pius X. hingegen stellte eine deutsche Kollektivschuld entschieden in Abrede.)

Das deutsche Volk hingegen war in jenen ersten Nachkriegsjahren voll und ganz damit beschäftigt, das Land wieder aufzubauen. Außerdem gab es noch genügend viele Frauen und Männer, die die Legenden, mit denen die Kollektivschuldthese begründet wurde, widerlegen konnten.

Ende der 60er Jahre allerdings bemächtigte sich die "68er-Generation", Jugendliche ohne ei-

gene Erfahrungen der Kriegs- und Notzeit, ohne ausreichendes Verständnis für ihre Elterngeneration, wohl aber vielfach mit Anzeichen von Wohlstandsverwahrlosung, der Kollektivschuldthese. Aber auch Leute, die es hätten besser wissen müssen, wie die Bundespräsidenten v. Weizsäcker und Herzog, übernahmen die Vokabel, damit aus dem Kreis der von ihnen Beschuldigten austretend und sich auf die Seite der Sieger schlagend. Und auch die Evangelische Kirche setzte ihre Kollektivschuld-Propaganda fort mit ihrer "Ostdenkschrift", in der sie die Vertreibung der Ostdeutschen rechtfertigte, unter anderem mit der bemerkenswerten Begründung, die Polen brauchten "Lebensraum".

Die 68er entdeckten als weltanschauliche Grundlage den Marxismus-Leninismus als Waffe gegen das eigene Volk, und so gingen, wie Nawratil überzeugend nachweist, Linksextremismus und Antigermanismus eine "quasi natürliche Symbiose" ein.

Deutschland war und ist das einzige Land, das mit der Übernahme von Schuld seine Vergangenheit zu "bewältigen" versucht, wofür Nawratil eindrucksvolle Beispiele aufführt.

Inzwischen haben die Vertreter jener Schuld- und Sühne-Generation erfolgreich den Weg durch die Institutionen angetreten. Nun werden sie vom Ausland handfest aufgefordert, die deutsche "Schuld" permanent wieder gutzumachen, wozu beispielsweise auch gehört, daß ausländische "Freunde" mit Erfolg fordern können, deutsche Soldaten hätten in allen Winkeln der Welt alle möglichen Interessen zu vertreten, die keineswegs die deutschen sind.

Inzwischen ist die deutsche Kollektivschuld zur Staatsreligion geworden. Ihr Hauptprediger ist Joschka Fischer, dessen Wort aus dem Jahr 1999 unvergessen ist. Vom französischen Außenminister gefragt, welches der Urkonsens sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte (so wie Frankreich durch die Revolution 1789), antwortete der deutsche Außenminister, für die Bundesrepublik sei das Auschwitz. Der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial kam zu dem Schluß, daß Deutschland wohl das einzige Land der Welt sei, in dem ein "negativer Nationalismus" herrsche. Nawratil zitiert, daß Deutschland unter diesen Umständen nur eine Aufgabe hätte, nämlich sich selbst abzuschaffen.

In Nawratils Buch "Der Kult mit der Schuld" liest man absurde bis skurrile Beispiele für Schuldbekennnisse deutscher Politiker, so etwa Joschka Fischers Ansicht, Deutschland trage Schuld an der Sklaverei, woraus sich (natürlich) finanzielle Forderungen aus Afrika ergaben. So werden Schuldkomplex, Selbsthaß und moralische Desorientierung miteinander verzahnt.

Bemerkenswert, und auch das stellt Nawratil überzeugend dar, ist die Tatsache, daß niemand daran denkt, die Verbrechen des Kommunismus "aufzuarbeiten", obwohl sie, gemessen an der Zahl der Opfer, die deutschen oder nationalsozialistischen Verbrechen bei weitem übertreffen. Aber weder die Russen als Trägervolk des Kommunismus noch die Länder, die unter dem Kommunismus gelitten haben, sehen eine Notwendigkeit, den Kommunismus daraufhin zu untersuchen, ob und wie weit sie schuldig sind für die Greuel des 20. Jahrhunderts.

Mit einer sachlichen Aufarbeitung der Vergangenheit hat die These von der deutschen Kollektivschuld nichts zu tun. Selektiv nur werden Verbrechen der Vergangenheit wahrgenommen und zu Propagandathesen verarbeitet. "Massenverbrechen werden in der Öffentlichkeit entweder hochgespielt oder vertuscht, je nach politischem Nutzen", so lesen wir. Und: "Wo das Totschweigen (von Sieger-Verbrechen) nicht weiterhilft, versucht man, die Verbrechen durch deutsche Kollektivschuld oder ähnliche Argumentationsketten zu rechtfertigen.

Auf diese Weise aber entstehen Erfolgsmodelle für künftige Massenverbrechen." Ein schlagender Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung waren die "ethnischen Säuberungen" in Jugoslawien, die die dortigen Machthaber glaubten vornehmen zu können, da die "ethnischen Säuberungen" Ostdeutschlands auch nicht geahndet worden waren. Können aber die Verbrechen an Deutschen nicht mehr unterdrückt werden, dann rechtfertigt man sie, indem man versucht, sie aufzurechnen.

Welche absurden Folgen der so herangezüchtete deutsche Schuldkomplex hat, hat Günter

Maschke, aufgelistet, den Nawratil in seinem Buche zitiert: "Die BRD kann die Ausländerfrage nicht lösen - wegen Hitler! ... Sie fürchtet den Vorwurf des Antiamerikanismus - wegen Hitler! Und den des Antikommunismus - wegen Hitler! Sie versagt sich die Rechte, die jeder Nation zustehen - wegen Hitler!" Und Maschke fragt: "Wie lange noch die Regierung Hitler?" Nawratil antwortet sarkastisch: "Bis zum Jahre 2933. Dann vielleicht erweist sich das Dritte Reich dennoch als tausendjährig - 12 Jahre Diktatur, 988 Jahre Bewältigung."

Als Historiker nach gründlichen Forschungen zu dem Schluß kamen, der Reichstag sei 1933 keineswegs von den Nazis, sondern tatsächlich von dem Anarchokommunisten van der Lubbe allein angezündet worden, warnte Thomas Manns Sohn Golo davor, davon die Öffentlichkeit zu unterrichten, weil sonst das Bewußtsein der Alleinschuld gemindert werden könnte.

Als ein russischer Fernsehregisseur auf seiner Deutschlandreise Ex-Bundespräsident v. Weizsäcker, Zeit-Chefredakteurin Gräfin Dönhoff sowie Egon Bahr besuchte und sie unter anderem darauf hinwies, daß es zunehmend Anzeichen dafür gebe, daß Stalin den deutsch-sowjetischen Krieg lange vorbereitet hatte und die deutsche Wehrmacht ihm nur zuvorgekommen sei, antworteten diese, er solle das nur nicht in seinen Fernsehfilmen erwähnen, "weil damit Hitler ja entlastet würde". Sie hatten nichts dagegen, daß ihr Festhalten an Legenden Stalin entlastet. Nawratil sagt zu Recht, derartiges erinnere verzweifelt an "selige DDR-Zeiten".

Zu diesem Kapitel gehört auch die Aussage des ehemaligen Fraktionschefs der SPD in Nordrhein-Westfalen, Farthmann, der meinte, es dürfe im Hinblick auf das Dritte Reich in Deutschland keine Rechtsparterie geben, weil das "unserem internationalen Ansehen nur schaden" könne.

Ein Kapitel ist der Wiedergutmachung gewidmet, die eine direkte Folge der Behauptung ist, alle Deutschen seien kollektiv schuldig. Nach Information des Bundesfinanzministeriums hatte die deutsche öffentliche Hand bis 1999 insgesamt über 103 Milliarden DM Wiedergutmachung gezahlt, weitere 26 Milliarden würden aufgrund von Abmachungen in den nächsten Jahren hinzukommen.

Wenn man dann die gewaltigen Dimensionen alliierter Demontagen und Reparationsentnahmen zählt, die Beschlagnahme von Urheberrechten und Forschungsergebnissen, die Raubzüge an deutschem Kulturgut, die Arbeitsleistungen deutscher Zwangsarbeiter, das, was bei der Annexion deutscher Gebiete den Siegern in die Hände fiel, dann hat Deutschland mit Abstand mehr wieder gutgemacht, als durch den Krieg zerstört worden ist. Und trotzdem gehen die Forderungen nach deutschen Tributzahlungen weiter.

Nawratil fordert die Deutschen auf, endlich den aufrechten Gang zu lernen und Mut zu haben. Eine zweite Aufklärung sei notwendig, um die Deutschen aus ihrer "selbstverschuldeten Unmündigkeit" zu befreien.

Der Psychologe Prof. Speidel beurteilt in einem Abschlußkapitel die Sucht, Kollektivschuld auf sich zu nehmen. Er kommt zu dem Schluß: "Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm Generativität, Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und eine Satellitenmentalität. Das Kollektivschuldintroyekt ist ein gefährliches Risiko, ob es wie bisher autodestruktiv wirkt oder per Aggressionsumkehr nach außen. ...<<

01.11.2003

BRD: Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker (1925-2016) schreibt am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart

Vae victis - wehe den Besiegten

Nach ihrer schweren Niederlage gegen die Gallier vor 2.390 Jahren erkaufte sich die Römer den Abzug der Fremden aus ihrer Stadt mit einem hohen Lösegeld in purem Gold. Als die Gallier beim Abwiegen des Goldes manipulierte Gewichte benutzten und die Römer dagegen protestierten, rief Brennus, der gallische Heerführer, "Vae victis!", was nichts anderes bedeutete als: ihr habt nichts zu sagen, seid froh, daß wir euch nicht umbringen.

Dieses "Vae victis!" wurde in den folgenden Jahrhunderten zum Sinnbild einer gnadenlosen und rechtlosen Behandlung besiegtter Gegner. In der Antike bestand eine weitverbreitete Gewohnheit, die Soldaten eines besiegtten Heeres zu töten oder in die Sklaverei zu führen.

Die Grausamkeit unter streitenden Parteien und Staaten nahm zu. Die Kirche war nicht imstande, dieser Entwicklung moralische oder rechtliche Barrieren entgegenzusetzen. Erst mit der Reformation durch Martin Luther und Johannes Calvin, mit der Veränderung des Weltbildes durch Kopernikus und Galilei veränderten sich auch Lebensgefühl und Lebensformen der Menschen.

Hinsichtlich der antiken Rechtsansichten wurden neue Überlegungen angestellt. Einer der herausragenden Vertreter der neuen Rechtslehre war der 1583 geborene Hugo Grotius. Man nennt ihn den Vater des Völkerrechts. Er forderte die Einhaltung von Rechtsregeln nicht nur im friedlichen Verkehr der Völker untereinander, sondern auch während und nach Austragung von kriegerischen Konflikten.

Das bisher geltende "ius ad bellum", das Recht eines Staates zur Kriegführung, wurde durch die Lehre vom "gerechten Krieg" - das "bellum iustum" - ersetzt. Ein gerechter Krieg sollte nach Hugo Grotius im Interesse des Rechtsfriedens mit einem "guten Frieden" beendet werden. Zu einem guten Frieden gehörte nicht nur ein totales Vergessen der gegenseitig zugefügten Gewalttaten, sondern auch die Gewährung gegenseitiger Amnestie.

Der Westfälische Friedensvertrag, der den Dreißigjährigen Krieg 1648 beendete, wurde daher mit der Klausel eingeleitet: alle Gewalttaten sollen gegeneinander aufgehoben sein und dem immerwährenden Vergessen anheimgegeben werden. Diese Klausel enthielt auch der Friedensvertrag zwischen Schweden und Preußen vom 21. Januar 1720 und endlich auch der Hubertusburger Frieden, der den Siebenjährigen Krieg 1763 beendete.

Aber auch die Lehre des "gerechten Krieges" gab man im 18. Jahrhundert auf und versachlichte die Kriegsgründe. Man nannte die Kriege deshalb "Kabinettskriege". Den zahlreichen seit 1700 von den Großmächten geführten Konflikten fehlte daher das zerstörerische Element der Berufung auf den "wahren Glauben" oder auf die "bessere Moral". Das hatte zur Folge, daß die Friedensschlüsse den Kriegsparteien Versöhnung brachten und eine zügige Wiederaufnahme von menschlichen und staatlichen Beziehungen nach Ende der Kampfhandlungen. Friedrich der Große meinte, die Bevölkerung dürfe es nicht merken, wenn der Staat einen Krieg führe.

Der erste internationale Vertrag, der humane Forderungen als verbindlich zwischen den Staaten im Krieg und Frieden festlegte, war der Vertrag zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 3. September 1783. Hier sind zum ersten Mal - übrigens auf Veranlassung Preußens - Bestimmungen zur Humanisierung der Kriegführung als elementare menschliche Grundrechte ins Völkerrecht eingegangen. Während des 19. Jahrhunderts wurde dieser Vertrag im gegenseitigen Einverständnis mehrmals verlängert, zuletzt durch Wilhelm II. Ende des 19. Jahrhunderts.

Es hatte gute Gründe, daß man von der Rechtfertigung eines Krieges "als gerecht" abgerückt war, denn die Berufung auf die gerechte Sache führte zur Verabsolutierung des eigenen Standpunktes und somit zu Intoleranz und Fanatismus. Der Sieg des Stärkeren oder des zahlenmäßig Überlegenen sollte nicht länger als Sieg der gerechten Sache gelten. Die Identifikation von Sieg mit dem Recht, kurz Siegerjustiz genannt, zerstörte in Wirklichkeit den Glauben an das Recht und seine Gültigkeit.

Die Versachlichung des Völkerrechts, die der Menschlichkeit diene, das Abrücken vom moralisch gerechtfertigten Krieg haben Großbritannien und die USA im Ersten Weltkrieg zum Schaden Europas aufgegeben und den Grundsatz vom "gerechten Krieg" nach 200 Jahren wiederbelebt. Außenpolitische und völkerrechtliche Fragen wurden wieder moralistisch und ideologisch behandelt. Diese moralisierende Verherrlichung des eigenen Standpunktes führte zum Fanatismus und zur Inhumanität.

Europa erlebte fanatisierende ideologische Auseinandersetzungen von einer Stärke, wie sie auf dem Kontinent in den beiden zurückliegenden Jahrhunderten unbekannt geworden waren. Die Selbstvergötzung der Alliierten, die künstliche Politisierung mit Hilfe der modernen Propagandaapparate wurde zur Quelle des Unheils in Europa. Es wurde die Ursache für jene maßlose Überschätzung des Politischen, jene Aufwühlung politischer Leidenschaften, die mit der totalen Politisierung allen Lebens, dem Aufsaugen aller echten Gemeinschaftsbildung durch den Staat geendet haben. Ein Ignorant, wer diese Ursachen nicht erkennt.

Der Friedensschluß in Versailles nach dem Ersten Weltkrieg machte die Aufgeblasenheit und den Unfehlbarkeitsdünkel der Alliierten zum Vertragsinhalt. Seine Wirkungen beschrieb Altbundespräsident Richard von Weizsäcker wie folgt: "Frankreich, England und die USA verloren jedes Maß. Man setzte Deutschland das Kainsmal der alleinigen Kriegsschuld auf die Stirn, verurteilte es in Grund und Boden und demütigte es, wo und wie man nur konnte. Das mußte Folgen haben, sie kamen, und sie waren schwer".

Auch der Zweite Weltkrieg wurde durch den Einfluß der Vereinigten Staaten mit der Selbstvergottung der Sieger beendet. Der gegenüber allen Deutschen erhobene Vorwurf der Kollektivschuld und des Gewußthabens von rechtlichen Verfehlungen diente nicht der Förderung des Verständnisses geschichtlicher Zusammenhänge, sondern man verfolgte das politische Ziel der persönlichen Demütigung und Erniedrigung der Deutschen, das Untergraben ihres nationalen Selbstbewußtseins. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist dieses Ziel erreicht worden.

Es ist folgerichtig, wenn wir hier die umgekehrte Frage stellen, nämlich nach der Verantwortung der Bürger der alliierten Länder an den völkerrechtswidrigen, rechtswidrigen oder nur moralisch unsittlichen Verhaltensweisen ihrer Regierungen und ihrer Armeen während und nach Beendigung der Kampfhandlungen. Für die bestialischen Untaten an den europäischen Juden trägt Deutschland, unabhängig vom Wissen des einzelnen, die Verantwortung. ...

Angesichts der deutsch-preußischen Geschichte werden diese Untaten ewig unerklärlich bleiben, ein schwarzer Fleck, der sich niemals tilgen läßt, weder durch Zeitablauf noch durch Vergessen. Dieser unbegreifliche Frevel läßt sich auch nicht durch Vergleich oder Aufrechnung mit anderen Verbrechen ähnlicher Art in seiner moralischen Bewertung abschwächen oder tilgen.

Diese Regel gilt jedoch für beide Seiten. Das heißt, in umgekehrter Weise auch für die von Amerikanern, Engländern oder Russen begangenen Verbrechen, deren Unrechtsgehalt ebenfalls weder durch Vergleich oder Aufrechnung mit anderen Verbrechen, schon gar nicht durch Berufung auf Hitler gerechtfertigt oder moralisch gemindert werden kann. Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit fordern gleiche Behandlung gleicher Tatbestände, und zwar ohne Ansehen der Person und ohne Ansehen der Nationalität. Von deutschen Verfehlungen wird in den inländischen und ausländischen Medien im Übermaß berichtet. Daher wollen wir uns hier den Verfehlungen der anderen Seite zuwenden.

Schon bei Beginn des Krieges wurde in England unter Verstoß gegen das Völkerrecht die Bombardierung der deutschen Städte mit dem Ziel der Terrorisierung der zivilen Bevölkerung erörtert und zur Strategie der Kriegführung bestimmt.

Es widerspricht allen Forschungsergebnissen, die englischen Bombenangriffe als vom Völkerrecht sanktionierte Vergeltung für gleichartige deutsche Angriffe entschuldigen zu wollen.

Uneingeschränkt gilt das auch für den deutschen Bombenangriff auf Coventry, der nur auf militärische Objekte zielte, nicht auf die Bevölkerung. Das ist heute in der Wissenschaft unstrittig. Trotzdem wird von Journalisten, Politologen und der Evangelischen Kirche in Potsdam immer wieder und wieder das Gegenteil behauptet. Ist es Nachlässigkeit oder ideologische Absicht?

Am 8. Juli 1945 bat der japanische Kaiser über den schwedischen König die USA um die Einleitung von Friedensverhandlungen. Trotzdem erfolgten am 6. August und am 9. August die Bombardierungen von Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben. Ungeheure Verluste und die schrecklichsten Verletzungen unter der Zivilbevölkerung waren die Folge. Es ist eine unentschuld bare Unwahrheit zu behaupten, die Atombomben haben der Kriegsverkürzung und damit der Schonung von Menschenleben gedient.

Es waren Bombentests, Versuche am Menschen. Hat von der US-amerikanischen oder britischen Bevölkerung keiner von diesen Verbrechen etwas gewußt? Wer hat sie verhindert, zumindest versucht, sie zu verhindern? Diese Frage ist natürlich nur rhetorisch gemeint, sie sollte nur die Absurdität des Schuldvorwurfs deutlich machen, der gegenüber den einzelnen Deutschen wegen der Untaten an den Juden erhoben wird.

Die kollektive Kriminalisierung aller Deutschen blieb nicht bei der Erlebnisgeneration stehen, sondern wurde auf die deutsche Geschichte ausgedehnt. Soziologen und Politologen der USA machten unsere Vorfahren ebenfalls zum Gegenstand des Schuldvorwurfs, sie konstruierten eine Kausalkette, die von Luther über Friedrich den Großen bis zu Hitler führte. Die Berufung Hitlers auf diese Kontinuität war unberechtigt, seine geistige Wiege stand in Wien, nicht in Preußen.

Das wußten die ausländischen Umerzieher. Trotzdem war eine positive Rückbesinnung auf Preußen politisch nicht erwünscht, sie war politisch nicht korrekt. Lediglich eine herabsetzende Darstellung oder, wie man heute sagt, eine kritische Darstellung der preußischen Geschichte, wurde akzeptiert.

Nach dem schrecklichsten, verlustreichsten und über sechs Jahre dauernden Krieg kapitulierte das Deutsche Reich im Mai 1945. Die Niederlage war total. Das Land lag in Trümmern. Die Sieger zerteilten das Deutsche Reich in vier Zonen und damit zertrennten sie auch das einheitlich deutsche Wirtschaftsgebiet. Sie beschlossen die Abtretung der ostdeutschen Gebiete, es waren die preußischen Kernprovinzen, und ordneten gleichzeitig die Austreibung der dortigen Bevölkerung an. Die Deutschen wurden zusätzlich einer mehrjährigen Nahrungsmittelbeschränkung unterworfen, die Forschungsergebnisse und Patente deutscher privater Firmen und Personen geraubt sowie Wissenschaftler zur Ausbeutung ihrer Kenntnisse in die Länder der Siegermächte gebracht.

Diese geistige Beute ersparte der US-amerikanischen und russischen Forschung milliarden schwere Investitionen und jahrzehntelange Forschungsarbeit. Neben der Demontage aller Fabriken und der Wegnahme privater und staatlicher Vermögenswerte hatten sich die westlichen Siegermächte noch auf eine besondere Demütigung geeinigt, indem sie den Deutschen eine Art Gehirnwäsche verordneten, die als "re-education" (Umerziehung) in die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist.

Diese Umerziehung richtete sich in erster Linie nicht, wie es nahe gelegen hätte, gegen die Ideen des Nationalsozialismus, sondern sie hatte eine klare antipreußische Tendenz. Demokratische Gesinnung wurde und wird mit antipreußischer Haltung gleichgesetzt. Auch die Umerziehung dürfte als ein besonders schwerwiegender Rückfall in die Zeit der Glaubenskriege angesehen werden.

Ein weiterer Verstoß gegen das Völkerrecht, besonders seiner humanen Bedingungen, war die von England schon 1940, also vor dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Rußland, den anderen Alliierten vorgeschlagene Austreibung von 13 Millionen Deutschen aus ihren ange-

stammten preußischen Siedlungsgebieten. Diese Austreibung stellte ein schweres Menschheitsverbrechen dar, das nicht nur gegen die Regeln des damaligen, sondern auch des heute noch gültigen Völkerrechts verstößt.

Rund 2,5 Millionen Menschen kamen dabei ums Leben. Die Anwendung von Terror bei der Austreibung der bäuerlich geprägten ostdeutschen Bevölkerung wurde im englischen Außenministerium als notwendig angesehen. Der britische Unterstaatssekretär Sargent schlug sogar vor, die Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien nach Sibirien zu deportieren. Nicht der Nationalsozialismus, sondern Preußen als Kern Deutschlands sollte mit dieser Vertreibung niedergeworfen werden.

Wer die Hauptschuld unter den Alliierten an der Vertreibung und seiner Durchführung trägt, ist ohne Belang, denn alle haben diese Unmenschlichkeit akzeptiert und zugesehen, wie Millionen von Frauen, Kindern und alten Leuten erfroren, verhungerten oder zum Teil bestialisch umgebracht wurden. Mit dem Hinweis auf Hitler läßt sich die Vertreibung weder rechtfertigen noch entschuldigen, sie bleibt ein internationales Menschheitsverbrechen.

Preußen sollte auch mit dem britischen Luftangriff auf Potsdam am 15. April 1945, nur wenige Tage vor Ende des Krieges, getroffen werden. Die Zerstörung Potsdams war ohne die geringste militärische Bedeutung. Sie sollte den kulturellen Kern Preußens zerstören. Potsdam war die preußischste Stadt der preußischen Könige, die Stadt entsprach im Tiefsten ihres Wesens dem preußischen Staat. Holland, Italien, Frankreich und England, die Antike, Renaissance, aber auch Rußland und selbst der Islam waren in der Stadtarchitektur mit Bauten und Nachbauten vertreten. Aus dieser kulturellen und geistigen Fülle ist in Preußen eine Einheit geworden.

Das Fremde zu integrieren und es der Entwicklung Preußens dienlich zu machen, hat keine Stadt so repräsentiert wie Potsdam. Das wußte die britische Führungsschicht, deshalb mußte Potsdam nur wenige Tage vor Ende des Krieges als Kulturdenkmal zerstört werden. Der Angriff auf Potsdam, es war ein Akt kultureller Barbarei, bewies die gleiche militärische Unsinnigkeit wie der Angriff auf Dresden im Februar 1945. Wie glücklich kann sich die Welt heute schätzen, daß sich deutsche Offiziere eingedenk ihrer preußischen Tradition trotz gegenteiliger Befehle bemüht haben, Rom und Paris vor der Zerstörung zu bewahren.

Aus der Tatsache, daß die deutsche Zivilbevölkerung, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, im Angesicht ihrer brennenden und ausgebombten Häuser, vielleicht sogar im Angesicht ihrer durch Bomben getöteten Kinder oder Familienangehörigen sich nicht an abgesprungenen feindlichen Bomberpiloten vergriffen und keine Lynchjustiz verübt hat, läßt mehr über die Deutschen erkennen, als aus den von einer aufgehetzten SS-Minderheit auf Befehl verübten Grausamkeiten an jüdischen Menschen.

Der höchstdekorierte amerikanische Jagdflieger, der spätere General Chuck Yeager berichtete in seinen Kriegserinnerungen, daß den US-amerikanischen Jagdfliegern im Herbst 1944 der Befehl erteilt wurde, auf alle sich bewegenden Zivilisten zu schießen und zwar mit der Begründung, mit der Terrorisierung der Zivilbevölkerung sollte ihr Widerstandswille gebrochen werden. Der General schreibt, dieser Befehl war grausam, und doch gehorchten wir alle und schossen auf wehrlose Menschen.

Die Abtretung von Gebieten, die Zahlung von Kontributionen und die Befriedigung von Schadensersatzansprüchen gehörten auch unter dem neuen Völkerrecht zu den Folgen einer erlittenen Kriegsniederlage. Gebietsabtretungen allerdings nicht in dem Umfang, wie man sie Deutschland auferlegte. Das "Vae Victis" nach den beiden Weltkriegen bestand in der Gnadenlosigkeit und der Mißachtung des Rechts durch die Sieger, bestand vor allen Dingen in ihrem abstoßenden Überlegenheitsdünkel und in der Demütigung aller Deutschen.

Diese Demütigung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Befehl zur Umerziehung der Deutschen verschärft. Wir Deutsche verloren unsere Geschichte, die auf zwölf Jahre des

Nationalsozialismus reduziert wurde. Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt. Schlagworte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit dienen als Knüppel in der politischen Auseinandersetzung.

Mit Verfassungsschutzeinrichtungen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Veränderung. Das alles ist Ausfluß der beiden großen Glaubenskriege des 20. Jahrhunderts. "Vae Victis".

Preußen setzte sich für die Humanisierung der Kriegführung ein. Im Ersten Weltkrieg wurde der "gerechte Krieg" revitalisiert.

"Wehe den Besiegten": Als die belagerten Römer sich darüber beschwerten, daß die gallischen Belagerer beim Abwiegen des römischen Lösegeldes in purem Gold mit manipulierten Gewichten arbeiteten, legte der gallische Heerführer Brennus sein Schwert zusätzlich auf die Waagschale mit den Gewichten und sagte: "Vae victis!" - Den Deutschen wurde ihre Geschichte genommen ...<<

08.11.2003

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 8. November 2003 (x887/...):

>>"Hällowien" / Horror statt Christentum

Sankt Martin hat in den Abartigkeiten des Halloween eine unheilige Konkurrenz bekommen. Dies kann man in diesen Tagen feststellen. In den katholischen Hochburgen - allen voran im Rheinland - war es bisher von alters her Brauch, daß die Kinder am 9. November mit selbstgebastelten Laternen in einem Lichterumzug einem stolzen Reiter folgten.

Der Reiter, er trägt einen roten Mantel, verkörpert den um 316 in Pannonien geborenen Sohn eines römischen Tribuns. Martinus, der dem römischen Kriegsgott Mars geweihte, gehörte seit seinem 15. Lebensjahr der kaiserlichen Garde an. Mit 18 aber nahm Martin den christlichen Glauben an. 361 gründete er in Ligugé das erste Kloster Galliens und wurde zehn Jahre darauf von den Gläubigen zum Bischof gewählt.

Von dem 375 durch ihn gegründeten und nahe Tours gelegenen Kloster Marmoutier aus verbreitete Martin das Evangelium in Gallien. Unter Chlodwig, dem Merowinger, wurde der am 8. November 397 verstorbene Martin Schutzheiliger und sein Mantel zur Reichsreliquie.

Seitdem wird das Fest als christliches, weniger merowingisches, von den Franken gefeiert. Heute gilt Martins Beispiel, der einen Teil seines Legionärsmantels einem Bettler gegen die winterliche Kälte gab, als ritterlicher Gnadenakt. Die Kinder begehen das Martinsfest nicht nur mit einem Lichterumzug. Sie ziehen mit ihren bunten Laternen außerdem von Haus zu Haus und künden den Menschen mit ihren Liedern von der christlichen Barmherzigkeit, die Martin uns vorgelebt hat. Dieser christliche Brauch wird nun zunehmend von einem aus Amerika herüberschwappenden Halloweengrusel verdrängt.

Kinder verkleiden sich nun als Gespenster und sonstige Horrorfiguren, nerven die Menschheit mit ihrem drohenden "Süßes oder Saures!" und ziehen mit der Gewißheit ins Leben hinaus: Wer Drohungen ausspricht, statt von Barmherzigkeit zu singen, der kommt auch an sein Ziel. Doch woher kommt dieser unheilige "Miß"-Brauch? Schon die frühen Kelten kannten ein herbstliches Fest, das sie "Samhain" nannten - erst später, im christianisierten Schottland, kam der Name "Halloween", deutsch: "Hällowien", auf.

Samhain ist nicht Hexen-Sabbat, es bedeutet das Ende der dritten und letzten Ernte im Jahr, den Beginn des Winters. Zugleich gilt der Herbst als Jahreszeit der Geister. Umherspukende Wesen sollten besänftigt werden, indem man ihnen "Seelen-Kuchen?!" opferte. Der Halloween-Brauch, der in ähnlicher Form auch als tradiertes heidnisches Brauch in deutschen Re-

gionen gepflegt wurde, wurde vor allem von den Iren mit in die "Neue Welt" gebracht, als sie während der großen Hungersnöte zwischen 1830 und 1850 in großer Zahl in die USA emigrierten.

In den 1960er Jahren wurde es erstmals große Mode, den Nachwuchs als Fernsehfigur zu verkleiden. In den 70er Jahren tauchten dann Halloween-Dekorationen in den Geschäften auf. Leute, die Spaß an Halloween hatten, schmückten nun ihre Häuser innen und außen mit Kürbis-Laternen, Monster-Fratzen und künstlichen Spinnengeweben. Der Brauch wurde kommerzialisiert und erreichte in den letzten Jahren die "alte Welt", aus der er einst kam.

Mit anderen Worten: es hat sich durchgesetzt, woran man Geld verdienen kann. Was bleibt ist Grusel statt Gott und Horror gegen christlichen Ethos. Sichtbarere Zeichen des Werteverlustes in der Erziehung unserer Nachkommen gibt es nicht.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 8. November 2003 über die deutschen militärischen Verluste (x887/...): >>Zweiter Weltkrieg: "... ein Geheimnis bleibt der Tod"

Die deutschen militärischen Verluste betragen 5.318.000 Gefallene

Es wird viele Leser überraschen, daß bis vor kurzem eigentlich nicht bekannt war, wie viele deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges den Tod gefunden haben. In der Literatur wurden ganz unterschiedliche Angaben gemacht; am häufigsten fand man eine Zahl von drei bis fünf Millionen toter Soldaten, die im Kampf gefallen, in Gefangenschaft umgekommen oder verschollen sind.

Jetzt liegt eine wissenschaftliche Erhebung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vor, die den Anspruch erhebt, realistische Zahlen über die deutschen militärischen Verluste im Zweiten Weltkrieg zu liefern. ...

Sie besagt, daß die deutschen militärischen Verluste höher waren als bisher angenommen. Overmans, der in einem umfangreichen Buch unter dem Titel "Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg" seine Arbeit und deren Ergebnisse vorstellt, kommt zu dem Schluß, daß im Zweiten Weltkrieg 5.318.000 Soldaten der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS gefallen sind. Eingeschlossen sind die in den Reihen der deutschen Truppen kämpfenden Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa, Elsaß-Lothringen und Luxemburg sowie aus Südtirol.

Nicht ermittelt werden konnten die Verluste der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, die als Ausländer freiwillig gegen den Bolschewismus kämpften, weil die "Wehrmachtsauskunftsstelle", die einen großen Teil der Unterlagen beisteuerte, für die Anzeige dieser Sterbefälle nicht zuständig war.

Hans Werner Neulen, der Standardwerke über die ausländischen Freiwilligen verfaßt hat, schätzt die Verluste der ausländischen Waffen-SS-Einheiten auf 50.000. Bei ihm fehlen aber ebenfalls die Verluste der etwa eine Million Sowjetbürger, die auf deutscher Seite kämpften. Die Unterlagen über die Ostfreiwilligen verbrannten im Juli 1948 unter ungeklärten Umständen. Die sowjetischen Sieger erzwangen außerdem die Herausgabe der Erkennungszeichenverzeichnisse der fremdländischen Einheiten innerhalb der Deutschen Wehrmacht. Auch die Unterlagen über die in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten der slawischen Staaten wurden von der Sowjetunion geraubt und in die UdSSR gebracht. Angeblich sollen sie in Podolsk in 377 Kisten mit Unterlagen lagern. ...

Es ... mußten unendliche Schwierigkeiten überwunden werden, um die Unterlagen der für die Erfassung der Verluste zuständigen Institutionen vor Chaos und vor dem Zugriff der Sieger zu sichern. Wie gefährdet sie waren, mag daraus hervorgehen, daß amerikanische Truppen die umfangreichen Nachlässe Gefallener, die nicht sofort den Angehörigen hatten zugestellt werden können und die daher zeitweise bei den von Berlin nach Thüringen ausgelagerten deutschen Dienststellen aufbewahrt wurden, nach der Besetzung Thüringens plünderten. Und was

die amerikanischen Soldaten nicht stahlen, daß raubten die Sowjets, die nach den US-Streitkräften in das grüne Herz Deutschlands einrückten.

Allerdings konnten die verbleibenden deutschen Betreuer der Wehrmachtsauskunftsstelle im Juli 1945 auf 275 LKW insgesamt 531 Tonnen Akten - das waren 40 Prozent des gesamten Bestandes - in die Gegend von Kassel retten. Ein Jahr später wurden sie wieder nach Berlin transportiert, um Teil des amerikanischen Document Centers zu werden. Im selben Jahr 1946 aber ordnete die amerikanische Besatzungsmacht völkerrechtswidrig die Verbrennung aller Unterlagen an. Ein für die Unterlagen verantwortlicher US-Offizier aber wandte sich hilfesuchend an die ebenfalls in Berlin residierenden französischen Besatzungstruppen.

Die Franzosen waren vor allem an den Unterlagen über Elsaß-Lothringer in der Wehrmacht interessiert. Daher waren sie bereit, die gesamten Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle zu übernehmen, wodurch sie vor amerikanischer Vernichtung gerettet wurden.

Zwar begannen sich die Verhältnisse allmählich zu normalisieren, doch konnte nicht verhindert werden, daß im Juli 1948 bei einem ominösen Brand in der Deutschen Dienststelle ein Teil der Akten vernichtet wurde, darunter bezeichnenderweise nicht nur die Unterlagen über die Ost-Freiwilligen, sondern auch die Friedhofslisten der von den US-Truppen unter unmenschlichen Bedingungen auf den Rheinwiesen eingerichteten riesigen Gefangenenlager, in denen Zigtausende deutscher Kriegsgefangener elendiglich umgekommen waren.

Den britischen Besatzungstruppen fielen die Unterlagen der Marine-Personal-Dokumentations-Zentrale in die Hände, die sie ebenfalls vernichten wollten. Auch hier rettete derselbe französische Offizier die Unterlagen, der schon 1946 die amerikanische Vernichtungsabsicht vereitelt hatte.

1951 wurden die verschiedenen Dienststellen, die über Unterlagen zu den Soldaten verfügten, zur "Deutschen Dienststelle" vereinigt. ...

Ein besonders trauriges Kapitel für die Erfassung deutscher Gefallener stellt die entsprechende Arbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dar. Seit 1960 wurden in der DDR keine deutschen Gefallenen mehr geborgen und bestattet. Kriegsgräber, seien es Einzelgräber oder Kriegsgräberfriedhöfe, wurden von den zuständigen kommunistischen Stellen auf Berliner Weisung hin an vielen Orten eingeebnet. Immerhin ließ die DDR in den 70er Jahren die noch vorhandenen Kriegsgräber registrieren.

Zur Zeit sind noch etwa 200.000 Gefallene im Oderbruch nicht geborgen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit der Wende intensiv mit den Bergungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, daß etwa die Hälfte der überall im Gelände verscharrten deutschen Gefallenen noch identifiziert werden kann. Nach der Wende entdeckte man in der DDR Gräberkarteien der bis 1945 erstatteten Kriegssterbefälle und die Unterlagen der Wehrmachtsgräberoffiziere, die von der Sowjetunion erbeutet und verschlossen worden waren. Auch im Militärarchiv der DDR wurden umfangreiche Unterlagen über deutsche Soldaten gefunden, die immer noch ausgewertet werden. ...

Damals fielen 5.318.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS (ohne Ausländer). Damit ist im Deutschen Reich jede 8. männliche Person gefallen. Besonders groß waren die Verluste der Jahrgänge 1920 (hier fielen 41,1 Prozent), 1924 (38 Prozent), 1914 (36,7 Prozent). Zu den Gefallenen zählen auch die in der Kriegsgefangenschaft zu Tode gekommenen Soldaten. 28 Prozent aller Wehrmachtssoldaten fielen, von der Waffen-SS aber waren es 34 Prozent, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß deren Truppenteile häufig als "Feuerwehr" an Brennpunkten eingesetzt wurden und daß die Soldaten der Waffen-SS besonders intensiv kämpften.

Allein an der Ostfront starben 2,7 Millionen Soldaten; rechnet man die Verluste im Endkampf in Ostdeutschland hinzu, sowie die deutschen Kriegsgefangenen, die in der UdSSR ums Leben kamen, betragen die Opfer im Osten sogar vier Millionen. Overmans bestätigt übrigens,

daß von den deutschen Soldaten, die vom Beginn bis zum Frühjahr 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, 95 Prozent umgekommen sind, und das heißt in den meisten Fällen, daß sie ermordet wurden. Während im Ersten Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten fielen (14 Prozent aller Soldaten), mußten im Zweiten Weltkrieg 5,3 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben lassen, das waren 28 Prozent aller Soldaten. ...<<

15.11.2003

BRD: Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schreibt am 15. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Undank ist der Deutschen Lohn**

Erstmals werden in der Bundesrepublik Deutschland die Renten gekürzt. Deutschlands Städte protestieren gegen ihre Finanznot und fürchten den Kollaps der Kommunen. Die Krankenkassen sind im Defizit. Das Geld für die Bildung als der wichtigsten Zukunftsinvestition fehlt. Die erwarteten Steuern bleiben aus. Die eurobedingten Preissteigerungen haben zu einer zusätzlichen Kaufzurückhaltung geführt, die jedermann beim Einkauf des alltäglichen Grundbedarfs und bei jedem Restaurantbesuch spürt, auch wenn Statistiker versuchen, diese Entwicklung schönzurechnen.

So oder so wird eine Steuerreform mit dem Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit nur auf Pump möglich sein und so zu einer Schraube ohne Ende. Sparen an allen Ecken und Enden wirkt sich als Sozialabbau aus. Eine Inflation an Kommissionen aller Art aus tatsächlichen und vermeintlichen Fachleuten beweist die Ratlosigkeit der Regierung und der Parlamente.

Jedenfalls ist Deutschland nicht mehr in der Lage, den sogenannten Stabilitätspakt zu erfüllen, der einst vom Euro-Kanzler Helmut Kohl und seinem Finanzminister Theo Waigel erfunden wurde, um die Deutschen darüber hinweg zu täuschen, daß ihre geliebte D-Mark auf dem Altar "Europas" geopfert wurde und eine Einheitswährung den Wettbewerb der europäischen Währungen untereinander ablöste.

Die heutige Bundesregierung handelt sich europaweit "Ermahnungen" ein, von der EU-Kommission, vom spanischen Premier Aznar und unlängst auch vom niederländischen Finanzminister Zalm, der Deutschland als dem "Erfinder des Paktes" vorwarf, "von der deutschen Stabilitätsdisziplin sei leider nicht mehr viel übrig", nicht ohne zugleich auf den "Präzedenzcharakter" der Verstöße gegen den Pakt hinzuweisen.

Angesichts dieser Entwicklungen würde Konrad Adenauer - einmal mehr - sagen: "Die Lage ist ernst", und er hätte recht. Doch weit und breit ist kein Adenauer zu sehen, der diese Lage meistern könnte - und erst recht kein Ludwig Erhard, aber auch keine Maggie Thatcher, die 1984 ihre Tasche auf den Brüsseler Verhandlungstisch knallte und die klassischen Worte sprach: "I want my money back." Rund zehn Milliarden - in Mark gerechnet - bringt seitdem der "Brittenrabatt" dem Königreich jährlich ein, und Deutschland ist mit rund drei Milliarden - wiederum in Mark gerechnet - dabei, ihn aufzubringen: Jahr für Jahr.

Damit sind die deutschen Zahlungen an die Europäische Union (EU), die zwischenstaatliche bürokratische Umverteilungsmaschinerie in Brüssel, angesprochen, um die die deutsche Politik herumschleicht wie die Katze um den heißen Brei. Im Jahr 2007 soll eine neue EU-Finanzplanung beginnen, die Verhandlungen der EU-Regierungen darüber sollen Anfang 2005 abgeschlossen sein. Bis dahin jedenfalls wird alles weiter laufen wie gehabt: Deutschland ist und bleibt der bei weitem größte Nettozahler der EU - und wer glaubt schon, daß es anders werden wird, besonders nach der Ost-Erweiterung, die Deutschland teuer zu stehen kommen wird!

Der famose Konvent mit seinem Vertrag für eine Europäische Verfassung sieht vor, daß auch über die Finanzplanung einstimmig beschlossen werden muß. Wenn dann 25 Regierungen an einem Tisch sitzen, wird jeder, der noch einen Wunsch hat, so lange blockieren, bis er zufrieden ist.

Der Heidelberger Professor Franz-Ullrich Willeke hat unlängst nach einer Auswertung der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank darauf hingewiesen, daß Deutschland seit der Wiedervereinigung von 1990 bis 2002 an die EU Nettobeträge in einem Gesamtwert von 278,9 Milliarden DM, das sind 142,6 Milliarden Euro, entrichtet hat!

Mit anderen Worten: Deutschland hat in dieser Zeit rund 279 Milliarden Mark mehr an die EU gezahlt, als es von ihr zurückbekam! Statt Deutschland wegen seiner enormen innerdeutschen Aufwendungen zur Überwindung der vom Sozialismus angerichteten Schäden zu entlasten, stiegen seine Nettozahlungen an die EU weiter an. Willeke kommt zu dem Schluß, daß die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit auch mit diesen hohen Nettobetragen zusammenhängen.

Dem spanischen Ministerpräsidenten Aznar, der deutsche Haushaltsdisziplin anmahnte, rechnet der deutsche Wissenschaftler vor, daß Spanien allein von 1992 bis 1997 von der EU Nettoleistungen von 28,8 Milliarden Ecu erhalten hat und damit einer der größten Nettoempfänger ist. Da Deutschland in diesen Jahren zumeist mit mehr als 60 Prozent für die Nettobeiträge der EU aufkam, wurde Spanien de facto mit rund 17 Milliarden Ecu oder Euro aus Deutschland subventioniert.

Damit hat Spanien einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag zur gegenwärtigen Stabilisierung seines Haushalts, auf die Aznar gern voll Stolz hinweist, von Deutschland erhalten. Willeke weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es allerdings nicht den gegenwärtigen internationalen Gepflogenheiten entspräche, "jemandem zu danken, dem man etwas zu verdanken hat". Andere Nettoempfänger sind Griechenland, Portugal und Irland, und künftig werden es alle neuen Mitgliedsstaaten der Ost-Erweiterung sein.

Angesichts dieser bisherigen und zu erwartenden Entwicklungen können und dürfen Deutschlands Zahlungen ins Ausland - übrigens auch seine überhöhten Beiträge an die Vereinten Nationen - bei den Anstrengungen zur Bewältigung der gegenwärtigen krisenhaften Situation im eigenen Land nicht länger außen vor bleiben. Das liegt nicht nur im deutschen, sondern nicht zuletzt auch im europäischen Interesse.

Leider ist kein Adenauer in Sicht, der die deutsche Krise meistert ...<<

13.12.2003

Belgien: Die Verhandlungen über die europäische Verfassung scheitern am 13. Dezember 2003 in Brüssel.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 2003: >>>Europäische Verfassung: "Historische Chance verpaßt" - EU-Gipfel gescheitert

Der EU-Gipfel zur europäischen Verfassung ist gescheitert und hat die Gemeinschaft in eine schwere Krise gestürzt. Die Staats- und Regierungschefs hätten sich am Samstag in Brüssel nicht über die künftige Stimmengewichtung im Ministerrat einigen können, hieß es aus der italienischen Delegation. Im Januar soll unter irischer EU-Präsidentschaft ein Ausweg aus der Sackgasse gesucht werden, hieß es nach belgischen Angaben.

Der amtierende EU-Ratspräsident und italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi lehnte es nach Angaben seiner Verhandlungskreise ab, einen Minimalkompromiß vorzuschlagen. "Berlusconi hat eine letzte bilaterale Sitzung mit Frankreich, Deutschland und Großbritannien abgehalten, an deren Ende er entschieden hat, das Treffen zu unterbrechen", sagte ein spanischer Diplomat. Vor dem offiziellen Abbruch der Verhandlungen kamen die Gipfelteilnehmer der 25 Länder noch zu einem gemeinsamen Mittagessen zusammen.

Fischer warnt vor "Europa der zwei Geschwindigkeiten"

Zuvor hatte die polnische Delegation neue Hoffnung auf Bewegung in den Verhandlungen genährt. Premierminister Leszek Miller wolle nach dem Mittagessen zu neuen Beratungen mit dem polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski nach Warschau fliegen, sagte ein Regierungssprecher. Außenminister Wlodimierz Cimoszewicz hätte unterdessen in Brüssel wei-

ter verhandeln sollen.

Nach dem Scheitern will Bundeskanzler Gerhard Schröder dafür sorgen, daß die kommende irische EU-Präsidentschaft bessere Chancen für eine Einigung im Verfassungsverstreit bietet. Schröder sagte am Samstag nach Ende des Treffens, ein Ergebnis in Brüssel sei nicht möglich gewesen, da einige Staaten ihre nationalen Interessen nicht hätten zurückstellen können. Schröder nahm ausdrücklich die amtierende italienische EU-Präsidentschaft in Schutz. Sie habe ihr Möglichstes getan.

Großbritanniens Premierminister Tony Blair hat sich nun für eine Zeit der Besinnung ausgesprochen. Nach dem Scheitern des Gipfels sagte Blair, eine Einigung auf einen Verfassungstext sei einfach nicht möglich gewesen. "Wir müssen noch einige Arbeit erledigen, um eine Übereinkunft zu finden", sagte er. Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zeigte sich vom Scheitern enttäuscht. "Aus meiner Sicht ist das eine kalte Dusche", sagte er. "Wir brauchen jetzt eine Nachdenkpause."

Luxemburg schlug vor, die sechs Gründungsmitglieder der Gemeinschaft - Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg - sollten über das weitere Vorgehen in Europa beraten. Bundesaußenminister Joschka Fischer hatte bereits vor dem Gipfel gewarnt, bei einem Scheitern drohe ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten". Dies könnte bedeuten, daß einige Länder künftig in bestimmten Fragen eine engere Zusammenarbeit verabreden.

Bis zum Schluß hatte die italienische Präsidentschaft in hektischen Einzelgesprächen und mit Kompromißvorschlägen versucht, doch noch Bewegung in die Verhandlungen zu bringen. Allerdings hatte der polnische Außenminister Cimoszewicz klargemacht, es werde keine Lösung unterschrieben, die sein Land politisch schwäche.

"Eine historische Chance verpaßt"

Polen trage die Hauptverantwortung für das Scheitern, sagte der Parlamentsvertreter in der Regierungskonferenz, Klaus Hänsch. "Ich hoffe, daß man bald wieder zu einem Treffen zusammenkommt und daß Spanien und Polen verstehen, daß sie eine historische Chance verpaßt haben", fügte Hänsch hinzu.

Wegen des ungelösten Streits um das politische Gewicht der Mitgliedstaaten in der erweiterten Gemeinschaft kam das Scheitern nicht unerwartet. Polen und Spanien wollten auf jeden Fall am Abstimmungsmodus nach dem Nizza-Vertrag festhalten, der ihnen mehr Möglichkeiten für Blockaden bietet. Die meisten anderen Länder forderten hingegen, wie im Verfassungsentwurf vorgesehen zu doppelten Mehrheiten überzugehen. Es würde die Bevölkerungsgröße der verschiedenen EU-Staaten besser berücksichtigen.<<

2004

Der Glaube ist zum Ruhen gut, doch bringt er nicht von der Stelle; der Zweifel in ehrlicher Männerfaust, der sprengt die Pforten der Hölle.
Theodor Storm (1817-1888, deutscher Schriftsteller)

03.01.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Januar 2004 (x887/...): >>"**Schuldstolz" statt historischer Wahrheit**

Konrad Löw über Daniel Goldhagens Triumphzug in Deutschland / I. Teil

Die "Affäre Hohmann" sowie die "Erklärung des Deutschen Bundestages zum Antisemitismus" im Dezember vermitteln den Eindruck, daß der Antisemitismus in Deutschland wieder im Erstarken begriffen sei, doch wer sich ein wenig mit der nahen Vergangenheit beschäftigt, erkennt schnell, daß das Thema in den Medien eigentlich durchgehend Erwähnung findet. Blickt man nur zurück in das Jahr 2002, so fallen einem die Debatte um die vermeintlich "antisemitischen" Äußerungen des FDP-Politikers Jürgen Möllemann und das gefeierte neue

Buch des Autors Daniel Goldhagen, "Die katholische Kirche und der Holocaust", ein. Beide belebten die Diskussion zum Thema Antisemitismus in Deutschland.

Während Möllemann in den Medien verdammt wurde, feierte man den jungen Goldhagen, der nun auch in seinem neuen Buch Schuldige für den Holocaust suchte. Die Süddeutsche Zeitung taufte den vorwiegend in Deutschlands Medienwelt gern gehörten amerikanischen Politologen sogar "König der Herzen".

In Frankfurt/Main gab ihm der namhafte Kirchenhistoriker Gerd Besier, jetzt Leiter des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Dresden, die Ehre, als Sparringspartner einen Schaukampf um Geschichte und Schuld auszutragen. Der Sieger stand von vornherein fest, wie die eben erwähnte Zeitung zutreffend titelte: "Widerspruch zwecklos - Der Politologe Daniel Goldhagen hat ... die Sympathien auf seiner Seite."

In München ist der frühere bayerische Kultusminister und Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Maier, als Dialogpartner geladen, in Berlin der Nachfolger Maiers an der Spitze des ZK und Ex-Wissenschaftsminister von Sachsen, Hans Joachim Meyer; in Hamburg durfte ich unter den auf diese Weise Begnadeten sein.

Sie fragen sich: Welchem jungen Autor, welchem Sachbuch ist je eine solche Hommage zuteil geworden? Ich kenne keinen Autor, kein Buch. Niemand und nichts kann sich insofern messen. Warum also Daniel Goldhagen? Die Antwort steht in der Annonce: "Welterfolg Hitlers willige Vollstrecker".

Was behauptet dieses Buch? Ich zitiere einige Kernsätze: "Hitlers willige Vollstrecker befaßt sich mit der Weltsicht, den Handlungen und den Entscheidungen des einzelnen, der Verantwortung, die jeder einzelne für seine Taten trägt, und mit der politischen Kultur, aus der diese Individuen ihre Überzeugungen herleiten.

Es zeigt, daß ein bestimmter Komplex von Vorstellungen und Auffassungen über 'die Juden' im politisch-kulturellen Leben Deutschlands bereits weit verbreitet war, bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen, und daß eben diese Vorstellungswelt darüber entschied, was gewöhnliche Deutsche, als einzelne oder als Kollektiv, in der NS-Zeit hinzunehmen oder zu tun bereit waren ... Der Holocaust hatte seinen Ursprung in Deutschland, er ist darum in erster Linie ein deutsches Phänomen ... Wer den Holocaust verständlich machen will, muß ihn als eine Entwicklung aus der deutschen Geschichte heraus begreifen."

An anderer Stelle: "Genau so wesentlich war aber die große Bereitschaft der meisten Deutschen, die rabiate Verfolgung der Juden in den 30er Jahren zunächst zu tolerieren, zu unterstützen, oft sogar tätig daran mitzuwirken ..."

Schließlich zwölf Seiten weiter: "Wenn man die Ausrottung der Juden nicht in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt, kann man die deutsche Gesellschaft weder angemessen analysieren noch verstehen, noch charakterisieren."

Goldhagen unterläßt es auch nicht, allen Lesern deutlich zu sagen, welche Einsicht die Wissenschaft, ja alle Welt gerade ihm verdanke: "Meine Erklärung lautet - und dies ist neu in der wissenschaftlichen Literatur über die Täter -, daß die ganz 'normalen Deutschen' durch eine bestimmte Art des Antisemitismus motiviert waren, die sie zu dem Schluß kommen ließ, daß die Juden sterben sollten."

Wer in dem mehr als 700 Seiten umfassenden Buch Beweise für die Richtigkeit seiner ungeheuerlichen Anschuldigungen finden will, sucht vergeblich. Betrachten wir zunächst die Lage der deutschen Juden in den Jahrzehnten vor Hitlers Kanzlerschaft unter besonderer Berücksichtigung Münchens.

Der Antisemitismus war um die Jahrhundertwende in Europa weit verbreitet, manifest vor allem in Rußland mit den zahlreichen Pogromen (dieses russische Wort steht für Terror, Verwüstung) und Frankreich, Stichwort: Dreyfus-Affäre. Deutschland blieb von diesen Strömungen nicht gänzlich verschont. Aber sie gewannen im politischen Raum keine Oberhand, so

daß die rechtliche Emanzipation der Juden unangetastet blieb und sogar noch weiter ausgebaut werden konnte. Daher fühlten sich die Juden mehrheitlich in Deutschland recht wohl.

"Im europäischen Kontext galt bis zum Aufkommen des Nationalsozialismus die deutsch-jüdische Geschichte durchaus als eine Erfolgsgeschichte. In kaum einem anderen Land war die Integration, aber auch die Assimilation der Juden so weit fortgeschritten wie in Deutschland."

Ein Jude erinnert sich: "Was Amram die ersten Schritte im Leben erleichterte, waren gute Freunde. F., aus demselben Milieu wie er und aus derselben Schule ... und S. aus einer ostjüdischen Familie, die wie viele andere Juden mit dem Beginn antisemitischer Ausschreitungen aus Osteuropa nach Deutschland geflüchtet waren, das nach Ende des Ersten Weltkrieges als eines der freundlichen Zufluchtsländer galt."

Die meisten Juden empfanden gesellschaftliche Brückierungen als geradezu notwendige Begleiterscheinungen einer heterogenen Gesellschaft, in der die Bayern und Sachsen ihre anti-preußischen Ressentiments kultivierten und - umgekehrt - in der die Diskriminierung der Katholiken als rückständige, unzuverlässige Ultramontanisten an der Tagesordnung war, die ihrerseits das Laissez-faire der Liberalen tadelten. Die Juden wußten, daß sie selbst nicht verlegen waren, wenn es galt, eigene Interessen zu vertreten oder andere auf die Schippe zu nehmen. Martin Buber pries die "Symbiose von deutschem und jüdischem Wesen" und ihre große "Fruchtbarkeit".

Es war ein Jude, Walther Rathenau, der den gewaltigen Zustrom von Ostjuden auf geradezu anstößige Art kommentierte: "Inmitten deutschen Lebens ein abgesonderter fremdartiger Menschenstamm ... Auf märkischem Sand eine asiatische Horde ... In engem Zusammenhang unter sich, in strenger Abgeschlossenheit nach außen: so leben sie in einem halb freiwilligen Getto, kein lebendes Glied des Volkes, sondern ein fremder Organismus in seinem Leibe."

Höchst aufschlußreich eine statistische Erhebung für den Bereich der Hochschulen aus der Zeit um 1900: "Akademische Dozenten aller Stufen auf eine Million der menschlichen Bevölkerung berechnet; für die Katholiken 35, die Evangelischen 106,5, die Juden 698,9; an Ordinarien: Katholiken 16,9, Evangelische 33,5, Juden 65,5." Diese Zahlen beziehen sich auf Preußen, doch dürften sie nahezu für ganz Deutschland repräsentativ sein. Vier der sechs Universitäten waren den Katholiken (!) gänzlich verschlossen.

Über drei Jahrzehnte hinweg stand Kaiser Wilhelm II. an der Spitze des Deutschen Reiches bis zum Untergang der Monarchie 1918. Was sein Verhältnis zu den Juden anlangt, so gehen die Meinungen auseinander. Ich habe insofern seine Vita nicht umfassend studiert und erlaube mir deshalb keine Stellungnahme. Doch gebe ich zu bedenken, was ich in Haifa, also einer der drei großen Städte Israels, selbst gesehen und bestaunt habe. Ganz oben auf dem Berg Carmel stieß ich auf einen Obelisk, errichtet zu Ehren dieses Kaisers und seiner Gemahlin; für mich ein hinlänglicher Beweis dafür, daß ihn in Israel die Antisemitismuskeule nicht zur Unperson gemacht hat.

Weil schon vom Hochadel die Rede ist, soll auch der bekannteste bayerische König nicht unerwähnt bleiben, Ludwig II. Er hat sich dafür eingesetzt, daß im Jahre 1882 mit dem Bau einer Hauptsynagoge gegenüber der Münchener Maxburg begonnen werden konnte - also in unmittelbarer Nähe der Frauenkirche. Die jüdischen Bürger sollten nicht länger gezwungen sein, sich hinter unscheinbaren Fassaden in den Vorstädten zu versammeln. "Ein beeindruckender Sakralbau entstand - Zeugnis der Emanzipation und Integration der Juden in Bayern", wie ein ausgewiesener Fachmann urteilt.

Die turbulenten Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, die Vorgänge in Rußland, die Masseneinwanderung von Juden aus dem Osten, die von Juden angeführte Räterepublik in Bayern gaben dem Antisemitismus Auftrieb, obwohl, bildlich gesprochen, in München Juden auf beiden Seiten der Barrikaden standen. Es waren turbulente, ja chaotische Tage. Der Jude Kurt Eisner

wurde in München ermordet. Doch auch der Mörder war ein Jude. Der oben zitierte Walther Rathenau fand als "Erfüllungspolitiker", wie das Schimpfwort lautete, einen gewaltsamen Tod ebenso wie auch der nichtjüdische Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger und andere.

Der Münchner Kardinal Faulhaber wurde bestürmt, dem Anschwellen jüdenfeindlicher Haßgesänge entgegenzutreten. Nur wenige Tage vor Hitlers Marsch zur Feldherrnhalle am 9. November 1923 sprach er in seiner Allerseelenpredigt "von der gegenseitigen Liebe im gemeinsamen Leid". Mit blindem Haß gegen Bauern und Bayern, gegen Juden und Katholiken würden keine Wunden geheilt. Der Text verdeutlicht, wie weite Teile der Bevölkerung gegenseitig Animositäten schürten und keineswegs nur die Juden zur Zielscheibe solcher Angriffe wurden. Das Ende der Inflation 1923 verbesserte die wirtschaftliche Lage und hob so die allgemeine Stimmung.

Viele deutsche Juden als Teil der deutschen Gesellschaft sonnten sich nun im Licht der "Golden Twenties", wie wir den Erinnerungen Nahum Goldmanns, 1949 zum Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses gewählt, entnehmen:

"Der Höhepunkt jüdischen Einflusses wurde in der Weimarer Republik erreicht - wohl eine der größten Kulturepochen deutscher Geschichte. Die drei bedeutendsten deutschen Banken - Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft und Dresdner Bank - hatten jüdische Direktoren; die drei größten Tageszeitungen - Berliner Tageblatt, Vossische Zeitung und Frankfurter Zeitung - gehörten Juden und wurden meist von Juden redigiert; die zwei einflußreichsten deutschsprachigen Zeitschriften - Die Fackel und Die Weltbühne - wurden von Juden geleitet; der wichtigste Theaterdirektor dieser Epoche - Max Reinhardt - war Jude ..."

Also kann man mit Fug und Recht behaupten, daß gerade Juden den Geist dieser Jahre nachhaltig beeinflußt haben.

Der schöne Schein der 20er Jahre wurde etwas getrübt durch antisemitische Kriminalität, schwankend entsprechend der Stärke der NSDAP. Die Ideologie, die sie propagierte, war nicht tonangebend, wenngleich sie gerade in akademischen Kreisen ein positives Echo auslöste. Ein schöner Beleg für jüdische Integration ist die Tatsache, daß noch 1932, als der FC Bayern zum ersten Male deutscher Meister wurde, sowohl der Präsident, Kurt Landauer, als auch der Trainer ein Jude war.

Hitlers NSDAP, die Antisemitenpartei, nahm erstmals an den Reichstagswahlen des Jahres 1924 teil und erhielt die Stimmen von 6,5 Prozent der Wähler im Mai und 3,0 Prozent im Dezember; am 20. Mai 1928 waren es noch 2,6 Prozent, die NSDAP war also eine Splitterpartei. Innerhalb von nur 28 Monaten schnellte der Anteil auf 18,3 Prozent empor. Die Zahl der Abgeordneten stieg von 12 auf 107.

Für Hitlers rasanten Aufstieg gibt es nur eine Erklärung, nämlich die sprunghaft steigende Arbeitslosigkeit, gegen die die etablierten Parteien kein Rezept hatten; Hitlers Antisemitismus spielte offenbar keine nennenswerte Rolle. In ihrer Verzweiflung versuchten es die Massen mit Hitler, der eine rasche Besserung versprach und der nur darum bat: "Gebt mir vier Jahre Zeit!"

Ergebnis: Die Geschichte des Kaiserreichs und der Weimarer Republik straft die Anschuldigungen Goldhagens Lügen, genauer: demaskiert sie als Verleumdungen zu Lasten eines anderen Volkes.<<

10.01.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Januar 2004 (x887/...): >>>**Schuldstolz statt historischer Wahrheit**

Konrad Löw über Daniel Goldhagens Triumphzug in Deutschland / II. und letzter Teil

Die innen- und außenpolitischen Erfolge Hitlers legen die Vermutung nahe, daß die große Masse von der neuen Regierung sehr angetan war. Gilt dies auch für die Judenverfolgung, die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 und die Tage danach, die Stigmatisierung durch

den Judenstern, die Judenvernichtung?

Was die Reaktion der Bevölkerung auf die Ausschreitungen insbesondere der SA in und nach der Reichspogromnacht anlangt, so heißt es in einer eingehenden Untersuchung zusammenfassend:

"Fast alle diplomatischen Berichte stellten die Passivität der Bevölkerung heraus, das stumme Entsetzen, Zornesausbrüche einiger weniger, die Scham der meisten. Die Diplomaten beobachteten Leute, die die Entehrung der Juden unmittelbar als Verletzung der eigenen Ehre, als Entehrung des deutschen Namens empfanden. Die auswärtigen Beobachter nahmen vor allem ein Volk in tiefer Depression wahr. Jeder, der widersprechen wollte, hatte längst begriffen, daß er auf keinerlei Schutz durch Behörden, Gerichte oder Nachbarn hoffen durfte."

Die Tochter eines Juden erinnert sich: "Mein Vater trug am Mantel den gelben Stern, so daß alle verstanden, wer er war. Die Menschen machten alle sehr betretene und beschämte Gesichter, es herrschte tiefes Schweigen. Rechts und links wurde mein Vater von seiner Frau und mir gestützt, um die Stufen (beim Einsteigen in die Straßenbahn) nehmen zu können. Was ich damit sagen will: Die von Herrn Bubis und anderen so häufig zitierte Judenhetze von damals hat doch ein sehr viel differenzierteres Gesicht. Kein einziger hat ein verunglimpfendes Wort gesagt, die wartenden Menschen bildeten ganz betreten schweigend ein Spalier."

Weil wir schon mit der Straßenbahn unterwegs sind, noch eine andere Straßenbahngeschichte: "Meine Mutter beginnt zu weinen, näht mit zitternden Händen den Stern wieder an ..." Dann begibt sich der junge Mann zur Straßenbahn. "Der Schaffner beachtete mich nicht, er lief an mir vorbei und kassierte bei den anderen Fahrgästen. Am Halleschen Tor endlich, als viele Leute ausstiegen und niemand außer mir hinten auf der Plattform stand, kam er auf mich zu, hielt eine Hand an den Mund und flüsterte vordergründig: 'Is doch jut Bengel ... Steck det Jeld ma wech.' Dann ging er ins Wageninnere, klappte den Sitz auf der Längsbank hoch, brachte eine lappig alte Aktentasche zum Vorschein und nahm zwei große Butterbrote in Pergamentpapier aus einer Blechbüchse: Da, nimm det man."

Mir war Ähnliches schon öfter passiert, in der Straßenbahn, oder in der U-Bahn. Im letzten Moment vor dem Aussteigen drückte mir jemand ein Essenspaket oder auch eine Schachtel Zigaretten in die Hand ... Es gab auch andere, die mich schubsten, wenn sie meinen gelben Stern sahen, oder mir ein Bein stellten."

Noch weit aussagekräftiger ist der Abschnitt seines Buches, in dem er schildert, daß der ganze Ort, nämlich Blankenburg, über sein Versteck Bescheid wußte. Doch niemand verriet ihn und seine Hausleute an Hitlers Geheime Staatspolizei. Blankenburg war nicht der einzige Ort, wo alle Bewohner den Häschern ihre Mitarbeit versagten.

Hätten die Nationalsozialisten geglaubt, auch die Judenverfolgung einschließlich der "Endlösung der Judenfrage" werde von der großen Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt, hätten sie nicht diese Maßnahmen mit der größtmöglichen Sorgfalt zu kaschieren versucht. Der Massenmord an den geistig Behinderten trägt Hitlers Unterschrift, nicht aber der Massenmord an anderen Völkern. Der exterminatorische Antisemitismus ist als Massenphänomen nicht einmal unter allen Anhängern Hitlers nachweisbar.

Namhafte Stimmen im Ausland unterwarfen das Goldhagen-Buch "Hitlers willige Vollstrecker" einer harten Kritik. Seinen Blick in französische Zeitschriften betitelt der Frankreichkorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Jürgen Altwegg, mit den Worten: "Goldhagens wahnhafte Fixierung ..."

Daraus einige Textstellen: Abwegig sei "Goldhagens Fixierung auf eine deutsche Kollektivschuld, an die längst kein seriöser Historiker und Ethnologe mehr glaubt - außer vielleicht in den Vereinigten Staaten."

"Goldhagen operiere mit Begriffen und Vereinfachungen, die schon vom Nürnberger Kriegsgericht widerlegt worden seien." "Im Vergleich zum österreichischen, russischen und franzö-

sischen zeichne sich der deutsche Antisemitismus keineswegs durch einen stärkeren 'Hang zur Ausmerzung' aus."

"Der Leser wird in seinem Glauben an die absolute Einzigartigkeit des Nationalsozialismus bestärkt - eine Interpretation hätte nach Vergleichen verlangt."

Die Zeitschrift L'Histoire lehne Goldhagens These von den Deutschen, die kollektiv 'aus Überzeugung und mit Lust' die Juden ausgerottet hätten, ab. "Es gibt kein Mördervolk!" - kein Tätervolk, wie ich hinzufüge.

Auch in den USA und Kanada wurden die Schwächen des Buches schonungslos aufgedeckt, insbesondere durch Norman G. Finkelstein und Ruth Bettina Birn, die Autoren des Buches "Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit".

Besonders bemerkenswert ist die kalte Aufnahme in Israel. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete unter der Überschrift "Der Verführer, der nicht überzeugt. Lesung vor leeren Stühlen. Israel bleibt skeptisch gegen Goldhagens einfache Antworten".

Einige der kritischen Glossen lauten: "So kann Goldhagen uns Juden und Israelis nicht an der Nase herumführen." Mit unglaublich aggressiver Werbung werfe dieser Mann mit dem "traurigen Babygesicht" sein Buch auf den Markt, in der Regel von einem Schock Begleiter umgeben wie sonst nur Michael Jackson, und ziehe Kaninchen aus dem Hut, nachdem Generationen von Historikern im Schweiß ihres Angesichts geforscht hätten. Es sei unerträglich, daß ein Buch über ein so ernstes Thema wie den Holocaust mit schneller Hand aggressiv auf den Markt gebracht werde.

Eine angesehene Wochenzeitung berichtete unter der Überschrift "In Israel durchgefallen". Der in Tel Aviv lebende Reporter bestätigt auf eindrucksvolle Weise, was im ersten Teil über die Juden in der deutschen Gesellschaft ausgeführt worden ist: Es habe ... seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland keine gesellschaftlich sanktionierte antisemitische Norm gegeben ...

Man dürfe den deutschen Antisemitismus zwar nicht verniedlichen - aber man müsse doch sehen, daß viele Juden in der Weimarer Republik in der Politik und in der Wirtschaft Spitzenpositionen einnehmen konnten und daß am Ende des 19. Jahrhunderts Juden aus Osteuropa nach Deutschland auswanderten - was sie wohl nicht getan hätten, wenn Deutschland von einem allgemeinen Antisemitismusvirus befallen gewesen wäre: Die Gruppe um Hitler sei nicht wegen ihres antijüdischen Programms an die Macht gekommen, sondern wegen der pragmatischen Politik, mit der sie eine bessere wirtschaftliche Zukunft versprochen habe.

Yad Vashem, die Holocaust-Gedenkstätte nahe Jerusalem, ursprünglich als Mitherausgeber der Iwrit-Ausgabe des Goldhagen-Buches im Gespräch, verweigerte nach Bekanntwerden der Mängel die Mitwirkung.

In Deutschland war das Presseecho so gewaltig und so positiv, daß das Buch zum Bestseller wurde, trotz gelegentlicher Kritik, die dem Absatz nur zuträglich sein konnte. So nimmt es nicht wunder, daß dieser Pseudohistoriker bereits 1997 in der Bonner Beethovenhalle für sein verleumderisches Buch mit dem Demokratiepreis ausgezeichnet wurde, verliehen durch die früher aus DDR-Quellen gespeisten "Blätter für deutsche und internationale Politik".

Bei der Preisverleihung war Goldhagen umrahmt von Jürgen Habermas und Jan Philipp Reemtsma. Habermas zählt zu den namhaftesten Verharmlosern der stalinistischen Verbrechen. So hat er den Massenmord an den Kulaken als bloße "Vertreibung der Kulaken" verharmlost. Reemtsma trägt offenbar sehr schwer an seiner Abstammung aus tiefbraunem Hause.

Dem Herausgeberkreis der "Blätter" gehörten damals an: Günter Gaus, der als Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin an der totalitären DDR recht wenig auszusetzen hatte, Walter Jens, der vorgibt, bis vor kurzem nichts von seiner Mitgliedschaft in Hitlers Partei gewußt zu haben, und Reinhard Kühnl, in Fachkreisen als der Linksaußen unter

den Politologen bekannt.

Daher überrascht der Triumphzug kaum, von dem eingangs die Rede war, als im Herbst 2002 ein neuer "Goldhagen" angekündigt und ausgeliefert wurde. Alle Medien, Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen, stürzten sich auf seinen Titel "Die katholische Kirche und der Holocaust", so als ob von ihm eine neue Offenbarung zu erwarten gewesen wäre. Ein ganzes Dutzend seriöser Untersuchungen angesehener Fachwissenschaftler zusammengenommen kann auch nicht annähernd mit einer solchen Aufmerksamkeit rechnen. Und dann die vollen Säle überall, wo er auftrat, wie erwähnt: in Frankfurt/Main, Berlin, Hamburg, Köln, München, Wien.

Hochangesehene Persönlichkeiten gaben ihm die Ehre, nicht nur jene, die schon genannt worden sind, sondern gleichsam die Spitze der deutschen Gesellschaft, wie ich einem zufällig angehörten Gespräch der Begleiterin Goldhagens mit einem Hamburger Diskussionsteilnehmer entnehmen konnte. (Der Umstand, daß die Information nicht für mich bestimmt war, verpflichtet mich zur Diskretion.)

Hätte man die Einladung zur Diskussion ausschlagen sollen, mag sich manch einer fragen. Ich antworte mit einem entschiedenen Ja, vorausgesetzt man hat einen solchen Ruf, daß die Begegnung, die Nennung des Namens allgemein als Aufwertung empfunden wird und so der Verbreitung der Verleumdungen Vorschub leistet.

Als die Einladung an mich erging, willigte ich spontan ein, da ich das Bedürfnis verspürte, diesem böswilligen Hetzer die Meinung zu sagen. Der Verleger meines Buches "Die Schuld" sandte es umgehend dem Berliner Siedler-Verlag, der Goldhagen in Deutschland betreut. Schon wenige Tage später teilte mir die Katholische Akademie Hamburg, wo die Veranstaltung stattfinden sollte, mit, sie müsse auf meine Mitwirkung verzichten, da Siedler Einspruch erhoben habe. Offenbar hatte man zwischenzeitlich in meinem Buch gelesen und die Stelle entdeckt, wo es heißt:

"Von der geradezu manischen Schuldbesessenheit mancher Christen war eben die Rede. Diese Feststellung trifft auch auf viele Deutsche zu. Paradigmatisch dafür ein bei Rowohlt erschienenes Buch mit dem bezeichnenden Titel 'Ich will schuldig sein'. Im Klappentext heißt es: 'Maria Erlenberger (die Autorin) begann in der psychiatrischen Anstalt zu schreiben, in die sie nach einem "Selbstmordversuch durch Verhungern" eingeliefert worden war.'

Eine psychische Verwandtschaft ist all jenen Deutschen zu attestieren, die das unsägliche Goldhagenbuch 'Hitlers willige Vollstrecker' beifällig aufnahmen. Nicht daß derlei geschrieben wird, ist das Bitterste, sondern daß derlei bis hin zu 'Mein Kampf' einen Verleger und Leser findet."

Eine solche Kritik macht verständlich, daß der Kritiker seitens der Angesprochenen in Ungnade fiel und seine Teilnahme an der Diskussion tunlichst verhindert werden sollte. Auf Drängen Hamburger Katholiken wurde ich wieder eingeladen und durfte mich mit zweimal sechs Minuten in die Diskussion einbringen.

Daß sich viele Juden inmitten eines Volkes, dessen Selbstwertgefühl so sehr beschädigt ist, nicht wohl fühlen, ist nur zu verständlich. Deshalb zögern viele Juden mit deutschem Paß immer noch, als Deutsche aufzutreten (Zentralrat der Juden in Deutschland!).

Hier und heute füge ich dem eben Zitierten hinzu: Schuldstolz statt Wahrheit ist offenbar die ungeschriebene Devise gewichtiger Meinungsführer der deutschen Gesellschaft. Wer es wagt, die Deutschen gegen den ungeheuerlichen Vorwurf, ein Tätervolk zu sein, in Schutz zu nehmen, läuft Gefahr, von der deutschen Gesellschaft an den Rand gedrängt zu werden, wer es aber wörtlich oder sinngemäß als Mördervolk charakterisiert, der wird umjubelt und als "König der Herzen" gefeiert.

Hitlers willige Vollstrecker mordeten, wie gezeigt, nicht primär aus einem anerzogenen Antisemitismus heraus, sondern - soweit sie nicht von der absoluten Verbindlichkeit eines Befehls ausgingen (Befehlsnotstand?) - aus der Sorge, andernfalls der Ächtung durch Vorgesetzte und

Kameraden zu verfallen, eine Schwäche, die selbst in einem freiheitlichen Gemeinwesen auf Schritt und Tritt anzutreffen ist. Lieber beim Unrecht nicht abseits stehen, als gegen den Teamgeist verstoßen, die "Solidarität" aufkündigen! Wäre Antisemitismus das Hauptmotiv gewesen, hätten die Vollstrecker nicht den anderen "Minderwertigen" gegenüber die gleiche kalte Brutalität gezeigt wie gegenüber den Juden.

Ich schließe mit einer Einsicht, die der Jude und Emigrant Robert Waelder so vorzüglich ausformuliert hat: "Es gibt keinen Grad der Unsinnigkeit, der in den Augen der Moralisten ein Argument für die Verurteilung ihrer eigenen Gesellschaft unbrauchbar machen könnte".

Beweis: Goldhagens Buch über "Hitlers willige Vollstrecker".<<

21.02.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Februar 2004 (x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:

"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht. Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<

13.03.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 2004 (x887/...): >>**Von Kollektivschuld kann keine Rede sein**

Bei einer Nachbetrachtung der Wehrmachtausstellung verneinen Historiker deren wissenschaftlichen Wert

Die Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung hat eine gesellschaftliche Debatte entfacht, die fast zehn Jahre lang geführt wurde. Bedeutet der letztlich verbrecherische Charakter des Ostkrieges automatisch, daß auch die Wehrmachtangehörigen - fast 20 Millionen Menschen - verbrecherisch waren? Darüber wird bis heute leidenschaftlich gestritten. Jetzt ist die "Bilderschau" des Tabak-Multimillionärs Jan Philipp Reemtsma an ihren Ausgangsort Hamburg zurückgekehrt.

Der Ertrag, den die wissenschaftliche Forschung aus der Arbeit des Instituts ziehen kann, ist denkbar gering. Doch darum dürfte es den Ausstellungsmachern auch gar nicht gegangen sein. Sie wollten offensichtlich den gesellschaftlichen Legitimationskonsens der Kriegsgeneration zerstören. Das Bild von der als Institution in ihrer Gesamtheit sauberen Wehrmacht sollte ersetzt werden durch das Bild von der allgemein verbrecherischen Wehrmacht.

Die Kriegsgeneration, die noch bis vor wenigen Jahren die Führungseliten in allen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen gestellt hat, sollte jetzt auf diese Weise sozusagen "post mortem" demontiert werden. Ein später Erfolg der 68er also.

Und die Deutschen? Wie reagierten sie auf diese kollektive Schuldzuweisung, die keineswegs das Ergebnis seriöser Forschung und Aufarbeitung war? Folgsam und politisch korrekt ausgerichtet, nahmen sie das düstere Bild, das hier von ihren Vätern und Großvätern gezeichnet wurde, kritiklos an. Die Medien, Politiker und Kulturschaffende überschlugen sich in ihrem einhelligen Entsetzen über "die verbrecherische Wehrmacht". Diejenigen, die sich gegen Reemtsma wandten, blieben wenige und bei ihren Veranstaltungen zumeist unter sich.

Die etablierte Fachwissenschaft schwieg lange in dieser Debatte. Kein Wunder, denn eine fundierte Quellenkritik hätte schnell zu einem vernichtenden Urteil über die Ausstellung geführt. Welcher Historiker im staatlichen Wissenschaftsbetrieb aber kann es sich schon leisten, "in die rechte Ecke gestellt" zu werden, weil er gegen den Strom schwimmt? So blieb es schließlich dem polnischen Historiker Bogdan Musial und seinem ungarischen Kollegen

Krisztian Ungvary überlassen, mit den Ausstellungsmachern hart ins Gericht zu gehen. Schließlich wurde die Ausstellung vom Markt genommen und eine Historikerkommission mit ihrer Überarbeitung beauftragt.

Die Neuauflage folgt zwar einem geänderten Konzept, ihre Kernaussage ist jedoch geblieben. Geblieben ist auch der Diskussions- und Forschungsbedarf, denn es ist den Reemtsma-Historikern wieder nicht gelungen, ihre These von der verbrecherischen Wehrmacht, die eigenständig am Völkermord mitgewirkt habe, schlüssig zu belegen.

Der Hamburger Schlußakkord der Ausstellung wird von einer Vielzahl von Vorträgen, Diskussionen, Filmvorführungen, Lesungen und anderen kulturellen Darbietungen begleitet. Die in Hamburg ansässige Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (SWG) hat mit einem eigenen Informationsabend gewissermaßen einen Gegenpol zu diesem Veranstaltungsspektrum gesetzt. Den Veranstaltern ging es um "die historische Gerechtigkeit für Millionen Soldaten der Wehrmacht". Sie wollten allen Interessierten, vor allem aber Lehrern, Eltern, Schülern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich mit ausgewiesenen Fachwissenschaftlern auszutauschen und zu einem eigenen Urteil zu kommen.

Hauptredner der Veranstaltung war der international renommierte Historiker und Jurist Alfred M. de Zayas, der für seine fundierten Forschungen zu alliierten Völkerrechtsverletzungen und insbesondere zur Vertreibung der Deutschen mit dem Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet wurde. Er konnte vor fast 250 Zuhörern referieren, unter ihnen auch viele Schüler und junge Leute. Die ebenfalls eingeladenen Medien indes glänzten durch kollektive Abwesenheit.

Für de Zayas hat die Ausstellung keinerlei wissenschaftliche Bedeutung, da sie nur Einzelfälle darstelle, die schon allein quantitativ nicht aussagekräftig seien. Er hält die Ausstellung schlichtweg für "pietätlos" und kritisiert ihre Duldung durch die Öffentlichkeit als "Versagen der Gesellschaft". Die kollektive Beschuldigung der Wehrmacht ist nach seiner Auffassung eine Unverschämtheit, da die Quellen nicht nur Schuld, sondern auch Unschuld bewiesen.

Die deutschen Vorschriften und die vielen Befehle zur Einhaltung des Kriegsvölkerrechts paßten nicht zu Reemtsmas These von der NS-Verschwörung an der Spitze der Wehrmacht. Entlastendes Quellenmaterial sei von den Ausstellungsmachern jedoch bewußt nicht herangezogen worden. Zudem sei der Zusammenhang von Partisanenkrieg und Vernichtungskrieg quantitativ und qualitativ vollkommen ignoriert worden.

In einem völkerrechtlichen Exkurs wies der US-Amerikaner de Zayas nach, daß viele Maßnahmen der Wehrmacht, so furchtbar sie auch gewesen sein mögen, vom Kriegsvölkerrecht gedeckt waren und somit keine Verbrechen darstellten. Auch alliierte Streitkräfte hätten in vielen Fällen ähnlich gehandelt, ohne daß ihr Verhalten heute Gegenstand wissenschaftlicher oder gar gesellschaftlicher Debatten sei. Abschließend bezeichnete de Zayas die Ausstellung als unseriös und überflüssig.

Der Mannheimer Historiker Stefan Scheil, Autor des Reemtsma-kritischen Buches "Legenden, Gerüchte, Fehltritte", bewertete die Bilderschau als "polemisch und einseitig". Ihr Konzept sei falsch, und sie enthalte zahlreiche sachliche Fehler. Der Titel allerdings sei brillant gewählt, ermögliche er doch eine "Suggestion über die eigentliche Aussage der Ausstellung hinaus". Die Wehrmacht als Ganzes werde angegriffen, auch wenn nur Einzelbeispiele genannt würden.

Auch Scheil trat der These entgegen, die militärische Führung habe Hitlers Kriegskonzept ausnahmslos zugestimmt. Ein schlüssiger Nachweis dafür sei nicht möglich. Vielmehr sei die Historikerkommission zu dem Schluß gekommen, daß streng nationalsozialistische Offiziere die Ausnahme gewesen seien. Von einer Kollektivschuld ihrer Soldaten könne keine Rede sein. Hitler selbst habe dem Militär deshalb bis zum Schluß äußerst mißtrauisch gegenübergestanden.

Ende des Monats wird die Ausstellung endgültig ihre Pforten schließen. Was bleibt, ist "ein ungutes Gefühl" und die Frage, "ob die von Reemtsma angestoßene Debatte über die Wehrmacht einem Thema von dieser Dimension wirklich gerecht geworden ist", so der Historiker Christian Hartmann vom Institut für Zeitgeschichte in München in seinem jüngsten Aufsatz zum Thema.<<

03.04.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. April 2004 (x887/...): >>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**

Der im Oktober 2003 verstorbene Soziologe Erwin K. Scheuch hatte noch wenige Tage vor seinem Tod in einem Zeitungsinterview davon gesprochen, daß "in der SPD den Linksextremen die Kultur 'zum Fraß vorgeworfen' wird, weil man damit hofft, Handlungsspielraum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gewinnen". Der "Antifaschismus" werde benutzt als "Ablenkungsmanöver für die Linken", damit man "wirtschaftlich und sozial 'rechte' Politik machen" könne. "Bedenken Sie, für welche Inhalte die SPD heute so alles eintritt, zum Beispiel Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften. Mit so etwas hätten sich die Sozialdemokraten früher doch gar nicht hervorgetraut."

"Political Correctness" als Alibi für die Agenda 2010, Schröder als "Genosse der Bosse" und "Kämpfer gegen Rechts" in Personalunion? Wird in einer Zeit, die durch Nihilismus und Werteverfall geprägt ist, in der nur noch Ökonomismen wie "Bilanz", "Kapital", "Ressource" und "Effizienz" den Ton angeben, in der euphemistisch nur von "Reform" anstatt vom Abbau der sozialen Systeme gesprochen werden darf - wird in einer solchen Zeit also wieder einmal die "Faschismuskeule" zum "letzten Aufgebot der deutschen Linken", wie der Politologe Hans-Helmuth Knütter schon 1993 diagnostizierte?

Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten?

Was dereinst noch als "antitotalitärer Konsens" für alle deutschen Demokraten von SPD bis CDU/CSU selbstverständlich war, ist heute verschwunden, wurde ersetzt durch "neue Mitte" und "Kampf gegen Rechts". Während das politische Spektrum etwa der britischen Demokratie aus Konservativen, Liberalen und Labour besteht und sich in Frankreich erstreckt von Le Pen bis zu den Kommunisten, hat man in Deutschland konservative Positionen tabuisiert.

Erst in unserer "Berliner Republik" ist es möglich geworden, rassistische und neonazistische Straftaten und Parolen einzelner glatzköpfiger Dumpfbacken "Rechts" schlechthin anzuhängen (das heißt all dem, was man rechts von Rot-Grün dafür hält beziehungsweise halten will!). Die Morde der Rote-Armee-Fraktion hätte man in der alten "Bonner Republik" der 70er und 80er Jahre niemals "den Linken" insgesamt zugerechnet. Heute dagegen werden die Maßstäbe und Begriffe für vermeintlich "rechten Extremismus" absichtlich unklar gehalten, um die Gesinnungshatz auf alle möglichen Politikfelder ausdehnen zu können.

Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig.

Das antifaschistische und politisch korrekte "Chorheulen der Wölfe" (Elisabeth Noelle-Neumann) manifestiert sich als massendemokratischer Schaulauf, etwa im Herbst 2000 beim angeblich rechten "Mordfall kleiner Joseph" von Sebnitz und beim angeblich rechten Synagogenanschlag von Düsseldorf.

Ist es nicht die angeblich faschistische Polizei der "restaurativen" 50er und 60er Jahre, der "Bullenstaat" unter Adenauer, Erhard und Kiesinger gewesen, als man mit ach so brutaler Gewalt gegen KPD- und 68er APO-Aufmärsche vorgegangen war? Heute kritisieren die Antifa-Helden von damals die Polizei, weil sie vermeintlich nicht hart genug gegen den "Terror von rechts" vorgeht. Aber "Bullenklatschen" kann man natürlich mit "Zeckenklatschen" ebenso wenig vergleichen wie Kommunismus und Nationalsozialismus; Molotowcocktails bei NPD-Chaoten sind eben etwas ganz anderes als bei Antifa-Chaoten.

Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.

Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien (besonders in Diktaturen), daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.

Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" (à la Goldhagen) den braunen "Gröfaz" als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" (Martin Walser) des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als (Ersünde-)verdammtes Volk fühlen.

Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.

Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.

Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".

Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'

Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'

Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."

Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21.

Jahrhunderts näherte sich einer "DDR light" an?<<

01.05.2004

Belgien: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta treten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die hohen Zuschüsse für die osteuropäischen Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-328):

>>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.

Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.

Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.

Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern senken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht würde sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.

Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.

Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.

So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<

05.05.2004

BRD: Die deutsche Journalistin Wibke Bruhns schreibt am 5. Mai 2004 in der Zeitschrift "Stern": >>Willy Brandt: Demontage einer Lichtgestalt

Es war nicht allein Günter Guillaume, der Willy Brandt vor 30 Jahren zu Fall brachte, es war auch der Verrat in den eigenen Reihen, meint die Brandt-Vetraute Wibke Bruhns. Und es war seine totale Fremdheit in den kleinen Gefühlswelten.

Nach dreißig Jahren immer noch dieses Bild: Willy Brandt im Fraktionssaal der SPD am 7. Mai 1974, die Hände, wie nicht dazugehörig, parallel auf dem Tisch, das Gesicht versteinert. Gerade hat Herbert Wehner dem scheidenden Kanzler einen mächtigen Strauß roter Rosen in Zellophan überreicht und seine Stimme hat sich dabei fast überschlagen: "Wir alle lieben ihn!" Egon Bahr war in Tränen ausgebrochen - über diese "Gemeinheit und die Heuchelei", wie er später schreibt. Willy Brandt scheint nichts vom Aufruhr der Genossen um ihn herum wahrzunehmen, die Augen gehen ins Leere. In den Falten um seinen Mund liegen tiefe Schat-

ten.

Ein unmißverständlicher Hinweis

"Judas!" haben wir uns empört damals über "Onkel Herbert", und immer noch, wenn ich an den Rücktritt Willy Brandts denke, sehe ich dieses Bild vor mir, höre ich die Stimme Herbert Wehners, der den Kanzler ein paar Tage zuvor auf einer Klausurtagung in Münstereifel scheinheilig seiner "uneingeschränkten Treue für jede denkbare Entwicklung" versichert hat. Aber er tat nichts, um Brandt im Amt zu halten - für den Kanzler der unmißverständliche Hinweis, daß der allmächtige Fraktionschef seinen Rücktritt für unumgänglich hielt.

Im Nachhinein ist das ja gar nicht verkehrt gewesen: Für die kommenden Jahre, zunehmend dominiert von der Auseinandersetzung um die RAF, war Helmut Schmidt mit Sicherheit der bessere Kanzler. Für Brandt selbst bedeutete dieses Ende den Beginn einer glanzvollen internationalen Karriere als Präsident der Sozialistischen Internationale, als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission, als begehrter Ratgeber von Regierungschefs in aller Welt. Aber für uns, für den sozialdemokratischen Teil des Wahlvolks, war der Rücktritt der Beleg für die Ranküne in der Politik, für Verrat und Machtversessenheit.

Wibke Bruhns

Die Journalistin begegnete Willy Brandt als TV-Moderatorin und "Stern"-Autorin und verbrachte mit ihrer und der Kanzlerfamilie Ferien in Norwegen. Ihr Fazit: In Gefühlsdingen war der Kanzler sprachlos. Bruhns' kürzlich erschienenenes Buch "Meines Vaters Land" wurde ein Bestseller.

Daß die DDR dem Kanzler der Bundesrepublik, dem Architekten der Entspannungspolitik, eine Laus in den Pelz gesetzt hatte in Gestalt des Spions Günter Guillaume, war schlimm genug. Schlimmer war die hanebüchene Inkompetenz des Verfassungsschutzes in diesem Fall, das Lavieren der verantwortlichen Mitarbeiter von Innenminister Genscher bis zu Kanzleramtschef Horst Grabert. Am schlimmsten war die Demontage des Mannes, der angetreten war, "mehr Demokratie zu wagen".

Mobilisierung quer durch alle Schichten

Denn das hatte er unter die Menschen getragen. Nie zuvor und seither niemals wieder haben sich Bürger in der alten Bundesrepublik mit einer solchen Leidenschaft für ihren Staat, seine Politik und deren Protagonisten engagiert. Die Mobilisierung ging quer durch alle sozialen Schichten, Abertausende Menschen waren aktiv und kreativ, von Dichturfürsten wie Heinrich Böll und Siegfried Lenz bis zur bayerischen Bäckerfrau, Menschen, die bisher Politik immer anderen überlassen hatten. Alles kristallisierte sich um die sozialliberale Regierung, knäuelte sich fest am Kanzler, an Willy Brandt.

Das war anderthalb Jahre vor seinem Rücktritt, ich rede vom Wahljahr 1972, die Zeit, in der ich Willy Brandt begegnet bin. Weder der Kniefall in Warschau noch der Friedensnobelpreis, auch nicht die weltweite Anerkennung der neuen Ostpolitik hatten dem Regierungschef im eigenen Land zu einem Konsens verhelfen können. In einer beispiellosen Kampagne versuchte die Union, den Verlust der Macht von 1969 noch vor Ende der Legislaturperiode rückgängig zu machen. Willy Brandt sollte ein Übergangskanzler bleiben, ein Irrtum der Geschichte, der von den Christdemokraten schleunigst bereinigt werden würde.

Durch Überläufer war die ohnehin knappe Mehrheit der Regierung Brandt/Scheel im Bundestag geschmolzen. Rainer Barzel versuchte am 27. April sein konstruktives Mißtrauensvotum. Er scheiterte, zwei Stimmen fehlten. Draußen im Land hatten sich überall Menschentrauben vor den Fernsehgeschäften versammelt, es herrschte eine stumme, gespannte Erwartung. Dann das Ergebnis.

Wildfremde Leute umarmten sich, das Fernsehen zeigte jubelnde Bergleute und Automonteuere. Wie versteinert ging der Kanzler durch die völlig aus dem Häuschen geratenen Fraktionskollegen, nicht die Andeutung eines Lächelns stand im Gesicht. Er und Rainer Barzel drück-

ten sich stumm die Hand.

50.000 Mark für ein Votum gegen Barzel

Damals kannte ich Willy Brandt noch nicht. Aber ich war Teil dieser wütenden Empörung, die durchs Land zog, weil das Mißtrauensvotum nicht als eine demokratische Spielart des Machtwechsels angesehen wurde. Statt dessen vermuteten wir wüste Verschwörungen, wo Stimmenkauf Parlamentarier dazu brachte, die Seiten zu wechseln. So war es ja auch, wie wir heute wissen. Zusätzlich mischte die Stasi mit, die den CDU-Abgeordneten Julius Steiner mit 50.000 Mark zum Votum gegen Barzel veranlasste.

Im darauf folgenden Sommer, im Garten des Brandtschen Ferienhauses im norwegischen Vangsasen bei Hamar, erhielt ich von Brandt eine politische Nachhilfestunde über die Nachtseiten des Machterhalts. Zwar sprach er nicht expressis verbis davon, die SPD habe es dem politischen Gegner gleichgetan. Aber in seinen langen, von Konjunktiven durchflochtenen Sätzen näherte er sich unschweifig der Überlegung, daß Anstand angesichts offenkundiger Schweinereien auf der anderen Seite der eigenen Sache nicht nur nicht nützen, sondern vermutlich eher schaden würde.

Damals war ich ziemlich fassungslos. Wir hatten einen fulminanten Wahlkampf hinter uns, in dem Gut und Böse klar definiert, Politik so einfach gewesen war. Das Gute waren die Ostpolitik und die zahlreichen innenpolitischen Reformen, das Gute war dieser Kanzler, der eine makellose politische Biographie vorzuweisen und damit vielen erstmals eine Identifikation mit der Politik ermöglicht hatte.

Das Böse war ebenso leicht auszumachen gewesen. Es kam völlig unmaskiert daher, über zwei Jahrzehnte vorbereitet durch die Kampagnen wegen Brandts unehelicher Geburt, seines "Agentennamens" (Brandt alias Frahm), gegen den "Vaterlandsverräter", weil er Hitler-Deutschland verlassen und eine norwegische Uniform getragen hatte.

Jetzt war die Bundesrepublik überflutet worden von millionenschweren Anzeigen mit dubiosen Deckadressen ("Wählerinitiative Patriotische Mitte" oder "Gesellschaft für konstruktive Politik"), in denen es hieß: "Wer Brandt wählt, wählt Bolschewismus" oder - zum Aussuchen - "Bandenterror", "Hurerei", "Mord an ungeborenen Kindern". Eine "Aktion Nüchterne Bürger" hatte mit dem Bild einer Schnapsflasche inseriert: "Lieber Rainer Barzel als reiner Korn Brandt".

Transporteur sozialdemokratischer Tugenden

Vor so viel Dreck war Willy Brandt zur Lichtgestalt geworden, und damit konnte er, konnten aber auch seine politischen Freunde schlecht umgehen. Daß ich mich dann später in meinem hehren Demokratieverständnis verraten fühlte, weil der Kanzler Stimmenkauf als politisches Mittel nicht grundsätzlich ausschloß, hatte etwas mit meiner Naivität zu tun und war allenfalls mein Problem. Aber der Wahlkampf und die Selbstdarstellung von Partei und Regierung waren überwiegend auf die Person Willy Brandts als Transporteur sozialdemokratischer Tugenden abgestellt gewesen. Das schürte nicht nur die Rivalität in den eigenen Reihen, etwa bei Schmidt und Wehner.

Es führte auch zu Enttäuschung bei Weggefährten im weiteren Umfeld, Journalisten etwa oder Wahlhelfern wie Günter Grass, wenn der Mensch Brandt dem Bild Brandts nicht entsprach. Und das tat er nicht. Er war nicht schlechter, was immer das heißen mag, er war anders, als die Leute ihn sich gestrickt hatten. Ich war 1973 sechs Sommerwochen lang viel mit ihm zusammen in Norwegen, weil ich für den "Stern" ein Porträt zu seinem 60. Geburtstag recherchierte. Rut Brandt hatte für meine Familie und mich ein Ferienhaus in ihrer Nähe besorgt.

Es war der Guillaume-Sommer, der Anfang von Brandts Ende als Kanzler. Der DDR-Spion Günter Guillaume, Brandts persönlicher Referent, war als dienstliche Urlaubsbegleitung des Kanzlers mit von der Partie.

Ein Porträt über den Privatmann Willy Brandt zu schreiben, erwies sich als außerordentlich

schwierig. Man kam an die Person nicht ran, nicht nur ich nicht, niemand. Wenn ich heute nachlese, was über Brandt "Menschliches" geschrieben wurde zu der Zeit, so ist das wenig, und es ist viel Projektion dabei - da wurde jemand skizziert, der sich als Vorlage verweigerte. Selbst Rut Brandt hat später mal gesagt: "Er sprach nicht."

Dabei redete er viel. Aber es waren immer die großen Weltentwürfe für ein freies, friedliches Miteinander, und der lange Weg der kleinen Schritte bis zum Ziel. Vor mir hatte ich einen der Baumeister der Helsinki-Konferenz KSZE, die - wer konnte das damals schon wissen? - zur Erosion des östlichen Machtblocks führte und damit zur Wiedervereinigung Deutschlands. Willy Brandt dachte "über den Tag hinaus", und ich war fasziniert von der präzisen gedanklichen Detailarbeit dabei, von der großen Geduld, die dennoch keinen Zweifel ließ an seiner Beharrlichkeit.

Dahinter aber verschwand das Private. Selbst in seinen Tagebüchern ist seitenlang zu lesen, was er in welcher Situation zu wem warum gesagt hat, aber fast nie, was er dabei empfunden hat. Egon Bahr hat mir mal auf die Frage, ob er den Menschen Brandt erlebt habe, sinngemäß geantwortet: Politiker sind wie Traber, getrimmt auf Höchstleistung in einer widernatürlichen Gangart, von Scheuklappen gehindert, die warme Welt zu sehen. Emotionale Krüppel seien sie - "das ist der Preis".

"Er war emotional nicht da"

Willy Brandt schien er nicht zu hoch zu sein. "Ich habe mich nicht nur an diese Art von Einsamkeit gewöhnt", steht als eine seiner wenigen persönlichen Anmerkungen in meinem Notizbuch. "Ich fühle mich insgesamt in ihr ganz wohl." Die Defizite lagen bei anderen. Brandts Sohn Peter erzählte mir in Norwegen, was früher in den Zeitungen teils bewundernd, teils harsch als des Kanzlers antiautoritäre Erziehung diskutiert wurde, sei in Wahrheit keine Erziehung gewesen: "Er war emotional nicht da." Peter Brandt argwöhnte zu der Zeit, vermutlich zu Recht, die vorgebliche Toleranz seines Vaters ergebe sich aus seiner Distanz. Er sei schlicht nicht interessiert.

Woran er interessiert war, außer dem Zustand der Welt und wie er zu verbessern sei, war nicht herauszubekommen. Vielleicht gab es ja tatsächlich nichts anderes. Wer abschweifen wollte auf Sport, Literatur, Musik, Kochrezepte, das Wetter, sah in ein leeres Gesicht, daß ... derlei Konversation verbat. Ich wußte nach Wochen noch nicht einmal, was er gern ißt. Meine kleine Tochter half in dem Fall, indem sie mir verriet: "Der Bundeskanzler ißt keine Kartoffeln." Das hatte er ihr bei einem Abendessen erzählt.

Mitteilungen über sich selbst fanden nicht statt. Es gab noch nicht mal Abwehr bei ihm in diesem Punkt - Willy Brandt hat mir ja durchaus Zugang gewährt. Ich glaube, so wie viele Männer nicht über ihr Innenleben reden können, weil sie es weder kennen noch zulassen, wußte er schlicht nicht, was ich von ihm wollte. Und ich war immerhin eine geübte 68erin, trainiert im Durchbuchstabieren seelischer Befindlichkeiten. Aber bei allem Erstaunen über meine Unverfrorenheit, mit der ich damals zu Werke ging, haben mir meine vergeblichen Versuche zweierlei deutlich gemacht: Diese Kriegsgeneration war in Gefühlsdingen sprachlos, und Willy Brandt war ein besonders verschlossenes Exemplar.

Biographie als Abfolge chronologischer Daten

Selbst die Beschreibung seiner Kindheit in Lübeck - "unbehaust" hat er sie genannt -, seiner frühen Erfahrung mit den Nazis, der Reise im Fischkutter über die Ostsee in die Emigration, der Rückkehr in das zerstörte Deutschland nach dem Krieg geriet bei ihm zu einer Abfolge chronologischer Daten. Wo er seinen Bedarf an Wärme erfüllte, wie er mit Angst umging, Glücksmomenten, Phasen der Trauer oder Selbstzweifeln, nichts davon war von ihm zu erfahren, auch nicht "unter drei", dem journalistischen Kürzel für Hintergrundinformationen, die nicht veröffentlicht werden dürfen.

In meinem Brandt-Porträt damals bin ich ausgewichen auf einen Satz von ihm aus dem Jahr

1960, den ich in einem seiner frühen Bücher gefunden hatte. "Ich war beliebt, sogar populär im Kreise der Schulkameraden und Jugendgenossen", schreibt er da. "Aber soweit ich in Frage kam, blieben diese Beziehungen meist äußerlich. Es gab kein starkes Gefühl, dem ich mich rückhaltlos ausliefern konnte."

Heute nennen Wissenschaftler eine solche psychische Beschaffenheit "Gefühlsblindheit", und das trifft es bei Willy Brandt ziemlich genau. Zahlreiche Weggefährten hat er verprellt - Herbert Wehner, Helmut Schmidt, auch Günter Grass - weil er Nähe nicht zulassen konnte, zu Freundschaften nicht fähig war. Ihre Wutausbrüche und Illoyalitäten aus enttäuschter Liebe haben Brandt schwer beschädigt. Egon Bahr, der Freund, ist die einzige Ausnahme, von der ich weiß, und der hat Brandts "Fernsein" immer akzeptiert.

Vergnügliche Abendessen im norwegischen Garten

Sich auf einzelne Menschen einzulassen war Brandts Sache nicht. Er mochte Leute um sich haben, am liebsten in Gruppen, wo die Gefahr nicht bestand, daß ihn jemand mit Persönlichem belästigte. Dann war er witzig, schlagfertig, entspannt - wir haben mit anderen Gästen vergnügliche Abendessen in seinem norwegischen Garten erlebt, wo die hinreißende Rut Brandt mit ihrer Wärme und ihrer Selbstverständlichkeit jedem das Gefühl vermittelte, er sei besonders willkommen.

In solchen Situationen erzählte Brandt auch keine Witze. Diese Übung war für Genossen-Abende und Journalistenrunden reserviert - die auf Insiderinformationen hungrige Meute zum Lachen zu bringen, Anekdoten preiszugeben, scheinbar zugewandt und mitteilksam zu sein und nichts, aber auch gar nichts zu erzählen. Brandt hat viele Stunden im Kanzlerzug mit derlei Exerzitien zugebracht.

Überhaupt, die Genossen. Ich hatte mir damals notiert: "Brandt hat ein großes Herz für kleine Leute. Aber er will sie um Gottes willen nicht um sich haben." Das verlangt im Ernst auch keiner vom Kanzler dieser Republik. Aber bei den Sozialdemokraten spielen - zu jener Zeit noch mehr als heute - der Stallgeruch, das Zusammenrücken, das distanzlose Du eine größere Rolle als in anderen Parteien.

Willy Brandt hat sich damit schwer getan. Sein Terrain war die Weltpolitik, nicht der Ortsverein. Aber dort hat man Brandt geliebt. Er verkörperte die ganze Latte sozialdemokratischer Schinderei: kleiner Leute Kind, einer von uns, der nach Jahren gröbster Anfeindungen und hinterhältiger Machenschaften des Großkapitals endlich der Gesellschaft das neue Gesicht verleiht. Versöhnung nach außen, Gerechtigkeit nach innen, es gibt viel zu tun, wer denn, wenn nicht er, soll es anpacken.

Mit diesem Elan scharten sich die Parteitruppen hinter Willy Brandt, aber nicht nur sie. Neuwahlen wurden nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum festgesetzt für den 19. November 1972, und draußen krempelten die Menschen die Ärmel hoch. Denn bei aller Distanz, die Willy Brandt für sich beanspruchte, was er erzeugte im Wahlvolk war Nähe - Nähe zu ihm, vor allem jedoch Nähe der Menschen untereinander.

Farbe bekennen war das Leitmotiv

Eine Million "Willy wählen"-Buttons waren im Umlauf, mindestens noch einmal so viele Buttons der Sozialdemokratischen Wählerinitiative "Bürger für Brandt". Die Leute trugen sie am Mantel, bepflasterten ihre Autos und Fahrräder mit Wahlslogans - an Ampeln lachten sich wildfremde Gleichgesinnte an, überall in Zügen und Straßenbahnen, auf der Straße gab es spontane Gespräche.

Farbe bekennen war das Leitmotiv dieser Wahlkampfwochen. In der Kartei der Sozialdemokratischen Wählerinitiative waren die Namen von rund 70.000 ehrenamtlichen Wahlhelfern registriert, die Mehrzahl keine Parteimitglieder. Die "Bürger für Brandt" mobilisierten die schweigende Mehrheit für ihre Straßenfeste, Kunstauktionen, Informationsabende.

Sie schalteten Kleinanzeigen, holten Popstars, Sportler, Wissenschaftler auf ihre Podien. Es

war harte, hochpolitische Kleinarbeit. Aber es war wie ein großes Fest. Es gab das gemeinsame Ziel, "mehr Demokratie" zu wagen, und immer mehr Menschen begriffen: Auf dich kommt es an.

Die Kundgebungen mit Willy Brandt hatten gigantische Besucherzahlen – 35.000 in Essen, 20.000 in Hannover, 17.000 in Köln. Ich hatte ihn kennengelernt auf der Schlußveranstaltung in der Bonner Beethoven-Halle, die ich zwei Tage vor der Wahl moderierte. Zum ersten Mal erlebte ich, mit welcher Intensität er einen Saal füllen konnte. Er sprach frei, schien immer wieder nachzudenken, wie er seine Sache am besten erklären könne.

Die zögerliche Sprechweise suggerierte in ihrer Eindringlichkeit jedem Einzelnen da unten, er sei gemeint, er sei wichtig, gerade bei ihm komme es Brandt darauf an, verstanden zu werden. Das war auch so - aus der Ferne war Willy Brandt sehr zugewandt. Und er war von Grund auf glaubwürdig. Ich erinnere mich, daß ich die Veranstaltung schloß mit der Feststellung, ich würde Willy Brandt wählen, "nicht um seinetwillen, sondern aus purem Egoismus". Auch das war so.

Zwischen Triumph und innenpolitischen Turbulenzen

Der Triumph der gewonnenen Wahl wurde zerschossen in innenpolitischen Turbulenzen - Ölkrise, Fluglotsenstreik, härteste Auseinandersetzungen um überhöhte Lohnforderungen der ÖTV. Der Kanzler war gesundheitlich angeschlagen, eine Stimmbandoperation und allgemeine Erschöpfung setzten ihn längere Zeit außer Gefecht. Seine fehlende Durchsetzungskraft wurde immer öfter Gegenstand öffentlicher Kritik. Sie gipfelte in Herbert Wehners Ausfällen gegen Brandt während einer Moskaureise im Herbst 1973: "Der Herr badet gern lau" und "der Regierung fehlt ein Kopf".

Wehner blieb ungestraft, der Parteivorstand stellte sich mit zwölf gegen elf Stimmen hinter ihn. Die Guillaume-Affäre danach war nur noch der letzte Anstoß für das Ende.

Am 1. Mai 1974, eine Woche nach der Verhaftung des DDR-Spions, war Willy Brandt auf seiner letzten Reise als Kanzler unterwegs, ein lang geplanter Ausflug nach Helgoland. Kurz zuvor hatte er durch Innenminister Genschers Büroleiter Klaus Kinkel in Hamburg eine Liste präsentiert bekommen, in der die Aussagen seiner Leibwächter über angebliche Treffen mit Damen verzeichnet waren, die ihm Guillaume "zugeführt" haben soll. Brandt ahnte wohl, daß er dies nicht durchstehen könne, daß nach den jahrzehntelangen Diffamierungskampagnen der rechten Massenblätter ihn jetzt die Kombination von Sex und Spionagethriller zur Strecke bringen werde.

Wir, die mitreisenden Journalisten, ahnten von dieser Liste nichts. Es war trostloses Wetter, Willy Brandt verschanzt hinter seinem steinernen Gesicht. Wir trauten uns nicht, ihn anzusprechen, schon gar nicht auf Guillaume. Am Anleger war außer ein paar Genossen und dem Bürgermeister niemand zum Empfang erschienen. Die Insel schien zu dieser späten Nachmittagsstunde wie ausgestorben. Die Tagesgäste waren abgereist, die Helgoländer hockten in ihren warmen Stuben und sahen Fußball. "Mit Günter wäre das nicht passiert", wurde flüsternd unter den Kollegen herumgereicht - Guillaume hätte den Kanzler mitten ins Gewühl der Butterschiffe geschickt und die Fußballzeiten im Kopf gehabt.

"Scheißleben!"

Es wurde ein Schunkelabend mit viel Alkohol und "Herrn Pastor sin Kau-jau-jau". Die tapferen Genossen hauten dem großen Vorsitzenden aufmunternd auf die Schulter - "wi mok dat schon!" Brandt, der solche Abende ohnehin schwer aushielt, griff zum bewährten Abwehrmittel: Er erzählte Witze. Mitten im trunkenen Trubel starrte er plötzlich auf seine Hände. "Scheißleben!", murmelte er.

Am nächsten Morgen hatte Brandt einen Kater und erschien mit einer Anzugjacke, die nicht zur Hose gehörte. Der Ersatzreferent, ein unerfahrenes Kerlchen, ließ den Kanzler und alle anderen warten, weil er nicht rechtzeitig aus dem Bett gekommen war. Es wurde eine unge-

mütliche Rückfahrt über rauhe See.

Vier Tage später, am 6. Mai 1974, trat Willy Brandt zurück.<<

22.05.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Mai 2004

(x887/...): >>**Vor dem Bürgerkrieg**

Europa und die Expansion des Islam

Der Volltreffer auf das mit einem eigenen Raketenabwehrsystem geschützte Pentagon am 11. September 2001 sowie der asymmetrische Krieg in Israel und nunmehr im Irak haben zu einem Erstarken des islamistischen Bewußtseins in der Umma geführt.

Die Moslems zwischen Mindanao, den islamischen Provinzen Thailands, Taschkent, Casablanca und Europa glauben heute mehr denn je, daß der Friedensbegriff des Islam in einem endzeitlichen Dschihad global verwirklicht werden kann. Sie verkörpern damit eine außerordentliche Gefahr nicht nur für die in ihren Augen besonders verachtungswürdigen USA, sondern für den gesamten christlich geprägten abendländischen Kulturkreis.

Mit dem Einmarsch der amerikanischen und britischen Truppen in den Irak in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 wurde eine neue weltpolitische Ära eingeleitet: die Neuordnung des Nahen Ostens unter dem Banner der Demokratie, ganz im Sinne des US-Vizeaußenministers Wolfowitz.

Nicht nur für ihn ist der Irak der erste Dominostein auf dem Wege dieser Neuordnung. Auch unsere deutschen Deutungseliten hoffen, daß ein islamisches Land zur Demokratie finden kann, etwas, was in Europa weder im Kosovo noch in Bosnien gelungen ist. In Wirklichkeit ist ein stabiler, demokratischer Irak ebenso unwahrscheinlich wie ein demokratisches Afghanistan, ein Land, in dem der amtierende Präsident Karsai kaum seinen eigenen Palast unter Kontrolle hat und durch US-Leibwächter geschützt werden muß.

Die Welt-Unordnung wird sich nach dem absehbaren amerikanischen Rückzug aus dem Irak dann erheblich verstärken, wenn es, was zu vermuten ist, den Amerikanern nicht gelingen sollte, unter Respektierung der Traditionen und Realitäten eines islamischen Landes Ordnung und Frieden zu hinterlassen.

Ein solcher US-Rückzug würde nicht nur den gesamten Nahen Osten destabilisieren, sondern auch eine Reihe wackliger Systeme in anderen islamischen Staaten hinwegfegen und die Bedrohungslage für den Vorposten des Westens, nämlich Israel, bedrückend verschärfen. Darüber hinaus wären Auswirkungen auf die der NATO feindlich gesinnte, sowjetisch geprägte militärische Nomenklatura Rußlands absehbar, aus deren Sicht die Umzingelung durch die USA im "Unterleib" der ehemaligen Sowjetunion bzw. im Kaukasus auf Dauer nicht hinnehmbar ist.

Der durch den nicht lösbaren Konflikt in Israel bzw. Palästina angefachte und durch den Irak-Krieg enorm verstärkte Haß gegen die westliche Welt wirkt bis in die islamischen Parallelgesellschaften Europas.

Unser Kontinent ist bereits voll in diesen Sog von Gewalt, Terror und Krieg einbezogen, einhergehend mit einer anschwellenden Welle von Antiamerikanismus und von nachweislich wachsendem Antisemitismus, so wie das nicht nur in den Trabantenstädten Frankreichs beobachtet werden kann, sondern auch in der muslimischen Parallelgesellschaft Deutschlands.

Spätestens nach dem Anschlag von Madrid sollte die neue Bedrohungslage eigentlich allen Europäern bewußt sein. Doch zumindest viele Politiker stecken noch immer den Kopf in den Sand. Bezeichnend dafür ist, daß die EU klammheimlich eine durch das renommierte Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin erarbeitete Studie über den Antisemitismus in Europa umschreiben lassen wollte. "Die EU hat die Studie begraben, aus Angst vor einem Bürgerkrieg", sagte der Soziologe Prof. Werner Bergmann, unter dessen Leitung die Schrift entstanden war.

Diese Studie, so die britische Financial Times, sollte zurückgehalten werden, weil erkennbar ist, "daß hinter den zunehmenden antisemitischen Erscheinungen Moslems und pro-palästinensische Organisationen stehen".

Nicht ganz unrecht hat der französische Philosoph Alain Finkielkraut, der seit längerem einen linken, progressiven "anti-faschistischen Antisemitismus" im Namen der Menschenrechte beobachtet, der Israel im Kampf mit den Palästinensern die Rolle der Nazis überstülpt.

Die Vereinigten Staaten haben registriert, daß sie sich in einer globalen Auseinandersetzung befinden. Europas und insbesondere Deutschlands Deutungseliten verdrängen bzw. tabuisieren das, obwohl auch wir uns schon länger in einer Vorstufe dieses Konflikts befinden. Aus Deutschland kommende Muslime sind bei Kämpfen in Tschetschenien gefallen, in einer hiesigen Moschee gab es donnernden Beifall für eine ihren Märtyrermann preisende Ehefrau, die hofft, daß ihr Sohn den gleichen Weg gehen wird, und unter den Mordgesellen von Istanbul befand sich ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Türke.

Mehrere Tausend von unseren Sicherheitsbehörden als akut gewaltbereit eingestufte Muslime leben in Deutschland in einem unbekanntem Heer von Sympathisanten und in durch Gruppenzwang geprägten Kollektiven.

Dennoch verhindern die politisch Verantwortlichen, diejenigen Extremisten, die Terroranschläge befürworten, für Terrororganisationen werben oder Terror vorbereiten, in ihre Heimatländer abzuschieben.

Es gibt kein Warnsystem über asymmetrische Gefahrenlagen. Es gibt auch keine Pläne für die Harmonisierung von Zivil- und Katastrophenschutz. Desgleichen existiert kein übergeordnetes Verteidigungskonzept, das die Polizei, den Grenzschutz, den Katastrophenschutz, die Bundeswehr und die Nachrichtendienste einbindet.

Statt dessen gibt es Pläne und Durchführungsmaßnahmen, die Ressourcen für die schon von den Vorgängerregierungen sträflich vernachlässigten Streitkräfte schwerpunktmäßig für militärische Expeditionsaufträge zu verwenden, die Wehrpflicht möglicherweise aufzugeben, das Heer zu verkleinern und das für den Schutz von zivilen und militärischen Objekten (und für neu zu bildende regionale Krisenreaktionskräfte) so notwendige Reservistenpotential zu verringern.

Noch wäre es möglich, derartige Fehlentwicklungen zu stoppen. Doch es eilt, denn bereits in sechs Jahren sind verschiedene Großstädte, vor allem in Nordrhein-Westfalen, bei der Altersgruppe der 20-40jährigen nicht mehr "in deutscher Hand", ab 2050 ist der Islam dann der Statistik zufolge sogar zur stärksten religiös-politischen Kraft geworden. Dann können sich die wenigen Nachkommen der deutschen Stammbevölkerung nur noch die Frage stellen, die Soltschenizyn in seinem berühmten Fastenbrief aufwarf, als er den Absturz der europäischen Brudervölker in den Ersten Weltkrieg betrachtete: "Wie konnte es so kommen?"

Das ethnisch-religiöse Überfremdungsproblem betrifft weite Teile Europas, wobei allerdings die neuen ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedsstaaten - abgesehen vielleicht von Slowenien - nicht direkt betroffen sind.

Europa zählt heute insgesamt 750 Millionen Einwohner. Von diesen sind 269 Millionen Katholiken, 171 Millionen Orthodoxe, 79 Millionen Protestanten und 52 Millionen Muslime. 151 Millionen gehören keiner religiösen Orientierung an. Da die Muslime jährlich um 6,5 Prozent zunehmen, werden sie voraussichtlich 2014 nach den Katholiken die zweitstärkste religiöse Gruppe auf dem Kontinent sein.

Das Reich Allahs ist identisch mit der politischen Ausdehnung des Islam und der Gültigkeit der Scharia. Gebiet, das einmal islamisch war, kann nach islamischer Lehre nie wieder deislamisiert werden. So sind in der Theologie der Muslime auch Spanien oder der Balkan "waqf", islamische Territorien.

Niemand auf dem Balkan wünscht sich eine Rückkehr der Osmanenherrschaft, wohingegen

beispielsweise die Bewohner des Trentino und Triests den vergangenen Zeiten der Habsburgerherrschaft nachtrauern.

Insbesondere in Bosnien (aber auch in Mazedonien, im Kosovo und in Albanien) helfen die westlichen Staaten mit Haus- und Straßenbau, während islamische Staaten Moscheen errichten.

Islamistische Bewegungen haben einen großen strategischen Vorteil. Sie können mit den Moscheen ein kaum kontrollierbares Beziehungs- und Kommunikationsnetz nutzen. In Deutschland bekennen sich die Islamisten nach außen hin zum Grundgesetz. Nach innen aber gilt das Gesetz der Scharia. Diejenigen islamischen Organisationen, die hierzulande die meisten Moscheen und islamischen Kulturzentren errichten, haben ein gemeinsames Ziel: die Islamisierung Deutschlands.

Dies soll über den Umweg der "Takiya" erreicht werden, des Verschweigens bzw. Geheimhaltens der Ansichten und religiösen Überzeugungen in Fällen, in denen es dem Wohle des Islam dienlich ist.

Geduldet wird das, wie der Vorsitzende Richter Breiding im Kaplan-Prozeß feststellte, "durch das lasche und überängstliche Vorgehen der Behörden".

Viele Islamisten sind inzwischen eingebürgert und können nicht mehr ausgewiesen werden. Der innerstaatliche Frieden ist mehr als gefährdet. Schon heute haben wir in vielen Großstädten die sichtbare Balkanisierung der Gesellschaft, morgen vielleicht den Bürgerkrieg, in dem die überalterte Stammbevölkerung schlechte Karten hat.

Häufig als schutzlos empfindet sich jene verantwortungsvolle Minderheit, die noch Kinder hat, während sich die Deutungselite unter der Angstglocke bedeckt hält, um ansonsten nach dem Motto der Mehrzahl der Kinderlosen zu leben: "Nach uns die Sintflut." - Nur kommt hier nicht die Sintflut, sondern eine ganz neue Gefahr, denn, wie Udo Ulfkotte feststellte: "Der Krieg der Zukunft wird in unseren Städten stattfinden." ...<<

18.06.2004

Belgien: Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigen sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Europäische Verfassung sieht in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezieht sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".

19.06.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Juni 2004 (x887/...): >>>**Die Saat einer falschen Politik**

Schatten von Multikulti: Berlin in Angst vor dem Islamismus

Der neue Berliner Verfassungsschutzbericht ist rund 300 Seiten dick. Er wurde zwei Monate später veröffentlicht als gewöhnlich. Denn diesmal stehen die Aktivitäten der Islamisten in der Hauptstadt im Mittelpunkt. Und diese sind - wie schon der Autor Udo Ulfkotte anlässlich seines Buches "Der Krieg in unseren Städten" erleben mußte - in der Lage, eine enorme juristische Streitmacht in Gang zu setzen. Also empfahl sich besondere Sorgfalt bei der Arbeit.

In Berlin leben rund 200.000 Muslime. Unter ihnen werden rund 3.700 Personen zu den Islamisten gezählt. Die meisten von ihnen sind Türken, gefolgt von Arabern. Zu ihren wichtigsten Organisationen gehören die islamische Gemeinschaft Milli Görüs, der verbotene Kalifatsstaat, die Muslimbruderschaft oder die "Partei Gottes", Hisbollah.

Den Gruppen wird unter anderem im Verfassungsschutzbericht vorgeworfen, Organisations- und Betätigungsverbote zu unterlaufen, Judenfeindlichkeit zu propagieren und Anschlagpläne gegen jüdische Einrichtungen zu hegen. Manches klingt vage, was liberale Kritiker zu dem Vorwurf veranlaßte, hier werde ein "Kampf der Kulturen" betrieben.

Um was es aber geht, ist das Unbehagen am Islamismus als "eines der zentralen Probleme",

wie Innensenator Ehrhart Körting (SPD) erklärte. Gemeint sind die Bestrebungen, eine islamische Gegengesellschaft zu etablieren, und die schleichende Veränderung der öffentlichen Atmosphäre.

Der massive Ausbau von Moscheen weckt genauso Furcht wie körperliche Angriffe auf Juden, die durch Davidstern, Kipa oder orthodoxe Kleidung als solche kenntlich sind. Sie finden nicht nur in Neukölln statt, wo ganze Straßenzüge fest in arabischer und türkischer Hand sind, sondern auch auf dem Kurfürstendamm. Die Täter sind fast immer arabische oder türkische Jugendliche. Obwohl ein direkter Zusammenhang mit der Indoktrination durch islamistische Organisationen selten nachweisbar ist, liegt er doch auf der Hand.

Der Verfassungsschutzbericht spiegelt damit die Folgen einer verfehlten Zuwanderungs- und Asylpolitik wider. Die jungen Muslime in Berlin, zumeist einfachen Familien entstammend, sind zu 40 Prozent arbeitslos, ein Drittel verfügt nicht einmal über den Hauptschulabschluß. Hinzu kommen mangelnde Sprachkenntnisse. Alles Gerede von Integration erscheint vor diesem Hintergrund lächerlich.

Längst hat sich eine Unterschicht etabliert, die vom deutschen Staat nicht mehr erreicht wird, dafür aber von islamistischen Organisationen. Diese bieten, laut der Chefin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmid, eine "soziale Rundumbetreuung" an, die sogar Frauengruppen und Kindergärten umfaßt. Pompöse Moscheen, die sich über geltende Bauvorschriften hinwegsetzen, und ein zurückweichender Staat komplettieren das Bild eines veränderten Kräfteverhältnisses.

Die Bemerkungen der Verfassungsschützer zum "Rechtsextremismus" sind eher eine Pflichtübung. Hierzu werden sowohl bekennende Neonazis gezählt, die sich in Kameradschaften zusammenfinden, als auch Parteimitglieder der Republikaner, der NPD und DVU. Die Zahl der politisch motivierten Straftaten beträgt 944 und ist zum Vorjahr unverändert geblieben. Davon sind 71 Prozent lediglich Propagandadelikte, also das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole, Hakenkreuzschmierereien und ähnliches. Wobei nicht unterschieden wird zwischen tatsächlichen politischen Bekenntnissen und Dummen-Jungen-Streichen.

Linksextremisten befinden sich da in einer komfortablen Situation. Ihr Roter Stern, unter dem nicht weniger Menschen gestorben sind als unter dem Hakenkreuz, wird an den sowjetischen Ehrenmälern sogar noch durch Steuergelder erhalten.

Die Zahl der "rechten Gewalttaten" ist von 52 auf 70 gestiegen. Dazu zählen vor allem Übergriffe auf Ausländer. Wobei unklar bleibt, wie viele davon tatsächlich politisch oder rassistisch motiviert waren. Umgekehrt wäre es interessant zu erfahren, wie viele Deutsche von Ausländern verprügelt wurden, und aus welchen Gründen, aus Deutschenhaß etwa. Das Risiko eines Deutschen, Opfer von Ausländerkriminalität zu werden, ist schließlich mehrfach so hoch wie umgekehrt. Kürzlich wurde sogar ein Blinder in einer Neuköllner U-Bahnstation von jugendlichen Arabern verprügelt. Aber solche Fragestellungen würden den Rahmen des politisch Erlaubten und Erwünschten sprengen.<<

03.07.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Juli 2004 (x887/...): >>Muttersprache - ein "nationales Kulturgut"

Wirtschaft, Politik, Medien, Verwaltung, Wissenschaft, auch die Kirchen in Deutschland sind ganz offensichtlich nicht in der Lage oder, was noch schlimmer wäre, nicht bereit, die deutsche Sprache als Grundlage der kulturellen Identität unseres Landes zu schützen und zu bewahren.

"Ohne Englischkenntnisse kann man sich auf dem Bahnhof, dem Postamt, in Einkaufstraßen bald gar nicht mehr zurechtfinden", hört man aus dem Verein Deutsche Sprache (VDS), der sich als Bürgerinitiative verdienstvollerweise dieser Problematik angenommen hat.

VDS-Vorsitzender Professor Walter Krämer stellte fest, dabei handele es sich nicht nur um

ein kulturelles Problem mit großen wirtschaftlichen Auswirkungen, sondern auch um ein soziales. Bürger, die aus den verschiedensten Gründen Englisch nicht hinreichend oder gar nicht verstünden, würden bei der Teilnahme am geschäftlichen und gesellschaftlichen Leben behindert oder gar ausgeschlossen.

Als unlängst der Begriff "Facility Manager" - was nahe liegt - gar nicht und wenn, dann falsch, als "Hausmeister" verstanden wurde, erregte sich Professor Michael Bosch, das sei "Ehrverletzung" und habe seinem wissenschaftlichen Anliegen schweren Schaden zugefügt. Tatsächlich sei "Facility Manager" ein Studiengang an einer Fachhochschule.

Aus dem VDS hieß es dazu knapp und treffend: "Wer Nebelkerzen wirft, darf sich nicht wundern, wenn seine Mitmenschen den Durchblick verlieren." Eine klare muttersprachliche Bezeichnung hätte Mißverständnisse und seitenlange Erklärungen überflüssig gemacht.

Tatsache ist, daß sogenannte "Consultants" - also Unternehmensberater - viel, sehr viel Geld damit verdienen, daß sie Unternehmen dazu bringen, sich am Markt durch Vortäuschung von Internationalität und Modernität insbesondere bei der Jugend anzubiedern. Verbraucher sollen mit anglizistischem Wortgeklingel zu einem bestimmten Kaufverhalten genötigt werden, eine Methode, die nicht weit entfernt ist von der Manipulation, mit denen im politischen Bereich totalitäre Ideologien ihre Weltanschauungen den Menschen aufnötigen.

Wenn sogar im kirchlichen Bereich die Jugend als "Generation under the cross" angesprochen wird, bleibt eigentlich nur Kopfschütteln und die Anmerkung, daß sich Martin Luther im Grabe herumdrehen würde.

Was also muß geschehen, um in Deutschland dieser Zerstörung seiner kulturellen Identität entgegenzutreten? Appelle und Einsichten genügen offensichtlich nicht mehr. Sind doch mehr als drei Jahre vergangen, seit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) zum gesellschaftlichen Widerstand gegen die "Sprachverhuzung" aufrief und feststellte: "Was an sprachlich-moralischer Verlüderung stattfindet, ist immer schwerer zu ertragen." Seine grüne Stellvertreterin Antje Vollmer beklagte damals, daß "schrille, modische und expertenlastige Anglizismen" ohne Not "viele Menschen von der Verständigung ausschließen".

Der damalige FDP-Chef Wolfgang Gerhardt kritisierte die "Flut von Anglizismen" in den Medien, der Werbung oder der Produktbeschreibung. Eberhard Diepgen von der CDU, seinerzeit noch Regierender Bürgermeister von Berlin, plädierte für "kulturellen Verbraucherschutz", und sein Innensenator und Parteifreund Eckart Werthebach kam ebenso konkret zur Sache wie Bayerns Wissenschaftsminister Hans Zehetmaier von der CSU: Beide forderten gesetzlichen Schutz für die deutsche Sprache durch ein Sprachschutzgesetz, "wie es bereits in Frankreich existiert".

Damit steht fest: Politiker aus allen Parteien haben vor Jahren das Problem erkannt, aber geschehen ist nichts, und Deutsche werden weiterhin in ihrem eigenen Land zu sprachlichen Fremden gemacht. Statt dessen veranstalten die für die Sprache zuständigen Kultusminister im Verein mit dem Bundesminister für Bildung und Erziehung einen "Girls Day" zur Einführung deutscher Mädchen in den Berufsalltag, und die grüne Frau Bundesministerin Renate Künast verbraucht ihre Arbeitszeit mit dem Start eines "biofood projects" für die deutsche Jugend. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber sprach in seiner letzten Regierungserklärung von "Cluster-Bildung", "Benchmarking" und "Know-how".

Selten genug mahnen Abgeordnete in Bund und Ländern die Vermeidung von Anglizismen an, und noch seltener finden sie dabei in den Medien Unterstützung. Im Gegenteil, sie ernten mokante und dümmlich-arrogante Kommentare. Eine lobenswerte Ausnahme ist die Stuttgarter Zeitung, die bewußt Anglizismen vermeidet, ohne in übertriebenen Purismus zu verfallen. Andere europäische Sprachen sind zudem ähnlicher Pidginisierung ausgesetzt wie die deutsche, allerdings nicht in dem Ausmaß.

Unsere westlichen und östlichen Nachbarländer Frankreich und Polen und anderen haben sich

schon vor einiger Zeit Gesetze zum Schutz ihrer Sprachen gegeben, die sich zwar nicht als Allheilmittel, aber doch als stabile Eckpfeiler zum Schutz ihrer Landessprachen erweisen. In Deutschland besteht angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren - auch mit Blick auf die mißlungene Rechtschreibreform - keine wirkliche Verantwortungsbereitschaft von Politik und Wirtschaft für den Schutz der deutschen Sprache, so daß ein Bundesgesetz über die deutsche Sprache unumgänglich geworden ist.<<

04.09.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. September 2004 (x887/...): >>Der Schriftsteller und Humorist Vicco von Bülow alias Loriot geht in der Bild vom 26. August die Rechtschreibreform hart an und stellt sie in einen größeren Zusammenhang:

"Jede Form der billigen Vereinfachung und Verstümmelung beraubt unsere Sprache ihrer Wirkung. Wir sind auf dem Wege, unser wichtigstes Kommunikationsmittel so zu vereinfachen, daß es in einigen Generationen genügen wird, sich grunzend zu verständigen.

Keine Regierung darf es sich erlauben, eine Kulturnation zu einer Klasse von Schülern zu degradieren, denen nicht die geringste Anstrengung zumutbar ist. Es wäre mir peinlich, müßte ich mit Hilfe meiner geliebten Sprache zum Ungehorsam gegen den Staat aufrufen. Ich möchte auch nicht erleben, daß mir ein junger Mensch versichert, ihm sei es egal, woher er komme. Denn ich müßte ihm sagen: 'Dann ist es auch wurscht, wohin du gehst'."<<

13.10.2004

BRD: Der evangelische Pastor i.R. Eberhard Troeger berichtet später (während des 7. Europäischen Bekenntniskongresses vom 13.-15. Oktober 2004 in Freudenstadt) über den Islam (x917/...): >>Der Griff des Islam nach Europa

Bei der Beschäftigung mit dem "**Griff des Islam nach Europa**" dürfen wir nicht übersehen: **Der Islam hat ein Programm für Europa**, und zwar nicht nur ein religiöses, sondern auch ein gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches Programm.

Die Europäer haben weitgehend noch nicht verstanden, daß der Islam eine umfassende, fast totalitär zu nennende Lebensordnung ist. In diesem Sinne definierte der **Islamrat für Europa** 1980 in London in einer Erklärung den Islam folgendermaßen:

"Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

Universal Islamic Declaration, veröffentlicht am 28.4.1980 in der islamischen Zeitschrift **New Horizon** in London, deutsche Übersetzung abgedruckt im **Materialdienst der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD** Nr. Stuttgart, 1.7.1980, S. 181-184. Hier wird klar ausgedrückt, daß der Griff des Islam nach Europa nicht nur religiös, sondern auch politisch zu verstehen ist.

Wer ist Träger des "Griffs nach Europa"? Der Islamrat für Europa spricht von einer "Bewegung", und das trifft die Sache recht gut. Der Islam ist keine Supraorganisation, vergleichbar etwa mit der römisch-katholischen Kirche. Nur unter den ersten vier Kalifen war der Islam ein einheitlicher religiös-staatlicher Herrschaftsraum, für den man auch den Ausdruck "**Haus des Islam**" verwendete. Im Laufe der Geschichte hat sich der Islam aber in eine Fülle unterschiedlich geprägter politischer Herrschaften, religiöser Sekten, theologischer und juristischer Institutionen und bruderschaftlich organisierter Basis-Bewegungen aufgesplittet.

Die werbemäßigen Aktivitäten gingen meistens vom nichtstaatlichen Islam aus. Das waren erstens die jeweiligen oppositionellen Gruppen, z.B. die schiitischen Absplittierungen; es waren zweitens die Bruderschaften, die zunächst ein religiöses Anliegen hatten, dann aber teilweise politisiert wurden. Inzwischen wurden auch moderne Organisationsformen übernommen. Weltweit werden Vereine, Verbände, Konferenzen usw. gegründet.

Es sind vor allem die nichtstaatlichen Organisationen, die Träger der islamischen Expansion

sind. Es gibt aber einige wichtige Ausnahmen: Der iranische Staatsislam, der auf dem sog. Zwölfer-Schiismus basiert, und der staatliche Wahhabismus in Saudi-Arabien setzen sich weltweit mit viel Geld für die Ausbreitung des Islam ein. Auf der politischen Bühne geht zunehmender Einfluß von der **Islamic Conference Organisation (OIC)** aus, dem politischen Zusammenschluß der islamischen geprägten Staaten.

Die **OIC** ist jedoch ein schwerfälliges Gebilde, während die nichtstaatlichen Organisationen sehr mobil agieren. Im Sinne des am Anfang Gesagten haben aber auch die nichtstaatlichen Organisationen eine politische Agenda.

1. Der Griff nach Europa ist ein genuin islamisches Anliegen.

Es ist verkehrt zu meinen, daß nur der moderne Islamismus ein islamisches Europa wolle. Das Ziel eines islamischen Europa basiert vielmehr auf dem **Koran**, nach dem der Islam die wahre Religion für alle Menschen ist. Bereits der Koran läßt auch Christen und Juden und natürlich alle sogenannten Heiden ein, Muslime zu werden. Am Überlegenheitsanspruch des Islam gibt es in keiner islamischen Richtung einen Zweifel. **Der moralisch dekadente Zustand Europas nährt diesen Anspruch.** Für viele Muslime ist Europa ins Heidentum zurückgefallen, und deshalb wird der Islam als Lösung für die Probleme Europas angesehen.

In diesem Zusammenhang sind die koranischen Konzepte von Dauwa und Dschihad zu nennen. Dauwa ist die Einladung, den Islam anzunehmen, und als solche ist sie ein Teil des Dschihad, d.h. des Einsatzes für Allah. Der Dschihad ist umfassend und meint sowohl den Einsatz für den Islam als Allah-Verehrung als auch für den Islam als öffentlich-politische Ordnung: Menschen, die den Islam nicht freiwillig annehmen, können und sollen durch wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Druck dazu bewegt werden.

Ziel des Dschihad ist es, politische Verhältnisse zu schaffen, in denen nichts mehr dem Islam entgegensteht. Früher eroberte man mit dieser Begründung riesige Gebiete - auch in Europa. Heute ist man sich darüber im klaren, daß eine militärische Eroberung Europas keine Option ist, aber man sieht eine Fülle anderer Mittel, dasselbe Ziel zu erreichen (s.u.).

Das Ziel ist also eindeutig, aber die Begründungen, die Erwartungen und die Methoden können bei den einzelnen muslimischen Gruppen sehr unterschiedlich sein. Ich will sie kurz skizzieren:

a. Im 'frommen Islam' geht man davon aus, daß Allah selbst Europa zum Islam bekehren werde, wenn und wann er es will, und daß es den Menschen nicht zustehe, das zu bewerkstelligen. Es ist dieser **quietistische Islam**, der die ganze Geschichte des Islam begleitet hat und der auch heute viele Muslime prägt. Er wird aus den mekkanischen Korantexten gespeist, aber auch aus vielen negativen Erfahrungen, da der Islam im Laufe seiner Geschichte bis heute von vielen Machthabern für ihre eigenen Belange mißbraucht worden ist.

b. Die entgegengesetzte Richtung ist der aktivistische Islam, der sich von den kämpferischen medinensischen Texten des Koran zu Dauwa und Dschihad inspirieren läßt. Er wurde oft durch Angriffe auf den Islam provoziert, z.B. durch die Kreuzzüge, durch die Vertreibung der Muslime aus Spanien, durch den Kolonialismus, durch die christliche Mission, durch den Kommunismus, durch die Verbreitung liberaler und dekadenter westlicher Kultur und nicht zuletzt durch die **Existenz Israels** im Herzen der arabischen Welt. Seit über 100 Jahren ist dieser Islam auf dem Vormarsch und prägt heute das Erscheinungsbild des Islam.

c. Es ist nötig zu sehen, daß der islamische Aktionismus bzw. der sog. Islamismus der Gegenwart viele Gesichter hat. Zwei möchte ich skizzieren. Erstens gibt es Islamisten, die grundsätzlich der Meinung sind, **daß alle Aktion von der islamischen Gemeinschaft und ihrer Leitung, d.h. möglichst vom islamischen Staat, ausgehen müsse.** Dieser **Islamismus** ist gekennzeichnet durch langfristige Ziele und einen langen Atem: Seine bevorzugten Mittel sind friedliche Werbung für den Islam, Durchdringung der Gesellschaft, wirtschaftliche Maßnahmen und politische Lobbybildung.

Die andere Variante des Islamismus nimmt ein Eigenrecht zum Handeln für sich in Anspruch, d.h. **ein Kämpfen für den Islam** unabhängig vom islamischen Staat. Man wirft den muslimischen Staaten und ihren Führern, aber auch den moderaten Gruppen und Verbänden Feigheit, Anbiederung an den Westen aus Eigennutz und damit Korruption vor. Diese radikalen Islamisten kämpfen also einen Zweifrontenkampf, einerseits gegen den aus ihrer Sicht korrupten Islam und andererseits gegen die Feinde des Islam. Vorbild ist ihnen - und das nicht zu Unrecht - Muhammad, der in Medina nach innen gegen die sog. "Heuchler" und nach außen gegen die Gottlosen in Mekka kämpfte.

Die Methoden dieser radikalen Islamisten sind Revolution und Terror, und sie begründen das damit, daß ihnen als kleiner Minderheit keine andere Wahl bleibt. Sie wollen also die Herrschaft in einem Land durch gewaltsamen Umsturz erreichen, oder, wo das nicht möglich ist, ein Land durch Terror einschüchtern und erschüttern.

d. In Europa agieren bis jetzt vor allem die friedlichen Aktivisten, aber die radikalen Islamisten sind präsent und jederzeit zum Zuschlagen bereit, wie die Terrorakte in Spanien gezeigt haben.

2. Die Ziele und Methoden von Dauwa und Dschihad in Europa.

a. Die islamische Dauwa stellt den Islam als die überlegene religiöse und gesellschaftliche Ordnung dar: Der Islam schaffe Frieden im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft und löse die Probleme Europas. Das Christentum dagegen habe in Europa offenkundig versagt.

Diese Meinung wird in vielen Broschüren und Büchern auf den Markt gebracht. Man nützt Dialoge, Fernsehinterviews und Talkshows für die Dauwa. Islamische Radio- und Fernsehsender verbreiten diesen Islam, und man kämpft um Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

b. Die Dauwa kämpft gleichzeitig gegen das überwiegend negative Image des Islam in Presse, Fernsehen und Literatur. Man erhebt den Vorwurf der Unkenntnis und der böswilligen Fälschung und bekräftigt den Anspruch, daß nur Muslime das Recht hätten, den Islam darzustellen. Die kritische Darstellung des Islam wird als "Islamphobie" etikettiert, und man fordert Gesetze gegen die "Diskriminierung". Damit wird im Grunde eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gefordert.

c. Die Dauwa-Gruppen arbeiten strategisch vgl. dazu das Strategiepapier von Khurram Murad, Islamic Movement in the West: Reflection on some Issues, The Islamic Foundation, Leicester 1981 und zielstrebig, indem sie Journalisten, Pädagogen und Juristen ausbilden, wobei ihnen große Geldsummen aus Saudi-Arabien und anderen Ländern zur Verfügung stehen. Man versucht, Medienunternehmen aufzukaufen und die öffentliche Meinung im Sinn des Islam zu beeinflussen. Natürlich ist es ein Ziel, die Eliten der Zukunft mitzuprägen.

d. Ein genuin islamisches Aktionsfeld ist der Kampf um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das praktische Ausleben des Islam, also das, was unter "islamischer Lebensweise" verstanden wird. Die europäischen Staaten sollen die islamische Kleiderordnung auch im öffentlichen Bereich erlauben, islamische Speisegesetze berücksichtigen, muslimische Feiertage als staatliche Feiertage zulassen sowie das rituelle Gebet während der Arbeitszeit, die Teilnahme am Freitagsgebet während der Arbeitszeit, den Muezzin-Ruf per Lautsprecher, den Bau von Moscheen im Stadtzentrum, das Zinsverbot im Bankwesen usw. genehmigen.

Die Liste ist lang, aber auf vielen dieser Gebiete gibt es eine Kollision mit der europäisch-christlichen Tradition, die den weltlichen Bereich und den geistlichen Bereich zwar nicht trennt, aber doch als unterschiedliche Sphären betrachtet. "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist" (Matthäus 22, 21) - dieses Gebot Jesu lehnt der genuine Islam ab. Der Islam will vielmehr die Einheit von religiöser und weltlicher Ordnung. Dies kann konkret nur entweder die Islamisierung eines Staates oder die Schaffung einer islamischen Parallelge-

sellschaft innerhalb eines säkularen Staates mit dem Ziel der langsamen Ausweitung des islamischen "Herrschaftsbereiches" bedeuten. -

Meines Erachtens muß der säkulare Staat beidem widerstehen, um den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger zu wahren. Denn sonst gibt es bald zweierlei Recht in einem Staat, und dies wäre eine Benachteiligung der Nichtmuslime. Dazu ein Beispiel: Würde das islamische Recht in einer muslimischen Subgesellschaft gelten, wäre es für Muslime verboten, den Islam zu verlassen. Das aber würde eindeutig dem Grundsatz der Religionsfreiheit widersprechen. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, in dessen Verfassung es heißt: "Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln ..."

Es ist klar, daß das Ringen des Islam um Islamisierung der europäischen Gesellschaften ein harter Kampf sein wird. Wir sind mitten in ihm drin, und er wird vermutlich Europa das ganze 21. Jahrhundert hindurch in Atem halten. Muslime überziehen unsere Gerichte mit einer Fülle von Gerichtsverfahren und haben bereits manche juristische Schlacht gewonnen. Dabei argumentieren sie mit der Religionsfreiheit und nutzen die liberale Ordnung für ihre eigene Belange aus. Im Grunde wird die liberale Ordnung benutzt, um diese langfristig abzuschaffen.

Es ist schon eine Ironie, daß Muslime gerade das instrumentalisieren, was sie weitgehend ablehnen. Manche Kenner sehen den Kampf schon als für das freiheitliche und christlich geprägte Europa verloren an. Es wird darauf ankommen, ob sich Europas nichtmuslimische Eliten der Geschichte Europas und seiner Werte besinnen und den geistigen, geistlichen und juristischen Abwehrkampf aufnehmen. Die Nichtmuslime dürfen sich nicht länger von den muslimischen Lippenbekenntnissen zu den europäischen Verfassungen täuschen lassen. Die in Europa lebenden muslimischen Intellektuellen haben längst begriffen, daß jede Verfassung sich mit entsprechenden Mehrheiten ändern läßt.

e. Der Islam bemüht sich um wirtschaftliche Einflußnahme durch das immense muslimische Kapital aus den Erdöleinnahmen. Leider sind die Europäer im Allgemeinen so materialistisch geworden, daß sie um kurzzeitiger Vorteile willen das islamische Kapital in Anspruch nehmen und den damit verbundenen islamischen Einfluß akzeptieren.

f. Politischer Druck auf Europa wird heute vor allem im Rahmen der UNO durch die in der OIC zusammengeschlossenen islamischen Länder ausgeübt. Dabei arbeitet die Uneinigkeit der europäischen Länder und die Uneinigkeit des Westens den Muslimen in die Hände. Sie haben es leicht, nach der Methode "divide et impera" Keile zwischen Europa und Amerika und zwischen die Europäer zu treiben.

g. Diese Taktik wird auch erfolgreich auf die Christen und die Kirchen angewandt. "Gute Christen" sind aus islamischer Sicht solche, die den Islam unterstützen, den christlichen Glauben relativieren, auf die Gottessohnschaft Jesu und die Erlösung durch ihn verzichten, die Gemeinsamkeit der so genannten "abrahamitischen Religionen" fördern sowie den Islam als Heilsweg, Muhammad als Propheten und den Koran als Wort Gottes anerkennen. "Böse Christen" sind aus islamischer Sicht dagegen solche, die an Bibel und Bekenntnis festhalten, missionarisch denken und handeln und den Islam als Heilsweg ablehnen.

h. Schließlich nenne ich noch die demographische Katastrophe Europas als Folge seiner Abwendung von Gott. Der Geburtenüberschuß bei muslimischen Bevölkerungsgruppen und die stetige Zuwanderung von Muslimen lassen ihren Anteil an der europäischen Bevölkerung ständig wachsen.

3. Wird der Islam seine Ziele erreichen?

Prognosen können von Christen nur unter dem Vorbehalt gemacht werden, daß die Zukunft von Gott bestimmt wird und er es ganz anders fügen kann, als wir es ahnen oder befürchten.

a. Menschlich gesprochen, werden wir es in Zukunft in Europa mit einem starken und selbstbewußten Islam zu tun haben. Wir müssen davon ausgehen, daß die Muslime ihre Or-

ganisationsstrukturen weiter ausbauen und vereinheitlichen. Der Islam dürfte zu einer starken gesellschaftlichen und politischen Kraft in Europa werden.

b. Offen erscheint mir die Frage, **ob der Islam sein genuines Anliegen, d.h. die Einheit von Glaube und Staat**, langfristig mehrheitlich aufgeben und sich auf seine religiöse Seite reduzieren lassen wird. Viele europäische Politiker hoffen das und träumen von einem humanistischen Euro-Islam, wobei ihnen offensichtlich das weitgehend zu Humanismus gewordene europäische Christentum als Vorbild dient. Mir scheinen das aber trügerische Hoffnungen zu sein. So wie das Christentum sein Proprium nicht aufgeben kann und darf und wir eine Neubesinnung auf das biblische Christentum von Gott erwarten, so sollten Europäer auch nicht meinen, daß der Islam als eine politische Weltreligion so einfach sein Proprium aufgeben könnte und würde.

c. Ist der Islam attraktiv für Europäer? Bis jetzt werden viele Europäer von dem gesetzlichen und kämpferischen Islam abgestoßen. Dagegen wecken der religiöse Islam und seine Kultur, besonders aber der Sufismus, bei manchen Europäern eine nicht geringe Sympathie. Der Islam erscheint attraktiv für alle Menschen, die das Christentum mit seiner Lehre vom dreieinigen Gott, von der Verlorenheit des Sünders und von der Versöhnung durch Christus ablehnen und gleichzeitig sog. Spiritualität suchen, für Menschen also, die nur eine allgemeine Gottgläubigkeit und eine persönliche Religiosität wollen.

Leider müssen wir auch sehen, daß eine christliche Theologie, die den christlichen Glauben auf Humanismus und Spiritualität reduziert und dabei die alten Propria des christlichen Glaubens preisgibt, eine große Affinität zum Islam hat. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der verunsicherte moderne Mensch in der Gesetzlichkeit des Islam einen inneren Halt finden kann. Der Islam hat also auch als Religion in Europa Chancen.

d. Es könnte aber auch sein, daß das alte Europa **starke Gegenkräfte** gegen den Islam entwickelt und sich (a) auf seine christlichen Wurzeln und Werte besinnt. Es könnte (b) zu einem Kampf um eine freiheitliche Gesellschaft gegen den islamischen Totalitarismus kommen. Es könnte auch im Blick auf die Kinderfreundlichkeit eine Wende geben. All das ist momentan nicht in Sicht, aber es kann von Gott erbeten werden.

e. Die Zukunft von Europa wird sehr davon abhängen, **ob es eine neue Reformation im biblischen Sinne** in den europäischen Kirchen geben wird, d.h. eine biblische Erneuerung der Theologie, eine geistliche Erweckung der Gemeinden und eine Neubesinnung auf die Mission in Europa. Wenn dies geschieht, könnten viele Muslime Christen werden, denn es gibt unter Muslimen durchaus Offenheit für das Evangelium und Enttäuschung am Islam. Der Islam hätte es dann wesentlich schwerer, seine Ziele zu erreichen.

HINTERGRÜNDE

4. Ist der Islam ein Bußruf Gottes für Europa?

Diese Frage ist nicht neu, sondern immer wieder gestellt worden, besonders auch von den Reformatoren. Vgl. dazu **Andreas Baumann, Der Islam - Gottes Ruf zur Umkehr?** Eine vernachlässigte Deutung aus christlicher Sicht, Basel/Gießen 2003. Hinter dieser Frage steht die Erkenntnis, daß Gott auch der Herr über den Islam ist und **der Islam einen Platz im Geschichts- und im Gerichtshandeln Gottes hat**. Er hat es zugelassen, daß die Iberische Halbinsel für fast 500 Jahre überwiegend muslimisch war. Er hat es zugelassen, daß der Balkan ab dem 14. Jahrhundert islamisiert wurde, er hat es aber auch gefügt, daß die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden. Was will Gott mit dieser Geschichte den europäischen Christen sagen? **Werden Europäer den Bußruf Gottes hören, der in dieser Geschichte liegt?**

Ist der neuerliche "Griff des Islam nach Europa" nicht ein neues Gericht Gottes und damit ein neuer Bußruf an die Europäer, aus ihrer Gottlosigkeit umzukehren? Ist das neue Vordringen des Islam aber nicht auch Gericht und Bußruf für eine Kirche, die den Boden des Evange-

liums in vielen Bereichen verlassen hat? Der Synkretismus, die Reduktion der biblischen Botschaft auf das Diesseitig-Soziale und Persönlich-Individuelle, der moralische Zerfall bei Einzelnen und in Familien - all das macht ja vor der Kirche nicht Halt! - Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren? Nur so wird sich ein Gericht Gottes durch den Islam abwenden lassen!

5. Was ist konkret zu tun?

... **Jeder europäische Christ ist als Staatsbürger, d.h. in seiner Verantwortung für die Gesellschaft, gefordert**, mit dem Islam ist auch eine politisch-rechtlich Aufgabe. Der Staat muß den Islam, sofern er totalitäre Forderungen erhebt, in seine Grenzen weisen und die Gleichheit und Freiheit aller Bürger verteidigen. Um der Gleichheit aller Bürger willen darf der Islam keine Sonderrechte genießen.

Um der Freiheit aller Bürger willen muß auch der Islam, wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, Einschränkungen seiner Freiheit akzeptieren. Um damit richtig umgehen zu können, brauchen wir islamwissenschaftlich geschulte christliche Politiker, Juristen, Journalisten, Pädagogen und Theologen. Wir brauchen Organisationen, die durch Stipendien bekennnistreue Christen auf dem Gebiet der Islamwissenschaften ausbilden helfen.

b. Die geistliche Erneuerung der europäischen Kirche können wir nur erbitten. Aber wir können helfen, daß bekennnistreue Theologen Islamwissenschaften studieren und sich der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen. Die theologische Apologetik im Blick auf den Islam ist nachhaltig zu fördern.

c. Die europäische Christenheit muß in einer Zeit der Auflösung aller ethischen Werte um die Formulierung ethischer Standards ringen. Es ist nötig, einen ethischen Konsens in einprägsame Formulierungen zu fassen, wie das Luther für seine Zeit im Kleinen Katechismus getan hat. Muslime, die sich für den christlichen Glauben öffnen, müssen wissen, daß christlicher Glaube nicht nur Versöhnung mit Gott ist, sondern auch das Leben nach den Geboten Gottes.

d. Die christliche Mission unter Muslimen muß zu einer Aufgabe aller Gemeinden in Europa werden. Sie kann nicht nur Anliegen einiger Weniger sein, sondern muß ins Bewußtsein der europäischen Christenheit als fundamentale Aufgabe treten.

e. Die christlichen Gemeinden müssen offen werden für die Aufnahme bekehrter Muslime. Das erfordert Offenheit für Menschen aus anderen Kulturräumen und ein Überdenken der gottesdienstlichen Formen und des gemeindlichen Lebens. Dies wird die eigentliche Jahrhundertaufgabe für die europäische Christenheit sein. ...<<

16.10.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Oktober 2004 (x887/...): >>>**Die Fesseln der "politisch Korrekten" gesprengt**

Hans-Olaf Henkel räumt mit falschen deutschen Befindlichkeiten auf

Vor drei Wochen hat sich die Preußische Allgemeine mit den Verleumdungsversuchen der Illustrierten Stern dem früheren Vorsitzenden des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, gegenüber beschäftigt. Der Stern hatte versucht, Henkel anhand seines neuesten Buches "Die Kraft des Neubeginns" "in die rechte Ecke" zu schieben, genauer: ihn des Rechtsextremismus zu beschuldigen und ihn damit aus dem Kreis der "politisch Korrekten" auszustoßen.

Nun liegt der Preußischen Allgemeinen sein Buch vor, und es bestätigt über weite Strecken, daß der früher fest in das Establishment eingebundene Henkel dabei ist, sich von den Fesseln der Meinungspolizei zu befreien. Das Buch wimmelt von Feststellungen, die in der Bundesrepublik offen auszusprechen den Autor in die Genickschußzone geraten läßt.

Das beginnt bereits im Vorwort, in dem er sich zu Deutschland bekennt und auch dazu, daß er dieses Land liebt. Er beruft sich auf den Bundespräsidenten Köhler, der keinen Hehl daraus

machte, daß er Deutschland liebe und ihm Gottes Segen wünsche.

Dazu meint Henkel, das sei jahrzehntelang undenkbar gewesen. "Heimatliebe war tabu ... Liebe zum eigenen Land, auf das man stolz ist, wird überall als Selbstverständlichkeit angesehen. Und keinem fiel es ein, dies dem Nachbarn zu verwehren. Ob die Menschen nun 'Vive la France' oder 'God bless America' rufen, sie alle wissen, daß Patriotismus zu den Grundvoraussetzungen eines erfolgreichen Gemeinwesens gehört und nicht nur des eigenen ..."

Henkel ist überzeugt davon, daß "wir heute an einem Wendepunkt unserer Geschichte" stehen. "Seit Jahrzehnten hat sich Deutschland in eine Sackgasse manövriert, aus der es keinen Ausweg zu geben schien. Überall drohten Verbotsschilder und Tabus, zu denen auch jenes gehört, das eigene Land nicht lieben zu dürfen. Jeder Versuch, sich aus eigener Kraft zu befreien, endete in einer der zahllosen Selbstblockaden aus ideologischen Dogmen und Paragraphen."

Damit überschreitet Henkel jeden von der politischen Korrektheit gezogenen Zaun. Daher ist es unverständlich, wenn er sich in seiner Verteidigungsantwort auf den Stern darum bemühte, vom Vorwurf frei zu kommen, er sei vom Boden der politischen Korrektheit abgerückt. Gott sei Dank ist er das!

Es kann doch nicht sein, daß jemand, dem an Ehrlichkeit und Wahrheit gelegen ist, wie Henkel betont, sich gern Fesseln anlegen läßt in seinen Meinungsäußerungen und in seinem Drang zu erkennen, wie es eigentlich gewesen ist! Man kann Henkel nur ermuntern, den letzten Schritt zu tun, um der politischen Korrektheit offen den Kampf anzusagen. In der Praxis hat er bereits den Befreiungsschlag getan; nun mag er sich dazu bekennen.

Henkel geht in dem Buch von seiner Familie aus, von seinem Vater, der in den letzten Monaten des Krieges gefallen ist, von seiner Mutter, die trotz Ausbombung in Hamburg ihn und seine zwei Geschwister tapfer durch die schwere Zeit brachte. Der Familie fühlt er sich verpflichtet; sie ist für ihn die kleinste Zelle seines Vaterlandes Deutschland. Er wehrt alle Versuche, die Generation jener Deutschen und sogar noch ihre Nachkommen im Zuge der Sippenhaft als Schuldige zu ächten. Nichts hält er von den permanenten Schuldbekennnissen der deutschen politischen Führungspersönlichkeiten.

"Die 'Schuld', so einleuchtend sie juristisch ist, stellt im Historischen eine gefährliche Kategorie dar. Sie wirkt wie eine Keule. Mit gutem Gewissen eingesetzt, hinterläßt sie Wunden, die nicht verheilen. Von den Siegern des Ersten Weltkrieges gegen die Deutschen angewandt, trug sie mit Schuld daran, daß es zu einer Fortsetzung des Waffengangs kam. Denn der Friedensvertrag von Versailles zwang den Verlierer zum Eingeständnis seiner Alleinschuld. Damit mußte Deutschland sich selbst als moralischer Verlierer, ja, Verbrecher brandmarken.

Die Sieger, die nur die Menschenrechtsverletzungen der Unterlegenen anprangerten, schienen zu übersehen, daß auch ein Volk so etwas wie eine Menschenwürde besitzt." Henkel vertritt die unter ausländischen Politikern wie unter seriösen Historikern verbreitete Ansicht, daß der Erste und der Zweite Weltkrieg zusammengehören, sie Anfang und Ende eines zweiten 30jährigen Krieges bilden. Und an dem Weltkrieg war Deutschland keineswegs allein schuldig.

Man müsse jetzt "alles beiseite räumen, was sich aufgetürmt hat und jeden Neuanfang behindert. Für mich gehört dazu auch das Festhalten an der 'Ersünde', die ewige Wiederholung einer Schuld, die den Menschen ihren Mut nimmt und ihnen nur schlechtes Gewissen einredet."

Die mögliche Beschuldigung, er sei Nationalist, wehrt er vehement ab. Er nennt sich einen "leidenschaftlichen Befürworter der europäischen Einigung und des Transatlantischen Bündnisses" und fährt fort:

"Aber ich lege auch Wert auf die Wahrheit. Und diese ist, dank permanenter Umerziehung und Denkvorgaben, in Deutschland großen Teils vergessen worden."

Nimmt man dann noch sein Bekenntnis, er sei "geradezu besessen" von der Freiheit des Individuums, hinzu, dann hat man ein Bild der Persönlichkeit Henkels vor sich.

Jetzt, da er frei ist von Ämtern, die ihn festlegten auf die Interessenvertretung von Wirtschaftsgruppen (er ist ehrenamtlicher Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, des Zusammenschlusses der außeruniversitären Forschungsinstitutionen in unserem Land), kann er offen und ungeschminkt den Kampf gegen die unsere Meinungsfreiheit einschnürende politische Korrektheit aufnehmen.

In seinem Buch "Die Kraft des Neubeginns" tut er es bereits, so wenn er von unserer jüngsten Vergangenheit ein Geschichtsbild entwickelt, das man mit Fug und Recht als ein revisionistisches bezeichnen kann. Er spricht von der Einkreisung Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg, von "Nürnberger Schauprozessen", vom Bombenkrieg der Westalliierten gegen die Zivilbevölkerung.

Der Verlogenheit der deutschen Geschichte gegenüber und der unentwegt geschwungenen Keule der Schuldbekennnisse schreibt Henkel es zu, daß die Bundesrepublik heute am Abgrund zu stehen scheint. Wer jahrzehntelang einem Volk solche Belastungen aufzwingt, tötet jede Motivation zur Reform, erst recht zum Neubeginn. Neu müsse unser Staat beginnen, meint Henkel, nachdem er sich aufgrund falscher Politik festgefahren habe.

Die Staatsführung sei besessen gewesen von der Idee, nur nichts Grundsätzliches zu verändern. Die Organisationsstrukturen unseres Staates seien erstarrt. Von den überbordenden Sozialleistungen habe man nicht abzugehen gewagt, weil man gefürchtet habe, sonst Wahlen zu verlieren. Die Folge: Deutschland sei nicht mehr wettbewerbsfähig.

Dabei habe es eine hervorragende Möglichkeit zum Neuanfang gegeben, als nämlich die BRD und die DDR sich aufgrund der friedlichen Revolution unserer mitteldeutschen Landsleute wiedervereinigten. Genau das aber ist vermieden worden. Man wollte aus dem geteilten Land keineswegs ein neues Deutschland schaffen, sondern die DDR sollte auf die alten Gleise der BRD geschoben werden; eine erweiterte Bundesrepublik sollte nach altem Schema entstehen. Ein Appell an das Gemeinschafts- und Verantwortungsbewußtsein aller Deutschen wurde sorgsam vermieden.

Die Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede hat auch Hans-Olaf Henkel vermißt, eine Rede, mit der der damalige Bundeskanzler Kohl allen Deutschen hätte klarmachen müssen, daß nun, nachdem sich der vom Sozialismus in Grund und Boden gewirtschaftete Teil Deutschlands befreit hatte, von allen Deutschen in einem gewaltigen Kraftakt ein Neuanfang unseres Landes angepackt werden müsse. Kohl und die Seinen fürchteten offenbar die dadurch freigesetzte Kraft, die man glaubte, nicht mehr beherrschen zu können.

Allerdings, so Henkel, kann ein Neuanfang nur gelingen, "wenn man weiß, was man will". Und das gerade ist die Hauptkrankheit unseres Gemeinwesens. Welches sind die deutschen Ziele? Wo liegen die deutschen Interessen? Was will Deutschland in der Gemeinschaft der Völker sein?

Auf solche Fragen gab weder die alte CDU-FDP-Regierung noch die ihr folgende SPD-Grünen-Regierung eine Antwort. Man laviert sich durch, läßt alles beim alten, gibt jedem Druck von außen nach und hat in Wahrheit Angst vor dem Volk.

Aus dieser Angst resultierte auch die Tatsache, daß in keinem Land Europas die Bürger so wenig direkte Mitwirkungsmöglichkeiten an der Politik haben wie in der Bundesrepublik, so Henkel. Er fordert daher mehr direkte Demokratie und verlangt konkret, daß eine Regelung gefunden werden müsse (Das Grundgesetz ist immer wieder geändert worden; warum dann nicht auch in diesem Punkt?), um den Bundespräsidenten wie auch die Ministerpräsidenten der Länder vom Volk wählen zu lassen. So würde nicht nur dem Amt des Bundespräsidenten mehr Gewicht verliehen, sondern auch die Bindung zwischen dem Wählervolk und seinen führenden Persönlichkeiten gestärkt.

Von Schröder und seiner rot-grünen Regierung hält Henkel nichts. Wenn Schröder gelegentlich Äußerungen von sich gibt, die den Eindruck erwecken, er vertrete vorrangig die deutschen Interessen, dann markiere er damit, wie Henkel meint, "Scheinpatriotismus". In Wahrheit laviere sich Schröder durch.

Hart ins Gericht geht er mit den Grünen. Er nennt aus der Führungsmannschaft alle beim Namen, die in der Wolle gefärbte Kommunisten waren, und läßt erkennen, daß er erhebliche Zweifel daran hat, daß sie ihre Gesinnung abgelegt haben. Die von ihm aufgeführten Maßnahmen, die von Grünen-Politikern durchgesetzt wurden, scheinen zu bestätigen, daß immer noch versucht wird, Vorstellungen der DDR in die Tat umzusetzen.

Auf allen Gebieten herrscht in der Bundesrepublik eine noch vor 20 Jahren unvorstellbar gewesene Schlamperei. Niemand fühlt sich verantwortlich, keiner engagiert sich bedingungslos für die gemeinsame Sache. Vieles in unserem Land ist außer Kontrolle geraten. Die Regierung operiert mit unkorrekten Zahlen. "Wo sich keiner verantwortlich fühlt, kleben alle an ihren Stühlen." Pfuscher regiert auf allen Gebieten - von Toll collect bis zur Bundesanstalt für Arbeit, jetzt großspurig Bundesagentur für Arbeit genannt, wodurch sich nichts ändert. Hartz IV werde, befürchtet Henkel, in einem "administrativen Super-GAU" enden.

Dagegen stellt er Mut machende Aktivitäten wie den Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden. Ohne Staat, (übrigens auch ohne tatkräftige Mithilfe der Kirche) hat Privatinitiative eines der schönsten und symbolträchtigsten Denkmale deutscher Geschichte wiedererrichtet, weil sich Menschen mit ganzem Herzen dafür eingesetzt haben.

Als "moralische Schlamperei" bezeichnet er nicht nur die Diffamierung des Abgeordneten Hohmann, sondern auch die Art, wie man mit Jürgen Möllemann umging, und das Verfahren, das die bekannten Seilschaften von der Zeit bis zur Süddeutschen Zeitung anwandten, um die üblen Verfehlungen des "zweit-höchsten Repräsentanten der deutschen Juden", Michel Friedman, herunterzuspielen - sie griffen den ermittelnden Staatsanwalt an.

Henkel zieht gegen jede Art von Gleichmacherei zu Felde, die in der Sozialpolitik wie in der Bildungspolitik zu schlimmen Folgen geführt habe. Die Politik der Bundesregierung erschöpfe sich meist in der Veröffentlichung von Ankündigungen, denen keine Taten folgten.

Man schluckt allerdings trocken, wenn man Henkels Anhimmelung der USA liest. Schon als Schüler war er gefesselt von der amerikanischen Trivialkultur; nichts riß ihn so hin wie US-Popmusik. Die Begeisterung hat sich bis heute noch vertieft. Was immer es Gutes und Schönes in der Welt gibt, kommt nach Henkels Meinung aus den USA. Und großzügig, wie die Amerikaner sind, teilen sie all ihre Schätze mit den anderen Völkern. Er ist dankbar dafür, daß die USA Deutschland "adoptiert" haben, wie er schreibt. –

Hier fehlt die sonst vorhandene gesunde Kritikfähigkeit; er erkennt nicht, daß Deutschland auf viele der von ihm angeprangerten Irrwege von den USA geführt worden ist. Und er wünscht sich Angela Merkel als Kanzlerin, weil er meint, ohne es zu begründen, daß sie das Zeug dazu habe, den jetzigen verderblichen Kurs der Bundesregierung umzukehren. Hoffen wir in unser aller Interesse, daß Henkel Recht hat und nicht Arnulf Baring, der in der von Angela Merkel geführten CDU nur eine zweite SPD sieht.

Vielleicht ist ein solches Buch wie "Die Kraft des Neubeginns" aus der Feder eines der führenden Wirtschaftsmanager Deutschlands tatsächlich ein Zeichen dafür, daß unser Land an einem Wendepunkt steht. ...<<

29.10.2004

Italien: Die Staats- und Regierungschefs unterzeichnen am 29. Oktober 2004 in Rom die Europäische Verfassung.

"SPIEGEL ONLINE" berichtet am 29. Oktober 2004 über die Unterzeichnung der Europäischen Verfassung in Rom: >>**Chronologie: Der lange Weg zur EU-Verfassung**

Seit mehr als 47 Jahren arbeitet Europa am Zusammenwachsen. Eine Chronologie der bishe-

rigen Entwicklung.

25. März 1957: In Rom unterzeichnen sechs Staaten die Gründungsverträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG). Mit dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bilden sie die "Europäischen Gemeinschaften". Die Römischen Verträge treten zum 1. Januar 1958 in Kraft.

1. Juli 1968: Die Zollunion tritt in Kraft, die Zölle im innergemeinschaftlichen Handel werden aufgehoben. Im Handel mit Drittländern gilt nun der Gemeinsame Zolltarif.

1. Januar 1970: Die EG-Staaten beginnen ihre Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die eine gemeinsame Außenpolitik anstrebt.

4./5. Dezember 1978: Der Europäische Rat beschließt in Brüssel das Europäische Währungssystem (EWS), das zum 13. März 1979 beginnt.

2./3. Dezember 1985: In Luxemburg verständigen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf eine Reform der EG-Verträge hin zur Einheitlichen Europäischen Akte. Im Zentrum steht die Vollendung des Binnenmarktes bis Ende 1992.

19. Juni 1990: Frankreich, die Benelux-Staaten und die Bundesrepublik unterzeichnen das "Schengener Abkommen", das eine erweiterte Freizügigkeit in Europa umfaßt.

9./10. Dezember 1991: Die Staats- und Regierungschefs einigen sich in Maastricht auf den Vertrag zur Europäischen Union. Er legt den Fahrplan zur Wirtschaft- und Währungsunion fest und tritt zum 1. November 1993 in Kraft. Die EG-Staaten verständigen sich auch auf die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Kooperation in der Innen- und Justizpolitik.

16./17. Juni 1997: Die Staats- und Regierungschefs weiten auf dem Gipfel von Amsterdam die Kompetenzen des EU-Parlaments aus. Außerdem einigen sie sich auf Verbesserungen bei der gemeinsamen Verteidigungspolitik. Der "Vertrag von Amsterdam" tritt im Mai 1999 in Kraft.

7./9. Dezember 2000: In Nizza beschließt die EU die institutionellen Voraussetzungen für ihre Erweiterung auf 25 Mitglieder und gibt den Startschuß für innere Reformen. Die "Charta der Grundrechte der Europäischen Union" wird feierlich proklamiert.

15. Dezember 2001: Im belgischen Laeken wird erneut ein Konvent auf den Weg gebracht, der das umfangreiche Regelwerk der EU grundsätzlich überarbeiten und die institutionellen Verhältnisse in Europa neu fassen soll. Konventpräsident wird Valéry Giscard d'Estaing. Der Konvent nimmt Anfang 2002 seine Arbeit auf.

1. Januar 2002: In zwölf Mitgliedsstaaten der EU wird der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Darauf hatte sich die EU 1995 verständigt, wobei die Gemeinschaftswährung bereits 1979 unter der Bezeichnung Ecu als Rechnungs- und Währungseinheit eingeführt worden war.

20. Juni 2003: Nach fast 18-monatiger Arbeit legt der Konvent seinen Vorschlag für eine europäische Verfassung vor. Er wird auf dem EU-Gipfel von Thessaloniki von den Staats- und Regierungschefs "zustimmend zur Kenntnis genommen". Ab Oktober soll eine Regierungskonferenz letzte Abstimmungen vornehmen.

12./13. Dezember 2003: Die Regierungskonferenz kann auf ihrer Sitzung in Brüssel keine Einigung über den Verfassungsentwurf erzielen. Polen wollte aus innenpolitischen Gründen nicht hinter Nizza zurückgehen, das dem Neumitglied ein überproportionales Stimmengewicht einräumt. Spanien, eines der Hauptempfängerländer von EU-Subventionen, wollte seine Blockademöglichkeiten im Europäischen Rat nicht aufgeben.

17./18. Juni 2004: Nachdem unter irischer EU-Ratspräsidentschaft die Regierungskonferenz im März ihre Arbeit wieder aufnahm, wagt der EU-Verfassungsgipfel in Brüssel einen zweiten Anlauf. Bei weit mehr als 90 Prozent der Verfassung konnte im Vorfeld Konsens erreicht

werden. Erst in letzter Minute können die noch offenen Punkte wie die künftige Abstimmungsquoten in der EU geregelt werden.

29. Oktober 2004: Die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnen in Rom den Verfassungsvertrag. Damit beginnt der auf zwei Jahre angelegte Ratifikationsprozeß.<<

25.11.2004

BRD: Der deutsche Historiker Horst Möller berichtet am 25. November 2004 während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über "Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur" (x879/10-16): >>... Warum sind Vertreibungen im 20. Jahrhundert nicht nur ein deutsches, nicht nur ein europäisches, sondern ein welthistorisches Schicksal? ...

Doch sind einige wenige Bemerkungen nötig: Völker, Minderheiten, Nationalitäten, die seit Jahrhunderten friedlich zusammen lebten, taten das im 20. Jahrhundert nicht mehr. Selbstverständlich ist der Nationalismus, sind die Nationalbewegungen, ist die Gründung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert eine der Voraussetzungen dafür, daß es Spannungen zwischen Nationalitäten gab bzw. daß ihr Miteinander einer rechtlichen Regelung bedurfte.

Eine völkerrechtliche Regelung war auch eine Aufgabe der Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg 1919/20, nachdem man die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie zerschlagen hatte und das Ziel verfolgte, Nationalstaaten zu gründen, in denen die Nationalitätenproblematik, die ja eine der Ursachen für den Ersten Weltkrieg gewesen war, keine Rolle mehr spielen würde.

Tatsächlich ist dieses Ziel nicht erreicht worden, statt dessen sind eine ganze Reihe von Staaten gegründet worden, die ihrerseits Nationalitätenprobleme aufwiesen, beispielsweise die Tschechoslowakei, in der die Tschechen selber keine absolute Mehrheit, wenn auch die bei weitem stärkste Volksgruppe vor den Deutschen, den Slowaken und den als eigene nationale Gruppe geführten Juden bildeten.

Die nach dem Ersten Weltkrieg nicht gelöste Minderheitenproblematik blieb eine der Ursachen für Entwicklungen, die zu Exzessen der Verfolgung und der Vernichtung von Nationalitäten führten. Und das war - die Armenier sind das bekannteste Beispiel - auch schon während des Ersten Weltkrieges zu beobachten. Das heißt also: Schon lange vor der Vertreibung der Deutschen stellten Minderheiten ein Problem der europäischen Politik, des Völkerrechts im besonderen dar. Alle Versuche, die der Völkerbund in Genf während der 1920er Jahre unternommen hat, die Minderheitenproblematik zu lösen, sind ebenfalls gescheitert.

Wenn wir heute über diese Fragen diskutieren, dann wird oft gesagt: Wie könnt ihr über die Vertreibung reden? Ihr müßt über den Nationalsozialismus reden! Nun versteht es sich geschichtswissenschaftlich von selbst, Vorgeschichte und Ursachen historischer Phänomene einzubeziehen, und man braucht Historikern nicht zu sagen, daß auch das Jahr 1945 nicht ohne das Jahr 1933 und nicht ohne das Jahr 1939 zu erklären ist, d.h. selbstverständlich steht die Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten im historischen Kontext der nationalsozialistischen Diktatur und der Massenverbrechen gegen die unter deutscher Besatzung stehenden Völker im Osten Europas.

Allerdings muß auch gesagt werden: Die Besetzung Ostpolens durch die Sowjetunion im September 1939 - und damit die historische Voraussetzung der "Westverschiebung" Polens 1945 - konnte weder chronologisch noch kausal eine Reaktion auf deutsche Verbrechen sein, sondern war ihrerseits aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 eine brutale Annexion fremden Staatsgebiets. Auch die historische Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen 1945 ist also komplizierter, als daß sie ausschließlich als Reaktion auf Vertreibungen und Verbrechen angesehen werden kann, die die deutsche Besatzungsmacht zwischen 1939 und 1945 zweifellos begangen hat.

Keinesfalls aber kann die historische Erklärung als Legitimation, als Rechtfertigung für andere Verbrechen akzeptiert werden. Kein Verbrechen legitimiert ein anderes, auch wenn es zur Erklärung beitragen kann. Unter den deutschen Vertriebenen waren Millionen Unschuldige, die buchstäblich für die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht in "Sippenhaft" genommen wurden. ...

Die Erinnerung, die historische Erinnerung (heute in aller Munde) ist selbstverständlich ein Teil jeder politischen Kultur und neben der individuellen Erinnerung, die jeder Mensch hat, neben der eigenen Geschichte, steht das vom französischen Soziologen Maurice Halbwachs sogenannte kollektive Gedächtnis, das kollektive Erinnern.

Nun haben Philosophen, Soziologen, Historiker an diesem Modell der kollektiven Erinnerung mit Recht auch Kritik geübt, auf der anderen Seite ist die Erinnerung oder besser gesagt: sind die Erinnerungen, sind die verschiedenen Identitäten, die die Geschichte einer Nation und einer Gesellschaft ausmachen, auch für eine historische Ortsbestimmung in der Gegenwart und für die Zukunft notwendig.

Ohne historisches Erinnern gibt es keine politische Kultur, und leider sehen wir in Politik und Gesellschaft immer wieder, daß die Abwesenheit der historischen Perspektive, auch die Abwesenheit der historischen Bildung, sehr kurzfristig angelegte politische Entscheidungen bewirkt. Und diese so präsentistisch (die Gegenwart betreffend) angelegten Entscheidungen führen fast immer in die Irre oder scheitern schnell. Also Grund genug, auch in diesem Feld dagegen anzugehen, daß die historische Erinnerung in der öffentlichen Diskussion eine bloß fragmentierte (bruchstückhafte) Erinnerung ist.

Man sollte jedoch meines Erachtens nicht Konkurrenzen zwischen verschiedenen Erinnerungsfeldern, verschiedenen historischen Schichten oder gar verschiedenen Opfergruppen aufbauen: "Nur das Wahre ist das Ganze" hat der Philosoph Hegel einmal gesagt, und das gilt auch hier. Das heißt also: Zu unserer historisch-politischen Kultur muß selbstverständlich auch die Realität der Vertreibung nach 1945 gehören, und zwar in dreifacher Perspektive: Zum einen darf, muß und soll sich auch jedes Volk, jede Nation ihrer eigenen Opfer erinnern, zum zweiten muß sie natürlich nach den Ursachen fragen und zum dritten muß sie selbstverständlich die Frage miteinbeziehen, welchen Anteil an historischer Verantwortung, ja an historischer Schuld, sie selbst an dieser Entwicklung trägt.

Diese verschiedenen Dimensionen sind meines Erachtens nicht zu trennen, wenn nicht die historische und die politische Kultur insgesamt Schaden nehmen soll. Nun können wir neben der großen Zahl historischer Arbeiten in der öffentlichen Diskussion immer wieder Erinnerungswellen bemerken.

Wir haben auch in der Wissenschaft solche Wellen der Erinnerung, einen ersten Höhepunkt in der Erforschung der Vertreibung gab es in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre bis zum Beginn der 1960er Jahre und dann wieder - mit Schwerpunkt auf dem Problem der sozialen Integration - seit Ende der 1970er Jahre bis zum Beginn und der Mitte der 1980er Jahre, also immer dann, wenn das Bewußtsein stärker wurde, daß man sich der gesamten Geschichte stellen muß und nicht nur einzelnen Komplexen oder Perioden.

Seit das "Zentrum gegen Vertreibungen" initiiert worden ist, entwickelte sich eine besonders heftige Diskussion, wie ich meine, eine für die Verzerrungen in unserer öffentlichen Meinungsbildung oft charakteristische Diskussion. Den Initiatoren und ihrem Konzept ist immer wieder unterstellt worden, es sei ein bloß nationales oder gar nationalistisches oder auf die Vertreibung der Deutschen eingeschränktes Konzept.

Wer den Text liest, der auch veröffentlicht worden ist, wird schnell sehen: Naturgemäß bildet die Vertreibung der Deutschen einen zentralen Punkt, zumal es sich um das quantitativ umfangreichste Beispiel von Vertreibungen handelt. Doch ist von vornherein betont worden, daß die Vertreibung der Deutschen nach 1945 als ein, wenn auch für unser Erinnern in Deutsch-

land zentraler Teil aller Vertreibungen im 20. Jahrhundert gesehen wird - Vertreibungen, die durch Nationalismus, aber auch durch die ideologisch aufgeladenen Diktaturen zu erklären sind.

Und so ist es selbstverständlich, daß man das 20. Jahrhundert insgesamt in den Blick nimmt; und schließlich sind, wenn ich einmal von dem Problem der Armenier 1915 absehe, die ersten großen Flüchtlingswellen und Vertreibungen nach der bolschewistischen Oktoberrevolution in Rußland erfolgt. Allein in Berlin gab es nach dem Ersten Weltkrieg Hunderttausende von russischen Flüchtlingen.

Diese Thematik ist also eine europäische Thematik. Dazu kommt die ganz ungeheure Friedensleistung, die die Integration der Flüchtlinge in die Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Trotz vieler anfänglicher Schwierigkeiten, die ja leicht zu erklären sind, handelt es sich bei dieser Integration um eine Friedensleistung, die immerhin nach ungefähr zehn Jahren erreicht worden ist. Man darf in diesem Fall durchaus auch einmal davon sprechen, daß den Deutschen etwas gelungen ist, was angesichts der Vertreibung von etwa 15 Millionen Menschen wohl noch in keinem Fall einer Massenvertreibung gelungen ist, nämlich die Vermeidung neuer Kriege und neuer Konflikte. ...

Wir dürfen als Historiker diesen Erinnerungen nicht ausweichen, auch dann nicht, wenn sie schmerzhaft sind. Wir könnten natürlich mit Friedrich Nietzsche sagen: "Gesund ist, wer vergißt." Wir können aber auch mit Sigmund Freud sagen: "Wer verdrängt, wird krank." Die Historiker halten es natürlich mit letzterem. Die Verdrängung historischer Tatbestände wirft auf die Dauer Probleme auf, die historische Legendenbildung - wir haben das in der Geschichte (nicht nur der deutschen) immer wieder gesehen - führt zu politischen Belastungen und Vergiftungen, manchmal extremen Ausmaßes. Deshalb muß dagegen immer wieder die historische Aufklärung gesetzt werden. ...<<

Die deutschen Historiker Jörg-Dieter Gauger (1947-2015) und Günter Buchstab berichten während dieser Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "Schule als gesellschaftlicher und politischer Seismograph" (x879/85-109):

>>... Ernest Renan hat einmal formuliert, eine Nation als Geschichtsgemeinschaft lebe von der Teilhabe an "Ruhm und Reue":

Beides verbinden zu können und zu wollen, ist Zeichen von Normalität in Deutschland. Daher ist es auch ein Zeichen von Normalität, wenn heute, 50 Jahre später, sich ein Thema wieder Bahn bricht, das man "entsorgt" zu haben glaubte, das Thema von Flucht und Vertreibung und des Verlustes der ehemals deutschen Ostprovinzen.

Der Streit um das "Zentrum gegen Vertreibungen" zeigt nur, daß das "Entsorgen" nicht funktioniert, auf beiden Seiten nicht; denn es ist kein Streit der Argumente, es ist ein Streit der Gefühle. Auf der einen Seite wird unterstellt, die Deutschen wollten Geschichte umschreiben, wollten endlich die Täter- mit der "Opferrolle" vertauschen, und auf der anderen Seite, man wolle ihnen das Trauern um sich selbst verbieten, wolle die "Unfähigkeit zu trauern" durch die moralische "Unmöglichkeit zu trauern" ersetzen. Das sind Konsequenzen des Schweigens. Schweigen führt zu Verkrümmungen, zu Ängsten, zu Ritual und Formelkompromiß.

"Zwar kann die Gerechtigkeit nicht durch einen Akt des Rechts erwirkt werden, denn so viel Unrecht läßt sich konkret gar nicht sühnen, aber schon seine Aufdeckung, seine Benennung, das Sprechen darüber führt zu einer Entsühnung und damit Versöhnung" (Karol Sauerland). In diesen Dialog müssen die Vertriebenen selbstverständlich einbezogen werden. ...

Ein sehr viel genauerer Seismograph für den Stellenwert historischer Themen sind Schule und Unterricht, Lehrpläne und Schulbücher: Was sie thematisieren oder was nicht und wie sie thematisieren, zeigt an, wie ein Thema gesamtgesellschaftlich und politisch gewertet und beurteilt werden soll:

Denn die Schule ist der einzige Ort in jeder Gesellschaft, dem bekanntlich keiner entkommt,

und in dem es um systematische Wissensvermittlung geht; sie ist jene Übergangsinstitution, in der die Erwachsenengeneration der nachwachsenden Generation auf den Weg gibt, was sie wissen soll und wovon die Erwachsenengeneration überzeugt ist, daß es wertvoll sei, wenn es vermittelt werde.

Der Auftrag der Schule ist verankert in Gesetzen und Erlassen, die ihren Rahmen setzen und das spiegeln, was bildungspolitisch für richtig und daher vermittelenswert angesehen wird. Dabei liegt der Akzent auf "politisch", daher folgt die Schule sich verändernden politischen und gesellschaftlichen Vorgaben, die sich an Mehrheiten orientieren und das dominante politische Klima verkörpern; daher gibt sie Auskunft über den jeweiligen "Zeitgeist".

Ein prägnantes Beispiel: Die Metamorphose eines Schulbuchs

Legt man eines der maßgeblichen Sozialkundebücher der Bundesrepublik in Auflagen der 1960er und der 1970er Jahre nebeneinander, nämlich Wolfgang Hilligens "Sehen, beurteilen, handeln" - damals hochangesehener und einflußreicher Didaktiker der Politischen Bildung in Gießen -, dann fällt sofort ins Auge, wie sich die beiden Auflagen unterscheiden:

In der 68er Ausgabe (verglichen wurde mit 1965) wird das Problem der Vertreibung nach einem noch sehr kritischen DDR-Kapitel auf dreieinhalb Seiten behandelt. Insbesondere werden die Integrationserfolge angesprochen:

- "Neue Heimat für Millionen

- Woher - wohin mit: Schlesien/Pommern und Brandenburg/Nicht ohne Opfer

- ... Lastenausgleich/Nicht nur Lasten/Wie es zu Vertreibung kam, mit kurzem Rekurs auf 1939/Auschwitz/Zwangsarbeiter und Potsdam mit dem Hinweis: Unter 'Polen' verstand die Sowjetunion auch die deutschen Ostprovinzen.

Damit war die Austreibung von 15 bis 20 Millionen Deutschen aus ihrer jahrhundertelangen Heimat beschlossen. Etwa 2 Millionen blieben zurück, über 3 Millionen kamen um oder sind vermißt. Jeder sechste Deutsche hat bei der Vertreibung den Tod gefunden. Eine Konferenz amerikanischer Bischöfe bezeichnete 1947 die Vertreibung der Ostdeutschen als 'eines der größten Verbrechen der Weltgeschichte' und 'einen Vorgang, den es noch nicht gegeben hat'. Daran schließt Hilligen unter der Überschrift *"Eine schwere Frage: Soll die Bundesrepublik um des Friedens willen die Oder-Neiße-Linie als derzeitige (sic!) Grenze anerkennen oder nicht?*

In den nächsten Jahren wird eine Entscheidung über diese Frage gefällt werden ..."

Besonders eindrucksvoll sind die *"Vorschläge für die Mitarbeit":*

"Deutsche Sprachgebiete vor und nach 1945.

Was wurde in den deutschen Ostgebieten produziert?

Welche großen Deutschen lebten in den deutschen Ostgebieten?

Welche Baudenkmäler aus dem deutschen Osten sollte jeder kennen?

Der deutsche Osten ist nicht mit dem Schwert, sondern mit dem Pflug gewonnen worden.

Bericht über die Ostsiedlung.

Heimatvertriebene in der Gemeinde und im Bundesland.

Wie hoch ist der Prozentsatz der Eheschließungen zwischen Heimatvertriebenen und Einheimischen?

Welche neuen Gewerbe brachten die Heimatvertriebenen mit?

"Nicht Rache und Vergeltung." Unter dieser Überschrift wird aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen zitiert und betont: *"In der gleichen Erklärung wird aber auch verlangt, daß das 'Recht auf Heimat' als ein Grundrecht der Menschheit anerkannt wird."*

In der Auflage 1970/75 werden zwar einige Passagen der alten Ausgabe übernommen, aber jetzt grundlegend neu akzentuiert:

1. expressis verbis hervor- und damit zum fundamentalen Kausalzusammenhang erhoben wird die vormals nur indirekt angedeutete Sequenz:

NS-Untaten - Vertreibung: *"Was zwischen 1939 und 1945 geschah, war die Ursache zur Vertreibung der Ostdeutschen aus ihrer Heimat ..."*

2. Der wertende Passus wird entscheidend verkürzt: *"(Unter 'Polen' verstand die Sowjetunion auch Ostdeutschland (s.o). Das bedeutete: Austreibung von 15 bis 20 Millionen Deutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat. Etwa 2 Millionen bleiben zurück, über 3 Millionen kamen um oder blieben vermißt."*

Der frühere Passus über das Unrecht der Vertreibung fehlt. Offenbar hat diese Perspektive in der Einschätzung des Verfassers keine Berechtigung mehr; vielmehr soll der Schüler die Folgerung ziehen, das Leid, das die Deutschen brachten, habe das Leid, das über die Deutschen kam, zur logischen, daher Verständnis voraussetzenden Konsequenz.

3. Die Lastenausgleichsproblematik (*"Wer soll die Lasten tragen?"*) wird nur noch verkleinert gesetzt, betont wird aber noch: *"Heute wissen wir, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge mit ihrer Arbeitskraft zurückzahlten, was sie durch Lastenausgleich erhalten. Ohne die Vertriebenen wäre der Aufstieg der deutschen Wirtschaft nicht möglich gewesen."*

4. Daran schließt sich aber nun ein neues Kapitel an: "Von der Oder-Neiße-Linie zur Oder-Neiße-Grenze", wobei jetzt unter Auslassung der "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" die nebeneinander gestellten Fragen:

"Recht auf Heimat" - "Rache und Vergeltung" - "Neues Heimatrecht" durch Verweis auf das 68er Memorandum des Bensberger Kreises, einen Artikel in der Wiener Arbeiterzeitung vom 8. September 1967 und auf ein Interview mit dem ehemaligen Moskauer Botschafter Helmut Allardt als beantwortet erscheinen, und zwar zugunsten des Status quo und der Abgeschlossenheit der Frage, unterstützt noch durch einen ebenfalls neu aufgenommenen Meinungskasten, nach dem seit 1953 immer mehr Menschen glauben, daß die Ostgebiete "für immer" verloren sind. Die völkerrechtliche Dimension des Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1973 wird 1975 noch nicht erwähnt.

5. Die noch 1968 geforderten Wissensbestände bezogen auf die Vertreibungsgebiete sind völlig ausgelassen: d.h. man braucht auch nichts mehr darüber zu wissen, weil es ja eben polnisches Gebiet sei; dadurch wird zugleich aber auch jeder vorgängige kulturelle Bezug endgültig eliminiert.

An der Metamorphose dieses sehr einflußreichen Schulbuchs wird erkennbar, wie rasch sich innerhalb weniger Jahre die Akzente dessen, was Schule vermitteln soll und damit das erwünschte Geschichtsbild, radikal ändern. Und genau das macht deutlich, wie zentral Schule und Unterricht Bewußtsein prägen wollen und wie sie zugleich abhängig von gesellschaftlichen und politischen Trends sind: Was noch in den 1960er Jahren "gewußt" werden sollte, ist in den 1970er Jahren obsolet geworden. ...

Für die Schulpolitik der damaligen DDR war das naturgemäß nur ein Thema im ideologisch vorgegebenen Rahmen und vor dem Hintergrund des Görlitzer Vertrags von 1950. Unter Berufung auf den sog. Antifaschismus wird jenes einheitliche Geschichtsbild übernommen, sowohl bezogen auf Ostkolonisation und Ordensstaat wie auch in der Wertung der Ereignisse von 1945, das der kommunistische Ostblock sich verordnet hat und das sich weder vom polnischen noch vom tschechischen oder russischen unterscheidet.

Die deutsche Ostsiedlung erscheint als Raub slawischen Landes. Damit wird das auch für Polen geltende kommunistische Geschichtsbild übernommen: 1945 wurde nur restituiert, was im Mittelalter geraubt wurde; Polen mußte vor einer erneuten deutschen Aggression geschützt werden. Hier kommt das "antifaschistische" Selbstverständnis zum Ausdruck: Es wurde nach Deutschland 'um(ge)siedelt'; von den schrecklichen Abläufen, von Unrecht oder gar der Existenz von Heimatvertriebenen in der ehemaligen DDR keine Spur. ...

Rückblick:

1. Der Rechtsrahmen bis Ende der 1990er Jahre

Durch die Richtlinien des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen (1952) war die Schreibweise von Orten und die Darstellung der Grenzen geregelt worden. Diese Regelung hatte grundsätzlich bis zu Beginn der 90er Jahre Bestand.

So legten die "Grundsätze für die einheitliche Darstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 sowie der innerdeutschen Grenzen und für die einheitliche Verwendung von Namen und Bezeichnungen in kartographischen Lehrbüchern" der KMK noch 1981 fest (allerdings unter sofortiger Ablehnung Bremens, daher kam es nicht zum Beschluß), daß die Rechtslage auf entsprechenden Kartendarstellungen zum Ausdruck zu bringen sei.

Bereits im November 1954 legte die KMK ihre Empfehlungen zur Behandlung des deutschen Ostens in den Schulen vor, wonach in Fortbildungskursen und in den Historiker-Prüfungsordnungen für Gymnasiallehrer vertieftes Wissen über den Osten verlangt wurde.

Der KMK-Beschluß bereitete die Empfehlungen zur Ostkunde vom Dezember 1956 vor. Diese Empfehlungen legten eindeutig den Akzent auf das "Bewußtsein von der deutschen Einheit und den Wille(n) zur Wiedervereinigung" (der die Ostgebiete einschließt), auf die "Leistung" des deutschen Ostens, die im "deutschen Geschichtsbewußtsein zu verankern" sei, womit ein "inneres Verhältnis zu den Vertreibungsgebieten als zur Heimat eines Teils ihres Volkes" erreicht werden, womit sich aber zugleich "ein sachliches und klares Verhältnis" zu den Völkern Ostmitteleuropas verbinden sollte.

Einem eigenen Fach erteilten die Kultusminister eine Absage, statt dessen fungieren diese Ziele als Unterrichtsprinzipien, die natürlich zugleich der Auseinandersetzung der Systeme dienen sollten, wie sie dann 1962 in den Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus präzisiert worden sind. Ebenfalls 1956 wurde in den "Grundsätzen für den Erdkundeunterricht" und in den "Richtlinien für die Lehrplangestaltung des Erdkundeunterrichts" in den Stoffkreis "Die deutschen Großlandschaften" das "Problem der deutschen Ostgebiete" ausdrücklich einbezogen. "Auch die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie soll der Sextaner als deutsche Heimat kennenlernen."

Eine erste Veränderung dieser klaren Linie wurde im Juni 1973 offensichtlich, als die KMK ihren Beschluß von 1956 präziserte und auf unterschiedliche Positionen rekurrierte, die sich im Rahmen der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition auch bildungspolitisch abzeichneten und die bereits beim Kartenstreit von 1971 deutlich geworden waren: "Die Kultusminister und -senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland stellen übereinstimmend fest, daß die mit Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 13. Dezember 1956 vereinbarten 'Empfehlungen zur Ostkunde' unbeschadet der in ihnen enthaltenen unveränderten Grundsätze und sachlichen Aussagen heute nicht mehr in ihrer Gesamtheit Grundlage von aktuellen Maßnahmen der Kultusverwaltungen der Länder sind.

Sie bestätigen jedoch gleichzeitig nachdrücklich die in den Empfehlungen von 1956 festgestellte Notwendigkeit einer vertieften Beschäftigung in den Schulen und Hochschulen mit den Sprachen, den Kulturen und der Geschichte der osteuropäischen Völker und den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Osteuropa.

Sie sehen darin eine wesentliche Voraussetzung für ein besseres Verständnis der Völker und ihrer Probleme sowie für eine erweiterte politische Urteilsbildung. Die Kultusminister und -senatoren werden dieser ihrer Auffassung über die Bedeutung Osteuropas und osteuropäischer Fragen nach wie vor in den Richtlinien für den Unterricht und in den sonstigen Maßnahmen der Kultusverwaltung Rechnung tragen. Dabei wird einstimmig die vom Deutschen Bundestag am 17. Mai 1972 verabschiedete Resolution zu den Ostverträgen zugrundegelegt."

Das bedeutete konkret: Nur mehr der Hinweis auf die ausstehende friedensvertragliche Regelung ist ausdrücklich Unterrichtsgegenstand; die anderen Felder (Geschichte, Kultur des histo-

rischen Ostens) sind nicht mehr allgemeinverbindlich.

Die Rechtspositionen spielen auch eine zentrale Rolle im Beschluß der KMK zur Behandlung der "Deutschen Frage im Unterricht" vom 23. November 1978; sie gingen vom "prinzipiellen Fortbestehen der gesamtdeutschen Staatlichkeit" aus und schrieben vor, daß der "mittel- und ostdeutsche Raum" und auch "Landschaften aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten" zu behandeln seien. Schaut man genauer hin, so sind das freilich nur noch Marginalien. Im wesentlichen konzentrierten sich die Empfehlungen auf das Verhältnis Bundesrepublik und DDR, die den eigentlichen Kern der Deutschen Frage bildeten; die Ostgebiete sind "ehemalig", ihr Verknüpfung mit der deutschen Einheit war höchstens rechtlich gegeben.

Derzeit haben wir einen weithin KMK-freien Raum, denn alle Empfehlungen, Beschlüsse etc. wurden 1990/91 aufgehoben. Nur die Namensregelung wurde in neue "Grundsätze" gefaßt; danach "erfolgt die Darstellung der Grenze des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 nur auf solchen thematischen Karten, bei denen diese Grenze eine sich aus der Kartenthematik ergebende inhaltliche Bedeutung besitzt ..."

Zu den Ortsnamen wird formuliert: "Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen vom 3. Oktober 1990 gelegene Städte und Ortsnamen sind in den Karten für den Gebrauch an deutschen Schulen entsprechend den internationalen Gepflogenheiten mit den herkömmlichen und allgemein gebräuchlichen deutschen Namen unter Zusatz ihrer landeseigenen Benennung zu bezeichnen" (Beispiel u.a.: 'Danzig = Gdańsk'). "Aus Gründen der Übersichtlichkeit kann der landeseigene Name entfallen."

Bis heute gibt es dazu keinen neuen KMK-Beschluß. Das Papier des Schulausschusses der KMK von 1995, das einen weiterführenden Ansatz geboten hätte, wurde nur zur Kenntnis genommen, aber nicht verabschiedet. Nur einige Sätze aus dieser Empfehlung: "Die Verträge mit unseren östlichen Nachbarn sind auf das Ziel gerichtet, auch zwischen Deutschen, Polen und Tschechen ein gleich gutes und enges Verhältnis (wie zu Frankreich; Verf.) herzustellen, das der gemeinsamen Zugehörigkeit zum europäischen Kulturkreis entspricht. Ein Weg in diese Richtung führt über die Erinnerung an die jahrhundertlang gemeinsam durchlebte, von vielen gegenseitigen Verbindungen geprägte Geschichte und Pflege der zum Teil in fruchtbarer Zusammenarbeit geschaffenen Kultur als gemeinsames Erbe."

Somit stehen wir vor der Situation, daß angesichts von 16 verschiedenen Kultuspolitiken nicht nur die Schulformen, sondern auch die Lehrpläne in einer Weise divergieren, die kaum noch Vergleichbarkeit zuläßt. ...

2. Die Marginalisierung des Themas seit Ende der 1960er Jahre

Generell läßt sich dreierlei feststellen:

1. Das Thema wird seit Ende der 60er Jahre und dann im Gefolge der sozialliberalen Ostpolitik marginalisiert oder teilweise sogar verdrängt.
2. Es wird seit Ende der 70er Jahre v.a. die polnische Sicht immer wieder miteinbezogen ("Multiperspektivität", das betrifft insbesondere die Ostsiedlung).
3. Durch intensive Schilderung der NS-Verbrechen an und in Polen, in der Sek. I und wiederholt in der Sek. II, wird das chronologische und kausale Prius, also die vorhergehenden deutschen Verbrechen und die Folgen und daher der Zusammenhang von Schuld und Sühne - wenn nicht immer ausdrücklich thematisiert -, so doch zumindest durch den Kontext unmittelbar nahegelegt.

Nur als eindrucksvolles Beispiel zitiert seien die Richtlinien und Lehrpläne Geschichte Sek. II Gymnasium/Gesamtschule NRW (1999, Jg.-St. 13,1).

"Polenpolitik: Der Versuch, eine Nation zu vernichten: Ideologie des deutschen 'Lebensraums' und Herrschaftssystems in Osteuropa; Der Hitler-Stalin-Pakt: die vierte Teilung Polens; Deutsche Besatzungspolitik, Fallanalyse: die 'Aktion Zamosc' 1942/43; National-polnischer und polnisch-jüdischer Widerstand: Ghetto-Aufstand 1943 und Warschauer Aufstand 1944.

Die Nachkriegszeit und die Last der Vergangenheit: Kriegsende: Entscheidungen der Alliierten, Flucht und Vertreibung, Entnazifizierung durch die Besatzungsmächte ... Deutschland und Polen: Die Frage der Oder-Neiße-Grenze, von der sozialliberalen Ostpolitik 1970/72 zu einer neuen Nachbarschaft 1990/91 ...

- *Alternativen oder Ergänzungen* (Beispiele):

Lernort Auschwitz (Studienfahrt) ...

Polnische 'Fremdarbeiter' im Deutschen Reich (Lokalgeschichte);

Die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert ...

Der Versailler Vertrag und die Auseinandersetzungen in den Abstimmungsgebieten ...

DDR und Volksrepublik Polen: eine verordnete Freundschaft.

- Gegenstandsbereiche für *Facharbeiten* (Beispiele):

Der polnische Aufstand

1830/31 und die Reaktionen der deutschen Nationalbewegung;

Deutschland und Polen in der Zwischenkriegszeit;

Die preußische 'Ostmarkenpolitik' im Deutschen Kaiserreich;

Die Rolle der Kirchen bei der deutsch-polnischen Aussöhnung ..."

Bemerkenswert ist hier, daß der 1998 noch vorgesehene Hinweis auf die Ostsiedlung weggefallen ist.

3. Allgemeine Tendenzen in Richtlinien und Schulbüchern

Selbstverständlich kommen Joseph von Eichendorff oder Gerhart Hauptmann immer noch aus Schlesien, findet die preußische Königskrönung immer noch in Königsberg/Ostpreußen statt, hat Immanuel Kant dort gewirkt und hat Friedrich II. Schlesische Kriege geführt.

Was aber heute nirgends mehr zur Sprache kommt, ist der historische deutsche Osten als solcher, in Form eines Rückblicks, Exkurses mit Hinweis auf die Kulturleistungen und den historischen Beitrag dieser Regionen zur deutschen National- und europäischen Geschichte, zur Bildung von Neustämmen etc. Das betrifft auch die Schulbücher, die höchstens einmal eine allgemeine resümierende Bemerkung dazu fallen lassen (z.B. 1996:

"Ein Viertel der Fläche des Deutschen Reiches von 1937 ging verloren; die jahrhundertealte deutsche Siedlungs- und Kulturtätigkeit fand in diesem Raum ein abruptes Ende ...").

Ebenso wenig spielen die Vertriebenen, die Charta von 1950 usf. eine besondere Rolle; in den Schulbüchern wird da und dort noch die Integrationsleistung der Bundesrepublik nach 1945 positiv gewürdigt, oder es werden - ebenfalls sporadisch - auch die Probleme des Zusammenlebens angesprochen (z.B. 1995:

"Das Wort 'Flüchtling' wurde über Jahre hinweg fast ein Schimpfwort und zum Symbol für 'unerwünscht'").

Oder es wird die Parallele zur Gastarbeitersituation gezogen (*"Die deutschen Flüchtlinge wurden in Notunterkünften untergebracht. Nicht selten waren es die Baracken, in denen zuvor die unter der nationalsozialistischen Herrschaft verschleppten Arbeitskräfte gelebt hatten ... Für die 'Gastarbeiter', die bereits ab 1955 zum Gelingen des deutschen 'Wirtschaftswunders' beitrugen, waren vielfach die Barackenlager wieder gut genug."*).

Ansonsten fungieren sie höchstens noch und ganz vereinzelt als Oppositionselement gegen die sozialliberale Ostpolitik (vgl. 1985: "Besonders die Vertriebenen und die ältere Generation ... brachten gegenüber den Vertragsformulierungen erhebliche Bedenken vor."

Oder 1996:

"Wer nur an das eigene Recht dachte, mußte die Sicherheit der Grenzen der Nachbarn gefährden. Wer die Unversehrtheit des Reiches von 1937 betonte, schien die Folgen des II. Weltkrieges vergessen zu haben. Wer sich nur noch auf einen Rechtstitel berief, zu dem es keine realistische Basis mehr gab, geriet in Gefahr, verlorenen Wunschbildern nachzuhängen").

Der Zusammenhang von deutscher Schuld und Reaktion (Vergeltung/Sühneleistung) wird in den Richtlinien weithin nur durch den vorgegebenen historischen Kontext: NS-Verbrechen (insbesondere in Polen) - Niederlage - Vertreibung hergestellt; diesen Zusammenhang formulieren dann Schulbücher deutlicher, z.B. 1995:

"Was Deutsche unter nationalsozialistischer Führung anderen Völkern zugefügt hatten, erlitten bei Kriegsende und nach der Kapitulation viele Deutsche, die im Machtbereich der vorher unterdrückten Völker lebten";

oder 1994:

"1945 wurden die Deutschen in Osteuropa mitverantwortlich für die Verbrechen Hitlers gemacht und millionenfach aus ihren Siedlungsgebieten (Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien, Sudetenland u.a.) in das besiegte und zerstörte Deutschland (sic!) vertrieben."

Ein historisches Verständnis für die Aussiedlerproblematik wird nicht geweckt.

Bemerkenswert ist schließlich, daß die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen offenbar nur in NRW Einfluß auf die Richtlinien der 70er Jahre ausgeübt haben, die sich expressis verbis darauf beziehen. In den Schulbüchern der 90er Jahre spielen diese Gespräche keine Rolle mehr, in denen der 80er Jahre sind sie da und dort im Rahmen der Ostsiedlung berücksichtigt. Auch bei den genannten vier Fixpunkten - Flucht und Vertreibung 1945 ff., den Ostverträgen, den 2+4-Verhandlungen und schließlich der Ostsiedlung vom 12. bis 14. Jahrhundert - lassen sich diese Tendenzen im einzelnen nachweisen.

Der Hinweis auf *"Flucht und Vertreibung"* erscheint entweder im chronologischen Kontext von 1945 (das bleibt das Übliche) oder er wird abgelöst vom chronologischen Zusammenhang unter "Migration" bzw. unter ein Oberthema gestellt, das die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen, Deutschen und Tschechen, im Längsschnitt aufgreift, dies mit wachsender Tendenz (s.u.).

Auch der Hinweis auf das Potsdamer Abkommen ist durchgängig vorhanden, hingegen wird die Konsequenz des Geschehens, der Verlust der Ostprovinzen, nur noch selten hervorgehoben. Das Thema erscheint in der Darstellung der Ereignisgeschichte nach 1945 im Kontext zu anderen vom Krieg betroffenen Personen, deren Schicksal zu den unmittelbaren Kriegsfolgen zu rechnen ist (Trümmerfrauen/Kriegsgefangene/Schwarzmarkt/Fremdarbeiter/Displaced Persons usw.); NRW machte (1993) dabei ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eben nicht nur Deutsche vertrieben wurden. Oder es wird zu modernen Phänomenen in Bezug gesetzt (Gastarbeiter, Aussiedler, Asylbewerber).

Zeitzeugenbefragungen sahen nur noch Baden-Württemberg (1994), Bayern (1992) und Sachsen (1992) vor.

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen wird nur in einzelnen Bundesländern thematisiert. Die Schulbücher setzten hier keine besonderen Akzente, sie beschreiben und illustrieren. Zahlen, Vorgänge etc. werden geschildert, vereinzelt wird die Brutalität des Geschehens kritisiert, wie es der historischen Wahrheit entspricht.

Insgesamt läßt sich aber auch schon für die 70er und 80er Jahre feststellen, daß das Thema nur mehr marginal behandelt wird - und auch hier akzentuiert im Kontext von Schuld und Sühne: *"Den von Deutschland verursachten Zweiten Weltkrieg als eine entscheidende Ursache für die Teilung Deutschlands und den Verlust der deutschen Ostgebiete verstehen"* (Hamburg 1987). Die deutschlandpolitischen Positionen der 50er und 60er Jahre zur Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Linie werden schon in den 70/80er Jahren nirgends mehr thematisiert; damit wird auch hier deutlich, daß es sich seit dem 1978er Beschluß der KMK nur mehr um eine antiquarische Facette handelt.

Dies zeigt, daß damit ein deutlicher Bruch zu den 50er und 60er Jahren vollzogen worden ist: Damals wurde die Wiedervereinigungsproblematik noch expressis verbis auf das *"dreigeteilte Deutschland"* (Bayern, 1966) bzw. auf *"Ostdeutschland"* (Hessen, 1952) bezogen: Der Un-

rechtscharakter der Potsdamer Beschlüsse wird betont (NRW, 1955).

Daraus wird die Offenheit der deutschen Frage auch hinsichtlich der Ostgebiete deutlich, ihre Zugehörigkeit zu Deutschland, ihr aktueller Status als fremdverwaltetes Gebiet wird betont: *"die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete und unserer Verhältnis zu den östlichen Nachbarn"* (Niedersachsen, 1964 u.ä.a.m.), mit der Schuldfrage will NRW auseinandersetzen lassen, wobei zugleich das Recht auf Heimat betont und die Oder-Neiße-Linie zu den *"ungelösten nationalen Fragen"* gerechnet wird; Rheinland-Pfalz wollte (1957) wie das Saarland (1959) die Zusammengehörigkeit mit den mittel- und ostdeutschen Landschaften erhalten und stärken.

Der Verlust für Europa/das Abendland/die abendländische Kultur wird betont (*"Europa verliert den deutschen Osten"*; Hessen, 1952); die Ostgebiete werden als eigens und ausdrücklich zu behandelnde geographische und historische Gebiete ausgewiesen.

Die Auseinandersetzungen um die *Ostverträge* werden heute nicht mehr in allen Lehrplänen thematisiert, oder sie werden nur als historisches Faktum aufgeführt. Nach Vollendung der Einheit haben sie einen besonderen Stellenwert nur noch in SPD-geführten Ländern, die auf diese Weise den Beitrag der SPD/FDP-Koalition zum Einigungsprozeß betonen wollen und damit in einer aktuellen politischen Diskussion Stellung beziehen.

Dieses hier nur kurz skizzierte Bild war durch die Lehrpläne der späten 70er und 80er Jahre bereits vorbereitet. Auch Schulbücher setzen hier einen verstärkenden Akzent, z.B. 1996:

"Eine ausschließlich deutsche Sicht der Landkarte wurde der europäischen und ideologischen Dimension des Problems nicht gerecht ... Das pauschale Blockdenken war damit schon längst nicht mehr angemessen ..."

Dieser Akzent zeigt sich schon 1973:

"So stand 1945 ein Berg von Haß und Leid zwischen den Menschen beider Völker. Aber auch hier haben Männer und Frauen auf beiden Seiten geduldig daran gearbeitet, nun endlich einen Schluß-Strich unter die leidvolle Vergangenheit zu ziehen. 25 Jahre später bildete der Warschauer Vertrag die Chance eines neuen Anfangs ..."

Die Anerkennung der historischen Schuld besiegelt der immer wieder (auch nach 2000) abgebildete Kniefall Willy Brandts in Warschau vor dem Denkmal zum Aufstand im jüdischen Ghetto.

Das Thema "2+4" wird allgemein in allen Lehrplänen nach 1990 genannt; in zwei Lehrbüchern wird betont, daß die CDU sich mit der Anerkennung Westgrenze Polens schwergetan habe.

Der größte Einbruch ist zweifellos bei der Darstellung der Ostsiedlung zu beobachten: In einigen Ländern war das Thema in der Sek. I nicht mehr explizit präsent oder wird in den integrierten Fächern (Sek. I) aus dem chronologischen Kontext herausgelöst und unter die deutsch-polnischen Beziehungen im Rückblick subsumiert.

In der Oberstufe hat auch NRW (1999, s.o.) keinen Hinweis. Im chronologischen Kontext präsent ist es in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin (wo es einen deutlich höheren Stellenwert gewann), Mecklenburg-Vorpommern (u.a.: *Sich mit unterschiedlicher Bewertung der Ostsiedlung auseinandersetzen*) und jetzt in Hessen, ausführlich in Sachsen (2001) und in Thüringen (*Erschließung neuer Siedlungsräume, Binnenkolonisation, Ostsiedlungsbewegung, Deutscher Orden, Ordensstaat, Städtegründungen*).

Eine bemerkenswerte Wandlung zeigte Sachsen-Anhalt: Während in den Rahmenrichtlinien Sekundarschule Geschichte (1994) noch *"Kreuzzüge und Ostexpansion"* ausdrücklich erwähnt sind, fehlt dieser Hinweis in den das Mittelalter abdeckenden 1997 vorgelegten RR Sekundarschule Förderstufe Geschichte.

In einigen Ländern wird die Gelegenheit genutzt, in diesem Kontext das generelle Verhältnis Deutsche/Slawen oder Deutsche/Polen zu akzentuieren, und zwar unter dem Aspekt schon

mittelalterlicher Gemeinsamkeit.

Auf die Habsburger Siedlungspolitik ("z.B. *Banater Schwaben, Siebenbürger Sachsen; Vergleich mit der mittelalterlichen Ostsiedlung*") ging Bayern (RS), auf die Frage deutscher Sprachinseln inkl. der Wolgadeutschen Sachsen ein. Die Rahmenrichtlinien Gymnasium/-Fachgymnasium Grundkurs Geschichte in Sachsen-Anhalt von 1999 haben unter zeitlicher Zuordnung zur "Aufklärung" und als "Wahlpflicht" den Hinweis:

"Deutsche in Rußland; Ansiedlung von Deutschen an der Wolga unter Katharina II./Mutterkolonien gründen Tochterkolonien/Stalins Politik gegenüber den Rußlanddeutschen/Rußlanddeutsche als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler."

Bemerkenswert war, daß der neue Lehrplan für die Sek. II Gymnasium, Gesamtschule Geschichte (Anhörungsfassung) von Schleswig-Holstein unter "Projektlernen" als Beispiel eine Einheit "Schwierige Nachbarn: Deutsche und Polen" vorschlug, mit *"Die unterdrückte Nation; die polnischen Teilungen"*, über *"Migration und Integration"* im 19. Jahrhundert, *"Minderheiten und Minderheitsrechte"* bis zu *"Deutsche und Polen in Geschichtsbüchern"*; über die Ostsiedlung wird allerdings kein Wort verloren.

Die Tatsache, daß die Ostsiedlung (o.ä.) aus vielen Lehrplänen schon verschwunden ist, bedeutet schlichtweg, daß die Ereignisse der Jahre nach 1945 und auch die Aussiedlerproblematik dem Schüler gar nicht klar werden können. Allerdings war die Ostsiedlung auch schon in den 70er und 80er Jahren nicht in allen Lehrplänen mehr explizit vorgesehen. Ihre multiperspektivische Darstellung aus deutscher wie aus polnischer Sicht sah Baden-Württemberg vor (1980:

"Erkennen, warum die Ostsiedlung von Deutschen und Polen unterschiedlich bewertet wird"), zumal es sich nicht um eine "nationale" Angelegenheit handle (*"wissen, daß die Ostsiedlung sich nicht als nationale deutsche Ausdehnung, sondern als Landesausbau vollzieht"*).

Das Saarland verknüpfte (1980) damit die gesamte Folgethematik (*"Ergebnis: Eindeutschung weiter Gebiete zwischen Elbe und Memel/Transfer: Verlust der Ostgebiete/Vertrag zwischen Deutschland und Polen/Abtrennung der deutschen Ostgebiete und Vertreibung der Deutschen"* mit Hinweis auf den KMK-Beschluß zur Deutschen Frage im Unterricht).

Die eher zurückhaltende Behandlung in den Lehrplänen seit den 70er Jahren, die auf Ausgleich, Europäisierung und Multiperspektivität angelegt ist, unterscheidet sich deutlich von jenem Ton, der noch in den 50er und 60er Jahren angeschlagen wurde:

- betont wurde damals die kulturelle Mission (*"Ausstrahlungen deutscher Kultur nach Osten und Norden"*),

- die damit verbundene *"Pionierleistung"*, die, so wird ebenfalls unisono hervorgehoben, *"durch den Ruf slawischer Fürsten"* ausgelöst wurde.

Damit wird eine deutliche kulturelle Überlegenheit unterstellt, wie sie etwa Schleswig-Holstein noch 1968 unterstreicht (*"Die kulturelle Bedeutung der mittelalterlichen Kolonisation"*), das 1959 sogar noch darauf hinwies:

"Durch die gemeinsame Anstrengung aller deutschen Stände wird germanischer Volksboden wiedergewonnen. Die östliche Landnahme führt zu einer Erweiterung des deutschen Stammesgefüges und weist Deutschland zu, das östliche Grenzland Europas zu sein."

In den Schulbüchern der 80er Jahre stand - teilweise unter Bezug auf die deutsch-polnischen Schulbuch-Konferenzen - dann eher das Problem der multiperspektivischen, kontroversen Deutung im Mittelpunkt, z.B. 1985:

"Vier Jahre lang bemühten sich deutsche und polnische Experten um gemeinsame Empfehlungen für die Darstellung der deutsch-polnischen Geschichte in Schulbüchern. Zum Thema 'Polen und der Deutsche Orden' konnte der Abschlußbericht von 1977 nur den völligen Fehlschlag feststellen: In den polnischen Schulbüchern werde, so hieß es da, vor allem die Rolle des Deutschen Ordens als Herrschaftsträger und die Geschichte der Ausdehnung des Ordens-

landes durch Kriege und Waffengewalt aufgezeigt. Die westdeutschen Schulbücher würden die Missionsarbeit des Ordens und seine Leistung für die Verbesserung der Lebensverhältnisse betonen.

Dieser Problemkreis bedarf trotz gewisser Fortschritte, die auf der Konferenz in Thorn im September 1974 erzielt werden konnten, noch weiterer gründlicher Behandlung."

Für die 50er/60er Jahre - einmal abgesehen von der üblicherweise sehr viel ausführlicheren Darstellung der Fakten - mag folgende Einschätzung genügen.

1952 - *"Die Deutschen hatten weite Gebiete, die von den Germanen während der Völkerwanderung preisgegeben worden waren, wiedergewonnen. Die Elbe, die seit Jahrhunderten die deutsche Ostgrenze gebildet hatte, rückte in die Mitte des Reiches. Deutsche Kolonisten brachten fremden Völkern (Polen, Böhmen und Ungarn) den wertvollsten Teil ihrer Kultur. Sprache, Recht und Lebensart der Deutschen wirkten noch weiter nach Osten ..."*

1962 - *"... Es wirkte also starkes west-östliches Kulturgefälle. Die Hebung dieser rückständigen Gebiete auf den kulturellen und wirtschaftlichen Stand des Abendlandes war damals nur mit Hilfe deutscher Zuwanderer möglich."*

In Schulbüchern der 90er Jahre werden weithin die Aspekte: Miteinander, Multikulturalität, Multiperspektivität, Europäisierung und Gegenwartsbezug, weiter ausgemalt z.B. 1995:

"Kulturen treffen aufeinander"/Photo: "Die Marienburg in Ostpreußen, ehemaliges Herrschaftszentrum des Deutschen Ritterordens, wurde nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg vom polnischen Staat wiederaufgebaut".

Daneben stehen Photos einer Moschee und einer Kirche in Rüdeshelm und ein Bild über Sorbisch-Unterricht in Brandenburg/*"Siedlung und Völkerbegegnung im Osten"/"Fremde helfen bei der Entwicklung des Landes"*.

Oder (1992):

"Der Landesausbau im östlichen Mitteleuropa war wie überall eine herausragende kulturelle Leistung der Menschen des Hochmittelalters." Es finden sich allerdings auch Hinweise auf frühere geschichtspolitische Kontroversen, etwa 1994:

"So wurde von deutscher Seite betont, daß die Siedlungsgebiete der Polen zwischen Oder und Weichsel von germanischen Stämmen bewohnt gewesen seien ... Die Polen dagegen verwiesen auf Funde, die belegen, daß schon vorher slawische Siedlungen im heutigen Polen entstanden seien."

Mit den Lehrplanrevisionen seit den späteren 60er Jahren und der 70er Jahre ist ein deutlich verändertes Verhältnis zu den historischen deutschen Ostgebieten und den damit verbundenen Fragen und Problemkomplexen zu konstatieren. Dabei unterscheidet sich die Behandlung etwa in Bayern, Baden-Württemberg und jetzt Sachsen und Thüringen von der in NRW, Niedersachsen oder Brandenburg, um auch parteipolitische Nuancen zu kennzeichnen.

Grundsätzlich aber gilt: Der Weg führt weg von einer eindeutig deutschzentrierten Sicht, die - sofern überhaupt -, auf Polen (die Tschechoslowakei/Tschechien ist gar nicht weiter berücksichtigt) nur unter dem Eindruck der offenen Grenzregelung eingeht, den polnischen Standpunkt nicht berücksichtigt, im Zusammenhang mit der Ostkolonisation ein deutliches kulturelles Überlegenheitsgefühl propagiert (was sich naturgemäß auf die Einschätzung der Gegenwart auswirkt) weg zu einer deutlich auf Verständigung, Gemeinsamkeit, Symbiose (auch in der Rückprojektion auf das Mittelalter) zielenden Grundlinie, die auf Gleichrangigkeit der Partner abstellt und den Wiedervereinigungsgedanken nur mehr auf die DDR beschränkt.

Daher verschwindet seit den 70er Jahren auch der im Zusammenhang mit der Ostsiedlung deutliche Kulturüberlegenheit signalisierende Ton der Nachkriegsrichtlinien (er wird in den 70er/80er Jahren nur mehr höchst zurückhaltend angedeutet); damit verbindet sich aber auch der Ansatz, Reizthemen entweder auszublenden oder zu reduzieren (das betrifft seit den 80er Jahren eher die Ostkolonisation) oder in der Kontroverse zwischen Polen und Deutschland zu

spiegeln und damit die Relativität des eigenen Standpunktes deutlich zu machen.

Darüber hinaus lassen sich noch zwei weitere Varianten beobachten, die beide ebenfalls ansteigende Trends in der Lehrplanentwicklung spiegeln. Die erste klang bereits kurz an: die Behandlung des Themas unter dem Leitbegriff: "Migration".

In Berlin (*"Inhaltsbereich Migrationen/Ostsiedlung im Mittelalter/und: Auswanderung - Einwanderung - Vertreibung im 19. und 20. Jahrhundert"*, 1996), dann v.a. in Brandenburg (1991), Saarland (1992), Nordrhein-Westfalen (1994), Hessen (1995), Niedersachsen (1995), Rheinland-Pfalz (1999) und in Sachsen-Anhalt (1999) war die Tendenz v.a. in den integrierten geführten Fächern unverkennbar, das Thema aus dem chronologischen und nationalen Zusammenhang zu lösen und es als einen historischen Beleg unter anderen allgemein unter dieses Oberthema zu stellen.

Vergleichsmomente werden dann z.B. die Völkerwanderung, die Wanderung der Turkvölker, die Hugenotten, die Salzburger Exilanten (letztere in Brandenburg), Deutsche in Amerika, Polen im Ruhrgebiet, aktuelle Arbeits- und Armutsmigration.

Damit wird verdeutlicht, daß es sich um einen periodisch immer wieder eintretenden historischen Prozeß von "Wanderungen" unter verschiedenen historischen Rahmenbedingungen handelt, der daher auch nicht aus dem Rahmen des Üblichen fällt und der das humanitäre Gewissen ganz allgemein zu beschäftigen hat, also das Verständnis für Zuwanderung, Asylanten etc. wecken soll.

Allerdings ist bei diesem Ansatz immer zu würdigen, ob der ereignisgeschichtliche Kontext dadurch ersetzt wird oder ein solcher Ansatz nur komplementär vorliegt. Die Gefahr bleibt dabei, daß die Vergangenheit für aktuelle Kontroversen instrumentalisiert wird.

4. Wachsende Tendenz zur verschränkten Geschichtsdarstellung

Eine letzte Variante besteht darin, und diese Tendenz wird ebenfalls in den 80er Jahren vorbereitet und dann in den 90er Jahren verstärkt, durch eine eigene Unterrichtssequenz "Deutsche und Polen"/"Deutsche und Tschechen" (nur Niedersachsen 1995; letzteres müßte deutlich intensiviert werden) die enge Verknüpfung beider "Geschichten" herausarbeiten zu lassen:

Dieser Ansatz, der in den Schulbüchern bis 1999 noch nicht weit verbreitet ist, findet sich in den Richtlinien immer häufiger, z.B. Berlin (1996), Brandenburg (1991), Hamburg (1991), Rheinland-Pfalz (1994), Niedersachsen (1995), wo es heißt:

"Deutsche und Polen: Ausgehend von der endgültigen Grenzankennung der polnischen Westgrenze im Jahre 1991 sollen wichtige Stationen der polnischen Geschichte und des deutsch-polnischen Verhältnisses bis zurück zu den polnischen Teilungen untersucht werden. Die Belastungen der aktuellen Beziehungen durch nach wie vor strittige Bewertungen geschichtlicher Phasen sollten den Schülerinnen und Schülern deutlich werden. Nur so ist es möglich, die Belastungen und Probleme als Bestandteile der gemeinsamen Geschichte anzunehmen und Verständnis zu wecken für die nach wie vor wichtige Aufgabe einer guten Nachbarschaft zwischen Deutschen und Polen."

In den dazugehörigen inhaltlichen Schwerpunkten werden unter *"Probleme nationaler Identität: Beispiel Oberschlesien/Belastungen im deutsch-polnischen Verhältnis: Überfall, Vertreibung, Entschädigung"* angeführt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß nicht bei der jüngsten Vergangenheit stehen geblieben, sondern der Rückblick eingeschlossen und damit das Bild differenzierter wird.

Zusammenfassung

Es kann also keine Rede davon sein, daß der "historische deutsche Osten" aus den Lehrplänen unserer Schulen verschwunden ist. Was sich aber seit Ende der 60er Jahre geändert hat, ist der Kontext:

Die nur mehr historische Verbindung zu den damals bestehenden Rechtspositionen (obwohl zu keiner Zeit von "Revanchismus" o.ä. auch nur das geringste zu verspüren gewesen wäre),

der weit geringere quantitative Umfang bis hin zur völligen Marginalisierung inkl. der damit verbundenen Faktenkenntnisse (an denen es zutiefst mangelt), die multiperspektivische Akzentuierung, die Verbindung von deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus und Vertreibung nach 1945, die Betonung gemeinsamen Leids und das generelle Verständnis dieser Vergangenheit, die sich nicht mehr national verengt präsentiert, sondern sich in einen größeren europäischen Horizont einfügt.

Daher ist eine Verschränkung der "Geschichten" Deutschlands und der ostmitteleuropäischen Staaten ("Deutschland und seine östlichen Nachbarn"; "Deutsche und Polen"; "Deutsche und Tschechen" o.ä.) sicher der wirkungsvollste bildungspolitische und didaktische Ansatz.

Komplementär dazu wären Ansätze einzubeziehen, die der Geschichte unserer Nachbarn selbst eigene Sequenzen widmen.

Vor diesem Hintergrund ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn daneben der besondere Aspekt von "Flucht und Vertreibung" für einen mahnenden "Gegenwartsbezug" fruchtbar gemacht wird, ohne daß ein solcher "Gegenwartsbezug" nun den völlig unhistorischen Eindruck vermitteln sollte, man könne ein "Einwanderungsland Deutschland" oder eine "multikulturelle Gesellschaft" gerade mit dem Hinweis auf 1945 historisch legitimieren.

Es scheint, daß in solchen, die Gemeinsamkeit und Verflochtenheit der Geschichten betonenden Sequenzen der beste Ansatz liegt, das kulturelle Erbe der hier angesprochenen Regionen auch über die Schule zu bewahren und damit zugleich die Brücke zu unseren Nachbarn zu bauen.

Der Schule kommt dabei die Aufgabe zu, nachhaltiges historisches Grundwissen über diese Vergangenheit zu vermitteln, das aber nicht nur fixiert sein sollte auf jenen Tiefpunkt, den die Jahre zwischen 1933 und 1945 markieren, sondern die gesamte Vergangenheit einbezieht ...<<

Die deutsche Journalistin Helga Hirsch berichtet während dieser Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "Erinnerung an die Flucht und Vertreibung der Deutschen" (x879/114-121): >>... Insgesamt sind etwa 14 Millionen Deutsche von 1944 bis 1950 aus den deutschen Ostgebieten und den ehemals deutschen Siedlungsgebieten im Osten und Südosten geflohen oder vertrieben worden; knapp zwei Millionen von ihnen kamen um. Fast jede fünfte Familie in Nachkriegsdeutschland hatte somit ihre Heimat verloren. Wie hat sich unsere Gesellschaft der Entwurzelung gestellt, und wie sind die Entwurzelten selbst mit sich umgegangen?

Die Erinnerungen an Flucht und Vertreibung haben im Westen Deutschlands mehrere Phasen durchlaufen. Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren sie in Familiengeschichten, Filmen, Romanen und Dokumentationen allgegenwärtig als Ausdruck des authentischen Schocks, der die Menschen in ihren Alpträumen verfolgte, sie sich hilflos, ohnmächtig und abhängig fühlen ließ und sehr häufig in die soziale Deklassierung stieß.

Gleichzeitig aber wurden die dramatischen Erlebnisse jener, die von der Roten Armee überrollt, von Sowjetsoldaten vergewaltigt oder von Polen und Tschechen zur Zwangsarbeit eingesetzt worden waren, in der politischen Propaganda eingesetzt, da sich im beginnenden Kalten Krieg mit den Greueltaten eindringlich begründen ließ, warum sich das christliche Europa gegen "barbarische Rotarmisten" und die "bolschewistische Gefahr" schlechthin zusammenschließen und zu rüsten habe.

In den sechziger Jahren änderte sich die Situation radikal. Hatten sich die Vertriebenen wie der Rest der Nation bis dahin unter weitgehender Ausblendung der NS-Verbrechen fast ausschließlich als Opfer der Alliierten gesehen, nahmen die Nachgeborenen sie nur noch verächtlich als Täter und Mitläufer wahr. Der Verlust der Ostgebiete galt nun als gerechte Strafe für die Verbrechen des NS-Regimes; schon wer sentimental den Kindheitserinnerungen nachhing, stand im Verdacht des Revanchismus.

Von einigen literarischen Ausnahmen abgesehen - etwa den Romanen "Heimatmuseum" von Siegfried Lenz oder "Kindheitsmuster" von Christa Wolf - waren die Themen Flucht und Vertreibung in den siebziger und achtziger Jahren vom linken und liberalen Milieu gemieden oder sogar diskreditiert. Mütter oder Großmütter, die in jener Zeit etwas von ihren Erlebnissen preiszugeben versuchten, stießen in der Regel auf Gleichgültigkeit oder gar Ablehnung bei ihren Kindern. Das Thema Vertreibung wurde zu einer Domäne der politischen Rechten.

In Ostdeutschland war jede öffentliche Erinnerung an die verlorene Heimat schon kurz nach Kriegsende untersagt worden, da sich Groll, Wut und Vorbehalte gegen die Sowjetunion und die neuen Verbündeten hätten richten können. Schon ab 1945 durfte in der Sowjetischen Besatzungszone auf Anordnung der Sowjetischen Militäradministration nur noch beschönigend von "Umsiedlern" gesprochen werden, jede eigenständige Organisierung von Sudetendeutschen oder Schlesiern war verboten, für spezielle Eingliederungshilfen - wie im Westen den Lastenausgleich - gab es kein Geld.

Seit Anfang der neunziger Jahre hat im nun wiedervereinten Deutschland erneut ein Wandel im öffentlichen Umgang mit Flucht und Vertreibung stattgefunden.

Zum einen verfolgen Kinder und Enkel in Romanen und Autobiographien die Große Geschichte bis hinein in die kleinen Familiengeschichten, so daß die Verstrickungen von Vätern und Großvätern in der NS-Zeit ganz konkret unter die Lupe geraten - erinnert sei nur an Margret Nissen "Sind Sie die Tochter Speer?" oder an Martin Pollack "Der Tote im Bunker".

Zum anderen blenden die Nachgeborenen nicht mehr das Leiden aus, das ihre Familie getroffen hat - durch den Verlust von Vätern an der Front, durch Bombenterror oder durch Flucht und Vertreibung. Hier sei beispielsweise erinnert an Reinhard Jirgls Biographie in "Die Unvollendeten" oder an die Biographien in meinem Buch "Schweres Gepäck".

Wer auch das Leiden der Deutschen thematisiert - so die neue Erkenntnis - muß keineswegs die Schuld der Deutschen relativieren oder die Leiden der jüdischen, polnischen oder russischen Opfer marginalisieren.

Vielmehr erweist sich, daß viele Vertriebenenkinder, als sie endlich wagten, über die Heimatlosigkeit und den Schmerz der Eltern zu reflektieren, sich zuvor jahrelang mit der NS-Geschichte beschäftigt und Kontakte zu überlebenden Juden aufgebaut hatten.

Ihr Bedürfnis nach Integration, auch des eigenen Leidens, erwuchs aus dem Bedürfnis, die weißen Lücken der Familienbiographie zu füllen und ein stabileres, stärker in sich ruhendes Selbstverständnis zu entwickeln. "Wie ist es um die Nachkommen der Vertriebenen bestellt, denen ihre Herkunft oftmals unerschließbar bleiben mußte?", fragte denn auch der Schriftsteller Reinhard Jirgl, dessen Mutter und Großmutter aus dem Sudetenland stammen.

Wenn das Thema ausgerechnet jetzt, 60 Jahre nach den Ereignissen zurückkehrt, hat das mehrere Gründe: Zum einen stehen nun schon die Kinder von Vertriebenen kurz vor dem Rentenalter, in dem nicht mehr Berufswelt, Karriere und soziale Absicherung vordringlich sind, sondern sich Fragen aufdrängen: Wer bin ich denn geworden?

Was für ein Leben habe ich geführt? Was hat mich in diesem Leben bestimmt? Als 1989 der Eiserne Vorhang fiel, haben viele Familien - wo es noch möglich war, reisten Eltern, Kinder und Enkel gemeinsam - die alten Heimaten besucht: Die Älteren wollten die verlorenen Stätten ihrer Jugend noch einmal, und die Kinder und Enkel wollten sie erstmals sehen.

Was über Jahrzehnte nur auf vergilbten Fotos und als Erzählung aus angeblichen Paradieswelten existiert hatte, gewann reale Gestalt. Die Trauer fand so einen geographischen Ort, und über die verklärte Vergangenheit schob sich die Gegenwart:

Die Häuser hatten die Besitzer gewechselt und statt deutsch wurde polnisch, tschechisch oder ungarisch in ihnen gesprochen.

So gerieten mit der Entdeckung der abgebrochenen Familiengeschichte auch der Raum, die Geschichte, die Menschen östlich des einstigen Eisernen Vorhang wieder ins Blickfeld und

nach Jahrzehnten der Ausblendung eröffnete sich das kulturelle Erbe im mittleren und östlichen Europa auch wieder als Teil der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte - mit Uwe Johnson aus dem pommerschen Cammin oder mit Gerhart Hauptmann im schlesischen Agnetendorf.

Hinzu kommt ein anderer Faktor. Jahrzehntlang hatten sich die alte Bundesrepublik und die DDR gerühmt, die Vertriebenen in vorbildlicher Weise integriert zu haben. Die DDR hatte schon nach wenigen Jahren verkündet, die vier Millionen "Umsiedler" hätten sich mit der einheimischen Bevölkerung verschmolzen - das Problem sei also nicht mehr existent.

Im Westen hatte man geglaubt, die Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugereisten spätestens Ende der 60er Jahre behoben zu haben. Dem Stolz von Politikern - "Wir haben sie integriert!" - entsprach der Stolz der Betroffenen: "Wir haben es geschafft!" Doch mit der Angleichung der Lebensverhältnisse waren die seelischen Verwundungen noch keineswegs geheilt.

Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs galten Flucht und Vertreibung als "normal". "Das war nichts Besonderes", sagen einige Betroffene bis heute. Auch ausgebombte Familien standen vor dem Nichts und waren zum Neuanfang gezwungen. Also verdrängten Flüchtlinge und Vertriebene ihre Verzweiflung, ihre Trauer und die Gefühle von Hilflosigkeit und Ohnmacht und konzentrierten sich mit aller Kraft auf die Gründung einer neuen Existenz.

In den ersten Monaten und Jahren nach Kriegsende waren Flüchtlings- und Vertriebenenkinder zwar noch durch Unterernährung, Krankheiten, durch Alpträume und Sprachstörungen aufgefallen. Doch schon nach drei, vier Jahren schien alles überwunden. Vertriebenkinder lernten besonders gut, waren strebsam, paßten sich dem Dialekt und den Sitten ihrer neuen Umgebung an, tauchten in Vereinen unter und heirateten - je jünger, desto öfter - einheimische Frauen und Männer.

Sie funktionierten gut - die Vertriebenenkinder, denn sie wollten auf keinen Fall auffallen. Aber sie besaßen oft nur ein geringes Selbstbewußtsein und erhofften sich Anerkennung durch überdurchschnittliche Leistungen in Schule und Beruf. Wissen schien nach den Erfahrungen des Heimatverlusts außerdem die stabilste Grundversicherung zu bieten. "Was du weißt", so hörten sie oft von ihren Eltern, "das kann dir keiner mehr nehmen." Allerdings drängten sie, auch wenn sie aufstiegen in Beruf und Politik, nur selten in die erste Reihe, da, wer auffällt, Neid und Aggression auf sich zieht.

Daß Vertriebene und ihre Kinder, obwohl äußerlich seit langem auffällig unauffällig, innerlich häufig noch geprägt sind von Flucht und Heimatverlust, gerät erst seit einigen Jahren ins Blickfeld. Bei einer Umfrage des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg aus dem Jahre 1999 ergab sich beispielsweise, daß noch 62 Prozent der Befragten unter belastenden Erinnerungsbildern und dem Wiedererleben traumatischer Situationen litten.

Ermutigt durch die Berichte über die massenhaften Demütigungen der Frauen im zerfallenden Jugoslawien brachen seit Anfang der neunziger Jahre auch viele Frauen ihr Schweigen und berichteten erstmals über ihre eigenen Vergewaltigungen fünfzig Jahre zuvor. Ein "abgesunkenes Stück kollektiver Leidensgeschichte des Zweiten Weltkriegs", so formulierte es der Historiker Hans-Ulrich Wehler, könne endlich "ruhig besprochen werden".

All dies, was uns als positiv erscheint, weil es uns also reifer, souveräner, berechenbarer machen könnte, wenn es die Einseitigkeiten der Vergangenheit überwindet und Verdrängtes bewußt macht und damit unserer Einflußnahme unterstellt - all dies macht unseren Nachbarn Angst.

Vor allem die Polen befürchten eine Geschichtsrevision, da die Deutschen, so der durchgängige Vorwurf, den Zusammenhang von Ursache und Wirkung zerreißen und die Vertreibung 1945 losgelöst vom Überfall 1939 darstellen würden. Außerdem, so eine weitere Kritik, wollten sich die Deutschen nun nach den Juden als die größten Opfer des Zweiten Weltkriegs stili-

sieren und andere Opfergruppen (weiter) aus dem öffentlichen Gedächtnis verbannen. Mögen derartige Befürchtungen bei Menschen wie Wladyslaw Bartoszewski, Marek Edelman oder Bronislaw Geremek aufgrund ihren traumatischen Erfahrungen im Konzentrationslager, im Warschauer- und im Getto-Aufstand bzw. im Leben unter falscher Identität verständlich erscheinen, so dient die Re-Aktivierung des alten deutschen Feindbildes konservativnationalistischen und teilweise auch liberalen Politiker und Publizisten als bewußtes Ablenkungsmanöver in der aktuellen politischen Auseinandersetzung. Das Böse wird auf das Außen projiziert, damit die Schattenseiten des Eigenen nicht ins Blickfeld geraten und das mythologisierte, gute Selbstbildnis erhalten bleibt.

Wenn nämlich Deutsche nicht nur Täter und böse sind, sondern durch die Vertreibung auch gelitten haben, stellt sich die Frage nach dem Anteil der Polen an diesem Vorgang. Polen ist nicht nur der gezwungene Vollstrecker der Politik der alliierten Siegermächte gewesen, Polen hat auch von sich aus die ethnische Homogenisierung seines Staatsgebiets betrieben, mit den "wilden Vertreibungen" der Deutschen und der verwaltungsmäßigen Übernahme der deutschen Ostgebiete noch vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen geschaffen und eigenständig Internierungslager für die verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheit eingerichtet.

Zwar haben polnische Historiker und Publizisten bereits einige Mal eingeräumt, das "kleinere Übel" der Vertreibung der Deutschen sei nicht durch das "größere Übel" der deutschen Verbrechen zu rechtfertigen. In der Zeit der augenblicklichen ökonomischen, politischen und vor allem moralischen Verunsicherung aber pochen nationalistische Politiker auf die uneingeschränkte Opferrolle Polens als Fundament des nationalen Selbstverständnisses:

Für sie sind alle Behauptungen über eine Mitschuld von Polen am Holocaust oder an der Vertreibung der Deutschen Verleumdungen, und alle Deutschen sind "Hitleristen", mit denen sich Empathie selbstverständlich verbietet.

Es ist offenkundig eine Eigenschaft des Menschen, daß er auch als Opfer zu einem Konkurrenzdenken tendiert. Wie könnten Deutsche es wagen - so sinngemäß der polnische Schriftsteller Stefan Chwin - über ihre Vertreibung zu reden, wo Polen mit KZ-Haft, Zwangsarbeit und ebenfalls mit Vertreibung viel Schlimmeres erlebt hätten und nach dem Krieg nicht in einer "zivilisierten Welt" wie die Westdeutschen, sondern in der "roten (kommunistischen) Zone" gelandet seien?

Diese Art der Fragestellung führt allerdings in eine Sackgasse, da das Leiden des Individuums nicht meßbar ist und zudem nicht abhängt von der Schuld oder Unschuld seiner Nation. Erinnerung ist immer subjektiv und damit singular. Sie ist gebunden an die spezifischen historischen Umstände eines Landes und kann ihre integrierende, heilende Wirkung nur dann entfalten, wenn diesem besonderen Charakter Rechnung getragen wird.

Erfahren die Menschen aber für ihre spezifischen Erfahrungen kein Verständnis, dann kann Trauer in Bitterkeit und Ressentiment umschlagen - wie etwa bei jenen Vertriebenen, die nun mit Forderungen nach Entschädigungen für ihr verlorenes Eigentum von Polen und Tschechen eine Anerkennung für ihr Leiden erpressen wollen, die sie politisch und menschlich nicht oder ihrer Meinung nach zu wenig erhalten haben. ...<<

27.11.2004

BRD: Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Bruno Bandulet schreibt am 27. November 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Der Staat fördert die Dekadenz

Hinsichtlich konservativen Gedankengutes sollte Deutschland einen Blick Richtung USA wagen

Ermutigt durch den Wahlsieg der Konservativen in Amerika, ermahnte CSU-Generalsekretär Söder die Union, auch Deutschland brauche eine Wertedebatte. Sehr gut, dann kann die CDU

ja Martin Hohmann, einen Repräsentanten ihres wertkonservativen und katholischen Flügels, gleich wieder aufnehmen.

Die Werte liegen in Deutschland in der Tat im argen. Nur vier Tage bevor die Amerikaner per Referendum in elf Bundesstaaten mit überwältigender Mehrheit die Homo-Ehe verwarfen, beschloß der Bundestag deren fast vollständige Gleichberechtigung mit der "konventionellen Ehe", wie sie neuerdings auch genannt wird. Die Homosexuellen können sich nun verloben, haben das Recht auf Witwenrenten und kommen in den Genuß gesetzlicher Scheidungsregeln. Nun ist die Homosexualität sicherlich Privatsache, sie geht den Staat nichts an.

Sie kann aber nicht Bestandteil einer Werteordnung sein. Und sie sollte nicht auf eine Weise drapiert werden, die das gesellschaftliche Prestige der Familie schmälert. Es darf nicht etwas gleichgesetzt werden und gleichberechtigt sein, was nicht gleich ist. Gute Katholiken wie der Italiener Buttiglione halten Homosexualität sogar für Sünde. Dem kann man zustimmen oder auch nicht, man muß es aber sagen dürfen.

Heute hält die Mehrheit der Europa-Abgeordneten einen Katholiken nicht für tragbar als Kommissar, wohl aber einen früheren kommunistischen Apparatschik. Morgen, wenn die Türkei erst einmal dabei ist, werden sie voraussichtlich einen Moslem ertragen müssen, der über Familie und Abtreibung nicht anders denkt als Buttiglione.

Uns interessiert hier freilich mehr der praktische Aspekt des Themas. Mit durchschnittlich 1,4 Geburten pro Frau (in Frankreich sind es 1,9!) wird das deutsche Volk in den kommenden Jahrzehnten dramatisch schrumpfen. Die Folgen sind vorhersehbar: eine Abwärtsspirale der Wirtschaft, der Ruin der öffentlichen Finanzen, eine allgemeine Verarmung. Unsere Wirtschaft ist auf eine stark abnehmende Bevölkerung nicht ausgelegt - ganz abgesehen davon, daß ein Vakuum in der Mitte Europas Einwanderer ansaugen wird, und zwar die falschen.

Die Wirtschaft steht vor einem Abgrund, aber die Gesellschaft leistet sich die systematische Abwertung der Familie und die Subventionierung der Abtreibung mit über 40 Millionen Euro Steuergeldern pro Jahr. Die Regierung finanziert damit die Entstehung der Rentenlücke, die sie später selbst decken müßte, aber nicht decken kann.

In den USA gehen Bischöfe auf die Straße gegen die Abtreibung, in Deutschland werden sie durch das System der von Staats wegen eingetriebenen Kirchensteuer ruhiggestellt. An jedem Werktag werden hierzulande 1.000 ungeborene Kinder getötet - eine Praxis, die laut Bundesverfassungsgericht "rechtswidrig, aber straffrei" ist. Damit ist klargestellt, daß der Staat rechtswidrige Handlungen finanziert. Vielleicht kommt die Union irgendwann auf die Idee, den umstrittenen Paragraphen 218 einer nachträglichen Prüfung zu unterziehen. Sie würde damit nur den Intentionen des Verfassungsgerichtes folgen.

Es fällt auch auf, ein wie großer Prozentsatz prominenter Politiker entweder keine Kinder hat oder vom anderen Geschlecht nichts hält oder jedenfalls im Laufe der Zeit mehr Frauen als Kinder vorzuweisen hat.

Die immer noch tonangebenden 68er behandeln andersartige Lebensformen eben nicht als Privatsache. Sie propagieren sie. Auf einem Vortrag vor der Pädagogischen Hochschule Freiburg erklärte der Basler Psychotherapeut Professor Rauchfleisch schwule Lebensbeziehungen zum "Vorbild" für heterosexuelle Beziehungen. Ihr Rollenverständnis sei "nachahmenswert". Die 150 Zuhörer waren beeindruckt. "Das hört sich ja berauschend schön an", sagte eine Frau in der anschließenden Diskussion.

Deutschland tut gut daran, sich nicht in die Militäraktionen und Weltmachtabenteuer der USA verwickeln zu lassen. Aber die Amerikaner machen nicht alles falsch. Über viele Themen, die besonders in Deutschland nahezu tabu sind, kann in Amerika offen diskutiert werden. Konservative Meinungen haben Einfluß und werden respektiert. Den Spagat, außenpolitisch Distanz zu den USA zu halten, aber nicht unbedingt gesellschaftspolitisch, muß die CDU/CSU erst noch meistern. Von den Amerikanern können wir die Fähigkeit lernen, zwischen dem zu

unterscheiden, was aufbaut und stärkt, und dem, was schwächt.

Übrigens lohnt es sich, wieder einmal die römische Geschichte zu studieren. Rom ging unter, weil die Sitten verfielen (kinderlose Frauen waren angesehener als solche mit Nachwuchs), weil Millionen nicht integrierbarer Ausländer hereingelassen wurden, weil die Steuern zu hoch waren und der Bürgersinn schwand - und weil das Imperium überdehnt wurde.

Ein abschüssiger Weg, auf dem Europa schon ein Stück weiter ist als die USA. Die Überdehnung ist beiden gemeinsam: Amerika hätte nie in den Irak einmarschieren dürfen, die EU übernimmt sich mit der Aufnahme der Türkei.<<

18.12.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Dezember 2004

(x887/...): >>**Liebe zum eigenen Land ausgetrieben**

Klaus Rainer Röhl über anerzogene Tabus der Political Correctness in Deutschland

Es ist was faul im Staate D. Genauer, eine Menge. Viele Bürger spüren das, trauen sich aber nicht, Fragen zu stellen nach dem Weshalb und Wozu. Jedenfalls nicht öffentlich, weil sie fürchten anzuecken. Als "rechts" stigmatisiert zu werden, kann üble Folgen haben. Der Fall Hohmann war ein Lehrstück dafür. Man schweigt daher lieber und hofft, daß man irgendwann einmal aus seinem Herzen keine Mördergrube mehr machen muß - beinahe so, als lebte man in einer Diktatur.

Die Fragen jedoch rumoren weiter in den Köpfen, und sie fordern Antworten. Fundierte, unmißverständliche, möglicherweise auch verstörende Antworten.

Röhl hat das als Appell verstanden und deshalb 33 unerwünschte Fragen, die man ihm in den letzten Jahren unter der Hand gestellt hat, aufgegriffen und sie, ergänzt durch zwei Exkurse, in seinem neuen Buch, "Deutsche Tabus" behandelt.

In seiner grundlegenden Eröffnungsbilanz unter dem Stichwort "Links und Rechts" hat er das Grundthema angeschlagen, das er in allen Kapiteln erneut zur Sprache bringt: Das System des Sozialismus und seine Auswirkungen auf das gegenwärtige Deutschland.

Es gibt heute im Bundestag keine einzige rechte Partei mehr, nur mehr oder weniger linke. Der Historiker führt diese Tatsache auf eine dreistufige Umerziehung zurück, der das deutsche Volk unterworfen wurde. Nach Kriegsende sollte alles, was nur im entferntesten an nationale Wertvorstellungen erinnerte, tabuisiert und sanktioniert werden, um so auf Dauer aus dem öffentlichen Diskurs - und damit letztlich aus den Köpfen der Deutschen - zu verbannen.

Zunächst trat die Besatzungsmacht mit der sogenannten Reeducation in Aktion, die anschließend als Selbst-Erziehung von den selbstverständlich linken Lizenzträgern erfolgreich fortgeführt wurde. Ab 1968 folgte die dritte Stufe der Umerziehung als Erziehung der Eltern durch ihre revoltierenden Kinder.

Der Erfolg der jahrzehntelangen Bemühungen ist offensichtlich: Die Deutschen haben sich den Forderungen der Political Correctness angepaßt; sie haben also ihre Lektion gelernt. Widerstand regt sich nur unter der Decke. Man hat ihnen ein schlechtes Gewissen eingepflicht, sie zum "Tätervolk" erklärt, ihnen die Liebe zum eigenen Land ausgetrieben, sämtliche nur denkbaren Tugenden verunglimpft.

Daraus hat sich allem Anschein nach eine permanente Verweigerungshaltung vieler einzelner gegenüber den Interessen der Gemeinschaft entwickelt, die sich im Verzicht auf Nachwuchs, Verfall der eigenen Kultur, die zu verteidigen sich nicht mehr lohnte, in dramatisch sinkender Wahlbeteiligung, Abwanderung der Eliten, Hedonismus und Verwahrlosung der Sitten niedergeschlagen hat, um nur einige Symptome zu nennen.

Und anstatt nun diesen verunsicherten, in ihrer Selbstachtung geschädigten Bürgern endlich eine Perspektive zu bieten, fahren diejenigen, die für diesen Zustand mitverantwortlich sind, fort auf ihrem einmal eingeschlagenen Weg. Mit dem Erfolg, daß Deutschland auf vielen Gebieten ins Hintertreffen gerät, nicht nur in der Bildung. Unser Land ist vom Musterknaben

zum Sitzenbleiber degeneriert. Auch die Opposition hat kein Konzept, das überzeugen könnte. Der Karren rollt bereits in den Abgrund - und niemand in Sicht, der ihn anhalten könnte. Oder?

"Götterdämmerung - Was wird bleiben von 1968?" So ist auch die Röhlsche Schlußbilanz betitelt, eine noch düstere Variante des ersten Kapitels. Eröffnungs- und Schlußbilanz der "Deutschen Tabus" formen den Rahmen für 33 Kapitel unterschiedlicher Länge und Gestaltung, die vielfältigen Themenkreisen entstammen und Einzelprobleme differenziert darstellen - Mosaiksteine, die nicht willkürlich ausgewählt wurden, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, und so am Ende ein geschlossenes Bild ergeben.

Erforderliche historische Rückblicke wechseln in schneller Folge auch innerhalb der Artikel mit ironisch zugespitzten, ja satirischen Abschnitten - nicht umsonst hat Alexander Schuller den Autor in der Welt am Sonntag einmal den "Tucholsky der Republik" genannt - gefolgt von Aussagen, die von tiefer Besorgnis um das Land geprägt sind. Auf diese Weise entsteht ein Sog, der einen förmlich zwingt weiterzulesen, für Kenner seiner bisherigen Bücher allerdings keine Überraschung. Die Lektüre ist für alle, für Freunde und Gegner, ein Gewinn.

Offenbar nimmt Röhl Angriffe des linksgewirkten Medien-Mainstreams nicht nur in Kauf, sondern fordert sie bewußt heraus, in der Hoffnung, wenigstens eine Diskussion über die bisher tabuisierten Fragen in Gang zu bringen.

Klaus Rainer Röhl: "Deutsche Tabus - ungefragte Antworten", ... München 2004 ...<<

25.12.2004

BRD: Der deutsche Politikwissenschaftler Klaus Hornung schreibt am 25. Dezember 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Von den Wurzeln der deutschen Multikulti-Neurose

Erstaunt und beunruhigt über die deutsche nationale Selbstverachtung sei er, sagte kürzlich der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg, kein konservativer, wohl eher ein linksliberaler Intellektueller. Daß bei den Deutschen einiges nicht in Ordnung ist, daß ihnen etwas fehlt, zeigt auch die erneute Debatte um deutsche Identität und Interessen sowie Patriotismus. Wenn daraus mehr werden soll als nur jene sattsam bekannten unverbindlich-seichten Talkshows, ist freilich ein Nachdenken über den tiefgreifenden kulturevolutionären Umbruch in Deutschland seit den 60er Jahren notwendig, der zu einer unübersehbaren Erosion unserer historisch-kulturellen Fundamente geführt hat.

Die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Wurzeln der totalitären Diktatur Hitlers hatte, entgegen den Behauptungen der 68er, schon unmittelbar nach ihrem katastrophischen Untergang begonnen. Schon 1946 erschien zum Beispiel das Buch Eugen Kogons "Der SS-Staat". Die in den 50er Jahren prägenden Historiker, Hans Rothfels in Tübingen, Gerhard Ritter und dann Arnold Bergstraesser in Freiburg, Franz Schnabel in München und später Heinz-Dietrich Ortlieb in Hamburg, betrieben in Forschung und Lehre nichts anderes.

Im Gegensatz zu den Nachkommenden wehrten sie freilich die Leidenschaften des Parteienstreits, der politischen Ressentiments und Propaganda ab und ging es ihnen um die Vollständigkeit der geschichtlichen Tatsachen "in ihrer wechselseitigen Beziehung und Durchdringung". Rothfels sprach von der "Anmaßung eines Richteramtes, die mit einer gewissen Robustheit des Gewissens und einem guten Teil Selbstgefälligkeit einem Volk allein die Schuld beimessen oder ein Urteil über das Maß seiner moralischen 'Rehabilitierung' fällen will". Hier ging es bei aller entschiedenen Kritik des nationalsozialistischen Totalitarismus doch auch darum, die für unerläßlich erachteten Elemente der nationalen Überlieferung nicht preiszugeben.

Der Geschichtspolitik und "Vergangenheitsbewältigung" seit den 60er Jahren ging es dagegen um ganz anderes. Die NS-Vergangenheit sollte unbedingt "Gegenwart" bleiben als dunkle Folie für den unaufhaltsamen Fortschritt zu Freiheit und Gleichheit. Zugleich sollte sie auch

in die Vergangenheit hinein verlängert werden: zu Bismarck, zum preußischen angeblichen Obrigkeitsstaat, zu Friedrich dem Großen und bis zur "Gehorsamspredigt" Martin Luthers, um nicht nur die nationalsozialistischen Wurzeln auszureißen, sondern deutsche Geschichte und Tradition insgesamt umzupflügen für die tabula rasa einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft.

Zielpunkt war die endgültige Überwindung der angeblich deutschen "autoritären Persönlichkeit" durch den "neuen Menschen" der neomarxistischen Zukunft, wie sie Theodor W. Adorno der begierig lauschenden Studentenbewegung verkündete. Und so durfte sich niemand wundern, wenn ein bestimmtes Publikum, etwa in deutschen Universitätsstädten, Daniel Goldhagens Thesen von der antisemitisch verdorbenen deutschen Genetik und den "willigen Vollstreckern" Hitlers frenetisch und kritiklos feierte. Es drängte sich förmlich die Erinnerung an Leo Trotzki auf, der 1917 seine politischen Gegner mitsamt allem historisch Gewachsenen bekanntermaßen "auf den Müllhaufen der Geschichte" hatte werfen wollen.

In der Tat erinnerte auch vieles in dieser 68er Kulturrevolution an Hitlers "zynische Mißachtung geronnener historischer Strukturen" und an den "ahistorischen Grundzug seines chiliastischen Geschichtsverständnisses" (Hans Mommsen). Das Ergebnis dieser Umerziehung durch die Geschichtspolitik der 68er Kulturrevolution war, daß sich die Deutschen nun ihre 1.000jährige Geschichte verstellen ließen durch den braunen Koloß der NS-Zeit, daß man die deutsche Geschichte gleichsam eindampfte auf jene berüchtigten zwölf Jahre, wenn nicht gleich gar nur auf den Holocaust. Das war nicht mehr reale Geschichte, sondern eine extreme Geschichtsmythologie als Herrschaftsinstrument.

Und die weitere Folge war, daß Deutschland und die Deutschen zu jener "Canossarepublik" wurden, wie sie der Präsident Estlands, Lennart Meri, bei seiner Rede zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 in Berlin nannte, eine Republik, in der "rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung praktiziert" wird, wie der den Deutschen wohlwollende Präsident hinzufügte, in einem Klima, in dem "die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen ange-tan wurde, ohne schief angesehen zu werden - aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst".

Die vorausgegangene Geschichtsberaubung und einseitig "antifaschistische" Geschichtsmythologie reduzierte die Deutschen und ihre sogenannten Eliten auf eine allen Einflüssen gegenüber willfährige "Bevölkerung", der man heute selbst die gegen ihren Willen und ihre Interessen stattfindende Masseneinwanderung als "Bereicherung" und die multikulturelle Gesellschaft als die eigentliche Demokratie für "alle Menschen" zu preisen wagen kann.

Wir sind damit in eine neue Phase der Kulturrevolution eingetreten, die die totalitäre Idee des "neuen Menschen" und einer "neuen Gesellschaft" in die Gewänder der Globalisierung hüllt. Im Bündnis der turbokapitalistischen Chicago Boys mit den "antifaschistischen" Jakobinern von 1968 wird die multikulturelle Weltgesellschaft zur neuen großen Utopie, der die Zivilreligion des "Antirassismus" als verbindliches Dogma und als massives Sanktionsinstrument zur Seite tritt, insgesamt ein neuer politischer Messianismus mit den bekannten totalitären Trends, wie sie Hans Freyer einst als die Machbarkeit der Sachen, die Organisierbarkeit der Arbeit, die Zivilisierbarkeit des Menschen und die Vollendbarkeit der Geschichte gültig beschrieb.

Dieser universalistische Anspruch wird zum Todfeind der wahren Freiheit, die nur plural sein kann, zum Feind aller wirklichen Vielfalt und der gewachsenen Eigengestalt der Kulturen, Religionen, Ethnien und er dient den herrschenden Kommandohöhen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Medien zur, freilich durchsichtigen, Legitimation für weltweite Migrationen und Einwanderungen nach den Maßstäben ihrer strategischen Interessen.

Mit untrüglichen Instinkt hat Helmut Schmidt vor kurzem diese Einwanderungspolitik das "Lieblingskind der privilegierten politischen und kulturellen Klassen" genannt, die ihre Multi-

kulti-Utopie zu Lasten und auf Kosten der breiten Schichten der eigenen Bevölkerung auf Biegen und Brechen durchzusetzen versuchen.

Es wäre an der Zeit, angesichts dieser für die Menschheit bedrohlichen Lage wieder einmal Max Webers klassisch gewordenen Vortrag "Der Beruf zur Politik" zur Kenntnis zu nehmen, den der große Soziologe im Januar 1919 inmitten der damaligen Umbruchsituation hielt und in dem er die beiden Weisen politischen Denkens und Handelns umriß: Gesinnungsethik und Verantwortungsethik.

Der Gesinnungsethiker, so sagte Weber dort, geht, von der Güte und Vollkommenheit des Menschen und der Welt aus; als "ethischer Rationalist" könne er die ethische Irrationalität der Welt nicht ertragen und er fühle sich verantwortlich dafür, "daß die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme zum Beispiel des Protestes gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt".

Aber eben der Gesinnungsethiker könne rasch umschlagen in den chiliastischen Propheten, der soeben noch "Liebe gegen Gewalt" predigte, um im nächsten Augenblick zur Gewalt aufzurufen, die dann natürlich die letzte Gewalt sein soll zur endgültigen Vernichtung aller Gewalt. Der verantwortungsethisch Handelnde weiß hingegen, "daß man für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat" und er rechnet mit den durchschnittlichen Defekten der Menschen, mit ihrem Mangel an Vollkommenheit, Güte und Rationalität.

Wird Gesinnungsethik in der Politik vorwiegend getragen von Wünschen, Wünschbarkeiten und Idealen, von der Utopie, so wird Verantwortungsethik geprägt von Wirklichkeitssinn, von den realen Interessen der Betroffenen und der Akteure, im internationalen Bereich von der "Korrelation der Kräfte", die zu kalkulieren die zentrale Aufgabe ist, um dann auch, soweit menschenmöglich, die voraussehbaren Folgen der Entscheidungen kalkulieren zu können.

Politische Verantwortungsethik denkt und handelt daher auch stets geschichtlich, in der Verantwortung von denen, die vor uns waren, und vor denen, die nach uns kommen. Da die politischen Klassen unserer Tage von einer atemberaubenden Geschichtsunkennntnis gekennzeichnet sind, hat ihr Geschichtsverlust jenen politischen Realitätsverlust zur Folge, den wir als beängstigendes Faktum am Beginn des neuen Jahrhunderts konstatieren müssen.

Gerade die heutige Einwanderungspolitik - besonders in Deutschland - wird zum klassischen Beleg des Geschichts- und Verantwortungsverlusts in den Führungsklassen, des gravierenden Unvermögens, langfristige Perspektiven überhaupt zu erkennen und durchzuhalten. Sie werden verdeckt durch Kurzatmigkeit und Augenblicksentscheidungen, Medienabhängigkeit und das Schielen nach den rasch wechselnden Stimmungslagen der Massen bis hin zu ihrem "Nach uns die Sintflut".

Gerade in der heutigen deutschen Situation kann nur ein Paradigmenwechsel helfen, nicht zuletzt in der Ausländer- und Einwanderungspolitik. Das beginnt - schwierig genug nach dem kulturrevolutionären Prozeß der letzten Jahrzehnte - mit dem kollektiven Bewußtsein und der Gestimmtheit in der Gesellschaft selbst, ihrem Geschichtsverlust und der daraus rührenden Selbstverachtung bis hin zu neuroseartigem Kollektivschuldbewußtsein, das die Kräfte von außen geradezu ansaugen muß.

Hier ist ernsthafte Vergegenwärtigung der eigenen Identität, die aus der kritisch angeeigneten eigenen Geschichte zu gewinnen ist, und den daraus abzuleitenden eigenen Interessen gewissermaßen der Elementarkurs für den erforderlichen Paradigmenwechsel.

Geboten ist damit vor allem eine gründliche Aufarbeitung der zurückliegenden 30 bis 40 Jahre der deutschen Kulturrevolution, ihrer Ursachen und Folgen mit dem Ziel, wieder zu einer relativen Normalität der Deutschen als Nation unter Nationen zu finden, zu einem neuen Gleichgewicht, einer Mittellage zwischen "Machtversessenheit und Machvergessenheit" - gewiß mehr Konrad Adenauer, Helmut Schmidt und Helmut Kohl (aber nicht mit seiner Innenpolitik) als Schröder und Fischer, insgesamt eine geschichtsgestützte Realpolitik, die der gesin-

nungsethischen Geschichts- und Nationsvergessenheit entgegentritt, die die Deutschen nach dem Abgang Konrad Adenauers so verhängnisvoll prägte und in die Irre führte.

Um aus den Fehlwegen und Sackgassen, in die die Kulturrevolution seit 1968 die deutsche Gesellschaft und Politik geführt hat, herauszukommen, bedarf es einer gründlichen Kenntnis und Erkenntnis der Ursachen dieser Entwicklung. Es erscheint dringend notwendig, der kulturell-politischen Hegemonie der 68er Bewegung entschiedener als bisher entgegenzutreten, um anstelle der gesinnungsethischen Utopie mit ihrer verbreiteten Nicht-Kalkulation der Folgen einer verantwortungsethischen, an der Wirklichkeit orientierten Politik im Inneren wie nach außen wieder Raum zu schaffen. Die Einwanderungs- und Ausländerpolitik wird hier, ob man will oder nicht, zum wohl wichtigsten Prüfstein.

Und das eine ist sicher: Ohne Mut wird es dabei nicht gehen. Die neudeutsche Neigung zum Frieden um jeden Preis, zum Wegsehen, zur Konfliktvermeidung, zum Gutmenschentum, koste es was es wolle, bietet hier keinen verlässlichen Kompaß und erzeugt gerade die Konflikte, die das Denken und Handeln nur für heute und für den Augenblick vermeiden will, die es aber um so sicherer und verhängnisvoller auf längere Sicht gerade herbeiruft.

Verantwortungsethische Politik ist vor allem deshalb realistischer und humaner als gesinnungsethische Kurzsichtigkeit, weil sie herannahende Konflikte rechtzeitig sieht und zu entschärfen sucht, ehe sie sich zu unlösbaren Katastrophen zusammenballen. Eben diese Wetterwand zieht aber, allen Vernünftigen sichtbar, heute mit der gegenwärtigen Politik der ungebremsten Zuwanderung nach Europa und Deutschland herauf. Sie zu ignorieren ist das schlimmste Signal der Verantwortungslosigkeit der Volks- und Realitätsferne heutiger Politik.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. Dezember 2004 (x887/...): >>**Das Lied der Deutschen / Wegbegleiter durch Höhen und Tiefen unserer Geschichte**

Die Irrungen und Wirrungen um die deutschen Nationalsymbole, insbesondere um die Hymne, entbehren nicht der Peinlichkeit, insbesondere beim Blick auf die Selbstverständlichkeit, mit der andere Völker mit ihren Nationalhymnen umgehen, auch wenn deren Texte nicht aktuellem politisch korrektem Gehabe entsprechen.

Vor wenigen Monaten erst - die PAZ berichtete darüber - schritten Beamte - also "Diener des Staates" - im niedersächsischen Lüneburg polizeilich ein, als beim Singen des Deutschlandliedes auch die beiden ersten Strophen erklangen. Im Zusammenhang damit wurde eine Tonbandkassette mit der Nationalhymne beschlagnahmt. Ähnliches ist schon früher in anderen Bundesländern geschehen. Prompt hob das Amtsgericht Lüneburg diese Beschlagnahme auf, "weil diese jeder Grundlage entbehre".

Das Gericht stellte fest, daß das "Lied der Deutschen" kein Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation sei, wovon die zuständige Polizei ausgegangen war, sondern ein nationales Symbol, welches unter dem Schutz vor Verunglimpfungen stehe. Das Gericht zeigte sich "zugegebenermaßen überrascht, daß nach Einschätzung der Polizei in Deutschland das Absingen der Nationalhymne offenbar als Verwirklichung eines Strafbestandes angesehen wird".

Ein Blick in das Strafgesetzbuch (Paragraph 90 a) zeigt hingegen, daß derjenige, der in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften die Farben, die Flagge, das Wappen und die Hymne der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder verunglimpft, "mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft" wird.

Von den drei Nationalsymbolen, nämlich Bundesfarben, Bundeswappen und Nationalhymne, sind jedoch nur die Bundesfarben Schwarz-Rot-Gold im Grundgesetz festgelegt: "Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold" (Art. 22 GG).

Diese Farben können auch aus dem Adler als Wappentier des heutigen Bundeswappens he-

rausgelesen werden. Der Adler geht auf das Herrschaftszeichen der römischen Kaiser und das Wappentier der deutschen Kaiser zurück. "Schwarzer Adler auf goldenem Feld mit gelben Schnabel und Füßen und roter Zunge", so sah es die Bundesversammlung der Märzrevolution 1848, wobei es den Liberalen mehr um die Dreifarbigkeit, die Trikolore Schwarz-Rot-Gold ging, die sie als Flagge des Deutschen Bundes wollten.

Der einköpfige Adler wurde Staatswappen des 1871 gegründeten Deutschen Reiches, begleitet vom Schwarz-Weiß-Rot als Flagge des Reiches.

1919 wurde der Adler von der Weimarer Republik übernommen. Der erste Bundespräsident Theodor Heuss bestimmte 1950 den Adler zum Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland.

Auch in der Frage nach der Nationalhymne war bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland der Bundespräsident gefragt, denn das Grundgesetz gab und gibt darauf keine Antwort. Es ging ihm nicht anders als dem ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der am dritten Verfassungstag der Weimarer Republik, am 22. August 1922, das Deutschlandlied zur Nationalhymne erklärt hatte. Im vorausgegangenen Kaiserreich war die Hymne "Heil Dir im Siegerkranz" gesungen worden, nicht als "Nationalhymne", sondern dem Charakter des Staates entsprechend als "Kaiserhymne".

Vor dem Ersten Weltkrieg war das "Lied der Deutschen" als viel gesungenes patriotisches Volkslied bekannt. Den Text hatte Hoffmann von Fallersleben, ein schwarz-rot-goldener Demokrat, am 26. August 1841 auf der damals noch britischen Insel Helgoland gedichtet und darüber gesagt: "Wenn ich dann so einsam wanderte auf der Klippe, nichts als Meer und Himmel um mich sah, da ward mir so eigen zumute, ich mußte dichten ..."

Die Melodie war zu diesem Zeitpunkt 44 Jahre alt; Joseph Haydn hatte sie 1797 niedergeschrieben, als österreichische Kaiserhymne.

Mit der Idee der Nation waren die Nationalhymnen gekommen: die Marseillaise als französischer Revolutionsgesang, mit "God save the King" das britische Königslied. Österreichs Kaiser Franz hatte Haydn aufgefordert: "Schaffe er mir auch ein Lied", und so entstand "Gott erhalte Franz den Kaiser". Es war kein Freiheitslied, sondern ein Fürbittegebet für den Monarchen, erstmals gesungen am 12. Februar 1797 zum Geburtstag des Kaisers. Die Melodie erinnerte an ein damals populäres serbisches Volkslied und fand später Eingang in Haydns großartiges Kaiserquartett.

Nach dem Ersten Weltkrieg, 125 Jahre später also, nahm in Deutschland der erste Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) wieder die schwarz-rot-goldene Tradition der Revolution von 1848 auf und knüpfte an Hoffmann von Fallersleben an. Wörtlich erklärte Ebert in der Proklamation des Liedes zur Nationalhymne:

"Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten ..."

Die Nationalsozialisten vergewaltigten nach ihrer Machtübernahme das Deutschlandlied, indem sie es auf seine erste Strophe reduzierten und ihm eines ihrer Parteilieder ("Die Fahne hoch") anhängten, mit dem es als "Nationalhymne" im Marsch-Rhythmus gespielt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es von den Alliierten verboten.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland herrschte eine Art "Hymnennotstand". Als "Ersatzhymne" sang man Schillers "Freude schöner Götterfunken" oder das Turnerlied "Ich hab' mich ergeben". Schließlich wurde bei einer Sportveranstaltung der Karnevalsschlager "Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien" gespielt. Bundeskanzler Konrad Adenauer drängte am 29. April 1952 den Bundespräsidenten Theodor Heuß mit seiner "erneuten Bitte", das Hoffmann-Haydnsche Lied als Nationalhymne anzuerkennen. Heuß hatte versucht, einer neuen Hymne den Weg zu bereiten (Rudolf Alexander Schröders "Land des Glaubens, Land

der Väter"), scheiterte aber damit.

In seinem Antwortbrief vom 2. Mai 1952 entsprach der Bundespräsident dem Wunsch des Bundeskanzlers. Das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung erklärte am 6. Mai 1952, damit sei das Deutschlandlied "wieder als Nationalhymne anerkannt worden". Nach dem Wortlaut der Briefe sollten eindeutig alle drei Strophen des Deutschlandliedes die Hymne bilden. Doch Adenauer hatte seinen Brief mit der Formulierung beendet: "Bei staatlichen Anlässen soll die dritte Strophe gesungen werden".

Sowohl beim Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 als auch in den sibirischen Arbeitslagern wurde das Deutschlandlied gesungen und geehrt, wie viele ergreifende Schilderungen berichten. Im Westen Deutschlands allerdings hörte man es immer seltener. Eine rühmliche Ausnahme bildete das ZDF-Magazin Gerhard Löwenthals.

Bürgerinitiativen, die der Nationalhymne einen Platz im Leben der Deutschen schaffen wollten, wie er in anderen Demokratien selbstverständlich ist, fanden Förderung vor allem beim Bundespräsidenten Karl Carstens. Aber wenn das Lied im Schulunterricht überhaupt auftauchte, wurde es "kritisch hinterfragt".

Als am 9. November 1989 die friedliche Revolution die Öffnung der Berliner Mauer erzwang und die Nachricht davon den Bundestag in Bonn erreichte, erhoben sich die Abgeordneten (darunter auch der Autor dieses Beitrags / Anmerkung der Redaktion) spontan - zunächst in den hinteren Reihen der rechten Seite des Hauses - und stimmten "Einigkeit und Recht und Freiheit" an. Nur einige Grüne flohen aus dem Plenum.

Doch bald verschwanden die schwarz-rot-goldenen Fahnen und die Nationalhymne wieder in der Rumpelkammer, um eine "Renationalisierung" zu vermeiden. Die politische Fahrt ins Blaue und der Griff nach den goldenen Sternen Europas wurden bevorzugt, während für die anderen europäischen Staaten ihre Fahnen und Hymnen selbstverständlicher Ausdruck ihres demokratischen Staatsbewußtseins blieben.

Zum Thema "Nationalhymne" bezog sich 1991 ein erneuter Briefwechsel zwischen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler auf die Briefe aus dem Jahr 1952. Dabei stellte Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 19. August 1991 fest, die dritte Strophe des Liedes habe "sich als Symbol bewährt" Sie werde "im In- und Ausland gespielt, gesungen und geachtet" und sei "die Nationalhymne für das deutsche Volk".

Bundeskanzler Helmut Kohl antwortete am 23. August: "Der Wille der Deutschen zu Einheit und freier Selbstbestimmung ist die zentrale Aussage der dritten Strophe des Deutschlandliedes. Deshalb stimme ich Ihnen namens der Bundesregierung zu, daß sie Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland ist."

Durch diesen Text wurde ausdrücklich nur die dritte Strophe zur deutschen Nationalhymne. Von den beiden ersten Strophen ist nicht die Rede. Allerdings trägt dieser Briefwechsel im Bulletin vom 27. August die Überschrift "Das Deutschlandlied ist Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland". Dieser zweite Briefwechsel zwischen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler wird beim Thema "Nationalhymne" meistens nicht in Betracht gezogen, hat aber entsprechend der deutschen Verfassungstradition seine eigene Bedeutung.

Fest steht: Das Lied von Hoffmann von Fallersleben begleitet unser Volk seit über 160 Jahren durch alle Höhen und Tiefen seiner Geschichte. Gelebter Patriotismus darf Symbole nicht verschmähen, muß sie den Bürgern erläutern und diese so mit ihnen vertraut machen. Denn mit Symbolen und durch sie sagen wir ja zu uns selbst, zu unserem demokratischen Staat - und zur europäischen Normalität.<<

2004

BRD: Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet im Jahre 2004 über die vielfältigen Probleme der Einwanderung (x268/180-183): >>... Sachkenner wie der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), haben schon vor vie-

len Jahren erkannt: "Übersteigt der Ausländeranteil die Zehnprozentmarke, wird jedes Volk rebellisch."

Zählt man die offiziell eingereisten Ausländer und die illegalen zusammen, so stand Deutschland zur Zeit der Jahrtausendwende genau an dieser ominösen Marke, und schon Bundesinnenminister Schily (SPD) mußte zugeben: "Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbarkeit überschritten." ...

Auch ohne Gewalttätigkeit ist die Entwicklung vorgezeichnet: Die Gastfreundschaft der neuen Heimat wird sehr bald nicht mehr als Großzügigkeit angesehen, sondern als eine Verpflichtung der "Reichen" gegenüber den "Armen". Man verweigert die Assimilation; der Gastgeber möge sich gefälligst dem Gast anpassen.

Schon seit Jahren verlangen polnische Vereine für ihre Landsleute in Deutschland Anerkennung als offizielle Minderheit in Verkennung der Tatsache, daß der Minderheitenschutz des Völkerrechts die alteingesessene Bevölkerung vor Überfremdung durch Zuwanderer schützt und nicht umgekehrt und außerdem den Besitz der Staatsangehörigkeit des betreffenden Landes voraussetzt.

Ähnliche Bestrebungen zeichnen sich auch bei türkischen Organisationen ab.

Sehr deutlich wurde ein Afghane mit deutschem Paß ... am 19. September 2000 in der "Süddeutschen Zeitung": ... "Ihr könnt uns herabsetzen, beleidigen, demütigen oder verletzen, aber ihr werdet uns nicht los. Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischsprachiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird.

Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern. Wir Ausländer." ...

Die Bürger von Marseille und Manchester, von Los Angeles und Johannesburg wissen Bescheid.

Aber bleiben wir in Deutschland, in Berlin. Dort hat sich in mehreren Bezirken seit Beginn der 80er Jahre ein türkischer Mikrokosmos herausgebildet, in dem Türken leben können, ohne auf Kontakte mit Deutschen angewiesen zu sein; sie haben ihre eigenen Gaststätten, Läden, Banken, Reisebüros, Anwälte, Videotheken. Zu Hause spricht man nur türkisch, und fast die Hälfte der türkischen Erstkläßler versteht kein Deutsch, obwohl sie der zweiten und dritten Einwanderergeneration angehören. ...

Die Berliner Schulverwaltung hat 2001 72 Grundschulen aufgelistet, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft sind. Ein Viertel aller türkischen Jugendlichen verläßt die Schule ohne Abschluß, etwas mehr als die Hälfte erreicht gerade den Hauptschulabschluß, nur 8 Prozent schaffen das Abitur. Was wiederum zur Folge hat, daß in Berlin 42 Prozent aller Türken in erwerbsfähigem Alter arbeitslos sind. Ein Teufelskreis: kein Deutsch, kein Schulabschluß, keine Arbeit.

Berlins Schulsenator und Bürgermeister Klaus Böger (SPD) betont: "Da tickt eine sozialpolitische Zeitbombe, zumal ganze Stadtteile umzukippen drohen. ... Bislang wurden die Probleme mit der Integration durch Schönreden vernebelt. ...

Diese Probleme sind nicht auf Berlin beschränkt; an Münchens Hauptschulen übertrifft der Ausländeranteil schon seit 1993 den der einheimischen Kinder.

Der beschriebene Teufelskreis endet aber noch nicht bei der Arbeitslosigkeit. Die natürliche Fortsetzung ist oft die Kriminalität.

1999 stand in der "Süddeutschen Zeitung", Nr. 17: "Hinter Gittern ist die multikulturelle Gesellschaft längst Realität. 40 Prozent oder 5.200 der 13.000 Häftlinge (in Bayern) sind Aus-

länder, die aus weit über 100 Nationen stammen. Auch die Hälfte der 4.000 Untersuchungshäftlinge hat einen anderen Paß."

In Hessen waren zur gleichen Zeit 50 Prozent der Knackis keine Deutschen.

Unübersehbar sind auch die internen Auseinandersetzungen der Ausländer, allein unter türkischen Staatsangehörigen die zwischen Rechts- und Linksradiكالen, zwischen Kemalisten und Islamisten oder zwischen türkischen und kurdischen Nationalisten. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet im Jahre 2004 über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

2005

Der Ursprung jeder Souveränität liegt bei der Nation. Keine Körperschaft, kein einzelner kann eine Autorität ausüben, welche nicht ausdrücklich von ihr übertragen worden ist. *Maria-Joseph Motier, Marquis de La Fayette (1757-1834, französischer General und Politiker)*

22.01.2005

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Januar 2005 (x887/...): >>**Atheismus lähmt Europa dauerhaft**

US-Amerikaner haben aufgrund ihrer Religiosität bessere Zukunftsaussichten als Europäer. Religiöse Menschen sind wirtschaftlich erfolgreicher. Diese "frohe Botschaft" verkündete die Wirtschaftswoche. Das Beispiel der USA macht klar: Dort wachsen nicht nur Bevölkerung und Wirtschaft schneller als in Europa, sondern dort bekennen sich auch weitaus mehr Menschen zu ihrem (christlichen) Glauben. Das säkulare Europa scheint in jeder Hinsicht abgehängt zu sein. Trost bietet der Dominikanerpater Wolfgang Ockenfels, der in Trier Christliche Sozialwissenschaft lehrt und die Zeitschrift Die Neue Ordnung betreut. "Genau wie Kaugummi und Jeans, so wird auch der neue Wertaufbruch aus den USA zu uns kommen", sagt der meinungsfreudige und prägnant formulierende Ockenfels.

Doch bisher sieht es für Europa noch eher düster aus. Hier sind nicht nur die Kirchen leer. Zehn Prozent der Deutschen und nur zwei Prozent der Briten gehen ein Mal in der Woche ins Gotteshaus. In den Vereinigten Staaten wohnt fast die Hälfte der Menschen an einem Tag der Woche einem Gottesdienst bei. Auch innerhalb der USA werden diese Unterschiede deutlich. Während Bush vor allem in den kinderreichen Staaten siegte, machte Kerry seine Sache in den Staaten mit der geringsten Kinderquote am besten.

Insgesamt bringt es die US-Durchschnittsfrau auf 2,1 Kinder. Damit ist der Wert erreicht, der für den Erhalt der Bevölkerung notwendig ist. In Deutschland kommt man nur auf schlappe 1,4 Kinder pro Frau. Die christliche Prägung vieler Amerikaner, so die Analyse der Wirtschaftswoche, prädestiniert sie nicht für einen hedonistischen und konsumorientierten Lebensstil, da eine US-amerikanische Mittelschichtsfamilie allein 200.000 Dollar berappen muß, um ein Kind aufzuziehen.

Religiöse Menschen bekommen mehr Kinder, da sie nicht nur auf den eigenen Genuß schießen. Das wirkt sich positiv auf die Wirtschaftskraft aus. Die demographischen Fakten belegen: Amerika ist viel vitaler als Europa. So dürfte sich das amerikanische Durchschnittsalter von 35,5 Jahren in den nächsten 50 Jahren nicht wesentlich erhöhen. In Europa wird man jedoch Durchschnittswerte von 53 Jahren erzielen. In Japan ist die Entwicklung noch dramatischer. Logische Folge dieser Entwicklung für die USA: "Die Zahl der Konsumenten und Arbeits-

kräfte wächst, und die ohnehin schmalere Sozialsysteme geraten durch die steigende Lebenserwartung weniger unter Druck als in Europa."

In Europa und speziell in Deutschland ist der allmächtige und Fürsorge tragende Staat an die Stelle von Patriotismus, Familie und Religion getreten. Selbst die Kirchen in Deutschland sind mit dem Staat viel enger verquickt, als dies in den USA der Fall ist. Die Großkirchen in der Mitte Europas kassieren Geld vom Staat. Viel Unabhängigkeit vom staatlichen Handeln und Kritik gegenüber politischen Würdenträgern darf man aufgrund dieses Abhängigkeitsverhältnisses nicht erwarten. Christliche Nächstenliebe und Nachbarschaftshilfe sowie das Denken in kleinen sozialen und gemeinnützigen Einheiten ist in Europa verkümmert, weil der staatliche Leviathan alles usurpiert hat.

Die Autoren der Wirtschaftswoche beschreiben das folgendermaßen: "Hand in Hand mit der Zurückdrängung der Religion aus dem gesellschaftlichen Leben wurde der Wohlfahrtsstaat ausgebaut, an den immer mehr Funktionen delegiert wurden, die ursprünglich bei Religion und Kirche lagen. Soziale Aufgaben, die zuvor die Gemeinden wahrnahmen, wurden dem Staat übertragen, das Individuum vereinzelt, der soziale Zusammenhalt ging verloren." In Europa ist der Staat an die Stelle Gottes getreten, der das Individuum zuvor von der Last der Verantwortung befreite.

Angesichts der Bedrohung durch radikale Moslems könnte die Religionsferne der Europäer noch zum Problem werden. So sagt der Politologe Francis Fukuyama: "Die Europäer sind im Inneren durch den radikalen Islam weit stärker bedroht als die Amerikaner von außen."

Auf andere Absurditäten weist Chefredakteur Stefan Baron hin: In Europa "könnte Bush nicht einmal EU-Kommissar werden, wie das Berufsverbot zeigt, das Brüssel über den Katholiken Rocco Buttiglione verhängte, weil dieser Homosexualität als 'Sünde' zu bezeichnen wagte (nicht ohne hinzuzufügen, daß dies den Staat nichts angehe, solange es nicht strafbar sei)." Die Zukunft wird zeigen, ob der Atheismus nicht nur in der islamischen Welt und in den USA, sondern auch in Europa auf dem Rückzug ist.<<

30.04.2005

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 30. April 2005 über die US-Umerzweigungsexperten: >>Wir waren nicht mehr wehrlos

Von *Ulrich Baron*

Die Ritchie Boys: Wie deutsche Emigranten dem amerikanischen Geheimdienst halfen

So hatte sich der 1911 in Budapest geborene János Békessy die militärische Lage in den USA nicht vorgestellt. Nachdem ihn ein Militärlaster an der Bahnstation von Baltimore abgeholt und stundenlang durch das verschneite Land gefahren hatte, sah er dort das, vor dem er 1940 aus Europa geflohen war: "Eine Kompanie uniformierter SS marschierte an mir vorbei. Ein deutscher Militärwagen, wie ich ihn aus Dieuze kannte, ratterte an mir vorbei: Zwei deutsche Offiziere saßen steif im Fond des Wagens." Auch deren fernöstliche Verbündete waren nah: "Auf dem Feld zu unserer Rechten exerzierte eine japanische Kompanie, während sich im Hintergrund die Umriss eines deutschen Panzers abhoben."

Verkehrte Welt! Doch auch ein siegesgewisser Nazi, den es zu dieser Zeit in die Berge Marylands verschlagen hätte, wäre verblüfft und wohl ein wenig enttäuscht gewesen, weil die meisten dieser SS-Männer Jiddisch sprachen. Das in der idyllischen Landschaft der Blue Ridge Mountains gelegene Camp Ritchie war kein Brückenkopf der Achsenmächte in den USA und auch kein gewöhnliches amerikanisches Militärlager, sondern ein "Military Intelligence Training Center", ein Ausbildungszentrum für psychologische Kriegsführung. Vor allem deutschsprachige Emigranten aus Europa wurden hier für Einsätze als Verhör- und Propagandaspezialisten jenseits des Atlantik vorbereitet. Dabei waren viele von ihnen damals noch gar nicht richtig in den USA angekommen.

Jahrzehnte später hat der Dokumentarfilmer Christian Bauer einige Veteranen unter den "Rit-

chie-Boys", aufgespürt und sie ihre Geschichten erzählen lassen. Jenen János Békessy aber, der seine Ankunft im Camp so plastisch geschildert hatte, konnte er nicht mehr interviewen. Der war bereits 1977 im Tessin verstorben - nachdem er es unter seinem Pseudonym Hans Habe zu einem der bekanntesten deutschsprachigen Publizisten der Nachkriegszeit gebracht hatte.

Solche Namenswechsel waren nicht selten in der Geschichte der Ritchie-Boys, und das nicht nur weil sie in geheimer Mission kämpften. Wenn der 1922 in Hildesheim geborene Günther Stern zu Guy Stern, wenn der gleichaltrige Fritz Ehrlicher zu Fred Howard wurde, so war das auch ein Bekenntnis zu ihrer neuen Heimat, die für die meisten von ihnen USA hieß. Leicht hatte man ihnen es dort nicht gemacht. Guy Stern war mit nur 15 Jahren ins Land gekommen, als einziger seiner fünfköpfigen Familie, der ein Einreisevisum erhalten hatte, und - wie er später erfuhr - als einziger, der dem Holocaust entkam.

Für viele der deutschen Emigranten, die seit der nationalsozialistischen Machtergreifung zuerst aus politischen und bald auch aus rassistischen Gründen verfolgt worden waren, wurden die USA spätestens dann zum Gelobten Land, als Exilländer der ersten Stunde wie die Tschechoslowakei und Frankreich der Übermacht Deutschland erlagen. Doch wer die ersehnte Einreiseerlaubnis bekommen hatte, sah sich oft bald ernüchtert.

Der Antisemitismus hatte am Atlantik nicht halt gemacht, und nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 galten die deutschstämmigen Auswanderer in Amerika als "enemy aliens", als feindliche Ausländer und potentielle Agenten ihrer einstigen Verfolger. Für den 1918 im polnischen Lublin geborenen Maler Si Lewen war das Ende seines amerikanischen Traums schon bald nach seiner Ankunft in New York im Jahre 1935 gekommen, als ein Polizist, der ihn als Juden erkannt hatte, den Jungen im Central Park ausraubte und zusammenschlug.

Die freiwillige Meldung zum Militär war auch ein Mittel sich Respekt zu verschaffen und zu zeigen, daß man auf Seiten Amerikas stand. Für junge jüdische Emigranten, die verzweifelt und oft vergeblich versucht hatten, ihre Eltern und Geschwister vor dem Untergang zu bewahren, bedeutete dieser Schritt aber noch viel mehr. "Ich habe geweint, als ich mein Gewehr bekam", zitiert Bauer den ehemaligen Ritchie-Boy Stefan Heym: "Ich war nicht mehr wehrlos. Zum ersten Mal konnte ich mich verteidigen."

Doch die Männer von Camp Ritchie sollten nicht auf die Deutschen schießen, Sie sollten mit ihnen und zu ihnen sprechen. Denn wer hätte die Mentalität eines feindlichen Soldaten besser gekannt als sein ehemaliger Schul- oder Turnkamerad? Guy Stern, inzwischen ein emeritierter Professor für deutsche Literatur in Detroit, erinnert sich an eine solche Begegnung.

Während der Kämpfe in der Normandie stieß er in den Unterlagen kriegsgefangener Deutscher auf den Namen eines Mannes, den er aus dem Turnverein kannte. Zum nächtlichen Verhör bestellt, habe sich der gefangene Offizier verblüfft über die Detailkenntnis des Amerikaners gezeigt. Erkannt hat er ihn nicht. Kleider und mehr noch Uniformen machen Leute. Aber die Frage, die Guy Stern am liebsten gestellt hätte, mußte er sich versagen, um seine Identität nicht zu verraten. Erst Monate nach Kriegsende sollte er die Antwort darauf erhalten: Seine Eltern, seine Schwester und sein Bruder waren im Warschauer Ghetto umgekommen.

Aus Sicht mancher ihrer amerikanischen Kameraden - und mehr noch aus Sicht ihrer einstigen Landsleute - erschienen die Ritchie-Boys sicherlich als privilegiert, weil sie mit Worten, Flugblättern, Lautsprechern kämpften. Die Küche im Camp galt als die Beste der US-Army. Und welcher GI hätte Fred Howard und Guy Stern nicht um ihre Jeep-Partie mit Marlene Dietrich beneidet? Und es gab auch komische Szenen, wie die mit den Männern der Counter Intelligence Group, die versuchten "eine Gruppe von ziemlich verwirrten Deutschen zu verhören - in höchst elegantem Französisch".

Auf den Vorschlag, es doch einmal auf Deutsch zu versuchen, soll der Captain geantwortet

haben: "Nach unserer Landkarte sind wir in Aix-La-Chapelle. Wir sind doch in Frankreich?" Daß es sich bei Aix-La-Chapelle um den französischen Namen Aachens handelt, war ihm entgangen. Dramatischer war schon das Erlebnis, das Guy Stern mit dem für seine Geschäftstüchtigkeit und seine Abkürzungen berüchtigten Sergeant "Short Cut" Rabinek hatte. Nachdem Rabinek wieder einmal die falsche Abkürzung gewählt hatte, fanden sich beide plötzlich mit leerem Tank in unmittelbarer Nähe einer deutschen Stellung wieder. Zudem hatte der Sergeant das Benzin im Reservekanister gegen Calvados eingetauscht, doch glücklicherweise soll der Motor auch damit angesprungen sein.

Solche Anekdoten sind der Stoff, mit dem man Kriegserlebnisse erträglich macht, doch bevor etwa Werner Angress mit Beuteaquavit auf den Tod Hitlers anstoßen konnte, hatten er und viele seiner Kameraden ihr Leben riskiert. Es gehörte Mut, ja Tollkühnheit dazu, sich mit einem Lautsprecherwagen, dessen Schall zunächst kaum mehr als 50 Meter reichte, der feindlichen Front zu nähern. "Eine typische Army-Dummheit" nannte Si Lewen diese Praxis, die auf Seiten der Roten Armee auch von kommunistischen Exilanten geübt wurde: "Die Deutschen mußten nur dahin schießen, wo der Ton herkam - schon erwischten sie das ganze Team."

Schlimmer noch war die Gefahr, gefangen genommen und als ehemaliger deutscher Jude erkannt zu werden. Angress, der bei Beginn der Invasion seinen ersten Fallschirmabsprung absolviert hatte, landete hinter den deutschen Linien, wurde eingesperrt und zwei Wochen danach von US-Truppen befreit. Später wäre er in Frankreich fast von Amerikanern erschossen worden, die ihn wegen seines Akzents für einen verkleideten Deutschen hielten.

Eines der erschütterndsten Erlebnisse beschreibt Morris Parloff, einer der wenigen gebürtigen Amerikaner unter den Ritchie Boys, der die Befreiung des Lagers Nordhausen miterlebt hat. Ein ehemaliger Insasse sei auf einen mehr als zwei Meter hohen Aschehügel gestiegen und habe gerufen, er stehe auf einem Haufen jüdischer Asche: "Ich schrie ihn an, er solle herunterkommen", erinnert sich der Psychologe: "Aber er kam nicht runter, er sah mich nur an, als wolle er sagen: 'Was willst du? Das ist unser Leben'."

Schließlich habe er den Mann vom Aschenhaufen heruntergezogen, doch mit ihm selbst sei dabei etwas Seltsames passiert: "Ich konnte mich nicht mit diesen Menschen identifizieren. Sie behaupteten, sie seien Juden, und ich war Jude, aber das waren keine Juden, wie ich sie kannte."

Als er versucht habe, zu den Befreiten zu sprechen - nicht auf Deutsch, sondern auf Jiddisch - habe er feststellen müssen, daß er seine Sprache verloren hatte - "ich wußte kein einziges Wort mehr - ich hatte alles vergessen - verdrängt. Ich war kein Jude mehr, nicht so!"

Mit solchen Erfahrungen bleibt jeder allein, und die Geschichte der Ritchie Boys ist im Leben der meist noch sehr jungen Beteiligten Episode geblieben. Stefan Heym hat ihr Wirken in seinem Roman "Der bittere Lorbeer" ("The Crusaders", 1948) beschrieben und darin scharfe Attacken gegen das amerikanische Militär und dessen Geschäfte mit Nazis geführt. Hanus Burger hat die USA bei Beginn der McCarthy-Ära verlassen, als die Formel "Antifaschist gleich Kommunist" wiederbelebt wurde. Hans Habe hat in "Ich stelle mich" 1948 nicht nur seine Ankunft im Camp, sondern auch seine persönlichen Verdienste ausführlich gewürdigt.

Die meisten der Ritchie-Boys allerdings sind in den USA geblieben, wo vom Camp, das viele von ihnen in sehr rascher Folge durchlaufen haben, nur noch eine Reihe leerer Gebäude und baufälliger Baracken übrig geblieben ist.

Deren einstige Bewohner, mit denen Christian Bauer gesprochen hat, haben inzwischen erfolgreiche Berufsleben hinter sich und waren ziemlich erstaunt darüber, daß gerade ein Deutscher sich für diesen Teil ihrer Geschichte interessierte.

Si Lewen, der nach dem Krieg einen totalen Zusammenbruch erlebte, ist schließlich in den Staat New York gezogen, zeichnete dort Bilder, die er seit 1985 nicht mehr verkaufen will, arbeitet mit Holzkohle, die ihn an die Asche der Toten erinnert. Später zerschneidet er die

Leinwand. „In meiner Arbeit“, sagt er, „hat nichts Bestand - alles ist Teil einer großen Transformation.“

Als Christian Bauer mit Guy Stern und Fred Howard im Oktober 2003 das zum Fort beförderte Camp Ritchie besucht, steht auch dessen Transformation bevor. Seine Holzbaracken, weiß und zweistöckig, warten auf den Abriß. Betten und Installationen sind verschwunden, der Bodenbelag löst sich. Deutsche und japanische Uniformen sind längst aus den Blue Ridge Mountains verschwunden, und nur Wildgänse kreischen am nahe gelegenen See.

Christian Bauer, Rebekka Göpfert: Die Ritchie Boys. Hoffmann & Campe, Hamburg. ...<<
29.05.2005

Frankreich: Die Franzosen (55 %) lehnen am 29. Mai 2005 die Europäische Verfassung während einer Volksabstimmung ab.

01.06.2005

Niederlande: Die Niederländer stimmen am 1. Juni 2005 ebenfalls mehrheitlich (61,5 %) gegen die Europäische Verfassung.

Nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gerät der Ratifizierungsprozeß in den anderen EU-Mitgliedstaaten ins Stocken. Die Europäische Union überlegt danach, wie sie die Europäische Verfassung retten kann, die von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet werden muß.

11.06.2005

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Juni 2005 (x887/...): >>"**Nie wieder Deutschland**"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken

Wer aber ist sich heute bei uns all dessen, was hinter diesen Geschichtsbegriffen bis in unsere Schulbücher und Medien hinein verborgen wird, noch bewußt? Was die offenbar völlige Erinnerungslosigkeit aufgrund solcher Geschichtsm Manipulationen betrifft, so paßt hier die Karikatur, die der liberale Publizist Ulrich Sonnemann einmal von Deutschland zeichnete: Es sei nämlich "das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten".

Etwas vornehmer hat dies der Zeithistoriker Christoph Kleßmann kürzlich wie folgt formuliert: "Aber auch westliche Demokratien, die sich dem Ideal der Zivilgesellschaft verpflichtet fühlen, sind in keiner Weise gegen die Manipulation der Regierenden und der suggestiven Verführung selektiver, politisch paßfähig gemachter Erinnerungen gefeit."

Besonders anschaulich und aktuell wird solche "selektive, politisch paßfähig gemachte Erinnerung" bei der Diskussion um das sogenannte "Zentrum gegen Vertreibungen". Ganz abgesehen von der verunglückten, im Wege vorausseilender politischer Korrektheit völlig verharmlosenden Namensgebung - denn ein "Zentrum" ist keine Gedenkstätte - käme, was seinen Standort betrifft, doch nur der Cecilienhof in Potsdam in Frage, dem Ort dieses Menschheitsverbrechens.

Aber dann müßte man eben sämtliche Beteiligten, die "Täter", beim Namen nennen und wenigstens moralische Anklage erheben - und das will man nicht. Das ist schon sehr seltsam in einem Land, das sich doch sonst unablässig an Täter und Opfer erinnern soll.

Wie eingangs gesagt: Wir Deutschen sind Weltmeister im Erinnern wie im Vergessen - Voraussetzung ist allerdings, daß sowohl das eine wie das andere stets nur einseitig zu Lasten unseres Landes geht. Eine Mäßigung, eine realitätsnahe Verbindung von beidem - eine "Kunst des Erinnerns" also - erscheint uns offenbar nicht möglich. Zu Recht meinte einst George Bernard Shaw, daß die Deutschen die tragische Eigenschaft besäßen, eine gute Sache immer so weit zu treiben, daß eine schlechte daraus wird. Und schon Martin Luther wunderte sich darüber, daß wir Deutschen sinnbildlich beim Reiten entweder rechts oder links vom Pferd fielen, geradeaus aber könnten oder wollten wir unseren Weg nicht finden.

Diese Neigung zu den Extremen hat leider sehr konkrete Auswirkungen bis in die Gegenwart.

Hier gibt es unübersehbare Tendenzen der Selbstzerstörung, deren Ausmaße ebenfalls einmalig in der deutschen Geschichte sind und über die sich eine spätere Generation genauso verurteilend empören wird wie die "68er" und die heutige Generation über die Väter- und Großvätergeneration von 1933. In keinem Staat der Welt wäre - ohne den ständigen Hinweis auf 1933 - ein über Jahrzehnte anhaltender, insgesamt millionenfacher Asylmißbrauch und Asylbetrug möglich, auch keine millionenfache Massenzuwanderung bei Massenarbeitslosigkeit und Bankrott unserer Sozialsysteme.

Auch würde nirgendwo eine so hohe Ausländerkriminalität derart servil hingenommen. Diese bewußt akzeptierte kriminelle Ausplünderung Deutschlands, die ebenso absichtliche Herbeiführung der Überfremdung unseres Landes, die extreme Beschädigung seiner sämtlichen Fundamente - der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen -, all das ist nicht etwa eine Art Naturgesetz der Globalisierung, sondern die Strategie des "Nie wieder Deutschland!"

Da aufgrund von Feigheit und Opportunismus weder von der Politik noch von den Medien ein Gegensteuern zu erwarten ist - sie verschlimmern beide im Gegenteil weiter die Situation -, hätte diese systematische Zerstörung der Fundamente unseres Landes doch längst ein Fall für den Verfassungsschutz sein müssen. Aber auch hier ist leider das Gegenteil festzustellen: Verfolgt werden diejenigen, die noch die Zivilcourage besitzen, trotz aller Verdächtigungen und Diffamierungen die Wahrheit zu sagen und auf die Gefahren hinzuweisen.

Da Propheten im eigenen Lande bekanntlich nichts gelten und der Verfassungsschutz aus ideologischen Gründen versagt, können unsere wenigen mutigen Warner und Mahner zumindest auf Unterstützung aus dem Ausland zählen. So hat der amerikanische Politikwissenschaftler (und Sohn österreichisch-jüdischer Emigranten) Paul Edward Gottfried diesem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Es trägt den bezeichnenden Titel: "Multikulturalismus und die Politik der Schuld". Seine These: Der angestammten Mehrheitsbevölkerung werden Scham- und Schuldgefühle für tatsächliche oder vermeintliche historische Untaten solange indoktriniert, bis ihre Widerstände gegen die multikulturelle Überfremdung ihrer Heimat erstickt worden sind.

Manche dieser Thesen hat im übrigen schon Heinz Nawratil in seinem Buch "Der Kult mit der Schuld" aufgegriffen. Hinsichtlich der demographischen Probleme Deutschlands verweist der israelische Historiker Martin van Creveld auf den folgenden, von Politik und Medien strikt tabuisierten Zusammenhang: "Ich vermute, daß der Vergangenheitsbewältigungskomplex mit ein Grund dafür ist, daß die Deutschen heute kaum noch Kinder bekommen ... De facto sind viele Deutsche bereits damit beschäftigt, ihre Identität loszuwerden ... Volk und Staat der Deutschen zu erhalten, dafür stehen, nüchtern betrachtet, die Chancen schlecht."

Und der französische Autor Yves-Marie Laulan, Mitarbeiter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, warnt in seinem gerade erschienenen Buch: "Allemagne - Chronique d'un Mort annoncé" (Deutschland - Chronik eines angekündigten Todes) vor einer "demographischen Implosion selbstmörderischer Art". Weil es an Kindern fehle, sei Deutschland "unausweichlich verdammt zu einer langsamen Agonie auf allen drei Ebenen: wirtschaftlich, politisch, kulturell".

Er sieht in der demographischen Katastrophe Deutschlands eine "seelische Krankheit, die Krankheit zum Tode". Ursache dafür sei nicht zuletzt, daß der Zweite Weltkrieg eine Nation hinterlassen habe "bis zum äußersten traumatisiert, in vitalen Funktionen durch die Trümmer des Krieges schwer verletzt". Dieses Trauma werde durch die Dauerpräsentation der Vergangenheit, durch die ausschließliche Fixierung auf die NS-Zeit immer wieder aufs Neue aktiviert. Die Folge: "Niemand setzt Kinder in die Welt, wenn er nicht an die Zukunft der Nation und des Landes glaubt."

So weit also haben wir uns von uns selbst entfernt, ja von uns selbst entfremdet! Hier schließt sich nun fast der Kreis - und zwar verhängnisvoll - von der eingangs erwähnten These, daß

das Geheimnis der Erlösung Erinnerung heiße, hin zum Fluch einer übermäßigen und - im Wortsinn - überwältigenden Erinnerung für Gegenwart und Zukunft.

Niemand hat diese negativen Auswirkungen leidenschaftlicher und genauer kritisiert als Friedrich Nietzsche, und zwar in seinen "Unzeitgemäßen Betrachtungen. Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben": "Es gibt einen Grad von ... Wiederkäuen, von historischem Sinne, bei dem das Lebendige zu Schaden kommt und zuletzt zugrunde geht, sei es nun ein Mensch oder ein Volk oder eine Kultur."

Und an anderer Stelle heißt es: "Der historische Sinn, wenn er ungebündelt waltet und alle seine Konsequenzen zieht, entwirrt die Zukunft ... Die historische Gerechtigkeit, selbst wenn sie wirklich und in reiner Gesinnung geübt wird, ist deshalb eine schreckliche Tugend, weil sie immer das Lebendige untergräbt und zu Fall bringt: ihr Richten ist immer ein Vernichten."

Der Wiener Philosoph Rudolf Burger hat Nietzsches Gedanken, die ja Ende des 19. Jahrhunderts für die Deutschen keineswegs einen tragischen Hintergrund besaßen, sondern die ganz im Gegenteil während der Reichsgründungszeit selbstkritisch einem eher als zu positiv erlebten Historismus galten, für die völlig andere jüngste deutsche Zeitgeschichte fortgesetzt. In seinem Aufsatz: "Die Irrtümer der Gedenkpolitik. Ein Plädoyer für das Vergessen" (Europäische Rundschau, Frühjahr 2001) weist er nach, daß über viele Jahrhunderte in den nach beendeten Kriegen geschlossenen Friedensverträgen das wechselseitige Vergeben und Vergessen von Untaten ein wichtiger Bestandteil gewesen sei. Nur so könne man unbelastet den Frieden gestalten.

Wir Deutschen können allerdings kein Plädoyer für das Vergessen halten. Aber wir sollten mit Blick auf die kaum noch zu bewältigenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme den andauernden Blick in die Abgründe der Vergangenheit mäßigen. Thorsten Hinz warnt ebenfalls vor einem Übermaß von Selbstanklagen und ihren Folgen.

Auschwitz und der Holocaust seien mittlerweile zu den dominanten Erinnerungsbildern deutscher Geschichte geworden und damit zu einem kollektiven Selbstbild: "Begleitet wird das von einer Sakralisierung, die keinen Widerspruch duldet ... dieser Prozeß ist für Deutschland hochproblematisch, denn das schlimmste Verbrechen, das von den Deutschen begangen wurde, in den Mittelpunkt des nationalen Selbstbildes zu stellen, bedeutet, den eigenen Unwert zur zentralen Kategorie der kollektiven Identität zu erheben. Wer das tut, signalisiert, daß er seine Existenz innerlich als beendet ansieht. Er wird zum Zombie."

Wir müssen endlich zu einem Erinnern und Gedenken finden, das keine neue "Klassengesellschaft" der Toten und Opfer kennt - dabei sollten Ursachen, Schuld und Täter benannt werden.

Und wir müssen schließlich einen Weg finden aus dem Dilemma des bisher ebenfalls tabuisierten und viele Menschen tief verletzenden Widerspruchs zwischen einerseits den öffentlichen volkspädagogischen Gedenkritualen hierzulande und andererseits den allzu oft abgewiesenen, verleugneten, ja diffamierten privaten Erinnerungen an das erlittene persönliche oder familiäre Leid. Ein solcher Weg bedürfte gar nicht einer "Kunst des Erinnerns", sondern nur des humanen Anstands.

Michael Wolffsohn, Historiker an der Universität der Bundeswehr in München - der sich selber als einen deutsch-jüdischen Patrioten bezeichnet - hat in seiner Ansprache zum Volkstrauertag 1996 in der Frankfurter Paulskirche dazu Folgendes gesagt: Es sei moralisch nicht mehr hinnehmbar, daß "das millionenfache individuelle Leid von Deutschen, zum Beispiel Flucht, Vertreibung oder der Bombenhagel auf Zivilisten, tabuisiert, minimiert oder nicht ernst genommen wird ... Mit 'Aufrechnung' oder gar Verharmlosung der vorangegangenen deutschen Verbrechen hat dies nichts zu tun, alles aber mit Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit, Vollständigkeit, Seele und Mitgefühl."

Michael Wolffsohns Schlußfolgerung daraus könnte als eine vor allem für das immer noch schwierige deutsch-jüdische Verhältnis des Erinnerns sinnerfüllte und versöhnende Orientierung gelten - nämlich: "Wer nicht die Toten des eigenen Volkes betrauert, wird erst recht nicht die Toten anderer Völker betrauern. Wer hingegen eigenes Leid kennt und öffentlich benennt, der wird auch das Leid anderer eher nachfühlen können und wollen."<<

23.07.2005

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. Juli 2005 (x887/...): >>**Das Böse austreiben**

Wie die Amerikaner nach 1945 die Deutschen umerzogen

Dieses Buch soll schon vor 40 Jahren entstanden sein, fragt man sich erstaunt, wenn man die erweiterte Neuauflage von Caspar von Schrenck-Notzings Buch "Charakterwäsche" in der Hand hält. Man liest hier und dort, besonders aufmerksam die neu hinzugefügten, das Buch an die aktuelle Situation anschließenden Kapitel und stellt fest, daß es von der ersten bis zur letzten Zeile tauf frisch wirkt und daß es auch heute noch - oder gerade heute - Antworten geben kann auf die Frage: "Wie konnte es um alles in der Welt geschehen, daß sich der Charakter der Deutschen derartig verändert hat?"

Die Frage stellte der Autor sich, als er Anfang der 60er Jahre nach mehrjährigem Indienaufenthalt in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehrte und ein völlig gewandeltes Gemeinwesen vorfand. Ein Land, das dabei war, einen Kulturwandel zu vollziehen. Dabei könnte, so meinte er, die Zeit der amerikanischen Besatzung nach 1945 eine Rolle spielen, eine Annahme, die er bestätigt fand, als er als erster Deutscher in Washington im US-Nationalarchiv die Unterlagen über die Besatzungspolitik und ihre Ziele durcharbeitete.

Hier stieß er auf Unterlagen, die belegten, wie planmäßig ab der Mitte des Zweiten Weltkrieges in den USA von verschiedenen Kräftegruppen grundlegende Veränderungen des deutschen Charakters geplant und später durchgesetzt wurden. Er nannte sein aus den Studien entstandenes Buch "Charakterwäsche" (in Anlehnung an die im kommunistischen China angewendete Gehirnwäsche) und gab ihm damals den Untertitel "Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen". In der soeben erschienenen aktualisierten Neuauflage ist dieser Untertitel erweitert worden und lautet jetzt "Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen".

Es genügte in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht mehr, den deutschen Feind militärisch zu besiegen und eventuell sein Land zu besetzen; vor allem in den USA war man entschlossen, den Charakter der Deutschen, der, wie man überzeugt war, von Grund auf böse war, grundlegend zu verwandeln, um damit den ewigen Frieden auf Erden herzustellen. Dazu mußten die Sieger die Institutionen, die die Meinung der Deutschen formten, in die richtigen Hände geben, und das waren die Zeitungen, Zeitschriften, die Rundfunksender, die Buchverlage, die Filmindustrie, die Theater und später das Fernsehen.

Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man liest, nach welchen Gesichtspunkten die ersten deutschen Zeitungsverleger durch amerikanische Prüfungskommissionen ausgesucht wurden. Zusammenfassend kann man sagen, hier wurden gebrochene Charaktere, Menschen mit beschädigtem Wesen, stammend aus zerstörten Familien, bevorzugt, weil sie die Gewähr dafür zu bieten schienen, dem typisch Deutschen entgegenzuwirken.

Die "Frankfurter Schule" mit ihren von der Psychoanalyse stammenden Rezepten wurde auf die Besiegten losgelassen mit der Aufgabe, die traditionellen deutschen Werte auf den Kopf zu stellen. Schrenck-Notzing schildert materialreich die damaligen Umerziehungsbemühungen, die, wie die Gegenwart zeigt, zu einem Erfolg wurden, einem Erfolg, der heute das Ausland zum Kopfschütteln über das deutsche Verhalten veranlaßt.

"Charakterwäsche" gehört zu den Büchern, bei dem es keine Phrase ist, wenn gesagt wird, jeder Deutsche müsse es lesen, der ernsthaft Erklärungen über den Selbsthaß der Deutschen,

über ihre Schuldgeilheit und die damit verbundene Unfähigkeit zu Hochleistungen und wirksamen Reformen sucht.

Caspar von Schrenck-Notzing: "Charakterwäsche - Die Re-education der Deutschen und ihre Auswirkungen", ... Graz 2004 ...<<

06.08.2005

BRD: Der ecuadorianische Jurist, Diplomat und Politiker Jose Ayala Lasso (von 1994-1997 erster Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) spricht am 6. August 2005 in Berlin während des 60. Jahrestages der Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen persönlich an die Vertriebenen (x875/...): >>... Vor zehn Jahren hatten Sie mich aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs und des Beginns der Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat im Osten eingeladen, an der Gedenkfeier am 28. Mai 1995 in der Frankfurter Paulskirche teilzunehmen.

Zu jenem Zeitpunkt konnte ich leider nicht selbst kommen, da meine Aufgaben als Hochkommissar für Menschenrechte meine Anwesenheit in Ruanda erforderten; dennoch habe ich Ihnen damals ein Grußwort gesandt, das, wie mir berichtet wurde, in deutscher Übersetzung verlesen wurde und später durch den berühmten, leider verstorbenen Professor Dieter Blumenwitz veröffentlicht wurde.

In diesem Grußwort erinnerte ich an die Resolutionen der Unterkommission der Vereinten Nationen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, darunter insbesondere an das Recht auf ein Leben in der eigenen Heimat und das Recht auf Rückkehr in die Heimat in Sicherheit und Würde.

Wir alle erinnern uns, daß der Krieg im ehemaligen Jugoslawien 1995 Hunderttausende zu Flüchtlingen gemacht hatte - das Ergebnis einer als "ethnische Säuberung" bekannt gewordenen Politik. Auch wenn dieser Begriff neu geprägt wurde, benennt er doch eine alte und besonders grausame staatliche Praxis, die Zivilbevölkerung zu terrorisieren und Männer, Frauen und Kinder zu zwingen, ihre Häuser zu verlassen und ins Unbekannte zu fliehen.

Der Krieg in Jugoslawien ist nun beendet, dennoch scheint die Welt keineswegs sicherer geworden zu sein, und noch immer sind Menschen den Grausamkeiten ungerechter Kriege und ungerechter Friedenslösungen ausgesetzt.

Einer meiner Nachfolger als Hochkommissar für Menschenrechte, Sergio Vieira de Mello, mußte sein Leben lassen im Kampf für eine bessere Welt. Er starb als Vertreter des UNO-Generalsekretärs im August 2003 in Bagdad beim schlimmsten Angriff, dem die Vereinten Nationen jemals ausgesetzt waren. Ich verneige mich vor seinem Andenken.

Ich bin überzeugt, daß die Vereinten Nationen und insbesondere das Amt des Hochkommissars für Menschenrechte, das derzeit unter der fähigen Führung von Richterinnen Louise Arbour steht, beharrlich an der viel Geduld erfordernden Aufgabe weiterarbeiten werden, eine universale Kultur der Menschenrechte aufzubauen.

In den vergangenen sechzig Jahren haben die Vereinten Nationen Großes geleistet beim Kodifizieren von Normen. Es wurden Fachorgane eingerichtet, welche die Einhaltung dieser Normen überwachen. Es wurden Verfahren entwickelt, die es Einzelpersonen ermöglichen, ihre Rechte vor diesen Organen einzuklagen. Die Zivilgesellschaften und Nichtregierungsorganisationen haben aktiv Beiträge hierzu geleistet und nehmen weiterhin an diesem Prozeß teil. All diese rechtlichen Errungenschaften sind wichtig, aber der Erfolg des Systems der Menschenrechte hängt in großem Maße vom Engagement der Zivilgesellschaft und der Entwicklung nationaler Institutionen und Infrastrukturen für die Menschenrechtsarbeit ab.

Derzeit nimmt uns die übergeordnete Aufgabe der Reformierung und Modernisierung des Systems der Vereinten Nationen stark in Anspruch. Eine der wesentlichen Säulen dieser Reform ist die Stärkung der Menschenrechtskommission. Erst vor kurzem hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen darauf hingewiesen, daß die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

weiterhin eine der wichtigsten Errungenschaften der Weltorganisation ist.

Überall bildet sich eine neue Auffassung von kollektiver Sicherheit heraus, und jeder erkennt den Zusammenhang zwischen Armut und Unsicherheit, Achtung der Menschenrechte und Frieden. Aus diesen Gründen hat die von Kofi Annan eingerichtete Expertengruppe, deren Aufgabe die Erarbeitung von Vorschlägen zur Bewältigung der Herausforderungen des neuen Millenniums ist, in ihrem Bericht an den UNO-Generalsekretär die Empfehlung ausgesprochen, die Menschenrechtskommission zu reformieren und einen Menschenrechtsrat mit universeller Mitgliedschaft einzurichten, der die Gesamtverantwortung für die Förderung und den Schutz aller Menschenrechte trägt.

Meiner Auffassung nach unterstreichen die ernstesten Probleme in Bezug auf Demokratie, Entwicklung, Regierbarkeit, die kollektive Sicherheit, den Kampf gegen den Terrorismus und die internationalen Beziehungen die Notwendigkeit, die Menschenrechte besser als bisher zu fördern und zu schützen. Wenn wir wirklich eine neue internationale Ordnung schaffen wollen, müssen wir anerkennen, daß es dringend und unabdingbar ist, den Vorrang der Menschenrechte ganz neu in das Bewußtsein zu rücken. Ein neuer Humanismus muß sich herausbilden, und wir alle sind aufgerufen, einzeln und gemeinsam unseren Beitrag für die Grundlagen dieser neuen Ära zu leisten.

Für uns alle bleibt die Verwirklichung der Menschenrechte eine große Herausforderung, da die Durchsetzung der Normen vom politischen Willen der Staaten abhängt. Es gibt keine edlere Aufgabe, als für die Verwirklichung aller Menschenrechte zu arbeiten.

Von den kollektiven Rechten ist für uns natürlich das Recht auf Selbstbestimmung von besonderer Bedeutung. Bei der Entkolonialisierung in Asien und Afrika und der Abschaffung der Apartheid spielten die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle. Andere kollektive Rechte einschließlich der Rechte von Minderheiten und des Rechts auf die eigene Heimat sind noch nicht vollständig umgesetzt. Das Recht auf die eigene Heimat ist allerdings nicht nur ein kollektives, sondern auch ein individuelles Recht und eine Grundvoraussetzung für die Ausübung zahlreicher bürgerlicher, politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechten.

Während meiner Amtszeit als Hochkommissar für Menschenrechte hat die Unterkommission zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte eine wichtige Studie zur "Dimension der Menschenrechte bei Bevölkerungsumsiedlungen" erarbeitet. Zur Diskussion dieser Studie wurde in Genf eine Expertenkonferenz unter Vorsitz des Berichterstatters der Unterkommission, Awn Shawkat Al Khasawneh, der heute Richter beim Internationalen Strafgerichtshof ist, abgehalten. Im Abschlußbericht der Unterkommission (E/CN.4/Sub.2/1997/23) zog Richter Al Khasawneh die Schlußfolgerung, daß das Recht auf die eigene Heimat ein grundlegendes Menschenrecht ist und daß Staaten nicht das Recht haben, Menschen gewaltsam aus ihrer Heimat zu vertreiben.

In der dem Bericht angefügten Erklärung heißt es (Art. 4, Abs. 1): "Jeder Mensch hat das Recht, in Frieden, Sicherheit und Würde in seiner Wohnstätte, in seiner Heimat und in seinem Land zu verbleiben." Und weiter (Art. 8): "Jeder Mensch hat das Recht, in freier Entscheidung und in Sicherheit und Würde in das Land seiner Herkunft sowie innerhalb dessen an den Ort seiner Herkunft oder Wahl zurückzukehren."

Auch wenn wir noch weit von der Erreichung dieser Ziele entfernt sind, auch wenn es in der Welt von heute Millionen von Heimatlosen gibt, ist es doch wichtig, diese Grundprinzipien zu bekräftigen und nach Mitteln und Wegen für ihre Umsetzung zu suchen.

Aus diesem Grunde unterstütze ich auch die Idee, ein internationales Zentrum zum Kampf gegen Bevölkerungsumsiedlungen einzurichten, dessen Aufgabe nicht nur das Dokumentieren und Erforschen von Vertreibungen in der Vergangenheit sein soll, sondern das sich ebenfalls zum Ziel setzt, zukünftige Vertreibungen überall auf der Welt zu verhindern. Indem es Aufklärung betreibt und das öffentliche Bewußtsein schärft für die Schrecken, die durch gewalt-

same Bevölkerungsumsiedlungen entstehen. Indem es Frühwarnstrategien entwickelt und die Maßnahmen der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet unterstützt. Ich bin überzeugt, daß Berlin ein geeigneter Ort für solch ein Zentrum wäre.

Ich glaube, daß wir aus dem Beispiel der deutschen Vertriebenen besonders viel lernen können. Wenn wir uns des Umfangs der Vertreibung und der Trauer über den Verlust von Gebieten bewußt werden, die für Menschen wie Immanuel Kant, Arthur Schopenhauer, Johann Gottfried Herder, Joseph von Eichendorff und andere Heimat waren, dann müssen wir gleichzeitig anerkennen, daß die Vertriebenen erhebliche Opfer gebracht haben, indem sie den Weg der friedlichen Integration wählten.

Wir können nicht umhin, die moralische Stärke dieser Menschen und die Klugheit ihrer Führung zu bewundern, die jeglicher Art von Gewalt eine Absage erteilten und sich entschlossen, sich eine neue Heimat im Westen aufzubauen, ohne dabei die Liebe zu ihren Wurzeln aufzugeben, zu den Landschaften, in denen sie aufgewachsen sind, zu den Kirchen und Gotteshäusern, in denen sie beteten, zu den Friedhöfen, auf denen ihre Vorfahren begraben sind.

Ich möchte die heutige Gelegenheit nutzen, um an die "Charta der Vertriebenen" zu erinnern, die am 5. August 1950 in Stuttgart verkündet wurde. In dieser wichtigen Charta entsagen die Opfer der Vertreibung in aller Form "jeglichem Gedanken an Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat." Mit diesem Gewaltverzicht wurde der Teufelskreis aus Vergeltung und Gegenvergeltung durchbrochen. Darüber hinaus verpflichtete die Charta die Vertriebenen, für den Wiederaufbau Deutschlands und Europas, das eines Tages vereint sein sollte, zu arbeiten. Dies ist in der Tat ein bemerkenswertes Dokument.

Im Amt des Hochkommissars für Flüchtlinge wird häufig eine Zeile aus dem Chor von Euripides' Medea zitiert: "Es gibt kein größ'eres Leid auf Erden als den Verlust des Heimatlands."

Als ehemaliger Hochkommissar für Menschenrechte würde ich hinzufügen, daß wir verpflichtet sind, diese Leiden zu mildern, Mitgefühl zu zeigen mit den Opfern von Vertreibung, sie bei der Bewahrung ihrer Kultur und Identität zu unterstützen, ihnen Hilfe zukommen zu lassen und, wenn möglich, die friedliche Rückkehr in ihr Heimatland zu ermöglichen.

Das Recht auf das eigene Heimatland ist, wie ich 1995 sagte, ein grundlegendes Menschenrecht, und die gesamte Weltgemeinschaft ist aufgerufen, dieses Recht zu achten. Wenn Menschen zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen wurden, sollte ihnen die Möglichkeit gegeben werden zurückzukehren.

Allerdings kann es, das muß auch gesagt werden, einander entgegenstehende Ansprüche auf dieselbe Heimat geben. Mit gutem Willen und internationaler Hilfe lassen sich solche Konflikte aber friedlich lösen, so daß alle, die ihre Wurzeln lieben, das Recht auf Heimat genießen können. Die Liebe zur Heimat ist in der Tat ein positiver Wert. Nur wer seine Heimat liebt, arbeitet daran, sie zu verbessern, sie zu einem besseren Ort für Kinder und Enkelkinder werden zu lassen und sie einzugliedern in das höhere Konzept der Weltsolidarität.

Vor sechzig Jahren versammelten sich die Siegermächte in Berlin, um die Welt nach dem Krieg zu planen. Auf der Potsdamer Konferenz diskutierten sie nicht nur die Herausforderungen des Friedensstiftens, sondern beschäftigten sich ebenfalls mit den enormen logistischen und humanitären Problemen, die durch die Vertreibung von Millionen von Menschen verursacht wurden - Deutsche aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, die vor den Angriffen der sowjetischen Armee geflohen waren, und weitere Millionen, die in ihrer Heimat geblieben waren und in jenem grausamen Sommer 1945 vertrieben wurden.

Wir verneigen uns vor den Opfern der Nazi-Aggression im Osten. Gleichzeitig stehen wir dem Leiden von unschuldigen Männern, Frauen und Kindern aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien nicht blind gegenüber, die Opfer des ungerechten und unmoralischen Prinzips der

kollektiven Bestrafung wurden.

Die Nürnberger Prozesse wurden 1945 auf der Grundlage des Prinzips der strafrechtlichen Verantwortung des Einzelnen geführt, um jene politischen Führer zu bestrafen, die den Angriffskrieg entfesselten und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit befaßen. Die Verbrechen, wegen derer führende Nationalsozialisten angeklagt und verurteilt wurden, umfaßten auch die verbrecherischen gewaltsamen Bevölkerungsumsiedlungen und Deportationen in die Zwangsarbeit.

Die Urteile von Nürnberg wurden 1946 von der Generalversammlung bestätigt, und später wurde der Völkerrechtskommission die Aufgabe übertragen, einen Kodex der Verbrechen gegen Frieden und Sicherheit der Menschheit zu erarbeiten. In den Artikeln 18 und 20 des 1996 angenommenen Entwurfs werden Massenvertreibungen und Deportation in die Zwangsarbeit als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert.

1998 dann wurde auf der Konferenz von Rom das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs angenommen, in dem in Artikel 7 und 8 in ähnlicher Weise das Verbrechen der Vertreibung verurteilt wird. Die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Bereich der internationalen Beziehungen. Jeglichem Versuch, das Statut von Rom zu schwächen oder seine Bedeutung zu mißachten, muß entschieden entgegengetreten und mit scharfer Kritik begegnet werden.

Das Internationale Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien zieht derweil jene zur Rechenschaft, die für die Umsetzung der Politik der ethnischen Säuberungen verantwortlich sind. Auf sehr direkte Weise ist das Verfahren gegen Slobodan Milosevic ein Verfahren, in dem das Recht auf die eigene Heimat bekräftigt wird, und zwar nicht nur das Recht der Bosnier, der Kroaten und der Kosovaren auf ihre Heimat, sondern letztendlich auch das der Krajina-Serben. Zweifelsohne werden die zur Zeit in Den Haag geführten Prozesse zu wichtigen Präzedenzfällen im Völkerrecht führen.

Lassen Sie mich abschließend auf den Gedanken der Menschenrechte eingehen, einen Gedanken, der so alt ist wie die Menschheit selbst, auch wenn er dann nur sehr schrittweise in der Bibel, in den Schriften der chinesischen, indischen und griechischen Philosophen, in den Werken von Jean Jacques Rousseau und in den französischen und amerikanischen Erklärungen des achtzehnten Jahrhunderts artikuliert wurde, lange bevor sich der Völkerbund mit seinem System des Schutzes von Minderheitenrechten und die Vereinten Nationen mit ihrer Menschenrechtskommission konstituierten.

Dieser Gedanke, der uns so sehr am Herzen liegt, beruht auf der Achtung vor allen Lebewesen, auf dem Glauben an gleiche Würde und gleiche Rechte für alle Menschen, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Religion und gesellschaftlichem Status. Auf dieser Grundlage entwickelten die modernen Gesellschaften die Konzepte von Solidarität und gegenseitiger Abhängigkeit. Wir können bei Verletzungen von Menschenrechten nicht gleichgültig bleiben, wo immer sie auch vorkommen. Daher müssen wir gegen Armut und Ungerechtigkeit kämpfen, und zwar überall.

Als Lateinamerikaner unterstütze ich mit allem Nachdruck die Ausübung aller Menschenrechte durch die indigenen Völker. Ein wichtiger Schritt in der langen Entwicklung des Menschenrechtskonzepts war der lang andauernde Disput innerhalb des Indienrates im Spanien des sechzehnten Jahrhunderts über die Frage, ob die indigenen Völker Amerikas als Menschen zu betrachten wären.

Zwei Dominikaner, Bartolomé de las Casas und Antonio Montesinos, vertraten vor dem Habsburger Kaiser Karl V. die Auffassung, daß die indigenen Völker Menschen mit einer Seele und mit Rechten seien. Ihr entschiedenes Auftreten führte dazu, daß Gesetze zum Schutz der Rechte der indigenen Völker erlassen wurden, die ihrem Wesen nach Menschenrechtsgesetze waren. Auch wenn diese Gesetze ungestraft gebrochen wurden, so führten sie

doch zu einem Bewußtsein für das, was richtig und was falsch ist.

Wir sollten uns daran erinnern, daß auch die indigenen Völker Amerikas ein Recht auf ihre Heimat hatten, daß sie gewaltsam ihrer Länder und ihres Eigentums beraubt und in sklaverei-ähnliche Verhältnisse gezwungen wurden. In Lateinamerika stehen wir vor der neuen Form eines alten Problems. In der Vergangenheit hat die Weltgemeinschaft Maßnahmen gegen gewaltsame Bevölkerungsumsiedlungen ergriffen.

Heute erleben wir solche Umsiedlungen in Form von massenhafter Emigration, ausgelöst durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in vielen Ländern, auch in meinem Heimatland Ecuador. Mehr als 20 Prozent der Gesamtbevölkerung hat in den vergangenen drei oder vier Jahren das Land verlassen. Die Konsequenzen für das Land sind dramatisch, und diese Situation wirkt sich zweifellos auch auf die Zielländer dieser massenhaften Migrationsbewegung aus. Ich bestärke die Menschenrechtskommission darin, dieses Problem aus der neuen Perspektive der Solidarität beim Schutz von Menschenrechten zu untersuchen.

Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte ist ein unablässiger Kampf für die Anerkennung und die Achtung der Menschenwürde. Wir können bei dieser hehren Aufgabe nicht gleichgültig bleiben. In der Vergangenheit wurden große Fortschritte durch gemeinsame Anstrengungen seitens der Vereinten Nationen, internationaler Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft erreicht. Diese Arbeit muß jedoch dauerhaft erfolgen und erfordert die aktive Teilnahme aller Menschen.

Daher ermutige ich Sie, in Ihrem Engagement für die Menschenrechte nicht nachzulassen und weiter dafür zu wirken, daß alle Menschenrechte, und damit auch das Recht auf das eigene Heimatland, überall anerkannt und respektiert werden. Auf diese Weise werden wir zu einer neuen Weltordnung beitragen, die sich auf die Grundprinzipien der Würde und Gerechtigkeit für alle gründet.<<

20.08.2005

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. August 2005 (x887/...): >>**Einführung der Sklaverei**

Über die Unterlassung der kommentierenden Nachkriegsbetrachtungen

Der 8. Mai ist vorüber, seine Bewertung als "Tag der Befreiung" scheint sich durchgesetzt zu haben. Oder hat der 60. Jahrestag des Kriegsendes insgeheim einen geschichtspolitischen Zeitenwechsel markiert, und sei es nur deshalb, weil die beängstigende Einmütigkeit in Artikeln, Publikationen, Reden und Verlautbarungen die Neugierde auf Verschwiegenes und Verdrängtes anschwellen läßt? Auf wieviel Nichtwissen der aktuelle Meinungskonsens beruht, davon vermittelt das von Karlheinz Weißmann herausgegebene Buch "Die Besiegten" eine Ahnung.

Weißmann stellt in der Einleitung den Bedeutungswandel des 8. Mai in der öffentlichen Wahrnehmung von 1945 bis heute dar. Die breite Akzeptanz des Befreiungspostulats resultiert aus dem Wunsch, sich politisch der Position der Sieger anzuschließen, was zugleich eine psychologische Entlastung bedeutet.

Das Buch behandelt die Zeitspanne von den letzten Kriegswochen 1945 bis zu den ersten Monaten der Besatzung. In den Kapiteln "Endkampf", "Besetzung", "Kriegsgefangene", "Internierung", "Vertreibung", "Verschleppung", "Interregnum" und "Siegermacht" wird das ganze Spektrum der Unterwerfung erfaßt. Jedem dieser Abschnitte ist eine Einleitung vorangestellt, die auch einen Überblick über die historische Forschung gibt.

Danach folgen die Zeitzeugenberichte: Tagebücher, Briefe, eidesstattliche Erklärungen und nachträgliche Aufzeichnungen. Themenbeispiele sind die Zerstörung Demmin durch die Rote Armee nach der Einnahme der Stadt, die schweren Folterungen deutscher Kriegsgefangener durch die Amerikaner im Zuge des Malmedy-Prozesses sowie die Greuel in den deutschen

Ostgebieten. Bei der Auswahl ging es nicht um die Kumulation des Grauens, sondern um die exemplarische Bedeutung.

Für die offiziöse deutsche Geschichtsschreibung existieren diese Ereignisse kaum. Wie weit sie sich damit vom wissenschaftlichen Ethos und objektiven Kategorien entfernt hat, deutet der amerikanische Historiker Alfred M. de Zayas in seinem Vorwort an. Die im Februar 1945 in Jalta von Roosevelt, Churchill und Stalin getroffene Entscheidung zur "Verwendung deutscher Arbeitskräfte", auf deren Grundlage hunderttausende deutsche Zivilisten und Millionen Soldaten als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, nennt er die Wiedereinführung der "Sklaverei".

Den deutschen Historikern wirft er vor, bisher keine seriösen Statistiken erstellt, Zeitzeugen nicht befragt und keine kommentierte Ausgabe der Nürnberger Akten vorgelegt zu haben. Neben dem dokumentarischen Wert dieses Buches liegt ein weiteres Verdienst darin, auf solchen Lücke hinzuweisen und für ihre Schließung - soweit sie noch möglich ist - einen Anfang gesetzt zu haben.

Karlheinz Weißmann: "Die Besiegten - Die Deutschen in der Stunde des Zusammenbruchs 1945", Schnellroda 2005 ...<<

03.10.2005

Belgien: Der Europäische Rat beschließt am 3. Oktober 2005 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

22.10.2005

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Oktober 2005 (x887/...): >>**Vier Tabus**

Was man in Deutschland nicht gerne sagt

In unserer 'Gesinnungsdemokratie' und 'Mitnehmgemeinschaft' verhindern vier große Tabus eine freie und ehrliche Diskussion ohne Heuchelei und Diskriminierung: Patriotismus, Zuwanderung, Sozialsystem-Plünderung, Ausländerkriminalität."

In "Die Mitnehmgemeinschaft - Die Tabus des Sozialstaats" knacken die beiden Autoren Jochen Kummer und Joachim Schäfer diese Tabus und führen ohne Rücksicht auf die "political correctness" die traurigen Fakten an.

Eingangs nennen die Autoren Politiker und Personen des öffentlichen Lebens, die aufgrund ihres patriotischen Bekenntnisses oder in Unkenntnis des genauen Verlaufes der Grenzen der in Deutschland herrschenden Meinungsfreiheit Repressalien erdulden mußten. Hierzu zählen neben Martin Hohmann, Steffen Heitmann, Gerd Schultze-Rhonhof, Reinhard Günzel und Hans Filbinger.

Das zweite Tabuthema ist der "Asylmißbrauch und Türkenstrom". Hier nennen die beiden Autoren Fakten, die man so in Deutschland nicht gerne nennt, da man sie als Fremdenfeindlichkeit ausgelegt bekommen könnte. Ähnlich sieht es bei "Staatsknete als Stütze" und "Ausländerkriminalität - Die Angst vor der Wahrheit" aus.

Doch vor allem Jochen Kummer weiß, wovon er schreibt, denn während seiner Zeit in der Berliner Redaktion des "Stern" hat er sich mit der Ausländerproblematik in Berlin-Kreuzberg befaßt.

Ob "Protokoll einer Abschiebung - nach 14 Jahren", "Das Heer der Illegalen im Untergrund", "Das Geschäft mit den Kindern", "Besorgnis um dritte Ausländergeneration" oder "Das Mädchen Nuran: Vom Vater hingerichtet"; immer führen die Autoren von der Bundesrepublik ermittelte Daten an, um ihre Behauptungen zu untermauern. Zahlen, die die Bundesrepublik kennt, da sie sie selbst ermittelt hat.

"Warum die Politik erst immer dann reagiert, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, ist kaum erkennbar, zumal die politisch Verantwortlichen sich nicht damit herausreden können, sie lebten im Tal der Ahnungslosigkeit", stellen Kummer und Schäfer ernüchtert fest.

Beispielsweise im Fall der kostenlosen Mitversicherung. Demnach werden die Arztrechnungen der Eltern von in Deutschland lebenden Türken bezahlt, sogar wenn diese in der Türkei leben. Ein Mißstand gegen den sich einige Bundestagsabgeordnete wehrten.

Doch am Ende kam heraus, daß die Deutschen sich noch freuen müßten, so billig davonzukommen, denn um wieviel teurer wäre es erst, wenn die in der Türkei lebenden türkischen Eltern auch noch nach Deutschland kämen? Ein schwacher Trost für die Deutschen, deren Eltern nicht bei ihnen mitversichert sind und denen man die unterschiedliche Behandlung damit erklärt, daß im deutsch-türkischen Abkommen der türkische Familienbegriff zugrunde gelegt wird.

J. Kummer, J. Schäfer: "Die Mitnehmgesellschaft", ... München 2005 ...<<

18.11.2005

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 18. November 2005 über die Rede des britischen Konservativen Enoch Powell vom 20. April 1968: >>Rivers of Blood

Seine Warnung wurde überhört: Dokumentation der Rede des britischen Konservativen Enoch Powell am 20. April 1968

Adam hat nach den Londoner Bombenanschlägen islamistischer Fanatiker im Juli dieses Jahres in der Welt an ihn erinnert, Lorenz Jäger ihn vergangene Woche vor dem Hintergrund der gewalttätigen Unruhen in Frankreich in der FAZ zitiert. Was der 1912 in Birmingham geborene und aufgewachsene Enoch Powell, Professor für Griechisch, Brigadegeneral, konservativer Abgeordneter, Staatssekretär und Gesundheitsminister, in seiner ebenso berühmten wie berühmten Rede am 20. April 1968 zur Anwerbung vornehmlich afro-karibischer und asiatischer Einwanderer aus Commonwealth-Staaten jedoch wirklich gesagt hat, erfährt der deutsche Leser nicht.

Das Beschweigen hat Methode. Nach der "Brandrede" (taz) wurde Powell verfemt und geächtet. Zusehends geriet er in die politische Isolierung, die sich durch seine leidenschaftliche Ablehnung des Beitritts Großbritanniens zur EWG noch verstärkte. 1974 trat er aus der Konservativen Partei aus und schloß sich der radikalen nordirischen Ulster Unionist Party an. 1998 starb er im Alter von 85 Jahren in London (JF 9/98).

Die JUNGE FREIHEIT, die auch die Übersetzung aus dem Englischen besorgt hat, dokumentiert den Wortlaut seiner Rede hier vollständig:

Die höchste Funktion der Staatskunst besteht darin, vermeidbaren Übeln vorzubeugen. Bei diesem Versuch stößt sie auf Hindernisse, die tief in der menschlichen Natur wurzeln. Zum einen liegt es in der Ordnung der Dinge, daß solche Übel nicht nachweisbar sind, bevor sie zutage getreten sind:

In jedem Stadium ihrer Entwicklung bleibt Spielraum für Zweifel und für Streit darum, ob sie echt seien oder eingebildet. Gleichzeitig erregen sie wenig Aufmerksamkeit im Vergleich zu gegenwärtigen Problemen, die sowohl unbestreitbar als auch dringlich sind: daher die ständige Versuchung in der Politik, sich auf Kosten der Zukunft mit der unmittelbaren Gegenwart zu befassen. Vor allem neigen die Menschen zu der Fehlauffassung, wer Ärger vorhersieht, verursache oder ersehne ihn sogar. "Wenn die Leute nur nicht darüber reden würden", denken sie gerne, "dann würde es wahrscheinlich nicht passieren."

Vielleicht ist diese Gewohnheit auf den primitiven Glauben zurückzuführen, das Wort und das Ding, der Name und der Gegenstand seien identisch. Wie auch immer, die Auseinandersetzung mit zukünftigen schwerwiegenden, aber durch sofortiges Handeln noch abwendbaren Übeln ist die unpopulärste und zugleich notwendigste Aufgabe des Politikers. Diejenigen, die sich offenen Auges vor ihr drücken, verdienen die Flüche derer, die nach ihnen kommen - und oft genug werden sie ihnen auch zuteil.

Vor ein oder zwei Wochen kam ich mit jemandem aus meinem Wahlkreis ins Gespräch, einem ganz normalen Arbeiter in mittleren Jahren, der in einer unserer verstaatlichten Industrien

beschäftigt ist. Nach ein, zwei Sätzen über das Wetter sagte er plötzlich: "Wenn ich das Geld hätte, wegzuziehen, würde ich nicht in diesem Land bleiben."

Ich machte irgendeine abfällige Bemerkung von wegen, auch diese Regierung werde nicht ewig an der Macht bleiben; aber er nahm keine Notiz davon und fuhr fort: "Ich habe drei Kinder, alle haben das Gymnasium hinter sich, und zwei sind jetzt verheiratet mit eigener Familie. Ich werde erst zufrieden sein, wenn ich dafür gesorgt habe, daß sie sich alle in Übersee niederlassen. Hierzulande wird in 15 bis 20 Jahren der schwarze Mann die Peitsche über den weißen schwingen."

Warnung vor Zuzug von Millionen Einwanderern

Ich höre schon den Chor der Abscheu. Wie kann ich es wagen, so etwas Schreckliches auszusprechen? Wie kann ich es wagen, Unruhe zu stiften und die Gemüter zu erhitzen, indem ich ein solches Gespräch wiedergebe? Die Antwort ist, daß ich nicht das Recht habe, es nicht zu tun. Ein anständiger, normaler Landsmann sagt am hellichten Tag in meiner eigenen Stadt zu mir, seinem Unterhausabgeordneten, daß sein Land seinen Kindern keine lebenswerte Existenz mehr bieten kann. Ich habe einfach nicht das Recht, die Achseln zu zucken und an etwas anderes zu denken.

Tausende und Hunderttausende sagen und denken dasselbe wie er, vielleicht nicht überall in Großbritannien, aber doch in jenen Gebieten, in denen bereits die völlige Verwandlung begonnen hat, die in tausend Jahren englischer Geschichte keine Parallele hat. Hält der derzeitige Trend an, werden sich in 15 oder 20 Jahren dreieinhalb Millionen Einwanderer aus dem Commonwealth und ihre Nachkommen in diesem Land leben. Diese Zahl ist nicht von mir. Es ist die offizielle Zahl, die der Sprecher des Registrar General (obersten Verwaltungsbeamten) dem Parlament bekanntgab.

Für das Jahr 2000 gibt es keine vergleichbare offizielle Zahl, doch muß sie bei fünf bis sieben Millionen liegen, etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung und fast so hoch wie die des Londoner Großraums. Natürlich werden sie sich nicht gleichmäßig zwischen Margate und Aberystwyth und zwischen Penzance und Aberdeen verteilen. Über England verstreut werden Einwanderer und ihre Nachkommen ganze Gegenden, Städte und Stadtteile besetzt haben.

Im Laufe der Zeit wird der Anteil der Nachfahren von Einwanderern an dieser Gesamtzahl, der in England Geborenen, die auf genau demselben Weg hier herkamen wie wir übrigen, rapide ansteigen. Bereits 1985 würden die hier Geborenen eine Mehrheit bilden. Dieser Umstand ist es, der ein sofortiges Eingreifen dringend notwendig werden läßt, und zwar ein Eingreifen jener Art, die für Politiker am schwierigsten durchzuführen ist, wo nämlich die Schwierigkeiten in der Gegenwart bestehen, während die Übel, die es zu verhindern oder zu minimieren gilt, mehrere Parlamentsperioden in der Zukunft liegen.

Die natürliche und vernünftige Frage einer Nation, der derartige Aussichten bevorstehen, lautet: "Wie läßt sich ihr Ausmaß reduzieren?" Kann begrenzt werden, was zugegebenermaßen nicht vollkommen zu vermeiden ist, wenn man bedenkt, daß Zahlen von äußerster Wichtigkeit sind: Die Bedeutung und die Folgen der Einführung eines fremden Elements in ein Land oder eine Bevölkerung unterscheiden sich grundlegend, je nachdem, ob dieses Element ein Prozent oder zehn Prozent ausmacht.

Die Antworten auf diese simple, vernünftige Frage sind ebenso simpel und vernünftig: indem man weiteren Zufluß stoppt oder so gut wie stoppt und einen maximalen Abfluß fördert. Beide Antworten sind Teil der offiziellen Politik der Konservativen Partei.

Es ist kaum zu glauben, daß derzeit jede Woche allein in Wolverhampton zwanzig bis dreißig zusätzliche Einwandererkinder aus Übersee eintreffen - und das bedeutet 15 bis 20 zusätzliche Familien in ein oder zwei Jahrzehnten.

Die die Götter zerstören wollen, die treiben sie erst in den Wahnsinn. Wir müssen als Nation wahnsinnig sein, buchstäblich wahnsinnig, um den jährlichen Zufluß von um die 50.000 An-

gehörigen zuzulassen, die größtenteils die Basis für das zukünftige Wachstum der von Einwanderern abstammenden Bevölkerung bilden. Es ist, als schäue man einer Nation dabei zu, wie sie eifrig ihren eigenen Scheiterhaufen aufbaut.

Wir sind so geisteskrank, daß wir unverheirateten Menschen tatsächlich erlauben, einzuwandern, um mit Ehegatten oder Verlobten, die sie nie gesehen haben, eine Familie zu gründen. Es solle niemand annehmen, daß der Zuzug von Abhängigen automatisch abnehmen wird. Im Gegenteil, selbst die derzeitige Einlaßquote von nur 5.000 pro Jahr reicht aus für weitere 25.000 pro Jahr ad infinitum, ohne das riesige Reservoir bereits existierender Beziehungen in diesem Land mitzuzählen - die Einreise auf betrügerischem Weg berücksichtige ich überhaupt nicht.

Unter diesen Umständen bleibt nur, den Gesamtzufluß zur dauerhaften Niederlassung auf der Stelle auf geringfügige Proportionen zu reduzieren und die notwendigen legislativen und administrativen Maßnahmen müssen unverzüglich ergriffen werden.

Ich komme zur Rückwanderung. Wenn die gesamte Einwanderung morgen endete, würde die Wachstumsrate der Einwanderer- und von Einwanderern abstammenden Bevölkerung erheblich verringert, doch das grundsätzliche Wesen der nationalen Gefahr bliebe aufgrund der in Zukunft zu erwartenden Größe dieses Bevölkerungselementes bestehen.

Dies kann nur in Angriff genommen werden, solange Menschen, die innerhalb etwa der letzten zehn Jahre einreisten, einen beträchtlichen Anteil ausmachen. Um so dringlicher ist es, jetzt das zweite Element der konservativen Politik umzusetzen: die Ermunterung zur Rückwanderung. Niemand kann abschätzen, wie viele sich mit großzügiger Unterstützung entweder für eine Rückkehr zu ihren Ursprungsländern entscheiden oder aber in andere Länder gehen würden, wo ihre Arbeitskraft und Fähigkeiten benötigt werden.

Niemand weiß es, weil bislang kein Versuch einer solchen Politik gemacht wurde. Ich kann nur sagen, daß sogar im Augenblick ab und zu Einwanderer aus meinem eigenen Wahlkreis zu mir kommen und mich bitten, ihnen Unterstützung bei der Heimkehr zu leisten. Würde eine solche Politik eingeführt und mit der Entschlossenheit durchgesetzt, die die drohende Alternative rechtfertigt, könnte der daraus resultierende Abfluß die Zukunftsaussichten spürbar ändern.

Das dritte Element der Politik der Konservativen Partei ist, daß alle, die als Staatsbürger in diesem Land leben, vor dem Gesetz gleich sein müssen und es zwischen ihnen keine Diskriminierung oder Differenzierung durch staatliche Behörden geben darf. Wie Edward Heath gesagt hat, wird es keine "Staatsbürger erster Klasse" und "Staatsbürger zweiter Klasse" geben.

Das bedeutet nicht, daß der Einwanderer oder seine Nachkommen in eine privilegierte oder besondere Klasse erhoben wird oder daß dem Bürger sein Recht verwehrt wird, in der Regelung seiner eigenen Angelegenheiten zwischen dem einen und dem anderen Mitbürger zu diskriminieren oder daß ihm Zwang angetan werden soll bezüglich seiner Gründe und Motive, dem Gesetz auf die eine statt auf die andere Art Folge zu leisten.

Größer ließen sich die Realitäten nicht mißverstehen, als es diejenigen tun, die lautstark Gesetze "gegen Diskriminierung" fordern, wie sie es nennen, seien sie Leitartikler desselben Typs und manchmal derselben Zeitungen, die in den 1930ern dieses Land jahrelang blind zu machen versuchten für die wachsende Gefahr, die ihm drohte, oder Erzbischöfe, die in Palästen leben, und mit der Bettdecke über den Kopf gezogen fein gedeihen. Sie haben völlig und diametral unrecht.

Die Diskriminierung und Benachteiligung, das Gefühl von Sorge und Ärger herrscht nicht bei der Einwandererbevolkerung, sondern bei denen, in deren Mitte sie gekommen sind und immer noch kommen. Mit der Verabschiedung einer solchen Gesetzgebung zum gegenwärtigen Zeitpunkt riskiert das Parlament daher, ein Zündholz ans Schießpulver zu legen. Das freund-

lichste, was sich über diejenigen sagen läßt, die dies vorschlagen und unterstützen, ist, daß sie nicht wissen, was sie tun.

Sofort sämtliche Rechte eines jeden Staatsbürgers gewährt

Nichts ist irreführender als der Vergleich zwischen dem Commonwealth-Einwanderer und dem amerikanischen Neger. Die Negerbevölkerung der Vereinigten Staaten, die bereits vor der Nationwerdung der Vereinigten Staaten existierte, begann im wahrsten Sinne des Wortes als Sklaven, um später das Wahl- und andere Bürgerrechte zu erhalten, deren Ausübung sie nur langsam und bis heute nicht vollständig erreicht haben.

Der Commonwealth-Einwanderer kam im Besitz der vollen Staatsbürgerschaft nach Großbritannien, in ein Land, das keine Diskriminierung zwischen dem einen und dem anderen Bürger kannte, und ihm wurden sofort sämtliche Rechte jedes Staatsbürgers gewährt, vom Stimmrecht bis zur freien medizinischen Behandlung durch den National Health Service.

Etwaige Nachteile, die dem Einwanderer entstanden, ergaben sich nicht aus dem Gesetz oder aus der Politik des Staats oder aus den Verwaltungsmaßnahmen, sondern aus jenen persönlichen Umständen und Zufällen, die bewirken und immer bewirken werden, daß sich Schicksal und Erfahrung eines Menschen von denen eines anderen unterscheiden.

Während jedoch für den Einwanderer die Aufnahme in dieses Land die Zulassung zu heißersehnten Privilegien und Möglichkeiten bedeutete, war die Wirkung auf die bestehende Bevölkerung eine ganz andere. Aus Gründen, die sie nicht verstehen konnten, und infolge einer Versäumnisentscheidung, zu der sie nie befragt worden waren, fanden sie sich als Fremde in ihrem eigenen Land wieder.

Sie stellten fest, daß für ihre Frauen keine Wochenbetten, für ihre Kinder keine Plätze in der Schule frei waren, ihre Häuser und Nachbarschaften sich bis zur Unkenntlichkeit veränderten, ihre Zukunftspläne und -aussichten zunichte gemacht wurden; auf der Arbeit stellten sie fest, daß Arbeitgeber zögerten, an den Einwanderer dieselben Maßstäbe der Disziplin und Tüchtigkeit anzulegen, die von dem einheimischen Arbeiter erwartet wurden; mit der Zeit begannen sie immer mehr Stimmen zu hören, die ihnen sagten, sie seien nun die Unerwünschten.

Jetzt erfahren sie, daß ein einseitiges Privileg vom Parlament verabschiedet werden soll; ein Gesetz, das weder dazu dient noch dazu gedacht ist, sie zu schützen oder ihnen Recht zu verschaffen, soll beschlossen werden, um dem Fremden, dem Unzufriedenen und dem Agent provocateur die Macht zu geben, sie für ihre privaten Handlungen an den Pranger zu stellen.

In den Hunderten und Aberhunderten von Briefen, die ich erhielt, als ich mich vor zwei, drei Monaten zuletzt zu diesem Thema äußerte, stach ein Merkmal hervor, das weitgehend neu war und das mich Böses ahnen läßt.

Alle Abgeordneten sind den typischen anonymen Briefschreiber gewöhnt; was mich jedoch überraschte und alarmierte, war der hohe Anteil einfacher, anständiger, vernunftbegabte Menschen, die vernünftige und oft hochgebildete Briefe schrieben und glaubten, ihre Adresse weglassen zu müssen, weil sie es für gefährlich hielten, sich in schriftlicher Form an einen Parlamentsabgeordneten gewandt und Zustimmung zu den Ansichten bekundet zu haben, die ich geäußert hatte, und Strafen oder Sanktionen fürchteten, falls bekannt würde, daß sie dies getan hätten.

Das Gefühl, eine verfolgte Minderheit zu sein, das unter den einfachen Engländern in den betroffenen Teilen des Landes wächst, können jene, die es nicht aus eigener Erfahrung kennen, sich kaum vorstellen. Ich werde nur einen dieser Hunderten von Menschen für mich sprechen lassen:

"Vor acht Jahren wurde in einer Straße in Wolverhampton, die als gute Wohngegend galt, ein Haus an einen Neger verkauft. Nun lebt dort nur noch eine einzige Weiße (eine Rentnerin). Dies ist ihre Geschichte. Sie verlor ihren Mann und ihre beiden Söhne im Krieg. So wandelte sie ihr Haus mit sieben Zimmern, ihr einziges Besitztum, in eine Pension um. Sie arbeitete

hart und verdiente gut, zahlte ihre Hypothek ab und begann fürs Alter zu sparen. Dann zogen die Einwanderer ein. Mit wachsender Furcht sah sie zu, wie ein Haus nach dem anderen übernommen wurde. Aus der ruhigen Straße wurde ein Ort des Lärms und Chaos. Bedauerlicherweise zogen ihre weißen Mieter aus.

Am Tag, nachdem der letzte gegangen war, wurde sie um sieben Uhr morgens von zwei Negern geweckt, die ihr Telefon benutzen wollten, um ihren Arbeitgeber anzurufen. Als sie sich weigerte, wie sie es bei jedem Fremden zu solch früher Stunde getan hätte, wurde sie beschimpft und fürchtete, sie wäre angegriffen worden, hätte sie keine Kette an der Tür gehabt. Einwandererfamilien haben versucht, Zimmer in ihrem Haus zu mieten, aber sie weigerte sich immer. Ihr kleiner Geldvorrat war aufgebraucht, und wenn sie die anfallenden Nebenkosten bezahlt hat, bleiben ihr weniger als zwei Pfund pro Woche.

Sie bemühte sich um einen Rabatt und bekam einen Termin bei einem jungen Mädchen, das vorschlug, sie sollte doch einen Teil ihres Hauses vermieten. Als sie sagte, sie könne nur Neger bekommen, sagte das Mädchen: 'Mit rassistischen Vorurteilen werden Sie in diesem Land nicht weit kommen.' Also ging sie nach Hause.

Das Telefon ist ihre Rettungsleine. Ihre Familie zahlt die Rechnung und unterstützt sie, so gut sie kann. Einwanderer haben angeboten, ihr Haus zu kaufen - zu einem Preis, den der zukünftige Vermieter innerhalb von Wochen oder höchstens ein paar Monaten von seinen Mietern zurückbekommen würde.

Langsam bekommt sie Angst, das Haus zu verlassen. Fensterscheiben sind zerbrochen. Sie findet durch ihren Briefkastenschlitz geschobene Fäkalien. Wenn sie einkaufen geht, laufen ihr Kinder hinterher ... Sie sprechen kein Englisch, aber ein Wort kennen sie. "Rassistin", skandieren sie. Wenn das neue Gesetz zu den Rassenbeziehungen verabschiedet wird, ist diese Frau überzeugt, daß sie ins Gefängnis kommt. Und hat sie so unrecht? Ich bin mir nicht mehr sicher."

Die andere gefährliche Wahnvorstellung, an der diejenigen leiden, die mutwillig oder sonstwie blind gegenüber den Realitäten sind, läßt sich in dem Wort "Integration" zusammenfassen. Sich in eine Bevölkerung zu integrieren, heißt, praktisch ununterscheidbar von ihren übrigen Mitgliedern zu werden.

Nun ist, wo eindeutige körperliche Unterschiede, besonders in der Hautfarbe bestehen, Integration immer schwierig, wenn auch auf Dauer nicht unmöglich. Unter den Commonwealth-Einwanderern, die in den letzten fünfzehn Jahren gekommen sind, um hier zu leben, sind viele Tausende, die den Wunsch und die Absicht haben, integriert zu werden, und deren Gedanken und Bestrebungen stets in diese Richtung gehen. Sich jedoch einzubilden, eine große und wachsende Mehrheit von Einwanderern und ihren Nachkommen habe dergleichen im Sinn, ist ein absurder Irrglaube, und ein gefährlicher dazu.

Wir stehen hier vor einem Wandel. Bislang hat die Kraft der Umstände und der Herkunft den bloßen Gedanken an Integration für die Mehrheit der Einwanderer unzugänglich gemacht - daß sie niemals an etwas Derartiges gedacht oder es beabsichtigt haben, und daß ihre Anzahl und physische Konzentration bedeutete, daß der Integrationsdruck, dem normalerweise jede kleine Minderheit unterliegt, nicht funktionierte.

Nun erleben wir die Zunahme von Kräften, die der Integration aktiv entgegenwirken, von Eigeninteressen an Erhalt und Verschärfung rassistischer und religiöser Unterschiede mit dem Ziel der Ausübung richtiggehender Dominanz, zunächst über andere Einwanderer und dann über den Rest der Bevölkerung. Die Wolke, die nicht größer ist als die Hand eines Mannes und den Himmel doch so schnell überziehen kann, ist jüngst in Wolverhampton zu sehen gewesen, und die Anzeichen deuten darauf hin, daß sie sich rasch ausbreiten wird.

Anerkennung für den Mut, es gesagt zu haben

Die Sätze, die ich gleich sprechen werde, die am 17. Februar wortwörtlich so in der Lokal-

presse gedruckt wurden, stammen nicht von mir, sondern von einem Labour-Abgeordneten, der in der derzeitigen Regierung ein Ministeramt bekleidet: "Die Kampagne der Sikh-Gemeinschaft, Bräuche beizubehalten, die in Großbritannien unangemessen sind, muß sehr bedauert werden. Wenn sie in Großbritannien arbeiten, vor allem im öffentlichen Sektor, sollten sie bereit sein, die Bedingungen ihres Arbeitsvertrages zu akzeptieren.

Als Gemeinschaft Sonderrechte (oder sollten sie sagen -riten?) zu fordern, führt zu einer gefährlichen Fragmentierung der Gesellschaft. Diese ethnische Abgrenzung ist ein Krebsgeschwür; von welcher Hautfarbe sie auch praktiziert wird, ist sie vehement zu verurteilen." John Stonehouse gebührt alle Anerkennung für die Einsicht, dies wahrgenommen zu haben, und den Mut, es gesagt zu haben.

Für diese gefährlichen und spalterischen Elemente bietet der Gesetzentwurf zu den Rassenbeziehungen (Race Relations Bill) genau den Nährboden, den sie zum Gedeihen brauchen. Hier ist das Mittel, um zu zeigen, daß die Einwanderergemeinschaften ihre Mitglieder organisieren und konsolidieren, gegen ihre Mitbürger agitieren und sich engagieren und den Rest mit den Waffen des Gesetzes überwältigen und dominieren können, die die Unwissenden und schlecht Informierten bereitgestellt haben.

Wenn ich in die Zukunft blicke, erfüllt mich Vorahnung; wie der Römer scheine ich "den Fluß Tiber mit viel Blut schäumen" zu sehen. Jenes tragische und ausweglose Phänomen, das wir mit Schrecken auf der anderen Seite des Atlantik beobachten, das aber dort mit der Geschichte und Existenz der Vereinigten Staaten selbst verwoben ist, kommt hier durch unseren eigenen Willen und unsere eigene Achtlosigkeit über uns.

Tatsächlich ist es beinahe schon soweit. Zahlenmäßig wird es lange vor dem Ende des Jahrhunderts amerikanische Proportionen haben. Einzig entschlossenes und sofortiges Handeln wird es auch jetzt noch abwenden. Ob es den öffentlichen Willen geben wird, dieses Handeln zu verlangen und durchzuführen, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß der große Verrat darin bestünde, zu sehen und nicht zu sprechen.<<

26.11.2005

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. November 2005 (x887/...): >>Ohne Gott in die Sackgasse

Wo ökonomische Perspektivlosigkeit und Werteverfall zusammentreffen, bröckelt die Zivilisation

Europa als reine Wirtschaftsgemeinschaft reicht nicht aus. Nicht zuletzt die dramatischen Ereignisse im Nachbarland Frankreich machen deutlich, wie schnell der Lack der Zivilisation abbröckelt, wenn ökonomische Perspektivlosigkeit und allgemeiner Werteverfall zusammentreffen.

Die marodierenden Jugendlichen in den Banlieues finden keinen Halt mehr in einem gesellschaftlichen Umfeld, das sich oft nur noch über materielle Werte definiert. Ein Europa ohne Gott führt ins Abseits, diese Feststellung gilt nicht nur für das traditionell laizistische Frankreich.

"Europa - nicht die Torwartfrage in der Nationalmannschaft, das Dosenpfand oder die Maut - entscheidet über unsere Zukunft", merkte der ehemalige thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel vor kurzem bei einer Veranstaltung des Hermann-Ehlers-Bildungswerks in Hamburg an und plädierte dafür, den Kontinent wieder stärker auf sein religiöses Fundament zu stellen. Wie christlich sind aber die 25 EU-Mitgliedsstaaten überhaupt noch? Das Bild fällt sehr unterschiedlich aus. In Vogels Wohnort Erfurt gehören noch sieben Prozent der katholischen und 20 Prozent der evangelischen Kirche an, ein Wert, der für die neuen Bundesländer noch ganz gut ist.

Im Nachbarland Polen, das genauso unter dem Kommunismus zu leiden hatte wie die frühere DDR, bekennen sich stolze 95 Prozent zur katholischen Kirche, so daß es mittlerweile nicht

mehr ungewöhnlich ist, wenn eine deutsche Pfarrei von einem polnischen Kleriker betreut wird.

Anscheinend läßt sich die religiöse Entwurzelung ganzer Landstriche nicht nur mit der jahrzehntelangen Herrschaft des Kommunismus erklären. Denn warum sagen laut "Time Magazine" in Italien 82 Prozent der Menschen, daß sie zu einer Kirche gehören, und 53 Prozent, daß sie mindestens einmal im Monat zum Gottesdienst gehen, während in England zwar 83 Prozent ihre Kirchenzugehörigkeit betonen, aber nur 19 Prozent den regelmäßigen Gang ins Gotteshaus schaffen. Für Frankreich lauten die Zahlen 57 zu zwölf Prozent, für Polen 95 zu 78 Prozent und für Deutschland 76 zu 30 Prozent.

Die Medien erwecken oft den Eindruck, als spielten Religion und Kirche für die Menschen in unseren Breiten keine große Rolle mehr. Sogar das phantastische Erlebnis des Kölner Weltjugendtages wollten moralinsaure Kommentatoren mit Verweisen auf die Rolle der Frau in der Kirche, die Haltung des Papstes zur Sexualmoral oder die Frage, ob Priester heiraten dürfen, trüben.

Glaut man einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, so trifft diese Krittellei bei den meisten Bürgern gar nicht auf fruchtbaren Boden. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung bekundet nach dieser Studie nämlich ein positives Verhältnis zu den kirchlichen Kernaufgaben der Verkündigung, der Seelsorge und der Caritas. Und viele wünschen sich auch christliche Werte in der Politik. Selbst in Ostdeutschland waren es ja in der Regel evangelische oder katholische Christen, die politische Verantwortung übernahmen; dies gilt für alle demokratischen Parteien.

Der Franzose Paul Valéry hat zutreffend formuliert: "Überall, wo die Namen Cäsar, Tacitus und Vergil, überall, wo die Namen Moses und Paulus, überall, wo die Namen Aristoteles, Plato und Euklid Bedeutung und Ansehen haben - dort ist Europa."

Bernhard Vogel forderte in Hamburg mehr Selbstbewußtsein der Christen. Es waren schließlich christliche Politiker wie Robert Schuman in Frankreich, Alcide De Gasperi in Italien sowie Konrad Adenauer oder Hermann Ehlers in Deutschland, die den Prozeß der Versöhnung der europäischen Völker in Gang setzten. Angesichts der Tatsache, daß bereits heute 17 Millionen Muslime in der europäischen Gemeinschaft leben, ist es nahezu grotesk, beim Vorwurf, Europa geriere sich wie ein "Christenklub", sofort in die Schockstarre der politischen Korrektheit zu verfallen.

Europa darf kein abgeschotteter und exklusiver christlicher Verein sein, soviel ist klar. Aber was spricht eigentlich dagegen, daß sich die abendländischen Völker ihrer Wurzeln besinnen und als Christen verstehen? Denn christliche Gesinnung verträgt sich nie mit nationalistischer Abgrenzung von anderen Völkern. Daher forderte nicht nur der Ratsvorsitzende der EKD Bischof Huber, es müsse Schluß sein mit der "Multikulti-Schummelei".

Wenn der Patriarch der griechisch-orthodoxen Kirche in der Türkei seine Zweifel äußert, ob seine Kirche in Istanbul sein Eigentum bleiben und ob sein Krankenhaus weitergeführt werden darf, dann sollten solche Einwände nicht immer vom Tisch gewischt werden.

Europa kann seinen muslimischen Bürgern nur dann ein attraktives Integrationsangebot machen, wenn es zugleich offen und selbstbewußt auftritt. Selbstbewußte Christen werden sich mehr Achtung bei ihren islamisch geprägten Mitbürgern erwerben als diejenigen, die sich ihrer eigenen Identität nicht mehr sicher sind und Europa am liebsten als gigantischen Konsumtempel sehen.<<

10.12.2005

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Dezember 2005 (x887/...): >>**Aus "höheren" Beweggründen**

Islamisten nehmen im Dschihad auch Opfer aus der eigenen Religionsgemeinschaft als notwendig in Kauf

Der Fall der im Irak entführten Susanne Osthoff gibt der deutschen Öffentlichkeit Rätsel auf: Warum entführen mutmaßliche islamistische Fanatiker eine zu ihrem Glauben konvertierte Frau, die sich seit vielen Jahren intensiv für den Irak und seine Menschen - fast ausschließlich Muslime - einsetzt? Wie paßt das verbrecherische Vorgehen zusammen mit den Beteuerungen islamischer Würdenträger, Islam heiße "Frieden"?

Islamwissenschaftler *Gerd-Rüdiger Puin* gibt Antworten.

Das Schicksal von Susanne Osthoff im Irak bewegt uns, und es irritiert uns zugleich. Sie ist nicht kämpfende Partei, sondern steht mit ihrem vielfältigen Engagement auf der Seite des irakischen Volks. Sie hilft materiell, aber auch geistig, denn als Archäologin will sie "ihrem" Land das historische Vermächtnis Mesopotamiens erhalten. Solches oder ähnlich nobles Verhalten von Nicht-Muslimen ist ein Schutz vor religiös begründbaren Übergriffen: "Allah verbietet euch nicht, euch denen gegenüber gütig und gerecht zu verhalten, die euch nicht der Religion wegen bekämpft oder euch aus euren Häusern vertrieben haben" (Koran 60:8).

Um so mehr Schutz genießt in der islamischen Gesellschaft derjenige, der Muslim ist oder geworden ist wie Frau Osthoff. So soll der Prophet Mohammed (nach Bukhari und Muslim) gesagt haben: "Einen Muslim zu beleidigen ist Bössartigkeit, und ihn zu bekämpfen ist Unglaube."

Und die höchste islamische Autorität, der Koran, sagt in Sure 4:93: "Und wer einen Gläubigen vorsätzlich tötet, dessen Vergeltung ist die Hölle, wo er (ewig) bleiben soll. Der Zorn Allahs und sein Fluch ist über ihm und er hat ihm eine gewaltige Strafe vorbereitet."

Überhaupt erlaubt der Islam die Todesstrafe nur in den Fällen von Mord, öffentlicher Unzucht und beim Abfall vom islamischen Glauben.

Dies ist das freundliche Gesicht des Islams, man kennt es aus den Veranstaltungen des christlich-islamischen Dialogs: Gerne glauben die Christen der Botschaft ihrer abrahamitischen Mitbrüder, und gerne beschwören die Muslime, daß "Islam" eigentlich "Friede" heiße, besser "Frieden machen", daß die im Namen Allahs begangenen Verbrechen nichts mit dem Islam zu tun hätten. Auch das möchte man gerne glauben, man möchte Zeuge sein, wenn sich die "Gemäßigten" von den "Radikalen" abgrenzen. Doch leider geschieht dies bei uns nur in Ansätzen, im Irak und in den anderen islamischen Ländern überhaupt nicht.

Warum ist es so schwer, den gemäßigten vom radikalen Islam zu unterscheiden? Weil sich beide Gruppen auf dieselben Texte berufen können, welche die Quellen der islamischen Religion sind: auf den Koran (als dem letzten Wort Gottes an die Menschheit), auf die Sunna (die überlieferten Sprüchen und Taten des Propheten) und die Sira (die vorbildliche Biographie des Propheten).

Während sich die gemäßigten Muslime der versöhnlichen Teile dieser drei Überlieferungen bedienen und über die gegensätzlichen Aussagen schweigen, beziehen sich die "Islamisten" oder "Dschihadisten" auf die andere, unversöhnliche Hälfte in denselben Texten und wischen die versöhnlichen Stellen beiseite. Beide Seiten treffen also eine Auswahl aus einer gewaltigen Menge an Aussagen, die im Laufe der frühen Geschichte des Islams entstanden sind. Von keiner der Seiten werden sie historisch relativiert, als Symbole verstanden oder theologisch hinterfragt.

Beide Seiten sind, verglichen mit der mitteleuropäischen Gesellschaft, extrem konservativ und richten sich in ihrem Handeln nach den ihnen gemäßen Texten; gerade die Islamisten tun dies. Und in der Frömmigkeit läßt sich ein Muslim ungern von einem anderen übertreffen; so kommt es, daß sich in den letzten 20 Jahren die liberalen Muslime stets vor den weniger liberalen rechtfertigen müssen, weil letztere die klareren Aussagen des Korans auf ihrer Seite haben. Werfen wir also einen Blick auf die religiös sanktionierenden Elemente der islamistischen Ideologie:

Zunächst werden die versöhnlichen Passagen mit Hilfe der Lehre außer Kraft gesetzt, daß im

Falle von Widersprüchen der zuletzt offenbarte Vers gelte. Nach dem Korangelehrten Suyûti (1445-1505, "ist alles im Koran, das von Vergebung für die Ungläubigen, von der Freundschaft mit ihnen, von der Toleranz und Zurückhaltung ihnen gegenüber handelt, abgeschafft ('abrogiert') durch den 'Vers des Schwertes', nämlich: 'Wenn nun die Schutzmonate abgelaufen sind, dann tötet die Götzendienen, wo immer ihr sie findet, ergreift sie, belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf! ...' (Koran 9:5); durch diesen Vers sind 124 andere (das heißt versöhnlichere Koran-) Verse aufgehoben."

Als nächstes gilt es, die Lehre von Gottes absolutem Eins-Sein ("Tauhid") so zu betonen, daß sich aus der Nicht-Anerkennung des Tauhid ein Abfall vom Islam ableiten läßt, ein Vorgang, der sich bis in die Gegenwart wiederholt. Wenn es gelingt, auf diese oder andere Weise andere Muslime zu Ungläubigen zu erklären (der Vorgang heißt "Takfir"), dann steht dem Kampf oder einem Krieg gegen sie kein religiöses Hindernis mehr im Wege.

Wir wissen nicht, ob die muslimische Konfession eine Rolle spielt, zu der sich Susanne Osthoff bekennt, oder ob man ihre Bekehrung zur Muslima anzweifeln kann, weil sie nicht dem Frauenbild der Entführer entspricht. In jedem Fall steht die Hilfstätigkeit von Frau Osthoff im Zusammenhang mit ihren Unterstützern in Deutschland, die ja keine Muslime sind, und insofern mit der deutschen "Regierung", denn an freiwillige Spenden von deutschen Individuen glaubt wohl kein Iraker ...

Das nächste Element ist der Dschihad selbst, eine Pflicht für jeden Muslim, solange sich nicht genügend Kämpfer "auf dem Wege Gottes" befinden. Das in der islamischen Welt seit dem Fall des Kommunismus verbliebene Feindbild ist der Westen, und Bin Laden rennt offene Türen ein, wenn er sagt: "Der einzige Weg ist der Dschihad gegen die westlichen Mächte, die danach streben, dieses bittere Schicksal (der Unterjochung) der arabischen und islamischen Gemeinschaft aufzuerlegen, und zwar seit dem Fall des osmanischen Kalifats 1924 ..."

Der abstrakte "Feind des Islams" heißt also konkret USA, Israel, Rußland, Indien, China und so weiter sowie ihre Verbündeten auf der ganzen Welt - darunter natürlich auch Deutschland. Erklärtermaßen geht es bei der Drohung gegen Frau Osthoff darum, der deutschen Außenpolitik die Aufgabe der Solidarität mit der Koalition im Irak abzapfen. Es geht um eine Etappe in dem Dschihad, dessen meiste Opfer Muslime sind. Es geht um die Schlacht vor dem Sieg, um die "höheren" Beweggründe, die auch noch das größte Verbrechen rechtfertigen.

Der Säulenheilige des modernen Islamismus, Maududi (1903-1979), drückte es so aus: "Das größte Opfer für die Sache Gottes wird im Dschihad dargebracht, denn in diesem Kampf gibt der Mensch nicht nur sein eigenes Leben und sein Hab und Gut hin, sondern er vernichtet auch Leben und Eigentum anderer ..."

Was bedeutet der Verlust einiger Menschenleben, selbst wenn es einige Tausende oder mehr sein sollten, gegenüber dem Unheil, das die Menschheit befallen würde, wenn das Böse über das Gute und der aggressive Atheismus über die Religion Gottes den Sieg davontragen würde ... Denn als Ergebnis dessen würde nicht nur die Religion Gottes in Gefahr geraten unterzugehen, sondern die ganze Erde würde zu einer Heimstatt des Schlechten, der Unmoral und des Verderbens werden ..."

Vor diesem Hintergrund ist die Gefahr für Susanne Osthoff groß. Doch es bleibt die Hoffnung, daß ihre Entführer bloß gemeine Kriminelle sind, die sich ihre Drohung gegen Lösegeld abkaufen lassen. Auch das würde ein bezeichnendes Licht auf die Lage im Irak werfen.

Dr. Gerd-Rüdiger Puin, geboren 1940 in Königsberg/Ostpreußen, war bis zu seinem Ruhestand als Islamwissenschaftler an der Universität des Saarlandes beschäftigt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Dezember 2005 (x887/...): >>Verbrechen beim Namen nennen

Alfred M. de Zayas über die unmenschliche Vertreibung der Ostdeutschen

Vor fünf Jahren erregte ein US-Wissenschaftler großes Aufsehen mit seinem Werk über die

Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten. In der jetzt auch in deutscher Sprache erschienenen, aktualisierten Fassung unter dem Titel "Die Nemesis von Potsdam" untersucht der Autor Alfred M. de Zayas vor allem die Rolle der westlichen Alliierten. Hatten sie zu Beginn des Zweiten Weltkrieges einen Unterschied zwischen Hitler und dem deutschen Volk gemacht, so ging es ihnen nach Bekanntwerden der KZ-Greuel "kaum noch um Gerechtigkeit oder gar Befreiung, sondern schlechthin um Vergeltung".

Über der Potsdamer Konferenz schwebte dann auch Nemesis (wie schon der Titel des Buches sagt), die griechische Rache-Göttin: Artikel XIII des Protokolls enthielt die erste offizielle Zustimmung des Westens zur Umsiedlung der Deutschen - doch war sie keineswegs ein Blankoscheck! Wurden die osteuropäischen Länder doch zu einer "geregelten und humanen" Durchführung verpflichtet.

Tatsache ist, daß die Vertreibung rund 15 Millionen Menschen betraf, zwei Millionen überlebten sie nicht. Sehr offen und direkt stellt der Autor die Frage: "Wie groß ist hier die Verantwortung der westlichen Demokratien? War ihre Beteiligung überhaupt mit demokratischen und humanitären Grundsätzen vereinbar?"

Und wenn die Alliierten die Nationalsozialisten wegen ihrer unmenschlichen Methoden bekämpften - durften sie dann selbst deren Methoden als Vergeltung anwenden?"

Sie seien für all die Not, das Elend, den Tod der Menschen aus dem deutschen Osten letztlich mitverantwortlich. Indes gelte das nur begrenzt: Sowohl aus britischen als auch aus amerikanischen Dokumenten gehe hervor, daß die Umsiedlungen auf ein Mindestmaß begrenzt und diese erst mehrere Monate nach Kriegsende begonnen werden sollten.

Zu den Methoden, mit denen Stalin den Westen zur Einwilligung in die Oder-Neiße-Linie überredete, gehörte die absichtlich unwahre Behauptung, es gebe dort keine Deutschen mehr - während es tatsächlich fünf Millionen waren!

Schon auf der Teheran-Konferenz betonte Stalin, die UdSSR werde den 1939 annektierten Teil der Republik Polen behalten; die West-Alliierten sahen sich daraufhin verpflichtet, Polen eine Art Ausgleich zu verschaffen - auf Kosten Deutschlands.

In der Tschechoslowakei hatten die über drei Millionen Sudetendeutschen nie ein wahres Selbstbestimmungsrecht. Schon am Ende des Ersten Weltkrieges hatte Benesch ihre Vertreibung gewollt. Das Buch resümiert dann auch: "Die Nazi-Verbrechen waren nicht Ursache der Vertreibung. Sie wurden aber zur nachträglichen Rechtfertigung instrumentalisiert."

Nur ein aufrichtiger Umgang mit der Geschichte könne eine bessere Zukunft für die Europäer garantieren. In Warschau, Prag, Budapest, auch gerade in Moskau, aber ebenfalls in London und Washington, so fordert der Autor, solle man sich eigentlich "den menschenrechtlichen Geboten fügen, die Vertreibung der Deutschen als ein Verbrechen beim Namen nennen und sich davon moralisch distanzieren".

Alfred de Zayas: "Die Nemesis von Potsdam", ... München 2005 ...<<

2005

BRD: Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtet im Jahre 2005 in seinem Buch "Europa - das wiedererstehende Römische Reich?" (x880/...): >>>Europa, Vatikan und die Neue Weltordnung

Nähert sich das Reich des Antichristen?

1. Einleitung

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die **Vereinigten Staaten von Amerika** geben, sondern auch die **Vereinigten Staaten von Europa**. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der **Vereinten Nationen** (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Die Entwicklung ist faszinierend - und gerade wegen ihrer Faszination gefährlich: Wir sind Zeugen der Wiederentstehung des Römischen Reiches. Die Frage nur stellt sich: Ist dieses

neue Römische Reich eine auf Europa beschränkte oder weltweit ausstrahlende Größe?

Das antike Römische Reich umfaßte in der Zeit seiner größten Ausdehnung - zur Zeit des Kaisers Trajan um das Jahr 117 nach Christus - alle Länder rund um das Mittelmeer, aber auch Gallien, große Teile Britanniens und die Schwarzmeerregion. Es begann in Portugal und Spanien im Westen und reichte bis nach Mesopotamien im Osten. Es begann im schwarzafrikanischen Nubien im Süden und endete in Schottland und Germanien im Norden, wo es allerdings auch seine Grenzen (Limes, Hadrianswall) fand. Rom hatte zwar viele, aber nicht alle Länder seiner Zeit unterworfen.

Kommt das jetzt anders? Nun, heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 25 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosphorus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden.

Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist - zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.

Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist eben nur: Wird dieses Einheitsreich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein?

Meine These, die ich im weiteren Verlauf der Darstellung entfalten werde, lautet: **Das wiedererstehende Römische Reich** besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum - **nämlich Rom** - in Europa. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit. Die Herrschaft des Antichristen und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein. Denn es heißt im Wort Gottes:

"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an ... Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.).

2. Die Bezeichnung "Europa"

Europa bedeutet sprachgeschichtlich "Abendland", "Land des Dunkels", "Land der untergehenden Sonne". Im hebräischen und phönizischen Sprachbereich bedeutet "ereb" "Abend" bzw. "dunkel". Das griechische Wort "erebos" meint "das Dunkle", "das Schattenreich". Für die geographisch im Südosten Europas lebenden Völker (Hebräer, Phönizier) war der heute als "Europa" bezeichnete Erdteil die Gegend, in der die Sonne untergeht.

3. Die Sage von "Europa" und die Frau auf dem Tier

Ein immer wieder auftauchendes Symbol für den Kontinent Europa ist eine nackte Frau auf einem Stier. - Was hat es damit auf sich?

Dieses Symbol geht auf eine griechische Sage zurück, die u.a. vom römischen Dichter Ovid überliefert wurde. Die Sage berichtet von der phönizischen Prinzessin Europa, Tochter des Königs Agenor und der Telephassa, die mit ihrer Familie am Strand von Tyrus spielt. Plötzlich kommt ein Stier aus dem Meer hervor, der sich Europa nähert. Sie streichelt ihn und streut Blumen auf seinen Kopf. Als er ihr andeutet, auf seinen Rücken zu steigen, tut sie dies, und der Stier schwimmt mit ihr davon.

Erst als sie zusammen auf der Insel Kreta ankommen, zeigt der Stier sein wahres Gesicht. Vor den Augen der erstaunten Europa verwandelt er sich in den griechischen "Göttervater" Zeus. Wegen seiner argwöhnischen Gattin Hera hatte er die Verwandlung in den Stier vorgenommen. Nun, da er sich in seine wahre Gestalt zurückverwandelt hat, zeugt er mit Europa drei Söhne: Minos, Rhadamantys und Sarpedon. Und die "Göttin" Aphrodite sendet die Verheißung, daß der Erdteil nach der Prinzessin Europa benannt wird.

Dies - so meine ich - ist kein rühmlicher Anfang für unseren Kontinent. Diese Sage berichtet von Täuschung und Betrug, von Ehebruch und Hurerei. Der "Göttervater" Zeus entpuppt sich als ein menschlich-allzumenschliches Wesen, das mit dem wahren Gott und Schöpfer des Universums nichts gemeinsam hat. Und die Königstochter Europa, die mythologische Namensgeberin des europäischen Kontinents, läßt sich in hurerischer Weise auf den Ehebruch des Zeus ein.

So verwundert es nicht, daß Ausleger der Bibel immer wieder Europa, die Frau auf dem Stier, in Verbindung gebracht haben mit der Frau auf dem Tier, von der in Offenbarung 17 und 18 die Rede ist. Dort lesen wir z.B.:

"Ich sah eine Frau auf einem scharlachroten Tier sitzen, das war voll lästerlicher Namen und hatte sieben Häupter und zehn Hörner. Und die Frau war bekleidet mit Purpur und Scharlach und geschmückt mit Gold und Edelsteinen und Perlen und hatte einen goldenen Becher in der Hand, voll von Greuel und Unreinheit ihrer Hurerei, und auf ihrer Stirn war geschrieben ein Name, ein Geheimnis: Das große Babylon, die Mutter der Hurerei und aller Greuel auf Erden" (Offenbarung 17,3-5).

Ist die Tatsache, daß ausgerechnet die Frau auf dem Stier als ein zentrales Symbol für Europa gewählt wurde, ein Hinweis auf eine antichristliche Entwicklung in diesem Kontinent? Welche Rolle spielt hierbei die Europäische Union? Wir werden diese Frage weiter untersuchen. Doch zuvor betrachten wir, wie es zur Entstehung der Europäischen Union kam.

4. Die Paneuropa-Idee

"Jedes große historische Geschehen begann als Utopie und endete als Realität."

Dieses Motto steht über der programmatischen Schrift, die wie keine andere die Entstehung des vereinten Europa im 20. Jahrhundert nach Christus geprägt hat. Es ist das Buch Pan-Europa (auf deutsch ungefähr: "All-Europa", allumfassendes Europa), im Jahre 1923 veröffentlicht von dem erst 29jährigen Adligen Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi (1894-1973). Coudenhove war der Gründer und erste Präsident der Paneuropa-Union. Sein Nachfolger Otto von Habsburg (geb. 1912), Sohn des letzten österreichischen Kaisers, bezeichnet Coudenhove im Vorwort zur Neuauflage 1982 dieses Buches als "Prophet Europas".

Coudenhove beginnt sein Werk mit folgenden Sätzen:

"Dieses Buch ist bestimmt, eine große politische Bewegung zu wecken, die in allen Völkern Europas schlummert. Viele Menschen erträumten ein einiges Europa; aber wenige sind entschlossen, es zu schaffen. Als Ziel der Sehnsucht bleibt es unfruchtbar - als Ziel des Wollens wird es fruchtbar. Die einzige Kraft, die Pan-Europa verwirklichen kann, ist: der Wille der Europäer; die einzige Kraft, die Pan-Europa aufhalten kann, ist: der Wille der Europäer. So liegt in der Hand jedes Europäers ein Teil des Schicksals seiner Welt" (S. VII).

Erschüttert von den blutigen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, kommt Coudenhove zu der Erkenntnis, daß nur ein vereintes Europa derartige Konflikte in Zukunft verhindern kann. Er stellt die "europäische Frage":

"Kann Europa in seiner politischen und wirtschaftlichen Zersplitterung seinen Frieden und seine Selbständigkeit den wachsenden außereuropäischen Weltmächten gegenüber wahren - oder ist es gezwungen, sich zur Rettung seiner Existenz zu einem Staatenbunde zu organisieren?" (S. IX).

Für Coudenhove ist die Antwort klar. Sie kann nur lauten:

"Weder der Westen noch der Osten will Europa retten: Rußland will es erobern - Amerika will es kaufen. Durch diese Skylla der russischen Militärdiktatur und die Charybdis der amerikanischen Finanzdiktatur führt nur ein schmaler Weg in eine bessere Zukunft. Dieser Weg heißt Pan-Europa und bedeutet: Selbsthilfe durch Zusammenschluß Europas zu einem politisch-wirtschaftlichen Zweckverband" (S. X).

Doch die Vereinigung Europas ist für Coudenhove nicht das Letzte. Sie ist nur die notwendige Vorstufe zur Herstellung der Welteinheit:

"Soll die Weltorganisation an die Stelle der Welt-Anarchie treten, so müssen erst die Staaten sich zu Über-Staaten zusammenschließen. Wie die Einigung Deutschlands, Italiens und Polens notwendige Etappen waren für die Einigung Europas - so wird die Einigung Europas eine notwendige Etappe bilden zur Einigung der Menschheit ... Erst muß Europa sich einigen - dann die Menschheit: diese Entwicklung läßt sich nicht umkehren" (S. 87).

In der geistesgeschichtlichen Begründung des Paneuropa-Gedankens geht Coudenhove zurück bis zum Römischen Reich:

"Europa ... ist verbunden durch die christliche Religion, durch die europäische Wissenschaft, Kunst und Kultur, die auf christlich-hellenischer Basis ruht. Die gemeinsame europäische Geschichte begann mit dem Römerreich und der Völkerwanderung, fand ihre Fortsetzung in Papsttum und Feudalismus, Renaissance und Humanismus, Reformation und Gegenreformation, Absolutismus und Aufklärung, Parlamentarismus, Industrialismus, Nationalismus und Sozialismus" (S. 143).

Unter der Überschrift "Wege zu Pan-Europa" nennt Coudenhove konkrete Schritte, die inzwischen - Jahrzehnte nach der Niederschrift seines Buches - zum Teil in verblüffender Weise in die Tat umgesetzt worden sind:

"Der erste Schritt zu Pan-Europa wäre die Einberufung einer paneuropäischen Konferenz durch eine europäische Regierung oder durch mehrere ...

Der zweite Schritt zu Pan-Europa ist der Abschluß eines obligatorischen Schieds- und Garantievertrages zwischen allen demokratischen Staaten Kontinentaleuropas...

Der dritte Schritt zu Pan-Europa ist die Bildung einer paneuropäischen Zollunion, der Zusammenschluß Europas zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet ...

Die Krönung der paneuropäischen Bestrebungen wäre die Konstituierung der **Vereinigten Staaten von Europa** nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika" (S. 151 ff.).

Coudenhove ließ es nicht bei der Theorie bewenden, sondern schritt eifrig zur Tat. So gründete er im Zusammenhang mit der Veröffentlichung seines Buches die Paneuropa-Union. Der erste Europa-Kongreß der Geschichte fand auf Initiative Coudenhoves vom 3. bis 6. Oktober 1926 in Wien statt. Er führte rund zweitausend Teilnehmer aus 24 Ländern zusammen, darunter zahlreiche Politiker. Im Bamberger Programm der Paneuropa-Union vom 9. Juni 1996 heißt es u.a.:

Die Paneuropa-Union erstrebt die Aufnahme der europäischen Völker, die dazu bereit sind und die entsprechenden Bedingungen insbesondere auf dem Gebiete der Rechtsstaatlichkeit, des Menschen-, Volksgruppen- und Heimatrechts erfüllen, in die Europäische Union, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zur Sicherung des Friedens und der Freiheit in Europa, die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer politisch nach außen und innen voll handlungsfähigen Einheit, ein souveränes Europa, das keiner fremden Macht untergeordnet ist.

Dieses Programm - so meine Beobachtung - trägt einerseits die Handschrift einer konservativen Politik mit der Beibehaltung christlich-ethischer Werte - im Gegensatz zu liberalistischen und sozialistischen Konzeptionen im Europäischen Parlament. Zugleich aber wirkt es durch die Forderung einer politischen Vereinigung bisher getrennter Staaten revolutionär - doch nur auf den ersten Blick.

Betrachtet man die Hintergründe ausführlicher, dann erkennt man dahinter das Ziel des wiederhergestellten einheitlichen europäischen Reiches, wie es im Altertum durch den römischen Kaiser und im Mittelalter durch Kaisertum und Papsttum verkörpert war. Nicht zufällig war der Sohn des letzten österreichischen Kaisers, Otto von Habsburg, jahrzehntlang Präsident der Paneuropa-Union und zugleich einer der einflußreichsten Wegbereiter der Europäischen Union. In ihm und seinen Nachfolgern lebt der Gedanke vom politischen Einheitsreich in Verbindung mit dem Papsttum weiter.

Seine Kaiserliche Hoheit Otto von Habsburg war nicht nur jahrzehntlang Europaparlamentarier, sondern auch von 1930 bis 2000 "Chef und Souverän des Ordens vom Goldenen Vlies". Er gab die Leitung aus Altersgründen an seinen Sohn Karl ab. Der Orden vom Goldenen Vlies ist "der Jungfrau Maria gewidmet". Sein Ziel ist "die Erhaltung des katholischen Glaubens, der Schutz der Kirche und die Wahrung der unbefleckten Ehre des Rittertums".

Über weitere weltanschauliche Hintergründe der Begründer der Europa-Idee schreibt der ungarische Jesuit und Freimaurer Töhötöm Nagy:

"Die Vorkämpfer der Idee eines vereinten Europas waren Freimaurer, zumal diese Ideologie durch ihre freiheitlichen und brüderlichen Grundsätze typisch maurerisch ist. Einer der Großen dieser Bewegung war Graf Richard von Coudenhove-Kalergi; als ich vor vielen Jahren einmal voller Begeisterung ein Buch von ihm las, hätte ich mir nicht träumen lassen, daß er Freimaurer war und daß ich ihn eines Tages als die Personifizierung des maurerischen Prinzips zitieren würde.

Drei bedeutende Förderer des paneuropäischen Gedankens wurden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet: Aristide Briand, Gustav Stresemann und General George Marshall - alle drei Maurer." - Als der 29jährige Coudenhove-Kalergi sein Werk "Pan-Europa" schrieb, hatte er in seiner Freimaurerloge bereits den 18. Grad des Schottischen Ritus, den "Ritter vom Rosenkreuz", erreicht.

Welche Ziele vertritt die Freimaurerei?

Es ist ein seit langem erklärtes Ziel der freimaurerischen Doktrin, insbesondere der Illuminaten, eine "Weltbruderschaft" zu errichten, in der alle Unterschiede zwischen Menschen - vor allem politischer und religiöser Art - beseitigt sind und es keinen Absolutheitsanspruch irgendeiner Religion auf "Wahrheit" mehr gibt. Laut Auskunft des "Internationalen Freimaurerlexikons" gehört es zu den Grundgesetzen der Freimaurer, sich "bloß zu der Religion zu verpflichten, in welcher alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besondere Meinung zu lassen." Der Satz von der "Religion ... in der alle Menschen übereinstimmen ... ist das Fundament der Freimaurerei geworden."

Mutig und treffend stellt hierzu der katholische Freimaurer-Experte Manfred Adler fest, "daß der Progressismus (Fortschrittsdenken), der die katholische Kirche seit dem II. Vatikanischen Konzil (und nicht nur diese! L. G.) tiefgründig überflutet, ein Ergebnis des philosophischen Einflusses der Freimaurerei auf die Kirche ist. Zwischen der Maurerei und dem Progressismus besteht enge verwandtschaftliche Beziehung hinsichtlich der geistigen Konzeption." Und weiter:

"Tatsächlich ist es der geheime und offene Traum der maurerischen Weltpolitik, eine universale Weltregierung in einem universalen Welt-Einheits-Staat zu errichten. Nicht zuletzt um dieses Endziels willen waren einflußreiche kosmopolitische Maurerbrüder maßgeblich an der Gründung der 'Organisation der Vereinten Nationen' (United Nations Organization = UNO) beteiligt, die ihr 'Hauptquartier' in New York haben und 1945 an Stelle des Völkerbundes traten, der sich 1920 in Genf konstituiert hatte."

5. Welteinheit ohne Gott

In Artikel 1 der UN-Charta setzen sich die Vereinten Nationen u.a. folgende Ziele:

"1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirk-

same Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;

2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;

3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen..."

Welches sind die weltanschaulichen Grundlagen und Ziele der Europäischen Union?

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA ... heißt es:

Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben ... (sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)

In Artikel 2 der EU-Charta werden die Werte der Union beschrieben:

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch:

Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?

Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juri-

sten noch viel zu schaffen machen könnte. Der christliche Jurist Thomas Zimmermans schreibt hierzu:

"Es ist damit zu rechnen, daß schon in den nächsten Jahren weitere Gesetze oder Ergänzungen zu bestehenden Gesetzen erlassen werden, in denen die Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen usw. unter Strafe gestellt oder in sonstiger Weise rechtlich belangt wird. Dies kann zur Folge haben, daß Werturteile, die sich z.B. gegen Abtreibung, feministische Positionen oder Homosexualität richten, nach solchen Gesetzen für strafbar oder schadensersatzpflichtig erklärt werden. Auch berufliche Konsequenzen insbesondere für Angehörige des öffentlichen Dienstes sind dann nicht mehr auszuschließen.

Eine EU-Richtlinie vom 29.06.2000 sieht u.a. vor, daß niemand einen Vertragsabschluß wegen der Rasse oder der ethnischen Herkunft des Anderen verweigern darf. Die Bundesjustizministerin wollte diese Kriterien u.a. auch auf 'sexuelle Orientierung' ausdehnen. Danach hätte sich ein Hauseigentümer nicht mehr weigern dürfen, eine Wohnung an ein homosexuelles Paar zu vermieten.

Auch ein Tendenzschutz für christliche Kirchen und Vereinigungen wäre nicht vorgesehen gewesen, so daß diese gegebenenfalls verpflichtet wären, einen atheistischen oder moslemischen Mitarbeiter einzustellen. Auf Grund starker Proteste u.a. auch aus Wirtschaftskreisen ist diese Richtlinie bislang noch nicht in geltendes Recht umgesetzt worden, jedoch ist weiterhin jederzeit damit zu rechnen.

In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, wonach u.a. kritische Äußerungen über Homosexualität und Homosexuelle mit Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren bestraft werden. Dies soll auch dann gelten, wenn sich der Äußernde auf die Bibel beruft; die entsprechenden Bibelstellen sollen wohl noch zitiert werden dürfen, nicht aber als weiterhin verbindliches Wort Gottes verkündigt werden dürfen. Es ist anzunehmen, daß solche Gesetze nicht auf Schweden beschränkt bleiben und auch in den anderen EU-Staaten die erforderlichen Mehrheiten finden werden."

6. Die Prophetie Daniels über die vier Weltreiche

(Im) Kapitel Daniel 2 geht es um einen Traum, in dem vier Weltreiche geoffenbart werden. Zunächst wird ein goldenes Haupt erwähnt - das ist das babylonische Weltreich (625 bis 538 v. Chr.). Dann kommt der silberne Brustteil, der etwas länger ist, auch entsprechend der Jahreszahlen, die dann zu sehen sind - das ist das Reich der Meder und Perser (538 bis 331 v. Chr.). Dann kommen der Bauch und die Lenden aus Kupfer: Griechenland (331 bis 168 v. Chr.). Und schließlich wird ausführlich das vierte Reich beschrieben:

"Und das vierte wird hart sein wie Eisen; denn wie Eisen alles zermalmt und zerschlägt, ja, wie Eisen alles zerbricht, so wird es auch alles zermalmten und zerbrechen.

Daß du aber die Füße und Zehen teils von Ton und teils von Eisen gesehen hast, bedeutet: das wird ein zerteiltes Königreich sein; doch wird etwas von des Eisens Härte darin bleiben, wie du ja gesehen hast Eisen mit Ton vermenget.

Und daß die Zehen an seinen Füßen teils von Eisen und teils von Ton sind, bedeutet: zum Teil wird's ein starkes und zum Teil ein schwaches Reich sein.

Und daß du gesehen hast Eisen mit Ton vermenget, bedeutet: sie werden sich zwar durch Heiraten miteinander vermischen, aber sie werden doch nicht einander festhalten, so wie sich Eisen mit Ton nicht mengen läßt.

Aber zur Zeit dieser Könige wird der Gott des Himmels ein Reich aufrichten, das nimmermehr zerstört wird; und sein Reich wird auf kein andres Volk kommen. Es wird alle diese Königreiche zermalmten und zerstören; aber es selbst wird ewig bleiben,

wie du ja gesehen hast, daß ein Stein ohne Zutun von Menschenhänden vom Berg heruntersank, der Eisen, Kupfer, Ton, Silber und Gold zermalmte ..." (Daniel 2,40-45).

Das vierte Reich wird ein zerteiltes Königreich sein. Und es wird Eisenhärte haben. Viele

Ausleger - und auch ich - deuten dies auf Rom. Rom teilte sich in Ost- und Westrom und besaß die Härte des Eisens. Es betrieb große Kriegszüge, in denen es mit brachialer Gewalt viele Völker unterjochte. Schließlich ist es selber zerbrochen wie Ton.

Es gibt auch Stellen in der Johannesoffenbarung, die darauf hinweisen, etwa Offenbarung 17,8, wo von dem "Tier" gesprochen wird, das "gewesen ist, nicht ist und wieder aufsteigen wird". Diese Stelle läßt sich auf Rom beziehen: Es ist äußerlich untergegangen, wird aber am Ende der Tage wieder entstehen. Rom folgte auf Griechenland, und wie Eisen alles zermalmt, so zermalmt es durch seine Kriegszüge seine Feinde.

Wir müssen jetzt noch eine weitere Stelle betrachten, Daniel 7,1-27. Hier ist die Rede von vier Tieren: das erste wie ein Löwe, das zweite wie ein Bär, das dritte wie ein Panther und das vierte schrecklich anzusehen mit verschiedenen Hörnern. In Daniel 7 wird dies so ausgelegt, daß diese vier Tiere vier Königreiche sind, die auf Erden an die Macht kommen werden.

Die Ausleger sind sich einig, daß es sich bei den drei ersten Reichen um das babylonische (625-538 vor Christus), das medo-persische (538-331 vor Christus) und das griechisch-hellenistische Weltreich (331-168 vor Christus) handelt. Das vierte Reich wird häufig auf Rom (seit 168 vor Christus) gedeutet: Es ist zunächst geeint, bricht dann in Ost- und Westrom auseinander, verschwindet eine Zeitlang von der politischen Weltbühne und steht am Ende der Zeiten wieder auf (vergleiche Daniel 2,39-43; Offenbarung 17,8). Das wiedererstandene römische Reich teilt sich dann in zehn Staaten (vergleiche die zehn Hörner in Offenbarung 17,12), die manche Ausleger mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) gleichgesetzt haben. Die Geschichte hat gezeigt, daß diese Rechnung nicht stimmt, denn bereits 1986 wurde die Zehnzahl überschritten.

Deshalb neige ich eher der Deutung zu, die zum Beispiel Arnold Fruchtenbaum gibt, und aktualisiere sie nachfolgend. Fruchtenbaum begrenzt das vierte Reich nicht nur auf Rom im begrenzten geographischen Sinn, sondern faßt es weiter: als imperialistisches Reich, das die anderen Länder "frißt" (Daniel 7,19). Dieses Reich durchläuft fünf Phasen:

1. Das geeinte Stadium = Römisches Reich in der Antike.
2. Das zweigeteilte Stadium = die Teilung in Ost- und Westrom, die sich im politisch-religiösen Zweigestirn Rom-Konstantinopel und im zwanzigsten Jahrhundert schließlich im Ost-West-Konflikt fortsetzt. Dieses Stadium hörte meines Erachtens im Jahr 1989 auf, als der "kalte Krieg" endete. Als nächstes kommt:
3. Das Weltherrschaftsstadium: Der Gedanke der "Neuen Weltordnung" wird verkündet und gewinnt immer mehr Einfluß. Diesem wiederum folgt:
4. Das Zehn-Reiche-Stadium: Die zehn Reiche sind vielleicht zehn Verwaltungsbezirke, in welche die Welt zwecks besserer Überschaubarkeit und Kontrollierbarkeit aufgeteilt wird. Diese Möglichkeit ist meines Erachtens realistischer als die (überholte) Deutung auf Europa oder einen Staatenblock um das Mittelmeer herum.
5. Das Antichrist-Stadium: Die Deutung "zehn Reiche gleich Staatenblock um das Mittelmeer" vertritt - mit aller gebotenen Vorsicht - zum Beispiel Marius Baar. Er schreibt: "1968 haben sich in Beirut zehn arabische Länder zur OAPEC (Organisation arabischer ölausführender Länder) zusammengeschlossen ... Wenn ich noch nicht davon ausgehe, daß wir hier schon die zehn Könige finden, so bin ich deshalb nicht weniger davon überzeugt, daß die zehn Könige, die ihre Macht dem Tier - das nicht ist und wiederkommt - übergeben, in dem fünften Reich aus Daniel 2 demnach in der Welt der Propheten zu suchen sind (siehe Offenbarung 17,13), die in Verbindung mit oder gerade um Israels willen die Weltbühne betreten und eines Sinnes gegen Jahwe und seinen Gesalbten sein werden."

Obwohl diese Deutung im Blick auf die Situation Israels manches für sich hat, gehe ich doch vom biblischen Gesamtkontext her davon aus, daß es sich beim antichristlichen System (bzw. seiner Vorstufe) um eine weltweite Herrschaftsausübung handelt. Die Staaten um das Mittel-

meer herum oder auch Europa könnten innerhalb dieses Systems eher einzelne Verwaltungsbezirke von den zehn sein. Dabei liegt die Vermutung nahe, daß das wiedervereinigte Europa - ungefähr auf dem Gebiet des antiken Römischen Reiches liegend und mit dem Vatikan in seinem Zentrum - bei der Vereinigung der Welt eine zentrale Rolle spielen könnte ...

Solche Pläne, die Welt in zehn Verwaltungsbezirke zu gliedern, finden sich übrigens in Veröffentlichungen des einflußreichen Club of Rome. Der Club of Rome teilte in Plänen aus den 70er- und 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts die Welt in die folgenden zehn Wirtschaftsräume auf:

1. Kanada und USA;
2. Europäische Gemeinschaft (EG);
3. Japan;
4. Israel, Südafrika und Australien;
5. Comecon-Staaten (= Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe);
6. Lateinamerikanische Freihandelszone;
7. Arabische Liga;
8. Organisation für Afrikanische Einheit (OAU);
9. Nichtkommunistische Staaten Asiens und des Südpazifiks;
10. China und kommunistisches Asien.

Vorstufen solcher Verwaltungsbezirke könnten zum Beispiel auch die bereits existierenden wirtschaftlichen Zusammenschlüsse sein, die in ihrer Zielsetzung der EU entsprechen, zum Beispiel die arabischen OPEC-Länder, die Contadora-Staaten, die Staaten des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes, die AKP- (Afrika-, Karibik-, Pazifik-)Staaten und die ASEAN-Staaten (Ostasien).

Während des Zehn-Reiche-Stadiums - so sagt es uns die Bibel weiter - wird der Antichrist auftreten, drei Reiche vernichten und die restlichen sieben unterwerfen (vergleiche Daniel 7,7 f. 24; Offenbarung 17,12 ff.). Dann kann er seine absolute Herrschaft ausüben. Zentren der antichristlichen Herrschaft könnten durchaus in Rom (vergleiche Offenbarung 17 f.; 1. Petrus 5,13) und in Jerusalem (vergleiche Daniel 9,27; 2. Thessalonicher 2,4) liegen.

Freilich handelt es sich hierbei nur um eine mögliche Deutung. Zu oft schon ist es anders gekommen, als Menschen es sich in übergenuer Konstruktion ausgedacht haben. So möchte obiges System nur ein Anstoß zum Nachdenken und weiteren Beobachten der weltpolitischen Entwicklung sein.

Fest steht allerdings Folgendes:

Die Weltgeschichte entwickelt sich - besonders auffallend seit dem Ende des 20. Jahrhunderts - auf einen Punkt zu, an dem die Menschheit aus eigener Kraft versucht, ein Friedensreich zu bauen. Sie betreibt damit nichts anderes als den Versuch, das tausendjährige messianische Friedensreich Jesu Christi (vergleiche Offenbarung 20, 1-6) aus eigener Kraft vorwegzunehmen. Die Bibel spricht deutlich davon, daß diese Bemühungen der vereinigten Menschheit ohne den einen, lebendigen Gott der Bibel im Antichristlichen - im zweiten Turmbau von Babel (1. Mose 11, 1-9; Offenbarung 17) - enden werden.

Doch dieses Friedensreich hat keinen Bestand. Es ist ein Reich "aus Ton und Eisen gemischt" - eine Einheit ohne Wahrheit, eine Einheit durch Vermischung unterschiedlicher Ideologien und Religionen (vergleiche Daniel 2, 33/43). Jesus wird sein Gericht über dieses "Sein-Wollen-wie-Gott" der Menschheit halten: "Wenn sie sagen werden: Es ist Frieden! Es hat keine Gefahr! - dann wird das Verderben schnell über sie kommen" (1. Thessalonicher 5, 3).

7. Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche

Am 29. Oktober 2004 wurde die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte: "Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte Gott oder Christentum auskommt,

unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."

War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken?

Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert: "Die Unterzeichnung ist ein Ereignis, das auf gewisse Weise den Prozeß der Erweiterung (der EU; L. G.) abschließt. Europa wurde um jene Staaten erweitert, die immer an der Herausbildung der spirituellen und institutionellen Fundamente des alten Kontinentes mitgearbeitet haben, die aber gleichzeitig in den vergangenen Jahrzehnten an den Rand dieses Kontinentes gedrängt waren. Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens ...

Obwohl in der EU-Verfassung ein ausdrücklicher Verweis auf die christlichen Wurzeln fehlt, die doch die Kultur aller heutigen EU-Nationen bestimmt, bin ich zuversichtlich, daß die Werte des Evangeliums weiterhin die Bemühungen jener Menschen inspirieren, die für das Antlitz Europas verantwortlich zeichnen. Und ich hoffe, daß Europa dieses spirituelle Erbe als Basis seiner Einheit bewahrt."

Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyla) seinen Willen zur europäischen und weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgabetreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:

"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."

Ebenso äußerte sich Wojtylas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger): "Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."

Auch die Europafahne gibt einen Hinweis auf den Einfluß der Römisch-Katholischen Kirche auf das vereinte Europa. Sie besteht aus einem Kreis aus zwölf goldenen fünfzackigen Sternen auf blauem Grund. In der Internet-Enzyklopädie Wikipedia wird festgestellt:

"Entwicklungsgeschichtlich geht die Europaflagge auf die Flagge der Paneuropäischen Bewegung zurück. Bei dieser entstammen die zwölf Sterne (plus Sonnenscheibe und Kreuz) der Bibel: Und es erschien ein großes Zeichen am Himmel: Eine Frau, mit der Sonne bekleidet, und der Mond unter ihren Füßen und auf ihrem Haupt eine Krone von zwölf Sternen (Offenbarung 12, 1).

Ohne wirklichen Anhaltspunkt im Bibeltext, wird diese Erscheinung von der Römisch-Katholischen Kirche immer wieder auf Maria, die "Mutter Gottes", gedeutet. Es kann sich aber - vom biblischen Kontext her - kaum um Maria handeln, sondern eher um ein Symbol für Israel oder die Gemeinde.

Dennoch hat diese Erscheinung bzw. ihre katholische Auslegung die Gestaltung der Europafahne stark beeinflusst. Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Wir erinnern uns, daß auch Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinigen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".

Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablass (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer. Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anlässlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:

"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ... Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages ... In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und seiner Gottheit."

8. Brautgemeinde gegen Babylonkirche

Die Vereinigung der Menschheit geht heute mit Riesenschritten voran. Die Frage stellt sich: Nähern wir uns der Weltherrschaft des Antichristen in Verbindung mit der Hure Babylon?

Denn zur Person des Antichristen gehört Babylon, das mit 1. Mose 11 (Turmbau zu Babel) zusammenhängt. Babylon ist das System, das mit dem Antichristen kooperiert. Die Hure Babylon ist die vom lebendigen Gott abgefallene, religiöse Welt, die dem Antichristen huldigt. Die Stadt Babylon ist die wirtschaftliche und soziale Welt, in welcher der Handel und der Verkehr gemäß Offenbarung 18 stattfinden.

Der Name "Babylon" könnte damit zusammenhängen, daß das Ereignis von Babel (Sprachenverwirrung) wieder aufgehoben wird, indem man die Einheit der Welt auf allen Gebieten erstrebt: durch das politische Welteinheitsreich, durch das wirtschaftliche Einheitssystem und durch die Einheitsreligion, die eben die antichristliche Anbetungsreligion sein wird. Nun stellt sich mit Macht die Frage: Bestehen Zusammenhänge zwischen der Hure Babylon und Rom?

Die "sieben Hügel" in Offenbarung 17, 9 deuten durchaus auf Rom hin. Gerade in der damaligen Zeit, in der die Johannesoffenbarung entstanden ist, hat jeder sicherlich sofort an Rom gedacht, wenn er von den sieben Hügeln hörte. Es waren ja zum Großteil sehr problematische Kaiser, die im 1. Jahrhundert nach Christus herrschten, so daß die Anspielung auf Rom nicht verwunderlich war.

Ferner finden sich verschiedene Kennzeichen, welche auf die Römisch-Katholische Kirche zutreffen, in deren Lokalisierung und Struktur sich auf eine gewisse Weise das römische Reich fortsetzt. "Katholisch" bedeutet wörtlich "allumfassend". Schon durch diese Selbstbezeichnung wird in der Deutung Roms der Anspruch auf Weltherrschaft oder zumindest globale Einflußnahme offen ausgesprochen. Es besteht wirklich ein universaler Anspruch des Papsttums, vor allem die Jurisdiktionsgewalt über alle katholischen Herrscher und im Grunde auch über die anderen Regenten. Der Papst hat als "Vertreter Christi und Petri" die oberste Gewalt der Rechtsprechung auf Erden.

Die römische Kirche benutzt auch heute noch Latein als Sprache. Ihre Würdenträger sind mit wertvollen Stoffen, Scharlach und Purpur, bekleidet, was auch in Offenbarung 17 und 18 eine gewisse Rolle spielt. Die römisch-katholische Kirche ist sehr reich. Der Papst trug bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil öffentlich drei aufeinandergesetzte Kronen, die "Tiara". Rom besitzt ungeheure Kunstschatze und Reichtümer. Es ist "trunken vom Blut der Heiligen" (Offenbarung 17,6), es hat - etwa anfangs als römische Staatsmacht und später durch die Inquisition der römisch-katholischen Kirche - viele Gläubige verfolgt und getötet.

Heute ist Rom - neben dem Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf - Vorreiter einer "interre-

ligiösen Ökumene" mit dem Ergebnis einer antichristlichen Vermischung der Religionen und dem Entstehen einer Welteinheitsreligion. Das hat sich etwa bei den sogenannten "Friedensgebetstreffen" der Religionen in Assisi/Italien und an anderen Orten auf Initiative des Papstes auf schockierende Weise gezeigt.

Dennoch ist die Identifikation der Hure Babylon (Offenbarung 17 f.) mit der römisch-katholischen Kirche meines Erachtens zu eng. Ich stimme René Pache zu, der schreibt:

"Die Hure stellt nicht lediglich eine bestimmte Gruppe von Abgefallenen dar, sondern alle falsche(n) Religion(en) auf Erden. Es hat viele falsche Christen bei den Katholiken gegeben, aber ebenso bei den Protestanten, den Orthodoxen und anderswo. Geistlichen Ehebruch begehen alle, die ihr Herz zwischen Gott und der Welt teilen, die bei einem strengen Dogma die Bekehrung ablehnen, die vom Glauben an die Bibel abweichen, indem sie die Gottheit Jesu Christi und die Sühnekraft seines Blutes leugnen, alle, welche Andersgläubige verfolgen ... Die große Hure ist die abgefallene Kirche, die Jesu Eigentum zu sein gelobte und nun mit der Welt Ehebruch treibt."

Das tut eben nicht nur Rom, sondern das geht leider quer durch die Konfessionen hindurch. Dabei schließe ich nicht aus, daß Rom durch seine Macht und seinen Einfluß hierbei eine Schlüsselrolle übernimmt und viele auch aus anderen Konfessionen verführt.

Was sagt die Heilige Schrift über den Unterschied zwischen Hure Babylon und Brautgemeinde Christi?

Die Gemeinde ist die Braut. - Die Hure ist die von Gott abgefallene Kirche, die nichts mehr mit seiner Wahrheit zu tun hat.

Die Gemeinde ist Christus untertan. - Die Hure aber sitzt auf dem Tier (Offenbarung 17, 3).

Die Gemeinde ist das neue Jerusalem, - die Hure das große Babylon.

Die Gemeinde ist ein Organismus, durch Gottes Geist geprägt und belebt, - während Babylon eine Weltorganisation ist, die aufgebaut wird durch Druck, Zwang und falsche Religiosität.

Die Gemeinde geht durch irdische Niedrigkeit, Verachtung und Verfolgung hindurch zur himmlischen Herrlichkeit (Matthäus 10, 9 f.; 24, 9-13; 2. Timotheus 3, 12). - Die Hure ist auf Geld und Macht aus (Offenbarung 17, 4/18; 18, 7/9-19); sie ist äußerlich prachtvoll, aber innerlich tot (vergleiche Offenbarung 3, 1).

Die Gemeinde paßt sich dem Zeitgeist nicht an, sondern ist Salz und Licht der Welt (Matthäus 5, 13 ff.; Römer 12, 1; 1. Johannes 2, 15-17). - Die Hure stellt sich der Welt gleich und vertauscht Gottes Geist mit dem Zeitgeist (Offenbarung 17, 2; 18, 3).

Die Gemeinde hält Jesus Christus als dem einzigen Herrn und Erlöser die Treue und lehnt jede Religionsvermischung ab (Johannes 14, 6; Apostelgeschichte 4, 12). - Die Hure betreibt "Hurerei", das heißt: sie setzt heidnische Götzen mit dem Gott der Bibel gleich und vermischt die Religionen und Ideologien (Offenbarung 17, 2/5/15; vergleiche Hosea 1, 2; 3, 1).

Die Gemeinde setzt sich zusammen aus Gläubigen in allen Denominationen (Glaubensgemeinschaften), die nur Gott wirklich kennt (Johannes 17, 20-26). - Die Hure bringt die wahrhaft Gläubigen zunehmend in Bedrängnis (Offenbarung 17, 6).

Die Gemeinde fällt nicht auf falsche Zeichen und Wunder herein, sondern orientiert sich allein am Wort der Heiligen Schrift (Jeremia 23, 28; 2. Timotheus 3, 14-17). - Die Hure lenkt durch falsche Zeichen und Wunder von den rettenden Wunden Jesu ab (vergleiche Matthäus 24, 24; 2. Thessalonicher 2, 9; Offenbarung 13, 13).

Die Gemeinde wartet auf Jesu Wiederkunft (Matthäus 24 f.; 2. Petrus 3, 11 ff.); sie bereitet Christus den Weg, indem sie viele in seine Nachfolge ruft (Matthäus 24, 14). - Die Hure bereitet dem Antichristen den Weg, der sie zunächst für sein religiöses Gaukelwerk mißbraucht, um sie anschließend fallenzulassen (Offenbarung 17, 3/16). Die Religion Babylons vermischt also sämtliche Ideologien und Religionen miteinander und möchte sie unter Umgehung der Wahrheit Gottes zum antichristlichen Einheitssystem verbinden: Die falsche Einheit nach Of-

fenbarung 17 und 18 ist am Entstehen.

Die wahre Einheit hingegen ist die Einheit nach Johannes 17: die Einheit aller derjenigen - und nur derjenigen! -, die an Jesus Christus als den lebendigen Sohn Gottes glauben, ihn lieben und ihm durch alle antichristlichen Wirren hindurch die Treue halten.

Jesus Christus selber beschreibt diese wahre Einheit mit folgenden Worten in seinem Gebet zum Vater:

"Ich bitte aber nicht allein für sie (meine Jünger), sondern auch für die, die durch ihr Wort an mich glauben werden, damit sie alle eins seien. Wie du, Vater, in mir bist und ich in dir, so sollen auch sie in uns sein, damit die Welt glaube, daß du mich gesandt hast" (Johannes 17, 20 f.)

Heute geht die falsche Einheit mit Riesenschritten voran. Es gibt eine "Globalisierung" in der Politik und Wirtschaft, aber leider genauso in christlichen Kirchen und Gemeinden. Alle Religionen und Konfessionen sollen zusammenrücken um des äußeren und inneren Friedens willen. Einheit und Friede werden über Eindeutigkeit und Wahrheit gestellt. Der Maßstab ist nicht mehr "allein Christus", "allein der Glaube" und "allein die Heilige Schrift", sondern eine falsch verstandene Liebe (ohne Wahrheit), eine Selbstverwirklichungs-Ideologie und ein "Evangelium" zum Wohlfühlen. Hier sollten wir äußerst wachsam sein.<<

Daniel Hecker (Institut für Islamfragen) berichtet im Jahre 2005 über den Islam (x918):

>>Das Kopftuch als Uniform

Das Kopftuch kann unter vielen verschiedenen Aspekten betrachtet werden, z.B. unter religiösen, politischen und soziologischen Aspekten. Häufige Fragen lauten: "Was sagt der Koran über das Kopftuch?", "Hat das Kopftuch politische Bedeutung?" oder "Warum verbietet ein Land wie die Türkei das Kopftuch in Schulen und Universitäten, während der Iran das Tragen eines Kopftuchs gesetzlich festlegt?"

Es gibt darüber hinaus aber auch noch andere Betrachtungsmöglichkeiten. Das Thema Kopftuch kann auch unter dem Aspekt der Uniform betrachtet werden, und auch aus diesem Blickwinkel ergeben sich interessante Aspekte:

1. Die lexikalische Bedeutung der Uniform

Abgesehen vom Aussehen einer Uniform haben alle Uniformen gemeinsame Eigenschaften, die schon in der lexikalischen Definition des Begriffs enthalten sind. Eine Uniform ist:

1. einheitlich, einförmig
2. eine Bekleidung, die nach Stoffart, Farbe, Schnitt und Aufmachung einheitlich getragen wird, um eine gewisse Zusammengehörigkeit zu demonstrieren (Militäruniform, Postuniform).
3. Eine einheitliche vorschriftsmäßige Bekleidung ist besonders für Amtsträger (Soldaten, Polizisten usw.) von Bedeutung.

Zwei entscheidende Kennzeichen sind in diesen lexikalischen Definitionen enthalten:

- Der Wunsch, etwas gleich zu machen, indem Uniformträger einheitlich aussehen
- Der Wunsch, sich zu unterscheiden, indem zwischen einer uniformierten Gruppe und anderen Gruppen eine äußerliche Unterscheidung getroffen wird.

2. Verschiedene Gesichter der Uniform

a. Die Uniform des Kopftuches (oder: Übergewandes) im Koran:

Der Koran beinhaltet mehrere Verse, die offensichtlich eine Verschleierung (oder: Bedeckung) der Frau vorschreiben. Dabei sind der Wunsch, sich untereinander gleich zu machen und sich nach außen zu unterscheiden, die Basis der entsprechenden Koranvorschriften (s. Sure 33, 59), um die Pflicht zum Tragen des Kopftuches bzw. des Übergewandes zu begründen:

- Sure 33, 59 beginnt mit dem allgemeinen Befehl: "Sage, o Prophet, deinen Frauen und Töchtern und den Frauen der Gläubigen, daß sie ihr Übergewand (über ihr Antlitz) ziehen sollen,

wenn sie ausgehen." Diese Anweisung betrifft alle Musliminnen; sie müssen alle ein Übergewand - die gleiche Uniform - tragen und auf diese Weise das gleiche Aussehen erhalten. Das macht sie äußerlich gleich, d.h. verwandelt sie in eine äußerlich gleich aussehende Gruppe. - Der Vers geht weiter: "... damit man sie als ehrbare Frauen erkenne und sie nicht belästige." Durch eine äußerlich auffallende Aufmachung - Uniform - müssen sich Musliminnen von anderen Frauen, also nicht verschleierten Nichtmusliminnen, unterscheiden.

b. Die Uniform in utopischer Literatur

Die Uniformierung ist eine unentbehrliche Voraussetzung zur Gestaltung einer Utopie. Die Festlegung bestimmter standardisierter Maßnahmen soll ein besseres Leben ermöglichen, und zwar eine Utopie, ein Niemandsland. So gestaltet ein Schriftsteller eine "vollkommene Gesellschaft." Sie ist Ausdruck der Unzufriedenheit des Schriftstellers mit der Realität. so daß er eine bessere, perfekte Lebensform erfindet, die in der Realität nicht durchsetzbar ist oder doch nur mit der Schaffung unmenschlicher Lebensumstände durchsetzbar wäre.

Eine Utopie bleibt eine Gesellschaft mit streng verbindlichen Regeln, die von einem Diktator (dem Verfasser der Utopie - den Menschen aufgezwungen werden. Der Diktator entscheidet über uniforme Standards wie die Bauten der Stadt, die Arbeitsplätze und -zeiten, die Anzahl der Kinder, ihre Kleidung usw. Keiner der Beteiligten darf gegen diese Regeln verstoßen, sonst gilt er als Außenseiter; weil er sich den von oben verfügbaren uniformierenden Regeln nicht unterwirft.

Auf der anderen Seite ist das Einhalten der uniformierenden Regeln keine freie Entscheidung. Wer in die Utopie hineingeboren wurde, muß sich den Regeln (Uniformen) des autoritären Schriftstellers unterwerfen oder sich auflehnen und strafbar machen.

Viele Schriftsteller lassen ihre Charaktere anhand äußerlicher Unterschiede zum Außenseiter werden, indem sie gegen die Uniformen verstoßen: Mike beschreibt sich in Robert A. Heinleins Fremder in einem Fremden Land: "Ich weiß, was los ist; ich bin weder ein Mensch noch ein Wesen aus März."

Weil er sich von den anderen unterscheidet, kann er weder im März noch auf der Erde integriert werden. In Aldous Huxleys Schöne Neue Welt hat John eine Haut, die zu weiß für die indischen Einwohner des Schutzgebiets ist, aber gleichzeitig sind seine Emotionen und sein Temperament im Welt-Staat unerwünscht. Er gilt in beiden Welten als ein Außenseiter. Und in William Goldings Herr der Fliegen ist Piggy dick und trägt eine Brille. Mit diesem äußerlichen Unterschied zu den anderen Kindern auf der Insel wird schon auf seine spätere Verfolgung und Tötung hingewiesen.

c. Die Uniform beim Militär

Als Soldat muß man sich anderen Leuten gegenüber entsprechend der Uniform, die sie tragen, verhalten. Menschen gelten in diesem Bereich aufgrund ihrer Uniform als Freunde, Feinde, Untergebene oder Vorgesetzte. Bestimmte standardisierte Symbole - Wappen, Sterne, Schwerter, Adler, Kronen o.ä. - zeigen den Rang eines Soldaten an. Die Persönlichkeit des uniformierten Mitsoldaten spielt keine Rolle bei Entscheidungen anderer Mitsoldaten ihm gegenüber, so z.B., ob ein anderer Soldat diesem gehorchen muß, ob er ihm befehlen darf, ihm helfen oder ihn gefangennehmen muß.

Entscheidend dafür ist die Kleidung des Uniformträgers, die seinen Rang und seine Gruppenzugehörigkeit angibt. Die Uniform symbolisiert den militärischen Rang, das Gesetz, das der Soldat vertritt oder auch die Haltung eines Staates einem anderen Staat gegenüber. Wer z.B. dem Befehl eines "höheren Uniformträgers" nicht gehorcht, macht sich damit strafbar. Die Uniform entscheidet letztlich über die Verhaltensweise des Soldaten anderen "Uniformierten" gegenüber.

Die Weigerung eines Soldaten, eine Uniform zu tragen, gilt fast in allen Armeen der Welt, insbesondere in Kriegszeiten, als strafbar, in manchen Ländern sogar als schweres Verbre-

chen. Solch eine gesellschaftliche oder staatliche Bestrafung beruht nicht darauf, daß die Uniform als eine Mode abgelehnt wird. Vielmehr wird die Ablehnung der Uniform als Weigerung aufgefaßt, das Gesetz des Landes zu respektieren, bzw. diesem Staat und seiner Gesellschaft einen wichtigen Dienst nicht zu leisten.

Im Großen und Ganzen erklärt sich ein Soldat durch seine Uniform dazu bereit, für den Staat - den Uniformgeber - zu kämpfen oder sogar zu sterben. Wer sich dagegen wehrt, erklärt damit seinen Protest gegen die Staatspolitik und Gesellschaftsnormen und muß mit Strafe rechnen. Die Uniform beim Militär ist Pflicht. Ist man in einem Land geboren, in dem kein Zivildienst möglich ist, muß man in einer ganz bestimmten Uniform - und nur in dieser - seinen Militärdienst leisten.

3. Das Kopftuch (oder Übergewand) als Uniform im Islam

a. Was bedeutet "Kopftuch"?

Während dieser Ausdruck in westlichen Ländern nur die "**Kopfbedeckung**" einer Frau meint, hat er im Islam eine viel allgemeinere Bezeichnung. Im Arabischen wird oft das Wort "**Hidjab**" als Bezeichnung für das Übergewand einer Frau verwendet. Es bedeutet "Bedeckung" und bezieht sich nicht lediglich auf den Kopf, sondern auf den ganzen Körper einer Frau. Daher ist die zutreffende Übersetzung für "Hidjab" eher "Übergewand" als "Kopftuch". Deshalb wird in diesem Artikel überwiegend das Wort "Übergewand" anstelle von "Kopftuch" verwendet.

Es gibt keine einheitliche Auffassung unter muslimischen Gelehrten über die "richtige" Form eines Kopftuches oder Übergewandes. Während manche muslimische Geistliche, die für eine Modernisierung des Islam eintreten, Musliminnen vorschreiben, ihren Körper bis auf das Gesicht und die Hände zu verhüllen, bestehen andere darauf, daß ein "richtiges" Übergewand den gesamten weiblichen Körper verhüllen muß, Hände und Gesicht eingeschlossen. Zum Beispiel: Im Iran sind Mantel und Kopftuch vorgeschrieben (Hände und Gesicht dürfen unverschleiert bleiben), in Saudi-Arabien die totale Körperverschleierung (Hände und Gesicht eingeschlossen), in Afghanistan zur Taliban Zeit war die **Burka** Vorschrift (auch Verschleierung des ganzen Körpers).

Im Jemen darf eine Frau ihr Gesicht unverschleiert lassen, aber viele Frauen tragen Gesichtsmasken.

Beide Gruppen belegen ihre Meinung anhand des Koran, der Überlieferung und der Biographie Muhammads. Beide Gruppen behaupten, das richtige Verständnis des vorgeschriebenen islamischen Übergewandes zu besitzen. Deshalb kommt es häufig vor, daß die Verschleierung einer Muslimin in bestimmten islamischen Ländern als "islamisch richtig" angesehen wird, während diese in anderen islamischen Ländern für "islamisch nicht akzeptabel" gilt.

Prominente Vertreter aus beiden Gruppen:

Scheich Mohammed Bin Othaimen (einer der bedeutendsten islamischen Geistlichen des sunnitischen Islam im 20. Jahrhundert): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern, ihr Gesicht und Hände eingeschlossen. Diejenigen, die einer Frau erlauben, ihr Gesicht und ihre Hände unverschleiert zu zeigen, belegen diese Ansicht anhand von Vorschriften, die nicht mehr gültig, d.h. ausgetilgt worden sind." (Die islamische Koranwissenschaft geht davon aus, daß später offenbarte Koranverse früher offenbarte aufheben).

- Ibn al-Abbas (Mohammads Vetter, der den meisten Muslimen als der beste Erläuterer des Koran gilt): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Sie darf nur ein Auge unverschleiert lassen."

- Ubaida al-Salmani (ebenfalls ein wichtiger Erläuterer des Koran): "Eine Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Nur ihr linkes Auge darf sie unverschleiert zeigen."

Scheich Abu Djihad al-Sughbi (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Theologe und Propagandist) führt folgende Eigenschaften des richtigen Übergewandes auf:

1. Es muß den ganzen Körper bedecken. Einige Rechtsgutachter haben die Hände (ab dem Handgelenk) und das Gesicht ausgeschlossen.
 2. Es darf an sich kein Schmuck (nicht hübsch) sein.
 3. Es darf nicht durchsichtig sein.
 4. Es muß so breit sein, daß man die Konturen des Körpers nicht erkennen kann.
 5. Es darf nicht parfümiert sein.
 6. Es darf nicht der Kleidung der Männer ähneln.
 7. Es muß sich von den Kleidern der gottlosen Frauen (Nichtmusliminnen) unterscheiden.
 8. Es darf nicht aus Gründen der Berühmtheit getragen werden.
- Scheich Dr. Wahba al-Zuhaili (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Propagandist und Theologe): Eine Frau darf ihr Gesicht unverschleiert zeigen. Dagegen ordnet die Rechtschule von Imam Ahmad Ibn Hanbal die Gesichtverschleierung an.

b. Müssen auch muslimische Männer sich verschleiern?

Obwohl es in vielen islamischen Ländern unter muslimischen Männern üblich ist, verschiedene Kopfbedeckungen zu tragen, sind dies keine vom Islam verordneten Kopfbedeckungen bzw. Übergewänder, sondern **traditionelle Trachten**, die aus vorislamischen Zeiten stammen. Der Islam ordnet die Verschleierung nur für Frauen an. Die Verschleierung ist für muslimische Frauen ein Bestandteil ihrer religiösen Pflichten Allah gegenüber. Ein Übergewand zu tragen, ist also keine freie Entscheidung, sondern religiöse Pflicht für jede Frau, die dem Islam angehört.

c. Welche Frauen müssen sich verschleiern?

Jeder Mensch, der in eine muslimische Familie geboren wird, wird automatisch als Muslim aufgefaßt. Er gilt sein Leben lang als Muslim, selbst wenn er sich zum Atheisten entwickelt oder sogar zu einer anderen Religion konvertiert. Es gab und gibt kaum ein islamisches Land, in dem man seine "**ererbte**" Religion - den Islam - offiziell im Paß ändern lassen darf.

Daher muß jede Frau, die in eine islamische Familie hineingeboren wird, sich verschleiern, sobald sie ihre erste Menstruation gehabt hat oder sogar davor, wenn sie für Männer als anziehend eingestuft wird. In islamischen Ländern mit "liberaler" Einstellung werden unverschleierte Frauen in der Öffentlichkeit geduldet. In islamischen Ländern mit strenger staatlicher Einstellung dem Islam gegenüber werden Frauen gezwungen, sich in der Öffentlichkeit zu verschleiern, ja manchmal bedroht, beleidigt oder bestraft.

4. Konflikte im Zusammenhang mit dem Übergewand

a. Soldaten marschieren gegen verschleierte Muslimas

Der Konflikt wegen des Kopftuchs hat nicht in Frankreich oder Deutschland begonnen, sondern in etlichen islamischen Ländern. Immer wieder haben Regierungen islamischer Länder versucht, das Kopftuch bzw. die Verschleierung abzuschaffen, z.B. das iranische Regime unter **Reza Shah** (1925-1941).

Am 29.09.1981 zwangen Tausende von syrischen Soldaten in mehreren Städte Syriens - vor allem in Damaskus - im Zuge der damaligen Politik verschleierte Frauen dazu, ihr Kopftuch bzw. Übergewand abzulegen. Frauen, die sich dagegen wehrten, wurden von den Soldaten geschlagen und ihnen das Kopftuch (Übergewand) abgerissen.

Einige Tage später beschrieb der damalige syrische Präsident **Hafez al-Assad** in einer öffentlichen Rede das Kopftuch als: "ein Kleidungsstück, das nur von älteren Frauen getragen werden darf." Nach diesen Worten schallte das Fußballstadium, in dem die Rede gehalten wurde, von dem Ruf der Soldatinnen wider: "Wir wollen keinen Rückschritt mehr. Wir wollen unverschleiert gehen!"

Der Präsident der Türkei, Ahmet Sezer, kritisierte am 08.03.2004 diejenigen, die Frauen dazu ermutigen, das Kopftuch zu tragen. Für ihn gelten sie als "Menschen, die durch das Kopftuch versuchen, das demokratische, säkulare System der Türkei zu vernichten."

Er konkretisierte seine Aussage mit den Worten: "Die Thematik des Kopftuchs wird im Namen der Demokratie zur Debatte gemacht. Sie hat aber zu nichts anderem beigetragen als zur Behinderung unserer demokratischen Entwicklung."

Ähnliche Worte ließen z.B. **Mustafa Kemal Atatürk** (Türkei) oder **Habib Bourkeba** (Tunesien) verlauten.

b. Gründe für eine Ablehnung des Kopftuches/Übergewandes

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, könnte man auch fragen: Was ist der Unterschied zwischen dem Kopftuch oder dem Übergewand einer Muslimin und dem Gewand einer Nonne? Wieso protestiert kaum jemand, - selbst nicht in islamischen Ländern - gegen das Kopftuch einer Nonne, während es wegen des Kopftuches in nichtislamischen Ländern heftige Debatten gibt und in islamischen Ländern sogar islamischen Ländern z. T. sogar blutige Ausschreitungen.

Die Auseinandersetzung um das Kopftuch oder Übergewand ist kein Konflikt über unterschiedliche Geschmacksrichtungen, sondern ein Konflikt mit politischem, kulturellem, sozialem und religiösen Hintergrund.

Die Bedeckung versteckt nicht nur den Kopf oder Körper einer Muslimin, sondern symbolisiert auch ihre Unterwerfung den Lehren des Islams gegenüber. Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, hat damit erklärt, eine ganze Reihe von Vorschriften des Islam einzuhalten, die in nichtislamischen Ländern zu Konflikten führen können:

- Eine Muslimin muß prinzipiell ihre Rolle als eine von vier Ehefrauen ihres Ehemannes akzeptieren, denn der Koran erlaubt nach überwiegender Meinung die Ehe eines Mannes mit bis zu vier Frauen (Sure 4, 3) (nur die Türkei und Tunesien haben die Vielehe gesetzlich verboten). Dagegen muß sie sich mit einem Ehemann begnügen. Da dieses islamische Recht der Vielehe in nichtmuslimischen Ländern nicht anerkannt ist, werden sich Musliminnen in solchen Ländern häufig ungerecht - nicht gemäß der islamischen Gesetze - behandelt fühlen.
- Eine Muslimin ist davon überzeugt, daß ihr Zeugnis vor Gericht nur halb so wert ist wie das Zeugnis eines Mannes (Sure 2, 282). Daß ihr Zeugnis in nichtislamischen Ländern dem Zeugnis eines Mannes gleichkommt, muß für sie ungerecht und gegen Allahs Gesetz sein.
- Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, darf ihre Körperkonturen nicht sichtbar machen und ein Übergewand oder einen Mantel tragen. Damit kann sie manche Sportarten nicht ausüben, wie z.B. Schwimmen, Laufen, Gymnastik, alle Ballspiele etc. Muslimische Frauen sind damit von vielen olympischen Disziplinen ausgeschlossen. In nichtislamischen Ländern führt diese Haltung an Schulen zu Schwierigkeiten.
- Eine Muslimin muß damit rechnen, von ihrem Ehemann geschlagen zu werden, falls sie ihm gegenüber widerspenstig wird (Sure 4,34). Dagegen darf sie ihren widerspenstigen Ehemann nicht schlagen noch ihn schlagen lassen, falls sie ihm körperlich überlegen ist.

c. Andere mögliche Konfliktfelder

Hier könnten eine Reihe von Vorschriften, Lehren und Praktiken des Islam aufgezählt werden, die zum Konflikt mit Nichtmuslimen bzw. mit säkularen Regierungen in islamischen Ländern führen können:

- Der tägliche Ruf zum Gebet, mindestens fünfmal am Tag. Heutzutage benutzen die Moscheen in islamischen Ländern Lautsprecher, um möglichst im weiten Umkreis gehört zu werden. Dies ist für Nichtmuslime zumindest "gewöhnungsbedürftig", insbesondere, wenn es um den Ruf früh am Morgen vor Sonnenaufgang geht. In islamischen Ländern werden alle Nichtmuslime um diese frühe Tageszeit gemeinsam mit allen Muslimen aufgeweckt, obwohl sie - die Nichtmuslime - das islamische Gebet nicht verrichten müssen.
- Der Ruf zum Aufstehen mitten in der Nacht während des Fastenmonats Ramadan erschallt, um Muslimen zu ermöglichen, vor dem Sonnenaufgang noch einmal zu essen und trinken, bevor beides für den folgenden Tag bis zum Sonnenuntergang wieder verboten ist. Der Ruf

muß früh genug vor dem Sonnenaufgang erschallen, damit Familien noch aufstehen und eine Mahlzeit zubereiten können.

Im arabischen Raum wird diese Aufgabe von Männern übernommen, die Misahhirati oder Musahher genannt werden. Diese Rufer werden staatlich angestellt und besoldet. Jeder von ihnen ist für ein bestimmtes Gebiet verantwortlich. Die Rufer gehen durch alle Straßen und Gassen des ihnen zugeteilten Gebietes, trommeln laut auf einer Trommel und rufen zum Aufstehen und zum Gebet. Oft geschieht das zwischen zwei und vier Uhr nachts.

Der Ruf muß so laut sein, daß Muslime, die im nächtlichen Schlaf liegen, aufgeweckt werden, aber natürlich wirkt sich das auch auf die nichtmuslimische Bevölkerung aus; abgesehen davon, daß im Fastenmonat das abendliche Mahl und die Besuche sich weit in die Nacht hineinziehen, also das gesellschaftliche Leben sich bis in die Nacht hinein abspielt.

- Ein Muslim soll sein Leben nur nach den Gesetzen des Islam ausrichten und darf eigentlich keinem staatlichen Gesetz gehorchen, das mit dem Islam und Allahs Geboten nicht übereinstimmt. In einer Publikation der islamistisch-extremistischen Partei "Hizbul Tahrir al-Islami" heißt es dazu:

"Demokratie beinhaltet die Trennung zwischen Religion und Leben d.h. zwischen Religion und Staat ... der Islam ist genau das Gegenteil. Er ist auf dem muslimischen Glauben gebaut. Dieser Glaube ordnet alle Angelegenheiten des Lebens und des Staates anhand der Gebote und Verbote Allahs. D.h. anhand des Shari'a, die im islamischen Glauben gründet. Der Mensch kann seine Ordnungen nicht selbst gestalten, sondern muß der Ordnung Allahs gehorchen."

5. Schwarzweißdenken

Mit dem Tragen der Uniform geht ein kollektives Zugehörigkeitsgefühl einher, Hingabe an ein höheres Ziel und Unterwerfung unter denjenigen, der die Uniform angeordnet hat, wie z.B. den Arbeitsgeber, Militärführer, Geistlichen.

Wenn ein Arbeiter seine Firmenuniform trägt, verdeutlicht er damit seine Bereitschaft, für diese Firma zu arbeiten und ihre Gesetze einzuhalten. Auch der uniformierte Soldat kämpft für seine Führer, die ihm die Uniform verordnet haben, für diejenigen, die an der Spitze der Hierarchie stehen und sein Verhalten bestimmen.

Ein Soldat fühlt sich stark unter seinen Mitsoldaten und Gleichuniformierten. Die kollektive Kleidung und seine kollektiven Pflichten (Übungen, Versammlungen, Marschieren usw.) machen deutlich, daß er der Gruppe der gleich aussehenden Mitsoldaten angehört. Sein eigenständiges Denken wird marginalisiert, sein Alltag und Verhalten werden nicht von ihm bestimmt, sondern von der "höheren Uniform". In Kriegszeit kämpft er auf Seiten der "gleichen Uniform" gegen die "andere Uniform".

Ebenso werden äußerliche Unterschiede bezüglich des Aussehens von Musliminnen durch das Kopftuch oder Übergewand verringert oder verwischt. Verschleierte Musliminnen haben die gleichen Silhouetten und keine Kopf- oder Körperkonturen mehr. Durch die Verschleierung können sie sich gegenseitig schnell als eine einheitliche muslimische Gruppe erkennen und ebenso schnell von anderen Frauen - Nichtmusliminnen - unterschieden werden.

Dieses kollektive Aussehen führt im Islam zur allgegenwärtigen Aufteilung in die Welt der Frauen der Verschleierten (Musliminnen) und der Unverschleierten (Nichtmusliminnen), was von vielen muslimischen Theologen und auch manchen Muslimen als Gruppe der "Gottesfürchtigen" und "Gottlosen" gleichgesetzt wird. ...

Der Autor:

Daniel Hecker wurde in einer traditionellen islamischen Familie geboren: Weder seine Familie noch die islamischen Geistlichen konnten seine Fragen über Gott überzeugend beantworten. Obwohl er sich zum Atheisten entwickelte, verrichtete er lange Jahre alle Pflichten des Islam. Er empfand tiefen Haß gegen alle Religionen und Gläubigen. Dennoch fing er an die

Bibel zu lesen - die Lehre Jesu Christi schien ihm humaner als alles, was er in seinem Leben kannte. Dazu zeigte Jesus sich ihm deutlich durch mehrere Gebetserhörungen. ...<<

2006

Die 5 Sinne des Menschen: Unsinn, Schwachsinn, Stumpsinn, Blödsinn, Wahnsinn.
Spottvers der 68er Bewegung

10.01.2006

BRD: Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtet am 10. Januar 2006: >>**Gastprofes-
sur an Elite-Uni**

Fischers neues Leben

Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastprofessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessur an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.

In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik.

Fischer arbeite zunächst aber noch an einem Buch über seine siebenjährige Amtszeit als Außenminister und Vizekanzler der rot-grünen Koalition, hieß es. Es soll Anfang 2007 erscheinen.

Die Grünen gehen den Informationen des Blatts zufolge davon aus, daß Fischer sein Bundestagsmandat "demnächst" zurückgeben werde. Gerade hat er sein letztes Parteiamt bei den Grünen niedergelegt, und zwar die Mitgliedschaft im Parteirat.<<

11.03.2006

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. März 2006 (x887/...): >>**Demontage der Kultursprache Deutsch**

Deutliche Zeichen für die Demontage der Kultursprache Deutsch sind der stupide Umgang mit der sogenannten Rechtschreibreform und die Zerstörung der deutschen Sprache durch ein Übermaß an gezielt importierten oder gedankenlos übernommenen Anglizismen, die auch von staatlicher Seite betrieben, zumindest aber hingenommen wird.

Hinzu kommt die von kulturpolitisch verantwortlichen Repräsentanten des Staates erklärte Abwertung der deutschen Sprache zu einer Art "Feierabendsprache" neben der "Arbeitssprache" Englisch, wie das unlängst durch Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Günther Oettinger geschehen ist. Hierzu gehört auch die Forderung nach Englischunterricht von der ersten Klasse an, den ausgerechnet die Bundesbildungsministerin Annette Schavan erhob.

Wenn die Kinder im Grundschulalter besonders aufnahmefähig sind, wie das die Frau Ministerin richtig feststellt, dann müßten sie gerade in diesem Alter in der Muttersprache sattelfest werden, denn diese ist Ausdruck unverwechselbarer Identität, des Denkens und Fühlens und damit der Kultur. Auf solcher festen Grundlage ist dann das geistige Abenteuer einer oder mehrerer Fremdsprachen zu bewältigen, ohne die eigene kulturelle Persönlichkeit zu relativieren.

Die Dekadenz der deutschen Sprache geht einher mit zunehmender Alterung der Bevölkerung und rapidem Geburtenrückgang. Diese beiden Probleme sind nunmehr in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, nachdem sie weit mehr als zwei Jahrzehnte aus ideologischen Gründen unter den Verdacht einer reaktionären "Bevölkerungspolitik" gestellt und nur sehr zögerlich diskutiert worden waren. In jüngster Zeit zieht auch die Sprachproblematik zunehmendes In-

teresse auf sich. Nicht zuletzt ist das auf den 1997 vom Dortmunder Statistik-Professor Walter Krämer gegründeten "Verein Deutsche Sprache (VDS)" zurückzuführen, dem sich mittlerweile mehr als 25.000 Mitglieder angeschlossen haben.

So antwortete der Bevölkerungswissenschaftler Professor Herwig Birk gegenüber der "Berliner Zeitung" auf die Frage, was ihn mehr berühre "als die Frage nach dem Aussterben", wie folgt: "Das Verschwinden der deutschen Sprache und mit ihr des klaren Denkens. Das geschieht in einem weitaus atemberaubenderen Tempo als das demographische Verschwinden der Bevölkerung selbst ... Die Welt wird sehr viel ärmer, wenn es keine deutsche Kultur mehr gibt. Nehmen Sie große Ideen, wie die des "Weltfriedens" von Immanuel Kant. Man kann auf vieles verzichten, aber wenn man die zentralen Grundbegriffe verliert, weil niemand mehr Deutsch liest, dann ist das, als beseitige man in einem Haus die Grundmauern."

Zu der stümperhaften Rechtschreibreform stellte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) fest, sie sei "ein famoses Beispiel dafür, wie mühsam die Politik gelegentlich Lösungen für Probleme sucht, die sie selbst ohne Not geschaffen hat".

Er kommentierte damit den am vorletzten Donnerstag gefaßten Beschluß der Kultusministerkonferenz, einige der am meisten kritisierten groben Mängel der Rechtschreibreform wieder zu beseitigen und zugleich "wahlweise" Lösungen dort zu erlauben, wo einige reformierte Schreibweisen dem Schreibempfinden allzusehr entgegenstanden. Der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann (CDU) meinte nach dem Änderungsbeschluß: "Wir sind am Ende eines qualvollen Weges."

Die 1996 von Staaten des deutschen Sprachraums beschlossene Rechtschreibreform, die für Ämter und Schulen vom 1. August 1998 an gilt und deren Ziel es war, die Rechtschreibung zu vereinfachen, wurde zu einer politischen Blamage, an deren Ende die Auflösung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung in diesem deutschen Sprachraum stehen könnte. Jedenfalls ist die "Ruhe an der Rechtschreibfront" noch nicht abzusehen, und statt eines Reglements zeichnet sich ein Durcheinander ab. Was von alledem als politische Erkenntnis bleibt, ist die Tatsache, daß die Verantwortlichen in Deutschland mit der deutschen Sprache und damit mit dem zentralen Gut deutscher Kultur leichtfertig umgehen.

Für die Lösung des Problems bleibt nur der Blick zu unserem Nachbarn Frankreich, der, vor den gleichen Problemen stehend, sich 1994 entschlossen hat, seine Sprache gesetzlich zu schützen. Das nach dem damaligen Kultusminister Jacques Toubon benannte Gesetz (loi Toubon) wurde seinerzeit in Deutschland als "Sprachchauvinismus" verächtlich gemacht, erst jetzt gewinnt es auch bei uns Interesse. Die Meldung, daß ein Gericht in Versailles einen US-Konzern zu 580.000 Euro Strafe verurteilt hat, weil die Firma ihren französischen Mitarbeitern nicht alle Unterlagen und Computerprogramme übersetzt, fand keine böartige, sondern eher verständnisvolle Kommentierung.

Das Sprachgesetz hat in Frankreich zu einer besseren Bewahrung der Sprache beigetragen, zumindest ein Problembewußtsein geschaffen, wie es in Deutschland nicht vorhanden ist. Erstaunt nimmt der Deutsche zur Kenntnis, daß es in 120 Ländern der Welt Gesetze zum Schutz der Sprache gibt. Deutschland ist auf diesem Gebiet ganz offensichtlich ein Entwicklungsland, das auf diesem politischen Weg zur eigenen Sprache finden sollte.

Die Aufnahme der deutschen Sprache in das Grundgesetz ("Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch") sollte der Sprache Verfassungsrang geben, und auf dieser Grundlage sollte ein weltoffenes, der eigenen Kultur verpflichtetes Gesetz zum Schutz der deutschen Sprache vom Deutschen Bundestag beschlossen werden.<<

25.03.2006

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. März 2006 (x887/...): >>**Thesen zur Vertreibung**

Neuauflagen der Standardwerke von Prof. Alfred M. de Zayas

Zu den Standardwerken über Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten zählen seit Jahrzehnten die Werke des Völkerrechtlers Prof. Dr. Alfred M. de Zayas ("Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung", 1977, sowie "Anmerkungen zur Vertreibung", 1986). Beide Bücher wurden jetzt komplett überarbeitet, ergänzt und aktualisiert neu herausgegeben, das erste unter dem Titel "Die Nemesis von Potsdam" bei Herbig in München; das andere heißt nun "Die deutschen Vertriebenen - keine Täter, sondern Opfer" und erscheint bei Ares/Stocker in Graz. Wie der Autor bereits in einem Interview mit dieser Zeitung (PAZ 52/2005) betonte, sind jeweils etwa 20 Prozent völlig neu.

Als Anhang hat de Zayas, Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen und ständiger Autor dieser Zeitung, seine wichtigsten Aussagen in zwölf Thesen zusammengefaßt.

Dem Bund der Vertriebenen hat er inzwischen vorgeschlagen, diese Thesen sowie die richtungweisende Rede des ehemaligen UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Jose Ayala Lasso, zum Tag der Heimat im August 2006 in Berlin in einer Broschüre abzdrukken, die unter anderem in Schulen verteilt werden könnte, um der allzu weit verbreiteten Unwissenheit über diese Thematik entgegenzuwirken.

Vorab dokumentieren wir hier Auszüge aus diesen "Thesen zur Vertreibung":

- Heimatrecht ist Menschenrecht.

- Die Vertreibung der Deutschen war völkerrechtswidrig.

- Die Haager Landkriegsordnung von 1907 war im Zweiten Weltkrieg anwendbar. Artikel 42 bis 56 beschränken die Befugnisse von Okkupanten in besetzten Gebieten und gewähren der Bevölkerung Schutz, insbesondere der Ehre und der Rechte der Familie, des Lebens der Bürger und des Privateigentums (Artikel 46), und verbieten Kollektivstrafen (Artikel 50). Eine Massenvertreibung ist mit der Haager Landkriegsordnung in keiner Weise in Einklang zu bringen ...

- Vertreibungen waren im Jahre 1945 völkerrechtswidrig, auch in Friedenszeiten, denn sie verletzen die Minderheitenschutzverträge, die Polen und die Tschechoslowakei verpflichteten.

- Die Rechtsprechung des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg verurteilte die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit. Das Völkerrecht hat per definitionem universale Geltung, und darum stellten die Vertreibungsaktionen gegen die Deutschen, gemessen an denselben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit dar.

- Artikel XIII des Potsdamer Protokolls hat keine Legalisierung der Vertreibung der Deutschen bewirkt und konnte es auch gar nicht. Die Alliierten hatten keine unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Leben der Ostdeutschen. Auch wenn es ein "Interalliiertes Transferabkommen" gegeben hätte (und Artikel XIII stellt kein solches Abkommen dar), müßte es nach völkerrechtlichen Prinzipien beurteilt werden.

- Vertreibung und Verschleppung können sehr wohl als Völkermord bezeichnet werden, wenn die Absicht des Vertreiberstaates nachweislich ist, eine Volksgruppe auch nur teilweise zu vernichten. Dies war zweifelsohne die Absicht Beneschs, wie in seinen Reden und in den Benesch-Dekreten ausreichend belegt.

- Flüchtlinge und Vertriebene haben ein Recht auf Rückkehr sowie ein Recht auf Restitution (siehe Uno-Unterkommission für Menschenrechte, Resolutionen 2002/30 und 2005/21, sowie den Schlußbericht der Unterkommission über Vertreibung und die Menschenrechte, UN Doc E/CN. 4/Sub. 2/1997/23).<<

08.04.2006

BRD: Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtet am 8. April 2006: >>Wenn mit dem Wind die Angst kommt

Weißrußland 20 Jahre nach Tschernobyl

Inmitten von Wald und Wildnis schläft das Monster. Unter einer 300.000 Tonnen schweren

Decke aus Stahl und Beton. Sie soll die Umgebung vor der radioaktiven Strahlung schützen. Als der Block 4 der Kernkraftanlage Tschernobyl vor 20 Jahren explodiert, kommt es zur Kernschmelze. Die Radioaktive Rauch- und Aschewolke zieht nach Norden. Die 1986 freigesetzte Radioaktivität war 400 mal größer, als die der Explosion von Hiroshima und Nagasaki zusammen. Etwa zwei Drittel des radioaktiven Fallout von Tschernobyl gingen nach dem 26. April 1986 in Weißrußland nieder.

Von Anja Schrum und Ernst-Ludwig von Aster

Liquidatoren, so werden noch heute alle Menschen genannt, die nach der Katastrophe eilig nach Tschernobyl geschafft wurden. Feuerwehrleute, und Soldaten aus der gesamten Sowjetunion: insgesamt 800.000 Menschen kamen, um das strahlende Inferno einzudämmen. Die meisten von ihnen sind inzwischen tot. ...

Während die Weltgesundheitsorganisation WHO zusammen mit der Internationalen Atomenergiebehörde in einer Studie von wenigen tausend Toten aufgrund der Strahlenexposition ausgehen, sprechen andere Wissenschaftler von 50.000 bis 100 000 Toten. In ihre Berechnungen fallen nicht nur die Krebsopfer, sondern auch die Menschen, die sich nach der Explosion das Leben nahmen. ...

Viele denken bei Tschernobyl vor allem an die Ukraine. Dort steht zwar der Reaktor doch hinter der Grenze in Weißrußland waren die Folgen des Reaktorunglücks ungleich schlimmer. Mehrere 1.000 Quadratkilometer sind unbewohnbar, davon liegt rund die Hälfte im Rayon (Landkreis?) Choiniki. Doch um die Region scheint sich niemand mehr zu kümmern. Die internationale Hilfe kommt hier schon lange nicht mehr an.

Die Gefahr liegt heute weniger in der Luft, sondern viel mehr im Boden. An vielen Stellen ist die Humusschicht der Wälder mit dem radioaktiven Element Cäsium verseucht - Pilze und Wurzeln saugen es auf. ...

Unter der Stahl-Beton-Decke des Reaktorblocks 4 sind immer **noch 20 Tonnen Kernbrennstoffe**. Sicher liegen sie dort nicht, die Konstruktion, der sogenannte Sarkophag ist undicht. ...<<

22.04.2006

BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schreibt am 22. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Vergewaltigungen deutscher Frauen kein Thema

Ende April wird die erste deutsche Ausstellung über Flucht und Vertreibung im Bonner "Haus der Geschichte" geschlossen. Über die Ausstellung haben wir bei ihrer Eröffnung berichtet. Wie alle Vertriebenen, die entgegen fester Versprechungen immer noch kein eigenes Zentrum gegen Vertreibungen besitzen, haben wir uns darüber gefreut, daß 60 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat ihr Schicksal in dem zentralen deutschen Geschichtsmuseum Thema wurde.

Die Ausstellung geht jetzt nach Berlin und Leipzig. Hoffentlich nicht in unveränderter Form. Denn hinter den Kulissen wird seit einem Jahr ein Konflikt verborgen gehalten, der seit Eröffnung der Ausstellung zwischen dem Ausstellungskurator und seinen Kritikern schwelt.

Dabei geht es nicht darum, was Gutes und Lobendes über die Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" zu sagen, sondern darum, was in dieser Ausstellung fehlt, so auffällig fehlt, daß man getrost davon sprechen kann, daß dieses Thema bewußt ausgeblendet werden sollte: Daß viele Hunderttausende deutscher Frauen und Mädchen, viele von ihnen noch Kinder, während der Flucht oft wochenlang vergewaltigt wurden, von russischen Soldaten und auch von Angehörigen der polnischen und tschechischen Milizen. Viele der Frauen und Mädchen haben die Folgen der massenhaften Vergewaltigungen nicht überstanden, Tausende gaben sich auch selbst den Tod.

Wer dennoch überlebte, war oft für immer traumatisiert, ebenso wie die Kinder, die die barba-

rischen Akte mit ansehen mußten. Längst sind die Morde, schweren Körperverletzungen und Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen geächtet, und überall auf der Welt werden sie heute als solche gebrandmarkt, ob sie in Bosnien, in Albanien, in Afrika oder in Asien verübt werden, und fast jeden Tag wird über Vergewaltigungen berichtet und die Täter werden, wenn möglich vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal angeklagt, gleich, ob es um Frauen und Mädchen in Sudan, in Uganda, oder, wie in diesen Tagen im Kongo geht.

Nur für deutsche Opfer schien bisher kein Interesse zu bestehen - dabei handelt sich bei den gezielten Massen-Vergewaltigungen der Roten Armee um das größte Gewaltverbrechen der Nachkriegszeit.

Deutsche Gutmenschen, bei denen die Umerziehung in der dritten Generation schon ins Groteske umgeschlagen ist, haben im Jahr 2006 auch dafür noch eine Entschuldigung zur Hand. Und viel Verständnis.

Diese jungen Soldaten, sagen uns manche unserer nach 1945 geborenen Gutmenschen, mordeten und vergewaltigten deutsche Mädchen und Frauen, weil sie nach vielen Monaten der gnadenlosen Kämpfe mit den deutschen Soldaten - Gefangene wurden auf beiden Seiten kaum noch gemacht - nur noch Haß gegen die Deutschen kannten und diesen Haß auf die deutschen Frauen übertrugen. Und ihn an ihnen ausließen.

Außerdem hätten die jungen Soldaten bei ihrem Vormarsch überall die von Deutschen zerstörten Dörfer und Städte und ihre getöteten Landsleute gesehen, und so aus Rache die Gewalttaten an Frauen begangen. Diese These wird uns immer wieder aufgetischt, wenn von den Vergewaltigungen der Roten Armee die Rede ist, auch in Guido Knopps Fernsehserie "Die große Flucht".

Die sich im Wortlaut gleichenden, fast stereotypen Erklärungen, vorgetragen von wohlmeinenden, letzten Endes aber voreingenommenen Publizisten und Wissenschaftlern, sogar von Augenzeugen und Opfern selbst (!) sollen Kriegsverbrechen entschuldigen, die auch gern abschwächend "Übergriffe" genannt werden.

Auffallend oft, meist erst auf bohrende Nachfragen der Reporter, kommt der Hinweis auf die Verbrechen der Nazis, an deren Schuld ohnehin niemand der Zuschauer gezweifelt hat. Vielleicht steckt keine Absicht dahinter, aber die Wirkung ist eindeutig. Die Kriegsverbrechen der Russen, Polen oder Tschechen werden relativiert. Sie sollen gegen deutsche Geiselmorde und andere Kriegsverbrechen aufgerechnet werden.

Aber man kann Völkermord und Kriegsverbrechen nicht relativieren und die Toten nicht gegeneinander aufrechnen. Das genau ist ja die Methode der Rechtsextremisten. Und der Stalin-Anhänger, von denen es in Deutschland weit mehr bekennende Anhänger gibt als NPD-Leute. Außerdem sprechen die heute bekannten Tatsachen gegen die Rache-These. Die kämpfende, kampfgewohnte Truppe, vor allem die Besatzungen der Panzer und Sturmgeschütze, das bestätigen alle Augenzeugen, vergewaltigte im allgemeinen nicht, griff vielleicht nach Uhren und Schnaps und zog rasch weiter.

Die nachrückenden Reserven junger Rekruten aber hatten in ihrer Heimat, in der Mongolei keine Toten oder verbrannte Häuser zurücklassen müssen, die sie jetzt an halbwüchsigen Mädchen oder alten Frauen hätten rächen wollen. Sie hatten gerade, einige Wochen zuvor, bei ihrem Einmarsch ins Baltikum, auch die Frauen und Kinder der Letten, Esten und Litauer vergewaltigt und getötet. Sie wurden mit der gleichen Brutalität behandelt, wie später die jungen Mädchen und Frauen aus Ostpreußen.

Die jungen Männer aus der Mongolei, die im Raum Königsberg und in Danzig, in Pommern und in Schlesien besonders barbarisch wüteten, waren nicht grausamer geboren als andere Männer. Der Grund für die an allen Frontabschnitten auftretenden Gewalttaten und Morde war ein anderer: Sie begingen die Verbrechen, weil sie es durften. Weil das Gewaltverbot, das seit Kain und Abels Zeiten gilt, für sie aufgehoben war.

Den angeblichen "Rassestolz" der deutschen Frauen sollten die russischen Soldaten nach einem Aufruf des Schriftstellers Ilja Ehrenburg durch massenhafte Vergewaltigungen "brechen". Wörtlich heißt es in einem Flugblatt aus dem November 1944: "Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute!"

Die Urheberschaft des berühmten Schriftstellers an diesem Text ist nicht zweifelsfrei nachzuweisen, aber seine rund 3.000 veröffentlichten Flugblatt-Texte und Aufrufe atmen den gleichen Geist des Hasses.

Der Ermunterungen durch solche Flugblätter bedurften die jungen Soldaten aus den asiatischen Provinzen der Sowjetunion nicht - sie wußten schon, was sie mit den Frauen und Mädchen tun wollten - und taten. Das, was sie in ihren verborgensten Träumen und Phantasien schon immer gewollt hatten, das gleiche, was sich alle potentiellen Sexualtäter und Mörder überall auf der Welt auch heute in ihren gar nicht so seltenen Gewaltträumen wünschen, was aber in allen Kulturstaaten mit lebenslangem Gefängnis oder der Todesstrafe bedroht ist: Das junge Mädchen, die Frau demütigen, mit Gewalt nehmen, dem Opfer Schmerz zufügen und es am Ende sogar ermorden.

Tatsächlich wurden die bis zur Bewußtlosigkeit mißbrauchten deutschen Frauen und halbwüchsigen Mädchen von den russischen Soldaten nicht selten nach der Vergewaltigung getötet. Viele empfanden es als Erlösung.

Seit Eröffnung der Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" fordert eine Kölner Frauenhilfsorganisation "medica mondiale" in Gesprächen mit dem Ausstellungsleiter Hans-Joachim Westholt eine "angemessene Würdigung des Themas".

Aber nicht einmal, als Prominente wie die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich oder ihr Kollege Horst Eberhard Richter Protestbriefe schrieben, wurde eine Ergänzung der Ausstellung ins Auge gefaßt.

Es war offenkundig, daß der Kurator während der ganzen Zeit das Thema blockierte. Angeblich sei das Thema Vergewaltigung nicht ins Bild zu setzen. Obwohl die Ausstellung zahlreiche Tonbanddokumente anbietet, in der Betroffene über ihre Erlebnisse erzählen, und Presseauschnitte, Filme, Akten und wissenschaftliche Dokumentationen über Einzelheiten der Vertreibung sonst ausführlich berichten. Selbst als "medica mondiale" dem Kurator das Buch eines Opfers für die Ausstellung anbot, blockte Westholt ab. Dabei gibt es nicht nur ein Buch einer Frau über ihre Vergewaltigung.

Die Vertriebenenverbände haben Tausende von Augenzeugenberichten betroffener Frauen, auch als Videofilme gesammelt, und solche Interviews sind auch bereits mehrfach im deutschen Fernsehen gesendet worden, unter anderem in Filmen von Guido Knopp.

Eine Woche vor der Schließung der Ausstellung in Bonn (!) lenkte der Ausstellungskurator in einem Gespräch mit dem "Kölner Stadtanzeiger" vom 14. April plötzlich ein und erklärte, er würde einen Ausweg aus der verfahrenen Situation begrüßen. Seitdem warten die Redaktion des "Kölner Stadtanzeigers" und die Frauen von "medica mondiale" gespannt darauf, daß Herr Westholt sich bei ihnen meldet.

Möglichkeiten, nun auch das Thema der Massenvergewaltigungen angemessen in der Ausstellung zu realisieren, gäbe es viele. Die Sprecherin der Frauenhilfsorganisation, Margret Meyer, bezweifelt allerdings den guten Willen des Ausstellungskurators: "Herr Westholt wollte das Thema einfach nicht, weil es ein Tabu berührt", vermutet sie. ...<<

29.04.2006

BRD: Der deutsche Journalist Helmut Matthies schreibt am 29. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Gewinner der Einheit

DDR-Bürgerrechtler sind vergessen, es lebe die PDS

Deutschland ist ein seltsames Land. Die jüngsten Wahlen ergaben, daß Rechtsextreme (DVU,

NPD) eine geringere Rolle denn je spielen. Anstatt sich darüber zu freuen, erklärte der Zentralrat der Juden in Deutschland im Blick auf Sachsen-Anhalt, die etablierten Parteien hätten "die Begeisterung für rechtsextremistische Parteien nicht gebrochen".

Tatsache ist: Die NPD trat gar nicht an. Sie unterstützte die DVU, die aber trotzdem nur 3 Prozent (1998 waren es noch 12,9 Prozent!) erhielt. Begeisterung?

Daß in Sachsen-Anhalt Linksaußen 25,2 Prozent (4,2 Prozent mehr) erhielt, ist weder Juden noch Kirchen noch Parteien eine Silbe des Bedauerns wert. Und hier liegt das Problem: Während Rechtsaußen marginalisiert ist, feiert Linksaußen einen Triumph nach dem anderen.

Nicht genug damit, daß die PDS-Größen Gregor Gysi und Lothar Bisky von Talkshow zu Talkshow gereicht werden, obwohl sie in der SED-Diktatur verantwortliche Positionen innehatten. Jetzt ist eine PDS- beziehungsweise Linkspartei-Frau gar in eines der höchsten Staatsämter gewählt worden: Petra Pau wurde eine der Vizepräsidenten des Bundestages.

Der SPD-Politiker Hans-Peter Bartels begründete dies lapidar mit den Worten, man habe sich "mit der kommunistischen Fraktion geeinigt", und dann "bekommt man eben eine Kommunistin". Petra Pau arbeitete einst im Zentralrat der FDJ. Christen, die sich weigerten, der FDJ beizutreten, durften oft nicht an die Oberschule beziehungsweise an eine Hochschule. Ihnen wurde damit trotz Begabung eine Karriere verweigert. Sie müssen jetzt mit geringeren Verdiensten auskommen.

Sind etwa Mitarbeiter im Unterdrückungssystem nun im demokratischen Deutschland Gewinner der Einheit? Die einstigen Bürgerrechtler sind jedenfalls so gut wie alle aus dem Bundestag verschwunden. Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, beklagte jetzt die zunehmend "aggressive Propaganda" sogar früherer Stasi-Mitarbeiter. Ausgerechnet während einer Diskussion in der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen beherrschten die Täter die Debatte, konnten Opfer gar als Kriminelle bezeichnen.

Der anwesende Berliner Kultursenator Thomas Flierl (von der PDS!) schritt kaum ein. Für Birthler ist dies alles alarmierend, denn die SED-Diktatur sei ganz und gar nicht harmlos gewesen: "Es hat 250.000 politische Gefangene gegeben, darunter viele, deren Leben zerstört wurde."

Noch längst ist die Stasi-Aufarbeitung - auch in den Kirchen - nicht beendet. In letzter Zeit wurde bald alle paar Tage ein neuer Fall in Sport und Politik bekannt. Dagegen haben die Opfer kaum Fürsprecher. Im Gegenteil: Anfang April hatte der PDS-Fraktionschef im sächsischen Landtag, Peter Porsch, zu einer Buchlesung mit Ex-Stasi-Offizieren in Dresden eingeladen. In dem Buch wird das Wirken der Stasi beschönigt.

Als sich die wissenschaftliche Leiterin der Gedenkstätte Bautzen (dort war das brutalste DDR-Gefängnis, in dem auch Christen inhaftiert waren), Silke Klewin, und ihr Kollege zu Wort meldeten, ernteten sie "nur höhnisches Gelächter" (so die "Sächsische Zeitung"). Nach der Lesung sagte sie: "Einige der ehemaligen Häftlinge bekommen es wieder mit der Angst zu tun." Angst im demokratischen Deutschland vor denen, die vor mehr als 15 Jahren Verbrechen verübt haben?

Deutschland hat 6.000 Gedenkstätten, die an das Nazi-Unrecht erinnern. Dagegen gibt es nur wenige über die zweite deutsche Diktatur im letzten Jahrhundert. Eine Gedenkstätte, die das Leid der Christen, die sich der Diktatur verweigerten, vor dem Vergessen bewahrt, ist nicht einmal im Gespräch. Ein kleiner Trost ist, daß jetzt in vielen Kinos der Film "Das Leben der Anderen" läuft, in dem die Brutalität der Stasi deutlich wird.

"idea" setzt ein kleines Zeichen: Sein Freundeskreis fährt am übernächsten Wochenende nach Bautzen. In der Gedenkstätte berichten zwei Christen, wie sie Gott erlebt haben - in der Haft. Helmut Matthies ist bei "idea" zuständig für die Gesamtleitung.<<

27.05.2006

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Mai 2006 (x887/...): >>>**Erst sprachlos - dann arbeitslos**

Wenn die Muttersprache geht, verschwinden auch die Arbeitsplätze

Sprachschützer und Arbeitervvertreter in Frankreich jubeln: Ein Gericht hat Anfang März die Verurteilung eines Tochterunternehmens von "General Electric" bestätigt. Das Vergehen: Die Medizintechnik-Firma "GE Medical Systems" ("Gems") hat im Umgang mit ihren Beschäftigten zuviel Englisch verwendet. Jetzt muß das Unternehmen an den Betriebsrat eine Strafe in Höhe von 580.000 Euro zahlen.

Gegen das Tourbon-Gesetz aus dem Jahre 1994, das nach dem damaligen Kulturminister Jacques Tourbon benannt ist und den Unternehmen in Frankreich die Benutzung der französischen Sprache vorschreibt, ist selbst "General Electric", der zweitgrößte Konzern der Welt, machtlos. Seine Tochter "Gems" hatte Dokumente und Rechnerprogramme angewendet, die ausschließlich auf englisch abgefaßt waren. "Sogar die französische Unternehmensführung richtete ihre Botschaften auf englisch an uns. Mitarbeiter, die kein oder kaum Englisch sprachen, wurden regelrecht isoliert", teilte eine Gewerkschaftssprecherin mit.

So löblich die Wertschätzung der Muttersprache in Frankreich ist: Die weltweite Entwicklung geht in eine andere Richtung. Die wirtschaftliche und politische Überlegenheit der Vereinigten Staaten von Amerika und die länderübergreifende Ausdehnung des Arbeitsmarkts für Spitzenkräfte führen dazu, daß Englisch in immer mehr Unternehmen als Konzernsprache einzieht. Dabei bildet sich eine Zweiklassengesellschaft heraus aus Führungspersonal auf der einen Seite, das im Sprechen und Denken amerikanisiert ist, und Untergebenen, die noch in ihrer Kultur verwurzelt sind, auf der anderen Seite.

Und so werfen deutsche Lenker von Großunternehmen mit unverständlichen Anglizismen um sich. Deutsche Unternehmen anglisieren ihren Firmennamen ("BMW Group", "Deutsche Post World Net", "Deutsche Bahn Mobility Networks Logistics") und ihre Abteilungen (zum Beispiel "Siemens": "Power", "Medical", "Lighting" und so weiter). Besprechungen finden oft nicht mehr auf deutsch statt, selbst wenn keine Fremdsprachigen zugegen sind. Nach und nach dringt Englisch von den oberen Führungsetagen auch in die unteren Unternehmensebenen vor, wo es der Verständigung eher schadet als nützt.

Führungskräfte versuchen, die kulturellen Wurzeln ihrer Untergebenen zu kappen und verächtlich zu machen. So erklärte im Jahr 2000 der damalige Vorstandsvorsitzende der Güterloher "Bertelsmann AG", Thomas Middelhoff, in der Tageszeitung "Die Welt": "Unternehmer haben die Pflicht, regionale Besitzstände ... ebenso kritisch in Frage zu stellen wie andere gewachsene Strukturen.

Wie verbreitet das regionalzentrische Weltbild in Deutschland heute noch ist, zeigt ein Beispiel: Als Bertelsmann Englisch zur offiziellen Unternehmenssprache erklärt hat, beschwerten sich Bürger, ein deutsches Unternehmen dürfe sich nicht von der deutschen Sprache verabschieden - ein Kuriosum in einer globalisierten Welt, aber ein ernstzunehmendes. Globalisierung fängt mit der Bereitschaft an, auch gedanklich über die Grenzen zu schauen. Eine Folge müßte sein, Englisch und eine weitere Fremdsprache früher und intensiver als bisher an den Schulen zu vermitteln."

Middelhoff, der sich gerne als Amerikaner mit nur zufällig deutschem Paß bezeichnet, spricht also tatsächlich von einer Art Umerziehungsplan, um gewachsene Strukturen wie Kultur und Muttersprache in Frage stellen zu können. Vor diesem Hintergrund bekommt die breite Einführung von Frühenglisch an den Grundschulen eine unheimliche Bedeutung.

Englisch schafft jedoch keine Arbeitsplätze im deutschen Sprachraum. Zahlreiche große deutsche Unternehmen, die auf Englisch als Unternehmenssprache setzen, bauen im Stammland Stellen ab und im Ausland auf, zum Beispiel: "Daimler-Chrysler", "Metro" oder "Aventis".

Auch die Amerikanisierung der Berufsbezeichnungen ("Sales Manager", "Freelancer", "Researcher" und so weiter) und der Angebote der Bundesagentur für Arbeit ("Job-Floater", "Jobcenter", "Assessment" und "Clearingstellen") haben die Arbeitslosigkeit nicht verringert.

"Muttersprachler werden bei der Vergabe von Leitungsposten in den meisten Fällen bevorzugt", meint Jürgen Hausschildt, Fachmann für Wirtschaftssprachen und ehemaliger Professor für Betriebswirtschaft an der Universität Kiel. Das gelte selbst dann, wenn ein anderer Mitarbeiter eine bessere fachliche Qualifikation aufweise, seine Sprachkenntnisse aber geringer seien: "Die fachlichen Kenntnisse werden dann oft hinter den Sprachkenntnissen vermutet." Das heißt also: Mit dem Vormarsch des Englischen verschlechtern sich die Karrierechancen von Deutschen, selbst wenn diese Englisch gründlich gelernt haben.

Und: Flucht aus der Sprache bedeutet auch Flucht aus dem Land. Ohne Bindung zur Landessprache haben die Führungskräfte auch keine Bindung an das Land. Ihre untergebenen Mitarbeiter sehen sie als beliebig verschiebbare Verfügungsmasse.

Die Verordnung eines fremden und beschränkten Wortschatzes bedeutet Verluste in der Vorstellungskraft, in der Denkschärfe und bei der reibungslosen Verständigung. Letztlich nützt sie nur denen, die Englisch zur Muttersprache haben. Amerika läßt sich im eigenen Land übrigens nicht den Vorrang der englischen Sprache nehmen. Ein Grundsatzurteil des Obersten US-Bundesgerichts von 1994 bestätigte einer kalifornischen Firma das Recht, von ihren zumeist spanischsprachigen Angestellten den alleinigen Gebrauch des Englischen am Arbeitsplatz zu verlangen.

In Deutschland gibt es allerdings nur wenige rühmliche Ausnahmen. Eine davon ist der Vorstandsvorsitzende der "Porsche AG", Wendelin Wiedeking. Im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" erklärte er: "Natürlich können sich Manager in englisch verständigen. Aber das ist nicht auf allen Arbeitsebenen der Fall. Ganz schwierig wird es, wenn es um Details geht, um die Einzelteile eines Motors beispielsweise. Doch gerade bei diesen Themen müssen sich die Mitarbeiter perfekt verständigen. Und wenn Englisch oder Französisch die Konzernsprache ist, benachteiligt man automatisch alle, für die dies nicht die Muttersprache ist."

An anderer Stelle sagte er: "Was heißt das, wenn sie (die Mitarbeiter) plötzlich in einer Fremdsprache kommunizieren müssen? Sie rauben vielen die Möglichkeit, sich so zu artikulieren, wie sie es gewohnt sind. Da bleibt Leben auf der Strecke. Da verlieren sie Kraft." Wir brauchen im deutschen Sprachraum einen Stimmungswechsel, damit eine solch vorbildliche Einstellung unter den Lenkern großer Unternehmen wieder selbstverständlich wird.

Die "Porsche AG" baut übrigens keine Arbeitsplätze ab.<<

12.06.2006

Israel: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Juni 2006: >>"Im Auftrag des Gewissens"

Begin war Drahtzieher des Adenauer-Attentats

Menachem Begin, der spätere israelische Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1978, war Auftraggeber, Organisator und Geldbeschaffer eines Anschlags auf Bundeskanzler Konrad Adenauer im Jahr 1952. Das ergibt sich aus einem Bericht mit dem Titel "Im Auftrag des Gewissens", den Elieser Sudit, einer der beiden Haupttäter, mehr als vierzig Jahre nach dem Anschlag niedergeschrieben hat.

Die Umstände der damaligen Bombenattentate und den Gang der Ermittlungen beschrieb der Journalist Henning Sietz zunächst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Juli 2003 und später in dem Buch "Attentat auf Adenauer. Die geheime Geschichte eines politischen Anschlags". Der Kreis der mutmaßlichen Täter konnte damals zwar eingegrenzt, aber nicht vollständig geklärt werden. Jetzt stehen die Namen der Attentäter fest - es handelt sich um ehemalige Aktivisten der 1948 aufgelösten jüdischen Terrororganisation "Irgun Zwai Leumi", auch "Etzel" genannt, die gegen die britische Mandatsmacht gekämpft hatte.

Begin legte Protest ein

Die Attentäter handelten im Auftrag prominenter Mitglieder von Begins Partei "Cheruth", die aus dem "Irgun" hervorgegangen war. Diese Erkenntnisse stammen aus dem Bericht des Attentäters Elieser Sudit. In stiller Verehrung nennt Sudit darin den Drahtzieher des Attentats: Menachem Begin.

Anfang April 1952 waren in Paris fünf Israelis festgenommen wurden, von denen vier Mitglieder seiner "Cheruth-Partei" waren. Die französische Polizei warf ihnen vor, an dem Paketbomben-Attentat beteiligt zu sein, das kurz zuvor Adenauer gegolten hatte. Begin - so berichtete die Pariser Zeitung "France Soir" am 5. April 1952 - verlangte von dem französischen Geschäftsträger in Israel nähere Informationen über die Vorkommnisse in Frankreich. Anschließend legte er Protest ein.

Tod eines Sprengmeisters

Am 27. März 1952 hatte ein unbekannter Mann am Münchner Hauptbahnhof zwei Buben ein Paket gegeben. Sie sollten es in Schwabing auf die Post bringen. Die Adresse der Sendung lautete: "An dem Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Bundeshaus, Bonn". Am Abend explodierte das Paket im Keller des Polizeipräsidiums und tötete einen Sprengmeister.

Kurz darauf trafen zwei kleinere Briefbomben in Wassenaar bei Den Haag ein, wo Deutschland und Israel über einen Vertrag verhandelten, der als "Wiedergutmachungsabkommen" oder "Shilumim" in die Geschichte eingehen sollte. Kurz darauf bezichtigte sich eine bis dahin unbekannte "Organisation Jüdischer Partisanen" der Attentatsversuche. Das Ziel der Anschläge war nun klar: Sie sollten eine erste Verständigung zwischen Deutschland und Israel verhindern.

Menachem Begin war 1978 zusammen mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar Al Sadat mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden, weil beide den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag zu Wege gebracht hatten.<<

25.09.2006

BRD: Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtet am 25. September 2006: >>Ernest Hemingway: "Ich töte gerne"****

Nobelpreisträger Ernest Hemingway brüstete sich, 122 deutsche Kriegsgefangene erschossen zu haben - eine Spurensuche.

Günter Grass hatte Glück. Als der Angehörige der Waffen-SS im April 1945 in amerikanische Gefangenschaft geriet, war ein anderer späterer Literaturnobelpreisträger eben in die USA zurückgefliegen: Ernest Hemingway. Wäre Grass ihm in die Hände geraten, hätte ihm dies passieren können:

"Einmal habe ich einen besonders frechen SS-Kraut umgelegt. Als ich ihm sagte, daß ich ihn töten würde, wenn er nicht seine Fluchtwegsignale rausrückte, sagte der Kerl doch: Du wirst mich nicht töten. Weil du Angst davor hast und weil du einer degenerierten Bastardrasse angehörst. Außerdem verstößt es gegen die Genfer Konvention. Du irrst dich, Bruder, sagte ich zu ihm und schoß ihm dreimal schnell in den Bauch, und dann, als er in die Knie ging, schoß ich ihm in den Schädel, so daß ihm das Gehirn aus dem Mund kam, oder aus der Nase, glaube ich." Das schrieb Hemingway am 27. August 1949 seinem Verleger Charles Scribner.

Eine He-Man-Pose? Ernest Hemingway war ein begeisterter Jäger zu Wasser und zu Lande. Man kennt die Trophäenbilder des Großwildjägers, seine Lust am Stierkampf und seine Reportagen. "Ich töte gerne", hatte er sogar verlautbart.

1944 folgte Hemingway als Kriegsberichterstatter den alliierten US-Truppen in die Normandie. Acht Monate, bis zum 6. März 1945, begleitete er das 22. Regiment der Vierten Infanterie-Division im Rang eines Offiziers, bemerkenswerterweise teils auch im Auftrag des OSS, der Vorgängerorganisation der CIA. "Wir habens hier sehr nett und lustig, viele Tote, deutsche Beute, viel Schießerei und jede Menge Kämpfe", schrieb er an Mary Welsh.

In Rambouillet ließ er sich mit Zustimmung des OSS-Obersten David Bruce zum inoffiziellen Gouverneur ernennen. Da er fließend Französisch sprach, beruhigte er die Bevölkerung, hielt die Stadt, ließ die feindlichen Stellungen auskundschaften - und verhörte deutsche Gefangene. In dem 50 Kilometer vor Paris gelegenen Ort trug er ein ganzes Waffenarsenal zusammen und entfernte überdies von seiner Uniform die Zeichen des Kriegsberichterstatters, weiß sein Biograph A. E. Hotchner.

Am 2. Juni 1950 berichtete Hemingway Arthur Mizener, daß er 122 Deutsche getötet habe. Eines seiner letzten Opfer sei ein junger, auf einem Fahrrad flüchtender Soldat gewesen - "ungefähr im Alter meines Sohnes Patrick". Er habe ihm mit einer M1 von hinten durch das Rückgrat geschossen. Die Kugel zerfetzte die Leber.

Daß der Nobelpreisträger gegen die Genfer Konvention verstoßen hat, verschweigen selbst seine Bewunderer nicht. Mit der Zahl und Details konfrontiert, wiegeln sie aber meist ab: Man müsse verstehen, es sei Krieg gewesen. Hemingway hat zwar immer dick aufgetragen, den Macho demonstriert - aber was trieb ihn ohne Not zu diesem Eingeständnis? Die Briefe blieben bis heute in allen Ausgaben unkommentiert. Obwohl es keinen Zeugen für die 122 Morde gibt, mit denen er prahlt, sind jedoch nicht wenige Verehrer entsetzt über den "Massenmörder an deutschen Kriegsgefangenen" (Alfred Mechttersheimer): Die Stadt Triberg im Schwarzwald setzte daraufhin 2002 ihr Festival "Hemingway Days" ab.

Grass gehörte einer Verbrecherorganisation an, Hemingway bekennt sich zu Kriegsverbrechen - wie nobel ist der Nobelpreis eigentlich noch?<<

11.11.2006

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. November 2006 (x887/...): >>**Treu zur Sprache**

Auch nach zehn Jahren hat sich die Rechtschreibreform nicht durchgesetzt

Die Deutschen wissen, daß ihre Sprache der wichtigste Kulturträger ist - und sie halten diesen Besitz hoch. Die Sprache in Schrift und Wort erschließt das kulturelle Erbe.

Zehn Jahre nach dem verhängnisvollen Beschluß der Kultusminister, die deutsche Sprache einer Rechtschreibreform zu unterwerfen, lehnt eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger die neuen Schreibregeln ab. Nach einer Umfrage, die die Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt" zum Tag der deutschen Sprache 2006 veröffentlichte, lassen 56 Prozent der Befragten nur die traditionellen Rechtschreibregeln gelten, 16 Prozent richten sich nach einem eigenen Regelwerk, lediglich 28 Prozent halten sich an die neue Staats-Orthographie.

Und nicht alle aus freien Stücken: Da viele Unternehmen entschieden haben, für ihren Schriftverkehr die reformierten Regeln anzuwenden, fühlen sich 60 Prozent der Berufstätigen dazu verpflichtet, aber fast die Hälfte aus dieser Befragten-Gruppe ist "Neuschreiber" gegen die eigene Überzeugung.

Das Erlanger Unternehmen "Textfex" hatte diese Zahlen erhoben, indem es Bundesbürger verschiedener Alters- und Berufsgruppen nach dem Zufallsprinzip auswählte und befragte. Die Untersuchung förderte auch zutage, wie sprachempfindlich die Deutschen, jedenfalls die angesprochenen Bürger mit "Bildungshintergrund" sind. 36 Prozent der Befragten wenden sich von Waren oder Dienstleistungen ab, wenn diese fehlerhaft oder schlecht beschrieben werden, 37 Prozent sind allerdings schon so abgehärtet, daß sie sich trotz schlechter Texte nicht den Konsum verleiden lassen.

Immerhin 18 Prozent bekommen das Erbarmen mit den Sprachtrotteln und würden sogar mehr bezahlen, wenn dafür Bedienungsanleitungen oder Produktwerbung besser geschrieben wären. Überhaupt: Medien und Werbewirtschaft werden häufig für schlechtes Deutsch getadelt (14 und elf Prozent der Fälle), einsame Spitzenreiter bei den Sprachschlampen sind aber jene Personen, die sich zum öffentlichen Leben rechnen lassen.

Der "Verein Deutsche Sprache" (Dortmund), der nächste Woche in sein zehntes Jahr geht und

nach seinen Angaben inzwischen schon 27.000 Mitglieder zählt, und die anderen Sprachschützer müßten sich jetzt einer zweiten Aufgabe stellen: Da immer mehr junge Menschen kaum noch lesen wollen, dafür aber länger Radio hören, müssen die Rundfunk-Beiträge als Sprachvorbild kritisch analysiert werden.

In vielen Sendungen, auch bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten, wird nach täglicher Beobachtung nur noch Rumpfdeutsch gesprochen mit einem bedenklich hohen Anteil englischer Vokabeln - die oft genug sogar sinnwidrig gebraucht werden. Schmerzhafte wird die Rundfunk-Sprache, wenn es um Feinheiten der Grammatik geht, etwa um die Zeitenfolge zwischen Haupt- und Nebensatz. Solche Sprachästhetik gibt es höchstens noch auf Papier, von geübten Schreibern.

Und: Zum Glück gibt es immer noch gute Stimmen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber die Sprachliebe scheint auch dort eine Generationenfrage zu sein. Junge Sprecher haben nicht nur Vokalklang frei nach Schnauze, sondern auch, wie es sich anhört, eine tiefe Abneigung gegen korrekte Konsonanten. Das "r", immer schwer zu sprechen, wird regelmäßig zu einem langen "a" gequält. Wenn die Intendanten weiter so wenig Wert auf Sprechausbildung legen, geht auch noch die phonetische Qualität ihrer "Sendah in den Kellah".<<

November 2006

BRD: Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtet im November 2006 (x1.102/...): >>Der Genozid der Völker Europas

Von Alfred Häussler

Die Menschen der Völker Europas waren in diesem seinem Ende zugehenden Jahrhundert nicht nur Zeugen grausamer und verbrecherischer Genozide an verschiedenen Völkern, vor allem am jüdischen Volk. Sie erleben seit den 60er Jahren dieses Jahrhunderts auch einen Genozid ihrer eigenen Völker, der in seinem Umfang, in seiner Zukunftsbedrohung, vor allem aber in der Ignorierung durch die betroffenen Menschen und Völker einmalig in der Weltgeschichte ist.

Der Genozid am jüdischen Volk

Der Genozid am jüdischen Volk übertraf alle bisherigen Völkermorde durch die Perfektion seiner Durchführung, durch die Geheimhaltung an seinem Anfang und durch den Einsatz modernster Chemie zur massenhaften Tötung unschuldiger Menschen. Dieser Genozid stellt alle bisher bekannt gewordenen Genozide in den Schatten.

Bei aller Geheimhaltung des Genozides an den Juden, besonders in der Anfangsphase, zeigte sich auch später, als das Massenmorden durchsichtig wurde und die Geheimhaltung nicht vollständig mehr gewährleistet blieb, kaum Widerstand. Und dieser auch dort nicht, wo er möglicherweise erfolgversprechend gewesen wäre, das blutige Geschehen zu beenden oder wenigstens zu mindern.

Es ist zwar bekannt, daß Interventionen von kirchlicher Seite, wie die der holländischen Bischöfe, nicht zu einer Beendigung, sondern nur zu einer Verschärfung der Judendeportationen führten. Trotzdem steht die Frage im Raum: Warum wurden die Westlichen Alliierten so wenig aktiv?

Als kriegsführende Mächte, als Gegner zum nationalsozialistischen Staat und deswegen zu keinerlei Neutralität gegenüber diesem verbrecherischen Staat angehalten, sondern angetreten, diesen Staat zu bekämpfen, waren gerade sie moralisch dazu verpflichtet, die Verbrechen dieses Staates schnellstens zu beenden und dies unter Einsatz militärischer Gewalt, über die sie in reichstem Maße verfügten. Denn die Alliierten waren Gegner im Krieg. Ein neutrales Verhalten im Genozid an Juden, an angeblich "minderwertigen" Menschen und an Regimegegnern durfte von ihnen nicht erwartet werden!

Es darf deswegen angenommen werden, daß durch entsprechendes Eingreifen der Alliierten das grausame Morden hätte beendet oder hätte doch vermindert werden können! Dies wäre

sicher verdienstvoller gewesen, als militärisch belanglose Zentren deutscher Städte zu bombardieren, in denen unzählige Frauen und Kinder sterben mußten und Kulturgüter von unschätzbarem Wert verloren gingen.

Die westlichen Alliierten hätten mit ihren überlegenen Luftflotten alle Zufahrtswege zu den Vernichtungslagern zerstören können. Sie hätten damit aber auch ein Signal an die Öffentlichkeit der gesamten Welt gesandt und diese frühzeitigst auf die damals noch weitgehend unbekanntem Verbrechen aufmerksam gemacht.

Dies ist leider nicht geschehen! - Obwohl man doch annehmen darf, daß die Geheimdienste der Alliierten über alle Vorgänge in den Vernichtungslagern informiert waren.

Der Genozid an weiteren Völkern

Neben dem Genozid am jüdischen Volk hatte auch das armenische Volk in der Zeit des 1. Weltkrieges einen Genozid mit einer Million Toten zu beklagen. Die Armenier wurden von den Türken verfolgt wegen ihrer Sprache und wegen ihrer Religion. Bei dem kleinen Volk der Armenier sind eine Million Tote eine sehr hohe Zahl! Sie ist ein Drittel bis zur Hälfte des ganzen Volkes.

In neuester Zeit mußten wir wieder 1994 Völkermorde im bevölkerungsreichsten und höchstgelegenen Staat Zentralafrikas, in Ruanda, erleben.

Auch hier beschränkte sich der Rest der Welt mehr oder weniger auf eine Zuschauerrolle im an Grausamkeit nicht zurückstehenden Geschehen. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb dazu am 24.4.1998: "Vor allem Angehörige des Hutu-Stammes werden verdächtigt, am Völkermord an 600.000 bis einer Million Tutsi und gemäßigten Hutu beteiligt gewesen zu sein."

"Westliche Länder und die Vereinten Nationen waren nach dem drei Monate währenden Massaker im Jahre 1994 erst spät eingeschritten, wofür sich kürzlich der amerikanische Präsident Clinton in der ruandischen Hauptstadt Kigali entschuldigt hat" (FAZ 24.4.1998). Die FAZ berichtet weiter: "In Paris versucht ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß derzeit das Ausmaß der französischen Verwicklung in den Völkermord zu ergründen" (FAZ 24.4.98).

Von bedeutender Aktualität ist aber die regierungsamtliche Mitteilung des Staates Ruanda: "Die ruandische Regierung vertritt die Auffassung, die bisherige Kultur der Straflosigkeit habe zu der Welle ungesühnter Gewalttaten in den vergangenen vierzig Jahren zwischen Hutu und Tutsi in dem überbevölkerten Kleinstaat beigetragen" (FAZ 24.4.1998).

Die Kleinstaaten Ruanda und Burundi sind in Äquatorhöhe sehr hochgelegene Staaten bis zu einer Höhe von 3.000 Meter über dem Meeresspiegel und daher klimatisch sehr begünstigt, eine Tatsache, die wohl zum Bevölkerungsreichtum dieser Staaten geführt hat. Doch, wie die Regierung von Ruanda jetzt eingesteht, ist nicht die dichte Besiedlung des Landes, sondern die "Kultur der Straflosigkeit" die Ursache des Völkermordes des Hutu-Volkes am Tutsi-Volk.

Die "Kultur" der Straflosigkeit

Nicht nur in Ruanda kam es durch die "Kultur" der Straflosigkeit zu einer Krise des Rechts, des Rechtsbewußtseins im Volk und damit der Sittlichkeit ganz allgemein.

Seit den 70er Jahren dieses Jahrhunderts gelang es nämlich der aus dem atheistischen Existentialismus hervorgegangenen Ideologie des Feminismus mit der These des übergeordneten Selbstbestimmungsrechtes der Frau über das Lebensrecht des ungeborenen Kindes die Straflosigkeit vorgeburtlicher Kindestötung parlamentarisch durchzusetzen. Und dies in allen Staaten des westlichen Kulturkreises außer in Irland.

Es ist seitdem nur schwer verständlich, daß die deutschen Bischöfe - außer Erzbischof Dyba in Fulda - es nicht einzusehen vermögen, daß die Abgabe eines Beratungsscheines nach erfolgter Beratung für schwangere Frauen nichts anderes ist als die Aushändigung eines Garantiescheines für die Straflosigkeit einer vorgeburtlichen Kindestötung.

Man kann doch nicht für das Leben des ungeborenen Kindes beraten und dann am Ende der Beratung einen Schein ausstellen, der zu nichts anderem dient als zur garantierten Straflosigkeit einer Kindestötung. Die Widersprüchlichkeit einer solchen Handlungsweise sollte auch Bischöfen einleuchten! Denn mit der Scheinabgabe für die Straflosigkeit der Kindestötung wird rein rechtlich von kirchlicher Seite die Einwilligung in eine "Kultur" der Straflosigkeit vollzogen. Und dies mit allen Konsequenzen auch für alle anderen Gebiete der Rechtskultur und der Sittlichkeit, deren Bewahrung zu den wichtigsten Aufgaben jeder Seelsorge gehören sollte.

Wie kann man sich dann noch darüber entsetzen, daß Pornographie, sexueller Mißbrauch von Kindern und Kinderprostitution in einem früher nicht für möglich gehaltenem Ausmaß angestiegen sind, wenn beim ersten Grundrecht des Menschen, seinem Recht auf Leben, mit einem Beratungsschein Straflosigkeit für vorgeburtliche Kindestötung garantiert wird! Durch die "Kultur" der Straflosigkeit entstand eben eine Krise des Rechts und des Rechtsbewußtseins im Ganzen. Die Ursache dieser Krise ist die Trennung von Recht und Sittlichkeit. So ist es nicht verwunderlich, daß ein großer Teil der Gesetze des Staates dem Bürger nicht mehr als sittlich verpflichtend einleuchtet!

Strafe muß sein

Seit Schaffung des Römischen Rechts als größter Kulturleistung des antiken Roms gilt es als oberster Grundsatz der Rechtspflege in allen Kulturstaaten dieser Welt: Strafe muß sein! Alle Strafrechtslehrer sind sich darin einig, daß ohne Strafandrohung und ohne Strafvollzug eine soziale Ordnung im Zusammenleben der Menschen nicht gewährleistet ist. Wie sollte dies bei der Sicherung des Lebensrechtes des ungeborenen Kindes anders sein!

Straflosigkeit gerade auf dem Gebiet der Sicherung des Lebensrechtes ungeborener Kinder steht in krassem Widerspruch zum grundgesetzlich garantierten Lebensrecht jedes Menschen. Daß die deutschen Bischöfe, außer Erzbischof Dyba, mit der Aushändigung eines Beratungsscheines sich dazu mißbrauchen lassen, die Straflosigkeit der Tötung eines ungeborenen Kindes nicht nur zu ermöglichen, sondern die Straflosigkeit in einem solch unvergleichlich schwerwiegenden Tatbestand noch als rechtmäßig anzuerkennen, werden mit Sicherheit spätere Generationen eben diesen Bischöfen einmal zum Vorwurf machen.

Die Folgen der Straflosigkeit

In der ganzen Welt werden seit Änderung der Strafgesetzgebung für die Tötung ungeborener Kinder in jedem Jahr 50 Millionen ungeborener Kinder getötet. In Deutschland allein sind bis 10 Millionen im Mutterleib getötete Kinder seit Kriegsende zu beklagen. Seit 1976, als die Straflosigkeit der Tötung ungeborener Kinder bei Vorlage eines Beratungsscheines gesetzlich garantiert worden ist, werden alljährlich in Gesamtdeutschland 300.000-400.000 ungeborene Kinder getötet.

Das sind mindestens 30.000 Kindestötungen im Monat, eine Kindestötung in (etwa) jeder Minute. Dazu ist anzumerken, daß das Gesetz eine Meldepflicht für die Tötung eines ungeborenen Kindes vorgeschrieben hat, der jedoch vielfach nicht nachgekommen wird, da häufig unter der Angabe der Diagnose "Menstruationsstörung", die Tötung eines Kindes verschleiert wird.

Wie das statistische Bundesamt in Wiesbaden am 3. April 1998 mitteilte, sind im Jahr 1997 die (registrierten) Tötungen ungeborener Kinder etwa gleich geblieben. Sie sollten aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zurückgehen, wenn das beschlossene Beratungskonzept wirksam greifen sollte. Da dies jedoch nicht der Fall ist, ist eine Revision des Gesetzes vom Jahre 1976 verfassungsgerichtlich für notwendig angeordnet. Es geschieht aber von Regierungsseite nichts, obwohl die Familienministerin auf diese Notwendigkeit hingewiesen hat und eine Neuregelung des Gesetzes von 1976 für notwendig hielt.

Eine Gesetzesänderung ist ganz besonders deswegen notwendig und diese verlangt auch die

Bundesärztekammer, weil das statistische Bundesamt mitteilte, daß die vorgeburtlichen Kindstötungen nach der 23. Schwangerschaftswoche um zwanzig Prozent im Jahre 1997 zugenommen haben. Diese Zunahme der Tötungen nach der 23. Woche, also in einem Zeitraum, in welchem ungeborene Kinder bereits außerhalb des Mutterleibes lebensfähig sind (nach neuesten Erkenntnissen schon nach der 20. Woche), geht auf die moderne pränatale Diagnostik zurück. Durch die pränatale Diagnostik wird in aller Regel schon im Verdachtstall auf die Behinderung eines Kindes dieses noch vor der Geburt getötet.

Während Kinderärzte unter höchstem therapeutischem Einsatz um das Leben von Frühgeburten kämpfen, werden gleichaltrige ungeborene Kinder bei jedem Verdacht auf eine körperliche Erkrankung oder Behinderung straflos getötet. Dies ist in dem Umfang, der heute üblich geworden ist, nichts anderes als ein Genozid eines Volkes, begünstigt und gesetzlich ermöglicht durch die dem Töter eines Ungeborenen garantierte Straflosigkeit.

Der Genosuid der Völker Europas

"Ein Volk, das seine Kinder tötet, tötet sich selbst", sagte die Friedensnobelpreisträgerin Mutter Teresa aus Kalkutta. Es ist erschreckend, wenn das einst so kinderliebende Italien nur noch eine Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau aufzuweisen hat. Nicht viel besser sieht es in allen übrigen Staaten Europas aus, insbesondere in Deutschland, wo die Geburtenrate um 1,2 Kinder pro Frau liegen dürfte.

Mir liegen die amtlich gemeldeten Geburtenzahlen der Einwohnermeldestelle meines Wohnortes seit dem 1.7.1992 bis zum 30.6.1997 vor. Daraus ist eine kontinuierliche Abnahme der Geburten bei deutschen Ehepaaren und eine fortschreitende Zunahme der Geburten bei türkischen Gastarbeiterfamilien festzustellen. So wurden vom 1.7.1996 bis zum 30.6.1997 bei der Einwohnermeldestelle 69 evangelische Neugeborene und 76 katholische Neugeborene angemeldet bei 155 sonstigen Neugeborenen, bei denen es sich überwiegend um Kinder islamischer Eltern handeln dürfte. Von einer Gesamtzahl der Neugeborenen von 300 also 155 "sonstige", d.h. überwiegend Kinder türkischer Eltern.

Damit zeichnet sich ab, daß das deutsche Volk auf dem Wege ist, zu einer Minderheit im eigenen Lande zu werden. Das Schlimme an dieser Entwicklung ist: Niemand nimmt davon Notiz, keiner interessiert sich für diese Entwicklung. Man nimmt sie als gegeben hin und fragt nicht nach ihren Ursachen. Denn keiner ist bereit, seine Lebensgewohnheiten zu ändern. Und selbst die christlichen Kirchen und erst recht der Staat zeigen sich völlig gleichgültig.

Wozu der Geburtenschwund im westlichen Europa in nur wenigen Jahren führen wird, ist mit der Bezeichnung Genosuid umfassend erklärt. Die Völker Europas bringen sich selbst um, einmal durch die akzeptierte "Kultur" der Straflosigkeit beim Töten ungeborener Kinder und dann durch die hormonelle Kontrazeption. Diese führte zwar sofort zum Rückgang der Geburtenzahlen. In einigen Jahren wird aber sogar die Fruchtbarkeit als solche zusätzlich noch durch eine Reduzierung der Fortpflanzungsfähigkeit der Männer weiter und zwar in bedrohlichem Umfang vermindert werden.

Man weiß heute schon, daß synthetische Hormone, insbesondere synthetisch hergestelltes Östrogen, und andere Chemikalien mit hormonähnlicher Wirksamkeit in den Flüssen, besonders in den Einmündungen großer Ströme in das Meer, im Grundwasser und damit im Ernährungskreislauf der Menschen nachgewiesen werden können. Weibliche synthetische Hormone reduzieren auch in großer Verdünnung die Fortpflanzungsfähigkeit beim Menschen und bei Tieren. Während in den Vorkriegsjahren noch 4 Prozent bis 6 Prozent der Ehen ungewollt unfruchtbar blieben, sind es heute schon 20 Prozent und dies mit steigender Tendenz.

Die Realität des Genosuids

In der März Ausgabe der Zeitung "Medizin und Ideologie" von 1998 wurde eine Zeitungsmeldung der "Bild Zeitung", Ausgabe Dresden vom 21. Mai 1997 veröffentlicht, in der auf Fortpflanzungsprobleme bei Männern in Dresden aufmerksam gemacht wurde. Schon zehn Pro-

zent der Männer in Dresden sind betroffen!

"Unsere vom Sächsischen Wissenschaftsministerium geforderten Untersuchungen beweisen erstmals, daß Hormon Ausscheidungen von Frauen in Kläranlagen nicht vollständig abgebaut werden. Sie gelangen in den Wasserkreislauf und so ins Trinkwasser", so Projekt Chef Dr. Jörg Oelmann, zitiert nach "Bild" Dresden vom 21. Mai 1997. Dr. Oelmann: "Bei männlichen Regenbogen Forellen ist die Zurückbildung der Hoden durch östrogenhaltige Verbindungen schon erkannt".

Der Genosuid der Menschheit ist keine Illusion mehr. Darauf haben die Amerikaner Theo Colborn, Dianne Dumanoski und John Peterson Myers in ihrem Buch "Die bedrohte Zukunft - Gefährden wir unsere Fruchtbarkeit und Überlebensfähigkeit?" im Droemer Knaur Verlag München hingewiesen. "Die Schreckensvision einer Erde ohne Menschen könnte schneller Realität werden, als wir uns vorstellen", heißt es im Nachwort dieses Buches zu der "weltweit dramatisch abnehmenden Fruchtbarkeit von Tier und Mensch".

Die Auswirkungen synthetischer Hormone und hormonähnlich wirkender Substanzen auf die Fruchtbarkeit von Menschen und Tieren sind also erwiesen. Daher kann der Genosuid der Menschheit schneller Wirklichkeit werden, wenn die Menschen sich nicht rasch besinnen auf die Unverletzbarkeit der Naturgesetze und der Schöpfung. Diese zu erhalten und das Fortleben von Mensch und Tier zu sichern, ist unser aller Aufgabe. Dazu bedarf es der Einsicht, daß der Mensch nicht alles tun darf, was er kann. Dem Menschen sind Grenzen gesetzt zu seinem eigenen Schutz und zum Schutz seiner Umwelt.

Aus Medizin und Ideologie, Informationsblatt der Europäischen Ärzteaktion, 2/1998 mit freundlicher Genehmigung entnommen.

Der Autor Dr. med. Alfred Häußler wurde 1917 in Neckarsulm geboren. Er studierte Medizin in Tübingen, München und Freiburg im Breisgau. Bis Kriegsende diente er als Truppenarzt und verbrachte dann die Jahre 1946 bis 1952 in amerikanischer und britischer Kriegsgefangenschaft. Bis 1987 war er als Internist in einer eigenen Praxis niedergelassen und ist jetzt Schriftleiter der Zeitschrift "Medizin und Ideologie der Europäischen Ärzteaktion in den deutschsprachigen Ländern. ...<<

23.12.2006

BRD: Wilhelm von Gottberg (ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule) schreibt am 23. Dezember 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Bis heute ungelöst

Die "Preußische Treuhand" hat ihre Entschädigungsklagen auf den Weg gebracht

Die "Preußische Treuhand" - eine Vereinigung von Vertriebenen zur Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen für zurückgelassenes Eigentum in den früheren Ostprovinzen des Deutschen Reiches - hat vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Individualbeschwerden gegen die Republik Polen eingereicht.

Damit hat die Organisation nun realisiert, was seit drei Jahren recht häufig angekündigt wurde. Die politische Klasse in Polen von ganz rechts bis links ist empört. Die Kommentare in den polnischen Zeitungen zu dem Vorgang haben fast durchgängig einen antideutschen Tenor und sind von dem zur Staatsräson erhobenen Vorwurf geprägt, daß die Täter (Deutsche) sich zu Opfern stilisieren wollen. Eine sachliche Diskussion über die berechnete oder unberechnete Forderung von Entschädigungsansprüchen kann in Polen im Jahr 2006 noch nicht geführt werden.

Die Bundesregierung hat sich, wie auch schon die rot-grüne Vorgängerregierung, von der "Preußischen Treuhand" scharf distanziert und deren Handeln verurteilt. Tatsächlich ist aber durch Versäumnisse der Bundesregierungen seit 1990 bei der Regelung der Kriegsfolgelasten und bei den Vertragswerken mit den Nachbarstaaten im Osten die Situation geschaffen worden, die zur Gründung der Treuhand geführt haben. Durch Aussitzen und "unter den Teppich

kehren" wollte die deutsche Politik die ungelösten Entschädigungsfragen vom Tisch bekommen. Diese Strategie ist zusammengebrochen.

Länger als ein Jahrzehnt haben die betroffenen Ostdeutschen auf eine Initiative der deutschen, beziehungsweise der polnischen Regierung für die Regelung der offenen Vermögensfrage gewartet. Es hat sich nichts getan. Die Kohl-Regierung hatte 1990 versprochen, dieses Problem in absehbarer Zeit einer Lösung zuzuführen. Später ist sie, wie auch die Nachfolgeregierungen davon abgerückt. Heute heißt es lapidar, man wolle das nachbarschaftliche Verhältnis zu Polen nicht mit Fragen aus der Vergangenheit belasten.

Die Passivität der Regierungen bei der Regelung der offenen Vermögensfragen hat dazu geführt, daß die "Preußische Treuhand" als Selbsthilfeorganisation der Betroffenen gegründet wurde. Mit Klagen vor nationalen und internationalen Gerichten will man Eigentumsrechte geltend machen und eine wie auch immer geartete Entschädigung durchsetzen.

Im Rechtsstaat Deutschland und im Rechtsstaatsgebilde EU ist dies legitimes Handeln. Im Rechtsstaat Polen müssen die Menschen und vor allem die politische Klasse dies aushalten, ohne zugleich das gut nachbarschaftliche Verhältnis zu Deutschland zur Disposition zu stellen. Eine zumutbare Entschädigung für konfisziertes und zurückgelassenes Eigentum war und ist immer auch eine, wenn auch nachgeordnete Forderung der Vertriebenenverbände. Die Spitze des "Bundes der Vertriebenen" hat sich dazu noch 2004 eindeutig bekannt.

Allerdings sehen die Vertriebenenverbände die Bundesregierung in der Pflicht. Diese muß endlich der gebotenen Obhutspflicht gegenüber ihren betroffenen Bürgern bei der Entschädigungsfrage nachkommen.

Wenn die Bundesregierung nicht in Verhandlungen mit den Nachbarstaaten über die Lösung der Entschädigungsfrage eintreten will - nach vielen amtlichen Verlautbarungen will sie das nicht, obwohl es geboten wäre - bleibt nur noch ein Weg, die Treuhand und deren Aktivitäten gegenstandslos zu machen. Die Bundesregierung muß eine nationale Lösung anstreben und die berechtigten Ansprüche aus eigenen Mitteln entschädigen. Dies würde Deutschland keineswegs überfordern, denn vor dem Hintergrund der noch immer praktizierten deutschen Scheckbuchdiplomatie würden wenige hundert Millionen Euro den deutschen Staat nicht zahlungsunfähig machen.

Diesen Weg ist auch Polen gegangen. Einzelklagen von zwangsumgesiedelten Ostpolen aus den heute zur Ukraine gehörenden früheren ostpolnischen Gebieten, sind durch polnische Gerichte positiv beschieden worden. Der polnische Staat hat im Einzelfall entschädigt.

Die Entschädigungsproblematik für zurückgelassenes Eigentum bei Vertreibungen und Zwangsumsiedelungen ist durchaus nicht nur eine spezifisch deutsch-polnische Angelegenheit. Dieser Tage erst hat ein zypriotisches Gericht die berechtigten Eigentumsansprüche vertriebener Zyprioten anerkannt.

Die italienische Vertriebenenorganisation der vertriebenen Istrier fordert die Entschädigung oder Rückgabe des zurückgelassenen Eigentums. Zur Durchsetzung ihrer Ansprüche wollen die Italiener in wenigen Monaten einen europäischen Vertriebenenverband gründen. Deutsche Vertriebenenverbände sind dazu eingeladen worden.

Die Entschädigungsfrage bleibt auf der Tagesordnung nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ungelösten Entscheidungsproblematik in Mitteldeutschland aufgrund der Enteignungen durch die Sowjets und des Regimes der "Sowjetischen Besatzungszone" am Ende des Zweiten Weltkrieges.<<

2006

BRD: Der spätere Bundespräsident Joachim Gauck erklärt im Jahre 2006 während einer Rede zur Ausstellung "Erzwungene Wege" des Zentrums gegen Vertreibungen (x358/10): >>Es ist nicht normal, oder sagen wir es genauer: Es ist weder den Psychen der Beteiligten noch der Vernunft förderlich, wenn derartige Verluste, wenn Traumata dieser Größenordnung nicht im

kollektiven Gedächtnis der Nation aufbewahrt werden.

Was bislang in speziellen Erinnerungsbiotopen der Vertriebenen ... gefördert wurde, sollte in den großen Rahmen des öffentlichen Gedenkens integriert und auch Teil der staatlichen Geschichtspolitik werden." <<

2007

Der Wahn ist kurz, die Reue lang. <i>Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)</i>
--

01.01.2007

Belgien: Bulgarien und Rumänien treten am 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.

07.04.2007

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 2007 (x887/...): >> **Wir sind im Krieg**

Europas falsche Toleranz gegenüber dem Islam

Udo Ulfkotte wird bestimmt von keiner muslimischen Vereinigung als guter Freund betrachtet werden, denn der ehemalige "FAZ-Redakteur" widmet sich seit einigen Jahren intensiv einem Thema, das sie nicht gut aussehen läßt: der Islamisierung der Welt. Mit "Krieg in unseren Städten" machte er sich bereits 2003 zahlreiche Feinde, und auch seine aktuelle Veröffentlichung wird ihm so manche Morddrohung einbringen.

"Heiliger Krieg in Europa - Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht" lautet ihr Titel und verrät schon, wogegen Ulfkotte als einer von wenigen Warnern anschreibt. Doch wie immer, wenn jemand Einzelkämpfer ist, gibt es eine gewisse Neigung zur Einseitigkeit und zu Extremen, trotzdem überzeugt der Autor mit zahlreichen Fakten.

"Liest man die verschiedenen Bevölkerungsstudien zur Entwicklung Europas, dann ist der Trend klar: Europa wird immer stärker islamisch geprägt sein. Man mag darüber streiten, wie viele Muslime in welchem Jahr in Europa leben werden. Doch die kurzfristigen Prognosen sind eindeutig: Schon etwa um das Jahr 2025 herum wird jedes dritte in Europa geborene Kind muslimischen Glaubens sein."

Was an sich keine bedrohliche Entwicklung wäre, wenn eben die muslimischen Vereinigungen nicht schon seit Jahren Stück für Stück die Werte Europas unterwanderten. Ulfkotte belegt in seinem Buch, daß dies gar nicht so sehr die Schuld der Muslime ist, sondern viel mehr die jener europäischen Politiker und Regierungen, die die Zugewanderten gewähren lassen. Zumal, so Ulfkotte, die verschiedenen muslimischen Verbände jeweils nur einen sehr geringen Teil der europäischen Moslems verträten. Aber: "Deutsche Politiker reißen sich offenkundig darum, Begegnungsstätten mit dem Islam in Moscheen zu finanzieren."

Anhand zahlreicher Länderbeispiele führt der Autor an, wie sich die heimischen Gesellschaften anpassen. Von Krankenhäusern und Altenheimen nur für Moslems, in denen ihre religiösen Gefühle nicht verletzt werden, über Aushöhlung des Tierschutzes hin zur Anpassung des Scheidungsrechts an muslimische Geflogenheiten.

"Wer sich in Belgien öffentlich gegen die zunehmende Islamisierung stellt, muß mit Strafanzeige rechnen ... Jedes vollständig islamisierte muslimische Kind, das in Europa geboren wird, ist eine Zeitbombe für die Zukunft westlicher Kinder. Denn Letztere werden verfolgt werden, wenn sie zur Minderheit geworden sind."

Das brachte Vater Samuel eine Strafanzeige ein. Das belgische Zentrum gegen Rassismus behauptete, Vater Samuel schüre den 'Rassenhaß'. Vater Samuel war bis dahin nicht bekannt, daß Muslime in Belgien als 'Rasse' gelten."

Ulfkotte nennt zahlreiche Beispiele, wie der Westen aus falsch verstandener Toleranz seine eigene Identität zugunsten des Islam verwässert. Angriffe auf westliche Werte würden zudem einfach überhört. Entschuldigungen, wie sie Moslems von uns bei angeblichen Verletzungen ihrer religiösen Gefühle verlangen, wagten wir nicht einzufordern.

"Als der oberste Führer der australischen Muslime, Scheich Taj el-Din el-Hilali, zum Ende des Fastenmonats Ramadan im Oktober 2006 unverschleierte Frauen mit 'rohem Fleisch' verglich, gab es in der westlichen Welt keine massenhaften Demonstrationen." Und das obwohl der Scheich darin indirekt sexuelle Übergriffe auf Frauen guthieß, denn schließlich würde man es auch keiner Katze übelnehmen, wenn sie auf der Straße liegendes Fleisch fräße.

Nach der Lektüre bleibt der Leser ziemlich verängstigt zurück, denn die vom Autor beschriebene Zukunft sieht alles andere als harmonisch aus. Und letztendlich befinden wir uns nach Meinung Ulfkottes schon längst im Krieg, auch wenn wir die offene Schlacht mit dem Islam zu vermeiden suchen, doch "ein Krieg beginnt nicht erst dann, wenn der erste Schuß gefallen ist".

Udo Ulfkotte: "Heiliger Krieg in Europa - Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht", ... Frankfurt/Main 2007 ...<<

05.05.2007

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. Mai 2007 (x887/...): >>>Christlichen Glauben schützen

Eine Verschärfung des Gotteslästerungsparagraphen 166 im Strafgesetzbuch haben die Teilnehmer des Vereins "Die Wende" gefordert. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland müßten den christlichen Glauben mit demselben Eifer verteidigen, wie sie es im Blick auf andere Religionsgemeinschaften täten. Seit nicht mehr die Ehre Gottes gesetzlich geschützt sei, sondern nur noch das religiöse Empfinden von Menschen, schwiegen viele Christen zu blasphemischen Angriffen auf den Glauben. Nach Ansicht der "Wende" werden Christentum und Islam hierzulande ungleich behandelt.

Während blasphemische Angriffe auf das Christentum weitgehend ungeahndet blieben, bestehe im Blick auf den Islam eine Selbstzensur. Provokationen des Islam unterblieben, weil man Gefahren für den öffentlichen Frieden befürchte. Insbesondere die beiden großen Kirchen sollten sich stärker bemühen, "das Heilige heilig zu halten", um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren. Die Entchristlichung dürfe nicht weiter voranschreiten. In einem Grundsatzreferat wies der Journalist und Buchautor Udo Ulfkotte auf den zunehmenden Einfluß von Islamisten auf die veröffentlichte Meinung hin.

Dies sei möglich, weil sich der Rechtsstaat vor unverblümt angedrohter Gewalt beuge und kritische Berichte über den Islam nicht erwünscht seien. Die 1993 gegründete "Wende" hat nach eigenen Angaben gut 1.000 Unterstützer. Sie setzt sich für eine geistige Erneuerung Deutschlands aus den Wurzeln des christlichen Glaubens ein. Ihr Ideengeber ist der evangelische Sozialphilosoph Günter Rohrmoser.<<

09.06.2007

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Juni 2007 (x887/...): >>>Lehrreiche Lektüre für Träumer

Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen

Vieles wissen die Zeitgenossen über Deutschland zur Zeit der nationalsozialistischen Regierung und die junge Bundesrepublik - vor allem alles über deren dunkle Seiten. Daß aber zwischen der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 und der Gründung der BRD sowie der DDR die Deutschen vier Jahre lang unter der Herrschaft von Militärregierungen der Sieger leben mußten, das ist weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt.

Kaum jemand weiß über die damaligen Lebensverhältnisse der Besiegten und über das Verhalten der Sieger Konkretes. Da ist es zu begrüßen, daß ein Verlag jetzt den zweiten Band einer populärwissenschaftlichen Darstellung der Besatzungszeit auf den Markt bringt, in dem ein Journalist unter dem Titel "Besetzt" die US-amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland in großen Zügen schildert, nachdem er im ersten Band über die französische Besatzungs-

zone berichtet hat.

Während man in seinem ersten Buch rügen mußte, daß er die gravierenden Verstöße der Besatzungsmacht gegen das Völkerrecht immer wieder aufrechnete mit den dazu heftig übertriebenen deutschen Kriegsverbrechen in Frankreich, hält er sich damit in seinem neuen Buch erfreulicherweise zurück.

Sachlich schildert er, wie die US-amerikanischen Sieger voller Haß auf die Deutschen, die ihrer Propaganda zufolge für immer neue Kriege auf dem Kontinent verantwortlich waren, ins Reichsgebiet vordrangen. Nun wollten die US-Amerikaner, fest überzeugt von der deutschen Kollektivschuld, alles tun, damit die Deutschen nie wieder in der Lage sind, Krieg zu führen. Und sie wollten die Deutschen mit aller Härte bestrafen, weil sie "aus Leichen Seife und Lampenschirme aus Menschenhaut hergestellt hatten", wie ihnen ihre Greuelpropaganda in die Ohren geblasen hatte.

Mitleid sollte es nicht geben. Die deutschen Kinder sollten in ihren Schulen von US-amerikanischen, englischen und sowjetischen Offizieren unterrichtet werden, damit sie - wie es hieß - "den wahren Geist der Demokratie" lernen.

Das erste, was sie unternahmen, war die Demontage der noch unzerstörten Reste der deutschen Industrie, so dem Geist des Morgenthau-Plans folgend, der allerdings offiziell nicht in Kraft gesetzt worden war. Deutschland sollte zerstört werden - weiter reichten die von wenig politischer Weisheit getragenen Absichten nicht.

Volker Koop berichtet, wie die US-Amerikaner nicht nur auf deutsche Patente, von denen sie 346.000 erbeuteten, Jagd machten, sondern auch auf Kunstschatze. So ließ die Militärregierung Hunderte von Gemälden aus deutschen Museen in die USA transportieren, die erst aufgrund von heftigen Protesten im Heimatland nach einigen Jahren zurückgegeben wurden. Rund 100 deutsche Wissenschaftler wurden in der "Operation Overcast" mehr oder weniger freiwillig in die USA gebracht, damit sie ihre Kenntnisse der US-amerikanischen Rüstung zugute kommen ließen.

Die Sieger hatten auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Millionen deutscher Kriegsgefangener nach dem Sieg als Zwangsarbeiter zu deportieren. So überließen die US-Amerikaner 1,3 Millionen deutsche Kriegsgefangener den Franzosen, welche die meisten unter unmenschlichen Bedingungen in Bergwerken, beim Minenräumen und - da ging es ihnen noch am besten - in der Landwirtschaft einsetzten.

Insgesamt 7,8 Millionen deutsche Soldaten waren bei der Kapitulation den US-Amerikanern in die Hände gefallen. Sie machte man rechtlos, indem man ihnen den Kriegsgefangenenstatus absprach und sie zu "Disarmed Enemy Forces" (entwaffnete feindliche Streitkräfte) erklärte. Dann war man nach dem Völkerrecht nicht mehr verpflichtet, sie zu verpflegen, ihnen Unterkunft und Bekleidung zu stellen und sie schnellstens zu entlassen.

So verreckten denn Tausende nicht nur auf den Rheinwiesen, sondern auch in anderen Lagern, in die sie zusammengetrieben wurden, ohne daß sie versorgt wurden. Und das nicht etwa, weil es Versorgungsschwierigkeiten gegeben hätte, sondern weil das der politische Wille der US-amerikanischen Führung war.

Auf der politischen Ebene gerieten sich sehr schnell die Westalliierten und die Sowjetunion in die Haare, so daß die zunächst angekündigte Erhaltung der Einheit Deutschlands schon zwei Jahre nach Kriegsende mit der Londoner Außenministerkonferenz scheiterte. Alles trieb auf die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten zu, damit sich die Westalliierten und die Sowjetunion das Potential in dem jeweils von ihnen besetzten Teil Deutschlands für die sich anbahnenden Konflikte sichern konnten. Immer noch aber wußten die Alliierten nicht, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen sollten.

Da wurden Pläne gesponnen über die Neutralisierung Deutschlands, über die Dezentralisierung der westlichen Zonen, über die internationale Kontrolle, die man über weite deutsche

Gebiete verhängen wollte. Und die Deutschen hungerten, froren und schlugen sich mühsam durchs Leben. Die von den Alliierten zugebilligten Lebensmittelrationen sanken zeitweise auf 850 Kalorien pro Tag. Wer sich allein von den Lebensmittelmarken ernähren mußte, war dem Hungertod ausgesetzt.

Aber die Deutschen schlugen sich durch: Sie hamsterten auf dem Lande, tauschten, betrieben Schwarzhandel, legten auf jedem brauchbaren Stückchen Erde Gärten an, klauten Kohle von den Zügen, die deutsche Kohle ins Ausland bringen sollten. Der beste Schutz war der Zusammenhalt der Familien, während Alleinstehende und kleine Kinder die größte Not litten und häufig genug nicht überlebten.

Inzwischen entnazifizierten und entmilitarisierten die US-Amerikaner die Deutschen. Jeder, der irgendwie in der vorangegangenen Zeit politisch engagiert war, verlor seine Stellung. Etwa 80.000 Deutsche wurden im Rahmen des "Automatic Arrest" automatisch festgenommen und in Internierungslager gesteckt, wo manche bis zu drei Jahre lang ausharren mußten, bis sie vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt wurden. Mancherorts brach die Verwaltung zusammen. An Universitäten mußten ganze Fakultäten geschlossen werden, weil die Professoren in Lagern saßen.

Leider erfährt man in dem Buch nichts über die Lebensbedingungen in den Lagern; sie waren schlimm genug. Erst der deutsche Bundestag beendete im Dezember 1950 offiziell diese unsinnige Politik, die das Ziel hatte, die gesamte deutsche Führungsschicht nach den Vorstellungen der Umerzieher auszutauschen.

Zu kurz kommt in dem Buch die in großem Maßstab geplante und durchgeführte Umerziehung der Deutschen. Das Kapitel darüber überschreibt Volker Koop mit "Eine freie Presse". Frei war sie nun ganz bestimmt nicht! Wenn es jemals eine zu 100 Prozent kontrollierte Presse in Deutschland gegeben hat, dann war es die von den Militärregierungen eingerichtete, auch wenn Deutsche Verleger und Redakteure sein durften.

Es fehlt in dem Buch auch die Darstellung des ideologischen Hintergrunds für die Umerziehung. Der Charakter der Deutschen sollte verändert werden, doch über das Ziel und die dabei angewendeten Methoden sucht man in Koops Buch vergebens Informationen. Bezeichnend, daß in dem Literaturverzeichnis das Standardwerk zu diesem Thema "Charakterwäsche" von Caspar Schrenck-Notzing fehlt. Zustimmung kann man dem Autor aber, wenn er schreibt, daß noch heute in unserer Presselandschaft die Strukturen zu finden sind, die damals von der Besatzungsmacht geschaffen wurden.

Erst als der Kalte Krieg zwischen Ost und West ausbrach, änderten die US-Besatzer ihre Politik. Man liest in Koops Buch die besorgten Berichte US-amerikanischer Politiker und Generäle, daß die Gefahr bestehe, die verzweifelten Deutschen würden sich dem Kommunismus zuwenden. Da begann auf der einen Seite die Lockerung, etwa indem Schulkinder eine zusätzliche Mahlzeit aus US-amerikanischen Beständen erhielten, während auf der anderen Seite Fabrikanlagen weiter demontiert wurden.

Das geschah auch noch, nachdem der US-Kongreß beschlossen hatte, 13 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau Westeuropas einschließlich der Westzonen Deutschlands als "Marshallplanmittel" bereitzustellen, Mittel im übrigen, von denen die USA am meisten profitierten, mußten doch 70 Prozent der Kredite ausgegeben werden, um in den USA produzierte Handelswaren zu kaufen.

Am 12. Mai 1949 genehmigten die alliierten Militärgouverneure das Grundgesetz, das die Basis für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Westen wurde, eines Staates, der noch längst nicht souverän war, sondern immer noch unter strikter Kontrolle der Hohen Alliierten Kommissare stand.

Alles in allem bietet das Buch "Besetzt" über die US-amerikanische Besatzung in Deutschland eine lehrreiche Lektüre für alle, die immer noch davon träumen, die Alliierten hätten die

Deutschen 1945 befreien wollen.

Volker Koop: "Besetzt - Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland", ... Berlin 2006, ...<<

21.06.2007

Belgien: Der Europäische Rat Brüssel einigt sich am 21./22. Juni 2007 in auf die Erstellung eines Grundlagenvertrages der Europäischen Union, der die Inhalte der Europäischen Verfassung übernehmen soll. Der endgültige Text soll durch eine Regierungskonferenz festgelegt werden, die bereits seit Juni 2007 tätig ist.

25.08.2007

BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schreibt am 25. August 2007 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Der Führer lebt ... in den deutschen Medien**

Wenn man aus dem Ausland kommt, von welcher Seite auch immer, und die deutsche Grenze überschreitet, sieht man mit dem bloßen Auge sofort, daß man in Deutschland ist. Wälder von kirchturm hohen Windrädern, mit denen die deutschen Schildbürger auch noch zwei Jahre nach dem verdienten Abgang von Trittin Strom aus Wind machen wollen, und Hakenkreuzfahnen und Hitlerbilder an jedem Zeitungsstand. Das sind die auffälligen Merkmale, an denen man erkennen kann, daß man deutschen Boden betreten hat.

Die Schildbürger trugen bekanntlich, weil sie vergessen hatten, in ihr Rathaus Fenster einzubauen, das Sonnenlicht in Eimern und Schüsseln ins Gebäude. Unsere modernen Schildbürger versuchen es mit Windmühlen zur Stromerzeugung, also mit ins Bombastische vergrößerten Fahrraddynamos - im Zeitalter der weiterentwickelten, kohlendioxidfreien Kernenergie, die die ganze übrige Welt ausbaut.

Hitler lebt, 62 Jahre nach seinem Selbstmord, an allen Zeitungsständen, auf allen Fernsehkanälen, im Straßenbild. Vor dem Sitz des Bundesfinanzministers in der Berliner Wilhelmstraße, dem ehemaligen Reichsluftfahrtministerium, flattern die fünf Meter hohen Hakenkreuzflaggen lustig im Wind, 300 Wehrmachtssoldaten rollen in Schützenpanzern und Mannschaftswagen durch die Straßen.

Allen alten und jungen Nazi-Anhängern wird ganz warm ums Herz. Man dreht die ersten Szenen des Stauffenberg-Films mit Tom Cruise, morgen wird man einen anderen Film drehen, einen Fernseh-Spot mit Hitler, eine Ausstellung mit Hitlers Bildern eröffnen, ein Theaterstück mit Hitler aufführen, eine sensationelle Reportage drucken: "Wo sind Hitlers Noten?"

Die Erstschrift der Meistersinger-Partitur, die ihm zum 50. Geburtstag geschenkt wurde, sie ist verschollen! Wollte Hitler Picasso deportieren, fragt ein soeben erschienen Buch. Der Maler sollte als Zwangsarbeiter nach Essen gebracht werden! Hörte der Führer jüdische Schallplatten? Russischer Geheimdienstmann entdeckt Hitlers Schallplattensammlung. Wann wird "Mein Kampf" endlich im Buchhandel wieder erscheinen? Natürlich als kommentierte wissenschaftliche Ausgabe. Bisher konnte man ihn nur im Ausland oder antiquarisch beziehen. Soll Hitlers Buch nun erscheinen? Ja, sagen berühmte Wissenschaftler, die kommentierte Ausgabe ist lange überfällig.

Alle eben genannten Meldungen stammen aus der letzten Woche.

Hitler im Film, Hitler als Maler, Hitler in der Architektur, Hitler als Comic. Hitler in der Oper, Hitler sogar im "Tatort". In Deutschland ist immer "Führerwetter". Die Abbildung von Hakenkreuzen scheint nie verboten zu sein, wenn sie sich nur linksrum drehen, also von strammen Linken "Spiegel-verkehrt" bearbeitet werden. Offenbar kann sich das Volk an den Führerbildern und Hakenkreuzfahnen nicht satt sehen, denn in einer freien Wirtschaft wird bekanntlich nur das produziert, was auch verkäuflich ist.

Bei "Spiegel-Gründer" Augstein und "stern-Chef" Henry Nannen war die Vorliebe für Hitler-Storys noch verständlich. Beide waren bei der Wehrmacht, Offiziere, später gut umerzogen.

Augstein war einer der ersten Lizenzträger, als die Alliierten die Umerziehung an die Deutschen abgaben, seine Wochenzeitung machte die Sache erst professionell. Nannens Illustrierte folgte. Gegen Hitler ging es, und gegen die Bonzen und die Drahtzieher. Im "Spiegel" und im "stern" stand, warum das alles so gekommen war und wer daran schuld war und wer nicht. Ergebnis offen. Also jede Woche noch mal.

Gegen Hitler und Stalin und die Diktaturen, die Stalin überall in Europa an die Macht gebracht hatte. Besonders interessierten die Zustände in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ). Aber das Hauptinteresse der Herausgeber galt natürlich der Vergangenheit, die bei der Gründung der Magazine noch ganz nahe war. Manche NS-Größen waren noch gar nicht wieder aus der Gefangenschaft entlassen, andere in Südamerika untergetaucht. Das gab viel Stoff für spannende Untersuchungen.

Was ist eigentlich aus Baldur von Schirach geworden, wo lebt seine Frau, wenn ja - wovon? Wo lebt Hitlers Sekretärin, wo seine Schwester? Gab es heimliche Verbindungen der katholischen Kirche zu den Nazigrößen, die auf dem Weg durch italienische Klöster von Priestern nach Südamerika geschleust wurden?

Das alles muß Rudolf Augstein damals ebenso interessiert haben wie seine Leser, die mit ihm jung waren und langsam älter wurden und immer noch was dazulernen wollten über die Nazi-Zeit, von der jeder nur seinen kleinen Ausschnitt gekannt hatte. Das machte den "Spiegel" so erfolgreich. Das gab Stoff für Tausende von Seiten.

Was macht Leni Riefenstahl, was Kristina Söderbaum, wie war es wirklich mit Albert Speer, mit Generalfeldmarschall Paulus, mit Goebbels' Frauen, mit Görings Drogensucht, mit Rommels Afrika-Feldzug, mit Gallands und Mölders Abschüssen feindlicher Flugzeuge. Waren die Abschluß-Zahlen womöglich nach oben korrigiert, das Ritterkreuz mit Schwertern verdient? Das interessierte Augstein, das interessierte die Leser.

War alles wirklich so schlimm? Hat der Führer das gewußt? Die Antwort: Es war noch viel schlimmer, aber anders. "Spiegel-Leser", so hieß der Slogan, wissen mehr. "Spiegel-Leser" wußten mehr vom Führer, von Göring und Goebbels und allen den anderen.

Wie lebten die in ihren Bunkern, und wie war es mit ihren Frauen und mit ihren Weibergeschichten und vegetarischen Eintopfsuppen und mit den Gelagen und mit dem Kunstraub und der Extra-Uniform, das war endloser Stoff für den "Spiegel", Woche für Woche. Augstein brachte die Nazi-Zeit den deutschen Lesern, die sie selber ja nur immer an einer einzelnen Stelle der Front, auf der Flucht, im Luftschutzbunker oder in ihrer kleinen Stadt miterlebt hatten und nicht in den Zentren der Macht, so richtig nahe.

Chefredakteur und Leser waren eine Einheit: gegen die Diktatur, aber doch sehr interessiert an ihrer Erscheinungsform. Wie war es genau, das Schlimme? Hauptsache, die Details stimmen. Stimmt das, daß wir den ersten Düsenjäger der Welt gebaut haben, die deutsche Me 262 A-1a (Schwalbe), mit der fast gleichzeitig gebauten Me 262 A-1b nicht zu verwechseln, ebensowenig wie das Ritterkreuz mit Schwertern mit dem Ritterkreuz mit Schwertern und Brillanten. Wievielmals wurde es überhaupt verliehen? Das wird nie in der Quiz-Sendung mit Jörg Pilawa und Günther Jauch gefragt. "Spiegel-Leser" könnten es beantworten.

50mal Albert Speer, 14mal Kristina Söderbaum, 200mal Goebbelstagebücher, 100mal Führerbunker. Ohne Gewähr.

Hatten wir nun doch Wunderwaffen? Nein. Eigentlich nicht, aber fast, immerhin bauten wir an der Atombombe, wir hatten auch die ersten Raketen dazu, die ersten Düsenjäger sowieso, und die Verflüssigung von Kohle zu Benzin für Flugzeuge und Panzer war eine deutsche Erfindung. Wer war schuld an den KZ-Greueln? Wer wußte davon? Bitte melden. Die eigentliche Entnazifizierung fand im "Spiegel" statt, und alle wurden eingestuft als nicht sehr belastet - ausgenommen natürlich die ganz schlimmen Fälle, die Verbrecher, KZ-Kommandanten und Mordkommandos, dagegen waren alle, niemand wollte dafür sein.

Die Leserschaft des "Spiegel" hat sich verjüngt. Von den Lesern von 1950, den Kriegsteilnehmern, den Überlebenden von Flucht, Bombenkrieg und Gefangenschaft, ist die Hälfte gestorben, aber vorher hatten sie die deutsche Wirtschaft wieder angekurbelt, Arbeitsplätze geschaffen und die Städte wieder aufgebaut. In diesen Städten wuchs die neue Generation der "Spiegel-Leser" auf, die Anzeigenseiten des "Spiegel" wuchsen um das Fünffache und die Anzeigenpreise um das 20fache, und nachdem die Städte und Fabriken halbwegs gut aufgeräumt und die Kinder des Wirtschaftswunders in die neu aufgebauten Universitäten eingezogen waren, gingen die meisten von ihnen erst mal demonstrieren, als Anhänger der antiautoritären Revolte von 1967/68.

Mit ihnen kam eine neue Welle von Entnazifizierung ins Land, aber diesmal entnazifizierten nicht die Besatzungsmächte die Deutschen, diesmal entnazifizierten die Söhne und Töchter ihre Eltern, der "Spiegel" half auch hier mit exakten Daten und Enthüllungen über bisher unbekannt Details. Und vor allen Dingen Fotos. Der "stern" immer dabei, seit den "Hitlertagebüchern" aber vorsichtig.

Zwei ganze Generationen sind seither dazugekommen und wissen immer noch mehr, aber dieses seltsame Interesse an Bildern von damals, man muß schon sagen, die Faszination, hat sich erhalten, und selbst die Enkelkinder der ersten "Spiegel-Leser" haben dieses Interesse an den Führerbildern und Filmen und Aufmärschen und Klatschgeschichten scheinbar im Kopf und wollen die "furchtbare Zeit" immer noch mal sehen, und seit es, ab 1998, im ZDF die populären Fernseh-Serien über die NS-Zeit von Guido Knopp gab, schwemmte der Trend noch mehr Interessenten ins "Spiegel-Haus". Hitler, Hitler, Hitler. Die Deutschen seien krank, sagt meine griechische Freundin.

Sind die Deutschen wirklich krank? Oder nur die "Spiegel-Leser" und die Leser des "stern"? Hitler und sein Hund, Hitlers letzte Geliebte, Hitlers ehemalige Geliebte, Hitlers versteckte Schwester, Hitlers Kusine, Hitlers Arzt, Hitlers Medikamente, Hitlers Freunde im Hause Wagner, Hitler und Leni Riefenstahl, Hitlers Verklemmtheit, Hitler als Nichtraucher, Hitlers Zeichnungen. Und Hitlers Architekt, der natürlich ganz besonders, er war auch noch ein Frauentyp. Wenn kein Sex-Titelbild mehr über das Sommerloch hilft, der Führer tut es. Es ist immer Führerwetter in Deutschland.<<

17.09.2007

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 17. September 2007: >>**Integration "Der Islam hat ein Doppelgesicht"**

Wegen ihrer kritischen Haltung zum Islam wurde Hiltrud Schröter immer wieder bedroht. Im Gespräch mit WELT ONLINE spricht die Autorin über Toleranz, Terrorismus und die Gefahr von Moscheen in Deutschland. Ihre Schlußfolgerung: Der Islam ist nicht mit der Demokratie vereinbar.

Die Autorin und Sozialwissenschaftlerin Hiltrud Schröter aus Frankfurt beschäftigt sich seit gut 20 Jahren mit Islam und Migration. Die 66-Jährige gilt als eine strenge Kritikerin. Die Wissenschaftlerin erhielt wegen ihrer Arbeit bereits mehrere Drohungen und für ihre Studie "Ahmadiyya-Bewegung des Islam" eine Strafanzeige von dieser muslimischen Sekte. Das Strafverfahren wurde allerdings von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Für Ihre Doktorarbeit "Arabesken - Studien zum interkulturellen Verstehen" erhielt sie 1998 den Elisabeth-Selbert-Preis des Landes Hessen. Ihr Sachbuch "Das Gesetz Allahs" ist soeben im Ulrike-Helmer-Verlag erschienen.

WELT ONLINE: In Ihrem neuen Buch beschäftigen Sie sich mit dem Gesetz Allahs. Sie behaupten darin vehement, die Rechtsordnung des Islam sei generell nicht mit der Demokratie vereinbar. Warum?

Hiltrud Schröter: Unser Grundgesetz folgt dem Grundsatz der Gleichheit, also der Gleichberechtigung. Nach der Scharia dagegen muß Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behan-

delt werden. Darauf fußt etwa die Diskriminierung der Frau im Islam. Eine Folge davon ist auch, daß Nicht-Muslime in islamischen Ländern weniger Rechte und andere Pflichten haben und Menschen zweiter Klasse sind. Religionsfreiheit gibt es nicht. Der Islam hat ein Doppelgesicht.

WELT ONLINE: Inwiefern?

Schröter: Der Islam ist ein totales und totalitäres System. Er ist nicht nur Religion, sondern auch Politik. Er ist eine Politreligion mit Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch. Allah ist der oberste Gesetzgeber und seine Gesetze sind im Koran und damit in der Scharia enthalten. Und im Koran ruft Allah einerseits zu Toleranz und Frieden auf, andererseits verspricht er denjenigen, die mit Gewalt gegen die Ungläubigen kämpfen, das Paradies. Darauf stützt sich der islamische Terrorismus.

WELT ONLINE: In vielen Städten entbrennt momentan die Diskussion - wie in Köln - um den Neubau von Moscheen. Auch in Frankfurt regt sich Widerstand in Form einer Bürgerinitiative gegen den Bau der schiitischen Fatima-Moschee in Hausen. Welche Konsequenzen haben Ihrer Meinung nach die Moscheebauten?

Schröter: In Frankfurt-Hausen beispielsweise gibt es bereits zwei islamische Zentren, ein arabisch-sunnitisches und ein iranisch-schiitisches. Die Fatima-Moschee, die eine türkisch-pakistanische Gemeinde bauen möchte, wäre die dritte in diesem kleinen Stadtteil und die größte in Frankfurt. Diese Gemeinden, die sich wahrscheinlich in ihren Herkunftsländern feindlich gesonnen sind, könnten aus Hausen einen Konfliktherd machen. Denn wenn es zwischen den Herkunftsländern kracht, dann kracht es auch in Hausen. Der Konflikt wird so nach Deutschland getragen. Das wird auch in anderen Städten so sein. In Köln kommt hinzu, daß mit der DITIB-Großmoschee mitten in der Stadt eine Enklave des türkischen Staates entsteht.

WELT ONLINE: Der Verein, der die Moschee in Hausen plant, spricht davon, einen deutschen Islam einführen zu wollen, der offen und liberal sei.

Schröter: Dann soll er sagen, welche Stellen er aus dem Koran streichen will. Das Problem ist nämlich, daß Muslime das Ziel haben - wenn sie denn dem Gebot Allahs folgen - sobald sie als Minderheit eine gewisse Macht haben, die Scharia einzuführen, erst recht als Mehrheit. Dazu verpflichtet der Koran. Sie täuschen also zunächst die Anpassung vor. Im Koran heißt das taqiya. Innenminister Bouffier nennt das im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2002 "Legalitätstaktik".

WELT ONLINE: Wie soll man mit Muslimen umgehen? Welche Konsequenzen fordern Sie?

Schröter: Ich trenne ganz deutlich zwischen Menschen und dem Islam als System. Das zeigt besonders gut mein Buch "Mohammeds deutsche Töchter". Aber wenn ein Muslim hier islamische Gesetze einführen will, dann lehne ich das ab. Das wichtigste ist, aufzuklären, daß der Islam auch totalitär ist.

WELT ONLINE: Das heißt, Sie würden den Neubau von Moscheen verbieten lassen?

Schröter: Moscheen sind ja keine "Gebetshäuser" und "Kirchen", wie oft naiv behauptet wird, sondern politische Zentren. Großprojekte wie in Köln und Hausen lehne ich ab, weil sie Demonstrationen islamischer Macht sind, die die Weltherrschaft anstrebt.

WELT ONLINE: Warum sind Sie so rigoros mit Ihrem Urteil?

Schröter: Meine Generation hat diese Suppe hierzulande eingebracht. Ich kann die Folgen, die auf unsere Kinder und Enkelkinder zukommen, nicht verantworten: nämlich ein drittes totalitäres System nach Faschismus und Kommunismus und die Wiederkehr des Patriarchalismus.<<

05.10.2007

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 5. Oktober 2007 über die Ketzertötung, Schwertmission und Kreuzzüge der katholischen Kirche: >>**Die andere Seite des Christentums**

Kein anständiger Mensch kann Mitglied der römisch-katholischen Kirche sein. Die Ecclesia militans ist die älteste und größte Verbrecherorganisation der Welt. Mitleidlos hat die Inquisition Hussiten, Waldenser, Albigenser, Lutheraner, Zwinglianer und Calvinisten verfolgt und verbrannt. Zwei Jahrhunderte lang wurden Tausende von unschuldigen Frauen ... wegen Hexerei auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Zwei Jahrtausende lang hat die Mutterkirche einen glühenden Antisemitismus gepredigt."

Das sind provozierend-bekannte Invektiven, die ersten Sätze in einer neuen, umfänglichen Abhandlung über die Kirchengeschichte. Blättert man in einem militant-antikirchlichen Opus in der Tradition von Kahl - Augstein - Deschner? In einer der zynischen Abhandlungen, die ihre schrillen Anklagen gegen das Christentum schleudern, ihm eine Blutspur in der Geschichte nachweisen wollen und dazu Kübel von Hämie auskippen?

Nein, ganz im Gegenteil. Mit dieser Todsünden-Liste beginnt zwar Arnold Angenendt, geweihter katholischer Priester und ehemaliger Professor in Münster, sein neues Buch ("Toleranz und Gewalt"). Doch dann macht der 72jährige international renommierte Kirchenhistoriker auf 800 Seiten (allein davon 200 Seiten bibliographischer Apparat) die "Gegenbilanz" auf - in fünf geschlossenen Hauptteilen, die auch separat gelesen werden können.

Angenendt orientiert sich in seiner großen historischen Studie an Ranke. Er will wissen, "wie es gewesen ist". Dazu gehören genaue Analysen, Zahlen und Belege, dazu gehört die Auswertung einer Fülle von Spezialliteratur.

Beispiel Inquisition: Sie gilt als dunkelstes Mittelalter, der Horror pur. Hunderttausende oder gar Millionen sollen den Folterknechten, die im Namen Jesu quälten, zum Opfer gefallen sein. Angenendt hat die Quellen akribisch ausgewertet: Für Spanien kommt er in der "wilden" Phase, die bis 1530 dauerte, auf 5.000 Opfer. Das ist zwar immer noch viel, denn jeder ermordete Mensch ist ein Opfer zuviel. Aber es beweist auch, daß in Europa keineswegs jahrhundertlang die Scheiterhaufen brannten.

Überraschend dann auch seine prozeßrechtliche Analyse und Einordnung der Inquisition, und auch hier kratzt er an den tradierten Klischees. Der Kirchenhistoriker weist nach, daß es dabei - so die Intention von Papst Innozenz III.- um Tatsachenherstellung ging, und das war durchaus ein säkularer Fortschritt. Denn so sollten archaische Praktiken wie Wasser- und Feuerproben abgeschafft werden. Die Inquisitio (die "Untersuchung") war ein amtliches Verfahren, am Ende sollte eine Verurteilung nur bei vollem Beweis möglich sein.

Die Anklage sollte durch ein Geständnis, durch übereinstimmende Zeugen oder durch evidente Umstände bestätigt oder widerlegt werden - ein gewaltiger Fortschritt in der Rechtsordnung des Mittelalters. Angenendts Fazit: "Dies ist die ursprünglich, zunächst rein juristische und eindeutig positiv zu beurteilende Seite der Inquisition."

Neues Testament keine Quelle für Antisemitismus

Beispiel Antisemitismus: Der schlimmste Vorwurf, der gegen die Juden vorgebracht wurde, war der des Gottesmordes. Er machte aus dem Nebeneinander das feindliche Gegeneinander. Angenendt sammelt hier ganz objektiv die Belege - bis hin zu den polemischen Chrysostomos-Predigten, die bis heute eine Belastung sind. Der Erzbischof (gestorben 407 n. Chr.) bezeichnete einst die Juden als Verrückte, Gotteslästerer, Schweine. Angenendt wendet sich aber gegen die eindimensionale Auffassung, das Neue Testament als ursprüngliche Quelle des Antisemitismus zu betrachten. Immerhin läßt Lukas Jesus am Kreuz sagen: "Vater, vergib ihnen", und Petrus spricht von der "Unwissenheit" der Juden.

Auch in der Spätantike galt für die Juden das Rechtskonstrukt der "erlaubten Religion". Papst

Gregor der Große (gestorben 604 n. Chr.) garantierte den Juden freie Religionsausübung und bürgerliche Gleichstellung. Papst Alexander II (gestorben 1073) dekretierte: Die Juden sind zu schützen und ihr Blut nicht zu vergießen. Später wurde diese Schutzpflicht sogar verbindliches Kirchenrecht. In der Folgezeit erließ über vier Jahrhunderte hin jeder Papst eine spezielle Schutzbulle. Angenendts Fazit ist, daß die Juden "nicht rechtlos waren".

Das Schlimmste, was den Juden im Mittelalter passieren konnte, war die Zwangstaufe oder die Vertreibung (beides schlimm genug). Aber (staatlichen) Massenmord an den Juden gab es im Mittelalter nicht. Den vollbrachten erst die Nationalsozialisten.

Von Rolf Hochhuth bis Daniel Goldhagen wird die Haltung des Papstes Pius XII. zum Holocaust gegeißelt. Sein Schweigen habe die Hitlersche Judenvernichtung provoziert. Angenendt erinnert daran, daß der Heilige Vater keineswegs untätig war. So fanden etwa 3.000 Juden in seiner Sommerresidenz Unterschlupf. Sechzig lebten neun Monate lang an der Jesuiten-Universität Gregoriana. Und ein halbes Dutzend schlief im Keller des Päpstlichen Bibel-instituts.

Markiert das Buch eine Wende in der öffentlichen Debatte? Eine Wende zu mehr Gelassenheit und zu mehr Differenzierung und Abwägen bei historisch-religiösen Urteilen? Es gibt hoffnungsvolle Anzeichen. So diskutierten Jürgen Habermas und der damalige Kardinal und heutige Papst Joseph Ratzinger im Januar 2004 in der Katholischen Akademie in Bayern. Der Postmarxist der Kritischen Theorie räumte ein, daß der demokratische Verfassungsstaat auf "autochthone weltanschauliche oder religiöse ... Überlieferungen angewiesen ist". Viel Respekt vor der Religion also, das diagnostiziert auch Angenendt trocken.

Nach der Wende wurden sogar SED-Atheisten seltsam kleinlaut, wenn sie zugeben müssen, daß ihre rote Religion nur etwa hundert Jahre alt wurde, während die Sancta Ecclesia schon zweitausend Jahre überdauerte. Und haben wir nicht seit Jahren einen regelrechten Boom an spirituellen und religiösen Druckerzeugnissen, der offenbar eine Renaissance des Religiösen signalisiert?

Angenendts Buch repräsentiert eine gut lesbare, materialreiche Fundgrube und Argumentationshilfe, um die andere Seite des Christentums dazustellen, ohne die Kehrseite (wie Ketzertötung, Schwertmission und Kreuzzüge) zu verschweigen.

"Das Christentum zwischen Bibel und Schwert". Aschendorff Verlag, Münster 2007 ...<<

13.12.2007

Portugal: Die 27 EU-Staaten unterzeichnen am 13. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon. Dieser Vertrag soll die EU angeblich transparenter, demokratischer und effizienter gestalten.

"SPIEGEL ONLINE" berichtet am 13. Dezember 2007: >>>Neuer EU-Vertrag unterzeichnet - Beifall für Merkel

Der erbitterte Streit um die Neuausrichtung der EU ist Geschichte, alle 27 EU-Länder haben den europäischen Grundlagenvvertrag unterzeichnet.

Kanzlerin Merkel wurde für ihren Einsatz kräftig gelobt.

Lissabon - EU-Ratspräsident José Socrates richtete sich nach der Unterzeichnung des Vertragswerks mit feierlichen Worten an die Europäer: Der Reformvertrag beruhe auf den Traditionen und Vermächtnissen des europäischen Projekts. "Es ist ein Vertrag für die Zukunft. Es ist ein Vertrag für den Aufbau eines moderneren, effizienteren und demokratischeren Europa." Der neue Vertrag werde der europäischen Idee Kraft verleihen, sagte Socrates. "Wir werden dieses europäische Projekt heute einen Schritt vorantragen."

Der Vertrag ist unterzeichnet - einer Person dankten Socrates sowie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso besonders dafür, die EU aus der Krise geführt zu haben. "Kanzlerin Merkel hat ein Mandat ausgehandelt, ohne das dies alles nicht möglich gewesen wäre", sagte Socrates.

Durch die Berliner Erklärung hatte Merkel bei einem Sondergipfel zum 50. Geburtstag der EU im März die 27 Mitgliedstaaten auf eine rasche Verabschiedung des Vertrages eingeschworen. Unter portugiesischer Präsidentschaft waren die mühsamen Verhandlungen mit etlichen Ausnahmeregelungen für Großbritannien und Polen im Oktober beendet worden.

Angela Merkel selbst unterstrich die Bedeutung der Unterzeichnung: "Dies ist ein wichtiger Tag für Europa", sagte die Kanzlerin. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) betonte unterdessen: "Europa wird transparenter, Europa wird demokratischer, und Europa wird effizienter arbeiten können." Mit der Unterzeichnung wurde die seit sechs Jahren währende Debatte über die Gestalt der EU-Institutionen formell abgeschlossen.

Die auf 27 Länder angewachsene Union soll mit ihrer neuen Rechtsgrundlage handlungsfähiger und demokratischer werden. Der Vertrag enthält die wesentlichen Elemente der Verfassung, die 2005 am Nein der Wähler in Frankreich und den Niederlanden gescheitert war. "Noch Anfang des Jahres hat man von einer unüberwindlichen Krise der Europäischen Union gesprochen. Heute aber tritt die EU gestärkt aus dieser Krise hervor", sagte Pötering.

Ab 2009 sollen geänderte Abstimmungsregeln und eine Ausweitung der Themen, die mit Mehrheit beschlossen werden können, politische Entscheidungen in der EU beschleunigen. Ein auf zweieinhalb Jahre gewählter Ratspräsident soll künftig mehr Kontinuität in die EU-Politik bringen. Ein hoher Repräsentant für die Außenpolitik mit einem eigenen auswärtigen Dienst soll der EU mehr Gewicht in der Welt verschaffen. Das Europäische Parlament kann künftig bei fast allen Gesetzen mitentscheiden, und auch die Rechte der nationalen Parlamente gegenüber Brüssel werden gestärkt.

Als einziges Land war Großbritannien bei der Feier nur durch seinen Außenminister David Miliband vertreten. Premierminister Gordon Brown reiste wegen eines Termins im britischen Parlament mit Verspätung an und unterzeichnete den Vertrag erst beim gemeinsamen Mittagessen der Staats- und Regierungschefs. Die britische Opposition warf Brown "Feigheit" vor. Es wird spekuliert, Brown wolle kein Foto von sich in der Presse sehen, auf dem er den in Großbritannien höchst umstrittenen Vertrag unterschreibt.

Rechtskräftig wird der neue Vertrag erst, wenn ihn alle 27 EU-Staaten ratifiziert haben. Dieser Prozeß soll spätestens Anfang 2009, rechtzeitig zur nächsten Europawahl, abgeschlossen sein.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 2007: >>**Vertrag von Lissabon unterzeichnet "Neue Stufe im europäischen Abenteuer"**

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben den Vertrag von Lissabon unterzeichnet, das neue Regelwerk der EU. "Zum ersten Mal sind die Länder, die einst durch den Eisernen Vorhang getrennt waren, vereint durch einen gemeinsamen Vertrag", sagte EU-Kommissionspräsident Barroso. ...

In einer feierlichen Zeremonie in der portugiesischen Hauptstadt unterschrieben Vertreter aller 27 Mitgliedstaaten den neuen Vertrag, dessen Inhalte Ende Oktober ausgehandelt worden waren. Er ist ein Ersatz für den europäischen Verfassungsvertrag, der vor zwei Jahren bei Volksabstimmungen in den Niederlanden und Frankreich gescheitert war.

Der amtierende EU-Ratspräsident, der portugiesische Ministerpräsident Socrates, bezeichnete den Vertrag als "neue Stufe im europäischen Abenteuer" und als "neuen Moment im Aufbau Europas". Durch ihn werde die EU moderner, effizienter und demokratischer. Socrates sagte, es sei für sein Land eine große Ehre, daß der Vertrag den Namen Lissabons trage. Er hob ausdrücklich hervor, daß der Vertrag nicht ohne den Einsatz von Bundeskanzlerin Merkel zustande gekommen wäre, die während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr in der EU eine Einigung auf ein Verhandlungsmandat für den Vertrag erreicht hatte.

Pötering: EU geht gestärkt aus der Krise

EU-Kommissionspräsident Barroso forderte die Mitgliedstaaten in seiner Festrede auf, bei der

Ratifizierung des Vertrags mit der gleichen Entschiedenheit zu handeln wie bei seiner Ausarbeitung. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Pötering, sagte, die EU gehe gestärkt aus der Krise hervor, in die sie durch das Scheitern des Verfassungsvertrags geraten war.

Der Vertrag wurde im Hieronymus-Kloster unterschrieben, einem der großen historischen Denkmäler Lissabons. Es war nach der Entdeckung Indiens durch Vasco da Gama im 16. Jahrhundert mit Geld aus dem neuen Überseehandel errichtet worden und diente dem portugiesischen Königshaus lange als Grabstätte. Portugal hatte in dem Kloster bereits 1985 seinen Beitrittvertrag mit der EU unterzeichnet.

Brown bleibt Zeremonie fern

Als einziger Staats- oder Regierungschef blieb der britische Premierminister Brown der feierlichen Zeremonie in dem Kloster fern; für das Vereinigte Königreich zeichnete Außenminister Miliband.

Brown ließ sich wegen eines Auftritts in einem Parlamentsausschuß am Morgen entschuldigen und reiste erst zum Mittagessen im benachbarten Kutschenmuseum an; dort unterschrieb er später den Vertrag. Die britische Presse hatte geargwöhnt, Brown wolle nicht auf der offiziellen Feier fotografiert werden, um die Bedeutung des Vertrages noch einmal herunterzuspielen. Brown will kein Referendum über den Vertrag abhalten.

Keine Symbole wie Flagge oder Hymne

Der Vertrag von Lissabon enthält die wesentlichen Elemente des gescheiterten Verfassungsvertrages, verzichtet aber auf Symbole wie Flagge oder Hymne, die insbesondere in den Niederlanden und Großbritannien als Ausdruck einer Staatswerdung Europas abgelehnt worden waren. Zu den Neuerungen gehört die Einsetzung eines hauptamtlichen europäischen Ratspräsidenten, die Bündelung der außenpolitischen Zuständigkeiten im Amt des Außenbeauftragten, die Einführung neuer Entscheidungsregeln ("doppelte Mehrheit") im Rat der Mitgliedstaaten, die Verkleinerung der Europäischen Kommission und die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Innen- und Rechtspolitik.

Außerdem wird das Europäische Parlament in Zukunft über die meisten europäischen Gesetze gleichberechtigt mit den Mitgliedstaaten entscheiden. Deutschland und 15 andere Mitgliedstaaten hoben in einer rechtlich nicht bindenden Erklärung hervor, daß sie die Europafahne, die Hymne (Beethovens "Ode an die Freude"), den Europatag und den Euro weiter als Symbole der EU betrachten. Der Vertrag muß in allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert werden; eine Volksabstimmung ist bisher nur in Irland vorgesehen. Er soll Anfang 2009 in Kraft treten.

Wegen der Unterzeichnung in Lissabon mußten die Staats- und Regierungschefs, die von ihren Außenministern begleitet wurden, viel reisen. Die Portugiesen bestanden darauf, daß der Vertrag in Lissabon unterschrieben wird, damit er den Namen ihrer Hauptstadt trägt. Das entspricht den Gepflogenheiten in der EU, in der Vertragsänderungen bisher immer in dem Land unterzeichnet wurden, in dem sie ausgehandelt worden waren. In diesem Fall kollidierte das mit der Zeitplanung für den üblichen EU-Gipfel zum Jahresende, der für diese Woche in Brüssel vorgesehen war.

Die Portugiesen schlugen vor, den Gipfel ausnahmsweise im Anschluß an die Unterzeichnung in Lissabon abzuhalten. Belgien, das Gastland der EU-Institutionen, beharrte aber darauf, daß der Gipfel wie üblich in Brüssel stattfindet. Deshalb flogen die Staats- und Regierungschefs am Donnerstag nach Lissabon, reisten nach der Unterzeichnungszeremonie aber wieder ab, um sich am Freitagmorgen in Brüssel abermals zu treffen. Um Kritik am Kohlendioxid-Ausstoß dieser Flüge zu mildern, ließ die Bundesregierung wissen, sämtliche Reisen Frau Merkels würden durch Investitionen in Klimaschutzprojekte ausgeglichen.

Die wichtigsten Neuerungen im Vertrag von Lissabon

EU-Präsident: Ein auf zweieinhalb Jahre gewählter Präsident soll der EU Gesicht und Stimme geben und für mehr Kontinuität in deren Politik sorgen. Bislang wechseln sich die 27 EU-

Staats- und Regierungschefs alle sechs Monate im Vorsitz ab.

Außenpolitik: Die Kompetenzen des EU-Außenbeauftragten (derzeit der Spanier Javier Solana) werden aufgewertet. Zusätzlich zu seinen bisherigen Aufgaben soll er auch die des EU-Außenkommissars übernehmen (derzeit eine Kommissarin, die Österreicherin Benita Ferrero-Waldner) und Vizepräsident der Kommission werden. Als offizieller Titel wurde "Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik" festgelegt.

Kleinere Kommission: Im Jahr 2014 wird die EU-Kommission schlanker. Während gegenwärtig alle 27 EU-Staaten ihren eigenen Kommissar haben, werden dann nur noch zwei Drittel der Mitgliedstaaten darin vertreten sein. Ein Rotationsprinzip soll sicherstellen, daß alle Staaten die gleiche Chance haben, einen Kommissar nach Brüssel zu entsenden.

Weniger EU-Abgeordnete: Auch das Europaparlament soll kleiner werden. Statt 785 wird es ab 2009 noch 750 Sitze zählen. Hinzu kommt der Parlamentspräsident.

Einschränkung von Veto-Möglichkeiten: Derzeit sind Beschlüsse in vielen Politikfeldern nur möglich, wenn die EU-Staaten einstimmig entscheiden. Künftig sollen Mehrheitsentscheidungen die Regel sein, damit nicht länger ein einzelner Mitgliedstaat alle übrigen 26 blockieren kann. Bei Steuerfragen, in der Außenpolitik und einigen anderen Bereichen bleibt es aber beim Prinzip der Einstimmigkeit.

Stimmverteilung im Ministerrat: Zum 1. November 2014 wird ein neues Abstimmungssystem eingeführt, daß die Bevölkerungsstärke der einzelnen EU-Staaten besser berücksichtigt als bislang. Für einen Beschluß wird dann die Zustimmung von 55 Prozent der Mitgliedstaaten nötig sein, die gleichzeitig mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU vertreten müssen ("doppelte Mehrheit"). Während einer Übergangsphase bis zum 31. März 2017 kann jeder einzelne EU-Staat aber bei einer unliebsamen Entscheidung verlangen, die Abstimmung nach dem bisher gültigen System des Vertrags von Nizza zu wiederholen. Auch noch nach 2017 können die Verlierer einer Abstimmung unter bestimmten Bedingungen eine Verlängerung der Verhandlungen einfordern.

Grundrechte-Charta: Die bereits Ende 2000 unterzeichnete EU-Charta der Grundrechte soll mit dem neuen Vertrag rechtsverbindlich werden. Für Polen und Großbritannien gibt es aber Ausnahmen.

Subsidiaritätsprinzip: Spricht sich eine Mehrheit der nationalen Parlamente in der EU gegen einen Richtlinien-Entwurf der EU-Kommission aus, so muß diese ihren Vorschlag überprüfen.

Bürgerbegehren: Wenn eine Million EU-Bürger mit ihrer Unterschrift ein Gesetz zu einem bestimmten Problem verlangen, muß die Kommission tätig werden.<<

21.12.2007

Belgien: Der Schengen-Raum wird am 21. Dezember 2007 um Estland, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Lettland, Malta, Litauen, Slowakei und Slowenien erweitert.

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.08.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x287/79) = Kleine Geschichte der deutschen Nation, Seite 79.

x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Kriegslügen der USA</u> . Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 2. Werder (Havel) 2013.
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/-index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x864	http://horst-koch.de/erneuerbare_energie_gegen_kernenergie/ - Januar 2016.
x865	http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/merkels-energiewende-extrem-teuer-aber-direkt-in-die-sackgasse/ - Januar 2016.
x879	http://www.kas.de/wf/doc/kas_7309/ - September 2016.
x882	http://horst-koch.de/wertezersetzung-familie/ - Dezember 2016.
x885	http://horst-koch.de/harry-potter-manie/ - Dezember 2016.
x886	http://horst-koch.de/der-angriff-auf-ehe-und-familie/ - Dezember 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x917	https://horst-koch.de/griff-des-islam-nach-europa/ - April 2019
x918	https://horst-koch.de/kopftuch-als-uniform/ - April 2019
x938	http://www.gottliebuns.com/round_table_cfr_3.htm - Juli 2019
x1.102	https://horst-koch.de/genosuizid/ - April 2022

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014